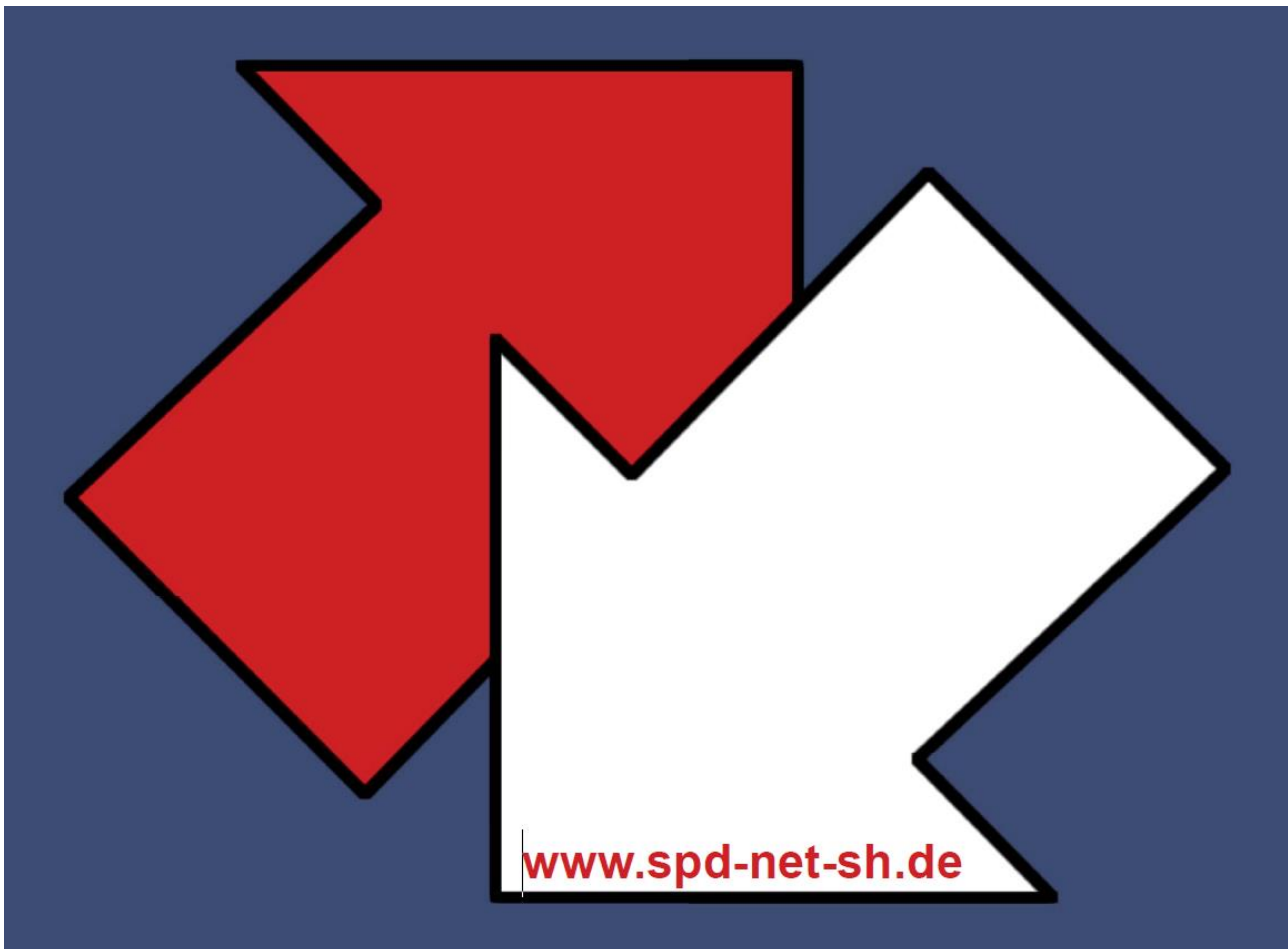


**SPD-NET-SH**

**Die Internetkooperative der  
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein**



## **Artikelarchiv 2013, 1. Halbjahr**

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.  
Norderstedt, im Dezember 2020

## Der Kuchenparagraf ist korrigiert

Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte, als eine ihrer letzten Amtshandlungen, in die Gemeindeordnung eine Regelung aufgenommen, nach der alle Spenden, die in einer Gemeinde eingehen, von der Gemeindevertretung zu genehmigen seien. Das stellte sich in der Praxis als wenig praktikabel heraus: Jeder Kuchen, der für ein Kindergartenfest gespendet wurde, beschäftigte fortan Verwaltung und Kommunalpolitik. Schleswig-Holstein sorgte mit dem „Kuchenparagrafen“ für Reaktionen, die von Schmunzeln bis Verärgerung reichten.



Die neue Koalition aus SPD, Grünen und SSW korrigierte diese Regelung und machte sie „alltagstauglicher“, wie Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, befindet. Der „Kuchenparagraf“ sei Thema bei vielen seiner Gespräche mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im vergangenen Jahr gewesen. Ab sofort kann nun nach der neuen Regelung verfahren werden, die die Wünsche der Kommunalpolitiker berücksichtigt.

Künftig muss die Gemeindevertretung erst aktiv werden, wenn es um Sachspenden geht, die mehr als 50 Euro wert sind. Habersaat: „Wir legen es aber in die Verantwortung der Gemeinde- oder Stadtvertreter, eigene Grenzen zu beschließen. Die Kommunalpolitiker könnten beispielsweise beschließen, den Bürgermeister bei Spenden bis 5.000 Euro entscheiden zu lassen und bis 10.000 Euro den Hauptausschuss, bevor bei höheren Beträgen die Gemeindevertretung wieder entscheidet.“ Ein jährlicher Bericht, der der Gemeindevertretung vorzulegen ist, muss dann alle Spenden ab 50 Euro enthalten.

### Der geänderte Paragraf im Wortlaut:

Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein

§76

(4) Die Gemeinde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen oder an Dritte vermitteln. Die Einwerbung und die Entgegennahme des Angebots einer Zuwendung obliegen ausschließlich der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister. Über die Annahme oder Vermittlung entscheidet die Gemeindevertretung. Abweichend von Satz 3 kann die Gemeindevertretung die Entscheidung über die Annahme oder Vermittlung bis zu von ihr jeweils zu bestimmenden Wertgrenzen auf die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister und den Hauptausschuss übertragen. Über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen, die über 50 Euro hinausgehen, erstellt die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister jährlich einen Bericht, in welchem die Geber, die Zuwendungen und die Verwendungszwecke anzugeben sind, und leitet diesen der Gemeindevertretung zu.

**Keine Kommentare**

## 2012 - ein verlorenes Jahr

*Politik befreite sich nicht aus der Geiselhaft der Wachstumsabhängigkeit*  
Michael Müller, der frühere Umweltstaatssekretär und Vorsitzende der

NaturFreunde Deutschlands zieht Bilanz:

Die Bilanz des abgelaufenen Jahres fällt für den Umwelt- und Naturschutz ernüchternd aus. Die Chancen wurden nicht genutzt.

2012 war für den Natur- und Umweltschutz ein verlorenes Jahr, das wichtigste Ereignis, der UN-Erdgipfel Rio plus 20, wurde zur Enttäuschung.

Nichts war mehr zu spüren von dem gemeinsamen Willen von 1992, zu einer sozial-ökologischen Weltinnenpolitik zu kommen. Aber auch national spiegelte sich der reale Bedeutungsverlust wider im jähen Fall des Norbert Röttgen und dem blitzartigen Aufstieg, aber auch bereits eingesetzten Niedergang seines Nachfolgers Peter Altmaier. Zuerst platzte Röttgens Karriere, der den Leitungsbereich des Umweltministeriums mit seinen Gefolgsleuten aufblähte, aber in der Sache nichts auf die Kette brachte. Nie zuvor war der Widerspruch zwischen Ankündigungen und Taten so groß, wurde die Wiedervorlage beim Minister zur Beerdigung erster Klasse. Nach der verlorenen Landtagswahl in NRW musste Röttgen gehen, die Bundeskanzlerin traute ihm die Energiewende nicht zu. Es folgte der schnelle Aufstieg des Peter Altmaier. Doch als Everybody's Darling geriet er zwischen alle Fronten, der klare Kompass für den Umbau fehlt. Nun muss er sich gegen wachsende Kritik wehren, die nicht zuletzt auch in den eigenen Reihen von FDP-Wirtschaftsminister Philipp Rösler geschürt wird.



Röttgen und Altmaier sind höchst unterschiedliche Charaktere und doch entsprechen beide dem Typ des Politikers, der bei Bundeskanzlerin Angela Merkel hoch im Kurs steht. Als Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion organisierten sie die Machtsicherung der Politik des Durchmauschelns, nicht aber die programmatische Erneuerung der Union, schon gar nicht die Herkulesaufgabe einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft.

Das Desaster der Energiewende und der Stillstand in der Ökologie sind auch eine Folge der Entideologisierung der Politik.

Dabei erleben wir durch die Entbettung der Ökonomie aus den sozialen und ökologischen Bindungen erneut eine Transformation. Die Welt verändert sich radikal, eine sozial-ökologische Gestaltung ist dringend geboten. Dabei könnte die Ökologie zum Motor für Innovationen, Gerechtigkeit und Demokratie werden. Andernfalls werden die Gesellschaften noch tiefer gespalten, kommen die Volkswirtschaften nicht auf die Beine, nehmen unsichere Beschäftigungsverhältnisse zu, schreitet die Naturzerstörung schnell voran. Vier Beispiele belegen das ökologische Versagen der Politik:

### **Energiewende:**

Es gibt keinen anderen "Wendebereich", der so intensiv erforscht wurde, aber so wenig begriffen ist, wie der von der fossilen Verschwendungswirtschaft zu solaren Energiedienstleistungen. Bereits 1980 legten die Umweltverbände ein erstes Szenario vor, in dessen Zentrum die Stärkung der Stadtwerke stand.

Seitdem belegen unzählige Studien, dass in kurzer Zeit sowohl der Umbau in eine Effizienz- und Solarwirtschaft als auch der Atomausstieg möglich wären.

Erst der Super-GAU von Fukushima zwang die Bundesregierung 21 Jahre nach dem ersten Konzept, eine Energiewende anzukündigen. Viel Zeit wurde vertan, aber was geschah bisher tatsächlich?

Der Verkauf der Stromnetze an private Betreiber, die Verstümmelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die Aushebelung des Naturschutzes, eine Umverteilung der Kosten zu Lasten kleiner Verbraucher. Energiesparen und Effizienzrevolution spielen nur eine Nebenrolle. Und erstmals deckelt ein Umweltminister den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Wer die Energiewende will, kommt an der Mächtauseinandersetzung mit den großen Energiekonzernen nicht vorbei, um vom zentralisierten Verbundsystem mit nuklearen

und fossilen Großkraftwerken zu dezentralen Energiedienstleistungen auf solarer Basis zu kommen, die auf die Vermeidung eines hohen Energieverbrauchs ausgerichtet sind. Doch die Bundesregierung spricht nur isoliert über Netzausbau, Strom und erneuerbare Energien, nicht aber über eine neue Systemlogik und die Integration von Strom, Wärme und Mobilität. Aber eine wirkliche Energiewende ist nur so möglich.

### **Das Ende des Ölzeitalters:**

Mit der Massenmotorisierung stieg Öl in den letzten 50 Jahren zur Weltmacht auf. In dieser Zeit kamen fast 80 Prozent des billigen, hochwertigen Öls aus den großen Feldern an Land. Aber auf diesen "Giant Fields" geht die Produktion weltweit zurück. Sogar der "World Energy Outlook" der OECD, wahrlich kein Hausblatt der Ökologiebewegung, spricht vom Ende des leicht zu fördernden Öls. "Peak Oil", also der Höhepunkt der Förderung, ist erreicht.

Einige Länder versuchen mit Hilfe von Fracking aus Ölschiefer oder Bitumen die Knappheit auszugleichen. Doch das ist nur für eine kurze Frist möglich und verursacht gewaltige Schäden an der Natur und hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Was aber macht der Umweltminister, um zu einer Verkehrswende zu kommen? Dabei sind Energie- und Verkehrswende entscheidende Schlüsselfragen, um unser Land nachhaltig zu machen.

### **Klimawandel:**

Auch 2012 nahmen die Alarmsignale zu, der Klimawandel beschleunigte sich. Wissenschaftler warnen davor, dass selbst als eigentlich unzureichende Ziel, die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius zu beschränken, nicht mehr eingehalten werden kann.

Die Bundeskanzlerin, die sich vor fünf Jahren noch als Klimakanzlerin hat feiern lassen, tauchte ab, setzte sich in der EU nicht für eine Reduktion der Treibhausgase um 30 Prozent bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 ein.

Der Bundesumweltminister bewertete das Desaster der UN-Klimakonferenz in Doha, wo die Weltgemeinschaft versagt hat, auch noch als Meilenstein.

### **Arbeit und Umwelt:**

Neben der Regulierung der Finanzmärkte ist eine Stabilisierung der Realwirtschaft dringend notwendig, um zu mehr Beschäftigung und Innovationen zu kommen. Kein anderer Bereich bietet sich für eine Restrukturierung einer modernen keynesianischen Wirtschaftspolitik national, europäisch und global so vorteilhaft an wie die ökologische Sanierung und Modernisierung.

Das ist unverändert wichtig, aber bis heute hat der Bundesumweltminister keinen Vorschlag für ein Programm Arbeit und Umwelt gemacht.

Es müsste die Stunde der Politik sein. Aber die Chancen werden nicht genutzt, Impulse für ein nachhaltiges Deutschland in einem nachhaltigen Europa zu geben.

Der Umweltminister verliert sich in immer neuen Ankündigungen, statt den grundlegenden Umbau in Wirtschaft und Gesellschaft anzustoßen und die Politik aus der Geiselhaft der Wachstumsabhängigkeit zu befreien. 2012 - ein verlorenes Jahr nicht nur für den Umwelt- und Naturschutz.

Kommentar von [Sina Esselborn-Große](#) vom 10.01.2013, 20:49 Uhr:

#### **RE: 2012 - ein verlorenes Jahr**

*Lieber Michael Müller, in dem Statement werden meiner Ansicht nach viele richtige und wichtige Dinge angesprochen. Allerdings fehlen mir einige Punkte, die vielleicht durch das drängende Energieproblem an den Rand geschoben werden. Was z.B. geschieht in Sachen Biodiversitätsabkommen, auch hier gibt es soziale und ökologische Verknüpfungen. Was geschieht gegen das fortschreitende Artensterben, was gegen den ungebremsen Verbrauch der begrenzten Ressource Boden? Was ist mit der Versauerung unserer Meere, die auch durch den CO<sub>2</sub> Ausstoss bedingt wird, was mit der Verschmutzung des*

Grundwassers? Die Untätigkeit der Bundesregierung in Sachen Umwelt ist vielfältig. Ich stimme zu: (noch) ein verlorenes Jahr.

[SPD Schacht-Audorf](#) - veröffentlicht am 03.01.2013, 20:56 Uhr - 8740 Clicks - Nr. 3

## Sabrina Jacob einstimmig im Wahlkreis 12 nominiert

Gemeinsame Versammlung der Ortsvereine im Wahlkreis für den  
Kreistag.

Auf der Mitgliederversammlung der SPD-Ortsvereine Bovenau, Osterröfeld, Schacht-Audorf und Schülldorf am 18. Dezember 2012 in Schacht-Audorf, wurde die Ortsvereinsvorsitzende der gastgebenden SPD, Sabrina Jacob, einstimmig als Kreistagskandidatin zur Kommunalwahl 2013 für den Wahlkreis 12 vornominiert.

Die Bestätigung der Nominierung erfolgt mit der Aufstellung der Liste auf der Kreiswahlkonferenz im März 2013. **Keine Kommentare**



[AfB-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 05.01.2013, 14:35 Uhr - 5997 Clicks - Nr. 4

## Mitgliederversammlung der AfB-Dithmarschen

In der Mitgliederversammlung wurden die Themenschwerpunkte für das Jahr 2013 festgelegt. Die Arbeitsgemeinschaft wird das Thema der Schulstandorte in Dithmarschen (Grundschulen und weiterführende Schulen) sowie die berufliche Bildung bearbeiten.

Bestätigt wurden der Kreisvorsitzende Thomas Bultjer sowie die Stellvertreterin Anja Herkenrath. Weiterer Stellvertreter bleibt Richard Ferret. Als Beisitzer wurden Angelika Hansen, Detlef Buder und Guy Smith gewählt.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 07.01.2013, 01:55 Uhr - 7964 Clicks - Nr. 5

## Neujahrsempfang der Stadt Reinbek

Zum traditionellen Neujahrsempfang der Stadt Reinbek kamen im Hofsaal des Schlosses über 200 Gäste zusammen, um gemeinsam anzustoßen, angeregte Gespräche zu führen und zusammen auf das Jahr 2013 zu blicken. Bürgermeister Axel Bärendorf verzichtete darauf, „vom Haushalt der Stadt ausgehend alle Projekte des kommenden Jahres aufzuzählen“ und warf stattdessen wenige Schlaglichter - auf die kommende Kommunalwahl ebenso wie auf die Freiwillige Feuerwehr in Reinbek und die Feierlichkeiten zu

775 Jahren Reinbek, die im August anstehen.

Bärendorf verglich die Lage der Kommunalpolitiker mit der des Fußball-Bundestrainers.

„Zuhause auf dem Sofa sitzen viele Menschen, die wissen, wie es besser geht.“ Keine der Reinbeker Parteien und Wählergemeinschaften sei über neue Mitmacher böse, sein Fazit. Seine Rede nutzte der Bürgermeister auch, um sich im Namen der Stadt bei Wolfgang Braun für sein Engagement zu bedanken. Der stellvertretenden Gemeindeführer musste aus diesem Amt mit dem Ablauf des Jahres 2012 aus Altersgründen ausscheiden.



Noch lange nach dem offiziellen Teil standen zahlreiche Gruppen im Schloss beisammen, gekommen waren auch viele Vertreter der Nachbargemeinden - mit Glinde und Wentorf beispielsweise bildet Reinbek ein gemeinsames Mittelzentrum. Zu denen, die fast bis zuletzt blieben, gehörte auch der örtliche Landtagsabgeordnete Martin Habersaat. Er befand: „Von Jahr zu Jahr lerne ich mehr Menschen kennen und treffe bei solchen Empfängen auch mehr Menschen wieder, gibt es mehr zu besprechen und freue ich mich mehr, diesen Wahlkreis in Kiel vertreten zu dürfen!“

**Keine Kommentare**

[SPD Schacht-Audorf](#) - veröffentlicht am 07.01.2013, 19:05 Uhr - 6433 Clicks - Nr. 6

## **Bürgersprechstunde MdL Ralf Stegner**

*Der Fraktionsvorsitzende der SPD Landtagsfraktion MdL Dr. Ralf Stegner wird am Montag, dem 21. Januar 2013, ab 17.00 Uhr seine nächste Bürgersprechstunde in der Gemeinde Schacht-Audorf abhalten.*

Sie findet in den Räumlichkeiten der Gemeindeverwaltung statt. Anmeldungen gerne über das Wahlkreisbüro

0160 -1841012 oder bei der Vorsitzenden der SPD Schacht-Audorf, Sabrina Jacob unter 0160 - 96921797.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 08.01.2013, 12:58 Uhr - 14094 Clicks - Nr. 7

## **Berlin-Fahrt für jedermann mit SPD-MdB Franz Thönnies vom 12. bis 14. April 2013**

Seit 2008 bietet Franz Thönnies, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Segeberg/ Stormarn-Nord, mit großem Erfolg Selbstzahlerfahrten nach Berlin an.



Die nächste Fahrt findet vom 12. bis zum 14. April 2013 statt und kostet 194,- Euro pro Person im Doppelzimmer (EZ + € 50). In diesem Preis ist neben dem Bustransfer und zwei Übernachtungen mit Frühstück im Hotel Ludwig van Beethoven auch das folgende Programm enthalten:

Besuch im Reichstag mit Vortrag auf der Besuchertribüne, eine Stadtrundfahrt mit Station im Dokumentations-Zentrum der Berliner Mauer, Führung durch den Park Sanssouci in Potsdam mit Besuch im Schloss "Neue Kammern" und eine geführte Besichtigung der Pfaueninsel.

Die selbst organisierten Fahrten sind notwendig geworden, weil es für Berlin-Fahrten auf Einladung des Bundespresseamtes inzwischen deutlich mehr Interessenten und Anmeldungen gibt als zur Verfügung stehende Plätze.

Wer diese spannende Berlinreise mitmachen will, meldet sich bitte bis spätestens 28. Januar 2013 beim Bürgerbüro von Franz Thönnnes unter Tel. 04551-968383 oder per E-Mail an buergerbuero@thoennes.de an.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 11.01.2013, 13:08 Uhr - 14077 Clicks - Nr. 8

## **Jetzt bewerben: Planspiel „Zukunftsdialog 2013“ der SPD-Bundestagsfraktion**

**Thönnnes: „Junge Menschen wollen Zukunft gestalten, wir geben die Möglichkeit“**



Nach dem großen Erfolg des ersten Zukunftsdialoges will die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wieder Jugendlichen und junge Erwachsenen Einblicke darin geben, wie Politik in Berlin funktioniert und wie eine Fraktion arbeitet. Thönnnes dazu: „Die Rückmeldungen im letzten Jahr waren so gut, so dass wir uns entschieden haben, das Planspiel auf vier Tage zu verlängern.“

Im April 2013 werden 150 Jugendliche aus ganz Deutschland über die Zukunftsfragen unseres Landes beraten. Dabei schlüpfen sie in die Rolle von Bundestagsabgeordneten, arbeiten selbst an Initiativen, verfassen gemeinsam Anträge mit ihren Arbeitsgruppen und versuchen ihre eigenen Positionen in der Fraktion durchzusetzen. Franz Thönnnes lädt dazu, wie die anderen SPD-Bundestagsabgeordneten, eine/n Vertreter/in nach Berlin ein.

Mitmachen können alle jungen Menschen zwischen 16 und 20 Jahren. Die Bewerbung erfolgt über das Bürgerbüro von Franz Thönnnes. Leonie Pätzold (19), aus Bad Bramstedt, die im letzten Jahr teilgenommen hat, meint: „Es war faszinierend, das Parlament und seine Mechanismen von innen kennenzulernen. Eine Erfahrung, die ich jedem nur empfehlen kann.“ Teilnahmebedingung ist lediglich eine kurze, schriftliche Vorstellung. Die Teilnehmer werden dann zu einem Auswahlgespräch mit Franz Thönnnes eingeladen, das sich um das Thema Soziale Gerechtigkeit drehen wird. „Ich hoffe auf möglichst viele Einsendungen, um mit den jungen Menschen ins Gespräch zu kommen. Gerade für sie ist die soziale Gerechtigkeit von zentraler Bedeutung, wenn wir wollen, dass alle die Chance auf gute Bildung und hervorragende Ausbildung mit späterem Aufstieg haben sollen“, so Thönnnes.

Das Treffen im Bürgerbüro in Bad Segeberg soll in der Woche vom 4.-8. Februar 2013 stattfinden. Dabei werden die Ausgewählten ihre Haltung und Meinung zu den Bedingungen von sozialer Gerechtigkeit darlegen. Auf Basis dieses Gespräches wird dann der Teilnehmer ausgesucht. Die Zweit- bis Fünftplatzierten werden von Franz Thönnnes zu einem Besuch in den Deutschen Bundestag nach Berlin eingeladen.

Einsendungen bitte postalisch oder per E-Mail bis spätestens zum 21. Januar 2013 an:

**Bürgerbüro Franz Thönnnes, Oldesloer Str. 20, 23795 Bad Segeberg, Tel. 04551-968383, [Zukunftsdialog2013@thoennes.de](mailto:Zukunftsdialog2013@thoennes.de)**

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 11.01.2013, 13:49 Uhr - 9545 Clicks - Nr. 9

## **Peter Hartmann - 40 Jahre in der SPD**

Am 1. Februar 1972 trat Peter Hartmann in die SPD ein. Zunächst in den damaligen Ortsverein Hoisbüttel, der heute zu Ammersbek gehört. Über Reinbek landete er schließlich in Oststeinbek, wo er bis heute aktiv ist. Für seine 40jährige Mitgliedschaft in der Partei und sein herausragendes Engagement wurde Peter Hartmann von Martin Habersaat, dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, beim Neujahrsempfang der Südstormarner Ortsvereine geehrt.

Peter Hartmann, gelernter Schiffsmaschinenschlosser, ist nach eigener Aussage kein „in der Wolle gefärbter Sozialdemokrat“. Er stammt aus einem unpolitischen Arbeiterhaushalt und fand in den Jahren der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt in die Politik. „Willy Brandt und Walter Scheel standen für Aufbruch und eine ‚Neue Zeit‘, das spürten die Menschen im Lande - auch ich.“ Mit den Namen der zu Demokraten mutierten Altnazis Kiesinger und Filbinger könne man ihn auch heute noch zu politischem Einsatz motivieren, erzählte Hartmann.

Martin Habersaat skizzierte in seiner Rede den politischen Weg Hartmanns, der 1978 erstmals in die Gemeindevertretung Oststeinbeks gewählt wurde und ihr bis 2003 ununterbrochen angehörte - davon 12 Jahre als Fraktionsvorsitzender. Auch Ortsvereinsvorsitzender war er und Mitglied der Kreistagsfraktion der SPD Stormarn, der er 10 Jahre lang angehörte. Als Anerkennung für seine kommunalpolitische Arbeit wurde Peter Hartmann 2003 die Goldene Ehrennadel der Gemeinde Oststeinbek verliehen.

Noch heute ist Peter Hartmann aktiv, Vielen ist er beispielsweise als Organisator von Fahrradtouren durch Stormarn und Hamburg bekannt. Dass das noch lange so bleiben möge, wünschte der Laudator und schloss mit „einem großen Dankeschön im Namen der SPD deinen Einsatz!“ Das Foto zeigt die Bundestagskandidatin Nina Scheer mit einem Blumenstrauß für Peter Hartmann, daneben Laudator Martin Habersaat.



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 11.01.2013, 15:12 Uhr - 8011 Clicks - Nr. 10

## **Stimmungsvoller Neujahrsempfang der SPD Südstormarn**

### **Knapp 100 Gäste im Rathaus Barsbüttel**

Traditionell richten die SPD-Ortsvereine im Süden Stormarns, neuerdings auch mit der SPD Wentorf, einen gemeinsamen Neujahrsempfang aus. In diesem Jahr war der SPD-Ortsverein Barsbüttel an der Reihe und bot einen stimmungsvollen Jahresauftakt. Musik, „Running Dinner“, ein in den Farben rot und magenta dekoriertes Rathaussaal, nicht zu lange Reden und viel Raum zum Gespräch über Stadt- und Gemeindegrenzen hinweg waren die Zutaten, die es zu einem gelungenen Abend brauchte.

Hermann Hanser, der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Barsbüttler Gemeindevertretung, betone einleitend die herausragende Bedeutung von finanzstarken Kommunen und entsprechenden Rahmenbedingungen, insbesondere zur Gewährleistung von Kinderbetreuung und Bildung. Ebenso ging er auf die





Notwendigkeit von Zusammenarbeit ein - einerseits der Kommunen untereinander, wozu der gemeinsame Neujahrsempfang ein wichtiger Beitrag sei, andererseits über die politischen Ebenen hinweg: „Es gibt nicht unterschiedliche sozialdemokratische Parteien in den Kommunen, im Land und im Bund. Es gibt eine SPD, die die Stärke hat, auf allen Ebenen vertreten zu sein.“

Ähnlich argumentierte Nina Scheer, SPD-Direktkandidatin des Bundestagswahlkreises Herzogtum Lauenburg - Stormarn Süd. Sie unterstrich die Chancen, die sie für die Sozialdemokratie in den Herausforderungen der Zeit sieht. Dies betreffe sowohl die Bezahlbarkeit von Energie, die nur durch die Energiewende zu ermöglichen sei, als auch die Ernsthaftigkeit politischer Zielverfolgung. „Von Schwarz-Gelb hört man selten etwas über Ziele, die konsequent verfolgt werden.“

Sichtlich wohl fühlte sich Martin Habersaat, örtlicher Landtagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, im Rathaussaal seiner Heimatgemeinde. Diesen habe er im Alter von etwa vier Jahren erstmals betreten, berichtete er - beim Kinderfasching der Freiwilligen Feuerwehr. Habersaat skizzierte die aktuellen Entwicklungen in der Landespolitik und versprach für die anstehende Kommunalwahl Rückenwind aus Kiel. „Das Land hilft beim Ausbau der Kinderbetreuung, hat einen Schwerpunkt auf die Bildungspolitik gelegt und unterstützt auch in anderen Bereichen.“ Als Beispiel nannte er unter anderem den viel diskutierten „Kuchenparagrafen“, der im Sinne der Kommunen korrigiert wurde.

Für den musikalischen Rahmen sorgte der Pianist Marc Blue mit seinem Saxofonisten - Jazz, Swing sowie Evergreens und Filmmelodien gaben dem Abend eine ganz besondere Stimmung. Der stilvolle Rahmen mit vielfältigen Gaumenschmausen vermittelte Anlass für reichhaltigen und intensiven Austausch - ein Neujahrsempfang im Zeichen von Besinnlichkeit und zugleich Aufbruch in ein politisch herausforderndes Jahr.

[Fotoalbum: hier.](#)

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 12.01.2013, 11:35 Uhr - 11219 Clicks - Nr. 11

## **Neujahrsempfang in Wentorf, 2. Januar 2013, Wentorf**

Wentorf. 2. Januar 2013. Über 200 Bürgerinnen und Bürger waren zum Neujahrsempfang der Gemeinde Wentorf ins Rathaus gekommen. Erstmals als Gast dabei war die SPD-Bundestagskandidatin für den Bundestagswahlkreis 10 (Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd), Dr. Nina Scheer. Bürger, Vertreter von Vereinen und Verbände und Schulen nahmen die Gelegenheit wahr und ließen sich von Bürgermeister Matthias Heidelberg und Bürgervorsteher Andreas Hein einen Rückblick auf das vergangene Jahr und gleichzeitig einen Ausblick auf 2013 geben. In seiner Neujahrsansprache hob Wentorfs Bürgervorsteher Andreas Hein besonders das Engagement der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker hervor. Im Anschluss wurden drei verdiente Gemeindemitglieder geehrt. Plaketten und Urkunden gingen dabei an Wolfgang Jurksch, Jan Christiani und Dieter Sauer. Wolfgang Jurksch erhielt die Ehrenplakette in Silber für seine vielfältigen politischen Aufgaben als SPD-Mitglied in diversen Ausschüssen der Gemeinde. Foto: v.l.n.r.: Wolfgang Jurksch, Nina Scheer



**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 12.01.2013, 16:30 Uhr - 10675 Clicks - Nr. 12

## Nina Scheer bei Ehrung für Peter Hartmann, 8. Januar 2013, Barsbüttel

Für seine 40-jährige Mitgliedschaft in der Partei und sein herausragendes Engagement wurde Peter Hartmann beim Neujahrsempfang der Südstormarner SPD-Ortsvereine geehrt.

Der Landtagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Martin Habersaat und Dr. Nina Scheer, Bundestagskandidatin für den Bundestagswahlkreis 10 (Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd), gratulierten Peter Hartmann, der der SPD nicht nur 40 Jahre die Treue gehalten, sondern sie auch immer nach Kräften unterstützt hat. Peter Hartmann trat am 1. Februar 1972 in die SPD ein. Zunächst in den damaligen Ortsverein Hoisbüttel, der heute zu Ammersbek gehört. Über Reinbek gelangte er schließlich nach Oststeinbek, wo er bis heute aktiv ist. Peter Hartmann, gelernter Schiffsmaschinenschlosser, ist nach eigener Aussage kein „in der Wolle gefärbter Sozialdemokrat“. Er stammt aus einem unpolitischen Arbeiterhaushalt und fand in den Jahren der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt in die Politik. „Willy Brandt und Walter Scheel standen für Aufbruch und eine ‚Neue Zeit‘, das spürten die Menschen im Lande - auch ich.“ Mit den Namen der zu Demokraten mutierten Altnazis Kiesinger und Filbinger könne man ihn auch heute noch zu politischem Einsatz motivieren, erzählte Hartmann. Noch heute ist Peter Hartmann aktiv. Vielen ist er beispielsweise als Organisator von Fahrradtouren durch Stormarn und Hamburg bekannt. Foto:v.l.n.r.: Peter Hartmann, Nina Scheer, Martin Habersaat



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 12.01.2013, 18:40 Uhr - 7135 Clicks - Nr. 13

## Auch an den Hochschulen mehr Gerechtigkeit schaffen

*Zur Vorstellung der Eckwerte für die Novellierung des Hochschulgesetzes durch Ministerin Wara Wende erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Mehr Hochschulabsolventen, demokratische Mitbestimmung und eine Überwindung der künstlichen Trennung zwischen Universitäten und Fachhochschulen sind Ecksteine sozialdemokratischer Hochschulpolitik.

Die Idee, dass nur an Universitäten geforscht, an Fachhochschulen aber nur gelehrt werde, ist so überholt wie der Weihnachtsbaum vom letzten Jahr. Forschende FH-Professoren dürfen nicht länger durch überhöhte Lehrverpflichtungen bestraft werden. Der Weg zur Promotion an einer Uni nach einem FH-Master sollte immer selbstverständlicher werden. Eine Baustelle der Fachhochschulen bleibt der zu geringe Frauenanteil unter den Studierenden.

Bundesweit waren 2010 19 % der Professoren Frauen, in Schleswig-Holstein nur ca. 15 %; das ist undiskutabel wenig. In Zeiten von Bundeskanzlerinnen und Ministerpräsidentinnen müssen Land und Hochschulen es als gemeinsame Aufgabe verstehen, zu mehr weiblichen Doktoranden, Habilitanden und Professoren zu kommen.



Wir haben das 2007 von uns mit beschlossene Hochschulgesetz sechs Jahre lang in der Praxis erprobt und ziehen daraus jetzt Konsequenzen. Das Experiment, für die drei Universitäten einen gemeinsamen Universitätsrat, aber für jede der übrigen Hochschulen einen eigenen Hochschulrat einzurichten, ist fehlgeschlagen. Die Alternativen können nur sein, entweder einen gemeinsamen Landeshochschulrat für alle öffentlichen Hochschulen oder getrennte Gremien für jede zu bilden. Letzteres ist wohl die näherliegende Option, über die wir nach den Anhörungen im nächsten Jahr entscheiden werden.

Die Hochschulkonferenz im November war der erste Teil eines landesweiten Dialogs, der mit der Anhörung des Ministeriums zum Referentenentwurf des neuen Hochschulgesetzes und dann mit der Anhörung des Bildungsausschusses zum Kabinettsentwurf eine Intensität der Beteiligung aller Betroffenen erreicht, die es bisher nicht gegeben hat.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.01.2013, 13:45 Uhr - 7924 Clicks - Nr. 14

## Neujahrsempfang der Stadt Glinde

„Lass die Sonne in dein Herz“ - mit diesem Lied begrüßten Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule die Gäste des Neujahrsempfangs 2013 im Bürgersaal. Diese waren so zahlreich gekommen, dass außer den Sitzplätzen sogar die Stehplätze knapp wurden. So richtig „alte Glinerinnen und Gliner“ gebe es nicht, betonte Bürgervorsteher Eberhard Schneider und begrüßte stattdessen „Junge und Junggebliebene“, bevor Bürgermeister Rainhard Zug mit einer Fotoshow auf das Jahr 2012 zurückblickte.

Zu einem Grußwort trat auch Stormarns Landrat Klaus Plöger ans Mikrofon. Er lobte den Willen aller Beteiligten in Glinde, ihre Stadt zu entwickeln. Derzeit gebe es eine sehr positive Grundstimmung in der Stadt, die in diesem Jahr ihren 18.000sten Einwohner erwartet. Lob hatte Plöger auch für den ebenfalls anwesenden örtlichen Landtagsabgeordneten Martin Habersaat dabei. Der arbeite tatkräftig an einer verbesserten Zusammenarbeit mit Hamburg und solle so bürgernah bleiben, wie er sei: „Dann haben wir noch sehr lange was von dir!“



Zum Neujahrsempfang gehörten neben zahlreichen Gesprächen und Rückblicken auch einige Terminhinweise für das kommende Jahr. Am 19.1. von 13.00 - 16.00 Uhr lädt die Bürgerinitiative Glinde gegen rechts zum Neujahrsempfang am Gliner Berg an. Am 25. März eines jeden Jahres möchte die Stadt künftig ehrenamtlich tätige Glinerinnen und Gliner ehren - es ist das Datum, an dem Glinde im Jahr 1229 erstmals urkundlich erwähnt wird.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 13.01.2013, 14:01 Uhr - 28779 Clicks - Nr. 15

## **SPD-Ortsverein Felde hat eine neue Vorstandsspitze**

Am 9.1. wählten die Felder Sozialdemokraten in der gut besuchten Jahreshauptversammlung im Gemeindezentrum die bisherige stv. Vorsitzende Petra Paulsen zur Ersten Vorsitzenden. In das Amt des Stellvertreters rückte Hauke Peters ein.

Ebenfalls in den Vorstand gewählt wurde Sandra Liedtke als Beisitzern. Alle drei engagieren sich auch in der Felder Gemeindepolitik, Paulsen und Liedtke als emeindevertreterinnen, Peters als bürgerliches Mitglied.

Der neue Vorstand (dazu gehören noch Kassierer Andreas Kreft und Schriftführer Andreas Fleck) will im Wahljahr 2013 verstärkt auf das Gespräch mit den FelderInnen setzen und vor allem für ein erfolgreiches Abschneiden bei den Kommunal- und Bundestagswahlen sorgen. Auch ein besseres politisches Klima im Dorf sei ein wichtiges Ziel, so Paulsen. Trotz stabiler Mitgliederzahlen im Ortsverein hat sich der Vorstand das Gewinnen neuer Mitglieder vorgenommen.

Der bisherige Vorsitzende Andreas Malzahn war aus familiären Gründen nach zweijähriger Amtszeit nicht wieder angetreten. Paulsen dankte Ihm für sein Engagement: Der Ortsverein habe zwei aktive Jahre mit gut besuchten politischen und geselligen Veranstaltungen hinter sich. Mit der Durchführung der „Felder Zukunftswerkstatt“ unter Beteiligung vieler Felder BürgerInnen sei zugleich ein Drehbuch für die kommenden Jahre in der Gemeindepolitik geschrieben worden. Die traditionsreiche SPD-Bürger-Zeitung „Utsichten“ hat ein neues Layout bekommen und die Auflage erhöht.

Für 25-jährige Mitgliedschaft geehrt wurde Hermann Priegann, der 1988 in die SPD eingetreten war, um den mit Björn Engholm verbundenen politischen Aufbruch in Schleswig-Holstein zu unterstützen. Der Ortsverein dankte mit Ehrennadel und Rose für die langjährige Treue und Begleitung.

Als neues Mitglied im 31 Mitglieder starken SPD-Ortsverein wurde Lena Lehmann herzlich willkommen geheißen.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.01.2013, 19:26 Uhr - 8193 Clicks - Nr. 16

## **Neujahrsempfang und Vereidigung in Barsbüttel**

Mit einem offiziellen Akt begann der Neujahrsempfang 2013 in der Gemeinde Barsbüttel. Bürgermeister Thomas Schreitmüller, 2012 im Amt bestätigt, wurde für seine zweite Amtszeit vereidigt. Viele der knapp 300 Besucherinnen und Besucher fragten sich, ob das der Grund dafür war, dass es bei einem Neujahrsempfang in Barsbüttel erstmals leckere Berliner für alle gab. Weniger formal, aber nicht minder gelungen waren die gute musikalische Begleitung durch die Band Tripplepack

und der launige Jahresrückblick, den Christine Stanke von der Gemeindeverwaltung vorbereitet hatte.

Unter den zahlreichen Gästen waren auch Landrat Klaus Plöger, die SPD-Bundestagskandidatin Nina Scheer und der örtliche Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, der allerdings kaum als Gast zählte - gehörte er doch zu den Gemeindevertretern, die in ihrer

15minütigen Sitzung zu Beginn des Empfangs die Vereidigung des Bürgermeisters abnahmen. Erstmals nahm Holger Gettschat als nachgerückter SPD-Gemeindevertreter sein neues Amt wahr.

Der Empfang klang mit netten Begegnungen und interessanten Gesprächen aus. Ein kleines Fotoalbum zum Neujahrsempfang findet sich hier:

<http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/barsbuettel-2013/neujahrsempfang-der-gemeinde.html>



**Keine Kommentare**

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 13.01.2013, 20:19 Uhr - 2771 Clicks - Nr. 17

## **Das Jahr 2012 in Lutterbek**

Politischer Jahresrückblick für Lutterbek

Das LUTTERBEKER Ergebnis der Landtagswahl am 06. Mai 2012

Erststimmen

Kalinka, Werner, CDU 65 27,78%  
Langner, Annette, SPD 109 46,58%  
Wolf, Martin, FDP 4 1,71%  
Hilker, Axel, GRÜNE 29 12,39%  
Friedrich, Bernd, LINKE 5 2,14%  
0,00%  
Lange, Henning, Piraten 22 9,40%

Zweitstimmen

CDU 65 26,97%  
SPD 86 35,68%  
FDP 13 5,39%  
GRÜNE 41 17,01%  
LINKE 8 3,32%  
SSW 9 3,73%  
Piraten 10 4,15%  
Freie Wähler 4 1,66%  
NPD 2 0,83%  
Familie 2 0,83%  
Maritime  
Partei 1 0,41%

Wenn auch die Mehrheit im Landtag mit nur einer Stimme für die Koalition ziemlich knapp wurde: in LUTTERBEK kann mit 64,2% auf eine satte Rot-Grüne Mehrheit

aufgebaut werden. Rechnen wir die zwei Parteien – Die Linke und Piraten, die ebenfalls als Alternative zur abgewählten schwarzgelben Regierung angetreten waren - hinzu, so freut uns das Ergebnis mit einer linken Mehrheit von 70% sehr. Unser neuer Ministerpräsident Thorsten Albig hätte sicher gern Lutterbeker Mehrheiten im Landtag gewünscht. Die neue Landesregierung hat sich mittlerweile sicher eingearbeitet, der umfangreiche Koalitionsvertrag wird nun nach und nach abgearbeitet. Die regierungstragenden Fraktionen zeigen mit dem Haushalt 2013, dass ihre politischen Versprechungen auch tatsächlich umgesetzt werden.

Wir von der SPD Lutterbek wünschen der neuen Regierung ein glückliches Händchen für die Zukunft unseres Landes.

Einen politischen Wechsel gab es 2012 nicht nur beim Land sondern auch in Lutterbek, was viele Mitbürgerinnen und Mitbürger zum Nachdenken veranlasste: Bäumchen wechsel dich in der CDU und der Wählergemeinschaft. Ende des vorangegangenen Jahres musste ein Platz der Wählergemeinschaft neu besetzt werden, weil Michael Saxen aus Lutterbek weggezogen und damit aus der Gemeindevertretung ausgeschieden war; dieser Platz fiel auf den Nachrücker Wolf Mönkemeier. Im Januar 2012 stellte Bürgermeister Jens Peters sein Amt aus gesundheitlichen Gründen zur Verfügung und trat ebenfalls aus der Gemeindevertretung aus. Für ihn rückte Uwe Timm nach, Gisela Flas übernahm dessen Platz im Hauptausschuss.

Am 29. Februar fand die denkwürdige Sitzung der Gemeindevertretung statt, in der auf Vorschlag der CDU-Fraktion ein Kandidat der Wählergemeinschaft zum Bürgermeister gewählt wurde, der bei der Kommunalwahl im Jahr 2008 für die Wählergemeinschaft die wenigsten Stimmen erhielt. Wolf Mönkemeier ist jetzt Bürgermeister unseres Dorfes. Seitdem ist endlich etwas bewegt, viele unserer Wünsche sind realisiert worden. Der Neubau des Gehweges zur ehemaligen B502 und die Sanierung weiterer Gehwege waren die herausragenden Beschlüsse, die aufgrund von Ersparnissen in den Vorjahren umgesetzt werden konnten.

**Keine Kommentare**

[AfA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 14.01.2013, 23:55 Uhr - 5365 Clicks - Nr. 18

## **AfA - Neujahrsempfang in Dithmarschen**

### Traditioneller Neujahrsempfang der AfA und Jusos in Meldorf

Wie in den vergangenen Jahren luden die AfA und die Jusos in Dithmarschen zum traditionellen Neujahrsempfang nach Meldorf in die Gaststätte „Erheiterung“ ein. Über 100 Gäste aus Partei, Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden und Institutionen kamen in dieser großen Runde zusammen.

Karsten Wessels, AfA Kreisvorsitzender begrüßte die Anwesenden in seiner unnachahmlichen tollen Art in dem er Inhalte der SPD-Arbeit mit der Funktion des zu begrüßenden verband und es nie langweilig wurde ihm dabei zuzuhören.

Gastredner Dr. Ralf Stegner, Landesvorsitzender unserer Schleswig-Holsteinischen SPD hielt eine beeindruckende Rede, die immer wieder starkem Beifall hervorbrachte. „Wirtschaft muss dem Menschen dienen und nicht umgekehrt“ waren einer seiner vielen Kernsätze. Vom AfA Landesvorstand nahmen am Neujahrsempfang teil: Wolfgang Mädler, Landesvorsitzender, Helmut Ulbrand, Geschäftsführer und Gunnar Reichwaldt und Ingrid Schröder.

Zusammengefasst: der Neujahrsempfang war eine Empfehlung für lebendige und in der Fläche verankerte Sozialdemokratie, eine Werbung für die 150jährige „alte Tante SPD“

**Keine Kommentare**

## **SPD Barsbüttel nominiert Hermann Hanser für den Kreistag**

Die SPD Barsbüttel hat ihren Fraktionsvorsitzenden für die Kreistagswahl nominiert. Hermann Hanser soll die Nachfolge von Martin Habersaat antreten, der sein Kreistagsmandat vor der Landtagswahl 2011 niedergelegt hatte. Hermann Hanser ist seit 1982 Mitglied der SPD und wohnt seit 1972 in Barsbüttel. Seit 10 Jahren ist er Vorsitzender der SPD-Fraktion Barsbüttel.

Hanser: „Als Fraktionsvorsitzender bin ich mit allen Belangen der Gemeinde befasst. Mir ist wichtig, zu einer einheitlichen Politik der SPD auf den unterschiedlichen Ebenen beizutragen.“ Seit 2008 leitet Hanser den Barsbütteler Ausschuss für Schule, Kultur und Soziales. Ein besonderer Schwerpunkt seiner Arbeit ist der Ausbau der Kitas, die Weiterentwicklung der Schulen und das Engagement für die älteren Bürgerinnen und Bürger. Barsbüttels Ortsvereinsvorsitzender Paul Donning freut sich über die Bereitschaft: „Mit dem Kreistagsmandat möchte Hermann Hanser noch mehr Verantwortung im politischen Ehrenamt übernehmen. Mit ihm haben wir ein gutes Angebot für Bad Oldesloe.“ Hanser ist geschäftsführender Geschäftsführer der Veranstaltungsagentur CPO HANSER SERVICE, die ihren Sitz seit 1977 in Barsbüttel in seinem Hause hat. Von hier aus werden wissenschaftliche Kongresse in Hamburg, München, Barcelona, Amsterdam, aber auch in Santiago de Chile, Los Angeles und Kyoto / Japan geplant und organisiert. „Wir sind weltweit erfolgreich tätig und ich freue mich, dass wir zum Gewerbesteueraufkommen der Gemeinde Barsbüttel beitragen können“, sagt Hanser. Weitere Büros unterhält die Firma in Berlin und Darmstadt.

**Keine Kommentare**

## **CDU/CSU und FDP wollen Datenschutz für Beschäftigte aushöhlen**

### **SPD-MdB Thönnnes: Vorlage der Regierung gefährdet Arbeitnehmerrechte**

Überrascht waren die Oppositionsfraktionen, als für die heutige Sitzung des Innenausschusses von CDU/CSU und FDP der „Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes“ mit einem Änderungsantrag auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte.

Bereits Anfang 2011 hatte die Merkel-Regierung hierzu einen Anlauf genommen, ihren Entwurf dann aber auf Grund massiver Kritik von SPD, Gewerkschaften und Datenschützern in der Schublade verschwinden lassen. Und auch dieses Mal hagelte es wieder Kritik. „Das jetzt vorgelegte Antragspaket ist eine Mogelpackung. Es gibt Arbeitgebern unter dem Strich den Freifahrtschein zum Spitzeln und schützt die Daten der Arbeitnehmer in keiner Weise“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes.



CDU/CSU und FDP verkaufen ihre erneute Vorlage als Gewinn für die Beschäftigten und führen mit dem Verbot der heimlichen Videoüberwachung etwas an, dass bereits jetzt schon gerichtlich untersagt ist. Erlaubt wird gleichzeitig die „legale“ Videoüberwachung weit über das heutige Maß hinaus, obwohl das Bundesarbeitsgericht nur „vorübergehende und anlassbezogene Aufnahmen“ für zulässig erklärt hat.

Auch dürften Bewerber in Zukunft zum Beispiel zu Ihren Vermögensverhältnissen oder

öffentlichen Ehrenämtern befragt werden und es fehlt eine Klarstellung, die es erlaubt, unzulässige Fragen falsch zu beantworten. Des Weiteren könnten Arbeitgeber bei Einstellungen öffentlich zugängliche Informationen aus dem Internet nutzen, ohne die Betroffenen hierüber informieren zu müssen, obwohl diese nur einen begrenzten Einfluss darauf haben, was dort über sie zu finden ist.

Besonders heikel wird es bei der Frage nach ärztlichen Untersuchungen und Eignungstests. Hier öffnen die Regierungsfaktionen der Willkür Tür und Tor. So ist beispielsweise vorgesehen, diese zukünftig auch im laufenden Arbeitsverhältnis zu erlauben. Ob für den Aufstieg vom Fließbandarbeiter zum Vorarbeiter ein Bluttest nötig ist, würde allein der Arbeitgeber entscheiden.

Der Druck von außen zeigte einen ersten Erfolg, denn kurzfristig wurde die Behandlung des Themas wieder von der Tagesordnung des Innenausschusses genommen. „Damit besteht die Chance, dass die Regierungsfaktionen aus den Bespitzelungsskandalen der letzten Jahre lernen und die dort genutzten Maßnahmen nicht doch noch nachträglich legalisieren“, erläutert Thönnies, dessen Fraktion ein eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzgesetz fordert.

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 16.01.2013, 18:25 Uhr - 6197 Clicks - Nr. 21

## **SPD: Autal im Kurgebiet schützen**

SPD: Autal im Kurgebiet schützen

Bad Bramstedt. „Die SPD Bad Bramstedt will das Autal im Kurgebiet geschützt wissen,“ mit diesen Worten kommentiert Arnold Helmcke die Pläne auf dem Gelände des Kurhauses an den Auen Neubauten zu errichten, die den 50-Meter-Wasserschutzstreifen an der Ohlau wesentlich verletzen.

Die Bauherren planen statt des bisherigen Hauses zwei neue Gebäude mit 20 Wohnungen zu errichten. Kritikpunkt der Sozialdemokraten ist, dass die Bauherren ein Gebäude auf nur rund 30 Meter Abstand an die Ufer der Ohlau heranbauen wollen.

Helmcke: „Wir finden das Projekt eines altersgerechten, gemeinschaftlichen Wohnens gut und werden es weiterhin positiv begleiten. Aber das kann keine Rechtfertigung dafür sein, bisherige Grundsätze über Bord zu werfen.“ Da Bad Bramstedt seinen Kurgästen und Besuchern außer herrlichen Auenlandschaften nicht viel zu bieten habe, wolle die SPD diese besonders schützen.

„Wir wollen hier keinen Präzedenzfall schaffen,“ sagt Helmcke, „so dicht darf man in Bad Bramstedt nur im Stadtkern an die Auen heranbauen und selbst da haben wir einige Fälle schon mit viel mehr Rücksichtnahme auf das Autal beurteilt. Wir sollen für alle Bad Bramstedter Bürger entscheiden und werden weiterhin unsere Autäler und das Kurgebiet besonders schützen.“

Nach Ansicht der SPD müssen die Bauherren die Baukörper anders auf dem Grundstück platzieren und/oder das Bauvolumen reduzieren. Damit könnte die Möglichkeit geschaffen werden, einen Bau zu realisieren und die Belange des Gewässerschutzes zu berücksichtigen. Einer Aushebelung des Gewässerschutzes mit dem Bebauungsplan wird die SPD an dieser Stelle nicht zustimmen.

**Keine Kommentare**



## Politischer Aschermittwoch

### 16. Politischer Aschermittwoch der AfA in Marne

16. Politischer Aschermittwoch der AfA in Marne am 13. Februar 2013

Zum 16. Mal heißt es: politischer Aschermittwoch in Marne, veranstaltet von der AfA und der SPD. Unter inhaltlicher und organisatorischer Leitung von Rainer Klose und Karsten Wessels soll das närrische Treiben in der Marschenstadt Marne durch den Politischen Aschermittwoch am 13.02.2013 um 18:00 beendet werden. Gastredner ist der Parteiratsvorsitzende Sönke Rix, der auch Kreisvorsitzender in Rendsburg-Eckernförde ist und diesen Wahlkreis auch als Mitglied des Deutschen Bundestages vertritt. Musikalisch umrahmt wird die Veranstaltung vom Sänger und Gitarristen Gerd Sell aus Kiel, der insbesondere das 150 jährige Jubiläum unserer Partei mit einbringen wird. Der MKG – die Marner Karnevalsgesellschaft und deren großen und kleinen Ballett, sowie das Blasorchester Marne-Nordsee und die Büttенrednerin Sabine Kremer werden ausreichend karnevalistisches aber auch satirisches darbieten. Und nicht unerwähnt sei das als Moderator oder richtiger Conférencier aus dem tiefen Baden-Württemberg unser Genosse Sven Zylla extra anreist, um sein „Geburtskind“ erneut zu helfen erwachsen zu werden. Einladungen sind erhältlich in der SPD Landesgeschäftsstelle in Kiel.

**Keine Kommentare**

## Sandra Liedtke ist Kreistagskandidatin im WK 13

Sandra Liedtke aus Felde wurde gestern von der Wahlkreis-Konferenz der SPD-Ortsvereine im Amt Achterwehr als Kandidatin für die Kommunalwahl im Mai für den Kreistag nominiert. Die Wahl erfolgte einstimmig, bei einer Enthaltung.

Die 48-jährige Sandra Liedtke lebt seit über 15 Jahren im Amt Achterwehr, zunächst in Bredenbek und jetzt in Felde. In Bredenbek gründete die Sozialpädagogin gemeinsam mit anderen Frauen eine Betreuungsgruppe für Kleinkinder, aus der die heutige Kita entstand. In Felde sitzt Liedtke seit 2008 in der Gemeindevertretung und engagiert sich im Bau- und im Sozialausschuß sowie im Vorstand des SPD-Ortsvereins. Seit 1998 ist sie Mitglied der SPD. Sandra Liedtke ist Mutter von fünf Kindern und arbeitet im Kieler Sozialministerium. Im Kreistag will sie sich für die Belange ihres Wahlkreises einsetzen und im Bereich der Sozialpolitik - dort v.a. bei den Themen Kinderbetreuung und Versorgungsstrukturen für ältere Menschen.

Kai Dolgner, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, freute sich über die Wahl einer kompetenten Kandidatin, die auch tatsächlich aus dem Wahlkreis 13 stammt. In der letzten Legislaturperiode hatte Ulf Daude aus Molfsee, der die Konferenz moderierte, die Region zwischen Ottendorf, Bredenbek und Westensee im Kreistag vertreten. **Keine Kommentare**

## Neujahrsempfang der Stadt Ratzeburg, 4. Januar 2013, Ratzeburg

Ratzeburg. 4. Januar 2013. Die Stadt Ratzeburg hatte zum Neujahrsempfang zahlreiche Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Musikalisch wurden die Gäste von den Sternsängern in Empfang genommen. Bürgermeister Rainer Voss begrüßte die Gäste, unter denen auch der Landtagsabgeordnete Peter Eichstädt und Dr. Nina Scheer, Bundestagskandidatin für den Bundestagswahlkreis 10 (Herzogtum Lauenburg-Stormarn-Süd), waren.



**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 17.01.2013, 14:54 Uhr - 10200 Clicks - Nr. 25

## Neujahrsempfang der Stadt Ahrensburg, 11. Januar 2013, Ahrensburg

Ahrensburg. 11. Januar 2012. Die Stadt Ahrensburg hatte ihre Bürgerinnen und Bürger in das Foyer des Rathauses in der Manfred-Samusch-Straße eingeladen. Bürgermeister Michael Sarach und Bürgervorsteher Roland Wilde begrüßten die Gäste, unter ihnen auch Dr. Nina Scheer, Bundestagskandidatin für den Bundestagswahlkreis 10 (Herzogtum Lauenburg-Stormarn-Süd).



Der Bürgermeister und der Bürgervorsteher gaben Rückblicke auf das Geschehen der Stadt Ahrensburg im vergangenen Jahr 2012. Es musizierte das Geigen-Trio des Jugend-Sinfonieorchesters Ahrensburg.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 17.01.2013, 23:01 Uhr - 9190 Clicks - Nr. 26

## Offensive für bezahlbares Wohnen

### Nach Hamburg jetzt auch in Schleswig-Holstein

„Immer mehr Menschen ziehen in die Ballungsräume, der Siedlungsdruck auf die Metropolregionen wird in den kommenden Jahren zunehmen“, glaubt Martin Habersaat, Abgeordneter für Stormarn-Süd und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Bezogen auf ganz Schleswig-Holstein seien die Mieten in den vergangenen Jahren gesunken, im Hamburger Rand allerdings deutlich gestiegen.

Hamburg habe auf die Wohnungsknappheit reagiert, indem nach dem Willen der SPD und Hamburgs Erstem Bürgermeister Olaf Scholz pro Jahr 6000 neue Wohnungen in Hamburg

gebaut werden sollen. Weil die die gesamte Region und nicht nur die Stadt Hamburg betroffen ist, startet auch Schleswig-Holstein eine Offensive für bezahlbaren Wohnraum.

Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner hat die Kommunen zu einer aktiven Wohnungspolitik aufgerufen: „Mehr Wohnungen zu bezahlbaren Mieten entstehen nur in einem breiten Bündnis aus Planern, Wohnungsunternehmern, Investoren und tatkräftigen Kommunalpolitikern.“ Er ermuntert die Kommunen, aktive Wohnungspolitik zu betreiben. Das Innenministerium stellt bis Ende 2014 zunächst insgesamt 50 Millionen Euro aus dem Wohnraumförderprogramm des Landes zur Verfügung, um speziell den Neubau von rund 450 preiswerten Mietwohnungen zu fördern.



Das Land fördert künftig 85 Prozent statt bisher 75 Prozent der Gesamtkosten einer neu gebauten Wohnung. Die höhere Fördersumme sorgt für moderate Mieten in qualitativ guten Wohnungen. Martin Habersaat, hofft, dass die Mittel vor Ort genutzt werden: „Die Initiative der Landesregierung kann helfen, auf steigende Mieten und fehlende Wohnungen im Hamburger Rand zu reagieren. Dazu müssen aber auch geeignete Flächen und Träger, gerne Genossenschaften, für Bauprojekte gefunden werden. Ich hoffe, die Parteien und Wählergemeinschaften greifen das Thema auch in ihren Programmen zur Kommunalwahl auf.“ Wenn das Programm ein Erfolg werden, könne er sich eine Fortsetzung gut vorstellen, so der Abgeordnete.

**Keine Kommentare**

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 18.01.2013, 13:07 Uhr - 27739 Clicks - Nr. 27

## **SPD fordert eigenständige Jugendpolitik**

Zur ersten Lesung des Antrags der SPD-Bundestagsfraktion „Mit einer eigenständigen Jugendpolitik Freiräume schaffen, Chancen eröffnen, Rückhalt geben“ (17/12063) erklärt der stellvertretende jugendpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Sönke Rix:



Mit dem Antrag wollen wir die Weichen in der Jugendpolitik neu stellen. Eine gute Jugendpolitik muss sich als Interessenvertretung für junge Menschen verstehen und darf sich nicht an den Defiziten von jungen Menschen orientieren. Der SPD-Bundestagsfraktion ist wichtig, eine Gesamtstrategie für ein gutes Aufwachsen junger Menschen zu entwickeln und dabei alle Politikfelder und föderalen Ebenen mit in den Blick zu nehmen.

Der Großteil der Jugendlichen ist engagiert, verantwortungsbewusst und pragmatisch. Leider werden jungen Menschen durch falsche politische Weichenstellungen immer wieder Steine in den Weg gelegt. Das wollen wir ändern. Jede politische Maßnahme soll zukünftig auf die Auswirkungen von jugendpolitischen Belangen überprüft werden. Um dies zu gewährleisten, wollen wir eine klare Zuständigkeit bei einem Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der sich explizit für die Vertretung, Vernetzung und Koordinierung aller jugendspezifischen Belange stark macht.

Darüber hinaus sollen Jugendliche selbst stärker an politischen Entscheidungen beteiligt werden. Daher fordert die SPD-Bundestagsfraktion das Wahlalter im Bundeswahlgesetz und im Europawahlgesetz auf 16 Jahre abzusenken. Dies muss einhergehen mit einer guten politischen Bildung – innerhalb wie auch außerhalb der Schulen.

Natürlich gibt es auch Jugendliche, die eine längere Orientierungszeit benötigen. Aber: kein junger Mensch darf zurückgelassen werden. Deshalb wollen wir eine Kultur der zweiten Chance. Dafür brauchen wir ein Recht auf Nachholen eines Schulabschlusses und ein Recht auf eine qualifizierte Ausbildung. Ab dem Jahr 2020 fordern wir einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz.

Oft arbeiten junge Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Gerade für sie sind ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro, die Regulierung der Leiharbeit sowie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung im Arbeitsrecht wichtig. Auch muss der Missbrauch von Praktika wirksam bekämpft werden. Die Rechte der Praktikantinnen und Praktikanten müssen gestärkt werden. Dazu gehören der Anspruch auf einen Vertrag, auf ein Zeugnis, eine zeitliche Begrenzung auf maximal drei Monate und eine Mindestvergütung.

Die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt muss ein Ende haben. Oft finden hoch qualifizierte junge Menschen keinen Arbeitsplatz, weil sie einen anders klingenden Namen haben. Wir fordern Maßnahmen um die anonyme Bewerbung einzuführen.

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 18.01.2013, 15:04 Uhr - 9706 Clicks - Nr. 28

## **Neujahrsempfang der Gemeinde Barsbüttel, 13. Januar 2013, Barsbüttel**

Mit einem offiziellen Akt begann der Neujahrsempfang 2013 in der Gemeinde Barsbüttel. Bürgermeister Thomas Schreitmüller, 2012 im Amt bestätigt, wurde für seine zweite Amtszeit vereidigt. Weniger formal, aber nicht minder gelungen waren die gute musikalische Begleitung durch die Band Tripplepack und der launige Jahresrückblick, den Christine Stanke von der Gemeindeverwaltung vorbereitet hatte.



Unter den zahlreichen Gästen waren auch Landrat Klaus Plöger, die SPD-Bundestagskandidatin Nina Scheer und der örtliche Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, der allerdings kaum als Gast zählte - gehörte er doch zu den Gemeindevetretern, die in ihrer 15minütigen Sitzung zu Beginn des Empfangs die Vereidigung des Bürgermeisters abnahmen.

Foto: Thomas Kanitz, Geschäftsführer des e-werk Sachsenwald und Nina Scheer

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 18.01.2013, 15:59 Uhr - 10869 Clicks - Nr. 29

## **Neujahrsempfang der Stadt Geesthacht, 13. Januar 2013, Geesthacht**

Geesthacht. 13. Januar 2012. Viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt Geesthacht waren zum Neujahrsempfang in das Rathaus gekommen, um gemeinsam mit Bürgermeister Dr. Volker Manow und Bürgervorsteher Peter Groh das vergangene Jahr 2012 zu bilanzieren.

Dieses Jahr gab es einen von Dr. Volker Manow und Peter Groh kommentierten Fotovortrag. Vertreter sozialer Einrichtungen, Politiker aller Fraktionen und vor allem die Geesthachter Bürgerinnen und Bürger verfolgten den fotografischen Jahresrückblick. Erstmals unter den Gästen war auch Dr. Nina Scheer, Bundestagskandidatin für den Bundestagswahlkreis 10 (Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd). Es gab viele interessante Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, Institutionen und Vereinen der Stadt Geesthacht.



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 18.01.2013, 20:38 Uhr - 8501 Clicks - Nr. 30

## Der Landtag tagt vom 23.-25. Januar

### Ausblick auf die bevorstehende Tagung

Zur ersten Plenartagung 2013 kommen die 69 Abgeordneten des schleswig-holsteinischen Landtags vom 23. - 25. Januar in Kiel zusammen. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, gibt einen Überblick über die wichtigsten Themen: Im Mittelpunkt der Sitzung am Mittwoch steht die abschließende zweite Lesung des Landeshaushalts für 2013.

Entgegen ursprünglicher Planungen ist auch vorgesehen, das Sparkassengesetz an diesem Tag aufzurufen.

Die Koalition möchte die Möglichkeit aus dem Gesetz streichen, dass die Haspa sich an öffentlichen-rechtlichen Sparkassen beteiligen kann. Habersaat: „Dabei haben wir nichts gegen die Haspa. Wegen des besonderen Rechtsstatus` der Haspa ist aber zu befürchten, dass deren Beteiligung das Einfallstor für Privatbanken in unser Sparkassensystem sein könnte. Das wollen wir nicht.“ Habersaat selbst wird am Mittwoch zu den Entwicklungen im Hochschulbereich der Zielvereinbarungsperiode 2009 bis 2013 sprechen.



Am Donnerstag wird der Landtag beschließen, beim Glückspielrecht wieder in die Riege aller anderen Länder einzuscheren. Auch ein Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung steht auf der Tagesordnung, ebenso die Kooperation mit Hamburg im Bereich der Sicherungsverwahrung. Freitag schließlich will der Landtag zwei Bundesratsinitiativen beschließen. Für die steuerrechtliche Gleichbehandlung eingetragener Lebenspartnerschaften und gegen den Optionszwang, der eine doppelte Staatsbürgerschaft verbietet. Außerdem wird Sozialministerin Kristin Alheit über die Vereinbarung mit den Kommunen zur Finanzierung des Krippenausbaus berichten.

Weitere Themen sind ein Modellprojekt und Konzept für Familien- und Nachbarschaftszentren, die

Videoüberwachung an Bahnhöfen und ein Bericht des Wirtschaftsministers Reinhard Meyer zum Stand der Verhandlungen zur Neufassung der Bäderverordnung.

Wer die Tagung live beobachten möchte, findet unter [www.ltsh.de](http://www.ltsh.de) einen Livestream. Die Debattenbeiträge der Fraktionen können dort unter dem Stichwort „Presseticker“ auch nachgelesen werden. Der Landtag tagt in der Regel von 10.00 bis 18.00 Uhr unter Einschluss einer Mittagspause.

**Keine Kommentare**

## **nächste Hauptversammlung OV Bad Bramstedt**

Liebe Parteifreunde,

Hiermit laden wir Euch laut § 7 unserer Satzung zu einer außerordentlichen Jahreshauptversammlung ein. Sie findet statt am

**Mittwoch, dem 30. Januar 2013 um 19.30 Uhr im Hotel Köhlerhof**

Vorläufige Tagesordnung:

TOP 1 – Eröffnung und Begrüßung

- a) Wahl eines Versammlungsleiters
- b) Genehmigung der Tagesordnung
- c) Aufnahme neuer Mitglieder

TOP 2 – Vorstellung der Kreistagskandidaten für den Wahlkreis Bad Bramstedt Stadt

- a) Rita Marcussen
- b) N.N.

TOP 3 – Aussprache und Meinungsbildung über die Kandidaten

TOP 4 – Beschluss über die Bewerberliste zur Kommunalwahl

TOP 5 – Einstieg in die Wahlprogrammdiskussion

Festlegung von Schwerpunktthemen

Inhaltliche Diskussion

TOP 6 – Verschiedenes

TOP 7 – Schlusswort des Vorsitzenden

**Keine Kommentare**

## **Manfred Schmiade bestätigt**

Im Verlauf der ersten Mitgliederversammlung im Jahr 2013 konnte Natascha Böhnisch, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Wilster, zahlreiche Mitglieder begrüßen. Bevor es in die vorbereitenden Beratungen zur Aufstellung des Kommunalwahlprogramms ging, wurde Manfred Schmiade als SPD-Kandidat für die Kreistagswahl einstimmig bestätigt. Die endgültige Aufstellung und die Listenplatzierung wird der SPD-Kreisparteitag am 09. Februar 2013 in Heiligenstedten vornehmen.

Anschließend ging es in die Auswertung der Aktionen, die zur Vorbereitung des Kommunalwahlprogramms für den SPD-Ortsverein in Wilster durchgeführt wurden. So wurden bereits im November in ganz Wilster Postkarten an alle Haushalte verteilt, damit die Bürgerinnen und Bürger Kritik, Wünsche, aber auch Stärken der Marschenstadt nennen konnten, um so Hinweise über die Dinge in Erfahrung zu bringen, die den Menschen in Wilster wichtig sind. Zum Jahresbeginn fanden jetzt mehrere Themenabende der SPD-Wilster statt, in denen Vereine, Vertreter von Institutionen und interessierte Bürgerinnen

und Bürger ebenfalls ihre Vorstellungen und Wünsche von unserer lebenswerten Stadt Wilster zusammengestellt haben. Aus allen Informationen trug Natascha Böhnisch nun vor. Dabei stellte sich schnell heraus, dass es besonders wichtig sei, den Bevölkerungsrückgang und die Überalterung zu bremsen, um die gute Infrastruktur halten und ausbauen zu können. So sei beispielsweise vorgeschlagen worden, eine möglichst elektrifizierte Bahn in kurzen Taktzeiten - mindestens stündlich - zwischen Brunsbüttel und Hamburg-Hauptbahnhof pendeln zu lassen. Auch soll verstärkt auf die Stärken der Stadt, auf die gute Lage - zwischen Nordsee und doch vor den Toren Hamburgs - hingewiesen werden, damit dadurch neue Bürgerinnen und Bürger gewonnen werden können, die sich in Wilster ansiedeln wollen. Einig waren sich alle Anwesenden, dass es wichtig sei, mehr Arbeitsplätze auch in Wilster zu gewinnen. Hier ginge es darum, mehr Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit zu schaffen, die nicht nur im Rahmen von 400 oder 450-Euro-Jobs angeboten werden, denn dadurch sei sozialer Abstieg und am Ende Altersarmut schon vorprogrammiert. Viele gute Ideen wurden auch von den Mitgliedern beigetragen und bis in den späten Abend diskutiert, so dass die Grundlage für ein Wahlprogramm erarbeitet werden konnte. Im Rahmen der nächsten Sitzungen von Fraktion und Vorstand der SPD-Wilster, und schließlich durch die nächste Mitgliederversammlung im März soll dann das neue Programm für 2013 bis 2018 beraten und beschlossen werden.

**Keine Kommentare**

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 20.01.2013, 16:29 Uhr - 6720 Clicks - Nr. 33

## **Kreistagskandidaten: Die SPD-Mitglieder in Reinbek haben entschieden**

Die SPD Reinbek hat auf ihrer Mitgliederversammlung die Kreistagskandidaten für die Kommunalwahl im Mai benannt: René Wendland (29), Gerd Prüfer (55) und Hajo Schulze-Hortung (65).

Für die drei Reinbeker Wahlkreise zum Stormarner Kreistag haben sich vier Kandidaten zur Wahl gestellt und wurden vor der Wahl nach den jeweiligen Vorstellungen intensiv befragt. Den zahlreich erschienenen Mitgliedern waren nicht nur die Ziele wichtig, sondern auch welche Interessenschwerpunkte die Kandidaten zukünftig in ihrer Arbeit einbringen werden. „Die Informationen aus dem Kreistag sind häufig sehr entscheidend für unsere politische Ausrichtung in Reinbek“ betont der Kreistagsabgeordnete René Wendland, der für den Wahlkreis 23 (Reinbek Nord) wieder gewählt wurde. Er ist seit der letzten Kommunalwahl finanzpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion und Mitglied im Fraktionsvorstand. Neue Gesichter gibt es mit Gerd Prüfer für den Wahlkreis 24 (Reinbek Mitte) und Hans-Joachim Schulze-Hortung für den Wahlkreis 25 (Reinbek Süd-Ost). Die beiden Kandidaten sind aber nicht wirklich neu, da sie bereits in Reinbek sehr aktiv die politische Arbeit mitgestalten. Wie Hajo Schulze-Hortung sagt: "Reinbeker Interessen müssen im Kreistag stärker vertreten werden."



**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 20.01.2013, 22:51 Uhr - 29026 Clicks - Nr. 34

## Franz Thönnies: „Herzlich willkommen bei Königsmördern und Vaterlandsverrätern“

Mit diesen launigen Worten leitete der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies seine Rede zum Neujahrsempfang des SPD-Kreisverbandes Segeberg ein, die zu einem spannenden Exkurs durch die 150jährige Geschichte der deutschen Sozialdemokratie führte.

Etwa 130 Mitglieder und Gäste, darunter viele Vertreter von Vereinen, Verbänden und politischen Parteien begrüßte zuvor der Kreisvorsitzende Stefan Weber im Restaurant Immenhof in Schackendorf.



In seinen Grußworten bemerkte der Schackendorfer Bürgermeisters Jürgen Göttsch (CDU): „In Schackendorf gehen CDU und SPD gut miteinander um,“ und die Landrätin Jutta Hartweg hob die herausragende ehrenamtliche Struktur im Kreis hervor.

Franz Thönnies erinnerte in seiner Neujahrsrede an den langen Weg der Sozialdemokratie von der Verfolgung durch das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ von 1878 bis in unsere heutige Zeit. So wies er als Parallele zu aktuellen politischen Diskussionen auf die damaligen Bemühungen der Sozialdemokraten hin, etwas gegen die Einkommensarmut im Arbeitsleben zu unternehmen: Mindestlohn!

Thönnies´ Bezug zu Kommunen im Kreis Segeberg und den dortigen Geschehnissen wurde gespannt gefolgt.

Aus der neueren politischen Zeit nannte er neben vielen anderen Heide Moser, die Sozialministerin aus Norderstedt, die in ihrer Amtszeit Schleswig-Holsteins Sozialpolitik geprägt hat.

Mit seinem Vortrag eröffnete Franz Thönnies die Aktivitäten der SPD in ihrem 150. Jubiläumsjahr. Am 04.05. soll mit einem landesweiten „Tag der Ortsvereine“ einer der Höhepunkte stattfinden.

Im Hinblick auf die Bundestagswahl im September forderte Franz Thönnies die Mitglieder auf, sich gegen die Spaltung unserer Gesellschaft durch die Regierung Merkel einzubringen. Dieses müsse u.a. geschehen durch die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und Verhinderung der Abwälzung der höheren Energiekosten auf die „kleinen Leute“. Es dürfe nicht sein, dass die Nebenkosten inzwischen die Mietkosten übersteigen.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurden langjährige Parteimitglieder durch den Kreisvorsitzenden Stefan Weber und Franz Thönnies geehrt: Das kommunalpolitische Urgestein aus Kattendorf, George Babst, für 50 Jahre, die Ortsvereinsvorsitzenden Birgit Panten (Hartenholm) und Eberhard Rönsch (Kaltenkirchen) für 40 Jahre Parteimitgliedschaft.

Die Veranstaltung wurde musikalisch begleitet vom „Duo Queron“ der Kreismusikschule. Stephanie Lang auf der Querflöte und Elisabeth Busse auf dem Akkordeon boten den Gästen ein abwechslungsreiches Programm.

Foto von links: Franz Thönnies, Eberhard Rönsch, Birgit Panten, George Babst, Stefan Weber.

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 21.01.2013, 10:48 Uhr - 4870 Clicks - Nr. 35



## Kommunalwahl im Mai - die SPD Barsbüttel macht sich bereit

Die Vorbereitungen für die Kommunalwahl am 26. Mai laufen auf Hochtouren. Ende 2012 hat die SPD Barsbüttel bereits ihre Kandidaten und Kandidaten aufgestellt - ein buntes Team um den Spitzenkandidaten und Fraktionsvorsitzenden Hermann Hanser.

Am 23. Januar wollen die Sozialdemokraten ihr Programm beschließen, an dem seit Monaten gearbeitet wird. Die Mitgliederversammlung beginnt um 19.00 Uhr im Bürgerhaus Barsbüttel. Und am letzten Wochenende ging es zum Fotografieren, um alles ins rechte Licht zu setzen.



Hermann Hanser: „In einem motivierten Team mit vielen neuen Mitstreitern macht es richtig Spaß, sich auf so eine Wahl vorzubereiten.“ Mit ihm zusammen bewerben sich Frauen und Männer, Mütter wie Väter mit vielen unterschiedlichen Kompetenzen und Leidenschaften, um sich für das Wohl der Gemeinde einzusetzen. Unternehmer, Pianist, IT-Experte, Landtagsabgeordneter - das Spektrum ist breit. In den 12 Wahlkreisen treten für die SPD acht Männer und vier Frauen an. Darunter sind sechs erfahrene Kandidaten und sechs, die sich erstmals bewerben.

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 21.01.2013, 13:36 Uhr - 9848 Clicks - Nr. 36

## Neujahrsempfang in Schwarzenbek, 19. Januar 2013, Schwarzenbek

Schwarzenbek. 19. Januar 2012. Am 19. Januar besuchte Nina Scheer, Bundestagskandidatin für den Bundestagswahlkreis 10 (Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd) den Neujahrsempfang der Stadt Schwarzenbek. Viele Bürgerinnen und Bürger kamen zum Empfang, um die Rede von Bürgermeister Frank Ruppert zu hören. Musikalische Einlagen verschiedener Chöre und einer Schülerin bewegten die zahlreichen Gäste.



In seiner Festrede wurde das vergangene Jahr bilanziert und den ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern gedankt. Foto v.l.n.r.: SPD-Ortsvereinsvorsitzender Schwarzenbek, Konrad Freiberg, Nina Scheer, Olaf Schulze MdL

**Keine Kommentare**

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 22.01.2013, 19:29 Uhr - 6109 Clicks - Nr. 37

## Stoppt das Beschäftigtenüberwachungsgesetz!

Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant eine Verschärfung zur Überwachung der Beschäftigten mit einer Änderung des Beschäftigtendatenschutzgesetzes. Diese Absicht war schon sehr lange in Planung. Die AfA Schleswig-Flensburg hat von dieser beabsichtigten Änderung bereits mehrfach dagegen protestiert. Die Änderung soll mit einer 2. und 3. Lesung soll Anfang Februar 2013 im Bundestag verabschiedet werden.



Die AfA Schleswig-Flensburg protestiert gegen eine Verschärfung des Beschäftigtendatenschutzgesetzes und gegen die geplante Willkür, die den Arbeitgebern Tür und Tor öffnet zur totalen Überwachung der Beschäftigten und bittet um Unterstützung der DGB-Petition.

„Gemeinsam gegen Dauerüberwachung und George Orwell am Arbeitsplatz: Stoppt das Gesetz zum Datenschutz für Beschäftigte“. Mit einer Online-Petition unter diesem Motto ruft der DGB-Vorsitzende Michael Sommer alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, abzustimmen gegen das schwarz-gelbe Gesetzesvorhaben. Union und FDP wollen eine Neuregelung des Beschäftigtendatenschutzgesetzes durchsetzen, die deutliche Verschlechterungen bringen würde. Die Beratung im Bundestagsinnenausschuss war ursprünglich für den 16. Januar vorgesehen, wurde nun auf den 30. Januar verschoben.

Die AfA SL-FL bittet alle, die Petition des DGB zu unterzeichnen:

<http://www.dgb.de/themen/++co++8f093ba0-5e30-11e2-8325-00188b4dc422>

Ausführliche Information mit vielen Stellungnahmen hier:

<http://beschds.wordpress.com/>

Aktuelle Information:

An der Online-Petition gegen die beabsichtigte Änderung des Beschäftigtendatenschutzgesetzes von Schwarz-Gelb haben sich über 30.000 beteiligt und der DGB und ver.di haben mit dieser Initiative vorerst Erfolg gehabt. Die Beratungen zur Gesetzesänderung im Bundestag, die für Freitag den 2. Februar 2013 angesetzt waren, sind erst einmal gestoppt.

Wir werden aber die weitere Entwicklung kritisch begleiten.

Unser Ziel ist:

Wir sagen NEIN zur Erlaubnis, dass der Arbeitgeber letztlich tun kann, was ihm passt, NEIN zur offenen, unbeschränkten Videoüberwachung, NEIN zur Auswertung sozialer Netzwerke, NEIN zur permanenten Kontrolle der Beschäftigten in Callcentern, NEIN zu Gesundheitsuntersuchungen, die nicht arbeitsmedizinisch notwendig sind, NEIN zur unregulierten Datenweitergabe an andere Arbeitgeber innerhalb eines Konzerns.

Kommentar von [Dieter Kahlau](#) vom 26.01.2013, 18:25 Uhr:

**RE: Stoppt das Beschäftigtenüberwachungsgesetz!**

*Wohin geht dieses verkalkte Land? Für jeden Regenwurm gibt es Schutzgesetze, Nazi-Mörder werden vom "Staatsschutz" bezahlt und gedeckt (gemeint das Trio aus dem Vogtland), anschließend die Akten ganz locker vernichtet. Wann erhalten alle Arbeitnehmer Implantate? D. Kahlau*

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 23.01.2013, 16:50 Uhr - 150925 Clicks - Nr. 38

**"Agrarausschuss verpasst Chance für Neuausrichtung"**

## Ökologische Ausrichtung der Agrarpolitik verwässert

Wie befürchtet stimmte am Mittwoch eine Mehrheit im Agrarausschuss gegen eine stärkere ökologische Ausrichtung der zukünftigen EU-Agrarpolitik. Die zur Abstimmung vorgelegten umstrittenen Kompromissvorschläge, die die von der EU-Kommission geforderte Ökologisierung stark abschwächen, wurden mehrheitlich angenommen.



Die SPD-Europaabgeordnete Ulrike RODUST übte scharfe Kritik am Abstimmungsergebnis: „Der Agrarausschuss gefährdet einen dringend nötigen Systemwandel der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik hin zu einer ökologischen Ausrichtung. Deshalb habe ich gegen diese verwässerten Kompromisse gestimmt. Eine gegenüber der Gesamtbevölkerung in Europa vermittelbare EU-Agrarpolitik bedarf im 21. Jahrhundert eines grundlegenden Systemwechsels. Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität dürfen bei der Agrarreform nicht hinten anstehen.“

Die im Agrarausschuss ausgehandelten und nun verabschiedeten Kompromisse sehen vor, dass es bei einem Verstoß gegen die Ökologisierungsaufgaben keine Sanktionen in der Basisprämie gibt, sondern nur bei den 30 Prozent der Zahlungen, die für die Ökologisierung vorgesehen sind. Dieser Vorstoß weicht nicht nur die ökologische Ausrichtung der Agrarreform auf, sondern erhöht auch durch diverse Ausnahmeregelungen den Verwaltungsaufwand. „Damit bin ich und die deutsche SPD-Delegation im Parlament nicht einverstanden. Ökologisierungsaufgaben lediglich zu einer freiwilligen Option für die Landwirte umzuwandeln, reicht nicht aus, um die notwendige gesellschaftliche Legitimation für einen der größten Ausgabenblöcke im EU-Haushalt zu schaffen“, so Ulrike RODUST.

„Noch ist es nicht zu spät, diese Verwässerung der Reform aufzuhalten“, so Ulrike RODUST weiter. „Die Berichte des Agrarausschusses werden voraussichtlich im März 2013 im Plenum des Europäischen Parlaments abgestimmt. Dort werde ich versuchen, mit weiteren Abgeordneten erneut Änderungseinträge einzubringen, um unsere Position und die vieler Verbraucherinnen und Verbraucher einzubringen.“

### *Hintergrund: Ökologisierung*

*Im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 wird die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) reformiert. Seit ihrer Einführung wurde die GAP bereits mehrfach reformiert, um sie an aktuelle Herausforderungen anzupassen. Das Herzstück des Kommissionsvorschlages zur aktuell anstehenden Reform sind die Vorschläge zur Ökologisierung der Direktzahlungen. Das heißt, dass die Direktzahlungen zukünftig an die Einhaltung von Ökologierungsmaßnahmen geknüpft werden sollen. Nach der Kommission soll es ab 2014 nur noch 70 % der Direktzahlungen ohne Auflagen geben. Die verbleibenden 30 % werden nur ausbezahlt, wenn der Landwirt bestimmte umweltschonende Auflagen erfüllt.*

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 23.01.2013, 17:45 Uhr - 9919 Clicks - Nr. 39

## Neujahrsempfang der SPD Schleswig-Holstein, 22. Januar 2013, Kiel

Kiel. 22. Januar 2013. Die SPD Schleswig-Holstein hatte am Dienstagabend zum traditionellen Neujahrsempfang eingeladen. Über 300 Bürgerinnen und Bürger kamen in die Traum GmbH am Grasweg in Kiel. Unter den Gästen war auch die Bundestagskandidatin Dr. Nina Scheer.

Ehregast war der Landesvorsitzende der SPD Hessen und Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag, Thorsten Schäfer-Gümbel. Mit Blick auf das Ergebnis in Niedersachsen betonte Gümbel seiner Rede ausdrücklich, dass er auch Rot-Grün für Hessen wolle. Für gute Stimmung hatte der Wahlsieg von Rot-Grün am vergangenen Sonntag in Niedersachsen gesorgt. Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, gratulierte Stephan Weil herzlich zu seinem Sieg und sagte: „Ein toller Erfolg, der gut ist für die Menschen in Niedersachsen. Die knappe Entscheidung zeigt einmal mehr, dass es auf jede Stimme ankommt. Bis zuletzt hat die Niedersachsen-SPD hervorragend gekämpft und alles gegeben, und das hat sich gelohnt!“ Ralf Stegner betonte, dass das Wahlergebnis von Niedersachsen Rückenwind für den Bundestagswahlkampf sei. Der SPD Landesvorsitzende kam in seiner Rede auch auf die Kommunalwahl zu sprechen. Er sei zuversichtlich, dass die SPD bei der Kommunalwahl im Mai in vielen Städten und Gemeinden wieder stärkste Kraft werde. Ministerpräsident Torsten Albig hob die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit der rot-grün-blauen Regierungskoalition hervor und betonte, dass in dieser Koalition alle auf Augenhöhe miteinander zusammenarbeiten. Alles in allem war es ein Neujahrsempfang bester Stimmung. Foto:v.l.n.r.: Nina Scheer; Reinhard Niegengerd, stellvertretender Kreisvorsitzender SPD Stormarn; Susanne Danhier, Kreisvorsitzende SPD Stormarn.



**Keine Kommentare**

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 23.01.2013, 19:00 Uhr - 5793 Clicks - Nr. 40

## **Bürgerforum zur Mitwirkung am Wahlprogramm der SPD Reinbek**

Die SPD Reinbek veranstaltet am 28.01.2013 um 19:30 Uhr in der Kantine des Reinbeker Rathauses ihr Bürgerforum zur weiteren Entwicklung Reinbeks.

Häufig wird von Bürgerinnen und Bürgern die "Ferne der Politiker" beklagt und die öffentlichen Sitzungen können das scheinbar nicht ausgleichen. Natürlich gibt es bei der SPD Ziele, die als Wahlprogramm definiert werden, und die sollen mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Reinbek gemeinsam erarbeitet werden.

„Unsere lebenswerte Stadt benötigt die breite Unterstützung und eine Ausrichtung, die wir uns wünschen aber auch finanzieren können. Wenn wir Reinbek sagen, sprechen wir als SPD natürlich von allen Stadtteilen und wir möchten unseren gemeinsamen Weg entwickeln.“, betont René Wendland, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins.

Das Bürgerforum ist ein Baustein von vielen Veranstaltungen, mit denen die Reinbeker SPD den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch örtlichen Institutionen und Verbänden die Gelegenheit geben will, ihre Wünsche und Erwartungen an die Kommunalpolitik der nächsten Jahre zu artikulieren. Die derzeitige und die für die Zukunft gewünschte Situation der Reinbeker Bevölkerung in unterschiedlichen Lebenslagen stehen im Mittelpunkt des Bürgerforums.

Volker Müller, Vorsitzender der SPD-Fraktion: „Wir würden uns sehr über Ihre rege

Teilnahme freuen und damit unseren gemeinsamen Weg als Weg der SPD festlegen."

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 24.01.2013, 13:32 Uhr - 152074 Clicks - Nr. 41

## "Agrarausschuss steuert in die Vergangenheit zurück"

### Marktintervention und Exportsubventionen bleiben erhalten

Scharfe Kritik übte die SPD-Europaabgeordnete und Agrarexpertin Ulrike RODUST am Abstimmungsergebnis im Agrarausschuss des Europäischen Parlamentes zur zukünftigen einheitlichen Gemeinsamen Marktorganisation im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik am Mittwochmittag:

"Nach den Vorstellungen meiner Kollegen und Kolleginnen im Agrarausschuss sollen Marktinterventionen und Exportsubventionen weiterhin als Instrument erhalten bleiben. Das schädigt nicht nur Landwirte in weniger entwickelten Ländern, sondern hilft auch nicht die Wettbewerbsfähigkeit unserer eigenen Landwirtschaft zu verbessern."



"Wir Sozialdemokraten setzen uns schon lange dafür ein, dass die wettbewerbsverzerrenden Exportsubventionen komplett abgeschafft werden", erklärte die Agrarexpertin Ulrike RODUST weiter. Zwar würde das Instrument kaum noch eingesetzt, aber mit der Abstimmung hat der Agrarausschuss es verpasst, ein klares Zeichen für eine Agrarpolitik zu setzen, die in Einklang mit der europäischen Entwicklungspolitik steht und sich nicht zum Nachteil auf weniger entwickelte Länder auswirkt.

"Die europäische Agrarpolitik muss endlich in der Gegenwart ankommen und nicht in die Vergangenheit zurücksteuern! Ziel muss es sein, dass Landwirte langfristig ohne Direktzahlungen ein angemessenes Einkommen erzielen", erläuterte Ulrike RODUST. "Stützen wir jedoch die Märkte weiterhin so massiv, wie es der Agrarausschuss vorsieht, dann werden unsere Bauern noch für Jahrzehnte am Tropf der Subventionspolitik hängen."

Einen weiteren Beleg für eine rückwärtsgewandte Agrarpolitik sieht Ulrike RODUST auch und vor allem in dem Vorstoß, für einige Mitgliedsstaaten die Möglichkeit zu schaffen, Fördermittel aus der zweiten Säule, die für die Entwicklung der ländlichen Räume vorgesehen sind, zugunsten der ersten Säule umzuschichten, und somit für Direktzahlungen und beispielsweise Marktinterventionen zu nutzen.

"Wenn wir wirklich etwas für unsere ländlichen Regionen und die Menschen, die da leben, bewirken wollen, müssen wir die Gelder des EU-Agrarhaushaltes insbesondere für die in der zweiten Säule vorgesehenen Fördermittel aufwenden und nicht umgekehrt! Denn wir brauchen eine gezielte Förderung von Entwicklungsmaßnahmen im ländlichen Raum, um so für lebenswerte, lebendige ländliche Regionen zu sorgen und den Menschen Anreize für die aktive Mitgestaltung des Strukturwandels zu bieten", so Ulrike RODUST abschließend.

**Keine Kommentare**

[AfB-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 24.01.2013, 23:08 Uhr - 5607 Clicks - Nr. 42

## Trauer um eine tatkräftige und bedeutende Frau

Wir trauern um Eva Rühmkorf

Zum Tode von Eva Rühmkorf erklärt der Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD

Schleswig-Holstein Ralf Stegner: „Die SPD Schleswig-Holstein trauert um Eva Rühmkorf. Sie war eine überzeugte und kämpferische Sozialdemokratin, die in Schleswig-Holstein, Hamburg, aber auch darüber hinaus viel bewirkt hat - insbesondere für die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Eva Rühmkorf hat es sich nie bequem gemacht bei ihrer politischen Arbeit: Als bundesweit erste Frauenbeauftragte musste sie bei ihrem Kampf für mehr Gleichberechtigung und gegen überkommene Rollenbilder gegen erhebliche Widerstände ankämpfen. Auch in der Bildungspolitik hat sie als zuständige Ministerin im Kabinett von Björn Engholm viel bewegt und mit der Förderung von Gesamtschulen und der Reformierung der Lehrpläne einen Paradigmenwechsel in der schleswig-holsteinischen Schulpolitik eingeleitet.

Wir haben Eva Rühmkorf viel zu verdanken und werden sie als überzeugte und liebenswerte Kämpferin für Gleichstellung und gesellschaftlichen Fortschritt in Erinnerung behalten.“

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 25.01.2013, 09:51 Uhr - 154990 Clicks - Nr. 43

## **"Agrarausschuss will nur eine freiwillige Ökologisierung der Direktzahlungen"**

### **SPD-Abgeordnete stimmt als einzige gegen Verwässerung**

Mit einem weiteren enttäuschenden Ergebnis ist der Abstimmungsmarathon im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik am Donnerstagvormittag zu Ende gegangen.

Als letzter Punkt stand die zukünftige horizontale Verordnung über Finanzierung, Management und Kontrolle der Gemeinsamen Agrarpolitik zur Abstimmung. Die Verordnung regelt unter anderem, ob es eine Verknüpfung zwischen der Basis- und der Ökologisierungszahlung gibt.



Die SPD-Europaabgeordnete und Agrarexpertin Ulrike RODUST hat als einzige gegen das Vorhaben gestimmt, Verstöße gegen Ökologisierungsaufgaben lediglich mit Abzügen bei den 30 Prozent Ökologisierungsprämie zu sanktionieren. Die Sozialdemokratin hatte im Vorfeld immer wieder klar gemacht, dass sowohl die Ökologisierungsprämie als auch die 70-Prozent-Basisprämie der Direktzahlungen bei Verstößen reduziert werden müssten. Ansonsten würden sich die Landwirte einfach gegen Ökologisierungsmaßnahmen entscheiden und trotzdem 70 Prozent der Direktzahlungen kassieren. "Nicht ein mal meine Kolleginnen und Kollegen aus der grünen Fraktion können es mit einer stärker ökologischen Ausrichtung der Direktzahlungen ernst meinen, wenn sie die Ökologisierungsaufgaben lediglich zu einem freiwilligen Instrument degradieren", kritisierte Ulrike RODUST.

Die Ausschussabstimmung habe aus Sicht der SPD-Abgeordneten allgemein vollkommen falsche Signale gesetzt. Als geradezu "skandalös" bezeichnete sie das Abstimmungsergebnis zur Transparenz der Agrarzahlungen. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, die Namen der Zahlungsempfänger wieder offen zu legen. Dieser Vorschlag wurde im Agrarausschuss auf Hinwirken einer Handvoll konservativer Abgeordneter – unter ihnen auch der deutsche CSU-Abgeordnete Albert Deß – mit großer Mehrheit abgelehnt. "Das ist ein unerhörter Akt gegen Transparenz- und Fairnessgrundsätze. Wenn wir öffentliche Mittel verteilen, dann muss ersichtlich sein, wer diese Mittel erhält. Wie will man sonst sicherstellen, dass das Geld der Steuerzahler anstatt dem ehrlichen Landwirt, der nichts zu verstecken hat, kriminellen Organisationen zu Gute kommt!", empörte sich Ulrike RODUST.

Auch Risikomanagementmaßnahmen und ein Einkommensstabilisierungsinstrument für Landwirte aus dem Fonds für die ländliche Entwicklung zu finanzieren, ginge "komplett in die falsche Richtung. Für Entwicklungsmaßnahmen, die dem ländlichen Raum zu gute kommen sollen, bleibt dann am Ende weniger übrig!", erläuterte die Sozialdemokratin.

Die vom Ausschuss neugeschaffene Möglichkeit der Doppelförderung von Maßnahmen ist ein weiterer Schritt auf einen verworrenen Weg. So sollen Agrarumweltprogramme, die aus Mitteln der zweiten Säule finanziert werden, als Ökologierungsmaßnahmen in der 1. Säule anerkannt und entsprechend mit der Öko-Prämie bedacht werden. "Ein Landwirt wird somit für ein- und dieselbe Maßnahme Mittel aus beiden Säulen kassieren können. Das läuft jeglicher rechtlichen Grundlage und Logik entgegen", zeigte sich Ulrike RODUST entrüstet.

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 25.01.2013, 18:25 Uhr - 24126 Clicks - Nr.

44

## **Birgit Herdejürgen zu Besuch bei der Lederfabrik Kobel in Kellinghusen**

Regelmäßig besucht die Landtagsabgeordnete kleine und mittlere Betriebe in ihrem Wahlkreis, die vor Ort Arbeitsplätze schaffen und erhalten, ausbilden und damit den Erfolg unserer Region mit verantworten.

Dieses Mal folgte sie der Einladung des Juniorchefs Kobel der kleinen, aber feinen Lederfabrik Kobel in Kellinghusen.

Die Lederfabrik Kobel wurde vor 136 Jahren gegründet und wird nunmehr in der 4. Generation von dem Diplomvolkswirten Eckart Kobel in Familienhand geführt.



Mit dem Ledertechniker Sebastian Kobel wirkt nun bereits die 5. Generation in der Geschäftsführung mit.

In der Firma werden ausschließlich hochwertige süddeutsche Kuhhäute verarbeitet.

Mit Hilfe traditioneller, teilweise althergebrachter Gerbverfahren werden diese mit pflanzlichen Rohstoffen gegerbt und nach neuesten Erkenntnissen zugerichtet.

So gelingt es qualitativ hochwertiges Leder herzustellen, das vornehmlich im Reitsport Verwendung findet. Aber auch für maßgeschneiderte Qualitätsschuhe und Gürtel wird hier Leder produziert.

„ Wir arbeiten so, dass ein Gürtel seinen Träger überlebt und nicht umgekehrt“, merkt Firmenchef Kobel mit einem Augenzwinkern an.

Trotz großem Engagement der Firmenleitung sind die Zeiten nicht leicht für die kleine Firma. Die 12 Angestellten und ihre Chefs müssen kämpfen.

„ Seit über 130 Jahren trotzen wir Weltkriegen und Wirtschaftskrisen, aber ob wir die Energiewende auch schaffen, ist fraglich“, klagt Sebastian Kobel.

Durch den Boom an Biogasanlagen sind die pflanzlichen Gerbstoffe im Preis um über 120 % gestiegen und diese Kostenexplosion kann nicht auf den Endverbraucher umgelegt werden, weil dann die Lederkosten zu hoch werden würden.

"Wir experimentieren jetzt mit anderen nachhaltigen, bisher ungenutzten Gerbstoffen,

um so unsere Nische zu wahren. Vielleicht gelingt uns da etwas", hofft der Jungunternehmer.

Birgit Herdejürgen zeigte sich beeindruckt von dem handwerklichen Geschick der Mitarbeiter und der, auch für einen Laien zu erkennenden, sehr guten Qualität des Leders. Auch merkt man dem Betrieb den guten Zusammenhalt an.

„ Hier merkt man, dass Mitarbeiter und Chef noch gemeinsam für ihre Fabrik stehen. Ich hoffe, dass wir so ein solides Handwerk in unserer Region erhalten können und wünsche der Familie Kobel und ihrer Firma viel Glück auf dem weiteren Weg", resümiert die Abgeordnete.

**Keine Kommentare**

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 25.01.2013, 18:39 Uhr - 23716 Clicks - Nr. 45

## **Birgit Herdejürgen zur notwendigen Änderung des Sparkassengesetzes**

An Scheinheiligkeit ist die CDU-Landtagsfraktion nicht zu überbieten. Und die Berichterstattung des shz zum Sparkassengesetz lässt in gewohnt ausgewogener (Achtung! Ironie!) Manier alles außer Acht, was nicht in das persönliche Konzept der Berichterstatter passt.

Was ist passiert?

SPD, Grüne und SSW haben zur unmittelbaren Abwehr von Risiken für das Sparkassenwesen ein Gesetz in den Landtag eingebracht, das eine Beteiligung privater Sparkassen an öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein verhindert. Dies hatten wir im Wahlkampf angekündigt.



Die Argumente waren lange ausgetauscht, da eine mögliche Beteiligung der Haspa in einer umfangreichen Anhörung in der vergangenen Legislaturperiode intensiv und kontrovers diskutiert wurde. In dieser Sitzung war Eilbedürftigkeit gegeben, weil auf Basis des bestehenden Gesetzes die Genehmigung einer Beteiligung unmittelbar bevorstand und damit der Dammbbruch der Privatisierung drohte.

CDU und FDP wollen die Änderung nicht, können aber noch immer nicht verwinden, dass sich die Mehrheitsverhältnisse im Landtag geändert haben. Also verfällt man auf schmutzige Tricks, um eine Beschlussfassung zu verhindern.

Am Mittwochabend während der Beratung des Sparkassengesetzes lichten sich nach und nach die Reihen von CDU und FDP bis nur noch ein Präsidiumsmitglied der CDU und der Kollege Kubicki anwesend sind. Der jämmerliche Versuch, die Arbeit des Parlaments durch Herstellen der Beschlussunfähigkeit zu blockieren, scheitert jedoch.

Am Donnerstag können wie vorgesehen die kommunalen Spitzenverbände und der Sparkassen- und Giroverband im Ausschuss Stellung beziehen.

Nun besitzt der Fraktionsvorsitzende der CDU (unentschuldigt abwesend) die Dreistigkeit, unserem Ministerpräsidenten (ordnungsgemäß abgemeldet) auf polemische Art und Weise vorzuwerfen, einen offiziellen Termin wahrzunehmen. Da bleibt einem wirklich die Spucke weg.



Nun zur Berichterstattung des shz zum Sparkassengesetz: Dort wird berichtet, dass einige zufällig im Ausschuss anwesende Verbandsvertreter nicht angehört wurden. Dies war dem verkürzten Verfahren geschuldet.

Kein einziges Wort jedoch über den tatsächlichen Inhalt der Anhörung! Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein haben übereinstimmend begrüßt, dass eine Beteiligung privater Sparkassen an schleswig-holsteinischen Sparkassen verhindert wird. Alle Anzuhörenden bewerteten das Risiko als unvertretbar, über eine Beteiligung der Hamburger Sparkasse AG (Haspa) unbeabsichtigt den Einstieg in eine Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen zu ermöglichen.

Die kommunalen Spitzenverbände hatten bereits bei der Änderung des Sparkassengesetzes 2010 entsprechende Bedenken vorgebracht, die sie heute bekräftigten. Der Sparkassen- und Giroverband trug vor, wegen der Weigerung der Haspa, die Träger im Fall einer notwendigen Rückabwicklung von den Risiken freizuhalten, habe sein Verband nun ebenfalls große Bedenken gegen eine Beteiligung.

Wirtschaftlich seien die Sparkassen auch kurzfristig in der Lage, füreinander einzustehen. Daher begrüßten alle Angehörten einhellig das Vorhaben der Koalitionsfraktionen, diese Beteiligungsmöglichkeit zu verhindern.

Die Zustimmung von kommunalen Trägern und Sparkassen bestärkt unsere Überzeugung, mit einem Gesetz kurzfristig und schnell die Beteiligung privater Sparkassen zu verhindern. Diese Soforthilfe ist nur der erste Schritt. Im Laufe des Jahres werden wir in einem zweiten Schritt weitere Änderungen am Sparkassengesetz vornehmen, um die Rahmenbedingungen für die Sparkassen in Schleswig-Holstein zu verbessern. Dafür werden wir den Dialog mit den Sparkassen und den kommunalen Landesverbänden und natürlich mit der Wirtschaft fortführen. Die wichtigsten Fragen dabei sind die nach der Bildung von Stammkapital und nach der Beteiligung von Verbänden öffentlich-rechtlicher Sparkassen. Für diese weiter gehenden Änderungen wird es ausführliche Beratungen im Landtag und seinen Ausschüssen geben.

**Keine Kommentare**

[AfB-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 26.01.2013, 09:09 Uhr - 5860 Clicks - Nr. 46

## **Grundschulen im ländlichen Raum**

In den vergangenen Wochen hat das Thema "Schulen im ländlichen Raum" viele Menschen in Schleswig-Holstein bewegt. Bei uns in Dithmarschen sind viele Eltern durch den Rückgang der Schülerzahlen davon betroffen, dass Standorte in ihrer Existenz bedroht sind.

Schule ist für die Orte mehr als nur ein Gebäude, in dem die Kinder und Jugendlichen einen Teil des Tages verbringen. Schule ist Treffpunkt, sozialer Ort, oft ein kulturelles Zentrum des Ortes und vieles mehr. Diese Funktion von Schule müssen wir, so lange es sinnvoll möglich ist, vor Ort erhalten.

Eltern wollen aber auch, dass ihre Kinder die bestmögliche Bildung bekommen. Und diese Qualität muss an erster Stelle stehen. Wir brauchen daher gute Konzepte, die Schule vor Ort in guter Qualität möglich machen. Aber es werden nicht alle Schulstandorte überleben können, bei einem Rückgang von 25-30% der Schülerzahlen. Wichtig ist, im Dialog mit den Beteiligten passende Lösungen zu finden, die die Region nicht schwächen.

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 26.01.2013, 21:41 Uhr - 7289 Clicks - Nr. 47

## **Evelyne GEBHARDT: "Wasserversorgung gehört in die öffentliche Hand"**

Evelyne Gebhardt stimmt gegen Konzessionsrichtlinie

"Wasser ist ein lebensnotwendiges Gut, die Wasserversorgung ist deshalb in öffentlicher Hand am besten aufgehoben.

Von Beginn an habe ich dafür gestritten, öffentliche Formen der Wasserversorgung durch Stadtwerke oder kommunale Zweckverbände aus dem Anwendungsbereich der Konzessionsrichtlinie explizit herauszunehmen, wohl wissend, dass eine Gesamtablehnung der Richtlinie keine Mehrheit finden würde. Hierbei habe ich aber eine klare Unterstützung derjenigen vermisst, die jetzt im Europäischen Parlament lautstark aufschreien", erklärte die Europaabgeordnete Evelyne GEBHARDT nach den Abstimmungen zur Konzessionsrichtlinie im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz am Donnerstag in Brüssel.

"Diejenigen, die nun so tun, als wollten sie das Wasser schützen, es gleichzeitig jedoch befürworten, öffentliche Träger der Wasserversorgung denselben Regeln zu unterwerfen wie private Anbieter, spielen ein falsches Spiel", kritisierte Evelyne GEBHARDT.

Tatsächlich geht es bei der Konzessionsrichtlinie nicht um die Privatisierung der Wasserversorgung wie in der öffentlichen Debatte fälschlicherweise behauptet. Ziel der Richtlinie ist es vielmehr für die Vergabe von Konzessionen Transparenz zu schaffen, soziale Standards einzubeziehen und Korruption zu bekämpfen.

"Die Richtlinie soll auch dazu dienen, dass dort, wo Kommunen sich gegen jede Vernunft entscheiden, die Wasserversorgung an private Anbieter zu vergeben, allgemeine Regeln für die Qualität und die Bezahlbarkeit des Wassers sichergestellt werden. Das von Konservativen und Liberalen in letzter Konsequenz unterstützte Vorhaben, auch die bewährte Wasserversorgung in öffentlicher Hand diesem EU-weiten Regelungswerk zu unterwerfen, hat es mir jedoch unmöglich gemacht, der Richtlinie zuzustimmen", argumentierte Evelyne GEBHARDT abschließend.

Hintergrund:

Mit der Konzessionsrichtlinie wird ein neuer rechtlicher Rahmen für die Konzessionsvergabe geschaffen, der Rechtssicherheit für die Auftraggeber schaffen soll. Die Richtlinie sieht weder eine Liberalisierung noch eine Privatisierung der Daseinsvorsorge vor. Die Gestaltungsfreiheit bei der Ausführung der Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse soll auch weiterhin in der Hand der Kommunen und Regionen bleiben. In nur elf Mitgliedstaaten bestehen bisher Regelungen zur Vergabe von Konzessionen.

Für weitere Informationen: Büro Evelyne Gebhardt +32 2 28 47466 und Algara Stenzel (Pressesprecherin) +32 473 93 00 60.

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 27.01.2013, 17:12 Uhr - 57147 Clicks - Nr. 48

## Das Ende des Ölzeitalters

Michael Müller, Vorsitzender der "Naturfreunde Deutschlands" und bis 2009 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, der zurzeit als Sachverständiger in der Enquete Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität mitarbeitet, hat sich mit dem aktuellen Thema der Endlichkeit von fossilen Ressourcen beschäftigt und ein Papier zu "peak-oil" verfasst.

Sein Papier finden Sie hier: [mehr ...](#)



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 27.01.2013, 17:39 Uhr - 8764 Clicks - Nr. 49

## Privatisierung der Sparkassen verhindert

Die mögliche Privatisierung der schleswig-holsteinischen Sparkassen ist abgewendet. Mit der Mehrheit der regierungstragenden Fraktionen von SPD, B'90/Die Grünen und dem SSW beschloss der Landtag in seiner Januar-Sitzung eine entsprechende Änderung des Sparkassengesetzes. Die Sorge der Koalition war, dass die beantragte Beteiligung der Hamburger Sparkasse bei der Sparkasse Hohenweststedt das Tor für Beteiligungen privater Banken auf dem öffentlich-rechtlichen Sparkassensektor geöffnet hätte.

Diese Sorge wurde durch die Kommunalen Spitzenverbände und den Sparkassen- und Giroverbandes geteilt.



Mit dieser Entscheidung im Schleswig-Holsteinischen Landtag wird auch die Position der Sparkasse Holstein gestärkt. Das freut auch die Abgeordneten der Kreise Stormarn und Ostholstein. Die SPD stellt in beiden Kreisen fünf Abgeordnete: Regina Poersch, Sandra Redmann, Martin Habersaat, Tobias von Pein und Lars Winter. „Heute ist ein guter Tag für Schleswig-Holstein und für die Sparkasse Holstein“, sagen die Landtagsabgeordneten der SPD unisono. Die bisherige sehr gute Zusammenarbeit der Abgeordneten mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat der Sparkasse Holstein werde damit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürgern fortgesetzt.

Da die Sparkasse Holstein dem Gemeinwohl und nicht der Gewinnmaximierung verpflichtet ist, kommen die Überschüsse den vielen Stiftungen der Sparkasse und damit den Vereinen und Verbänden sowie den Bürgerinnen und Bürgern der beiden Kreise zugute. Gleichzeitig wird die landesweit problematische Situation der Sparkassenfamilie weiter begleitet. In einem weiteren Änderungsgesetz wird sich die Küstenkoalition im Laufe des Jahres damit auseinandersetzen, wie den Sparkassen geholfen werden kann, ihre Kernkapitalquote zu verbessern. Die Anforderungen mit den Basel III-Regularien und die erwarteten Verluste der HSH-Nordbank sowie der Situation bei der Provinzial werden die Sparkassen zukünftig fordern. „Dabei lassen wir die Sparkassenfamilie nicht allein und freuen uns darüber, dass sich die Sparkassen mit eigenen Vorschlägen beteiligen wollen“, so die Abgeordneten.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 27.01.2013, 17:53 Uhr - 8666 Clicks - Nr.

**50VHS-Reihe: Politik in der Diskussion**

**Auch Martin Habersaat und Klaus Plöger machen mit**

Die Volkshochschulen im Kreis Stormarn bieten in diesem Semester eine gemeinsame Veranstaltungsreihe zu politischen Themen an. Auch in Barsbüttel besteht die Gelegenheit, Politiker kennenzulernen, die aus dem Kreis Stormarn kommen und jeweils einen Abend über Politik oder politikverwandte Themen referieren, sich dabei mit ihrer Politik vorstellen und mit den Anwesenden ins Gespräch kommen.

An den Veranstaltungen, die jeweils im Raum Stormarn des Bürgerhauses Barsbüttel stattfinden, beteiligen sich auch Landrat Klaus Plöger und Martin Habersaat, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Beide leben in Barsbüttel.



Deutschstunde: Politik in der Literatur (Fr., 15. März, 18.30 - 20.30 Uhr)

Der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, bis zu seinem Einzug in den Landtag Lehrer für Deutsch, Geschichte und PGW (Politik, Gesellschaft, Wirtschaft), bietet eine unterhaltende Deutschstunde an.

Thema: Politik in der Literatur. Vorgestellt werden unterschiedliche Bücher, vorwiegend Romane, "rund um die Politik". Martin Habersaat liest vor, erläutert Hintergründe und erzählt die eine oder andere Anekdote aus seinem Alltag in der Politik. Voraussichtlich werden folgende Bücher besprochen: Wolfgang Koeppen: Das Treibhaus (1953), Frank Goosen: Liegen lernen (2001), Nicol Ljubic: Genosse Nachwuchs (2004), Jochen Schimmang: Das Beste, was wir hatten (2009). Es gibt Rotwein und Käse. Kosten: 2 Euro. Anmeldung bitte über die VHS Barsbüttel, Tel.: 040-67072140, Kurs Nr. X1200.

Stormarn - eine Erfolgsgeschichte (Fr., 19. April, 18.30 - 20.30 Uhr)

Ein Landrat "zum Anfassen": Seit 1998 ist der Barsbütteler Klaus Plöger als Landrat im Kreis Stormarn tätig und in diesen Jahren hat sich viel verändert. Klaus Plöger berichtet hier kurzweilig von der jüngsten Entwicklung des Kreises, beantwortet Fragen zu seinem politischen Alltag und erläutert, warum er der Meinung ist, dass die Geschichte Stormarns eine Erfolgsgeschichte ist. Es gibt Rotwein und Käse. Kosten: 2 Euro.

Anmeldung bitte über die VHS Barsbüttel, Tel.: 040-67072140, Kurs Nr. X1201.

**Keine Kommentare**

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 27.01.2013, 18:53 Uhr - 4953 Clicks - Nr. 51

## **Programmdialog SPD Suchsdorf**

Der SPD Ortsverein Suchsdorf geht neue Wege: Erstmals in der Geschichte soll zusätzlich zum Kreiswahlprogramm ein eigenes Suchsdorfer Programm für die Arbeit des Ratscherrn und der Ortsbeiratsmitglieder 2013-18 beschlossen werden. Darüber hinaus möchte der OV den Programmwurf mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Institutionen des Stadtteils diskutieren.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,  
Suchsdorf ist ein attraktiver Stadtteil für viele Menschen.

Wie soll es weitergehen mit unserem Stadtteil? Welche politischen Entscheidungen müssen getroffen werden, damit der Wohnwert erhalten bleibt? Was ist für die soziale Infrastruktur unverzichtbar, was muss hinzukommen?

Die Suchsdorfer SPD möchte mit Ihnen darüber in einen Dialog eintreten. Deshalb stellen wir Ihnen unseren Entwurf für unser Suchsdorfer Programm „Für Suchsdorf. Gemeinsam. Sozial. Handeln.“ vor. Wir möchten von Ihnen wissen, was Sie für wichtig halten. Deshalb: schreiben Sie uns, per Post oder per E-Mail [programmdialog@spd-suchsdorf.de](mailto:programmdialog@spd-suchsdorf.de) oder im Kontaktformular auf unserer Internet-Seite [www.spd-suchsdorf.de](http://www.spd-suchsdorf.de).

Ihre Wünsche, Anmerkungen und Kritik werden auf einer Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins beraten, bei der Sie herzlich eingeladen sind mitzudiskutieren. Wenn Sie Mitglied der SPD werden, entscheiden Sie sogar über unser Programm für Suchsdorf mit !

Unser Programm wird dann die Grundlage für Initiativen und die Arbeit des Ratscherrn Thomas Wehner und der SPD Ortsbeiratsmitglieder in den Jahren 2013 – 2018 sein.

Das Programm ist in 8 Abschnitte gegliedert:  
Suchdorf-ein attraktiver Stadtteil; Bildung für Kinder; Nahversorgung; Treffpunkte für Jung und Alt; Sport; Barrierefreiheit; Bauen und Wohnen; Verkehr

Der Programmentwurf kann auf unserer Internetseite im Menü "Wahlen" gelesen werden, das Kontaktformular finden Sie unter "Mitmachen". Natürlich werden Sie auch an Infoständen und bei Veranstaltungen mit uns über das Programm sprechen können. Der Programmdialog findet im Januar, Februar und März statt. Ende März soll das Programm dann von einer Mitgliederversammlung beschlossen werden. Diese entscheidet, welche Änderungsvorschläge und Ideen aufgenommen werden sollen.

Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung!

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 28.01.2013, 14:14 Uhr - 9855 Clicks - Nr. 52

## **Kreis SPD hochmotiviert und gut gerüstet in den Kommunalwahlkampf**

Kreis SPD hochmotiviert und gut gerüstet in den Kommunalwahlkampf

Am 25. Januar 2013 startete die Kreis SPD in den Kommunalwahlkampf 2013 in Stein. Der Kreistag und die Wahlkreisvertreterkonferenz diskutierten und beschlossen ein umfangreiches Wahlprogramm und stellen sowohl die Direktkandidaten als auch die Listenkandidaten auf.

Kreisvorsitzende Annette Langner lobte die engagierte und verlässliche Arbeit der Kreistagsfraktion in den zurückliegenden fünf Jahren. Mit dem guten Start der Landesregierung und den Landtagsfraktionen von SPD, Grünen und SSW wird es einen starken Rückenwind bei den Kommunalwahlen geben. Dialog und konstruktives Arbeiten zeichnen diese Regierung aus, die bereits erste Signale auch an die Kommunen sendet. Die finanzielle Unterstützung der Landesregierung beim Krippenausbau hilft Kommunen und Kreis.

Für die Kreistagsfraktion zählte der Fraktionsvorsitzende Lutz Schlüsen die Erfolge auf und bilanzierte: Die Wahl unserer Kandidatin Stephanie Ladwig zur neuen Landrätin war



eine große Leistung. Die Zusammenarbeit klappt hervorragend, ihr kooperativer Stil ist wohlthuend und sie verleiht dem Kreis Plön auch überregional wieder Anerkennung und Akzeptanz. Auch inhaltlich war die Fraktion ein Aktivposten in der Kreispolitik. Anträge zur Kinderarmut, Bildungs- und Teilhabepaket, Breitbandversorgung, ärztliche Versorgung auf dem Lande waren alles Themen, die von der SPD-Fraktion angeschoben wurden. Besonders stolz sind die Sozialdemokraten darauf, dass wir der Kreis sind, der bereits die 40% der Betreuung der unter dreijährigen erreicht, sowie landesweit auch die höchste Bezuschussung für die Eltern bei Kinderbetreuungskosten hat. Mit dem Bau der neuen Kreisfeuerwehrzentrale und dem frühzeitigen Festlegen unserer Fraktion auf den von der Feuerwehr gewünschten Standort Preetz sind wir auch ein verlässlicher Partner bei Feuerwehr und Ehrenamt. Im Sportbereich und mit den Verbänden haben wir partnerschaftlich unsere Verträge verlängert.

"Unsere Markenzeichen sind Geschlossenheit, Verlässlichkeit und Sachlichkeit", so der Fraktionsvorsitzende Lutz Schlünsen. „Wir sind zurzeit zwar nur die zweitstärkste Fraktion, waren aber in den letzten fünf Jahren die führende und bestimmende Kraft. Auch im zwischenmenschlichen Bereich geht es solidarisch und fair zu, ich bin ich stolz, eine solche harmonische Fraktion führen zu dürfen“, lobte der Vorsitzende. „Die Mitglieder gehen auch bei unterschiedlicher Meinung wertschätzend und zuverlässig miteinander um. Sie verbindet die gemeinsamen Ziele und Werte der SPD, wie Solidarität und Gerechtigkeit.“

Als Herausforderung für die nächsten fünf Jahre sehen die Sozialdemokraten die Weiterentwicklung der Schulpolitik. Sie begrüßen die gymnasiale Oberstufe in Schönberg als Ergänzung zu den bestehenden Kreisgymnasien. In der Infrastrukturpolitik ist neben der Breitbandversorgung, Konversion, auch die Umsetzung von "Hein Schönberg" eine große Herausforderung. Die Stadtregionalbahn wird weiterhin unterstützt, wenn die Kommunen und Ämter dieses eben mehrheitlich tun. Als weiteres Feld werden die Pflege sowie die Gesundheitspolitik gesehen. Neben dem Erhalt des Krankenhauses sind Themen wie Wirtschaftspolitik und Kreisentwicklung und natürlich Energie und Klimaschutz. Aus den Reihen des Kreisparteitages wurden der Antrag zum Erhalt der Sparkassen in öffentlicher Hand sowie ein Bekenntnis gegen Massentierhaltung und für die ökologische Landwirtschaft aufgenommen.

Helga Hohnheit betonte in ihrer Rede die besonderen Facetten der Sozialpolitik. "Wir kümmern uns um die Kinder und Familien und wollen, dass keine und niemand zurückbleibt, z.B. bei Aktivitäten des "Bündnisses für Familie", bei den Aktivitäten gegen Kinderarmut und der Betreuung von unter den dreijährigen.

Die Listenwahlen erfolgten mit großer Einmütigkeit und umfassen insgesamt 40 Kandidaten und Kandidatinnen, wobei die Direktkandidaten die ersten 23 Plätze einnehmen. Auch wurde bei der Platzierung das Reissverschlussprinzip mit abwechselnd weiblichen und männlichen Kandidaten beschlossen. Angeführt wird die Liste von der Doppelspitze und jetzigen 1.stellvertretenden Kreispräsidentin Helga Hohnheit (Boksee) und dem Fraktionsvorsitzenden Lutz Schlünsen (Stoltenberg). Platz 3 hat die Bundestagskandidatin Birgit Malecha-Nissen (Passade) vor dem überparteilich sehr anerkannten Finanzausschussvorsitzenden Alexander Schreiber (Heikendorf). Es folgen Heidrun Clausen (Schwentinental), dann der AWO-Kreisvorsitzende Kai Bellstedt (Schönkirchen), Melanie Stoßkamp (Lebrade), Matthias Naumann (Preetz), Christel Seick (Lütjenburg) und Horst Thielscher (Plön).

"Wir gehen mit einem guten und geschlossenen Team und einem zukunftsorientierten Programm in einen spannenden Wahlkampf", so resümierte der Fraktionsvorsitzende Lutz Schlünsen das Ergebnis des Abends. „Wir wollen stärkste Fraktion werden und mit Helga Hohnheit wieder die Kreispräsidentin stellen.“

Kommentar von [Simone Laas](#) vom 12.04.2013, 10:33 Uhr:

**RE: Kreis SPD hochmotiviert und gut gerüstet in den Kommunal**

*Ich finde es schön, daß sich die SPD der sozialen Probleme im Kreis Plön widmen möchte. Ich bin nämlich direkt betroffen. Zu meiner Person: ich bin 40 Jahre, alleinerziehend, 2*

*Kinder(3und6 Jahre), arbeitssuchend, ALG2 Problem Kinderbetreuung: Ich habe glücklicher Weise eine Betreuung für beide Kinder( KITA+Ganztagsschule). Diese benötige ich auch um auf dem Arbeitsmarkt überhaupt Erfolgsaussichten zu haben. Dier Kita kostet mindestens 130€ (halbtags, um den Platz zu sichern). Davon werden auch vom Kreis ganze 30% übernommen. Frage: woher soll der Rest kommen. In den ALG2 Leistungen ist dieser Posten nicht vorgesehen. Das fehlende Geld muß also vom Mund abgespart werden!!!!!!!!!!!! Zum Glück kann man ja bei der Tafel betteln geehn. Allerdings frage ich mich : Wer erhält also überhaupt noch eine Förderung für die Kinderbetreuung vom Kreis, wenn schon jemand auf Hartz4 Niveau nur 30% erhält??????????? Normalerweise wäre man mit weniger Einkommen bereits Aufstocker, oder sollte es sein. Mit freundlichen Grüßen S.Laas*

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.01.2013, 18:47 Uhr - 8254 Clicks - Nr. 53

## Ohne Anmeldung in den Landtag

Der Besucherdienst des Landtages ermöglicht auch 2013 wieder zahlriechen interessierten Besucherinnen und Besuchern Einblicke in das Landeshaus. Ohne Anmeldung in den Landtag - das geht in diesem Jahr noch an zwölf Montagen, an denen der der Plenarsaal und zahlreiche Bereiche des historischen Gebäudes an der Kieler Förde offen stehen. Es gibt eine Führung, das Programm dauert gut eine Stunde und beginnt um 18.00 Uhr.

An vier Terminen bietet der Schleswig-Holsteinische Heimatbund eine Führung „op Platt“ an. Eine Voranmeldung ist nicht erforderlich, nur ihren Personalausweis sollten Gäste dabei haben.

Die Termine 2013:

- 25. Februar
- 4. März (op Platt)
- 25. März
- 27. Mai
- 3. Juni (op Platt)
- 24. Juni
- 26. August
- 2. September (op Platt)
- 30. September
- 28. Oktober
- 25. November
- 2. Dezember (op Platt)



Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd, empfiehlt, den Besuch im Landeshaus mit einem Bummel durch Kiel zu verbinden: „Ich freue mich immer, wenn auch Gäste aus dem Süden des Landes von solchen Angeboten in Kiel Gebrauch machen. Schließlich ist es auch unser Landeshaus, auch wenn es von Stormarn aus gesehen ganz schön weit weg ist.“ Weitere Möglichkeiten den Landtag zu besuchen, von der Gruppe bis zum Einzelbesuch, hat der Abgeordnete auf seinen Webseiten zusammengestellt: [www.martinhabersaat.de](http://www.martinhabersaat.de), im Bereich „Zum Landtag“ unter „Besuch in Kiel“.

**Keine Kommentare**

[Jusos Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 29.01.2013, 07:56 Uhr - 10603 Clicks - Nr. 54

## Erfolgreiche Kreisvollversammlung der Jusos Dithmarschen

## **Jusos Dithmarschen wählen am 19.01 neuen Kreisvorstand.**

Am 19.01 fanden sich rund 15 Genossinnen und Genossen im Heider Kotthaus ein um einen neuen Kreisvorstand zu wählen und Anträge zu beraten. Neuer wie alter Vorsitzender bleibt Patrick Lange (22), der mittlerweile in seiner zweiten Amtszeit ist. Arbeitsschwerpunkt für das kommende Jahr soll vor allem die Beschäftigung mit dem 150. Parteijubiläum, bzw. der Geschichte der Partei sein.

Außerdem wurden die beiden Stellvertretenden Vorsitzenden Merle Mangels (19), Torben Priemer (21) sowie der Kassenwart Tarek Awad (19) bestätigt. Neben die bisherigen Beisitzenden Hanna Pöschel (18), Dorothee Tharra (19) sowie Svea Langkavel (24) wurden Erik Krämer (22) sowie Manuel Carranza (15) in den Kreisvorstand gewählt.

Komplementiert wird der Vorstand von Merle Stöver (18) aus Steinburg, die Kreisbetreuerin der Jusos Dithmarschen im Landesvorstand ist, und dem Kreisvorstand mit beratender Stimme angehört.

Als Gäste konnte der Kreisverband den Juso Landesvorsitzenden Alexander Wagner (25), sowie den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD Dithmarschen Michael Wolpmann begrüßen. Alexander Wagner lobte die über den Kreisverband hinaus bemerkbaren Projekte, wie eine Aktion gegen Frei.Wild am Anfang des Jahres, sowie die gute Mitarbeit im Landesverband.

Es wurden, nach den obligatorischen Delegiertenwahlen, außerdem Anträge zu Themen wie Abtreibung, Reform der SPD sowie ein umfassender Antrag zum Thema Trennung von Staat, Kirche und Religion beschlossen. Außerdem wollen sich die Jusos in die Debatte um das Kommunalwahlprogramm der Mutterpartei einmischen.

„Mit unserem neuen Vorstandsteam sind wir gut für das nächste Jahr aufgestellt, und wir werden versuchen die 2 Wahlen in diesem Jahr zu nutzen um für interessierte Jugendliche Anlaufstelle für jungsozialistische Politik zu sein.“ so der wiedergewählte Kreisvorsitzende Patrick Lange.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 29.01.2013, 11:19 Uhr - 25693 Clicks - Nr. 55

## **Diskussionsforum zum SPD-Kreiswahlprogramm 2013 - 2018**

Die SPD Rendsburg-Eckernförde arbeitet weiterhin intensiv an ihrem Kreiswahlprogramm 2013 – 2018. Zu den drei Schwerpunktthemen Lebensqualität, Mobilität und Bildung fanden bereits 2013 öffentliche Diskussionsveranstaltungen mit Vereinen, Verbänden, Bürgerinnen und Bürgern statt. Einen ersten Entwurf des Kreiswahlprogramms will die Kreis-SPD ebenfalls öffentlich diskutieren.

Er findet sich auf der Homepage [www.spd-rd-eck.de](http://www.spd-rd-eck.de). Auf dieser Basis möchten wir mit Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft diskutieren. Kommentare können online eingestellt, als Stellungnahme an den Kreisverband geschickt oder im Rahmen der Veranstaltung diskutiert werden. Im Dialog möchten wir unser Kreiswahlprogramm entwickeln.

Wir möchten Sie hiermit herzlich einladen, an dem Forum zum Kreiswahlprogramm teilzunehmen und Sie gleichzeitig bitten, den Termin in Ihrer Zeitung bekannt zu geben.

Das Forum findet statt



am Freitag, 08. Februar 2012, um 19:00 Uhr  
im Hotel „Stadt Hamburg“ (Süderstraße 1, 24214 Gettorf)

Während der Diskussionsveranstaltung haben Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertreterinnen und Vertreter eingeladener Vereine und Verbände aus dem Kreisgebiet die Gelegenheit mit Mitgliedern der SPD-Kreistagsfraktion und des SPD-Kreisvorstands, darunter der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix, MdB, zu diskutieren.

**Keine Kommentare**

[SPD Schacht-Audorf](#) - veröffentlicht am 30.01.2013, 09:22 Uhr - 5852 Clicks - Nr. 56

## Einladung zum Mitmachen

*Gemeindefraktion Schacht-Audorf stellt sich und ihre Arbeit vor*  
Die Sozialdemokraten in Schacht-Audorf haben noch freie Listenplätze für die Kommunalwahl am 26. Mai 2013 zu vergeben. Um weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die Kommunalpolitik zu gewinnen, lädt die Fraktion zu Montag, dem 4. Februar 2013 19 Uhr, alle Interessierten ein, sich ein eigenes Bild von der Fraktionsarbeit zu machen. „Wir wollen zeigen, welche Möglichkeiten es gibt, direkt vor seiner eigenen Haustür Einfluss zu nehmen“, so die Ortsvereinsvorsitzende Sabrina Jacob. Die 32jährige, die auch auf Kreisebene stark engagiert ist, möchte auch andere dafür begeistern sich einzubringen. Es gebe verschiedene Möglichkeiten sich zu beteiligen, so dass für Jede und Jeden etwas dabei sei. Sie selbst sei vor über 10 Jahren in die SPD eingetreten, weil sie nicht nur meckern, sondern etwas verändern wollte, und für diese Möglichkeit möchte sie nun auch bei den Schacht-Audorfer Bürgerinnen und Bürgern werben. „Wir freuen uns über alle Neugierigen, die uns am 4. Februar in der Gemeindeverwaltung in Schacht-Audorf besuchen und selbst entscheiden, ob dieses Ehrenamt vielleicht zu ihnen passen würde.“ Weitere Informationen gibt es auch direkt bei der SPD Schacht-Audorf unter 0160-96921797 oder [sabrinajacob2@gmail.com](mailto:sabrinajacob2@gmail.com).



**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 30.01.2013, 15:25 Uhr - 9060 Clicks - Nr. 57

## Schulpsychologie als Unterstützungssystem für die Schule der Zukunft

Schulpsychologie als Unterstützungssystem für die Schule der Zukunft

Die AfB Landeskonferenz tagte in Husum zum Thema Schulpsychologie, da Schleswig-Holstein in diesem Bereich im Vergleich der Bundesländer ein Entwicklungsland ist. Während im Bundesdurchschnitt auf 10000 Schülerinnen und Schüler 1 Schulpsychologe kommt, was international ebenfalls unterster Standard ist und weit unter den KMK-Empfehlungen von 1973 (1:5000) und WHO (1.2500) liegt, sind es in unserem Land im Durchschnitt sogar 19000 SchülerInnen auf eine/n Schulpsychologin/en. In einem Kreis liegt die Quote sogar zurzeit bei 1:30000!

Wenn wir ernsthaft eine „Schule der Zukunft“ schaffen wollen, die sich individuell um die Bildung und Erziehung unserer Kinder in einem ganztägigen Rahmen kümmert, dann müssen wir neben der Schulsozialarbeit endlich die Schulpsychologie ernst nehmen und

ausbauen!

Wie dies strukturell und organisatorisch gelingen kann, diskutierten wir mit Hansjürgen Kunigkeit vom Bundesverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen, Sektion Schulpsychologie. Er hat in seiner Tätigkeit als Leiter der regionalen Schulberatung und Schulpsychologe im Rhein-Erft-Kreis (Regierungsbezirk Köln) ein funktionierendes System schulpsychologischer Beratung aufgebaut und regelmäßig evaluiert.

Über die Situation in Schleswig-Holstein und konkrete Lösungsmöglichkeiten diskutierten wir mit dem Landesvorsitzenden des Verbandes Schleswig-Holsteinischer Schulpsychologen Jörg Lorenzen-Lemke.

Besonders herauszustellen ist, dass eine gute Schulpsychologie mehr ist, als eine Einzelfallbetreuung. Sie organisiert und leitet die Kommunikation innerhalb der Schule und fördert die Professionalisierung der Lehrkräfte. Sie hilft beim Konfliktmanagement und bietet Rat in Krisensituationen. Eine gute Schulpsychologie leistet damit ebenfalls einen großen Beitrag zur Lehrergesundheit und zur systemischen Schulentwicklung. Auch die (Weiter-) Entwicklung eines guten modernen Unterrichts kann durch schulpsychologische Beratung konkret gefördert werden.

Aus der Landeskonzferenz ergaben sich folgende Forderungen an die Politik:

- Die Landesregierung muss einen Masterplan „Multi-Profession macht gute Schule“ entwickeln, bei dem Schulpsychologie einen festen Platz bekommt. Dies fördert auch die Weiterentwicklung der Umsetzung von Inklusion.
- Wir brauchen professionelle SchulpsychologInnen flächendeckend vor Ort. Dazu müssen in Schleswig-Holstein 13 bis 18 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Zu dieser dringend erforderlichen quantitativen und qualitativen Ausweitung im Bereich der schulpsychologischen Betreuung muss im Haushalt der Rückgang an SchülerInnen genutzt werden. Nicht mehr benötigte LehrerInnenstellen werden umgewandelt zur Verstärkung des Schulteam.
- Es müssen neben einer Verantwortlichkeit innerhalb der Schulaufsicht insbesondere auch vielfältige Vernetzungsstrukturen im Kreis der SchulpsychologInnen etabliert werden.
- SchulpsychologInnen müssen regelmäßig in den Schulen sichtbar sein und für ihre Arbeit neben sächlicher und personeller Unterstützung auch entsprechende Räumlichkeiten bekommen.
- Schulpsychologen müssen in die strukturelle Arbeit der Schulen mit einbezogen werden, z.B. in Prozesse der Schulleitung, der Schulorganisation und bei Schulentwicklungstagen.
- Starke kommunale Bildungslandschaften von der Kindertagesstätte bis zur Gemeinschaftsschule entstehen nur, wenn neben ErzieherInnen und LehrerInnen auch weitere Professionen, wie Schulsozialarbeit, Logopädie, Schulpsychologie etc. ihren festen Ort und ihre Vernetzung in der Bildungslandschaft bekommen.

Ulf Daude, Landesvorsitzender AfB SH

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 31.01.2013, 16:37 Uhr - 10084 Clicks - Nr. 58

## Umweltforum der SPD warnt vor Altmaiers „Sparkurs“, Pressemitteilung

Kiel. 30. Januar 2013. Das Umweltforum der SPD Schleswig-Holstein warnt vor dem energiepolitischen „Sparkurs“ von Bundesumweltminister Altmaier. Nach Ansicht der Energieexpertin Nina Scheer (SPD-Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Lauenburg/Stormarn-Süd) ist es „die reinste Provokation, Planungssicherheit und Strompreis-Sicherung mit Maßnahmen garantieren zu wollen, die einen Eingriff in eben diese Sicherungssysteme bildeten“.



Eingriffe in bereits gewährte Vergütungen in Form eines „EEG-Soli“ und das Aussetzen „der Zahlung von Einspeisevergütungen ab Inbetriebnahme für eine bestimmte Anzahl von Monaten, bis das EEG-Konto wieder ausgeglichen sei“ – so der Vorschlag Altmaiers – seien unverantwortbar. Scheer: „Ohne kalkulieren zu können, ab wann welche Vergütung geleistet wird, kann keine Investitions- und Planungssicherheit für Investoren entstehen.“ Scheer weist darauf hin, dass gerade das Fehlen von Kostenobergrenzen den weltweit anerkannten Erfolgswert des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) ausmache und Investitions- und Planungssicherheit begründe. Nicht das EEG, sondern die neuerlichen Änderungsvorhaben, gefährdeten diesen Erfolgsfaktor. „Nach unserem Verständnis von einem „Soli“ müssten jetzt zuallererst solche Marktteilnehmer zur Kasse gebeten werden, die sich an der Energiewende bislang am wenigsten oder nicht beteiligt haben.“ Altmaier habe Recht, wenn er die steigende Tendenz der weitgehenden Befreiung energieintensiver Unternehmen von der Erneuerbare-Energien-Gesetz-Umlage (EEG-Umlage) von derzeit 4,3 Mrd. Euro aufgreife, die von den Verbrauchern und mittelständischen Unternehmen bezahlt werden müsse. Zu diesen Unternehmen gehörten heute auch Golfplätze, Flughäfen und andere nicht durch Auslandskonkurrenz bedrohte Unternehmen. Entsprechende Entwicklungen habe die schwarz-gelbe Bundesregierung von Altmaier selbst zu verantworten. Der zeige sich jetzt als „Wolf im Schafspelz“, der seine wirklichen Absichten hinter diesen Korrekturplänen verstecke. Das Umweltforum plädiert für eine andere Prioritätensetzung. Scheer: „Nicht das bestehende EEG ist das Hemmnis einer bezahlbaren Energiewende, sondern die fehlende Einbeziehung umwelt- und gesundheitsbelastender Kosten aus fossil-atomarer Energiegewinnung. Die Energiewende verlangt nach realer Preisbildung und einem Strukturwandel, der sich den fluktuierenden, dezentral verfügbaren regenerativen Kapazitäten unter Einbindung von Bürgern, Stadtwerken und Kommunen widmet, statt den Ausbau regenerativer Energien einzugrenzen.“ Nur ein weiterhin beschleunigt wachsender Anteil Erneuerbarer Energien führte zu bezahlbarer Energie. Die Änderungsvorhaben des Bundesumweltministers zielten auf eine Lähmung des Ausbaus und damit auch der Energiewende. Sie lenkten von dem offensichtlichen Handlungsbedarf ab. [Siehe auch unter diesem LINK: Medieninformationen SPD Schleswig-Holstein LINK zum: SPD-Umweltforum](#) SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN Kleiner Kuhberg 28-30 24103 Kiel

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 31.01.2013, 21:50 Uhr - 26879 Clicks - Nr. 59

## Erhalt der Kinder- und Geburtsstation nur in öffentlicher Trägerschaft möglich!

„Die SPD-Kreistagsfraktion hat sich schon immer gegen Versuche gewehrt, die imland gGmbH an private Investoren zu verkaufen. Wir haben immer argumentiert, dass sich nur so sicherstellen lässt, dass das öffentliche Interesse an einer flächendeckenden gesundheitlichen Grundversorgung Vorrang hat vor betriebswirtschaftlichen

Gewinnstreben“, führt der Fraktionsvorsitzende Kai Dolgner aus.

„Deshalb freut es uns besonders, dass die FDP-Kreistagsfraktion in ihrem Antrag zum Erhalt der Kinder- und Geburtsstation in Eckernförde diese Erkenntnis aufgegriffen hat. Die FDP führt in ihrer Begründung richtigerweise aus, dass sich aus der öffentlichen Trägerschaft den Anspruch ableitet, die Geburtsstation im Rahmen der Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion des Kreises auch dann weiterzutragen, wenn diese sich betriebswirtschaftlich nicht rechnet. Wir unterstützen diese Sichtweise ausdrücklich. Dann gilt aber auch: Der Erhalt der Kinder- und Geburtsstation ist nur in dauerhafter öffentlicher Trägerschaft möglich!

Es deshalb nur folgerichtig, dass wir einen Änderungsantrag gestellt haben, dass der Kreis sich dauerhaft zur öffentlichen Trägerschaft zu bekennen und Spekulationen über mögliche Verkaufsabsichten mit einem deutlichen Signal den Boden zu entziehen.

Oder glaubt jemand ernsthaft, dass es gelingen könnte, die Geburtsstation dauerhaft zu retten, wenn die Klinik einem privaten Investor gehören würde und diese seine Renditeerwartungen nicht mehr erfüllt? Wenn die Öffentlichkeit nicht mehr über den Kreistag Einfluss nehmen könnte?

Die SPD-Kreistagsfraktion hat sich in Ihrer Fraktionssitzung einstimmig zu „ihrer“ Klinik mit Kinder- und Geburtsstation in Eckernförde bekannt. Wir würden uns freuen, wenn sich alle Fraktionen in öffentlicher Kreistagssitzung am 18. März ähnlich bekennen würden.“

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 01.02.2013, 13:59 Uhr - 8861 Clicks - Nr. 60

## **ÖPNV – wichtiger Standortfaktor für die Gemeinden im Kreis Plön**

Zu einem gemeinsamen Gespräch war der Geschäftsführer der VKP, Herr Friedrich Scheffer, Gast bei dem SPD-Fraktionsvorstand. Der Fraktionsvorsitzende, Lutz Schlüsen, gratulierte dem neuen Chef der VKP auf das herzlichste und wünschte ihm für seine Aufgaben bei der VKP alles Gute. Herr Scheffer gab einen Überblick über die aktuelle Situation der VKP und berichtete, dass zur Zeit 100 Busse im Einsatz sind, um einen reibungslosen Beförderungsverkehr für z.B. 3000 Fahrgäste auf der Strecke Schönberger Strand-Kiel zu garantieren. Insbesondere der Schülerverkehr trägt zum Erfolg der VKP bei, auch wenn es eine große Herausforderung ist, allen Belangen gerecht zu werden.



Zur Wiederbelebung der Bahnstrecke „Hein-Schönberg“ sind die Vorbereitungen im Gange mit Verhandlungen um die Trassen und Gleise und mit Infrastrukturmaßnahmen. Die Eisenbahnstrecke Kiel-Schönberger Strand ist als schienengebundenes Projekt vom Land aus Regionalisierungsmitteln des Bundes zu finanzieren. Die VKP könnte Einnahmen über Trassengelder erzielen.

Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen:

„Eine Infrastrukturmaßnahme in dieser Größenordnung und in dieser Form verleiht der

Region sicher neben einigen Herausforderungen auch viele Chancen. Wenn ein ländlicher Zentralort eine Zuganbindung erhält, ist es für zukünftige Ansiedlungen im Wohn- oder Gewerbebereich oder für den Tourismus eine optimale Voraussetzung und ist ein attraktiver Standortfaktor. Der ländliche Raum wird sich zukünftig im Rahmen des demografischen Wandels entlang an Infrastrukturmaßnahmen entwickeln. Neben Schulen, ärztlicher Versorgung und schnellem Internet ist auch der ÖPNV ein sehr wichtiger Faktor. Dabei wird die Bahn, ebenso wie der Bus, als ein attraktives Verkehrsmittel bei den Menschen wahrgenommen. Wichtig ist dabei das es eine gute Ergänzung von Bahn und Bussen gibt.

Zum Entwurf des Regionalen Verkehrsplanes (RNVP) für die zukünftige Entwicklung des ÖPNV für die nächsten 5 Jahre, der momentan gerade in der Ausarbeitung ist, liegen viele Anregungen und Wünsche vor. Schwerpunkt sind der Demographische Wandel, Barrierefreiheit, Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger und Verkehrsmittel und Schülerverkehrsströme.

Fazit der Gesprächsteilnehmer: wesentliche Merkmale des neuen Planes sollte die optimale Mobilität der Bürgerinnen und Bürger sein. Steigende Benzinpreise und ein größeres Umweltbewusstsein erfordern neue Wege in der Verkehrsplanung. Dabei müssen Fahrrad, Auto, Bus, Schiff und Bahn sinnvoll ergänzt werden.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 01.02.2013, 15:31 Uhr - 6901 Clicks - Nr. 61

## **Arbeitsbericht der Kreistagsfraktion**

Anlässlich des Kreisparteitages im November 2012 legte die Kreistagsfraktion den Delegierten einen Arbeitsbericht aus den Arbeitskreisen und Ausschüssen vor.

Bericht der Kreistagsfraktion für 2012

AK-WRI:

- Wirtschaftsförderungsgesellschaft Segeberg (WKS)
  - o Begleitung der Gründung der WKS
  - o Vorläufige Festlegung der zu übernehmenden Aufgaben
  - o Noch keine Fortschritte bei der Arbeitsaufnahme der WKS
- Regionalplan Windenergie
- Unsere Initiative zur Erweiterung der Mindestabstands zu Wohnbebauung von 800 auf 1000m mehrheitlich abgelehnt.
- Neubau der Brücke über die Trave bei der Herrenmühle
  - o Auf unseren Antrag wurde eine Trasse mit weniger Landschaftsverbrauch und weniger Eingriff in die Natur gewählt.
- Satzung des Kreises über Verwaltungsgebühren für den Gutachterausschuss für Grundstückswerte.
  - o SPD-Antrag zur Abänderung der Berechnung der Wegegebühren und damit Beseitigung der Ungleichbehandlung der Bürger führt zur Rücknahme der Verwaltungsvorlage, bislang kein Ergebnis.
- Übernahme bestimmter Unterhaltungsmaßnahmen auf Kreisstraßen durch den WZV. Vertrag wurde mit unserer Zustimmung geschlossen.
- Unterstützung des Ausbaus der Breitbandversorgung durch den WZV.
- Tourismuskonzept Schleswig-Holsteinische-Schweiz beschlossen.
- Erweiterung der Metropolregion Hamburg mit unserer Zustimmung beschlossen.

Peter Behr

AK-JH:

In der Kinder- und Jugendhilfe ist es wie in der Familienhilfepolitik eher so, dass reagiert werden muss, als dass Situationsverbesserungen durch reine Aktionen erreicht würden. Davon ist leider auch unsere Arbeit gezeichnet.

Allerdings gibt es gleichwohl einige Bereiche, wo wir sehr wohl die Politik und Arbeitsweise des Kreises beeinflussen konnten.

- Regionalisierung der Jugend – und Familienhilfe.

7 Gründe, die u.a für eine Regionalisierung der Hilfe- u. Beratungsarbeit sprechen:

1. Prävention: Wir wollen so früh wie möglich handeln.
2. Dezentralisierung: Wir wollen Probleme dort aufgreifen, wo sie entstehen.
3. Regionalisierung: Wir brauchen Kompetenz vor Ort. Kompetenzen, die vorhanden sind, müssen wir zusammenführen.
4. Alltagsorientierung: Die Genauigkeit des Wissens und der Erfahrung ist gefragt.
5. Integration: Normalisierung und Gleichstellung sind notwendig. Dies verlangt die Verfassung und sichert den Hilfebedürftigen Anerkennung und Schutz.
6. Partizipation: Jede und Jeder soll sich einbringen können.
7. Lebensweltorientierung: Der Sozial- oder Lebensraum kann Ganzheitlichkeit entstehen lassen. Diese müssen wir finden und verwirklichen, um Bedarf und Angebot zeitgerecht zusammenzuführen.

- 2 -

- Zweites Hauptthema war und bleibt der Problembereich Tagespflege, insbesondere im Nord- und Ostkreis.

- Der LRH machte den Kreis darauf aufmerksam, dass eine sehr (zu?) hohe einkommensunabhängige Geschwisterermäßigung gewährt werde. Unsere Entscheidung dazu wurde einvernehmlich zurückgestellt, bis die seit langem angekündigte landesrechtliche Neuregelung der Sozialstaffel im KiTa- und Tagespflegebereich vorliegt.

Wir wollen jedoch nach wie vor eine einkommensabhängige Sozialstaffel für diesen Bereich durchsetzen

- Folgende Zielsetzungen haben wir entsprechend unserer kommunal-politischen Vorstellungen durchgehend verfolgt und eingefordert:

- o Mobilisierung und Stärkung von Selbsthilfepotentialen von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und deren Familien,
- o Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Eltern,
- o Entlastung von Kindern und Jugendlichen und deren Familien
- o Unterstützung des Verbleibs von Kindern und Jugendlichen in der Familie bei Wahrung der Sicherheit der einzelnen Familienmitglieder
- o Hier werden wir künftig noch mehr auf kindeswohlrelevante Arbeit des JAs und der beauftragten Träger zu achten haben
- o Aufbau und Stärkung persönlicher und sozial-emotionaler Kompetenzen
- o Förderung der Lern- und Entwicklungschancen in der Schule auch durch Schulsozialarbeit
- o Unterstützung beruflicher Perspektiven und Ziele
- o Überwindung von persönlichen und sozialen Schwierigkeiten und Krisen

Zudem waren und bleiben Angebote für Ambulante Hilfen verschiedener Art und Hilfen zur Erziehung, die an den jeweiligen Bedarf prozessorientiert angepasst bzw. miteinander kombiniert werden können, zu bewerten und finanziell zu ermöglichen.

Gerd-Rainer Busch

AK-Finanzen:

☞ Zins- und Schuldenmanagement

→ Ausnutzung des z.Zt. sehr niedrigen Gleitzinssatzes

→ Absicherung gegen Zinssteigerungen durch Zinsswaps zum Festzinssatz

♣ Das heißt, wir zahlen einen Festzins an unseren Vertragspartner und erhalten von ihm den Gleitzins zur Zahlung an den Darlehnsgeber.

♣ Wenn die Zinsen niedrig bleiben, ist die Differenz zwischen Gleitzins und Festzins quasi eine Versicherungsprämie in kalkulierbarer Höhe zur Absicherung des Zinsrisikos.

♣ Wenn die Zinsen steigen, trifft uns das nicht, denn wir erhalten den Gleitzins von unserem Vertragspartner.

⊞ Beteiligungscontrolling

→ Unsere schon seit langem erhobene Forderung zur Einrichtung eines Beteiligungscontrollings wird jetzt umgesetzt.

→ Der Beteiligungsbericht des Kreises Segeberg enthält auf 76 Seiten eine erste Übersicht über 21 Beteiligungen und 3 Kooperationen des Kreises Segeberg.

→ Da haben manche Kreistagskollegen doch sehr gestaunt, was für Schätze und auch Risiken sich in unseren Büchern – und Nebenbüchern – verbergen.

- 3 -

⊞ Zurückführen von Auslagerungen

→ Wir streben an, dass Kreisaufgaben, die zur Erfüllung auf Gesellschaften, Eigenbetriebe, Kommunalunternehmen etc. ausgelagert sind, nach Möglichkeit in die Kreisverwaltung zurückgeholt werden.

→ Das geht – weil wir nicht die politische Mehrheit haben – nur langsam und Schritt für Schritt.

♣ Im Beteiligungsmanagement wurde die KSB GmbH & Co. KG auf die Komplementär-GmbH verschmolzen.

♣ Wir halten die KSB GmbH ebenfalls für entbehrlich und haben deren Auflösung beantragt.

♣ Die Ausgliederung unserer Liegenschaftsverwaltung in einen Eigenbetrieb (ISE) als Besitzunternehmen und eine Anstalt öffentlichen Rechts als Dienstleistungsunternehmen (GMSE) war so schwerfällig und ineffektiv, dass selbst die politischen Gegner das erkennen mussten.

♣ Der konsequente Schritt der Rückführung in die Verwaltung wurde nicht gegangen, aber die beiden Unternehmen werden zum 01.01.2013 zusammengeführt. Dann gibt es die GMSE nicht mehr, sondern das Gesamtgeschäft wird in der neuen ISE abgewickelt.

♣ Die Neuordnung erleichtert die tägliche Arbeit und erspart Kosten, denn eine ganze Buchführung fällt weg und es ist ein Jahresabschluss weniger vom Wirtschaftsprüfer und vom Landrechnungshof zu prüfen.

Peter Säker

AK-BKS:

Februar 2012 Besuch in der Trave-Schule (Förderschule des Kreises) in Bad Segeberg

• Intensives Gespräch über Kooperationen mit Grundschulen der Stadt Bad Segeberg und dem Städtischen Gymnasium Bad Segeberg. Dieses sind erste Schritte zur Inklusion. Eltern sollte die Möglichkeit gegeben werden, auch eine Förderschule für ihr Kind zu wählen.

Eine vollständige Inklusion kann nur stattfinden, wenn entsprechende Lehrer (Anzahl und Ausbildung) gewährleistet werden.

• Schule bildet auch Sonderpädagogen nach dem Studium aus. Studium und praktische Ausbildung in SH besonders gut.

Hinweis für die Landesregierung: Da nicht genügend Stellen in Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt werden, gehen viele nach Hamburg.

• Besichtigung der neuen Sporthalle: Auch Kinder mit Handicaps brauchen die Bewegung und sind dann für andere Sachen aufnahmefähiger. Besonders die älteren Kinder brauchen diese Räumlichkeiten.

Es kann jetzt auch Fußball gespielt werden. Dadurch haben die Kinder die Möglichkeit, sich auch in der Freizeit an dem Volkssport zu beteiligen.

September 2012 Gespräch mit dem Kreissportverband Segeberg

• Haushalt 2013

Der KSV rechnet mit der gleicher Zuweisung wie 2012:

EUR 240' für Investitionen, EUR 408'(Übungsleitergelder, Fachleistungen des KSV, Aus- und Fortbildung, Abgabe an Fachverbände)

Hierfür wollen wir uns im Ausschuss BKS einsetzen.

• Beteiligung des KSV bei Sportstättenbauten des Kreises

Leider wurde der KSV in den letzten Jahren nicht mit einbezogen. Aus Sicht des

- 4 -

KSV hat das zur Folge, dass einige Sportstätten jetzt nicht für alle Sportarten geeignet sind.

Am Bau der Sporthalle der Janucz Korczak-Schule wurde der KSV bereits beteiligt..

Im nächsten BKS Ausschuss wollen wir einen Antrag zum Sportstättenkataster einbringen

Die Fraktion hat sich eindeutig für die Abschaffung der

Elternbeteiligung bei den Schülerbeförderungskosten

eingesetzt.(vorbehaltlich des neuen Gesetzes)

Beschlüsse im Ausschuss BKS:

o Planung einer Einfeldsporthalle 15x 27 für die Moorbek-Schule Norderstedt und Janusz-Korczak-Schule Kaltenkirchen

o Neues Raumprogramm für das neue BBZ Norderstedt und Bau einer Mensa und 2 neuer Klassenräume

Mitarbeit an neuer Vertragsgestaltung für den Verein für Jugend und Kultur (jetzt Jugendakademie Bad Segeberg)

Wir wollen keine weiteren finanziellen für den VJKA.

Leider konnten wir eine Kürzung (EUR 20.000.--)für die Kreis-Musikschule im Haushalt 2012 nicht verhindern.

Mitarbeit in der Preisvergabe Bürgerrolle des Kreises Segeberg

Ausgezeichnete Preisträger im Frühjahr 2012

Herr Wilfried Prante (DRK)

Frau Agdan Dilik-(setzte sich im Raum Bad Bramstedt für eine lebendige Integration ein)

Herr Karlfried Wochnowski (ist seit Jahrzehnten im Sportbereich tätig.)

Fraktion nimmt gern Vorschläge für die nächste Prämierung entgegen.

Lore Würfel

AK-UNK:

Die Zuständigkeiten ergeben sich aus den Haushaltsteilplänen des Kreises:

- Sicherstellung einer ausreichenden ÖPNV-Bedienung (Bus)
- Förderung Verein Naherholung im Umland Hamburg
- Naturschutz und Landschaftspflege
- Wasser-Boden-Abfall

Der AK, dem nicht nur die Ausschussmitglieder angehörten, tagte im Berichtszeit-raum zweimonatlich, bei Bedarf zusätzlich.

Primär bereitete er die Ausschusssitzungen vor. Einen größeren Zeitrahmen nahm z.B. die Diskussion über die weitere Aufgabenübertragung auf den WZV vor dem Hintergrund des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes ein, desgleichen die Diskussion über das inzwischen verabschiedete Klimaschutzkonzept des Kreises.

Der AK beschäftigte sich aber auch mit Themen aus der Landesgesetzgebung, z.B. Waldgesetz, Knickgesetz, Biotopförderung. Aktuell ist derzeit die zweckgebundene Verwendung von Ausgleichszahlungen wg. Ausbau der Windenergie Thema im AK.

Der Besuch einer Agrargasanlage in Wahlstedt diente der Information und einem Meinungsaustausch in Bezug auf Vermaisung der Landschaft.

Da der überwiegende Teil der Aufgaben des Natur- und Umweltschutzes Weisungsaufgaben sind, sehen der AK bzw. die Ausschussmitglieder ihre Aufgabe darin, ein Augenmerk auf die tatsächliche Umsetzung der Landesvorgaben vor dem Hintergrund der knappen Personaldecke in der Kreisverwaltung zu richten.

- 5 -

An der Vorbereitung einer Kreistagsresolution zur Zukunft der AKN sowie der Elektrifizierung der A 1 war der AK maßgeblich beteiligt im Hinblick auf zunehmenden MIV.

Die im Wahlprogramm 2008 – 2013 formulierten Ziele wurden insofern erreicht, als es eine Verbesserung z.B. des R 11-Angebotes ( OD-SE-NMS) gegenüber 2008 gegeben hat, aber eine Optimierung erforderlich ist.

Die Schaffung einer Beratungsstelle für Kommunen zur Entwicklung eigener Energiekonzepte hat durch das Zutun des AK ihren Niederschlag im Klimaschutzkonzept gefunden.



Einige Mitglieder des AK sind zudem eingebunden in die Aktivregionen Holsteins Herz, Alsterland, des Vereins Naherholung, SVG, WZV und sei es über die kommunale Schiene. Jürgen Sass-Olker

## Bericht der Kreistagsfraktion 2012

**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 02.02.2013, 17:04 Uhr - 56556 Clicks - Nr. 62

## Umweltforum der SPD warnt vor Altmaiers „Sparkurs“

Das Umweltforum der SPD Schleswig-Holstein warnt vor dem energiepolitischen „Sparkurs“ von Bundesumweltminister Altmaier. Nach Ansicht der Energieexpertin **Nina Scheer** (SPD-Bundestagskandidatin in Lauenburg/Stormarn-Süd) ist es „die reinste Provokation, Planungssicherheit und Strompreis-Sicherung mit Maßnahmen garantieren zu wollen, die einen Eingriff in eben diese Sicherungssysteme bildeten“.

Eingriffe in bereits gewährte Vergütungen in Form eines „EEG-Soli“ und das Aussetzen „der Zahlung von Einspeisevergütungen ab Inbetriebnahme für eine bestimmte Anzahl von Monaten, bis das EEG-Konto wieder ausgeglichen sei“ – so der Vorschlag Altmaiers - seien unverantwortbar. Scheer: „Ohne kalkulieren zu können, ab wann welche Vergütung geleistet wird, kann keine Investitions- und Planungssicherheit für Investoren entstehen.“



Scheer weist darauf hin, dass gerade das Fehlen von Kostenobergrenzen den weltweit anerkannten Erfolgswert des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) ausmache und Investitions- und Planungssicherheit begründe. Nicht das EEG, sondern die neuerlichen Änderungsvorhaben, gefährdeten diesen Erfolgsfaktor. „Nach unserem Verständnis von einem „Soli“ müssten jetzt zuallererst solche Marktteilnehmer zur Kasse gebeten werden, die sich an der Energiewende bislang am wenigsten oder nicht beteiligt haben.“ Altmaier habe Recht, wenn er die steigende Tendenz der weitgehenden Befreiung energieintensiver Unternehmen von der Erneuerbare-Energien-Gesetz-Umlage (EEG-Umlage) von derzeit 4,3 Mrd. Euro aufgreife, die von den Verbrauchern und mittelständischen Unternehmen bezahlt werden müsse. Zu diesen Unternehmen gehörten heute auch Golfplätze, Flughäfen und andere nicht durch Auslandskonkurrenz bedrohte Unternehmen. Entsprechende Entwicklungen habe die schwarz-gelbe Bundesregierung von Altmaier selbst zu verantworten. Der zeige sich jetzt als „Wolf im Schafspelz“, der seine wirklichen Absichten hinter diesen Korrekturplänen verstecke.

Das Umweltforum plädiert für eine andere Prioritätensetzung. Scheer: „Nicht das bestehende EEG ist das Hemmnis einer bezahlbaren Energiewende, sondern die fehlende Einbeziehung umwelt- und gesundheitsbelastender Kosten aus fossil-atomarer Energiegewinnung. Die Energiewende verlangt nach reeller Preisbildung und einem Strukturwandel, der sich den fluktuierenden, dezentral verfügbaren regenerativen Kapazitäten unter Einbindung von Bürgern, Stadtwerken und Kommunen widmet, statt den Ausbau regenerativer Energien einzugrenzen.“ Nur ein weiterhin beschleunigt wachsender Anteil Erneuerbarer Energien führte zu bezahlbarer Energie. Die Änderungsvorhaben des Bundesumweltministers zielten auf eine Lähmung des Ausbaus und damit auch der Energiewende. Sie lenkten von dem offensichtlichen Handlungsbedarf ab.

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 03.02.2013, 21:36 Uhr - 9933 Clicks - Nr. 63

## SPD Bad Bramstedt startet große Wohn- und Handelsumfrage

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter Sozialdemokraten wollen die Meinung der Bürger in Stadt und Umland zu Bad Bramstedt als Wohn-, Einkaufs- und Dienstleistungsstadt wissen. Aus diesem Grunde startet die SPD in der ersten Februarwoche eine große Umfrage zum Thema Leben und Einkaufen in Bad Bramstedt.



Mit einer Auflage von 10.000 Stück geht der Fragebogen als Beilage zum NordExpress an alle Haushaltungen in Bad Bramstedt sowie den die Stadt angrenzenden Dörfern des Amtes Land. Mit 11 Frageblöcken wird erfragt, wie die Bürger die Stadt sehen und wie sie die Angebote des Ortes in Bezug auf Dienstleistung, Gastronomie und Handel beurteilen. Der Pressesprecher der Partei Jan-Uwe Schadendorf: „Im letzten Jahr hat es vom Bürger- und Verkehrsverein eine kleinere Umfrage dazu gegeben und vor gut zwei Jahren hat eine Marktforschungsgesellschaft am Telefon einige Bürger zu Teilaspekten befragt. Wir wollen jetzt umfassender fragen und jedem Bürger die Chance geben, sich daran zu beteiligen. Im Ergebnis möchten wir erkennen können, wo für Politik, Verwaltung und Geschäftswelt Handlungsbedarf besteht.“ Die Themen Stadtplanung und Stadtgestaltung, Schulen etc. hat die SPD bewusst ausgeklammert, um den Fragebogen überschaubar zu halten und da das Themen einer weiteren Befragung sein können. Um ein aussagekräftiges Ergebnis erzielen zu können, hofft die SPD auf eine breite Beteiligung. „Mindestens 300-400 Rückläufe brauchen wir schon, um behaupten zu können, das Ergebnis sei repräsentativ,“ ergänzt Schadendorf. Um einen kleinen materiellen Anreiz zu geben, werden unter den Rücksendern fünf Einkaufsgutscheine im Wert von jeweils 30 EUR verlost. Wer an der Verlosung teilnehmen möchte, muss den Fragebogen in einen Umschlag mit Adresse stecken. Umschlag und Bogen werden wegen der Anonymität der Befragung vor der Verlosung getrennt. Die Antworten können an vier Stellen im Stadtgebiet abgegeben werden: Eisenwaren-Fülscher am Bleeck sowie in den Buchhandlungen Hans im Glück im Landweg, Buch&Medien im Maienbeeck und findexx am Kirchenbleeck. Natürlich ist auch ein Postversand an die SPD möglich. Spätester Rückgabetermin ist der 15. März 2013. **Der Fragebogen wird ferner ab 7.2.13 zum Download auf der Homepage der SPD [www.spd-bb.de](http://www.spd-bb.de) bereitgestellt ...**

Kommentar von [Britta](#) vom 16.02.2013, 00:02 Uhr:

**RE: SPD Bad Bramstedt startet große Wohn- und Handelsumfrage**

*Einfach Klasse, das endlich jemand mal die Bürger fragt. Super. Weiter so SPD ... ;-)*

Kommentar von [ADMIN](#) vom 10.02.2013, 17:02 Uhr:

**So geht es Online auszufüllen und zu versenden**

*Es geht so: a) Ausfüllen ... auf Festplatte speichern ... an Mail anhängen und an [umfrage@spd-bb.de](mailto:umfrage@spd-bb.de) senden b) ausfüllen und ausdrucken und an uns senden Richtig ist, dass das Formular nicht direkt aus dem Browser gesendet werden kann. Das war von der Auswertbarkeit schwierig zu realisieren. Auch wir üben noch. ;-)*

Kommentar von [Steffen Krohn](#) vom 08.02.2013, 18:25 Uhr:

**RE: SPD Bad Bramstedt startet große Wohn- und Handelsumfrage**

*Die elektronische Umfrage scheint nicht zu funktionieren. Kann daher nicht teilnehmen :-  
(*

Kommentar von [Joachim Dings](#) vom 07.02.2013, 14:33 Uhr:

**RE: SPD Bad Bramstedt startet große Wohn- und Handelsumfrage**

*Sehr geehrte Damen und Herren, Ihre Fragebogenaktion finde ich sehr gut. Leider ist das Rücksenden des ausgefüllten Fragebogens via Internet nicht möglich, da die ausgefüllte Datei nicht per E-Mail oder sonst irgendwie geschickt werden kann. Man muss also den*

umständlichen Weg (Abgabe in Bad Bramstedt) oder den teuren Weg (Rücksendung per Brief) oder den Weg über "scannen" und dann abschicken wählen. Schade, dass Ihre IT-Experten keinen einfacheren Weg gefunden / ermöglicht haben. Mit freundlichen Grüßen  
Joachim Dings

Kommentar von [Geerd Baumann](#) vom 07.02.2013, 10:56 Uhr:

**RE: SPD Bad Bramstedt startet große Wohn- und Handelsumfrage**

Hallo SPD-BB ! Grosses Lob für diese detailliert Umfrage ! Mache ich natürlich mit. Das hätte ich aber lange schon mal von den trantütigen Rathaus-Verantwortlichen oder dem BVV erwartet / erhofft ! Vielen Dank für Euer Engagement und macht weiter so SPD.  
[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 03.02.2013, 21:44 Uhr - 14729 Clicks - Nr. 64

## "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - Einigkeit macht stark"

Mit dieser Losung auf dem Traditionsbanner gründete Ferdinand Lassalle am 23. Mai 1863 den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, der zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands heranwuchs.

Der 150. Geburtstag ist ein würdiger Anlass für den SPD-Ortsverein Gaarden an das historische Ereignis zu erinnern und die Bedeutung dieser Gründung für die heutige Zeit zu beleuchten.

Der Gaardener SPD-Ratsherr Wolfgang Schulz und der SPD-Ortsverein Gaarden veranstalten in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband Kiel eine Veranstaltungsreihe in den Monaten Februar und März 2013. Wir laden Sie ein, sich davon überzeugen, dass die SPD an gesellschaftlicher Notwendigkeit und Aktualität im „hohen Alter“ von 150 Jahren nichts eingebüßt hat.



Am 7. Februar 2013 startet die Veranstaltungsreihe mit einer Gesprächsrunde unter dem Motto „Eine alte soziale Bewegung trifft auf neue Herausforderungen“. Einführen wird der Politologe und Staatssekretär Rolf Fischer. Zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Frauen-, Jugend- und Sozialorganisationen wollen wir über die soziale Situation vor 150 Jahren und heute diskutieren.

Zeit und Ort: 19.30 Uhr, Sportrestaurant TuS Gaarden, Kiel-Gaarden

Fortgesetzt wird die Veranstaltungsreihe am 20. Februar 2013 mit einem musikalischen Highlight: „Arbeiterlied trifft auf Hip-Hop und moderne Volksmusik aus Anatolien“. Dazu gibt es Berichte zum Hintergrund der Musik und Gespräche mit den Musikerinnen und Musikern.

Zeit und Ort: 19.30 Uhr, Räumerei, Kiel-Gaarden

Am 6. März 2013 startet eine weitere Veranstaltung „Genossenschaften – soziale Absicherung und ein Beitrag zur Selbstbestimmung“. Die Genossenschaften sind für die Wohnungspolitik heute aktueller denn je. Wir werden die Rolle der Genossenschaften zusammen mit Vertretern von Genossenschaften diskutieren. Unsere Oberbürgermeisterin Dr. Susanne Gaschke wird dazu einführen.

Zeit und Ort: 19.30 Uhr, Jugendherberge Gaarden, Kiel-Gaarden

Abgeschlossen wird die Veranstaltungsreihe am 28. März 2013 mit einem Rundgang in Kiel-Gaarden „Vom Internationalismus zum sozialen Europa“. Dazu treffen wir uns vor dem Haupttor von HDW und werden uns von dort aus auf den Spuren der internationalen Arbeitbewegung und des heutigen Europas in Gaarden bewegen und im Medusahof über die Zukunft eines sozialen Europas u.a. mit der Europaabgeordneten Ulrike Rodust diskutieren.

Zeit und Ort: 16.00 Uhr, Haupttor HDW und 18.00 Uhr, Medusahof, Kiel-Gaarden

V.i.S.d.P.: Wolfgang Schulz c/o SPD-Kreisverband Kiel, Kleiner Kuhberg 28, 24104 Kiel

Nähere Infos unter unserer [Veranstaltungsseite](#).

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 04.02.2013, 09:32 Uhr - 7561 Clicks - Nr. 65

## Bürgersprechstunde in Elmshorn

Die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies lädt zur Bürgersprechstunde ein.

Politik lebt vom Dialog. Deshalb bietet die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies regelmäßig Bürgersprechstunden an. Bereits am Freitag, 15. Februar ist es wieder soweit. Bürger haben von 16 Uhr an bis 18 Uhr Zeit, ihre Fragen und Anliegen im Elmshorner SPD-Parteibüro, Panjestraße 16, vorzutragen.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir die Besucher, sich vorher unter Telefon 04121-470320 oder per Mail unter [b.raudies@spd-elmshorn.de](mailto:b.raudies@spd-elmshorn.de) im Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten anzumelden.



**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 04.02.2013, 11:56 Uhr - 8635 Clicks - Nr. 66

## Kreis-SPD im Land des Lächelns

KN vom 04.02.2013

Neujahrsempfang in Plön  
Kreis-SPD im Land des Lächelns  
Von Hans-Jürgen Schekahn |  
03.02.2013 14:00 Uhr

SPD-Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen lächelte so charmant, als ob die Sozialdemokraten die Kommunalwahl im Mai und die Bundestagswahl im September schon haushoch gewonnen haben. Mit rund 150 Gästen teilte er seine Laune auf dem Neujahrsempfang im Plöner Kulturforum. „Die Stimmung ist gut. Wir sind gut gerüstet“, war seine Botschaft an die Gäste.

Schlagfertig nicht nur mit ihren Fäusten: Deutsche Box-Meisterin Annemarie Stark (rechts) beim SPD-Neujahrsempfang im Gespräch mit der Bundestagskandidatin Birgit Malecha-Nissen. Passend dazu das Motto der SPD auf dem Plakat. Foto H.-J. Schekahn



**Keine Kommentare**

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 04.02.2013, 17:05 Uhr - 27723 Clicks - Nr. 67

## MdB Sönke Rix: Zügiger Ausbau der Kitas weiterhin notwendig!

Zur aktuellen Debatte um den Krippenplatzausbau und den Kita-Beiträgen erklärt der Bundestagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix:

Wenige Monate vor Inkrafttreten des Rechtsanspruchs am 1. August 2013 kommt es darauf an, den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung weiter voranzubringen. Das trifft auch auf unseren Landkreis zu. Überall dort, wo im Kreis Rendsburg-Eckernförde Kita-Plätze geschaffen werden, werden sie sofort belegt. Die Nachfrage ist also auch bei uns und sogar in ländlichen Gebieten sehr hoch.



Im Kreis Rendsburg-Eckernförde ist es zudem längst überfällig, die Kita-Beiträge für Hartz-IV-Empfänger zu streichen. Momentan müssen sie sich noch - orientiert an der Sozialstaffel - an den Kita-Kosten beteiligen. Das ist sozial ungerecht und für viele ein finanzieller Kraftakt. Leider stellt sich die schwarz-gelbe Mehrheit im Kreistag bisher quer.

Schon lange ist bekannt, dass der Bedarf an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege höher ist als ursprünglich von der Bundesregierung angenommen. Diesen höheren Bedarf hat die zuständige Bundesfamilienministerin Schröder stets bestritten. Nur auf massiven Druck der SPD im Bund und in den Ländern stellt die Bundesregierung jetzt zusätzliche Bundesmittel für den Kitausbau bereit. Der Bund beteiligt sich somit an der Schaffung von zusätzlichen 30.000 Plätzen.

Diese Mittel müssen nun schnell vor Ort ankommen. Die Einrichtungen und die Eltern warten dringend darauf. Es ist erfreulich, dass Schleswig-Holstein für 2013 und 2014 weitere 8,7 Mio. Euro abrufen kann.

Aber: Die zuständige Bundesfamilienministerin duckt sich seit Jahren weg, wenn es darum geht, den Ausbau der frühkindlichen Bildung zu forcieren. Die Forderungen nach einem Krippengipfel weist sie stets zurück. Obwohl Bund, Länder und Kommunen gemeinsam in der Pflicht sind, diesen Ausbau voranzubringen, schiebt sie die Verantwortung allein Ländern und Kommunen zu.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 04.02.2013, 17:41 Uhr - 8813 Clicks - Nr. 68

## **SPD Neujahrsempfang: Fröhliche Stimmung und gute Gespräche!**

SPD Neujahrsempfang: Fröhliche Stimmung und gute Gespräche!

Das Kulturforum "Alte Schwimmhalle" in Plön war voll besetzt, als die SPD-Kreisvorsitzende Anette Langner die Gäste aus Politik, Wirtschaft, Vereinen, Verbänden und Gesellschaft begrüßte. Mit den Glückwünschen zum neuen Jahr stellte sie insbesondere die Arbeit der neuen Landesregierung vor und wies auf das 150-jährige Jubiläum der SPD, das 2013 gefeiert wird, hin.

Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion Lutz Schlüsen stellte in seinem Bericht die gute Arbeit der Kreistagsfraktion sowohl inhaltlich als auch im

Zusammenwirken und Miteinander dar. Hierbei lobte er auch das Verhältnis zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und zur Landrätin Stephanie Ladwig. Inhaltlich blickt die Fraktion sehr stolz auf den Bau der neuen Mensa in Lütjenburg, das förderlich funktionierende Kreiskrankenhaus sowie auch die gute Betreuung mit Kindertagesplätzen in der Kita oder bei den Tagesmüttern.

"Wir sind als Kreis Plön hier ein Leuchtturm – landesweit sowohl in der Zahl der vorhandenen Plätze mit 40% unter drei Jahren als auch in der Förderung und Bezuschussung von Kommunen, Trägern und Eltern. Wir blicken zuversichtlich in die Zukunft!"



Es sind wichtige Weichenstellungen in der Bildungs-, Sozial- und Infrastrukturpolitik getroffen worden, um fit zu sein für den demografischen Wandel. Landrätin Stephanie Ladwig hob in Ihrem Grußwort die besondere Bedeutung des Ehrenamtes hervor und die Anforderung an die Kommunalpolitiker in den verschiedenen Kompetenzbereichen. Der Tag der Kommunalwahl und die Beteiligung sind deshalb für die Anerkennungskultur der Ehrenamtler sehr wichtig. Sie lobte insbesondere auch die gute, partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der SPD Kreistagsfraktion.

In lockeren Talkrunden wurden dann Ehrenamtler und besondere Menschen im Kreis Plön von Helga Hohnheit, Bundestagskandidatin Dr. Birgit Malecha-Nissen und Lutz Schlüsen interviewt. So erfuhr man von Annika Engel, der 1.Vorsitzenden des Kindertagespflegereings, wie umfangreich die Tagesmutterausbildung ist und wie flexibel die Tagesmütter auch bei den Betreuungszeiten sind. Denn auch die Arbeitszeiten der Eltern im Einzelhandel werden dabei häufig abgedeckt. Kreiswehrführer Manfred Stender freute sich nicht nur über den Bau der Kreisfeuerwehrzentrale am Standort Preetz, sondern sieht die Feuerwehren auch im Zuge des demografischen Wandels gerüstet. Frauen in der Feuerwehr helfen dabei sehr und sind auch mittlerweile selbstverständlich. Die Deutsche Meisterin im Boxen, Annemarie Stark, zeigte mit einer Portion Witz und Schlagfertigkeit ihr Können. Es ist für sie ein gutes Gefühl Deutsche Meisterin zu sein und sie zeigte auch den durchaus harten Weg auf, soweit zu kommen. Ihr besonderes Markenzeichen ist ihr Siegeswille und Kampfegeist. Auch mit der guten Unterstützung im Verein und ihrer Frauen aus dem Fußballclub, sie spielt dort als Stürmerin, hat sie das Ziel erreicht.

Zum Abschluss interviewte Lutz Schlüsen dann noch die Buchautorin und Bastelkönigin Uschi Wieck. Ihr Engagement für die krebserkrankten Kinder ist einzigartig. Mit dem Basteln von Schutzengeln hat sie schon den Wert eines Autos incl. Versicherungen erbastelt. Ihre Leidenschaft ist ansteckend und wohltuend, ihr Witz und ihr Ideenreichtum unendlich. Wie gewohnt wurde der Neujahrsempfang von Schülerinnen und Schüler von der Regionalschule Lütjenburg unter der Leitung von Herrn Berghaus mit alten, nicht so alten und aktuellen Hits umrahmt. Ein gelungener Abend mit endete mit angenehmen Gesprächen und guter Stimmung.

**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 05.02.2013, 12:42 Uhr - 30984 Clicks - Nr. 69

## **Bildung und soziale Gerechtigkeit als Schwerpunkte der Kommunalwahl**

Der Kreisparteitag der SPD Segeberg in Kaltenkirchen hat mit 114 anwesenden Delegierten über die Programmatik und das Personalangebot zur Kommunalwahl im Mai entschieden.

In seinen Grußworten forderte Bundesabgeordneter Franz Thönnies u. a. eine sozial gerechte Steuerpolitik und er wies darauf hin, dass es eine vernünftige Energiewende nur mit denen geben wird, die sie auf den Weg gebracht haben: rot/grün. Er schloss mit dem Hinweis an die Delegierten: Nur mit einer starken Sozialdemokratie im Segeberger Kreistag wird gerecht gewährleistet, dass die Chancen des Kreises nicht einseitig verteilt werden, sondern allen zu Gute kommen.



Edda Lessing, Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion betonte als Schwerpunkte zukünftiger Arbeit die Konsolidierung des Haushaltes, wozu auch gehöre, die in der Vergangenheit erfolgten Auslagerungen zurückzuführen.

In seinem Personalvorschlag hatte der Kreisvorstand Kriterien angelegt, die über die Reihung entschieden: ein „Reisverschluss“ zwischen Kandidatinnen und Kandidaten, regionale Ausgewogenheit aber auch ein Mix aus erfahrenen Kreispolitikern und neuen, jungen Bewerbern.

Eine regionale Ausgewogenheit mochte die Ortsvereinsvorsitzende aus Norderstedt, Katrin Fedrowitz, nicht erkennen. Sie forderte eine bessere Positionierung der Kandidatinnen und Kandidaten aus der mit Abstand größten Stadt des Kreises.

Zu Gegenkandidaturen kam es dann aber weder bei den Direktkandidaturen für die Wahlkreise noch bei der Listenaufstellung.

Als Spitzenkandidatin wählte der Kreisparteitag Edda Lessing aus Henstedt-Ulzburg. Ihr folgen Marc-André Ehlers aus Nahe, Cordula Schulz aus Trappenkamp und Peter Säker aus Norderstedt.

Die von den Jungsozialisten unterstützten Christopher Schmidt (32) aus Kaltenkirchen und Alexander Wagner (25) aus Bebensee landeten auf den aussichtsreichen Plätzen 10 und 12.

Der Kreisvorsitzende Stefan Weber brachte das Wahlprogramm ein, das deutliche Schwerpunkte setzt: Bildung, soziale Gerechtigkeit und Gestaltung eines familienfreundlichen Kreises. Zahlreiche Änderungsanträge wurden von den Delegierten verabschiedet, darunter ein von den Jungsozialisten formulierter gegen Rechtsextremismus im Kreis Segeberg. Strikte Einhaltung des Tariftreuegesetzes bei der Auftragsvergabe durch Kommunen war eine weitere Forderung der Genossinnen und Genossen.

Das Wahlprogramm wurde einstimmig verabschiedet. Es wird nach einer redaktionellen Bearbeitung abzurufen sein unter: [www.spd-segeberg.de](http://www.spd-segeberg.de)

Foto: Kreisvorsitzender Stefan Weber, Spitzenkandidatin Edda Lessing, Marc-André Ehlers (Platz 2), Cordula Schultz (3), Peter Säker (4) und Bundestagsabgeordneter Franz Thönnies.

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 05.02.2013, 19:53 Uhr - 9022 Clicks - Nr. 70

## Kommunaldialog mit Innenminister Andreas Breitner setzt Impulse

Die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies lud zum Kommunaldialog mit Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner ins Gemeindezentrum Heidgraben ein – und mehr als 50 Bürgermeister und Verwaltungsvertreter sowie einige Bürger ließen es sich nicht nehmen, mit der Landtagsabgeordneten und dem Minister über wichtige Verwaltungsthemen zu diskutieren. Am Podiumstisch vertreten waren u.a. Elmsborns Bürgermeisterin Brigitte Fronzek und Hans Helmut Birke, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion.



„Wann hat man sonst die Gelegenheit, sich von Regierungsvertretern in der Region in lockerer Runde über aktuelle Vorhaben und Gesetze informieren zu lassen? Ich wünschte, es hätten sich noch mehr Bürgermeister eingefunden“, sagte Rainer Jürgensen, Leiter der Moorreger Amtsverwaltung. Doch bevor sich der Minister den Fragen der Besucher stellte, begrüßte Heidgrabens Bürgermeister Udo Tesch die Gäste. Die 2100-Einwohner-Gemeinde hat einiges vor. „Da es uns an Einkaufsmöglichkeiten fehlt, bauen wir mit Unterstützung von Finanzmitteln in Höhe von 2,5 Millionen Euro aus dem AktivRegion-Topf ein Marktzentrum mit Café und Ladenzeile“, so Tesch. Zur Eröffnung, die für September dieses Jahres geplant ist, lud er Minister Breitner und Beate Raudies, die spontan zusagte, ein. Auch Bürgermeister Tesch wollte vom Innenminister unter anderem erfahren, wie die Aussagen des Koalitionsvertrag zu den Gemeindegrößen auf die kleinen Gemeinden auswirken werden. Tesch: „Bürgermeister von ehrenamtlich verwalteten Ortschaften befürchten, dass die Eigenständigkeit verlorengeht. Müssen wir uns künftig von den Städten regieren lassen?“ In einem einführenden Impulsreferat konnte Breitner den Besuchern ihre Ängste nehmen: „Es ist keine Gemeindegebietsreform in Schleswig-Holstein geplant. Vielmehr wollen wir Anreize für Fusionen schaffen.“ Der Fokus aller Überlegungen liege auf Deregulierung. „Künftig wird es so sein, dass wir über Aufgabenverteilung zu Strukturen kommen“, so Breitner. Weiterhin sieht er die Reform des Finanzausgleichgesetzes als Großprojekt an. „1,2 Milliarden Euro werden unter den Kommunen aufgeteilt. Da müssen wir uns fragen, ob etwa Zonenrandförderung für das Herzogtum Lauenburg noch zeitgemäß ist. Das ist nicht mehr effektiv und außerdem ungerecht.“ Außerdem müssen die Kommunen finanziell gestärkt werden, Stichwort Konsolidierung. Bereits 16 Kommunen in Schleswig-Holstein, darunter auch Pinneberg und Uetersen, erhalten Geld, werden mit 95 Millionen Euro jährlich unterstützt.

Weiterhin sollen sich laut Breitner die Kommunen künftig stärker wirtschaftlich beteiligen können. „Deshalb werden wir in dieser Legislaturperiode das Gemeindegewirtschaftsrecht ändern.“ Als großen Schritt zu einem besseren demokratischen Verhältnis zum Bürger bezeichnete Breitner die Neuerungen zum Bürgerentscheid. „Im Bereich Bauleitplanung ist ein Bürgerentscheid bis zum Aufstellungsbeschluss möglich.“ In der anschließenden Diskussion betonte Amtsleiter Jürgensen immer wieder, dass beim Thema Kooperationen unbedingt der Effizienzgedanke in den Fokus gerückt werden müsse. „Auch eine Stadt kann sich uns anschließen, da sind wir gut aufgestellt“, sagte er provokant. Dörte Köhne-Seiffert, SPD, Hauptausschussvorsitzende aus Elmshorn, sagte, dass die Regierung doch mal an die Doppelstrukturen herangehen müsse, wenn man sich über eine neue Aufgabenverteilung Gedanken mache: „Es ist unbegreiflich, dass sich viele Instanzen, wie Kreis- und Stadtverwaltung, über die gleichen Aufgaben kümmern. Das kann man verschlanken.“ Außerdem forderte sie eine stärkere Einbindung des Landes beim Schulbau.

Verwaltungsvertreter aus Appen wollten erfahren, was sich denn hinter den Anreizen für Fusionen verberge. Breitner: „Es gibt die Fusionsprämie. Es soll so sein, dass die



Fusionspartner nach dem Zusammenschluss finanziell nicht schlechter gestellt werden.“ Innenminister Breitner äußerte sich ebenfalls zur Personalsituation bei der Polizei und zum Landesprogramm gegen Rechtsextremismus. „Es muss gespart werden. Aber wir wollen den Status Quo der Beschäftigten bei der Polizei halten“, so Breitner. Für die Bekämpfung rechter Tendenzen hält die Regierung 300 000 Euro für ein eigenes Aktionsprogramm bereit.

Auch Fragen nach verbesserter Infrastruktur, um die permanente Stausituation auf den Autobahnen in der Region zu entspannen, sowie nach dem Sparkassengesetz wurden gestellt. Noch lange, nachdem Beate Raudies die Gesprächsrunde beendete, nutzten die Gäste die Gelegenheit, um mit der Abgeordneten und den Bürgermeistern zu diskutieren. – Für die Elmshornerin ein Zeichen dafür, regelmäßig zu Kommunaldialogen mit Vertretern der Landesregierung einzuladen. „Ich freue mich, dass diese Veranstaltung auf so viel positive Resonanz gestoßen ist. Sie beweist, dass die Bürger großes Interesse an unserer Politik haben.“

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 06.02.2013, 14:18 Uhr - 153846 Clicks - Nr. 71

## "Historischer Tag für unsere Meere"

### **Europäisches Parlament stimmt für Nachhaltigkeitswende in der Fischereipolitik**

Das Europäische Parlament hat sich am Mittwoch mit deutlicher Mehrheit für ein Ende der Überfischung und die gestaffelte Einführung eines Rückwurfverbots von Beifang ausgesprochen.

Die ehrgeizige Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik wurde von fast allen Parlamentsfraktionen unterstützt. Nur große Teile der konservativen EVP stimmten gegen die zur Abstimmung stehenden Kompromisstexte.



"Das ist ein historischer Tag für unsere Meere. Mit dem heutigen Abstimmungsergebnis ist sichergestellt, dass es eine ehrgeizige Reform der Fischereipolitik geben kann. In Zukunft wird unsere Fischerei nachhaltig sein und wir Verbraucher können europäischen Fisch wieder mit gutem Gewissen genießen", freute sich die SPD-Europaabgeordnete Ulrike RODUST, die als Berichterstatterin für die Aushandlung des Abstimmungstextes zuständig war.

Um der Überfischung ein Ende zu setzen, hat das Europäische Parlament beschlossen, dass ab 2015 keine überhöhten Fangquoten mehr möglich sein werden. Bis 2020 sollen sich die Fischbestände erholen. Zwischen 2014 und 2017 muss schrittweise der Rückwurf von essbarem Fisch zurück ins Meer beendet werden. Zurzeit dürfen die Fischer zu kleine oder nicht vermarktungsfähige Fische zurückwerfen und müssen für diese Fische auch keine Quote nutzen. "Rückwürfe sind schuld an dem schlechten Image der Fischerei. Nach Einführung des Rückwurfverbots werden unsere Fischer ihren Fisch als wirklich nachhaltig vermarkten können", erklärte Ulrike RODUST die Vorteile der Maßnahme für die Fischerei. "Einige Fischer sind heute noch skeptisch, aber wir werden ihnen bei der Umstellung mit Pilotprojekten und mit Geld für selektivere Netze unter die Arme greifen."

Das Europaparlament stimmte außerdem für eine Reform der Fischereiabkommen mit Drittländern, die die EU häufig mit Entwicklungsländern unterhält. Auch in den Gewässern dieser Länder darf die EU nicht mehr zur Überfischung beitragen.

Damit die neuen Regeln auch eingehalten werden, sollen Regelbrecher in Zukunft keine EU-Fördermittel erhalten. "Dies gilt für den einzelnen Fischer, aber auch für Mitgliedstaaten als ganzes", so Ulrike RODUST.

Ulrike RODUST erklärte, umgehend Verhandlungen mit dem Fischereiministerrat aufnehmen zu wollen, der bereits einen eigenen, allerdings weniger ambitionierten, Reformtext formuliert hat. Eine Einigung wird für Juni 2013 angestrebt.

**Keine Kommentare**

[AfB-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 06.02.2013, 15:47 Uhr - 5730 Clicks - Nr. 72

## Gefährdete Grundschulstandorte in Dithmarschen

Im Schulentwicklungsplan Dithmarschens für die Jahre 2012 - 2018 sind eine ganze Reihe von Grundschulstandorten als gefährdet eingestuft.

Hierzu folgende Karte:

Grundlagen für die Einstufung:

1. Mindestzahlverordnung des Landes Schleswig-Holstein
2. Kennzahlen des Kreises Dithmarschen

Unser Ziel:

So viele Standorte so lange wie möglich erhalten!



Kommentar von [Heinz Evers](#) vom 19.02.2013, 16:24 Uhr:

### **RE: Gefährdete Grundschulstandorte in Dithmarschen**

*Es wäre für die SPD-Kandidatinnen und SPD-Kandidaten in den betroffenen Schuleinzugsgebieten sich sehr gut, wenn die Landesregierung noch rechtzeitig vor den Kommunalwahlen eine Entscheidung trifft.*

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 06.02.2013, 16:29 Uhr - 11277 Clicks - Nr. 73

## Grünkohlessen der SPD Geesthacht, 2. Februar 2013, Geesthacht

Geesthacht. 2. Februar 2013. Auch dieses Jahr war das „Restaurant Forsthaus Grüner Jäger“ zum traditionellen Grünkohlessen der SPD-Geesthacht ausgebucht. Gekommen waren zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, Geesthachts Bürgermeister Dr. Volker Manow, Dr. Nina Scheer (Bundestagskandidatin), Vertreter von Verbänden und Vereinen, darunter u.a. vom Sozialverband, Seniorenbeirat, NABU, der Alevitischen Gemeinde e.V., der Liedertafel Geesthacht, des Heimat- und Geschichtsverein etc. Ehrengast des Abends war Ministerpräsident Torsten Albig. Begrüßt wurden die Gäste vom Landtagsabgeordneten Olaf Schulze, der in seiner Rede Torsten Albig für sein Versprechen aus dem Wahlkampf 2012 dankte, auch 2013 wieder zum Grünkohlessen der SPD Geesthacht zu kommen. Ministerpräsident Torsten Albig beschrieb in seiner Rede die gute Zusammenarbeit in der rot-grün-blauen Regierungskoalition und hob besonders hervor, dass sich die Koalition für höhere Ausgaben bei der Bildung entschieden habe. Alles in allem war es ein schöner Abend, bei dem die anwesenden Gäste die Gelegenheit nutzten, miteinander ins Gespräch zu kommen und Erfahrungen auszutauschen. Foto v.l.n.r.: Nina Scheer, Ministerpräsident



Torsten Albig, Kathrin Wagner-Bockey (stellvertretende SPD Fraktionsvorsitzende, Ratsversammlung Geesthacht).

**Keine Kommentare**

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 06.02.2013, 16:42 Uhr - 25727 Clicks - Nr. 74

## **Birgit Herdejürgen: Bertelsmann-Konzern muss Verantwortung übernehmen!**

Zur angekündigten Schließung der Druckerei Prinovis erklärt die SPD-Landtagsabgeordnete aus Itzehoe und Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen

Die Schließung der Druckerei Prinovis ist eine schwere Enttäuschung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen viele schon lange dort arbeiten, und ein harter Schlag für die Region, die über 700 Arbeitsplätze verliert.

Wir erwarten, dass die Eigentümer ihrer Verantwortung gerecht werden und sich um akzeptable Lösungen für die Beschäftigten kümmern.



Der Bertelsmann-Konzern, zu dem das Unternehmen gehört, formuliert für sich selbst hohe Ansprüche wie „Corporate Responsibility“ und verantwortungsvolle Unternehmensführung, die „Mitarbeiter als Erfolgsfaktor“ betrachtet, sowie „partnerschaftliche Führungsphilosophie“. Verantwortung nennt Bertelsmann als Teil seines Selbstverständnisses.

Daran muss sich der Konzern vor allem im Umgang mit den von der Schließung von Prinovis betroffenen Menschen messen lassen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 06.02.2013, 19:24 Uhr - 20795 Clicks - Nr. 75

## **Unverständnis und Kritik am Umgang mit pflegebedürftigen Menschen**

Pressemitteilung zum Thema **„Haus Eichengrund – Aus für den Pflegebereich“**

Mit Bestürzung und Befremden hat die SPD-Kreistagsfraktion die Mitteilungen in der Presse zur beabsichtigten Schließung der Pflegeabteilung von Haus Eichengrund und der Kündigung der pflegebedürftigen Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern durch die Norddeutschen Gesellschaft für Diakonie (NGD) in Rendsburg zur Kenntnis genommen. Die für die Heimaufsicht zuständige Kreisverwaltung wird gebeten, den Vorgang auf seine Rechtmäßigkeit hin zu prüfen und den betroffenen Angehörigen und pflegebedürftigen Menschen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in dieser Situation Unterstützung zukommen zu lassen.

Die SPD-Kreistagsfraktion kritisiert insbesondere, dass Bewohnerinnen und Bewohner vmtl. noch aufgenommen wurden, obwohl beim Träger, der NGD, längst feststand, dass der Pflegebereich im Haus Eichengrund geschlossen werden soll und dass offensichtlich Kündigungen ausgesprochen worden sind, obwohl keine alternativen Heimplätze zur Verfügung stehen. Sie fordert den Träger auf sicherzustellen, dass alle gekündigten Heimbewohnerinnen und -Bewohner gleichwertige Heimplätze erhalten und dabei keine zusätzlichen Kosten entstehen dürfen. Die SPD-Kreistagsfraktion wird diesen Vorgang zu einem Thema im nächsten Sozial- und Gesundheitsausschuss des Kreises Rendsburg-Eckernförde am 14.02.2013 machen.

Ulrich Kaminski, Sozial- und Gesundheitspolitischer Sprecher

**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 06.02.2013, 20:56 Uhr - 27701 Clicks - Nr. 76

## **SPD-Kreisparteitag gegen Spekulation mit Trinkwasser**

Wird die Wasserversorgung zum unbezahlbaren Spekulationsobjekt privater Anbieter und multinationaler Konzerne? Die SPD im Kreis Segeberg will dieses nicht zulassen und hat deshalb auf dem Kreisparteitag am Samstag in Kaltenkirchen einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Darin werden Landesregierung und Landtagsfraktion aufgefordert, einer Entwicklung, die zugunsten des reinen Wettbewerbgedankens und gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen des Kreises Segeberg geht, entgegen zu wirken.

Stein des Anstoßes ist eine neue EU-Richtlinie, die dafür sorgen soll, dass Investitionen und Dienstleistungen zu einem optimalen Preis-Leistungs-Verhältnis stattfinden. Sie soll u.a. durch eine Ausschreibungsverpflichtung der kommunalen Wasserversorger allen Unternehmen in Europa besseren Zugang zu den Konzessionsmärkten verschaffen.

Vordergründig ist die Rede von einer effizienteren Verwendung öffentlicher Mittel. In Wirklichkeit will die EU-Kommission damit die öffentliche Wasserversorgung „durch die Hintertür“ liberalisieren. Diese Liberalisierung aber kennt nach Auffassung der Sozialdemokraten nur einen Gewinner, nämlich multinationale Großkonzerne, die den milliarden-schweren Wassermarkt kontrollieren möchten.

Die „Strategie Europa 2020“ betrachtet die öffentliche Daseinsvorsorge als eines der marktwirtschaftlichen Instrumente. Und genau hier sieht die Kreis-SPD die Gefahr

SPD-Sprecher Horst Ostwald: „Wasser ist ein lebensnotwendiges Gut. Die Wasserversorgung ist in öffentlicher Hand am besten aufgehoben, sie darf nicht privatisiert werden. Wir wollen, dass Wasserqualität und Bezahlbarkeit auch zukünftig garantiert bleiben. Eine Marktöffnung durch die Hintertür stößt auf unseren erbitterten Widerstand.“

**Keine Kommentare**

[AG60plus - Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 07.02.2013, 10:58 Uhr - 7645 Clicks - Nr. 77

## **Winterliches Kaffeetrinken der AG 60plus Dithmarschen**

Am 06. Februar 2013 trafen sich die Seniorinnen und Senioren der Arbeitsgemeinschaft 60 plus zu ihrem schon zur Tradition gewordenen „Winterlichen Kaffeetrinken“ im „Café Kreativ“ in St. Michaelisdonn. Diese Veranstaltung findet jetzt seit 9 Jahren statt. Zu Beginn, der jetzt schon als traditionell zu bezeichnenden Veranstaltung, trafen

sich 18 Genossinnen und Genossen. In diesem Jahr waren es schon 40 Personen die sich im schönen „Café Kreativ“ in St. Michaelisdonn trafen.

Die Vorsitzende der AG 60 plus Dithmarschen, Aletta Thies, begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste. Anwesend waren auch drei Mitglieder des Kreisvorstandes. Besonders begrüßte sie die AWO-Kreisvorsitzende Sonja Jacobsen und Dr. Bruno Jagalla. Diese berichteten in einem kurzen Referat über das interessante Projekt „SiS“ (Senior in School). Nach einer Ausbildung werden die Seniorpartner in School in Schulen als Schulmediatoren eingesetzt. Schulmediation ist Konfliktlösung an Schulen. Die Idee zur Anwendung von Mediationstechniken zur gewaltfreien Konfliktlösung in Schulen stammt aus den USA. In den Mediationsgesprächen wird versucht, einer Konfliktlösung durch Gewalt alternative Lösungen entgegenzusetzen.

Die Gespräche zwischen den Konfliktparteien und den Mediatoren finden in einer ruhigen Umgebung ungestört statt. Die Gespräche unterliegen strenger Diskretion und können nur mit Zustimmung der Beteiligten weiter gegeben werden.

Die Mediation dient also der allgemeinen Verbesserung der Streitkultur und des Lernklimas durch Verbesserung der persönlichen und sozialen Kompetenz der Beteiligten.

Das Projekt kann auch zu einem besseren Verständnis zwischen Jung und Alt führen, die Fähigkeiten der Generation 55+ können optimal genutzt werden.

Aletta Thies gab einen kurzen Ausblick auf kommende Veranstaltungen. Besonders wies sie auf die Veranstaltung „Ist Gesundheit noch bezahlbar“ mit Andreas Hering hin. Die Veranstaltung beginnt am 06. März um 19:00 Uhr in der Rosengasse in Heide.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung entwickelten sich viele Gespräche zwischen den Anwesenden. Es ging nicht immer nur um Politik, es wurde auch in Erinnerungen geschwelgt. Nach dem Motto: „weißt du noch...?“

Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus befasst sich sehr intensiv mit allen Bereichen des politischen Lebens auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Dabei darf aber das gesellschaftliche Miteinander nicht zu kurz kommen.

Dazu dienen Veranstaltungen, wie diese in St. Michaelisdonn.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 07.02.2013, 15:51 Uhr  
- 21930 Clicks - Nr. 78

## **Pressemitteilung - Gemeinsamer Antrag von FDP, SPD und SSW zur imland Klinik**

### **Zeichen setzen für den Erhalt der Geburts- und Kinderstation in Eckernförde**

#### **Gemeinsamer Antrag von SPD, FDP und SSW zur imland Klinik**

Zur kommenden Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses haben sich SPD und FDP darauf geeinigt, ihre Anträge zum Erhalt der Geburts- und der Kinderstation an der imland-Klinik in Eckernförde in einen Antrag zusammenzuführen. Der SSW hat sich ihrem Antrag angeschlossen.



"Der gemeinsame Antrag ist ein gutes Beispiel, wie es über Parteigrenzen hinweg gerade in der Kommunalpolitik gelingen kann, im öffentlichen Interesse zu handeln. Ich würde mich freuen, wenn sich alle anderen Fraktionen dem Antrag anschließen würden. Wir haben nichts formuliert, was nicht alle anderen Fraktionen bereits gegenüber der Presse erklärt haben. Aber Bindungswirkung erzeugt dieses natürlich erst durch einen Kreistagsbeschluss. Und da es sich im Kern um gesundheitliche Grundversorgung der Region Eckernförde handelt, ist er auch zur fachlichen Beratung im Sozial- und Gesundheitsausschuss

richtig angesiedelt. Zu dessen Aufgaben gehört übrigens gemäß Hauptsatzung auch das 'Krankenhauswesen'", erläuterte der Fraktionsvorsitzende der FDP, Jan Butenschön.

"Nach über einem halben Jahr Diskussionen ist auch für die SPD die Zeit reif, dass sich der Gesellschafter in öffentlicher Sitzung zu einer Weiterführung bekennen muss. Denn der Kreis hat hier seiner Ausgleichsfunktion nachzukommen. Dazu gehört auch die Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung im Kreisgebiet. Besonders erfreulich ist für uns, dass sich gegenüber der Presse alle Kreistagsfraktionen klar gegen eine Privatisierung ausgesprochen haben. Nun sollten wir dieses auch gemeinsam beschließen. Damit werden Befürchtungen meiner Fraktion ausgeräumt, dass eine Weiterführung der Geburtsstation später als Argument genutzt werden könnte, um den Einstieg privater Investoren zu rechtfertigen", erklärte Kai Dolgner als Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion.

Die SSW-Kreistagsfraktion ist ebenfalls der Meinung, dass nun endlich "Butter bei die Fische" getan werden müsse. "Dieses gilt insbesondere auch im Hinblick auf die beeindruckende Zahl von rund 20.000 Unterschriften, die dem Kreis übergeben worden sind. Die Bevölkerung wartet jetzt lange genug auf eine Antwort in Form eines Beschlusses, wie es mit den Geburts- und Kinderstationen in der imland Klinik in Eckernförde weitergehen soll", begründete ihr Fraktionsvorsitzender Hartmut Steins die Beteiligung des SSW.

"Ich freue mich, dass unser Antrag zur Rettung der Kinder- und Geburtsstation in Eckernförde zu so einer positiven Resonanz geführt hat. Jetzt hoffen wir, dass im Ausschuss und dann im Kreistag endlich der Sack zugemacht wird", erklärte der Eckernförder Ratsherr und Mitglied der FDP-Kreistagsfraktion, Oliver Fink.

#### Der gemeinsame Antrag im Wortlaut:

*„Antrag zum Sozial- und Gesundheitsausschuss des Kreises Rendsburg-Eckernförde am 14.02.2013; hier zu TOP 5 "Erhalt der Kinder- und Geburtsstation der imland Klinik Eckernförde"*

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*hiermit beantragen wir zum TOP 5 der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses des Kreises Rendsburg-Eckernförde am 14.02.2013:*

*Der Sozial- und Gesundheitsausschuss möge dem Kreistag am 18.03.2013 zur Annahme empfehlen:*

- 1. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde bekräftigt als alleiniger Gesellschafter aus strukturellen Gründen seinen grundsätzlichen Willen zum Erhalt der Kinder- und der Geburtsstation der imland Klinik am Standort Eckernförde.*
- 2. Die Geschäftsführung wird beauftragt, den Erhalt durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen. Diese geplanten Maßnahmen legt sie in schriftlicher Form den Mitgliedern des Kreistages dar.*
- 3. Da Ausgang und Dauer des Prozesses zur Zulassung möglicher Belegärzte ungewiss ist, zeigt die Geschäftsführung Alternativmodelle auf, die dem o. g. Ziel entsprechen.*
- 4. Die Geschäftsführung zeigt auf, wie andere Kliniken mit vergleichbaren Geburtszahlen den Erhalt der Grundversorgung in der Fläche sicherstellen – insbesondere auch unter den Aspekten des Einzugsbereichs und der demographischen Entwicklungen.*
- 5. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde bekennt sich dazu, die imland Klinik in 100%iger Trägerschaft des Kreises zu erhalten und alles dazu Notwendige zu tun."*

**Keine Kommentare**

## Das Ziel ist klar - mehr Abiturientinnen und Abiturienten braucht das Land

*Zur heutigen Anhörung des Bildungsausschusses über ein Vorschaltgesetz zur Schulgesetznovelle erklären die bildungspolitischen SprecherInnen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW, Martin Habersaat, Anke Erdmann und Jette Waldinger-Thiering: Das Anhörungsverfahren zum Vorschaltgesetz erbrachte eine Vielzahl von Stellungnahmen, die sich sehr differenziert und engagiert mit Bildungsfragen in Schleswig-Holstein auseinandergesetzt haben.*

Wir haben für unsere Vorschläge Kritik und Rückenwind erhalten. Die erhaltenen Anregungen werden wir in den kommenden Tagen auswerten. Viele Anregungen bezogen sich nicht nur auf die aktuellen Fragestellungen (keine neuen G9-Gymnasien, keine neuen abschlussbezogenen Klassenverbände an Gemeinschaftsschulen, Möglichkeit der Einrichtung neuer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen). Diese werden wir im weiteren Dialogprozess zum Schulgesetz einbeziehen. Fast alle Beteiligten eint das Ziel, möglichst viele junge Menschen zum Abitur zu führen. Und hier gibt es in Schleswig-Holstein Steigerungsmöglichkeiten; wenn es mehr Abiturientinnen und Abiturienten werden als bisher, muss etwas anders werden, als es bisher ist. Die Koalition geht davon aus, dass mehr Oberstufen in der Fläche auch zu mehr Schülerinnen und Schülern an diesen Oberstufen führen. Schon heute ist sichtbar: Wo es mehr Oberstufen gibt, gibt es mehr Abiturientinnen und Abiturienten. „Dass jetzt neue Oberstufen eingerichtet werden, ist die konsequente Folge der Einrichtung von Gemeinschaftsschulen 2007“, so formulierte es treffend Jörn Bülow vom Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag. Die Kritik an der Eile im Verfahren nehmen wir ernst. Tatsache ist aber auch: Die ersten der 2007 neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen brauchen jetzt eine Entscheidung, weil sie bereits im nächsten Schuljahr loslegen möchten. Auch die laufende Anmelderunde war für uns ein Grund, im Interesse der Schulen aufs Tempo zu drücken.

**Keine Kommentare**

## SPD: Umfrage stößt auf große Resonanz

Bad Bramstedt. Die in dieser Woche gestartete Umfrage der Bad Bramstedter Sozialdemokraten zur Stadt als Wohn-, Einkaufs- und Dienstleistungsort ist auf große Resonanz gestoßen. Der Presseprecher der Partei, Jan-Uwe Schadendorf, berichtet: „Wir haben bisher ausschließlich positive Rückmeldungen erhalten, die im Tenor münden ‚Das wurde ja auch mal Zeit, dass wir als Bürger gefragt werden‘. Das bestätigt uns darin, diese Umfrage angegangen zu haben.“

Rückmeldungen kommen auf allen Wegen an die SPD, zu den Sammelstellen im Stadtgebiet, direkt per Post oder zahlreiche Antworten auch über das Internet, wo der Fragebogen online bereitsteht. Schadendorf: „Eine Antwort erreichte uns übers Internet sogar aus Mallorca, wo gerade ein Bad Bramstedter derzeit Urlaub macht, aber bei der Umfrage dabei sein wollte.“

Andere Teilnehmer kommentieren ihre Rückmeldungen mit weiteren Anregungen zu kommunalpolitischen Themen.

Bei der Verteilung des Fragebogens scheint es hier und da Lücken zu geben, hat die SPD



aufgrund von Nachfragen zwischenzeitlich erfahren. Die betroffenen Personen können das Internet ([www.spd-bb.de](http://www.spd-bb.de)) nutzen, den Fragebogen bei der SPD anfordern oder in einer der Sammelstellen Exemplare abholen. Die Sammelstellen sind: Eisenwaren-Fülscher am Bleeck sowie die Buchhandlungen Hans im Glück im Landweg, Buch&Medien im Maienbeek und findefuXX am Kirchenbleeck.

Die SPD ergänzt ferner aufgrund von Nachfragen: Selbstverständlich können Fragebögen auch kopiert und ausgefüllt werden, um an der Befragung teilzunehmen. Selbstverständlich dürfen auch alle Familien-/Haushaltsmitglieder jede/r für sich einen Bogen ausfüllen.

Die Umfrage läuft noch bis zum 15.03.2013. Danach wird sie ausgewertet und die Ergebnisse den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt bekannt gemacht werden.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 09.02.2013, 19:11 Uhr - 26963 Clicks - Nr. 81

## "Wir mischen uns ein !"

Der Kreisvorstand der AG 60 plus hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, sich auch in 2013 überall dort einzumischen, wo es notwendig ist. Nach Bürgerversicherung und Altersarmut soll nun die Diskussion zur Teihabe im Vordergrund der Arbeit stehen.

"Gemeinsam sind wir stark" ist das Motto des europaweiten Aktionstages 2013. Der Vorstand hat Bernhard Fleischer, Beisitzer im Landesvorstand, damit beauftragt, dem Landesvorstand der AG 60 plus vorzuschlagen, sich mit einem gemeinsamen InFostand aller AG 60 plus Kreisverbände beim Landesparteitag in Büdelsdorf zu präsentieren.

"Bezahlbare altengerechte und barrierefreie Wohnungen oder barrierefreier ÖPNV", so der Kreisvorsitzende Hans Peter Robin, "Altersarmut und Rente - wir werden uns im Wahlkampf mit diesen Themen zu Wort melden !"

Enttäuscht sei er, dass das von der Leyen - Wort "Leistungsrente" nicht zum Unwort des Jahres erklärt wurde.

"Es ist erfreulich zu sehen, dass die Truppe Ü-60 auf den Kandidatenlisten zur Kommunalwahl wieder häufig vertreten ist", ergänzt Robin.

Die AG der SPD-Seniorinnen und Senioren bittet alle Interessierten aus den Ortsvereinen des Kreises, sich über das Kreisbüro oder über Hans Peter Robin zu melden. Auch in der AG 60 plus ist noch Platz für Euch. Wie war es noch mit dem Jahresmotto ? "Gemeinsam sind wir stark !"

Stellt Euch in den Dienst der Partei, die seit 150 Jahren für soziale Gerechtigkeit steht.

Hans Peter Robin  
Kreisvorsitzender AG 60 plus

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 10.02.2013, 11:37 Uhr - 7535 Clicks - Nr. 82

## Gedankenaustausch zum Jahresstart

Welche Themen sind wichtig für Langwedel? Was machen wir, wenn das Geld nicht reicht? Was passiert eigentlich, wenn Beschlüsse aus dem Gemeinderat nicht umgesetzt werden? Auf Einladung der SPD gab es am 15. Januar einen lebhaften Gedankenaustausch.

Besonders heiß diskutiert wurde zu den Themen Seniorenwohnen in Langwedel und Markt-Treff, Energiekonzept mit Solaranlage für Kindergarten/Sporthalle und LED-Beleuchtung im Ort, Nutzung von Biogas sowie ein vor langem geplanter und im Gemeinderat beschlossener Fahrradunterstand, der nie gebaut wurde.



Festgestellt wurde auch, dass viele Themen aus dem Gemeinderat den Langwedelern gar nicht bekannt sind.

Die SPD bringt die Themen auf den Punkt, bleibt am Ball und will für mehr Transparenz sorgen.

Um eine höhere Verbindlichkeit bei Entscheidungen im Dorf, eine schnellere Umsetzung von Vorhaben und mehr Transparenz durchzusetzen, strebt die SPD in der bevorstehenden Kommunalwahl mehr Plätze im Gemeinderat an.

Kommentar von [Ulf](#) vom 10.02.2013, 12:15 Uhr:

**RE: Gedankenaustausch zum Jahresstart**

*Dann wünsche ich euch mal viel Glück bei der Kommunalwahl und eine hohe Wahlbeteiligung der Langwedelerinnen und Langwedeler!*

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 10.02.2013, 13:08 Uhr - 7802 Clicks - Nr. 83

## **Ehrendoktorwürde für (Ex-) Ministerin Annette Schavan**

*Die Universität zu Lübeck bleibt bei ihrem Beschluss aus dem vergangenen Jahr: Der (Ex-) Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Prof. Dr. (?) Annette Schavan, soll die Ehrendoktorwürde verliehen werden. Dazu sagt Martin Habersaat, der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:*

Im vergangenen Jahr habe ich zu den Plänen der Universität zu Lübeck, der Bundesministerin für Bildung und Forschung im Monat vor der Landtagswahl die Ehrendoktorwürde zu verleihen, bemerkt, dies sei „ein interessanter Zeitpunkt, der aus Sicht des Wählkämpfers zu kritisieren sein könnte und den man sich merken sollte.“ Im Februar 2013 sind mit dieser Bundesministerin a.D. für Bildung und Forschung keine Wahlkampfeffekte mehr zu erzielen, insofern entfällt meine Kritik. Stattdessen ist der Senat für seine Entschlossenheit zu würdigen.



Abgemildert wurde das Ganze bereits im letzten Jahr durch den Grund der Ehrung. Frau Schavan musste die Universität zu Lübeck gegen die CDU und FDP in Schleswig-Holstein verteidigen. Die hatten 2010 vor, die Mediziner Ausbildung in Lübeck einzustellen und die Lübecker Uni abzuwickeln. Bereits im vergangenen Jahr habe ich außerdem geschrieben: „Das Ergebnis stimmte: Die Universität zu Lübeck wurde gerettet. Wenn der Preis dafür ein Ehrendoktorhut für Frau Schavan ist, sei er ihr gegönnt. Herzlichen Glückwunsch!“

Bei diesem Glückwunsch bleibe ich, Frau Schavan wird Glück brauchen können. Ich bedanke mich an dieser Stelle außerdem noch einmal bei all denen, die sich unter dem Slogan „Lübeck kämpft für seine Uni“ engagiert haben und denen dafür kein Ehrendokortitel verliehen wird.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 10.02.2013, 18:24 Uhr - 8374 Clicks - Nr. 84

## **40 Jahre DRK Barsbüttel**

Ein Glas Sekt und eine kleine Festschrift bekam zur Begrüßung jeder der weit über 100 Gäste, die gemeinsam mit dem Ortsverein Barsbüttel 40 Jahre Rotes Kreuz in Barsbüttel

feiern wollten. Eigentlich sei die Feier nur eine Generalprobe, scherzte der örtliche DRK-Vorsitzende Peter Hufenbach - für die große Feier zu 50 Jahren 2023. In diesen 40 Jahren hat das DRK in Barsbüttel eine Menge auf die Beine gestellt.

Die Gäste, zu denen neben den DRK-Mitgliedern und Vorständen aus den Nachbar-Ortsvereinen auch Stormarns Kreispräsidentin Christa Zeuke, Barsbüttels Bürgermeister Thomas Schreitmüller und Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr um den Gemeindeführer Norman Schumann zählten, konnten in einer Powerpoint-Präsentation 40 Jahre Geschichte und Geschichten bestaunen - zur Gymnastikgruppe ebenso wie zur Wandergruppe, der Seniorentagesstätte, dem Blutspendedienst, dem Gedächtnistraining oder den DRK-Fahrdienst für Senioren. Aber auch zur Teilnahme des DRK an zahlreichen Festen und Basaren, die in Barsbüttel einfach dazu gehört.



Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz wurde 1863 gegründet und wird in diesem Jahr 150 Jahre alt. Damit feiert es das gleiche Jubiläum wie die SPD, für die mit dem örtlichen Fraktionsvorsitzenden Hermann Hanser und dem Landtagsabgeordneten Martin Habersaat ebenfalls zwei Gratulanten gekommen waren. Habersaat stellte fest: „Rot, sozial und seit 150 Jahren für den Nächsten engagiert - da gibt es eine Menge Gemeinsamkeiten!“

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 10.02.2013, 20:54 Uhr - 8909 Clicks - Nr. 85

## **SPD erfreut über Korrektur am Brückenzaun**

Bad Bramstedt. „Wir sind erfreut, dass unsere Kritik an dem Brückenzaun jetzt zu einer Neugestaltung führt,“ mit diesen Worten kommentiert Klaus-Dieter Hinck die Entscheidung in der letzten Sitzung des Bauausschusses, den vor einigen Wochen neu errichteten Zaun an der Brücke zur Osterauinsel zu korrigieren.

Bei der Neugestaltung war die Au hinter einem dichten Bretter Zaun verschwunden, was bei vielen Bad Bramstedter auf Unverständnis stieß.

Hinck, Stadtverordneter und SPD-Ortsvorsitzender hatte im Dezember schon öffentlich die Korrektur dieser Maßnahme gefordert, aber seine Zweifel gehabt, ob dies angesichts der Finanzlage der Stadt möglich sei.

Jetzt hat sich die Firma Offen & Harder, die die Maßnahme auftragsgemäß durchgeführt hatte, bereit erklärt, dass weitgehend kostenlos nachzuarbeiten.

Hinck: „Ein tolles und großzügiges Angebot, da die Firma ja nichts verkehrt gemacht hat. Schön, dass wir hier so viel Bürgersinn erleben dürfen.“

Die SPD ist sicher, dass die Überarbeitung zu einer deutlichen optischen Verbesserung führen wird. Gleichzeitig hofft sie, dass künftig solche Maßnahmen rechtzeitig dem Bauausschuss vorgestellt werden, um es möglichst gar nicht zu solchen Korrekturen kommen zu lassen.



**Keine Kommentare**

## Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik im Fokus der SPD-Bundestagsfraktion

### SPD-MdB Thönnies ruft zur Beteiligung am „Projekt Zukunft“ auf

Im Rahmen ihres „Projekts Zukunft“ hat die SPD-Bundestagsfraktion anderthalb Jahre lang in acht Gruppen konsequent an handfesten, realisierbaren Problemlösungen und praktischen Weichenstellungen gearbeitet, mit dem Ziel eines lebenswerteren, gerechteren und wirtschaftlich moderneren Deutschlands 2020. Die Ergebnisse wurden im September 2012 veröffentlicht.

Doch damit ist die Diskussion nicht beendet. Auch 2013 lädt sie wieder alle Interessierten dazu ein, im „Zukunftsdialog online“ an Politikkonzepten mitzuarbeiten.



„Wir starten das Jahr mit der Debatte zu einer modernen Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik. Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März 2013 wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren, wie alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht in Deutschland gleiche Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben erhalten“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies.

Die Ergebnisse fließen unter anderem in die Vorbereitungen zum Frauentags-Empfang der SPD-Bundestagsfraktion ein, der auf Grund der sitzungsfreien Zeit am 8. März bereits am 27. Februar in Berlin stattfindet und zu dem alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Die Ideen und Fragen, die über die Online-Plattform oder bei Twitter (Das Hashtag für die Debatte lautet #spddebatte) eingebracht wurden, werden dort mit Mitgliedern der Fraktion diskutiert.

Mit dem Zukunftsdialog online setzt die SPD-Bundestagsfraktion auf moderne Formen der Bürgerbeteiligung und bindet Interessierte in ihre Programmarbeit ein.

Weitere Informationen hierzu sowie die Einladung zum Frauentags-Empfang, finden Sie unter:

<https://debatten.zukunftsdialog.spdfraktion.de/instance/debatten>

**Bildquelle: simonthon / Photocase.com**

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 11.02.2013, 17:56 Uhr - 24319 Clicks - Nr. 87

## Kreis-SPD diskutierte Entwurf zum Kreiswahlprogramm mit Bürgerinnen und Bürgern

Zum vierten Mal hatte der SPD-Kreisverband Bürgerinnen und Bürger zu Diskussion der Kreiswahlprogramms 2013 – 2018 eingeladen. Nach Rendsburg, Eckernförde und Bordesholm lud die SPD dieses Mal nach Gettorf ein. Der SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix zog eine positive Bilanz des bisherigen Verfahrens. „Wir haben viele interessante Rückmeldungen und Anregungen erhalten.

Der Großteil davon wird sich in dem Beschlussvorschlag für den Kreisparteitag im März wiederfinden. Wie schon im Vorfeld der Landtagswahl wird Bürgerbeteiligung bei uns

groß geschrieben.“ Die Kreis-SPD hatte zuvor in drei Themenforen Schwerpunkte für die künftige Arbeit festgelegt. „Lebensqualität, Mobilität und Bildung werden im Zentrum unserer politischen Arbeit stehen“, so Rix.

Neben interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie SPD-Mitgliedern waren auch Vertreter von Vereinen und Verbänden aus dem Kreisgebiet gekommen, um unter anderem mit dem SPD-Kreistagsfraktionvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Kai Dolgner zu diskutieren. Darunter waren Vertreter des Kreisjugendrings, der Brücke, der Diakonie und des Kreissportverbands. Im Laufe der Diskussion über alle Themen der Kreispolitik nahm die SPD viele Anregungen auf.

Der Kreisvorstand beschloss im Anschluss an das Diskussionsforum konkrete Änderungen des bisherigen Papiers. „Ein klares Bekenntnis zur Förderung von Jugendverbänden, die Aufnahme einer Sportentwicklungsplanung und die Bekämpfung von Alltagsrassismus und Rechtsextremismus, zum Beispiel durch Einrichtung eines ehrenamtlichen Beauftragten, sind nur wenige Punkte, die wir in Gettorf diskutiert und beschlossen haben“ berichtet der stellvertretende Kreisvorsitzende Götz Borchert. „Wir sind mit dem Verfahren zur Erarbeitung des Kreiswahlprogramms sehr zufrieden. So viel Diskussion und so viele Beteiligten hat es dabei noch nicht gegeben.“ Jetzt hat die Partei das abschließende Wort über den Programmentwurf. Am 02. März will die SPD diesen auf dem Kreisparteitag in Eckernförde diskutieren und beschließen.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 11.02.2013, 21:04 Uhr - 9152 Clicks - Nr. 88

## **Ralf Stegner und der BLAUE ELEFANT**

Im Rahmen einer Tour durch den nördlichen Teil des Kreises Stormarn besuchte Dr. Ralf Stegner, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, auch das Kinderhaus „BLAUER ELEFANT“ in Bargtheide. Ingo Loeding, Geschäftsführer des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) in Stormarn und die DKSB-Kreisvorsitzende Birgitt Zabel stellten Ralf Stegner und anderen Gästen die Arbeit des Kinderschutzbundes vor und diskutierten angeregt über viele Fragen der Familienpolitik in Kreis, Land und Bund.



Gekommen waren auch die Stormarner SPD-Vorsitzende Susanne Danhier und die beiden Stormarner SPD-Landtagsabgeordneten, Martin Habersaat aus Barsbüttel und Tobias von Pein aus Lütjensee. Letzterem brauchte das Kinderhaus allerdings nicht vorgestellt zu werden, hat er hier doch vor wenigen Jahren seinen Zivildienst absolviert. Auch in einem vergleichsweise wohlhabenden Kreis wie Stormarn, das wurde deutlich, ist Kinderarmut ein ernst zu nehmendes Problem. Jedes sechste Kind sei betroffen, so Loeding. Außerdem seien in Stormarn die Unterschiede in den Lebensverhältnissen besonders beträchtlich. Birgitt Zabel: „Man sieht einem Kind seine Armut nicht an. Eher sieht man diese Kinder gar nicht - weil sie bei Ausflügen und Kindergeburtstagen fernbleiben und auch sonst in der Freizeit vieles nicht mitmachen können.“ Gelobt wurde allerdings die Zusammenarbeit aller politischen Parteien und aller freien Träger im Kreis, die in der Regel konstruktiv an gemeinsamen Lösungen arbeiten.

Derzeit wird vielerorts über den Sinn und Unsinn verschiedener Ausgaben in der

Familienpolitik diskutiert. Sei es das Bildungs- und Teilhabepaket (Loeding: „Der DKSB spricht bewusst nur vom „sogenannten“ Bildungs- und Teilhabepaket, da durch dieses Programm keine Bildung und Teilhabe möglich ist.“), das Betreuungsgeld oder anderes. Sinnvoller sei, befand die Runde, Institutionen zu stärken, die für Kinder da sind. Vom Kindergarten über die Schule bis zu Freizeit- und Beratungsangeboten. Eine Hausaufgabe gab es für Martin Habersaat, der bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion ist. Der DKSB erhebt regelmäßig die Kosten, die für Eltern anfallen, wenn ihre Kinder eingeschult werden. Vom Zirkel über den Atlas bis hin zum Klassenausflug. Diese stünden im Widerspruch zum Ziel der Lernmittelfreiheit und zu den Transferleistungen für ärmere Kinder. Habersaat: „Das ist ein Thema, das Land und Schulträger gemeinsam anpacken müssen. Ich werde versuchen, Lösungsmöglichkeiten zu finden.“

Ralf Stegner zeigte sich beeindruckt von den Initiativen des DKSB, der in Stormarn seit vielen Jahren die Stormarner Kindertage etabliert hat und mit dem Spielmobil und dem BLAUEN ELEFANTEN richtige Marken gesetzt hat. "Und die Tatsache, dass die Mitarbeiter hier lange und engagiert bleiben, spricht auch für den Kinderschutzbund!"

Foto: Löding, Danhier, Stegner, Zabel, von Pein, Habersaat

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 11.02.2013, 21:52 Uhr - 8585 Clicks - Nr. 89

## Besuch bei DESY und XFEL

2009 war Baubeginn für den European XFEL, eine Forschungsanlage, die ultrakurze Laserlichtblitze im Röntgenbereich erzeugt. Mit einer Leuchtstärke, die milliardenfach höher ist als die der besten Röntgenstrahlungsquellen herkömmlicher Art. Der European XFEL wird gemeinsam mit zahlreichen Partnern realisiert, die European XFEL GmbH arbeitet eng mit dem Forschungszentrum DESY und internationalen Institutionen zusammen.

Martin Habersaat, Vorsitzender des Arbeitskreises Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur der SPD-Landtagsfraktion, informierte sich vor Ort über den Stand der Entwicklung.



Research facility European XFEL

Der European XFEL wird von einer eigenständigen Forschungsorganisation, der European XFEL GmbH, gebaut und betrieben. Diese Gesellschaft arbeitet nicht gewinnorientiert, sie wird rund 250 Menschen beschäftigen. Als Sitzland trägt Deutschland (Bund, Hamburg und Schleswig-Holstein) 54 Prozent der Baukosten; Russland übernimmt 23 Prozent und die anderen internationalen Partner zwischen einem und 3,5 Prozent. An dem Projekt beteiligen sich zurzeit 12 Länder (Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Polen, Russland, Schweden, Schweiz, Slowakei, Spanien und Ungarn).

Der European XFEL verläuft größtenteils in Tunneln unter der Erde, zu denen drei Betriebsgelände Zugang ermöglichen. Die 3,4 Kilometer lange Anlage reicht von DESY in Hamburg bis in die schleswig-holsteinische Stadt Schenefeld im Kreis Pinneberg. Dort

entsteht ein Forschungscampus, auf dem internationale Teams von Wissenschaftlern mit den intensiven Röntgenblitzen experimentieren werden. 2015 soll es losgehen. Martin Habersaat zeigte sich überzeugt von den Chancen, die die Anlage bietet: „XFEL ist ein gutes Beispiel für ein Erfolgsprojekt in der Metropolregion und ein gutes Beispiel für internationale Zusammenarbeit - hoffentlich wird es auch ein großer Impuls für Schleswig-Holstein als Forschungsstandort.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 12.02.2013, 07:35 Uhr - 7719 Clicks - Nr. 90

## **Wählergemeinschaft und SPD auf einem gemeinsamen Kurs?**

Haben Sie es schon gemerkt? Die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein wirft ihre Schatten voraus. Nach dem [Neujahrsgespräch der SPD](#) durften wir erfreut feststellen, dass nun auch die Wählergemeinschaft UWL unsere Positionen und Ziele aufgreift.

Seit 2009 bezieht die SPD im Gemeinderat klar Position für einen Markttreff und für seniorenfreundliches Wohnen in Langwedel.

Wir finden das gut, dass die Wählergemeinschaft jetzt endlich mit uns an einem Strang zieht. **Auf gute Zusammenarbeit!**

Kommentar von [Susanne](#) vom 15.02.2013, 21:31 Uhr:

**RE: Wählergemeinschaft und SPD auf einem gemeinsamen Kurs?**

*Hey Leute, wir sitzen gerade auf der Jahreshauptversammlung. Wir haben einen neuen Vorsitzenden (Ralf) und wir haben auch die Kandidatenliste aufgestellt. Jetzt geht's los. Ob gemeinsam mit der UWL oder ohne - wir haben konkrete Ziele und setzen sie jetzt um :-)*

[AfA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 12.02.2013, 12:39 Uhr - 5749 Clicks - Nr. 91

## **AfA in Pinneberg**

**AfA-Kreis Pinneberg wählt Delegierte zur Landeskongress**

Auf respektable Aktivitäten konnte der AfA-Kreisvorsitzende Norbert Vahl in seinem schriftlich vorgelegten Bericht zurückblicken.

Grußworte hielten Ernst Dieter Rossmann, MdB und Wolfgang Mädler, AfA Landesvorsitzender. Auch der DGB war auf der Kreisversammlung mit dem ehrenamtlichen Vorsitzenden Peter Ladehoff vertreten.

Neben den gewählten Delegierten zur AfA-Landeskongress: Norbert Vahl, Kay-Uwe, Dohrn, Jörg Breitsprecher, Jürgen Heesch wurden auch zwei Anträge zu den Themen: Arbeitsmarktpolitik und Tariftreuegesetz verabschiedet.

**Keine Kommentare**

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 12.02.2013, 13:53 Uhr - 9017 Clicks - Nr. 92

## Neujahrsempfang der Barmstedter SPD

Genossen wollen Schwerpunkt auf sozialen Wohnungsbau setzen

Mit 70 Teilnehmern ging die SPD auf ihrem Neujahrsempfang im Humburg-Haus ins neue Jahr. „Diverse Wahlen werden uns in Atem halten“ sagte der Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD) in seiner Festansprache im Hinblick auf die anstehenden Urnengänge.



Ausdrücklich würdigte er die Leistung der Kommunalpolitiker für die Gesellschaft: „Barmstedt hat einen guten Bürgermeister.“ Und die Anstrengungen, die die Stadt in der Sozial- und Bildungsinfrastruktur geleistet habe, seien vorbildlich. Barmstedt müsste dabei von der Bundes- und Landesebene unterstützt werden: „Wir müssen die Kommunen finanzstark halten.“

Der Ortsvorsitzende Hans-Christian Hansen hat für Barmstedt im Jahr 2013 klare Vorstellungen: „Wir müssen einen deutlichen Schwerpunkt auf den sozialen Wohnungsbau setzen“, vor allem im Hinblick auf den Zuzug aus Hamburg, das in diesem Jahr die teuerste Immobilienstadt Deutschlands werde. Die Sohlgleite betreffend favorisiert er die große Lösung: So ließen sich die Synergien von Tourismus und Naturschutz am besten heben. Im Hinblick auf die schwierige Haushaltslage Barmstedts sagte Hansen: „Bund und Land müssen sicherstellen, dass die Kommunen weiter wirtschaften können.“ Und was kann Barmstedt selbst tun? „Wir können nicht die Finanzmittel für Vereine und Ehrenamtliche streichen“ – ihr Engagement sei zu wichtig für die Stadt. Er plädiert stattdessen für eine ausgewogenere Umlage bei der Grundsteuer und für eine stärkere Beteiligung Barmstedts bei der Stadtentwicklung: „Wir müssen Gewinne aus der Ausweisung neuer Baugebiete realisieren und nicht Spekulanten.“

Stefan Bolln, SPD-Landesvorstand, nutzte die Gelegenheit, um zwei „Urgesteine“ zu ehren: Rolf Klose und Rainer Sanchez engagieren sich seit 40 Jahren in der Partei. „Lieber Rolf, mach weiter so“ ermunterte er Klose unter Hinweis auf dessen Arbeit im Kulturverein Pfiff, der seit sieben Jahren Künstlerpersönlichkeiten zu Veranstaltungen nach Barmstedt holt. Klose: „Wir haben viele Menschen über die Parteigrenzen hinweg kennen gelernt: Das ist der größte Schatz, den wir mitgenommen haben.“

Pierre Emmanuel Droste

Bild: „Urgesteine“ Rolf Klose (Mitte links) und Rainer Sanchez (Mitte rechts), umrahmt von ihren Parteifreunden Johanna Skalski, Dr. Ernst-Dieter Rossmann (MdB), Stefan Bolln und Hans-Christian Hansen (v. l.).

Foto: Droste

**Keine Kommentare**

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 12.02.2013, 14:07 Uhr - 7127 Clicks - Nr. 93

## SPD Barmstedt gedenkt Holocaust-Opfern

Gedenktag: "Antisemitismus ist in Deutschland verankert."

"Wir sind alle aufgefordert, die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus wachzuhalten", sagte die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies gestern anlässlich des Gedenktags der Opfer der NS-Herrschaft.

Auf Einladung des Barmstedter SPD-Ortsvereins hielt sie eine Rede am Gedenkstein auf dem Barmstedter Friedhof. "Wie wichtig das Erinnern an die Gräueltaten des Nationalsozialismus ist, zeigt eine Studie, die betroffen macht", sagte Raudies. Demnach seien jüdenfeindliche Einstellungen in erheblichen Umfang in der deutschen Gesellschaft verankert, und bei einem Fünftel der Bevölkerung gebe es einen latenten Antisemitismus. Rechtsextreme, Holocaust-Leugner und extremistische Islamisten nutzten zudem das Internet als Plattform für ihre Propaganda. Auf Fußballplätzen seien rassistische, rechtsextreme und antisemitische Äußerungen an der Tagesordnung. "Das ist erschreckend", sagte Raudies. Das Todeslager Auschwitz, deren Insassen am 27. Januar 1945 von Soldaten der Roten Armee befreit wurden, stehe für millionenfaches Leid. Diese Verbrechen dürften weder verharmlost noch geleugnet werden. Die Landesregierung wolle den Kampf gegen den Rechtsextremismus mit einem flächendeckenden Beratungsangebot verstärken, so Raudies.

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 12.02.2013, 17:18 Uhr - 10072 Clicks - Nr. 94

## **Grünkohlessen der SPD Ahrensburg, 27. Januar 2013**

Ahrensburg. 27. Januar 2013. Der Ortsvereinsvorsitzende der SPD Ahrensburg, Jochen Proske, eröffnete mit einem Ausblick auf die Wahlen im Jahr 2013 das traditionelle Grünkohlessen. Unter den anwesenden Gästen waren u.a. der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, die Bundestagskandidatin Dr. Nina Scheer, die Kreisvorsitzende Susanne Danhier und der SPD Fraktionsvorsitzende im Stormarner Kreistag, Reinhard Mendel.



Jochen Proske wies in seiner Rede auf den Wahlsieg von Niedersachsen hin, der zeige, dass man als SPD richtig beraten sei, einen Wahlkampf zu führen, der die Fragen und Themen der Wählerinnen und Wähler aufgreife. Die traditionelle Grünkohltreue hielt dieses Jahr der SPD Landesvorsitzende Ralf Stegner, der im Zusammenhang mit dem 150jährigen Jubiläum der SPD über die zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen der Partei referierte und SPD-Mitglieder für 25, 40 und 50 Jahre Parteimitgliedschaft ehrte.

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 12.02.2013, 18:17 Uhr - 10821 Clicks - Nr. 95

## **Nina Scheer bei START-Tagung, 1. Februar 2013, Berlin**

Berlin. 1. Februar 2013. Am 1. Februar nahm Nina Scheer als Gast an der gemeinsamen Auftaktveranstaltung, der START-Tagung der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion und des Forums Demokratische Linke 21 teil. Mit dem Treffen läuteten beide Organisationen das Wahljahr 2013 ein.



Unter den anwesenden Gästen waren u. a. der Schleswig-Holsteinische Bundestagsabgeordnete, Ernst Dieter Rossmann (Sprecher der Parlamentarischen Linken); Heiko Maas, Landesvorsitzender der SPD Saarland und Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Energie im Saarland; SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel und Annelie Buntenbach, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Foto v.l.n.r.: Nina Scheer, Eckart Kuhlwein



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 12.02.2013, 21:24 Uhr - 7995 Clicks - Nr. 96

## **Sprechen wir über unser Land!**

### **Landtagsfraktion lud zum World-Café in Heide**

Zu einem World-Café hatte die SPD-Landtagsfraktion ins Bürgerhaus Heide eingeladen, und mit einem „ausverkauften Haus“ wurde dieses Angebot von der Bevölkerung honoriert. Die SPD-Landtagsfraktion wollte den Abend ihrer zweitägigen Klausurtagung in Dithmarschen dazu nutzen, mit den Bürgerinnen und Bürgern aus Heide und Umgebung ins Gespräch zu kommen, aktuelle politische Entscheidungen zu erklären und vor allem, um zuzuhören.

Der Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner eröffnete den Abend und erklärte das Konzept: An verschiedenen Tischen im Saal saßen die Vorsitzenden der unterschiedlichen Arbeitskreise der Fraktion, beispielsweise Martin Habersaat als Vorsitzender des Arbeitskreises für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Zwischen diesen Tischen konnten alle Gäste sich bewegen, sich dazusetzen, einmischen, Fragen stellen ganz nach Belieben. Für spezielle Fragen standen auch viele Abgeordnete für Einzelgespräche bereit. Ebenfalls mittendrin: Ministerpräsident Torsten Albig.

Martin Habersaat: „Die Reform der Lehrerbildung stieß auf viel Interesse und Zustimmung, ebenso unser Konzept, durch neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen die Zahl der Abiturienten zu erhöhen. Sorgen macht vielen Dithmarschern die Zukunft der kleinen Dorfschulen. Hier werden wir nach Lösungen suchen müssen, wenn sich auch wohl nicht jede Schule erhalten lassen wird.“



**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 13.02.2013, 10:44 Uhr - 10141 Clicks - Nr. 97

## **Mehr EU-Fördermittel für Wirtschaftsprojekte in den Kreis Plön holen!**

SPD-Kreistagsfraktion Plön  
10. 2. 2013

SPD Kreistagsfraktion: Mehr EU-Fördermittel für Wirtschaftsprojekte in den Kreis Plön holen!

In einem Informationsgespräch mit Uwe Hemens, Herrn Bernd Stiebel und Volker Ratje von der Wirtschafts-Förderungs-Agentur Kreis Plön (WFA) haben sich der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Lutz Schlüsen und die Kreistagsabgeordnete Melanie Stoßberg, Mitglied im Dänisch-Deutschen INTERREG Ausschuss Fehmarnbeltregion, über die Möglichkeiten der EU-Förderprogramme ausgetauscht. Dabei begrüßten sie das stärkere Engagement und bessere Zusammenspiel der Träger, u. a. des Jugendaufbauwerkes Plön Koppelsberg und der WFA, welches im vergangenen Jahr beim INTERREG-Förderprogramm erfolgt ist. Sowohl das Projekt Futura Maritima, als auch POSEIDON widmet sich lernschwachen bzw. lernbehinderten Jugendlichen in der Fehmarnbeltregion, um diese auf dem ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Zum einen durch Steigerung der Mobilität, zum anderen mit „Bildung durch Produktion“.



Im nächsten Entscheidungsprozess stehen zwei neue vielversprechende Projekte für den Kreis an. Zum einen ein Projekt zum Thema Demenz, mit dem Ziel einer besseren Kommunikation, um die Situation und Ansprechbarkeit Demenzkranker zu erleichtern. Schulungsbausteine nach Maß sollen den Pflege- und Beratungsalltag erleichtern und damit die Qualität der Arbeit für die demenziell erkrankten Menschen erhöhen. Lernen mit Hilfe der best-practice Modelle spart Ressourcen in beiden Ländern und ermöglicht den Austausch pflegewissenschaftlicher, beraterischer und struktureller Erkenntnisse in der Partnerregion Seeland/DK.

Ein weiteres Projekt dient der Vernetzung des Bürgerschaftlichen Engagements, bei dem Kommunen, Kreisfeuerwehr und Kreissportverband beteiligt werden. Beide genannten Projekte unterstützen die Kreisstrategie im Handlungsfeld 3, das Zusammenleben im Kreis Plön sozial zu gestalten.

Auch das Projekt Standortmarketing für den Bereich der Fehmarn-Belt Region ist ein wichtiger Baustein, ergänzte Geschäftsführer Uwe Hemens.

Aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft konnte der Kreis Plön in der fast abgelaufenen Förderperiode (2007- 2013) nicht mehr so stark profitieren wie in der Vergangenheit. „Die Projekte, die bei uns gefördert wurden, waren überwiegend von touristischen Infrastrukturmaßnahmen geprägt“, berichtet Bernd Stiebel. „Es werde immer schwerer für unsere Städte und Gemeinden, die notwendigen Eigenmittel zur Gesamtfinanzierung aufzubringen.“ Trotz knapper Kassen wäre von großer, überregionaler Bedeutung Projektanträge wie u.a. „Erlebnispromenade Marina Wendtorf“ noch auf den Weg zu bringen.

„Im kommenden Förderzeitraum 2014- 2020 werden sich die Rahmenbedingungen gravierend verändern. Die Zeiten, in denen Promenaden und Gewerbegebiete gefördert wurden, werden abgelöst durch neue Schwerpunkte. Die voraussichtlich zukünftigen Kernförderbereiche dienen u.a. zur ‚Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation‘, ‚Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU‘ und ‚Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO2- Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft‘“, so Stiebel.

Es haben andere Kreise und Städten mit Großprojekten viel Geld erhalten. "Dennoch müssen wir im Kreis Plön hier besser werden", so Schlüsen. „Ich bin der Auffassung, dass die Mittel für eine personelle Verstärkung, die der Kreistag für den Bereich der EU-

Fördermittel bei der WFA bereit gestellt hat, gut angelegtes Geld ist. Ziel muss es sein, auch in der bevorstehenden neuen Förderperiode mehr Geld in den Kreis Plön zu lotsen. Durch die Veränderung der Förderkulisse ist erkennbar, dass sich die Bereiche ein wenig verschieben. Verstärkt werden die Bereiche der Nachhaltigkeit und des Energie- und Klimaschutzes gefördert. Es muss uns gelingen, mit potentiellen Partnern schon am Start geeignete Projekte in der Schublade zu haben. Auch wenn die Ausgestaltung der Förderrichtlinien für die zukünftigen Programme noch nicht abschließend geklärt sind, sind innovative Träger, Unternehmenspartner oder Verbände oder Innungen aufgefordert, schon einmal Vorüberlegungen zu starten. Die WFA im Kreis Plön kann und sollte gern genutzt werden, so Schlüsen und Stoßberg abschließend.

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 13.02.2013, 19:41 Uhr - 10109 Clicks - Nr. 98

## **Ortsvereinsrunde in Bad Oldesloe, 6. Februar 2013, Bad Oldesloe**

Bad Oldesloe. 6. Februar 2013. Am 6. Februar tagte die Ortsvereinsvorsitzendenrunde der SPD Stormarn in Bad Oldesloe.

Gäste waren der SPD Landesgeschäftsführer Christian Kröning, SPD Parteivorsitzender Ralf Stegner und Bundestagskandidatin Nina Scheer. Neben aktuellen lokalen Themen, etwa die Möglichkeiten, Fracking im Kreis zu verhintern, wozu sowohl Sigrid Kuhlwein, Nina Scheer als auch Franz Thönnies ausführten, wurde vor allem über die Kommunalwahl im Mai 2013 diskutiert. Foto v.l.n.r.: Christian Kröning, SPD Landesgeschäftsführer; Ralf Stegner, Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein; Susanne Danhier, Kreisvorsitzende SPD Stormarn, Nina Scheer.



Foto v.l.n.r.: Christian Kröning, SPD Landesgeschäftsführer; Ralf Stegner, Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein; Susanne Danhier, Kreisvorsitzende SPD Stormarn, Nina Scheer.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.02.2013, 22:25 Uhr - 7351 Clicks - Nr. 99

## **Das Vorschaltgesetz ist ein Moratorium, das den Dialog ermöglicht**

*Zu der Forderung des CDU-Fraktionsvorsitzenden, die 2. Lesung zur Änderung des Schulgesetzes zu verschieben, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Die Vorwürfe von Herrn Callsen sind scheinheilig! Nun plötzlich fordert er einen „sachorientierten Dialog“ ein? Es war die schwarz-gelbe Vorgängerkoalition, die jeglichen Dialog verweigert und stattdessen das Schulgesetz auf Druck der FDP geändert hat.

Wir haben vor der Wahl klar gesagt, was wir in der Bildungspolitik wollen, und die Bürgerinnen und Bürger haben den Politikwechsel gewählt. Damit beginnen wir jetzt.

Das von der CDU skandalisierte Vorschaltgesetz ist ein Moratorium, das für den Übergangszeitraum bis zur definitiven Schulgesetznovelle Bewegungen verhindert, die aus unserer Sicht in die falsche Richtung gehen: Wir wollen nicht, dass weitere Gemeinschaftsschulen vom binnendifferenzierenden auf abschlussbezogenen Unterricht übergehen, und es sollen keine G 8-Gymnasien auf den neunjährigen Weg zurückkehren. Darüber hinaus öffnen wir den von CDU/FDP versperrten Weg zur Einrichtung gymnasialer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen, wie das zahlreiche Schulträger wünschen. Da einige dieser Oberstufen zum nächsten Schuljahr eingerichtet werden sollen, müssen wir jetzt handeln.



Alle anderen Änderungen werden in die große Schulgesetznovelle einfließen. Das Vorschaltgesetz steht nicht im Widerspruch zum Bildungsdialog, sondern ermöglicht ihn erst.

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 14.02.2013, 00:31 Uhr - 11547 Clicks - Nr. 100

## **SPD stellte Kandidaten zur Kommunalwahl auf.**

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter Sozialdemokraten haben am letzten Mittwoch auf einer Hauptversammlung ihre Kandidaten zur Kommunalwahl am 26. Mai aufgestellt.

Spitzenkandidat wird Arnold Helmcke, gefolgt von Stefanie von Moers und Bodo Clausen. Wieder dabei ist Birgit Albrecht, die schon einmal über 10 Jahre Stadtverordnete war. Auf der Liste folgen die gegenwärtigen Stadtverordneten Jan-Uwe Schadendorf, Klaus-Dieter Hinck, Dr. Manfred Spies und Hans-Werner Park. Neue Gesichter stehen auf den Plätzen 9 folgende mit dem jungen Nachwuchsmann Jonas Schröder-Doms, dem stellvertretenden Ortsvereinsvorsitzenden Karl-Heinz Otters und der erfahrenen Anita Neumann, die zwar neu in Bad Bramstedt wohnt, aber bis Jahresende noch in der Ratsversammlung von Bergkamen saß. Mit Kaufmann Hans-Georg Benzmann, Studienrätin Dagmar Neiss stehen gleichfalls neue Namen auf der Liste und Student Frederik Supola ist der jüngste der Listenkandidaten. Uwe Siesenop hat schon Erfahrung in der Bad Bramstedter Kommunalpolitik gesammelt, ebenso wie Bernd Wendland und Matthias Carl, die die Liste abschließen. Klaus-Dieter Hinck (Wahlkreis 11), Hans-Georg Benzmann (Wk 7), Arnold Helmcke (Wk 1), Jonas Schröder-Doms (Wk 5), Hans-Werner Park (Wk 10), Jan-Uwe Schadendorf (Wk 4), Birgit Albrecht (Wk 12), Dr. Manfred Spies (Wk 3), Karl-Heinz Otters (Wk 6), Bodo Clausen (Wk 9); Anita Neumann (Wk 8), es fehlt Stephanie von Moers (Wk 2).

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 14.02.2013, 00:39 Uhr - 6441 Clicks - Nr. 101

## **SPD: Trinkwasser muss in kommunaler Hand bleiben**

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD will, dass die Versorgung der Bad Bramstedter Bevölkerung mit Trinkwasser in öffentlicher Hand bleibt und nicht als Spekulationsobjekt privatisiert wird.

Hintergrund dieser Forderung ist eine neue Richtlinie der EU-Kommission, die gerade

durchs Verfahren der EU läuft. Demnach muss künftig überall dort, wo der Staat nicht Alleineigentümer der Trinkwasserversorgung ist, eine Ausschreibung der weiteren Trinkwasserversorgung erfolgen.

Jan-Uwe Schadendorf, SPD-Stadtverordneter und Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke:

„Das träfe für Bad Bramstedt zu, da die eON indirekt an den Stadtwerken mit gut einem Drittel beteiligt ist. Wir als SPD wollen aber nicht riskieren, dass Bad Bramstedts Trinkwasser künftig von Großkonzernen wie z. B.

Nestlé bestimmt wird und haben daher den Bürgermeister gebeten, dieses Thema in den städtischen Gremien zur Erörterung zu bringen.“

Nach Ansicht der SPD muss zeitig mit der eON gesprochen werden, um die Wasserversorgung ggf. aus den Stadtwerken herauszulösen und wieder zu 100 % unter städtische Kontrolle zu bringen. Das könne entweder als Eigenbetrieb der Stadt erfolgen, wie es bis zur Gründung der Stadtwerke der Fall war, oder durch Zuordnung der Wasserversorgung zu den Wirtschaftsbetrieben, die zu 100 % der Stadt gehören.

Die SPD lehnt die Pläne der Europäischen Union zur Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung ab und wird sich dafür einsetzen, dass Wasserversorgung in Bad Bramstedt weiter in städtischer Hand bleibt. Wasser sei ein Menschenrecht und kein Geschäftsmodell – und darf daher nicht zur Ware werden. Die Wasserversorgung sei am besten in öffentlicher Hand und nicht in der Hand multinationaler Konzerne aufgehoben. Schadendorf: „Kurzfristige Gewinnerwartungen sind bei einer derart wichtigen Grundlage unseres täglichen Lebens völlig falsch. Wir brauchen daher eine sichere Versorgung mit Wasser von höchster Qualität – das garantieren die Kommunen. Privatisiertes Wasser wird oft nicht nur schlechter, sondern auch teurer.“

Die SPD ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich unter [www.right2water.eu/de](http://www.right2water.eu/de) an der Online-Petition der Europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ zu beteiligen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Süderbrarup](#) - veröffentlicht am 14.02.2013, 13:55 Uhr - 4523 Clicks - Nr. 102

## **Winteressen SPD Ortsverein Süderbrarup**

Der SPD Ortsverein in Süderbrarup hat auch in diesem Jahr sein Winteressen durchgeführt. Der OV-Süderbrarup hatte ins Jäger´s Ruh nach Steinfeld zum Holsteiner Büfett eingeladen. Zu diesem Anlass kam die Landtagsabgeordnete Birte Pauls und auch aus den Nachbar-Ortsvereinen Norderbrarup und Steinfeld waren Gäste gekommen.

Im Kreise von 36 Personen konnten zwei Mitglieder geehrt werden. Die Genossin Gerda Eckert konnte leider nicht anwesend sein, dafür freute sich der Genosse Rainer Conrad über seine 25-jährige Mitgliedschaft.



Ralf Wrobel als Vorsitzender sowie Birte Pauls MdL wiesen darauf hin, dass es in der 150jährigen Geschichte der SPD immer auf die Unterstützung und Mitarbeit der Genossinnen und Genossen ankam und auch in der Zukunft ankommt wird. Der Ortsverein Süderbrarup besteht seit 1925 und hat in dieser langen Zeit viel für die Gemeinde bewirken können. Das soll auch in Zukunft so bleiben, daher freut sich der Ortsverein über aktive Genossinnen und Genossen, die für ihre Gemeinde ehrenamtlich etwas bewegen wollen.

Nach den politischen Reden wurde in geselliger Runde auch über nicht politische Themen gesprochen. So fand das Winteressen einen gemütlichen Ausklang.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 14.02.2013, 15:23 Uhr - 7372 Clicks - Nr. 103

## **Bildungsdialog fortsetzen, neues Schulgesetz gemeinsam vorbereiten**

*Der Bildungsausschuss hat heute, am 14. Februar 2013, dem Landtag empfohlen, ein Vorschaltgesetz zum Schulgesetz zu beschließen. Ein Antrag der CDU auf Absetzung des Tagesordnungspunktes wurde abgelehnt. Dazu erklärt Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:*

Der Gesetzentwurf von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und SSW beinhaltet drei Regelungen:

### **1. Gemeinschaftsschulen sollen keine abschlussbezogenen Klassen mehr einrichten.**

Aus unserer Sicht ist das alte, dreigliedrige Schulsystem überwunden. Schülerinnen und Schüler werden nicht mehr nach Klasse 4 in drei Sorten Mensch sortiert. Gerade Gemeinschaftsschulen sollen andere pädagogische Konzepte verfolgen. Dafür haben wir mit dem Haushalt 2013 die Zahl der Differenzierungsstunden pro Klasse und Woche von drei auf fünf erhöht, um die Möglichkeiten des längeren gemeinsamen Lernens zu verbessern. Wir haben einen umfassenden Bildungsdialog gestartet. Das neue Schulgesetz wird im umfassendsten Dialogprozess erarbeitet, den das Bildungswesen in Schleswig-Holstein je erlebt hat. Die nächste Bildungskonferenz steht am 23. Februar auf dem Programm. Weil das neue Schulgesetz erst im Schuljahr 2014/15 in Kraft treten kann, wollen wir bis dahin Schritte in eine aus unserer Sicht falsche Richtung verhindern.



### **2. Keine neuen G9- oder GY - Gymnasien**

Unser Ziel ist es, Schülerinnen und Schülern, die das Abitur anstreben, landesweit die Wahl zu geben: das Abitur nach acht Jahren am Gymnasium oder nach neun Jahren an Gemeinschaftsschulen oder beruflichen Gymnasien. Diese Position teilen übrigens die Landeselternvertretungen für Gemeinschaftsschulen und Gymnasien ebenso wie die Landeschülervertretungen. In Hamburg ist das Angebot mit Gymnasien (G8), Stadtteilschulen und Beruflichen Schulen (beide G9) vergleichbar, auch das ist für uns ein Argument. Da das neue Schulgesetz wegen des von uns initiierten Bildungsdialoges erst zum Schuljahr 2014/15 in Kraft treten kann, wollen wir bis dahin Schritte in eine andere Richtung verhindern. Auch mit dieser Regelung zwingen wir keine Schule zur Änderung des Bestehenden, alle können in Ruhe weiter arbeiten.

### **3. Oberstufen an Gemeinschaftsschulen**

Im Anhörungsverfahren zu den beiden erstgenannten Punkten wurden wir darauf hingewiesen, dass die von Schwarz-Gelb beschlossene Fassung des Schulgesetzes die

Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen praktisch unmöglich macht („Oberstufenverhinderungsparagraf“). Gleichzeitig sind aber die ersten der 2007 gegründeten Gemeinschaftsschulen so weit aufgewachsen, dass sie nach den Sommerferien 2013 mit dem Oberstufenbetrieb starten könnten. Das betrifft beispielsweise die Gemeinschaftsschulen in Handewitt und Kellinghusen. Auch andere Schulträger wünschten sich Planungssicherheit für die Einrichtung neuer Oberstufen.

Aus unserer Sicht ist die Einrichtung von neuen Oberstufen der konsequente nächste Schritt nach der Einführung der Schulart Gemeinschaftsschule. Diese Meinung wurde im Anhörungsverfahren vielfach geteilt. Dabei geht es nicht um einen Kampf der Schularten Gemeinschaftsschule gegen Gymnasium, sondern um gerechte Entwicklungschancen für beide Schularten. Und es geht darum, die Quote der Abiturientinnen und Abiturienten in Schleswig-Holstein zu erhöhen. Die ist bereits heute in den Kreisen höher, in denen es mehr Oberstufenangebote gibt.

Wir schaffen durch dieses Vorschaltgesetz die Voraussetzung, den Bildungsdialog in Ruhe fortzusetzen und in ein Gesetzgebungsverfahren einzutreten, das erst 2014 abgeschlossen sein wird. Alle Regelungen des Vorschaltgesetzes sind befristet bis zum 31.7.2014, weil am 1.8.2014 ein neues Schulgesetz in Kraft treten wird.

Anregungen aus der Anhörung, beispielsweise die Möglichkeiten der Kooperation von Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Schulen betreffend, werden wir in das Gesetzgebungsverfahren und den weiteren Dialogprozess einbeziehen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 14.02.2013, 15:54 Uhr - 7242 Clicks - Nr. 104

## **Kreistagskandidat nominiert**

Für die SPD Barmstedt geht Ole Korff an den Start

Die Mitglieder der SPD Barmstedt freuen sich über ihren Kreistags-Kandidaten Ole Korff, den sie einstimmig gewählt haben. Korff ist 30 Jahre alt und kann mit einem beeindruckenden politischen Profil aufwarten:

Seit zwölf Jahren gehört der Physiotherapeut der SPD an, darüber hinaus ist er seit Jahren im Gemeinderat und auf Kreisebene politisch aktiv. In den vergangenen Jahren war Korff für den Wahlkreis Elmshorn im Kreistag tätig. Da der zweifache Familienvater seit 2011 in Sparrieshoop lebt, kandidiert er nun in Barmstedt.

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 14.02.2013, 16:22 Uhr - 8745 Clicks - Nr. 105

## **Einladung zum 26. Mai 2013**

**Liebe Tangstedterinnen und Tangstedter,**

**am 26. Mai 2013 entscheiden Sie über die Zusammensetzung der Gemeindevertretung Tangstedt für die nächsten fünf Jahre.**

**Eine ausgewogene Zusammensetzung der Gremien sorgt für eine transparente und bürgerorientierte Politik.**

**Wir laden Sie herzlich ein,  
an der Kommunalwahl 2013 teilzunehmen.**

**Keine aktive Wahl, keine aktive Mitbestimmung!**

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 14.02.2013, 18:48 Uhr - 10070 Clicks - Nr. 106

## **Kreisparteitag der SPD Stormarn, 9. Februar 2013, Lütjensee**

Die Bundestagskandidatin Nina Scheer besuchte am 09. Februar den Kreisparteitag der Stormarner SPD, der in diesem Jahr in Lütjensee stattfand. Die SPD Stormarn stellte insgesamt 40 Listenkandidaten für die kommende Kommunalwahl am 26. Mai 2013 auf.



Die 26 ersten Plätze auf der Liste gingen in der vom Kreisvorstand vorgeschlagenen Reihenfolge an 25 Wahlkreiskandidaten. Auf Platz 1 - und ohne Wahlkreis - kandidierte der Fraktionsvorsitzende Reinhard Mendel. Dieser erhielt in der Abstimmung von 64 Stimmen 64 Ja-Stimmen und erreichte damit eine Quote von 100%. Insgesamt 12 Listenplätze gingen an Frauen; unter den ersten 10 Listenkandidaten befinden sich 2 Personen unter 30 Jahren.

Die Programmschwerpunkte der SPD-Stormarn sind: Ausbau von Seniorengerechten Wohnungen, mehr Geld für die Kinderbetreuung, Umweltschutz und Wirtschaftsförderung.

Die Delegierten betonten, dass die gute Situation des Kreises Stormarn allen Menschen zu Gute kommen muss. Man werde weiter gegen Arbeitslosigkeit und für gute Löhne kämpfen. Der Antrag der Stormarner Jusos, weiterhin Rechtsradikalismus zu bekämpfen und Aufklärungsarbeit zu betreiben, wurde einstimmig angenommen.

Zudem wurde über die Gefahren durch Fracking diskutiert und besprochen, wie die EU-weite Bürgerinitiative gegen die Privatisierung des Trinkwassers unterstützt werden kann.

Foto v.l.n.r.: Reinhard Mendel, Dr. Nina Scheer, Rita Thönnnes, SPD Bundestagsabgeordneter Franz Thönnnes

**Keine Kommentare**



## Ralf Stegner zu Besuch im Kreis Schleswig-Flensburg

Auf seinem ganztägigen Besuch im Kreis Schleswig-Flensburg hatte Ralf Stegner viel Zeit mitgebracht. Morgens besuchte der Landesvorsitzende zusammen mit dem Bundestagskandidaten Dirk Peddinghaus, MdL Birte Pauls und dem Kreisvorsitzenden Ralf Wrobel die Gemeinschaftsschule in Süderbrarup.

Nachmittags reiste die Delegation nach Schleswig, wo sie bei den Schleswiger Stadtwerken und danach die Schleswiger Tafel eingeladen waren. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Tafel hinterließen einen lobenswerten Eindruck über ihr Engagement bei der Delegation. Weiter stand ein Besuch im Sozialladen der AWO im Friedrichsberg in Schleswig auf dem Programm, wo die Mitarbeiter die schwierige Situation am Beispiel der Finanzierung und der unsicheren Zukunft des Sozialladens im Stadtteil Friedrichsberg schilderten.



Abends nahmen Ralf Stegner und der Landesgeschäftsführer Christian Kröning zuerst an einer Kreisvorstandssitzung und im Anschluss an einer Kreisverbandsausschusssitzung im Hotel Ruhekrug teil. Erfreut zeigte sich Ralf Stegner über die gewonnene Niedersachsenwahl, die ein Ergebnis der Geschlossenheit der Partei sei. Schwerpunktthemen waren die Kommunalwahlen, die Veranstaltungen zum 150jährigen Jubiläum der SPD und Tag der Ortsvereine am 4. Mai 2013.

Die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, Fragen zu den Themen Finanzausgleich für Gemeinden, Erhalt kleiner Grundschulen, Breitbandförderung und Zukunft eines Theaters in Schleswig wurden vom Landesvorsitzenden in der abschließenden Diskussionsrunde beantwortet.

**Keine Kommentare**

## Politischer Aschermittwoch

### Seitenhiebe und Solidarität – das war der 16. Politische Aschermittwoch in Marne

Wir hatten schon mehr Besuch in der Tonhalle in Marne, aber die Inhalte und Personen stimmten. Wann gab es das schon einmal auf einem Politischen Aschermittwoch dass alle Strophen der „Internationale“ gesungen wurden. Gerd Sell, Sänger aus Kiel erinnerte mit der Internationale an die 150 Jahre Traditionsgeschichte der SPD und fand mit seinen

vier Liedern großen Beifall. Das MKG-Ballett, das Marner Plattfeut-Männerballett, die Blütenrednerin Sabine Kremer und insbesondere der Conférencier Jörn Thießen in bester „Kapitalisten-Verkleidung“ waren einfach Spitze. Der Elferrat war wie immer guter Stimmung und die Blaskapelle Neufeld Marne brachte immer rechtzeitig den wichtigen Tusch. Bei den nachdenklichen Teilen erinnerte der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädels an die Betriebsstillegung der Prinovis Druckerei in Itzehoe: „Das muss uns erschrecken und wütend machen, wie dort mit den Arbeitnehmern von Bertelmann und Springer umgegangen wird“ und forderte den ausstehenden Baubeginn der dritten Großschleuse in Brunsbüttel ein: „Schleswig-Holstein braucht keine bayrische Showveranstaltung. Wer den Nord-Ostsee-Kanal verkommen lasse, der koppele auch Süddeutschland von der wirtschaftlichen Entwicklung ab.“ Der karnevalistische Shooting-Star des Abends war Sönke Rix, Parteiratsvorsitzender und MdB aus RD-Eck. In Wolfgang Kubicki hatte er seinen Lieblingsgegner ausgemacht und teilte in alle Richtungen und Parteien ordentlich aus. Es brachte Spaß ihm zuzuhören und der Beifall zeigte, der war nicht das letzte Mal in Marne auf dem Politischen Aschermittwoch der AfA-Schleswig-Holstein.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 15.02.2013, 10:49 Uhr - 9033 Clicks - Nr. 109

## **Leistungsfähige Daten-Autobahnen der Zukunft auch im Kreis Plön**

Leistungsfähige Daten-Autobahnen der Zukunft auch im Kreis Plön

Der elektronische Austausch von Daten nimmt in der heutigen Informationsgesellschaft immer mehr zu. Nahezu alle Bereiche des Arbeitens und Lebens sind von dieser Entwicklung betroffen.

Schon heute sind optimale Internetnutzungsmöglichkeiten wichtige Kriterien bei der Wohnortwahl, der Ansiedlung von Betrieben, und der Auswahl von touristischen Urlaubszielen. Die Nachfrage nach hohen Datenraten wird weiter dynamisch ansteigen. Somit ist eine leistungsfähige Breitbandversorgung eine Schlüsseltechnologie von strategischer Bedeutung.



„Eine leistungsfähige Breitbandversorgung gehört zu der Basisinfrastruktur des 21. Jahrhundert und wie die Versorgung mit Wasser und Energie zur Daseinsvorsorge.“ betont Dr. Birgit Malecha-Nissen, Mitglied des Plöner Kreistages und Direktkandidatin für den deutschen Bundestag.

Aus diesem Grunde ist aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion eine kreisweit, stabile Breitbandinfrastruktur für die soziale, bevölkerungspolitische und wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden und Städte zwingend notwendig. Die Verfügbarkeit schneller und leistungsfähiger Internetanschlüsse ist ein wesentlicher Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität unserer Kommunen im ländlichen Raum.

Aus diesem Grunde haben bereits einige Ämter selbst erste Schritte in Richtung Breitbandausbau unternommen, um nicht von der Entwicklung abgekoppelt zu bleiben. Und hier sieht die SPD-Fraktion, den Kreis in seiner Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion

gefragt. Ziel des Kreises muss es sein, den Breitbandausbau als Teil der Grundversorgung für Wohnen und Wirtschaft noch stärker als bisher zu unterstützen und zu koordinieren.

„Deshalb hat die SPD-Fraktion bereits in der Dezembersitzung 2012 des Kreistages die Verwaltung gebeten, in Zusammenarbeit mit den Ämtern eine stärkere Koordinierungsrolle zu übernehmen und Möglichkeiten aufzuzeigen, den Breitbandausbau insbesondere in der Fläche zügig und effektiv voranzubringen. In der Februarsitzung 2013 wird die SPD-Fraktion eine Machbarkeitsstudie unterstützen, die die bisherigen und neue Ergebnisse zu einem großen Ganzen zusammenführt.“ berichtet Helga Hohnheit, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Kreistagskandidatin.

Die Landesregierung stellt Mittel in Höhe von 3 Mio. € ab 2013 für die Kreise und Ämter bereit. Das Wirtschaftsministerium sieht als Grundlage, um die erforderlichen Geamtinvestition von fünf Milliarden € zu schultern, eine enge Partnerschaft zwischen Wirtschaft, Kommunen, Verbänden und dem Land.

„Das Argument, dass sich eine schnelle Internettechnologie im ländlichen Raum für die Anbieter nicht lohnt, darf nicht mehr gelten. Da muss auch der Bund unterstützen. Ohne staatliche Unterstützung gäbe es bis heute noch keine Stromversorgung auf den Halligen, die 1954 das erste Lichtfest feierten.“ schmunzelt Birgit Malecha-Nissen.

Foto:

von links Günther Danklefsen, SPD Barkauer Land, Dr. Birgit Maleche-Nissen, Helga Hohnheit und Staatssekretär Dr. Frank Nägele, und Regina Poersch, MdL.

Kommentar von [Radermacher](#) vom 03.09.2014, 11:11 Uhr:

**RE: Leistungsfähige Daten-Autobahnen der Zukunft auch im Kre**

*Wir wollen im Oktober nach Kaköhl ins Wohngebiet "Hagensche Koppel" ziehen. Der von uns bei 1und1 beauftragte Telefon- und DSL-Anschluss wird, so die Firma 1und1 heute, storniert, da die Telekom als Grundversorger keine Leitung/Anschlüsse freigibt bzw. hat. In einem Neubaugebiet mit ca. 42 Grundstücken, die noch nicht einmal alle bebaut sind, soll es keine Möglichkeit geben, einen Internet-Anschluss zu realisieren? Selbst per Funk gibt es angeblich keine Möglichkeit. Wer plant denn da? Ich habe bei einem großen Energieversorger gearbeitet, wenn da so geplant worden wäre ...?*

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 15.02.2013, 11:07 Uhr - 7648 Clicks - Nr. 110

## **Studierende 2020 - Regierung im Dialog**

„Der Hochschuldialog dieser Landesregierung kann sich nicht allein in Gesprächen mit den Präsidien der Hochschulen erschöpfen. Mir ist wichtig, dass der Dialog mit Ihnen, mit den Studierenden stattfindet“, sagte Bildungs- und Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Waltraud 'Wara' Wende zur Eröffnung einer Diskussionsveranstaltung unter der Überschrift „Studierende 2020 - Chancen und Perspektiven“.

Eingeladen waren Vertreter aller Studentenvertretungen, des Studentenwerks und die hochschulpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen. Mit dabei war auch Martin Habersaat als hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Die Themen „Vereinbarkeit und Chancen“ sowie „Mitbestimmung“ prägten die Dialogveranstaltung. „Es ging um alles, was sein muss, damit Studieren gelingen kann“, betonte die Ministerin und nannte zum Beispiel studentisches Wohnen. „Wir arbeiten dran, dass

die Situation im Land immer besser wird - und es gibt bereits Erfolge", sagte Wende und wies unter anderem auf die mit Landeshilfe geplante Aufstockung des Edo-Osterloh-Hause in Kiel mit etwa 70 neuen Wohnheimplätzen hin. In Flensburg stünden zudem die Zeichen für die Realisierung von 120 neuen Wohnheimplätzen günstig, und für 200 neue Wohnplätze auf dem Campus der Christian-Albrechts-Universität in Kiel ab 2014 gebe es gleich mehrere Interessenten.



Ministerin Wende sagte den Studierenden auch zu, dass die Landesregierung mit Blick auf eine Novellierung des BAföG die intensiven Gespräche mit dem Bund fortsetze: „Wir wollen Verbesserungen für die finanzielle Situation der Studierenden erreichen“, sagte Wende. Sie räumte allerdings ein, dass dieses Thema mit erheblichem gesetzgeberischem Aufwand verbunden und sehr teuer sei. Zum Thema Mitbestimmung machte die Bildungs- und Wissenschaftsministerin deutlich, dass man darüber nachdenken könne, welche Möglichkeiten es gibt, studentische Beteiligung in den Senaten der Hochschule für Bereiche jenseits von Forschung und Lehre zu erweitern. „Wenn wir darüber nachdenken, dann setzt das aber auch voraus, dass neue Beteiligungsmöglichkeiten auch ernsthaft wahrgenommen werden“, forderte Wende die Studierenden zum Mitmachen auf.

Martin Habersaat: „Die Ministerin und der zuständige Staatssekretär, Rolf Fischer, haben sich nicht nur Zeit für den Dialog mit den Studierenden genommen, sondern auch auf Augenhöhe mit allen Beteiligten diskutiert und sich nicht gescheut, auch Fragen zu stellen. So macht der Dialog Spaß.“ In der vergangenen Legislaturperiode hatte der Bildungsausschuss ein solches Dialogforum organisieren müssen, bei dem Vertreter der Regierungsfractionen oft und die Ministeriumsspitze fast immer fehlte.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 15.02.2013, 13:01 Uhr - 14380 Clicks - Nr. 111

## **Thönnnes fordert vom Vorstandsvorsitzenden der Lufthansa Vertragstreue**

### **Stellenabbau bei Lufthansa Revenue Services in Norderstedt**

Seit dem Herbst 2012 sehen sich 400 Beschäftigte der Lufthansa Revenue Services (LRS) in Norderstedt mit der Absicht des Unternehmens konfrontiert, dass am Standort Norderstedt 300 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen.



Bereits am 7. Dezember letzten Jahres nahmen der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes und der Norderstedter SPD-Fraktionsvorsitzende Jürgen Lange an einer Protestveranstaltung der Mitarbeiter vor dem Werkstor teil. „Es war wichtig zu zeigen, dass die Beschäftigten nicht alleine sind und wir solidarisch an ihrer Seite stehen“, so Thönnnes. Ebenso hat sich der SPD-Politiker am 17. Dezember mit den Betriebsräten und der Geschäftsführung der LRS getroffen.

Da es bislang keine Anzeichen für eine grundsätzliche Änderung der

Unternehmensabsicht gibt und bei der Lufthansa vielleicht sogar Überlegungen bestehen, die Schutzregelungen im gültigen Tarifvertrag infrage zu stellen, hat sich Franz Thönnies am 15. Februar in einem Brief direkt an den Vorsitzenden der Deutschen Lufthansa AG, Dr. Christoph Franz, gewandt. Thönnies: „Bis zu 2/3 der Beschäftigten arbeiten schon seit über 15 Jahren bei LRS. Hier sieht der mit der ver.di abgeschlossene Manteltarifvertrag vor, dass ordentliche, betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden. Das gilt es jetzt auch einzuhalten, denn soziale Gerechtigkeit basiert auch auf Vertragstreue. Die Sicherheit, die Lufthansa im Alltagsgeschäft gegenüber den Kunden erbringt, muss auch für Beschäftigten gelten“.

In seinem Schreiben formuliert der SPD-Bundestagsabgeordnete deshalb drei Bitten. Erstens: Vertragstreue zu bleiben und den gültigen Tarifvertrag einzuhalten. Zweitens: Die Grundsatzentscheidung zum Arbeitsplatzabbau zu überdenken und den Standort Nordstedt zu erhalten. Drittens: Sofern an der Negativ-Entscheidung festgehalten wird, in einen konstruktiven Dialog mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft ver.di zu treten, um über einen wesentlich längeren Zeitraum für die Beschäftigten sozialverträgliche und faire Verabredungen zu treffen.

„Die Beschäftigten haben jahrzehntelang ihre Arbeitskraft in das Unternehmen eingebracht und mit guter Leistung für Qualität und verlässliche Betriebsabläufe gesorgt. Diese gemeinsame Verbundenheit sollte Verantwortung und Verpflichtung sein, sich vertragstreue, verhandlungsflexibel und gesellschaftlich-sozial verantwortlich zu zeigen. Das ist die Deutsche Lufthansa ihren Beschäftigten schuldig“, so der SPD-Politiker in seinem Brief an den Vorstandsvorsitzenden Dr. Christoph Franz.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 15.02.2013, 15:52 Uhr - 9309 Clicks - Nr. 112

## **Was wird aus dem Barkauer Land, wenn die B 404 zur Autobahn 21 wird?**

Was wird aus dem Barkauer Land, wenn die B 404 zur Autobahn 21 wird? Diese Frage treibt die Menschen im Barkauer Land seit langer, langer Zeit um. Am Montag dieser Woche (11. Februar) war es soweit: Die Landesregierung kam und hörte zu. Staatssekretär Dr. Frank Nägele aus dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein nahm sich anderthalb Stunden Zeit, um in der Alten Schmiede in Barmissen mit Vertreterinnen und Vertretern des Barkauer Landes zu diskutieren. Frank Nägele folgte damit einer Einladung der Landtagsabgeordneten Regina Poersch und der SPD Barkauer Land mit ihrem Vorsitzenden Günther Danklefsen. Es war das erste Mal, dass sich ein Mitglied der Landesregierung die Sorgen und Anregungen aus dem Barkauer Land anhörte! Und es war schon beeindruckend, was Rainer Hingst, Vorsitzender des Bürgervereins Barkauer Land, und Wulf Riethausen, Sprecher der AG Siedlungsentwicklung im Bürgerverein und profunder Kenner der Ausbaupläne für die A 21 dem Staatssekretär schilderten. Frank Nägele war voll des Lobes: „Hier wird Landesentwicklung im besten Sinne gemacht.“ Seit mehr als fünfzehn Jahren befasst man sich im Barkauer Land mit ganz viel ehrenamtlichem Engagement mit der Zukunft dieses ländlichen Raumes vor den Toren der Landeshauptstadt Kiel. Vor allem der Ausbau der Bundesstraße 404, die zurzeit noch die elf Gemeinden des Barkauer Landes verbindet, zur Bundesautobahn 21 wird das Leben der Menschen verändern und stellt uns vor Herausforderungen. Nachdrücklich wies Wulf Riethausen darauf hin, dass Schülerverkehre, Buslinien, Feuerwehrrouten, landwirtschaftlicher Verkehr und nicht zuletzt der Ausweichverkehr im Fall einer Störung auf der Autobahn gelöst werden müssen. Dies ist ohne eine ausreichende Fahrbahnbreite und ohne einen Geh- und Radweg auf keinen Fall machbar! Die Argumente waren für Staatssekretär Dr. Nägele und seinen mit ange-reisten Abteilungsleiter Günther Meienberg nachvollziehbar. Versprechen für das laufende

Planfeststellungsverfahren wurden zwar nicht gemacht, aber Verabredungen für weitere Gespräche getroffen. Dabei wird es auch um die Frage gehen, welche Kosten der Bund als Straßenbaulastträger für die Ausweichstrecke übernimmt. Der Bund sorgt in der Regel nur für das Allernötigste, in diesem Fall eine 5,5m breite Straße ohne Geh- und Radweg. Das wird hier, wie vom Bürgerverein dargelegt, aber keinesfalls reichen. Und so bleibt am Ende die Frage an den Haushaltsgesetzgeber des Landes (und damit uns Landtagsabgeordnete), ob das Land hier unterstützen kann. Anders als unter der Vorgängerregierung sind wir mit der Aufnahme von Gesprächen aber schon ein ganzes Stück weiter! Der zweite Teil der Veranstaltung, an der neben 10 von 11 Bürgermeistern des Barkauer Landes auch die stellvertretende Kreispräsidentin und örtliche Kreistagsabgeordnete Helga Hohnheit sowie die SPD-Bundestagskandidatin Dr. Birgit Malecha-Nissen teilnahmen, widmete sich der Verfügbarkeit von schnellem Internet im ländlichen Raum. Während Günter Kalin und die anwesenden gemeindlichen Vertreter davor warnten, zu viel Geld in immer wieder neue Machbarkeitsstudien zu stecken, sprach sich Frank Nägele genau dafür aus und mahnte die koordinierende Funktion des Kreises Plön an. Wenn dann feststehe, welche Technologie wo zum Einsatz kommen solle, stelle das Land Fördermittel bereit. Unterstützung erhalten die Gemeinden vom Breitbandkompetenzzentrum des Landes Schleswig-Holstein. Sorge bereite dem Land allerdings die Zukunft und die Ausstattung der EU-Strukturfonds, die ab dem kommenden Jahr neu aufgelegt werden. Ziel der Landesregierung ist es, auch in Zukunft den Ausbau von Breitband im ländlichen Raum zu fördern. Regina Poersch

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 15.02.2013, 18:16 Uhr - 27621 Clicks - Nr. 113

## **Kreis-SPD diskutiert europäische Energiepolitik**

„Wir wollen einerseits eine möglichst dezentrale Energieerzeugung und -versorgung. Andererseits wollen wir aber auch die natürlichen Standortvorteile, über die einzelne Regionen in Europa verfügen für die Nutzung erneuerbarer Energien nutzen (Sonne, Wind, Wasserkraft). Dazu ist eine europäische Energiepolitik und Planung der Netzinfrastuktur notwendig.“

Dies ist eine der zentralen Aussagen eines Diskussionspapiers, das der Arbeitskreis Europäische Energiepolitik der SPD Rendsburg-Eckernförde unter der Leitung des stellv. Kreisvorsitzenden Götz Borchert erarbeitet hat. Die Diskussion angestoßen hatte der Sprecher des EuropaForums der SPD Schleswig-Holstein, Martin Tretbar-Endres aus Rendsburg, der darauf aufmerksam gemacht hatte, dass die Energiepolitik ein wichtiges Feld einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit sei. „Derzeit ist dieses Politikfeld auf europäischer Ebene jedoch in erster Linie durch nationale Egoismen geprägt“, so Borchert. Um für diesen Bereich Positionen und Zukunftsideen zu entwickeln, bildete sich ein zehnköpfiger Arbeitskreis. „Wir haben in den vergangenen fast zwei Jahren verschiedene Fragen diskutiert: Welche Bedeutung spielt eine dezentrale Energieversorgung in den Kommunen für die Energiewende? Welche Interessen hat die Wirtschaft? Was für Technologien werden entwickelt? Welche Herausforderungen stellen sich beim Ausbau der Netze? Was muss sich im politischen System der europäischen Union ändern, damit die Energiewende gelingen und alle Menschen gleichermaßen der Zugang zu Energie gewährleistet und bezahlbar ist?“ Analyse und erste Antworten hat der Arbeitskreis in einem 18seitigen Diskussionspapier zusammengefasst. „Bestandteil dieses Papiers sind auch konkrete Vorschläge wie die Ostseeregion zu einer Modellregion einer nachhaltigen und sicheren Energieversorgung werden kann“, so Martin Tretbar-Endres. „Wir brauchen mehr gebündelte Kompetenzen in Brüssel, wenn eine europaweite Energiewende gelingen soll.“ Der Arbeitskreis verschickt das Papier in den nächsten Wochen sowohl innerhalb der SPD als auch an Unternehmen, Forschungseinrichtungen und weitere Akteure der Energiepolitik, um Stellungnahmen und konkrete Vorschläge zu erhalten. „Das Thema ist unglaublich komplex. In unserer Freizeit haben wir uns als Ehrenamtliche

Gedanken gemacht, jetzt möchten wir gerne Expertinnen und Experten dazu bitten“, erklärt Götz Borchert. Spätestens in der zweiten Jahreshälfte 2013 soll ein umfassender Antrag zur europäischen Energiepolitik für den SPD-Parteitag vorliegen.  
[zum Diskussionspapier...](#)

**Keine Kommentare**

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 16.02.2013, 14:15 Uhr - 5966 Clicks - Nr. 114

## **Erfolgreiche und arbeitsintensive JHV der SPD Steinfeld-Ulsnis**

Auf der sehr gut besuchten Jahreshauptversammlung des SPD Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis standen in diesem Jahr reguläre Wahlen und Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeinde Steinfeld auf dem Programm.

Sehr erfreut waren die Mitglieder, dass der Bundestagskandidat Dirk Peddinghaus und der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel an der Jahreshauptversammlung teilgenommen haben, die bei der Durchführung der Versammlung unterstützend mitgewirkt haben.

Ralf Wrobel leitete souverän die Versammlung und Dirk Peddinghaus wirkte als Mitglied in der Zählkommission zum guten Gelingen der JHV mit.



Als Vorsitzende Anneliese Marxen wurde einstimmig wiedergewählt. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder Torben Mohrfeldt (stellvertretender Vorsitzender), Jürgen Schacht (Kassierer), Dörte Weitkamp (Schriftführerin) und die Beisitzer Heinrich Buch, Klaus-Gerd Junge, Dieter Kinne, Dirk Nissen und Kay Schillert wurden ebenfalls bei der Wahl bestätigt. Der Vorstand wurde mit dem jugendlichen Nachwuchs Marieke Zander, Christoph Junge und Fabian Marx verstärkt, die als Beisitzer gewählt wurden. Als Revisoren wurden Johannes Hansen und Holger Krause bestätigt.

Außerdem wurden Delegierte und Ersatzdelegierte für den Kreisparteitag und Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl am 26. Mai 2013 in der Gemeinde Steinfeld aufgestellt

Als Listenkandidaten für die Gemeinde Steinfeld wurden in der Reihenfolge Heinrich Buch, Anneliese Marxen, Jürgen Schacht, Klaus-Gerd Junge, Martin Knackstedt, Christoph Junge, Marieke Zander, Dirk Nissen, Annemarie Güthle, Fabian Marx und Dörte Weitkamp aufgestellt. Als Direktkandidaten wurden die ersten 5 der Liste gewählt.

Über 2 Anträge zu den Themen "Beitragsverteilung" mit Weiterleitung an den Ordentlichen Landesparteitag und "Ermäßigte Schülerbeförderungskosten auch für Wohngeldempfänger" an der Kreisverband Schleswig-Flensburg wurde beraten und sie wurden einstimmig angenommen.

Dirk Peddinghaus präsentierte in seinem Grußwort seine Schwerpunkte mit den Themen gute Arbeit, starke Zukunft, sichere Renten, gutes Wohnen und gegen Leiharbeit, für die er als Bundestagskandidat unter dem Motto "Mit Leidenschaft für gutes Leben" antreten wird.

Ralf Wrobel berichtete über seine Arbeit im Kreisverband Schleswig-Flensburg und über

seine fast täglichen Besuche in den Ortsvereinen im Kreis, wo er für die Unterstützung bei den Kreistagswahlen und um Unterstützung für Dirk Peddinghaus zur Bundestagswahl wirbt.

Die Vorsitzende Anne Marxen zeigte sich erfreut über die konsequent gute Arbeit im Ortsverein und bat alle um Unterstützung für die Kommunalwahl, damit Heinrich Buch als Bürgermeister in Steinfeld seine engagierte und anerkannte Arbeit im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger fortführen kann.

Zum Foto: Der OV-Vorstand mit dem Bundestagskandidaten Dirk Peddinghaus und dem Kreisvorsitzenden Ralf Wrobel, von links nach rechts: Heinrich Buch, Dieter Kinne, Dörte Weitkamp, Fabian Marx, Jürgen Schacht, Anneliese Marxen, Dirk Nissen, Dirk Peddinghaus, Ralf Wrobel, Torben Mohrfeldt, Christoph Junge und Marieke Zander. Auf dem Foto fehlen Klaus-Gerd Junge und Kay Schillert.

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 16.02.2013, 16:27 Uhr - 9166 Clicks - Nr. 115

## Wechsel im SPD-Ortsverein Langwedel

Die Mitglieder der SPD Langwedel haben am 15. Februar 2013 in ihrer Jahreshauptversammlung Ralf Spilker zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Ralf Spilker löst an der Spitze der SPD Langwedel den 67-jährigen Jens Loewer ab, der nicht erneut als Vorsitzender kandidierte. In Eckernförde geboren und aufgewachsen, engagierte Jens Loewer sich schon früh im Segelclub und der kirchlichen Jugendarbeit. Seit dieser Zeit war es für ihn selbstverständlich, ehrenamtlich zu arbeiten und soziale Verantwortung zu übernehmen. 1987 zog er nach Langwedel und trat 1988 der SPD bei. Seit 1994 ist Jens Loewer Mitglied des Gemeinderats in Langwedel. Dem SPD Ortsvereinsvorstand Langwedel wird er weiterhin als Kassierer angehören.



Der neu gewählte SPD Ortsvereinsvorsitzende Ralf Spilker ist 41 Jahre alt, hat zwei Söhne und ist Verwaltungsreferent im Öffentlichen Dienst. Ralf Spilker ist seit 1988 SPD-Mitglied. Geboren und aufgewachsen in Kiel, lebt Ralf Spilker seit 2004 in Langwedel und arbeitet seitdem aktiv im SPD-Ortsverein mit. Seit 2008 gehört er dem Gemeinderat Langwedel an.

Ralf Spilker dankte seinem Vorgänger Jens Loewer ausdrücklich für dessen unermüdlchen Einsatz. „Ich will die engagierte und bürgernahe Politik der SPD in Langwedel fortsetzen und stehe zusammen mit unserem neuen Vorstand für Kontinuität und Verlässlichkeit“ so Spilker.

Der am 15. Februar 2013 gewählte Vorstand des Ortsvereins Langwedel:  
Ralf Spilker (Vorsitzender), Ernst-Albert Neumann (Stellvertretender Vorsitzender), Katja Schillhorn (Schriftführerin), Jens Loewer (Kassierer), Christel Bodenbach (Beisitzerin), Swen Stagars (Beisitzer) und Stefan Wolgast (Beisitzer).  
Kassenprüferinnen sind Susanne Schöttke und Unn Halm.

**Keine Kommentare**



## Zu gewagt?

Die SPD Langwedel ist jetzt auch auf Facebook zu finden. Bisher gibt es 1-3 Mal pro Jahr die SPD Bürgerzeitung Lupe, die vom Ortsverein an jeden Haushalt verteilt wird. Das bleibt auch so. Aktuell werden aber auch neue Wege beschritten. Zu gewagt?

Ziel ist es, mit dem neuen Internetauftritt und der frisch gegründeten Facebook-Seite mehr Langwedeler zu erreichen, um den Austausch zum (nicht nur kommunalpolitischen) Geschehen zu organisieren.



Das ist nicht zu gewagt, sondern genau der richtige Weg, sagen die Mitglieder des SPD-Ortsvereins Langwedel. Was meinen Sie?

Wenn Sie an Infos und Austausch interessiert sind, „likern“ Sie SPD Langwedel auf Facebook:

[SPD Langwedel bei Facebook](#)

**Keine Kommentare**

## Gemeinsam für unsere Gemeinde aktiv werden!

Unter diesem Motto lädt die SPD Nahe Sie herzlich zum Bürgerdialog ein.  
am 23. Februar 2013  
um 10.00 Uhr

im Dörphus, Dorfstraße

Wir möchten Ihre Ideen und Anregungen für die weitere Entwicklung Nahes aufnehmen und diskutieren. Die Ergebnisse dieses Dialogs werden wir in unser Wahlprogramm für die Kommunalwahl einfließen lassen.

Mit dem Einsatz vieler Naher Bürger konnte ein Verkauf des Abwassernetzes verhindert werden und der Vorschlag, das Dörphus teilweise abzureißen, fand keine Zustimmung. Dies sind nur zwei Beispiele dafür, wie wichtig es ist sich einzubringen. Die Themenbereiche in einer Gemeinde sind vielseitig. Von Kinderbetreuung bis zu Baugebieten. Von Umwelt bis zur Infrastruktur.

„Wir wollen mehr Demokratie wagen“ hat Willy Brandt in seiner Regierungserklärung von 1969 gesagt und auch heute ist diese Aussage richtig!

Deswegen möchten wir Sie aktiv mit einbinden und den Worten auch Taten folgen lassen. Uns ist Ihre Meinung wichtig.

Kommen Sie am 23. Februar zu unserem Bürgerdialog ins Dörphus und beteiligen Sie sich an der Gestaltung der Zukunft unserer Gemeinde.

Sollten Sie verhindert sein, können Sie Ihre Wünsche und Anregungen an folgende Adresse senden .

Herzliche Grüße

SPD-Nahe

Marc-André Ehlers  
Hüttkahlen 33  
23866 Nahe  
Telefon 1799 oder 0160-913 107 64  
[marc-andre.ehlers@web.de](mailto:marc-andre.ehlers@web.de)

**Keine Kommentare**

[SPD-Nahe](#) - veröffentlicht am 17.02.2013, 14:17 Uhr - 7088 Clicks - Nr. 118

## **Kann man in Nahe alt werden?**

Dieser Frage widmet sich die Stiftung Miteinander um das Ehepaar Rüdiger und Beata von Hanxleden, die vor vielen Jahren bereits den Biohof mit der Wohngruppe Miteinander ins Leben gerufen haben.

Das Risiko der Vereinsamung im Alter wächst. Irgendwann kann man seinen Haushalt nicht mehr alleine führen. Der Partner stirbt, die Kinder hat es im Zuge unserer mobilen Gesellschaft in alle Welt verschlagen und dann ist häufig der Weg in eines der Altersheime in den Nachbargemeinden unumgänglich. Damit wird man zum einen aus seiner gewohnten Umgebung und seinem sozialen Umfeld gerissen, man verliert aber auch einen großen Teil seiner Autonomie, weil man sich dem Rhythmus und den Einschränkungen des Heims anpassen muss.

Die Idee der Stiftung Miteinander:

Unter einem Dach mieten die Bewohner separate Wohnungen, in denen sie selbständig ihr Leben führen. Zugleich wird eine Gemeinschaft entstehen, die gegenseitige Unterstützung und gemeinsame Aktivitäten möglich macht. Das Haus wird komplett barrierefrei gebaut, mit Gemeinschaftsräumen, die sowohl von den Bewohnern als Orte des Zusammenkommens genutzt werden können, die aber auch öffentlichen Veranstaltungen dienen können. Dadurch wird das Haus gleichzeitig ein Treffpunkt für Nahe. Begleitet wird die Planung von der Stiftung Miteinander, zu der bereits die Wohngruppe Miteinander mit dem Biohof in der Dorfstraße gehört. Ziel ist, dass die Interessenten am Wohnprojekt eine eingetragene Wohnungsbaugenossenschaft gründen. Auf ihrem Treffen am 6.11.2012 hat die Gruppe den Beschluss gefasst, eine BGB-Gesellschaft zu gründen, die die Planungsphase bis zur Gründung der Genossenschaft finanziell absichert.

Vorgesehen waren bisher 9 Wohnungen, das Objekt wird aber bei entsprechender Nachfrage auf 13 Wohnungen erweitert.

Die Gruppe erhofft sich für die Interessenten eine Altersspanne von mindestens 20 Jahren, so dass die Jüngeren die Älteren auf freiwilliger Basis unterstützen können. Ein Grundstück neben dem Biohof ist bereits vorhanden. Für die Hälfte der Wohnungen sind bereits Interessenten aus der Region vorhanden. Angestrebt wird ein Mietpreis von ca. 10 EUR /m.

Unterstützt wird die Idee des Projekts von der Kirchengemeinde Nahe.

Auf der Landesbeiratssitzung der Aktivregionen am 21. Juni 2012 wurde das Projekt „Orte der Begegnung in Nahe“ als Leuchtturmprojekt anerkannt.

Einen noch größeren Nutzen für das Dorf insgesamt könnte die Anlage entfalten, wenn im Außenbereich ein Platz für Spiel und Fitness entstehen würde, den neben den Bewohnern auch alle Naher nutzen könnten. Die Gemeinde diskutiert hierzu einen eigenen Antrag an die Aktiv-Region Alsterland zu stellen.

Inzwischen fiel der Beschluss der Gemeindevertretung einen „vorhabenbezogenen“ B-Plan für das Grundstück aufzustellen.

Wer Interesse an dem Projekt hat, kann sich an Rüdiger von Hanxleden, Tel. 0162/3091220 ([info@stiftung-miteinander.com](mailto:info@stiftung-miteinander.com)), Matthias Röwer, Tel. 04535/6804 ([matthias.roewer@t-online.de](mailto:matthias.roewer@t-online.de)) oder Manfred Dierfeld, Tel. 0171/4527290 ([corina.dierfeld@gmx.de](mailto:corina.dierfeld@gmx.de)) wenden.

**Keine Kommentare**

## **Kreis-SPD lud zum Jahresempfang**

Der Jahresempfang des SPD-Kreisverbandes und der SPD-Kreistagsfraktion war wieder einmal ein voller Erfolg. Über 250 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Vereinen und Verbänden hatten wieder einmal den Weg ins Bürgerzentrum in Büdelsdorf gefunden.

Der Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix freute sich über das rege Interesse. Eine besondere Freude war es ihm, zahlreiche Mitglieder zu ehren und Neumitglieder zu begrüßen.

Dr. Kai Dolgner, SPD-Kreisfraktionsvorsitzender, erinnerte an zwei verstorbene Persönlichkeiten, die beide die SPD-Kreistagsfraktion geführt hatten: Wulf Jöhnk und Dieter Eilefsen. Dolgner ging auch auf aktuelle Themen der Kreispolitik ein und versprach: „Wenn wir eine Mehrheit dafür im Kreistag dafür zusammenbekommen sollten, wird die SPD die Abschaffung der Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten durchsetzen.“

Der SPD-Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzende Ralf Stegner beschrieb anschließend Erfolge der neuen Landesregierung. Die Koalition halte Wort und setze viele Wahlversprechen um. Als Beispiele nannte er den Bildungsdialog und die Rücknahme schwarz-gelber Kürzungen im sozialen Bereich.

Mit einer kleinen Ausstellung aus Plakaten, Schriften, Wahlprogrammen und vielen anderen Quellen aus den letzten Jahrzehnten leistete der Kreisverband außerdem einen Beitrag zum 150jährigen Parteijubiläum in diesem Jahr.

Für 40 Jahre Mitgliedschaft wurden in Büdelsdorf persönlich geehrt:

Hans-August Ammon aus Hamdorf, Dieter Böge aus Rendsburg, Holger-Jürgen Börner aus Dänischenhagen, Christa Deppendorf aus Schwedeneck, Rolf Diedrichsen aus Groß-Wittensee, Andreas Fleck aus Felde, Jutta Greiner aus Rendsburg, Uwe Hansen aus Fockbek, Erich Harders aus Melsdorf, Gerhard Hasert aus Rieseby-Kosel, Willi Hoffmann aus Borgstedt, Wolfgang Jarck aus Kronshagen, Manfred Jessen aus Flintbek, Detlef Köpke aus Brügge, Edmund Köpke aus Büdelsdorf, Uwe Krohze aus Nortorf, Uwe Loeptien aus Büdelsdorf, Friedrich-Wilhelm Lück aus Westensee, Wolfgang Majer aus Rendsburg, Hans-Uwe Messerschmidt aus Eckernförde, Jörg Müller aus Schülpe, Johannes Orlowsky aus Hohenwestedt, Ronald Otto aus Westensee, Norbert Penneweiß aus Bredeneck, Hans-Jobst Redinger aus Hohenwestedt, Klaus Rieper aus Jevenstedt, Werner Rupnow aus Ehndorf, Karl-Heinz Rüter aus Haby, Siegfried Schulz aus Kronshagen, Gerhard Staack aus Schacht-Audorf, Peter Steffen aus Schwedeneck, Werner Strehlow aus Fockbek, Jürgen Tiedemann aus Rendsburg, Hartmut Trimpler aus Holtsee, Manfred Voswinkel aus Brekendorf, Klaus Witzig aus Eckernförde, Elke Zellhöfer aus Tüttendorf und Heinz Zemke aus Westerröfeld. Insgesamt sind 89 Mitglieder im Kreisverband in 2012 40 Jahre in der SPD.

Für 50 Jahre Mitgliedschaft sind 12 Mitglieder zu ehren.

Persönlich anwesend waren Wolfgang Letmade aus Rendsburg und Wolf-Dieter Lübke aus Altenholz.

Für 65 Jahre Mitgliedschaft wurden geehrt:

Ruth Borkowski aus Schacht-Audorf, Hans-Joachim Flohr aus Flintbek, Käthe Schröder aus Eckernförde, Helga Schulz aus Eckernförde und Gretchen Seidlberger aus Flintbek.

Die Neueintritt 2012 wurden ebenfalls nach Büdelsdorf eingeladen. Von den 87 Neumitgliedern fanden 22 Neugenossen/-innen den Weg nach Büdelsdorf.:

## **famila beteiligt sich bei der Umfrageaktion der SPD**

Bad Bramstedt. Die Fragebogenaktion hat bereits mehr als 500 ausgefüllte Fragebögen an die SPD zurückgeschwemmt. Der Pressesprecher der Partei, Jan-Uwe Schandendorf „Das übertrifft unsere Erwartungen deutlich und es ist überaus erfreulich, dass die Bürgerinnen und Bürger aus Bad Bramstedt und Umgebung so intensiv davon Gebrauch machen, Ihre Meinung kund zu tun.“

Die Umfrage läuft noch bis 15.3. März. Ab dem 15.2. liegt der Fragebogen auch am Servicetresen des famila-Warenhauses aus. Warenhausleiter Andreas Findeisen unterstützt die Umfrage von ganzem Herzen, da sie auch für alle Gewerbetreibenden am Ort neue Erkenntnisse bringen werde und eben auch für die Fachmärkte auf dem famila-Gelände.



Wegen der großen Beteiligung an der Umfrage hat die SPD noch Fragebögen nachdrucken lassen, um die Annahmestellen damit versorgen zu können. Annahmen erfolgen bei Eisenwaren-Fülscher am Bleeck, Buchhandlung Hans im Glück im Landweg, Buch&Medien im Maienbeeck, findefuxx am Kirchenbleeck und jetzt auch bei famila.

**Keine Kommentare**

## **Bürger beklagen Fachärztemangel – SPD wendet sich an kassenärztliche Vereinigung**

Bad Bramstedt. Die vor einer Woche gestartete Umfrage der Bad Bramstedter Sozialdemokraten zur Stadt als Wohn-, Einkaufs- und Dienstleistungsort ist zwar noch in vollem Gange, aber gleichwohl kann die SPD schon erste Tendenzen berichten.

Der Pressesprecher der Partei, Jan-Uwe Schandendorf „Auffällig viele Fragebögen enthalten den Hinweis auf einen Mangel an Fachärzten. Vorne an bei den Nennungen stehen Kinderarzt, Hautarzt und ein niedergelassener Orthopäde. Aber auch weitere Angebote bei Gynäkologen, HNO-Arzt und Augenarzt stehen neben anderen Fachärzten auf der Wunschliste der Bürgerinnen und Bürger aus Bad Bramstedt und Umgebung.“

Insbesondere das Fehlen eines Kinderarztes hat die SPD bewogen, in dieser Sache sogleich aktiv zu werden. Die Partei hat sich schriftlich an die Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) in Bad Segeberg



gewandt, um zu erfahren, warum die Praxis in Bad Bramstedt nicht neu besetzt wird. Nach Kenntnis der SPD hat sich der Vermieter der bisherigen Kinderarztpraxis sehr um eine Nachfolge bemüht, ist aber u.a. an schwer nachvollziehbaren Regularien der KVSH bzw. des Gesundheitswesens gescheitert.

Die Sozialdemokraten wollen sich damit nicht zufrieden geben und warten nun auf die Antwort aus Bad Segeberg.

Zudem hat die SPD an den Antworten zur Umfrage bemerkt, dass vielen Bad Bramstedtern noch nicht richtig bekannt ist, dass das Klinikum in der Oskar-Alexander-Straße seit geraumer Zeit ein MVZ (Medizinisches Versorgungszentrum) sein eigen nennt. Dort werden diverse Leistungen angeboten u.a. auch die eines Kinderorthopäden. Dieses Leistungsspektrum sollte die Klinik nach Ansicht der SPD noch besser bekannt machen und hat auch die Klinik entsprechend kontaktiert.

(Foto: Kinderarztpraxis am Bleeck - seit Monaten vakant, trotz großer Mühen des Vermieters)

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 18.02.2013, 00:31 Uhr - 8165 Clicks - Nr. 122

## **SPD-Tangstedt lud zum Preisskat**

Am 15.02.2013 lud die **SPD-Tangstedt** zum Preisskat in die Räumlichkeiten der Freiwilligen Feuerwehr Wilstedt ein. Neben Skat wurde Knobeln, Kniffeln und Fipsen angeboten.

Beim Fipsen werden aus dem normalen Skatblatt alle Karokarten bis auf die Karo-Sieben aussortiert. Ziel des Spiel mit 25 Karten ist es, möglichst viele Punkte zu machen, in dem mindestens die angesagte Anzahl von Stichen erreicht wird.

Es wurde intensiv gespielt. Dabei konnten alle Teilnehmer sich auf Gewinne freuen. Mit kühlen wie heißen Getränken und frisch gestrichenen Broten war für das leibliche Wohl gesorgt.

**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 18.02.2013, 17:16 Uhr - 27384 Clicks - Nr. 123

## **Torsten Albig: Dialog außerhalb der engen Kammern der Staatskanzlei!**

„Es war für mich ein spannender Abend, ich brauche die Ideen und die Begeisterung der Menschen“. Mit diesem Resümee beendete Ministerpräsident Torsten Albig sein erstes Bürgergespräch in Kaltenkirchen.

Zuvor hatte sich der Ministerpräsident locker, konzentriert und ohne Phrasen über zwei Stunden lang den Fragen der Teilnehmer und des Moderators Norbert Radzanowski im vollbesetzten Kaltenkirchener Bürgerhaus gestellt.

Dodenhof-Erweiterung, S-Bahn und AKN sowie der Weiterbau der Autobahn A20: Albig bezog zu allen Themen deutlich Stellung.

Zu den Erweiterungsplänen des Mode- und Einrichtungshauses wies der Regierungschef darauf hin, dass es im Rahmen des Zielabweichungsverfahrens einen schwierigen Abwägungsprozess geben werde, der nicht allen Wünschen gerecht werden könne.

Die Entscheidung verlange in der Landesplanung eine dynamische Sichtweise auf die

gesellschaftliche Entwicklung und eine veränderte, viel komplexere Konsumwelt. Innerstädtische Entwicklungen stünden dabei ebenso im Fokus wie die zahlreichen Internetmärkte. Er plädierte aber auch für einen verantwortungsvollen Umgang mit Unternehmen, die investieren wollen.

Zur Modernisierung der AKN und der geforderten S-Bahn-Verbindung bis nach Kaltenkirchen legte Albig die Prioritäten klar auf den Tisch. Als erste Maßnahme sei gemeinsam mit Hamburg der Bau der S-Bahnlinie 4 im Osten Hamburgs nach Bad Oldesloe festgelegt worden, auf Platz zwei stehe die S 4 Richtung Elmshorn und Wrist auf der Tagesordnung.

Erst dann sei der Ausbau der S21 nach Kaltenkirchen vorgesehen.

Der Regierungschef stellte auf Anfrage eines Bürgers fest, dass es beim Weiterbau der Autobahn A20 keinen Stopp gebe, sondern an den Planungen inklusive Elbquerung weiter gearbeitet werde. Die Finanzierung müsse mit dem Bund geklärt werden. Ehrgeiziges aber auch realistisches Ziel der Landesregierung sei es, zunächst bis 2017 die Anbindung der A20 an die A7 zu erreichen. Ministerpräsident Torsten Albig wird die Veranstaltungsform – die einen offenen und transparenten Umgang der Landesregierung mit den Bürgerinnen und Bürgern herstellt – in Heide, Lübeck und Geesthacht fortsetzen.

Kommentar von [Joker](#) vom 19.02.2013, 11:15 Uhr:

**RE: Torsten Albig: Dialog außerhalb der engen Kammern der St**

*Das Problem ist, dass der Dodenhof sich Stück für Stück Sonderrechte erstreitet, die andere nicht bekommen. Dann sollte man konsequent sein und keinem Investor mehr Vorschriften machen zu Verkaufsflächen etc. ... Das macht die Landesplanung aber ständig ... wenn es um kleine und mittelständische Unternehmen geht. Für die Großen gibt es natürlich mit präsidaler Unterstützung eine Extrawurst.*

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 18.02.2013, 19:11 Uhr - 8150 Clicks - Nr. 124



## Einwohnerversammlung in Langwedel

Die Gemeinde lädt alle Bürgerinnen und Bürger von Langwedel am Donnerstag, 21.2.2013 um 19:30 Uhr ins Sportheim ein.

In der Einwohnerversammlung geht es neben den Informationen aus der Gemeinde um den Bebauungsplan Nr. 10.

Genauer um den Bereich zwischen dem Olendiekskamp und dem Friedhof.

[Größere Karte anzeigen](#)

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 19.02.2013, 09:45 Uhr - 13174 Clicks - Nr. 125

## SPD-MdB Thönnies: Jetzt bewerben für Deutschen Bürgerpreis 2013

**„Engagiert vor Ort: mitreden, mitmachen, mitgestalten!“**

Ab sofort sind Bewerbungen für den Deutschen Bürgerpreis der Initiative „für mich. für uns. für alle.“ möglich. Das Motto lautet 2013: „Engagiert vor Ort: mitreden, mitmachen, mitgestalten!“. Gesucht werden Personen, Projekte und Unternehmer, die mit ihrem freiwilligen Engagement die Lebensqualität vor Ort verbessern und das Gemeinwohl stärken.



„Dieses Jahr stehen die vielen innovativen Kooperations- und Vernetzungsformen im

Mittelpunkt, die Bürgerinnen und Bürger, oft gemeinsam mit ihren Kommunen, entwickeln und umsetzen. Ob es um den Einsatz für Mobilitätsangebote, unterfinanzierte Theater oder den vor dem Aus stehenden Jugendclub geht, mit ihrem Einsatz tragen die Ehrenamtlichen dazu bei, Deutschland sozial gerechter zu gestalten“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes.

Der Deutsche Bürgerpreis wird in den Kategorien „Alltagshelden“, „Engagierte Unternehmer“, „U21“ und „Lebenswerk“ verliehen. Zusätzlich wird mit dem „Video Award“ ein Publikumspreis ausgelobt. „Die Bewerber nehmen zunächst auf lokaler Ebene am Wettbewerb teil. Die Gewinner gehen automatisch ins Rennen um den nationalen Bürgerpreis“, beschreibt der SPD-Politiker. Eine Fachjury wählt dann die Sieger, die im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung Ende des Jahres in Berlin gewürdigt werden. Bundesweit werden Sachpreise im Wert von insgesamt über 300.000 Euro vergeben; davon allein 41.000 Euro für den nationalen Wettbewerb.

Teilnahmeschluss ist der 30. Juni 2013. Die Bewerbungsunterlagen erhalten Interessierte bei teilnehmenden Sparkassen der Initiative oder im Internet unter [www.deutscher-buergerpreis.de](http://www.deutscher-buergerpreis.de).

„Auch im Kreis Segeberg gibt es viele gute Beispiele für herausragendes Bürgerschaftliches Engagement. Deshalb würde ich mich über eine rege Beteiligung aus unserer Region freuen“, betont Thönnnes.

**Bildquelle: Initiative „für mich. für uns. für alle.“**

**Keine Kommentare**

[SPD Schacht-Audorf](#) - veröffentlicht am 19.02.2013, 10:06 Uhr - 6232 Clicks - Nr.

## 126 **20 Jahre SPD-Skat Schacht-Audorf**

*Streng nach der Skatordnung wollten elf Mannschaften spielen, deshalb versammelten sie sich am Freitag den 15. Februar im Audorfer Hof.*

Zwei Frauen und 50 Männer hatten sich angekündigt und trafen auch alle ein. Dazu verkündete einer der Organisatoren, Edgar Schmidt, zu Beginn des Turniers: „Ich danke Euch, dass alle Angemeldeten gekommen sind, das vereinfacht den Ablauf.“



Ohne viele Worte hielt sein Kollege Rainer Böttcher ein Tablett in die schon vor ihm dicht gedrängte erwartungsvolle Menge: Die Lose mit den Sitzplätzen fanden reißenden Absatz.

„Scharf“ spielen heißt: Unberechtigtes Ausspielen oder falsches Bedienen beendet sofort das Spiel zugunsten der Gegenpartei. Außerdem: Im Gegensatz zu diversen praktizierten Regeln bekommt der Sieger beim Ramsch nur 20 Punkte gutgeschrieben. Wichtig ist auch die Regel 5 vom ausgelegten Merktzettel: Der Skat darf nicht vom Kartengeber eingesehen werden, ebenso ist es ihm verboten, in die Karten seines linken und rechten Nachbarn hinein zu schauen. Er darf dies nur nach einer Seite tun. Haben sich alle daran gehalten? Klar doch. Übrigens für Skat-Neulinge zur Info hier die Merktzettel-Regel 8: Null zählt 23, Nullhand 35, Nullouvert 46, Nullouvert Hand 59, und Grand hat einen Grundwert von 24 Punkten.

Während der Spiele hörte man von den 13 Tischen mit je vier Spielern die verschiedensten Geräusche: Lautes Lachen, enttäuschte Grunzlaute, den Ruf nach „Karin“ oder

ärgerliche Ausbrüche wie „So ein Mist!“ oder aber auch ganze Sätze, wie: „Ich kann nicht ramschen, ich muss Punkte machen.“ Nach einem verlorenen Spiel hörte ich: „Manchmal denkt man, der andere reizt noch weiter ...“

Kurz vor Mitternacht verkündete Edgar Schmidt die Ergebnisse der Mannschaftswertung: Der erste Platz (4818 Punkte) ging an die Mannschaft 1 der SPD mit den Herren Johannes Fraj, Uwe Thalmann, Dieter Herzog und Horst Köller (s. Foto). Die nachfolgenden Ränge erkämpften sich die Teams von Vineta, Hol Rut, dann der Tennis-Club, Schrebergarten 2, Feuerwehr, Of-Beat-Kirche, Schrebergarten 1, Siedlerbund, Ev. Kirchengemeinde und SPD 2. Als bester Spieler gewann diesmal Michael Zunkel mit 2011 Punkten.

Es hat, glaube ich, allen viel Spaß gebracht. Bleibt gesund, wir sehen uns dann wieder beim 21. SPD-Skat am 14.2.2014. Tschüss und ein gutes Jahr!  
Horst Köller

**Keine Kommentare**

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 19.02.2013, 10:08 Uhr - 6638 Clicks - Nr. 127

## **Bente Reimer als AfA Vorsitzende bestätigt**

An der AfA Mitgliederversammlung in Rabenkirchen im Kreis Schleswig-Flensburg nahmen als Gäste der Bundestagskandidat Dirk Peddinghaus, der AfA Landesvorsitzende Wolfgang Mädler, Christian Reimer AfA Flensburg, der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel und von den Jusos Jan Thorben Book teil. Der Vorstand wurde gewählt und die AfA Landeskonferenz wurde vorbereitet.

Bente Reimer und Anne Marxen blickten auf zwei arbeitsintensive Jahre in ihren Rechenschaftsberichten zurück und die Gäste betonten in ihren Grußworten die Wichtigkeit, sich für eine gerecht bezahlte Arbeit und bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen und aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen bzw. diese zu korrigieren.



Bei den Wahlen wurden Bente Reimer (Vorsitzende), Reinhard Vieth (stv. Vorsitzender), Anne Marxen (Schriftführerin/Öffentlichkeitsarbeit) und als Beisitzerin Hanna Hansen und als Beisitzer Peter Casper, Hermann Dederichs, Holger Groteguth, Jürgen Klose bestätigt. Joachim Förster und Arne Mumm wurden als neue Beisitzer in den Vorstand gewählt.

Einen großen Raum nahm die Vorbereitung der AfA Landeskonferenz ein, die am 13. April in Neumünster stattfindet. Als Delegierte wurden Bente Reimer, Anne Marxen, Hanna Hansen, Ralf Wrobel, Peter Casper und Reinhard Vieth und als Ersatzdelegierte Holger Groteguth, Jürgen Klose, Harald Schaper, Hermann Dederichs, Arne Mumm, Joachim Förster und Jürgen Augustin gewählt.

Es wurde über 5 Anträge zu den Themen Organisation im AfA Landesbezirk, Tariftreue- und Vergabegesetz im Land SH, Minijobs reformieren und „Wasser ist Menschenrecht – Privatisierung stoppen“ beraten und angenommen. Zu den Themen Rekommunalisierung im Gesundheitswesen (Krankenhäuser) und Situation der Landesstraßen wird der Vorstand beauftragt, noch Anträge für die AfA Landeskonferenz zu formulieren.

Abschließend sammelte die Mitgliederversammlung noch Ideen für Veranstaltungen im Jahr 2013, die zusammen mit der AfA Flensburg angeboten werden sollen.



Auf dem Foto von links nach rechts: Peter Casper, Reinhard Vieth, Anne Marxen, Bente Reimer, Arne Mumm, Wolfgang Mädler, Dirk Peddinghaus, Hanna Hansen, Harald Schaper, Joachim Förster, Hermann Dederichs und Jürgen Klose.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 19.02.2013, 12:16 Uhr - 8821 Clicks - Nr. 128

## **Moderner Ausbau der Stromnetze mit Erdkabel**

18.02.2013

Moderner Ausbau der Stromnetze mit Erdkabel

Die Zurückstellung der 380-KV-Stromtrasse von Göhl (Ostholstein) nach Kiel durch die Bundesnetzagentur bis nach 2015 bietet die Chance, um einen für die Menschen im Kreis Plön verträglichen Weg des Netzausbaues zu erarbeiten.

Ohne Frage macht die Energiewende einen zügigen Netzausbau notwendig. Dieser Zeit-aufschub gibt jedoch den Spielraum, um die Möglichkeiten der dezentralen Nutzung der Energie für die Betriebe und Haushalte vor Ort weiter zu entwickeln und damit die Notwendigkeit dieser Trasse zu überprüfen.

„Außerdem muss der Einsatz von Erdkabeln, besonders in besiedelten Gebieten und Naturschutzräumen, intensiv geprüft werden und ist dem Ausbau der Überland-Hochspannungstrassen vorzuziehen!“ fordert Dr. Birgit Malecha-Nissen, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion und Kandidatin für die Bundestagswahl.

Neue Verlegungsmethoden für Erdkabel sorgen für geringere Kosten als bisher prognostiziert. In Dänemark werden bis zum Jahr 2040 Leitungen mit bis zu 150 KV konsequent unter die Erde verlegt und die Verlegung der 400 KV Leitungen überprüft. Ebenfalls gibt es 4 Teststrecken für 380 KV Leitungen in Niedersachsen und dem Thüringer Wald.

„Diese Ergebnisse sollten abgewartet werden, bevor bis zu 60 m hohe Stromtrassen, den Dinosauriern des letzten Jahrhunderts, durch unseren besiedelten und touristisch geprägten Kreis führen.“ betont Birgit Malecha-Nissen.

Für mehr Akzeptanz kann ebenfalls die Möglichkeit der Wertschöpfung für die Gemeinden und Bürgerinnen und Bürgern sorgen. „Auch bei der OST-West Trasse muss über eine mögliche finanzielle Beteiligung der Anrainer als Miteigner der Trasse nachgedacht werden.“ führt Birgit Malecha-Nissen weiter aus.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 19.02.2013, 12:24 Uhr - 9398 Clicks - Nr. 129

## **Gute Rahmenbedingungen im U3-Bereich fallen nicht vom Himmel**

Gute Rahmenbedingungen im U3-Bereich fallen nicht vom Himmel

Das ist das Fazit der Veranstaltung „Ist es richtig, was wir tun? U3 – eine Zwischenbilanz „ des Bündnisses für Familie in der Mensa der Theodor- Heuss- Gemeinschaftsschule in Preetz.

Ein großer Kreis von Erzieherinnen, Tagespflegepersonen und Interessierten war der Einladung der Moderatorinnen des Arbeitskreises „ Vereinbarkeit von Familie und Beruf“,

Ulrike Michaelsen und Helga Hohnheit gefolgt, um die bisher geschaffenen Rahmenbedingungen im U3-Bereich zu hinterfragen.

Mit in Krafttreten des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr zum 01.08.2013 wird der Kreis für 41,2 Prozent der unter Dreijährigen einen Platz in einer Krippe oder bei einer Tagespflegemutter anbieten können. Damit liegt der Kreis um 6,2 Prozent über der vom Bund geforderten Mindestausbauquote von 35 Prozent. Deshalb sollte es in dieser Veranstaltung nicht um den Quantität der Betreuungsangebote gehen, sondern in erster Linie um die Qualität der Betreuung in Krippe und Tagespflege, da sie ganz entscheidend für die positive Entwicklung der Kinder in den ersten Lebensjahren ist. Daran ließ auch Frau Dr. Ilse Wehrmann, Diplom-Sozialpädagogin und bundesweit anerkannte Sachverständige für Frühpädagogik, in Ihrem Einstiegsreferat keinen Zweifel. Sie hob u.a. hervor, dass eine ausreichende Personalausstattung eine Grundvoraussetzung für eine optimale Förderung der Jüngsten ist.

Sie forderte Regelungen für eine einheitliche Strukturqualität in Krippen und Tagespflege auf Landes- und Bundesebene ein, verbunden mit entsprechenden Messinstrumenten, um eine Qualitätskontrolle der Betreuungsleistung durchführen zu können. Im Zuge der sich anschließenden Podiumsdiskussion, moderiert von Ute von Bargen-Sauer, Referentin für den Kita-Bereich beim DPWV-S-H, wies Sabine Redecker, Kita-Fachberaterin der AWO-S-H. daraufhin, dass es in Schleswig-Holstein allgemein einen Nachholbedarf in der Qualifizierung der Erzieherinnen im Bereich Frühpädagogik sowie der Elternbetreuung von Kleinstkindern gibt.

Die Leiterin der Familienbildungsstätte Plön, Christel Pfau, konnte für den Kreis Plön feststellen, dass im Kreis bereits 90 Erzieherinnen das Zertifikat Fachkraft für Frühpädagogik erworben haben. Sie sah für die Zukunft einen Bedarf der praxisbezogenen Begleitung in den Einrichtungen durch eine ambulante, so zu sagen, aufsuchende Fachbetreuung in den Einrichtungen. Annika Engel, eine der 125 anerkannten Tagesmütter und 1. Vorsitzende des Kindertagespflegerings für den Kreis e. V. stellte die Forderung, auch die Tagesmütter in das vom Kreis ermöglichte Qualifizierungsangebot mit aufzunehmen, da von den insgesamt 1073 Betreuungsplätzen allein 427 Plätze von Tagespflegeeltern bereit gestellt werden.

Erfahrungen aus der praktischen Arbeit in der Evangelischen Kita in Lütjenburg brachten die Leiterin, Frau Nina Frank-Bastian und Frau Jana Stöver, ein. Sie sprachen die wichtige Eingewöhnungsphase der Kinder in ihr neues Umfeld an.

Nur in enger Zusammenarbeit mit den Eltern könnten erforderliche Bindungen und Beziehungen zur Erzieherin aufgebaut werden, die dem Kind Sicherheit und Geborgenheit vermitteln und den Eltern das Gefühl, die richtige Entscheidung getroffen zu haben. Die Veranstaltung hat eines deutlich werden lassen, gute Rahmenbedingungen fallen nicht vom Himmel, sondern müssen gemeinsam weiter entwickelt werden, um kreisweit den Kleinsten bei den ganz wesentlichen Lern- und Entwicklungsprozessen in den ersten Lebensjahren behilflich sein zu können.

Die Moderatorinnen, Ulrike Michaelsen und Helga Hohnheit haben zugesagt, Themen wie kostenfreie Qualifizierung der Tagesmütter, personelle Ausstattung in Einrichtungen, Entwicklung eines Beratungsangebotes für die aufsuchende Beratung der Krippenpädagogen auf die Agenda des Kreises zu setzen. Ebenso wie die Forderung an das Land, schnell möglichst das Kindertagesstättengesetz so zu ändern, dass die Betriebskostenbezuschussung für selbstständig tätige Tagespflegemütter zügig erfolgen kann.

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 19.02.2013, 16:56 Uhr - 9864 Clicks - Nr. 130

## Nina Scheer am 26.02.13 als Referentin bei der SPD Schwarzenbek

Schwarzenbek. Februar 2013. Veranstaltungsankündigung der SPD Schwarzenbek: Sozialdemokratischer Stammtisch Energie- wende- wer trägt die Kosten?“ Am Dienstag, den 26. Februar 2013, um 19.00 Uhr, findet in Schröders Hotel ein weiterer „ Sozialdemokratischer Stammtisch“ statt.

Thema: „Energiewende - wer trägt die Kosten?“ Referentin Nina Scheer: Worin liegen die Ursachen für den flächendeckenden Anstieg der Strompreise und wer muss die Kosten dafür tragen? Und was ist politisch erforderlich, um die Energiewende erfolgreich zu bewältigen und den Strom für die Bürger/-innen bezahlbar zu halten? Zwecks besserer Planung ist eine Anmeldung bei Konrad Freiberg ( E-Mail K.Freiberg@t-online.de oder Tel. 015140443095 ) wünschenswert. Gäste sind herzlich willkommen.



**26.2.2013**  
**19.00 Uhr**  
Schröders Hotel  
**Stammtisch**



**Energie-  
wende-  
wer  
trägt  
die  
Kosten ?**



**Mit Dr. Nina Scheer**  
Energieexpertin  
und unsere Kandidatin für den Bundestag

Zwecks besserer Planung bitten wir um Anmeldung bei Konrad Freiberg unter  
015140443095 oder k.freiberg@t-online.de

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 19.02.2013, 21:00 Uhr - 4932 Clicks - Nr. 131

## Prinovis

### Aufruf zum Streik

die Kolleginnen und Kollegen von Prinovis kämpfen um ihre Arbeitsplätze und können jede Unterstützung gebrauchen!

Deshalb geht bitte am

Samstag, 23. Februar, um 12.05 Uhr,

zur Demonstration in Itzehoe, Berliner Platz.

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 19.02.2013, 23:08 Uhr - 9510 Clicks - Nr. 132

## Arbeitnehmerinteressen in Langwedel?

Auf Kreisebene der SPD Rendsburg-Eckernförde hat sich am 18. Februar die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) neu konstituiert. Gibt es in Langwedel auch Arbeitnehmerinteressen?

Wir denken, dass das so ist und wollen uns auch in diesem Themenfeld engagiert einbringen und positionieren. Im neu gewählten AfA-Kreisvorstand ist mit Susanne Schöttke als

Beisitzerin (Bild: dritte von links) jetzt auch der SPD-Ortsverein Langwedel vertreten. Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit sind die Leitmotive der AfA. Die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Politik, aber auch innerhalb der SPD zur Geltung zu bringen, ist eines der Ziele. Wer Anregungen, Fragen oder Hinweise hat oder mitmischen möchte, kann sich gern mit Susanne Schöttke über das [Kontaktformular](#) in Verbindung setzen.



### **Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)**

*Die AfA ist die größte und mitgliederstärkste Arbeitsgemeinschaft in der SPD. Hier engagieren sich politisch interessierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte, Jugend- und Auszubildendenvertreter und gewerkschaftliche Vertrauensleute. Ihr gemeinsames Ziel: In und mit der SPD für die Schaffung existenzsichernder und sozial abgesicherter Arbeitsplätze einzutreten, die Errungenschaften unseres gewachsenen Sozialstaates zu sichern und den Herausforderungen in Wirtschaft und Arbeitswelt anzupassen.*

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 20.02.2013, 11:22 Uhr - 7807 Clicks - Nr. 133

## **Landtag vom 20. – 22. Februar**

Heute beginnt das dreitägige Februar-Plenum. Am Mittwoch wird es schwerpunktmäßig um das Thema Verkehr gehen. Auf der Tagesordnung steht eine Regierungserklärung zu den Anmeldungen für den Bundesverkehrswegeplan. Donnerstag geht u.a. um die Novellierung des kommunalen Finanzausgleichs (FAG) und das Vorschaltgesetz zum Schulgesetz. Am Freitag schließlich wird die Zukunft der kommunalen Trinkwasserversorgung diskutiert.

Der neue Bundesverkehrswegeplan soll realistischer sein als vorherige, die viele Projekte beschrieben, ohne sich jemals um die Finanzierung zu kümmern. Drei vordringliche Bedarfe formuliert Schleswig-Holstein: Die Instandhaltung des Nord-Ostsee-Kanals, die Sicherstellung einer leistungsfähigen Hinterlandanbindung für die Fehmarn-Belt-Querung und den Bau der A20.



Das Ziel beim FAG ist eine Reform, die zu mehr Gerechtigkeit in der Mittelverteilung führt. Die Formel lautet: Wer mehr Aufgaben erfüllt, muss auch mehr Geld bekommen. Wie genau die Verteilung aussehen soll, werden wir in den kommenden Wochen und Monaten mit den Betroffenen diskutieren.

Mit den Betroffenen diskutieren wir auch, wenn es um Bildung geht. Wir haben einen umfassenden Bildungsdialog gestartet. Das neue Schulgesetz wird im umfassendsten Dialogprozess erarbeitet, den das Bildungswesen in Schleswig-Holstein je erlebt hat. Die nächste Bildungskonferenz steht am 23. Februar auf dem Programm. Weil das neue Schulgesetz erst im Schuljahr 2014/15 in Kraft treten kann, wollen wir bis dahin Schritte

in eine aus unserer Sicht falsche Richtung verhindern.

Wer die Tagung live beobachten möchte, findet unter [www.ltsh.de](http://www.ltsh.de) einen Livestream. Die Debattenbeiträge der Fraktionen können dort unter dem Stichwort „Presseticker“ auch nachgelesen werden. Der Landtag tagt in der Regel von 10.00 bis 18.00 Uhr unter Einchluss einer Mittagspause.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 20.02.2013, 14:05 Uhr - 14398 Clicks - Nr. 134

## **Thönnies zur Betriebsschließung bei Lufthansa Norderstedt**

### **Unmögliches Vorgehen des Vorstandes gefährdet bis zu 800 Arbeitsplätze**

„Nun ist die Katze aus dem Sack“, so SPD-MdB Franz Thönnies empört nach der heutigen Information der Mitarbeiter von Lufthansa Revenue Services (LRS) durch Lufthansa Vorstandsmitglied Simone Menne in Norderstedt. Statt von bislang 300 Arbeitsplätzen die abgebaut werden sollen, will man nun den ganzen Standort bis 2017 schließen. Damit geht es bei LRS nun um alle 400 Beschäftigten, die ihren Job verlieren sollen.



Da jedoch auch noch verkündet wurde, dass dann das Gebäude veräußert werden soll, tritt nun das ein, was der Betriebsrat schon seit längerem befürchtet hatte. Ist LRS erst mal weg, dürften auch die anderen knapp 400 Arbeitsplätze bei weiteren Tochtergesellschaften der Lufthansa am Standort gefährdet sein. „Im Klartext bedeutet das, dass die Arbeitnehmer und die Stadt Norderstedt durch die Entscheidung des Lufthansa Vorstandes nun wohl eher mit dem Verlust von bis zu 800 Arbeitsplätzen konfrontiert sind“, so Franz Thönnies.

Dieses Verhalten gegenüber den Mitarbeitern sei für ein bislang so angesehenes Unternehmen geradezu unmöglich. Thönnies: „So kann man vielleicht am Flughafen Flüge streichen, doch mit seinen Mitarbeitern, die zum großen Teil über anderthalb Jahrzehnte bei Lufthansa gearbeitet haben, geht man so nicht um. Damit und mit der wohl auch vorhandenen Überlegung, sich nicht an den gültigen Tarifvertrag zu halten, schadet der Vorstand dem Ansehen der Lufthansa sehr.“

Thönnies sicherte dem Betriebsrat und der Gewerkschaft seine Unterstützung zu. Deshalb hat er bereits Kontakt zu Reinhard Meyer, dem Arbeits- und Wirtschaftsminister Schleswig-Holsteins und zum ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, der auch stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Lufthansa ist, aufgenommen.

**Keine Kommentare**

[AfA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 20.02.2013, 17:01 Uhr - 5859 Clicks - Nr. 135

## **Neuer AfA-Vorstand in Segeberg**

### **AfA im Kreis Segeberg wählt neuen Vorstand**

Auf der Kreiskonferenz am 15.02.2013 in Wahlstedt wurde ein neuer AfA Kreisvorstand gewählt und sechs Delegierte zur Landeskongresswahl ernannt.

Dem neuen Kreisvorstand gehören an Klaus Kasch als Vorsitzender, Dirk Stock als stellv. Vorsitzender, Andrea Schuster als Schriftführerin und als Beisitzer Jens Wersig, Dirk Wilkens, Hans-Uwe Schwarz, Diane Brüggmann, Birgit Duus, Bärbel Schwarz, Jürgen Fasel und Rudolf Beeth.

Als Delegierte zur AfA-Landeskonferenz wurden gewählt:

Klaus Kasch, Dirk Stock, Diane Brüggmann, Birgit Duus und Dirk Wilkens. Ersatzdelegierte sind Andrea Schuster und Jens Wersig.

Des Weiteren wurden drei Anträge verabschiedet zu den Themen: Sicherung des Kündigungsschutz bei Streikmaßnahmen, Sozialer Wohnungsbau und Keine Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld.

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 20.02.2013, 22:33 Uhr - 9144 Clicks - Nr. 136

## **SPD-Tangstedt: Bürgerhaus und Mehrzweckhalle hinter der Schule!**

**SPD-Tangstedt will den Standort für ein Bürgerhaus und eine Mehrzweckhalle auf dem Gelände hinter der Schule!**

Die **SPD-Tangstedt** will den Flächennutzungsplan (FNP) noch vor der Kommunalwahl verabschieden. Sie lässt sich von den Behinderungen durch andere Fraktionen und Personen davon nicht abbringen.

Dieser FNP ist die notwendige Voraussetzung, um in der Gemeinde neue Baugebiete auszuweisen. Dabei möchte die SPD besonders das Gebiet zwischen Lindenallee und Schul-/ Kindergartengelände zu Bauland verwirklichen. Daraus ergeben sich folgende Vorteile:

- 1)  
Eine Entlastungsstraße für die Schulstraße kann gebaut werden. Sie ist dringend notwendig, um die schlechte Verkehrssituation in der Schulstraße abzubauen.
- 2)  
Eine Mehrzweckhalle mit Bürgerhaus kann auf dem dortigen gemeindeeigenen Gelände errichtet werden. Gemeindlichen Einrichtungen wie Neue Betreute Grundschule, Kindergarten und Grundschule können diese Mehrzweckhalle mitbenutzen. Der Vorteil ist, dass nur dieser Standort eine schnelle Realisierung erlaubt.
- 3)  
Neben Einfamilienhäusern könnte in diesem Baugebiet auch sozialer Wohnungsbau entstehen, der in Tangstedt kaum vorhanden ist und bei den heutigen Mietpreisen stark nachgefragt wird. Die Lage ist ideal, um das Nahversorgungszentrum, die Sparkasse, die Kirche und das Bürgerbüro gut zu erreichen.

Wenn wir keine Zeit verlieren wollen, müssen wir den Flächennutzungsplan jetzt verabschieden. Die SPD-Tangstedt wird sich für die Umsetzung dieser Vorschläge in der kommenden Legislaturperiode einsetzen.

Holger Criwitz, SPD - Ortsvereinsvorsitzender



[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 21.02.2013, 16:39 Uhr - 14451 Clicks - Nr. 137

## **SPD-MdB Thönnies besuchte Bürgermeister Bonse in Wahlstedt**

### **Zukunftschancen durch Verbesserung der Infrastruktur wahren**

Eine attraktive Infrastruktur wird eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine gute, zukünftige Entwicklung Wahlstedts sein. So die übereinstimmende Auffassung aller Beteiligten nach einem Gespräch zwischen Bürgermeister Matthias Bonse, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Heinrich Westphal und dem SPD-Kreistagskandidaten Dirk Wilkens sowie dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies im Wahlstedter Rathaus.



Zuversichtlich äußerte sich Matthias Bonse zur Zielerreichung des gesetzlich vorgesehenen Krippenplatzangebotes für die unter 3-jährigen Kinder zum 1. August 2013. Zu diesem Zeitpunkt habe man 87 Plätze vorzuhalten und bereits jetzt würde man über 62 Plätze verfügen. Die Differenz werde bis zum Sommer ausgeglichen. Alle Gesprächsteilnehmer halten eine gute Kinderbetreuung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Attraktivität des Lebens- und Wirtschaftsstandortes Wahlstedt für sehr wichtig. Auch bei Wohnungs- und Eigenheimbau-Angebot sei die Industriestadt im Grünen gut aufgestellt.

Gleiches gelte für das inzwischen vorhandene Einkaufsangebot. Nachholbedarf habe man jedoch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung beim Bau von seniorenge- rechtem Wohnraum. Thönnies: „Der altersgerechte Umbau darf keine Frage des Geldes sein.“ Er verwies auf die Position der SPD-Bundestagsfraktion, wonach man die von der Merkel-Regierung gestrichenen Zuschüsse der Kreditanstalt für Wiederaufbau für den Ab- bau von Barrieren bei Wohnungen und Häusern wieder einführen wolle.

Zuversichtlich, so Bürgermeister Matthias Bonse, stimme auch die positive Investitions- praxis verschiedener Wahlstedter Unternehmen in letzter Zeit. Damit würden Arbeits- plätze gesichert und die Standortqualität unterstrichen. Optimierungsbedarf sieht das Stadtoberhaupt jedoch noch beim Ausbau der Breitbandversorgung, um einen schnellen Datenaustausch innerhalb der Wirtschaft und der Privatnutzer zu ermöglichen. Auch bat er um Unterstützung bei dem Bemühen, den Bahnhaltepunkt „Wahlstedt“ am Industriepark Kieler Straße mit in das Busnetz der Firma Autokraft einzubeziehen. SPD-Fraktions- vorsitzender Heinrich Westphal wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass hier noch eine Gewerbegebietserweiterung stattfinden wird und man ebenso dann auch das an- grenzende Wohnviertel mit der Buslinie innerstädtisch verbunden werden könnte. Thön- nies sicherte zu, sich um diese beiden Belange zu kümmern.

**Auf dem Foto v.l.n.r.: Wahlstedts Bürgermeister Matthias Bonse, SPD-MdB Franz Thönnies, SPD-Fraktionsvorsitzender Heinrich Westphal, SPD-Kreistagskandidat Dirk Wilkens**

## Neuer AfA-Kreisvorstand

### Neuer AfA-Vorstand im Kreis Rendsburg-Eckernförde

Der Kreisverband der SPD Rendsburg Eckernförde hat einen neuen Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA).

Zum neuen Vorsitzenden wurde Helmut Ulbrand aus Kronshagen gewählt, zu seinem Stellvertreter bestimmte die Versammlung Jens Karp. Als Beisitzer wurden Susanne Schöttke, Birgitta Bargmann, Ralf Harenkamp, Axel Diehl, Ralf Tams und Manfred Tank gewählt.

Der neue Vorstand hat sich regelmäßige Veranstaltungen zu gewerkschaftlichen Themen vorgenommen. Auf der Wahlkreis-konferenz wurden auch die Delegierten für die Kreisparteitage und die AfA-Landeskonferenz gewählt. Außerdem wurden die beiden Vertreter für den Kreisparteiausschuß gewählt.

**Keine Kommentare**

## Keine Diskriminierung bei doppelter Staatsbürgerschaft!

*Zu TOP 13 und 30: "Aufhebung des Optionszwangs / Optionsregelung erhalten, Information der Betroffenen verbessern" erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli, in einer Rede in der Landtagssitzung vom 22.02.2013:*

Keine Diskriminierung bei doppelter Staatsbürgerschaft!

Wissen Sie, woran man in Deutschland merken kann, dass bald die Bundestagswahlen ins Haus stehen? Daran, dass die CDU wieder einmal in die Mottenkiste greift. Dieses Mal hat die CDU auf Bundesebene nicht nur mit den noch Oppositionsparteien SPD und Grünen, sondern auch mit ihrem eigenen Koalitionspartner Stress, denn neben der Landes-FDP ist nun auch die Bundes-FDP für die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. Und das ist auch gut so.

Neben vielen unqualifizierten Argumenten wie die deutsche Staatsbürgerschaft ist kein Ramschartikel oder man ist dagegen, weil man dagegen ist, sagte der Regierungssprecher der Bundeskanzlerin "Es gilt der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit."

Dagegen sprechen aber 54 Argumente; diese wären: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn, England, Zypern, Afghanistan, Algerien, Angola, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Costa Rica, Dominikanische Republik, Ecuador, Eritrea, Guatemala, Honduras, Irak, Iran, Kuba, Libanon, Marokko, Mexiko, Nicaragua, Nigeria, Panama, Sierra Leone, Sri Lanka, Syrien, Thailand, Togo, Tunesien und Uruguay.

Denn für all die Menschen aus den soeben aufgeführten Ländern gilt bereits die doppelte Staatsbürgerschaft, also die Mehrstaatigkeit. Interessanterweise aber nicht für mit die größte Gruppe der in Deutschland lebenden Menschen ausländischer Herkunft, nämlich die türkischstämmigen Bürgerinnen und Bürger.

Ich finde, dass dieser Zustand nicht nur an Diskriminierung grenzt, sondern es ist eindeutig eine Diskriminierung. Wieder einmal verkennt die CDU die Realitäten in



Deutschland, wie in so vielen anderen gesellschaftspolitischen Themenfeldern auch. So langsam entwickelt sie sich zur einer richtigen Dagegen-Partei, nur mal so nebenbei.

Den Änderungsantrag der CDU, ich möchte mich korrigieren, Herr Landtagspräsident, den Versuch eines Änderungsantrages der CDU-Fraktion, lehnen wir ab. Dieser bringt uns nicht weiter, denn hier geht es nicht um Optimierung von Informationen. Es geht hier um eine grundsätzliche Haltung zur Integrationspolitik und ich muss leider feststellen, dass die CDU ein Integrationsverweigerer ist. Im Bund wie auch im Land.

So, nun möchte ich zu unserem gemeinsamen Antrag von FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, dem SSW und den Piraten kommen. Und mich zunächst bei der FDP für ihren Vorstoß bedanken. Ich freue mich, dass Sie wieder zu Ihrer liberalen Integrationspolitik zurück gefunden haben. Sie hatten ja auch zu Ihrer Regierungszeit gute Ansätze mit dem ehemaligen Integrationsminister Emil Schmalfuß.

Aber wissen Sie, was der Unterschied zwischen dem ehemaligen und dem jetzigen Integrationsminister ist? Andreas Breitner wird nicht vom Ministerpräsidenten Torsten Albig zurück gepfiffen, sondern wird diese Bundesratsinitiative auch auf den Weg bringen.

Wie Sie sich sicherlich nach meiner Rede feststellen konnten, beantrage ich Abstimmung in der Sache.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 23.02.2013, 08:26 Uhr - 7256 Clicks - Nr. 140

## Die CDU, die Uni Flensburg und Jesus

*Zur Presseerklärung des CDU-Abgeordneten Günther zu den Gesprächen zwischen Wissenschaftsministerin Wende und dem Flensburger Unipräsidenten Prof. Reinhart erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Ministerin Wende spricht mit allen Betroffenen, bevor sie Grundsatzentscheidungen trifft. Das ist genau der richtige Weg, an dem sich die Koalitionsfraktionen beteiligen werden, damit er zu einem tragfähigen Ergebnis bei der Neuordnung der Ausbildung unserer künftigen Lehrer führt.



Die CDU redet allenfalls mit denjenigen, die dieselbe Auffassung haben wie sie, und versucht, Lösungen zu verhindern. Noch vor dreißig Tagen hat sich Herr Günther heldenhaft an die Seite der Universität Flensburg gestellt, deren Existenz angeblich durch die Pläne von Ministerin Wende gefährdet sei. Nachdem jetzt aber beide Seiten ihre Standpunkte angenähert haben, erklärt die CDU gleich beide Seiten für unfähig, geeignete Lösungen zu finden.

Wenn Herr Günther gesehen hätte, wie Jesus über den See Genezareth wandelte, hätte er sich vermutlich über dessen mangelnde Schwimmkünste mokiert!

Uns zeigen demgegenüber die Gespräche: Dialog lohnt sich. Bereits im Juni 2012 hat die SPD formuliert: „Für die Grundschullehrerausbildung wird die Universität Flensburg zuständig sein, für die Sekundarstufen I und II beide lehrerbildenden Universitäten mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Mehr und frühere Praxisanteile werden dabei ebenso eine Rolle spielen wie die Binnendifferenzierung, die möglich ist, auch wenn alle Anhänger des Sortierens von Kindern dies bestreiten.“

Dabei bleiben wir und freuen uns, jetzt einen Schritt weiter zu sein. Unsere Ziele sind nach wie vor der bestmögliche Abschluss für alle Schülerinnen und Schüler, möglichst viele junge Menschen mit Abitur und die bestmögliche individuelle Förderung für alle Kinder.

Das sollten auch die Ziele für alle Lehrerinnen und Lehrer sein. Warum tun manche noch immer so, als müssten Lehrerinnen und Lehrer für zwei unterschiedliche Sorten Mensch ausgebildet werden?

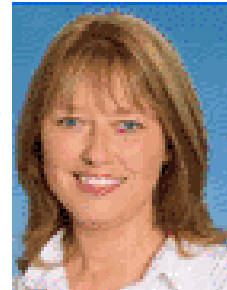
Wir wollen starke Grundschulen. Starke Gemeinschaftsschulen. Starke Gymnasien. Starke berufliche Schulen. Und starke Lehrerinnen und Lehrer für alle!

**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 23.02.2013, 18:02 Uhr - 56588 Clicks - Nr. 141

## **Wasserversorgung als öffentliche Dienstleistung erhalten!**

Bis jetzt sind bereits mehr als 1.170.000 Unterschriften für die Initiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ gesammelt worden. Eine unglaubliche Zahl, die zeigt, wie sehr die Menschen das Thema Wasserversorgung in öffentlicher Hand bewegt, wie groß die Angst ist, dass unser Trinkwasser zum Spekulationsobjekt werden könnte.



Wasser ist unsere Existenzgrundlage. Wir alle haben ein Recht auf gute Qualität, auf Hygiene, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit. Dies ist ohne Frage am besten aufgehoben in öffentlicher Hand, in unserem Land mehrheitlich bei unseren Gemeinde- und Stadtwerken, die hochwertige und bezahlbare Wasserversorgung garantieren und denen die SPD-Fraktion großes Vertrauen ausspricht. Sie sorgen für eine am Bedarf orientierte Bewirtschaftung und achten unsere wertvollen Wasserressourcen. Gerade in Schleswig-Holstein spielt die ortsnahe Wasserversorgung eine wesentliche Rolle.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass Städte und Gemeinden ihre Trinkwasserversorgung selbst organisieren. Man muss sich fragen, was die EU-Kommission geritten hat, ohne Not so tief in die kommunalen Strukturen einer bewährten Wasserwirtschaft, die zudem hervorragend organisiert ist, einzugreifen. Das Recht der kommunalen Selbstverwaltung, für diesen Bereich Entscheidungen zu treffen, darf nicht eingeschränkt werden.

Gerade bei diesem Thema, das jeden bewegt, von dem jeder betroffen ist, ist es wichtig, dass die EU-Kommission den Subsidiaritätsgedanken wahrte. Ansonsten wird die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger für Europa weiter bröckeln. Und das können wir nicht wollen! Wir können nur hoffen, dass den Ankündigungen von EU-Binnenmarktkommissar Barnier von gestern auch endlich Taten folgen und zwar mehr als die angekündigten, denn das ist zu wenig. Lesen Sie die vielen Stellungnahmen von Gewerkschaften, Städte- und Gemeindetag, BDEW, VKU und Naturschutzverbänden.

Die Versorgung mit Wasser ist ein Kernelement der öffentlichen Daseinsvorsorge und sollte als öffentliche Dienstleistung voll in der Kontrolle der öffentlichen Hand verbleiben. Eine Notwendigkeit, dass bewährte Formen qualitativ hochwertiger und bezahlbarer Wasserversorgung denselben Regeln unterworfen werden wie private Anbieter, ist nicht zu erkennen. Durch die Aufnahme der Wasserversorgung in die Konzessionsrichtlinie besteht die Gefahr einer schleichenden Öffnung für einen reinen Wettbewerbsmarkt. Dies kann niemand von uns ernsthaft wollen. Die Wasser- und die Abwasserversorgung müssen aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgehalten werden!

Schauen wir uns die Folgen von Privatisierung an Beispielen an, kann einem Angst und Bange werden. Und das ist nicht übertrieben. Steigende Rohrbrüche durch mangelnde Vorsorge und Reparatur haben im letzten Jahr in London dazu geführt, dass bei einigen Verbrauchern überhaupt kein Wasser mehr ankam. Um bis zu 400 % steigende Preise in einigen Gemeinden Portugals. Fragen Sie unsere Nachbarn in Frankreich, die in Teilen große Probleme mit der Qualität des Wassers haben. Schauen Sie nach Berlin: Entgegen der Versprechen der privaten Großkonzerne wurde die Anzahl der MitarbeiterInnen erheblich reduziert, Preise wurden erhöht. Dort wird gerade die Rekommunalisierung beraten.

Der Bundesrat hat sich mehrfach eindeutig gegen eine EU-Initiative positioniert. Nun muss die Bundesregierung endlich „in die Hufe kommen“. Schon Ende letzten Jahres hat sie diese Chance vertan. Umso wichtiger ist der Antrag „Hände weg von unserem Wasser“ der SPD Landtagsfraktion.

Sandra Redmann, MdL

Kommentar von [Hans Peter Robin](#) vom 24.02.2013, 06:32 Uhr:

**RE: Wasserversorgung als öffentliche Dienstleistung erhalten**

*AG 60 plus Kreisverband RD/Eck "Wir mischen uns ein !" Wasserversorgung muss in Öffentlicher Hand bleiben ! Wasser ist Menschenrecht ! Kommt unser Wasser bald von privaten Konzernen? Darüber wird zur Zeit in Brüssel diskutiert. Eine geplante EU-Richtlinie soll zukünftig Städte und Kommunen vorschreiben, die Wasserversorgung europaweit auszuschreiben. Ein Einfallstor für internationale auf gute Rendite setzende Konzerne, mit schwerwiegenden Folgen, wie es Beispiele aus Metropolen belegen: Der Preis explodiert, die Qualität sinkt. Sehr geehrter Herr EU - Kommissar Michel Barnier: Ziehen Sie die "Konzessionsrichtlinie für Trikwasser" zurück. Der Zugang zu Wasser ist ein Menschenrecht. Wasser kann deshalb keine übliche Handelsware sein, die Versorgung mit Wasser stellt unzweifelhaft ein Kernelement der öffentlichen Daseinsvorsorge dar und sollte als öffentliche Dienstleistung voll in der Kontrolle der öffentlichen Hand verbleiben. Die Wasserversorgung darf daher nicht den Regeln zur Konzessionsvergabe unterliegen. Hans Peter Robin - Kreisvorsitzener*

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 23.02.2013, 19:55 Uhr - 7728 Clicks - Nr. 142

## Arbeit der Bundespolizei am Elmshorner Bahnhof zeigt erste Erfolge

Die Präsenz der Bundespolizei am Elmshorner Bahnhof zeigt Wirkung: Auf Nachfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Beate Raudies teilt die Bundespolizei erste Ermittlungserfolge mit.

So konnten die Beamten in Zusammenarbeit mit ihren Kollegen von der Landespolizei kürzlich zwei Männer festnehmen, die in einer Drogeriefiliale in der Elmshorner Innenstadt auf Beutezug waren. Nur wenige Minuten nach Eingang des Notrufs wurden die Diebe im Elmshorner Stadtgebiet, am Rethfelder Ring, festgenommen. In den Rucksäcken, die die Täter bei sich führten, befanden sich nach Informationen der Bundespolizei Drogerieartikel im Wert von 600 Euro.

Während ihrer Kontrollen rund um die Bundespolizeiwache am Elmshorner Bahnhof haben Bundespolizeibeamte außerdem vor wenigen Tagen einen Mann festgenommen. Der 26-Jährige hatte laut Bundespolizei nicht nur Betäubungsmittel dabei, sondern auch eine geladene Schusswaffe im Gepäck.

Beate Raudies: „Nach nur wenigen Tagen Bundespolizeipräsenz am Elmshorner Bahnhof sind die Erfolge der engagierten Polizisten beeindruckend. Pendler und Elmshorner Bürger können sich hier sicher fühlen.“ Die Landtagsabgeordnete nahm kürzlich an der Einweihung des Bundespolizeistützpunkts am Elmshorner Bahnhof teil. Da es sich im Bereich des Elmshorner Bahnhofsvorplatzes um ein Sanierungsgebiet handelt, war es der



Stadtverwaltung gelungen, dort Räumlichkeiten aufzukaufen und an die Bundespolizei zu vermieten.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 23.02.2013, 21:44 Uhr - 7710 Clicks - Nr. 143

## **Das Experiment ist geglückt, der Dialog geht weiter**

*Zur heutigen Bildungskonferenz erklären die bildungspolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen Martin Habersaat (SPD), Anke Erdmann (Bündnis 90/die Grünen) und Jette Waldinger-Thiering (SSW):*

Über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen zur zweiten Bildungskonferenz, um die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu diskutieren, die seit der ersten Konferenz tagten. Acht Arbeitsgruppen und viele Betroffene und Experten haben gearbeitet und sind zu Ergebnissen gekommen.

Das wichtigste Ergebnis jedoch ist: Man spricht in Schleswig-Holstein wieder miteinander!



Die Konferenz gab klare Empfehlungen für das neue Schulgesetz, das am 1. August 2014 in Kraft treten soll; teilweise erfolgten diese einstimmig. Deutlich wurde, dass das Vorschaltgesetz den Dialogprozess nicht behindert hat. Es gab keine Gegenstimmen zum Vorhaben, Regional- und Gemeinschaftsschulen zu entwickeln.

Der Landtag wird gut daran tun, den Rat der Betroffenen und Experten zu beherzigen. Schulfrieden ist möglich, wenn so viele Menschen einbezogen sind. Das Experiment ist geglückt, der Dialog wird weitergehen.

[Fotoalbum](#)

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 24.02.2013, 12:18 Uhr - 6527 Clicks - Nr. 144

## **SPD: EU macht Rolle rückwärts – Trinkwasserrichtlinie wird verändert – noch kein**

Bad Bramstedt. Der europaweite Protest gegen eine mögliche Privatisierung der Trinkwasserversorgung zeigt Wirkung. Binnenmarktkommissar Michel Barnier hat nun seine Vorschläge abgeschwächt und Zugeständnisse angeboten. Eine mögliche Zwangsprivatisierung der lokalen Wasserversorger hatte für große Aufregung gesorgt, so auch in Bad Bramstedt, wo die Sozialdemokraten sich dieses Themas annahmen.

Barnier sagte am Donnerstag vor EU-Abgeordneten, die Kommission wolle das Monopol von Stadtwerken bei der Wasserversorgung nicht in Frage stellen. Über die Vergabe öffentlicher Aufgaben würden weiterhin die Kommunen entscheiden, so der Binnenmarktkommissar - der hinzufügte: "Ich persönlich bin dafür, die Wasserversorgung in der öffentlichen Hand zu behalten."

Die Bad Bramstedter SPD begrüßt diese Wendung sehr. Doch ganz aus dem Schneider ist Bad Bramstedt damit nicht. Nach der jetzt vorgesehenen Änderung der Richtlinie

sollen immer noch solche Versorger der Ausschreibungspflicht unterworfen werden, die im Bereich ihrer Wassersparte mehr als 20 Prozent des Umsatzes außerhalb der Heimatkommune erzielen. Bei mindestens 80 Prozent Umsatz am Unternehmenssitz soll der Zwang, sich dem freien Wettbewerb zu stellen, dagegen nicht greifen.

Jan-Uwe Schadendorf: „So verrückt es klingen mag: Die Bad Bramstedter Stadtwerke versorgen mehrere Nachbardörfer mit Wasser. Das macht Sinn, wenn es jedoch mehr als 20 % des entsprechenden Spartenumsatzes der Stadtwerke sein sollten, dann hängen wir wieder in der Ausschreibungspflicht. Daher kann noch keine endgültige Entwarnung gegeben werden, sondern die Neufassung der Richtlinie muss abgewartet werden und die Abgabe an Nachbardörfer muss ggf. limitiert oder rechtlich neu sortiert werden. Es gilt wachsam zu bleiben.“



Der SPD-Politiker plädiert dafür, die Wasserversorgung als Aufgabe öffentlicher Körperschaften in der Verfassung sowie ein Verbot der Privatisierung zu verankern. Damit könne am besten dem von der UNO im Jahr 2010 beschlossenen Menschenrecht auf Wasser Rechnung getragen werden.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.02.2013, 12:49 Uhr - 8831 Clicks - Nr. 145

## **Bildungsdialog bringt Ergebnisse**

### **Auch Vertreter aus Stormarn gestalteten die Bildung der Zukunft mit**

Eine wichtige Etappe ist geschafft. Die neue Landesregierung in Schleswig-Holstein war mit dem Anspruch angetreten, den größten Bildungsdialog in der Geschichte des Landes zu starten. „Ziel war, mit allen beteiligten Gruppen ins Gespräch zu kommen“, erklärt Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

„Ein Schulfrieden ist möglich, wenn viele Menschen einbezogen sind, wenn die Basis der getroffenen Entscheidungen solide ist. Das Experiment ist geglückt, der Dialog wird weitergehen.“



Im September 2012 wurden bei der ersten Bildungskonferenz Arbeitsgruppen gegründet, die im Dezember 2012 in Werkstattgesprächen ihre Zwischenergebnisse präsentierten. Empfehlungen für das neue Schulgesetz, das am 1. August 2014 in Kraft treten soll, wurden nun auf der zweiten Konferenz von über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gegeben, teilweise ohne Gegenstimme.

[Empfehlungen für das neue Schulgesetz:](#)

- Die Regionalschulen in Schleswig-Holstein sollen ab dem Schuljahr 2014/15 zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickelt werden. Deren Mindestgröße soll auf 240 Schülerinnen und Schüler gesenkt werden. (Habersaat: „Dann gibt es in der Sekundarstufe I zwei Säulen - Gemeinschaftsschulen und Gymnasien. Die Umwandlung betreffe auch die Regionalschule Wentorf. In Stormarn gibt es keine Regionalschulen.“)
- In Schleswig-Holstein soll der Grundsatz gelten: Gymnasien bieten das Abitur in acht Jahren an, Gemeinschaftsschulen in neun Jahren. Bestehende G9-Gymnasien erhalten Bestandsschutz. (Habersaat: „Unter diesen Bestandsschutz falle auch das Gymnasium Wentorf, wenn die Gerichte entsprechend entscheiden. In Stormarn gibt es nur G8-Gymnasien.“)
- Es sollen Kooperationen von Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Schulen ermöglicht werden, die dann gemeinsame Oberstufenkonzepte erarbeiten. (Habersaat: „Das wird vor allem berufliche Schulen und Gemeinschaftsschulen dort betreffen, wo Gemeinschaftsschulen auf die Einrichtung eigener Oberstufen verzichten wollen.“)
- An Gemeinschaftsschulen sollen keine abschlussbezogenen Klassen eingerichtet werden dürfen, das Grundprinzip soll längeres gemeinsames Lernen sein.

Mit diesen Ergebnissen wird Bildungsministerin Wara Wende jetzt auf die Fraktionen zugehen. Ihr Fazit: „Diese Bildungskonferenz ist eine wichtige Wegmarke für die Erarbeitung des neuen Schulgesetzes; und sie ist ein überzeugender Beleg dafür, was man erreichen kann, wenn man engagiert, ideologiefrei und konstruktiv miteinander redet.“ An anderen Themen soll in unterschiedlichen Formen weiter gearbeitet werden. So bereitet das Ministerium gemeinsam mit den Universitäten Kiel und Flensburg eine Reform der Lehrerbildung vor, die zu den Ansprüchen der Schullandschaft in Schleswig-Holstein passt. Ein „Runder Tisch Inklusion“ wird seine Arbeit fortsetzen, das Ministerium wird zum Thema Inklusion außerdem das Gespräch mit den Schulträgern suchen. Eine Arbeitsgruppe „Übergänge zwischen den Schulen“ wird neu ins Leben gerufen und die Abschaffung der Schulartempfehlung nach Klasse vier sowie die Frage der „Querversetzungen“ (vom Gymnasium an andere Schulen) beraten.

Die Orte, an denen der Dialog stattfand, waren von hohem Symbolwert: Die Auftaktveranstaltung im September 2012 fand in der Toni Jensen Gemeinschaftsschule in Kiel statt, die Werkstattgespräche am Gymnasium Kronshagen und die zweite große Konferenz schließlich am Regionalen Bildungszentrum Technik in Kiel. Habersaat: „Damit sind auch die drei weiterführenden Schularten benannt, die in Schleswig-Holstein alle zur Hochschulreife führen können.“

Aus Stormarn waren viele Experten an den Bildungskonferenzen beteiligt, das Foto zeigt (in einer Pause der zweiten Bildungskonferenz) Jörg Wischermann aus Reinbek, der Elternvertreter der Regionalschule Wentorf ist und den Landeselternbeirat der Regionalschulen vertrat, in der Mitte Martin Habersaat, rechts Volker Wurr, Schulleiter der Gemeinschaftsschule Wiesenfeld in Glinde.

[Fotoalbum](#)

[PM des MBW](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Harrislee](#) - veröffentlicht am 24.02.2013, 16:38 Uhr - 4174 Clicks - Nr. 146

## **Dirk Peddinghaus zu Besuch bei Kristronics**

Ende Januar besuchte unser Bundestagskandidat Dirk Peddinghaus das innovative und expandierende Unternehmen Kristronics im Harrisleer Gewerbegrund.

Begleitet wurde er von unserem stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Jens Maßlo, unserer Fraktionsvorsitzenden Dr. Susanne Staemmler und unserem Juso-Beauftragten Janhendrik Timm vom Ortsverein Harrislee.

Als studierter Elektro- und Nachrichtentechniker folgte Dirk Peddinghaus interessiert und mit Begeisterung den Ausführungen des geschäftsführenden Gesellschafters Thormod Ohm, der die Geschäftsfelder des auf Elektromobilität, Medizin- und Sicherheitstechnik spezialisierten Unternehmens vorstellte.

Wir freuen uns, ein derart leistungsstarkes und zukunftssträchtiges Unternehmen in unserer Gemeinde zu haben!

(Dr. C. Susanne Staemmler)

**Keine Kommentare**

[SPD-Harrislee](#) - veröffentlicht am 24.02.2013, 16:44 Uhr - 6659 Clicks - Nr. 147

## **Die Liste in Harrislee steht**

Bei unserer letzten Mitgliederversammlung haben wir im Ortsverein Harrislee unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl am 26. Mai 2013 aufgestellt.

**Wir sind uns einig!** Mit großer Mehrheit wurden die Vorschläge des Vorstandes angenommen:

1. Dr. C. Susanne Staemmler,
2. Frank Thomasky,
3. Karl-Hermann Rathje,
4. Mark Klindtworth,
5. Helga Schmidt,
6. Günter Arlt,
7. Hartwig Schlüter,
8. Jürgen Schiersching,
9. Dr. Stefan Tießen,
10. Janhendrik Timm,
11. Dirten Kolar,
12. Ole Hühnken,
13. Wolfgang Potztal,
14. Harry Henningsen,
15. Bernd Gludau,
16. Dr. Jens Maßlo,



17. Holger Zschiesche,
18. Thomas Meyer,
19. Hans-Hermann Callesen,
20. Heino Henningsen,
21. Marianne Fenske,
22. Renate Callesen.

In den Wahlkreisen stellen sich zur Wahl:

- WK 1: Dr. Stefan Tießen
- WK 2: Dr. C. Susanne Staemmler
- WK 3: Karl-Hermann Rathje
- WK 4: Frank Thomasky
- WK 5: Dirten Kolar
- WK 6: Helga Schmidt
- WK 7: Mark Klindtworth
- WK 8: Hartwig Schlüter
- WK 9: Günter Arlt
- WK 10: Jürgen Schiersching
- WK 11: Janhendrik Timm
- WK 12: Ole Hühnken

Jetzt hoffen wir, dass viele Wählerinnen und Wähler sich für unsere Kandidatinnen und Kandidaten entscheiden werden.

Wir haben eine gute Mischung aus erfahrenen und neuen Leuten, die sich gemeinsam für Harrislee engagieren wollen.

**Los geht's!** Ende Februar werden inhaltliche Ausrichtung und Schwerpunkte des Wahlkampfes festgelegt. Auch die Ergebnisse der Auftaktveranstaltung der Harrisleer Zukunftsgespräche werden Berücksichtigung finden.

In einer kurzen und ansprechenden Informationsbroschüre wird alles übersichtlich zusammengefasst und rechtzeitig vor der Wahl an die Haushalte verteilt.

Wir, die Kandidatinnen und Kandidaten, freuen uns auf den 26. Mai und auf die Gelegenheit gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die nächsten fünf Jahre in Harrislee zu gestalten.

(Dr. C. Susanne Staemmler)

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 25.02.2013, 09:50 Uhr - 14578 Clicks - Nr. 148

## **Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege startet zum 01.04.2013**

### **Thönnnes: Chancen für über 7.000 Pflegebedürftige im Kreis Segeberg nutzen!**

Am 21. Februar 2013 hat der Deutsche Bundestag die Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege verabschiedet. Im Dialog mit den Arbeits- und Sozialministerien der Länder ist ein Konzept entstanden, das dem akuten Fachkräftemangel in diesem Bereich entgegenwirken soll und über die Bundesagentur für Arbeit ganz gezielt auf Ausbildung, Weiterbildung sowie Umschulung setzt.



„Für die SPD steht schon lange fest, dass gute Pflege eine gesamtgesellschaftliche



Aufgabe ist, und der Bund sich hier verstärkt einbringen muss. Dass man in einer Phase qualifizierte Hilfe bekommt, in der man sich nicht selber helfen kann, ist Ausdruck sozialer Gerechtigkeit“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies. Jetzt folgen CDU/CSU und FDP endlich dieser Position, nachdem sie noch am 27. September 2012 den Antrag „Für eine umfassende Pflegereform – Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken“ der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages abgelehnt haben.

„Das Angebot gilt es jetzt zu nutzen und verstärkt auszubilden, um dem Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken. Schon jetzt gibt es im Kreis Segeberg über 7000 pflegebedürftige Bürgerinnen und Bürger und diese Zahl soll bis 2025 um 50 Prozent zunehmen“, so der SPD-Politiker

Zum Hintergrund: Bereits zwischen dem 1. Februar 2009 und dem 31. Dezember 2010 konnte im Rahmen des Konjunkturpakets II das dritte Lehrjahr bei Umschulungen im Bereich der Altenpflege voll durch die Bundesagentur finanziert werden. Diese Möglichkeit wird jetzt – befristet auf drei Jahre – ab April wieder geschaffen.

„Jeder, der mit dem Gedanken spielt sich zum Altenpfleger ausbilden oder umschulen zu lassen, sollte sich jetzt bei der Bundesagentur für Arbeit oder den Pflegeeinrichtungen informieren. Die Chancen auf einen Arbeitsplatz sind nach abgeschlossener Lehre ausgesprochen gut, denn qualifizierte Mitarbeiter werden händeringend gesucht“, erläutert Thönnies.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 25.02.2013, 11:40 Uhr - 7508 Clicks - Nr. 149

## **Bildungsideen gesucht**

Mit den erfolgreichen Bildungskonferenzen ist Schleswig-Holstein dem Ziel, mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen, einen großen Schritt näher gekommen. Doch Bildung ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft, auch findet sie nicht allein in der Schule statt. Jungen Menschen auf ihrem Weg ins Leben Unterstützung zu geben, hat sich auch die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Vodafone Stiftung vorgenommen.

Zum dritten Mal findet der Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik – Gemeinsam für mehr Bildungschancen“ statt.

Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: „Ausgezeichnet werden engagierte Bürgerinnen und Bürger und Initiativen, die sich um Kinder und Jugendliche kümmern, die sich aus unterschiedlichen Gründen mit dem Lernen schwer tun und deshalb besondere Unterstützung brauchen. Das können Lese- und Erzählnachmittage in einer Bücherei sein, naturwissenschaftliche Experimente, Projekte zur Erforschung der Stadtgeschichte, gemeinsame Musik- oder Theateraufführungen, Angebote zur Sprachförderung und vieles mehr.“ Ziel des Wettbewerbs sei es, solche Projekte bekannt zu machen und zur Nachahmung anzuregen.



Unter [www.bildungsideen.de](http://www.bildungsideen.de) können sich Projekte und Initiativen bis zum 24. März 2013 bewerben, die Bildungsgerechtigkeit für Kinder und Jugendliche in besonderer Weise fördern.

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 25.02.2013, 18:07 Uhr - 10326 Clicks - Nr. 150

## **Nina Scheer besucht die Lauenburger Kultur- und Kneipennacht**

Lauenburg. 23. Februar 2013. Die erste Lauenburger Kulturnacht war ein großer Erfolg. Reges Treiben herrschte an diesem Sonnabend in der Lauenburger Altstadt.

Viele Lauenburgerinnen und Lauenburger, aber auch viele Besucher aus den Nachbarorten waren gekommen, um das vielfältige Kulturprogramm zu genießen. Es gab ein großes Angebot an Kultur und Musik in den Kneipen der Lauenburger Altstadt. In der Osterwold-Halle traten z.B. die Folk Rovers auf und hier gab auch der Lauenburger Musik-Kreis sein Bestes. Aber auch Lesungen in der Zündholzfabrik zogen die Besucher in ihren Bann. Bei allem stand aber die Geselligkeit an vorderster Stelle. Sicherlich wird dies nicht die letzte Kultur- und Kneipennacht in Lauenburg gewesen sein.



Foto v.l.n.r.: OV-Vorsitzender SPD Lauenburg, Jens Meyer; Nina Scheer; Olaf Schulze, MdL

Kommentar von [Jens Meyer](#) vom 27.02.2013, 17:36 Uhr: **RE: Nina Scheer besucht die Lauenburger Kultur- und Kneipennacht**

*Dein Besuch war eine tolle Überraschung! Vielen Dank! Deine Anwesenheit hat sicherlich viel zum Erfolg des Konzerts meiner Folk Gruppe, den "Folk Rovers" beigetragen!*

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 25.02.2013, 19:42 Uhr - 8698 Clicks - Nr. 151

## **Hamburg und Schleswig-Holstein eng verflochten**

„Die Grenzen sind nicht auf der Karte, sie sind in unseren Köpfen,“ mit diesen Worten fasste vor ziemlich genau einem Jahr der mittlerweile zum Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins gewählte Torsten Albig die Arbeit der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ zusammen. Ob und wie sich diese Grenzen verschoben haben, darüber finden sich in der vor kurzem veröffentlichten statistischen Analyse des Statistischen Amtes beider Länder einige Anhaltspunkte.

Auf knapp 40 Seiten werden unterschiedlichste Aspekte auf Grundlage statistischer Erhebungen dargestellt und untersucht. Darunter Pendlerverhalten, Bevölkerungswanderung, Krankenversorgung, Eheschließungen oder das Verhalten wirtschaftlicher Unternehmen mit Standorten in beiden Ländern.

Martin Habersaat, einst Mitglied der Enquete-Kommission und heute stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, fühlt sich in seinem Streben nach einer verbesserten länderübergreifenden Kooperation bestätigt. Im Schuljahr 2011/12 wurden rund 182.500 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Hamburg unterrichtet, davon fast 3.400 mit Wohnsitz in Schleswig-Holstein.

Ein verbessertes Gastschulabkommen ab 2015 soll den gegenseitigen Austausch verstärken. Auf dem täglichen Weg zur Arbeit fahren täglich 155.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von Schleswig-Holstein nach Hamburg, in umgekehrter Richtung sind 50.100 Menschen unterwegs.



Für viele Neu-Schleswig-Holsteiner ist der Blick nach Hamburg selbstverständlich, so sind im Jahr 2011 rund 23.400 Personen von Hamburg nach Schleswig-Holstein gezogen. Der Gegenstrom von Schleswig-Holstein nach Hamburg war mit 19.200 Menschen etwas weniger stark ausgeprägt. Interessant ist auch die regionale Verteilung der Eheschließungen, so scheint das Land der Horizonte auf Hamburger und Hamburgerinnen eine ganz besondere Anziehung zu haben, denn 1.180 der insgesamt über 7.000 Eheschließungen fanden in Schleswig-Holstein statt. Das freut den Landtagsabgeordneten: „Schleswig-Holstein ist für die Menschen in Hamburg offenbar mit positiven Emotionen verbunden. Das ist umgekehrt auch so, und wir sollten daran arbeiten, dass sich das noch verstärkt.“

Die statistische Analyse kann auf der Internetseite des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein kostenlos abgerufen werden.

[http://www.statistik-nord.de/uploads/tx\\_standdocuments/SI\\_SPEZIAL\\_II\\_2013.pdf](http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/SI_SPEZIAL_II_2013.pdf)

**Keine Kommentare**

[SPD-Harrislee](#) - veröffentlicht am 25.02.2013, 21:46 Uhr - 4365 Clicks - Nr. 152

## **Gänseverspielen - Wieder einmal ein voller Erfolg!**

Wie auch in den letzten Jahren, führte der SPD-Ortsverein Harrislee auch in diesem Jahr ein erfolgreiches Gänseverspielen durch. Diesmal waren mit unserer Landtagsabgeordneten **Simone Lange** und unserem Bundestagskandidaten **Dirk Peddinghaus** auch zwei prominente Gäste mit von der Partie.

Um die 120 Gäste bescherten der Mensa der Zentralschule ein volles Haus. Abgesehen von den ohnehin schon guten zu verspielenden Preisen, gab es als Sahnehäubchen oben auf noch zwei Sonderpreise. Unsere Landtagsabgeordnete Simone Lange überreichte den von ihr gestifteten zweiten Preis, einen ordentlichen „Schinken“. Spender des Hauptpreises war auch in diesem Jahr wieder unser betreuender Bundestagsabgeordneter **Sönke Rix** aus Rendsburg-Eckernförde. Stellvertretend für ihn überreichte unser Bundestagskandidat Dirk Peddinghaus den ersten Preis an den glücklichen Gewinner.



Es war ein gelungener Abend bei guter und lockerer Stimmung, dies war mitunter ein

Verdienst unseres langjährigen Moderator Hans-Jürgen Koch, der über ca. vier Stunden kurzweilig durch den Abend geführt hat. Unterstützung beim Ziehen der Zahlen erhielt er dabei erstmals durch Janhendrik Timm, der den ansonsten unterstützenden, aber an dem Abend leider verhinderten Heico Schmidt würdig vertrat.

Viele helfende Hände trugen dazu bei, dass dieser Abend für die Gäste sowie für den SPD-Ortsverein ein voller Erfolg wurde. Allen Gewinnern herzlichen Glückwunsch!

(Jürgen Schirsching)

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 26.02.2013, 11:48 Uhr - 9843 Clicks - Nr. 153

## **Pressemitteilung: Entwurf über teilweises Fracking-Verbot ist nicht ausreichend**

Pressemitteilung vom 26.02.13:

"Eine detaillierte Analyse der Umweltauswirkungen von Fracking, verbunden mit einem Verbot des Frackings in Wasserschutzgebieten ist nicht ausreichend", kritisiert Nina Scheer, SPD-Bundestagsdirektkandidatin für den Wahlkreis Lauenburg/Stormarn-Süd den durch die Bundesminister Altmaier und Rösler am Montag (25.02.) vorgelegten Entwurf über Regeln für Fracking.



Bei dem Fracking-Verfahren wird ein Chemikalien-Gemisch in tiefe Gesteinsschichten gepresst, um hierdurch Erdgas zu fördern. Die Chemikalien verbleiben dabei im Boden - mit unklaren Spätfolgen. Auch für die Kreise Stormarn und Herzogtum Lauenburg werden für das sogenannte Erlaubnisfeld Schwarzenbek auf Genehmigungsseite derzeit vorbereitende Maßnahmen für Fracking getroffen.

"Die nun vorgesehene Umweltverträglichkeitsprüfung sowohl für die Aufsuchung von Lagerstätten als auch für die eigentliche Förderung des Erdgases kann lediglich der Analyse solcher Umweltgefährdungen dienen, die heute als Aus- und Folgewirkungen von Fracking bekannt sind", erläutert Scheer.

"Aus unseren vielfältigen Erfahrungen mit Altlasten muss die Konsequenz gezogen werden, Umwelteinwirkungen zu untersagen, deren Folgewirkungen nicht auszuschließen sind", argumentiert Scheer. Es sei nicht vertretbar, aus dem Streben nach niedrigen Energiepreisen und Importunabhängigkeit unabsehbare Umweltrisiken und Folgekosten zu Lasten nachfolgender Generationen in Kauf zu nehmen, wenn umweltverträgliche Energiegewinnungsformen verfügbar sind, so Scheer weiter. Zudem lenke das Kostenargument davon ab, dass die kostengünstigste Energieversorgung nur durch einen schnellstmöglichen Umstieg auf regenerative Energien zu erreichen sei.

Ein Verbot von Fracking in Wasserschutzgebieten, im Kreis Stormarn für Glinde, sei zwar grundsätzlich zu begrüßen. Das Verbot treffe aber keine entsprechende Vorsorge für die vielen Trinkwassergebiete, für deren Schutz es einer ebenso klaren Entscheidung bedürfe, so Scheer. Es gebe keinen plausiblen Grund für eine Unterscheidung zwischen der Handhabung von Wasserschutzgebieten und Trinkwassergebieten: "Wie rechtfertigt sich ein Verbot von Fracking in Wasserschutzgebieten, wenn es in Trinkwassergebieten grundsätzlich erlaubt bleibt?", hinterfragt Scheer den Entwurf der Bundesminister.

Pressekontakt: Dr. Nina Scheer, [nina.scheer@gmx.de](mailto:nina.scheer@gmx.de),  
Anika Habersaat, 0152 09523516

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 27.02.2013, 13:33 Uhr - 152987 Clicks - Nr. 154

## "Rückschlag für das Rückwurfverbot"

### Ministerrat legt wenig ambitionierten Text zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik vor

Der Rat der Europäischen Fischereiminister will das Rückwurfverbot von Beifang aufweichen.

Am Mittwoch in den frühen Morgenstunden einigten sich die Minister auf ein im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) vorgesehenes Rückwurfverbot, das weit hinter der Forderung des Europäischen Parlaments zurückfällt. Demnach sollen auch in Zukunft bis zu 9 Prozent aller sogenannten Beifänge weiterhin ins Meer zurückgeworfen werden dürfen. Dieser Wert soll schrittweise auf 7 Prozent reduziert werden. Das Europäische Parlament hingegen hatte sich in seiner Plenarabstimmung vor drei Wochen für ein ausnahmsloses Rückwurfverbot ausgesprochen.



Ulrike RODUST, SPD-Europaabgeordnete und Verhandlungsführerin des Parlaments bei der Fischerei-Reform kritisierte die Ministerentscheidung: "9 Prozent sind definitiv zu viel. Mir fehlt die Phantasie dazu, das noch als Rückwurfverbot bezeichnen zu können. Diesen Punkt wird das Europäische Parlament so nicht akzeptieren."

In Hinblick auf die anstehenden Kompromissverhandlungen mit Vertretern aus den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission erklärte Ulrike RODUST: "Wir als Volksvertreter haben uns mit großer Mehrheit für eine ehrgeizige Reform ausgesprochen, weil auch Europas Bürgerinnen und Bürger wollen, dass ihr Fisch nachhaltig und fair gefangen wird. Der Rat wird das in den Verhandlungen nicht ignorieren können. Ich werde hart verhandeln."

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 27.02.2013, 14:57 Uhr - 6603 Clicks - Nr. 155

## SPD-Umfrage: Am Samstag 2.3.13 mit Infostand bei familia

Bad Bramstedt. Die Fragebogenaktion der Bad Bramstedter SPD „Leben und Einkaufen in Bad Bramstedt“ läuft weiterhin sehr gut. Bereits mehr als 800 ausgefüllte Fragebogen liegen der SPD aus Bad Bramstedt und Umland vor.

Zwischenzeitlich liegt der Fragebogen auch bei familia aus. Neben den vier Annahmestellen im Stadtgebiet fungiert der familia-markt als Anlaufstelle für die Umfrage. Am kommenden Samstag wird die SPD am 9 Uhr morgens mit einem Infostand in der Mall bei familia stehen und die Umfragebögen ausliegen haben, so dass Bürgerinnen und Bürger gleich vor Ort die Bögen ausfüllen und teilnehmen können. Oder sie nehmen die Bögen mit nach Hause, um sie dann zurückzureichen.

Die Umfrage läuft noch bis 15.3. März. Pressesprecher Jan-Uwe Schadendorf: „Wir wollen nicht gleich überschwänglich werden, aber mittlerweile ist selbst eine Zahl von 1.000 Teilnehmern nicht mehr utopisch. Das wäre eine ganz tolle Zahl, gerade wenn man an die Frage nach der Repräsentativität des Umfrageergebnisses denkt. Wir freuen uns

schon jetzt sehr, so gut den Nerv der Bevölkerung getroffen zu haben.“

Wegen der großen Beteiligung an der Umfrage hatte die SPD Fragebögen nachdrucken lassen, um die Annahmestellen damit versorgen zu können. Annahmen erfolgen bei Eisenwaren-Fülscher am Bleeck, Buchhandlung Hans im Glück im Landweg, Buch&Medien im Maienbeeck, findexx am Kirchenbleeck und jetzt auch bei familia.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 27.02.2013, 17:14 Uhr - 8659 Clicks - Nr. 156

## Schulpsychologischer Dienst in Plön bald wieder besetzt

26.2.2013

Regina Poersch und Lutz Schlüsen:

Schulpsychologischer Dienst in Plön bald wieder besetzt

Über eine gute Nachricht aus Kiel für den Kreis Plön freuen sich die SPD-Landtagsabgeordnete Regina Poersch und der SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzende Lutz Schlüsen: Die vakante Stelle im schulpsychologischen Dienst, angesiedelt beim Kreis Plön, wird durch das schleswig-holsteinische Bildungsministerium wieder besetzt.

Regina Poersch: „Nach meinen Gesprächen mit der Spitze des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein gehe ich davon aus, dass die Ausschreibung der Stelle nunmehr zügig erfolgt und der schulpsychologische Dienst im Kreis Plön spätestens zum Sommer wieder besetzt ist.“

Lutz Schlüsen betont die Wichtigkeit dieses Dienstes: „Die Arbeit der Schulpsychologin ist eine wichtige Unterstützung für die Schüler, Eltern und Lehrer und von hoher Bedeutung, Deshalb sind wir sehr froh, das es nun nach längerer Vakanz zur Wiederbesetzung kommt. Das ist gut für die Schulen im Kreis Plön! Für den Einsatz der Landtagsabgeordneten Regina Poersch möchte ich mich deshalb bedanken.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 28.02.2013, 06:22 Uhr - 9944 Clicks - Nr. 157

## Einwohnerversammlung der Gemeinde Tangstedt

Am Mittwoch, den 27.02.2013 fand in der Sporthalle der Grundschule Tangstedt eine Einwohnerversammlung statt, zu der Bürgermeister Herr Dr. Taube eingeladen hatte.

In der von rund 300 Besuchern besetzten Sporthalle ging es um die jüngsten Veränderungen des ÖPNV, die aktuellen Entwicklungen zum Bürger-Natur-Park Tangstedt, eine Entlastungsstraße aufgrund des hohen Aufkommens von Schwerlastverkehr in Wilstedt und Tangstedt sowie die "Fläche 9" zwischen Tangstedt und Wilstedt.



Der Ortsvereinsvorsitzende Holger Criwitz der **SPD-Tangstedt** äußerte nach der Veranstaltung: *"Ich bin froh, dass eine solche hohe Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern anwesend waren und die Chance genutzt haben, ihre Anliegen zu äußern. Da es auch um Anliegen ging, die auch den Kreistag in Bad Oldesloe beschäftigen werden, waren auch Kreistagsabgeordnete wie Christian Rink aus Bargfeld-Stegen anwesend. Die Ausführungen von Johannes Kahlke zu einer erneuten Veränderung und damit Verbesserung der*

*Linienführung des Busses 478 über Hamburg-Duvenstedt sowie zur Errichtung von Sportanlagen und Bürgerhaus nahe der Grundschule stieß bei den Besuchern auf Gehör und Zustimmung. Hinsichtlich einer Entlastungsstraße müssen wir in der nächsten Legislaturperiode Weichen stellen. Es darf nicht so lange dauern, wie ein Mitbürger andeutete, bis ein Unfall geschieht und ein Mensch zu Schaden kommt."*

Die Einwohnerversammlung endete gegen 21:00 Uhr.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.02.2013, 13:10 Uhr - 8194 Clicks - Nr. 158

## **Tag des digitalen Lernens**

Der 7. März ist der „Tag des digitalen Lernens“. Weil die Welt von heute nicht die Welt von gestern und das Lernen heute nicht das Lernen von gestern ist, beteiligt sich auch der Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags an diesem Tag. Am 7. März ab 16.00 Uhr können Interessierte sich darüber informieren und diskutieren, wie unsere Schulen sich durch digitales Lernen verändern werden.

Einen Einstieg in das Thema liefert der Dipl.-Pädagoge Jöran Muuß-Merholz, anschließend berichten Schülerinnen und Schüler sowie der Schulleiter des Hamburger Kurt-Körper-Gymnasiums über ihre Erfahrungen aus der täglichen Arbeit mit iPads.



Jens Lemke vom IQSH wird vorstellen, wie bereits heute Schülerinnen und Schüler auf den Halligen via Webteaching auf ihren Abschluss vorbereitet werden, einen Ausblick und Anregungen für die abschließende Diskussion an Stehtischen wird Staatssekretär Dirk Loßack bieten. Martin Habersaat, SPD-Mitglied des Bildungsausschusses: „Ich freue mich auf diesen Nachmittag und bedanke mich bei der Ausschussvorsitzenden Anke Erdmann (B'90/Die Grünen), aber auch bei Ausschussmitglied Sven Krumbek (Piraten) für die Vorbereitung. Ich würde mich freuen, wenn auch Menschen aus dem südlichen Schleswig-Holstein dabei sein können.“

Veranstaltungsort ist der Schleswig-Holstein-Saal des Landeshauses in Kiel.

Anmeldung: [bildungsausschuss@landtag-sh.de](mailto:bildungsausschuss@landtag-sh.de)

<http://www.tag-des-digitalen-lernens.de/>

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 28.02.2013, 17:29 Uhr - 10461 Clicks - Nr. 159

## **SPD-Unterbezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenz, 24. Februar 2013, Berlin**

Berlin. 24.02.2013. Am Sonntag, den 24. Februar tagte die SPD-Unterbezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenz im Berliner Willy-Brandt-Haus. Im Mittelpunkt stand der Bundestagswahlkampf 2013.

SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel begrüßte die Genossinnen und Genossen mit einem kurzen Eingangsstatement, bevor über Strategien und Gestaltungsmittel für den Wahlkampf diskutiert wurde. Auch Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und SPD Generalsekretärin Andrea Nahles stand den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Rede und Antwort. Foto: v.l.n.r.: Helmut Trost, Nina Scheer, Gabi Hiller-Ohm, Martin Tretbar-Endres



**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 01.03.2013, 10:50 Uhr - 8947 Clicks - Nr. 160

## **SPD: Ist die Stadt sauber genug? Problem: Hundekot.**

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter Sozialdemokraten wollen wissen, was die Stadtverwaltung für Maßnahmen gegen Verdreckung mit Hundekot vorschlägt. Ortsvereinsvorsitzender Klaus-Dieter Hinck hat eine entsprechende Frage an die Stadtverwaltung gerichtet und möchte gern eine Antwort in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr hören.



Hintergrund dieser aktuellen Anfrage ist die aktuelle laufende Umfrage der SPD zu „Leben und Einkaufen in Bad Bramstedt“. Hinck: „Zahlreiche Bürger nutzen die Gelegenheit, Themen zu platzieren, die sie in unserer Stadt gut oder weniger gut finden. Auffällig ist, dass mehrere Bürger das Thema Hundekot auf Straßen, Wegen und Grünanlagen beklagen. Diese Klagen können nicht ungehört bleiben, schon gar nicht für uns als Kur- und Tourismusort. Daher wollen wir wissen, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung vorschlagen kann.“

Schon früher war über Hundeklos, Kotbehälter und Beutelspender diskutiert worden. Bislang blieb es aus unterschiedlichen Gründen ohne Konsequenz.

Das will die SPD so nicht länger hinnehmen.

Hinck: „Selbstverständlich sind in erster Linie die Hundehalter und -führer gefragt, für die entsprechende Reinlichkeit zu sorgen. Aber das muss offenbar durch städtische Maßnahmen begleitet werden, sonst gäbe es keinen Anlass zur Klage zahlreicher Bürgerinnen und Bürger.“

Interessant für die SPD sind Antworten auf die Fragen: Wie beurteilt die Verwaltung Konzepte gegen Hundekot a) Doggy-Walk (spezieller Auslaufplatz für Hunde), b) Spezielle Hundewiesen, c) Leinenzwang und d) Hundebbeutel?

Und wenn es sich um uneinsichtige Hundeführer handelt, müssen auch die Fragen geklärt werden: „Wie werden Kontrollen gegen Hundekot organisiert?“ und letztlich „Nach welchen Vorschriften richten sich die Sanktionsmaßnahmen gegen Hundebesitzer, die den Hundekot nicht beseitigen?“.

Hinck: „Nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) ist Hundekot vom Besitzer vorschriftsmäßig zu entsorgen. Von dieser Pflicht befreit nicht die Zahlung einer Hundesteuer. Uns ist allen an einer sauberen Stadt gelegen und keiner tritt gern in die Häufchen. Da müssen wir gemeinsam an einer Lösung arbeiten.“

Im Übrigen gelte es auch an die Mitarbeiter des Bauhofes zu denken, die bei Ihrer Arbeit schon manch unerfreuliche Erlebnisse mit den Hinterlassenschaften hatten.

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 01.03.2013, 17:39 Uhr - 8256 Clicks - Nr. 161



## Wedel bleibt weltoffen

Die Landtagsabgeordneten des Kreises Pinneberg, Beate Raudies (Elmshorn, SPD) und Kai Vogel (Pinneberg, SPD), die Christdemokraten Barbara Ostmeier (Hetlingen) und Peter Lehnert (Bilsen) sowie die Grünen Ines Strehlau (Halstenbek) und Eka von Kalben (Borstel-Hohenraden) rufen die Bürger auf, sich an den Aktionen zu beteiligen, um einen Nazi-Aufmarsch zu verhindern.

Am 3. März 1943 wird Wedel von einem schweren Bombenangriff getroffen. 37 Menschen sterben. Um daran zu erinnern und zu mahnen, dass nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgeht, sind in der Stadt mehrere Gedenkfeierlichkeiten geplant.

Neonazis planen, diese friedlichen Veranstaltungen für ihre Zwecke zu missbrauchen und am 2. März in Wedel „gegen Bombenterror auf deutschem Boden“ zu marschieren. Um das zu verhindern, rufen alle Landtagsabgeordneten des Kreises Pinneberg dazu auf, den Rechtsradikalen keinen Platz in Wedel zu gewähren. Die Sozialdemokraten Kai Vogel (Pinneberg) und Beate Raudies (Elmshorn), die Christdemokraten Barbara Ostmeier (Hetlingen) und Peter Lehnert (Bilsen), die Grünen Ines Strehlau (Halstenbek) und Eka von Kalben (Borstel-Hohenraden) unterstützen damit die Aktionen des Arbeitskreises der Stadt Wedel gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit.



Das breite antifaschistische Bündnis hat in Wedel geplant, am Sonnabend, 2. März, den ganzen Tag über in Wedel phantasievoll gegen braunen Terror und Menschenhass zu demonstrieren. Für 12 Uhr ist eine zentrale Kundgebung vor dem Rathaus geplant. In dem gemeinsamen Aufruf der Landtagsabgeordneten heißt es: „Wir zeigen Gesicht gegen Rechtsextremismus – Wedel bleibt weltoffen“. Die Kommune mit ihren 32.000 Einwohnern war 1990 für ihre ausdauernd friedliche und interkulturelle Arbeit mit dem Titel „weltoffene Gemeinde“ ausgezeichnet worden – das soll für alle Zukunft gelten.

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 02.03.2013, 20:00 Uhr - 6210 Clicks - Nr. 162

## SPD: Nutzung öffentlicher Flächen wird einheitlich geregelt

Bad Bramstedt. Die Stadt Bad Bramstedt wird in den kommenden Wochen eine Satzung zur Nutzung der öffentlichen Flächen in der Innenstadt erhalten. Das ist das Ergebnis der jüngsten Beratungen im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Bad Bramstedt. SPD und FDP stimmten gemeinsam dafür, von einzelvertraglichen Regelungen wegzukommen und einen für alle gültigen Satzung zu schaffen und erzielten damit eine knappe Mehrheit im Ausschuss.

Arnold Helmcke, Stadtverordneter der SPD:

„Die Bad Bramstedter Sozialdemokraten sind mit diesem Ergebnis sehr zufrieden, entspricht es doch unserer seit mehreren Monaten vertretenen Linie. Wir wollen eine Gleichbehandlung der Pächter in der Stadt erreichen und eine klare und für jeden nachvollziehbare Regelung. Das ist nur über eine Satzung



vernünftig erreichbar.“

Als Muster für die neuen Regeln in Bad Bramstedt soll eine Vorlage aus der Stadt Bad Oldesloe Anwendung finden. Deren Satzung fand im Ausschuss Anklang.

Hinsichtlich der Höhe der Gebühren für künftige Nutzungen besteht zwischen den Parteien noch Uneinigkeit. Während CDU und FDP zusammen mit der Verwaltung für Jahrespachten im niedrigen einstelligen Eurobereich plädieren, sagt die SPD, dass die Stadt vor großen Aufgaben z. B. im Bereich Kindertagesstätten stehe und deshalb nichts zu verschenken habe. Mit Pachten von 3-4 EUR pro qm und Jahr für Verkaufsflächen werde man diesen Anforderungen nicht gerecht werden können.

Auf Antrag der SPD soll nun das Gemeindeprüfungsamt um eine Stellungnahme gebeten werden. Weil die Stadt Bad Bramstedt sozusagen Sozialhilfeempfänger unter den Kommunen ist, muss sie wegen der erhaltenen Hilfen detailliert Rechenschaft über ihre Einnahmen ablegen. Gefordert wird von der Aufsicht insbesondere eine Ausschöpfung der eigenen Einnahmemöglichkeiten der Stadt, bevor die Gemeinschaft der Kommunen herangezogen wird.

Deshalb will die SPD wissen, welche Gebühren in der Satzung mindestens stehen müssen, um eine Kürzung der Hilfen zu vermeiden.

Die Ergebnisse der Prüfung und die Vorbereitung der Satzung werden voraussichtlich im Mai im Ausschuss und im Juni in der Stadtverordnetenversammlung zu abschließenden Beratungen führen.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 03.03.2013, 15:15 Uhr - 25463 Clicks - Nr. 163

## **SPD zieht mit Kai Dolgner als Spitzenkandidaten in die Kreistagswahl**

*Kreisparteitag wählte Liste zur Kreistagswahl und beschloss einstimmig das Kreiswahlprogramm mit den Schwerpunkten Lebensqualität, Mobilität und Bildung*

„Die SPD ist in Rendsburg-Eckernförde sehr gut aufgestellt“, zog der Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix zufrieden Bilanz des außerordentlichen Kreisparteitags in Eckernförde.

„Wir haben einstimmig ein Kreiswahlprogramm beschlossen, dass in einem mehrmonatigen Diskussionsverfahren unter viel öffentlicher Beteiligung erarbeitet wurde. Der Kreisparteitag ist bei der Nominierung der 25 Wahlkreiskandidaten den Voten der Ortsvereine gefolgt und hat auch den Listenvorschlag des Kreisvorstands mit sehr guten Ergebnissen befürwortet. Damit werden erfahrene Kreistagsabgeordneten gemeinsam mit neuen Kräften -viele weiblich und jünger- unsere Inhalte umsetzen – so die Wählerinnen und Wähler dies denn wollen. Mit Kai Dolgner haben wir einen anerkannten und kreisweit geachteten Kommunalpolitiker zu unserem Spitzenkandidaten gewählt.“ Dolgner erhielt bei seiner Wahl 97% der Stimmen.

Spitzenkandidat Kai Dolgner hatte in seiner Rede dargestellt, wie sozialdemokratische Ziele in konkreter Kommunalpolitik umgesetzt würden. Als Beispiele nannte er das Planungsverfahren zur StadtRegionalBahn und die Schulsozialarbeit. „Schulsozialarbeit ist Chancengerechtigkeit: Natürlich brauchen wir Schulsozialarbeit an allen Schulen. Aber wenn nicht genügend Mittel da sind, müssen bei denen anfangen, die den meisten Bedarf haben, deshalb soll sich die Mittelverteilung nach dem tatsächlichen Anteil der unterstützungsbedürftigen Schülerinnen und Schüler richten“, so Dolgner. „Ebenso wäre eine entgeltfreie Schülerbeförderung für alle sicher wünschenswert. Aber durch die Schulschließungen der letzten 40 Jahre sind nun mal die Schülerinnen und Schüler aus dem

ländlichen Raum besonders belastet, deshalb lehnen wir die von CDU und FDP eingeführte Elternbeteiligung nach wie vor ab. Kommunalpolitische Stadt-Land-Fluss-Spiele, bei denen versucht wird, Dörfer, zentrale Orte und Städte gegeneinander auszuspielen, machen wir nicht mit. Wir vertreten alle Menschen und deshalb setzen wir uns sowohl für die Schülerbeförderung im ländlichen Raum als auch für die verstärkte Schulsozialarbeit in den Zentralorten ein.“

Der stellvertretende Kreisvorsitzende Götz Borchert, der gemeinsam mit dem Rendsburger Martin Tretbar-Endres, das Verfahren zur Erarbeitung des Kreiswahlprogramms geleitet hatte, betonte die Intention des Programms. „Willy Brandt hat uns gelehrt, dass Politik nur dann etwas taugt, wenn sie das Leben der Menschen besser macht. Unser Kreiswahlprogramm besinnt sich im 150. Jahr unseres Bestehens auf genau diesen Ausspruch und stellt Lebensqualität, Mobilität und Bildung in den Mittelpunkt.“

„Wir wollen am 26. Mai möglichst viele Wahlkreise direkt gewinnen“, so Sönke Rix. „Der Kreistag braucht eine neue Mehrheit, die es versteht, soziale Ziele mit ökologischen und ökonomischen Ansprüchen zu vereinbaren. Das wird es nur mit der SPD geben.“

SPD-Liste zur Kreistagswahl am 26. Mai 2013:

- 01.) Kai Dolgner (WK Westerrönfeld)
- 02.) Sabrina Jacob (WK Schacht-Audorf)
- 03.) Hans-Jörg Lüth (WK Bordesholm)
- 04.) Sina Marie Weiß (WK Flintbek)
- 05.) Ulrich Kaminski (WK Hohn)
- 06.) Doris Riebeling (WK Fockbek)
- 07.) Otto Griefnow (WK Hanerau-Hademarschen)
- 08.) Sandra Liedtke (WK Felde)
- 09.) Martin Klimach-Dreger (WK Eckernförde)
- 10.) Iris Ploog (WK Hohenwestedt)
- 11.) Martin Tretbar-Endres (WK Rendsburg)
- 12.) Eicke Paysen (WK Kronshagen)
- 13.) Gerrit van den Toren (WK Büdelsdorf)
- 14.) Renate Brunkert (WK Rendsburg)
- 15.) Wolfgang Weiß (WK Altenholz)
- 16.) Jens Kolls (WK Rieseby)
- 17.) Michael Rohwer (WK Wasbek)
- 18.) Manfred Tank (WK Molfsee)
- 19.) Gustav Otto Jonas (WK Dänischenhagen)
- 20.) Christoph Jensen (WK Fleckeby)
- 21.) Bernd Zöllkau (WK Gettorf)
- 22.) Peter Skowron (WK Eckernförde)
- 23.) Kurt Scherbarth (WK Nortorf)
- 24.) Lukas Rehder (WK Rendsburg)
- 25.) Bernhard Fleischer (WK Owschlag)

Listenkandidat/innen ohne Wahlkreis:

- 26.) Ingrid Weskamp (OV Kronshagen)
- 27.) Horst Köller (OV Schacht-Audorf)
- 28.) Annette Giencke (OV Eckernförde)
- 29.) Axel Diehl (OV Büdelsdorf)
- 30.) Heidrun Isolt (OV Eckernförde)
- 31.) Rainer Schramm (OV Rendsburg)
- 32.) Carsten Peschel (OV Gnutz)
- 33.) Robert Schuster (OV Kronshagen)
- 34.) Andreas Fleck (OV Felde)

**Keine Kommentare**

## **Aktueller Tipp zur Bildungspolitik**

Der aktuelle Tipp für ein Bildungspolitik-Buch und auf eine inhaltlich ausführliche Buchbesprechung in der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 28. Februar 2013

Die Buchautorin, Soziologin und Wissenschaftsforscherin, fordert und begründet notwendige Veränderungen, die auch unseren Positionen entsprechen (siehe unten).

**Jutta Allmendinger**

**Schulaufgaben**

**Wie wir das Bildungssystem verändern müssen, um unseren Kindern gerecht zu werden**

Klappentext:

Auch nach etlichen Reformen gelingt es den Schulen nicht, Kinder nach ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit zu fördern. Am Beispiel von vier ganz unterschiedlichen, aber typischen Jugendlichen zeigt Jutta Allmendinger in ihrem neuen Buch, was schief läuft im deutschen Bildungswesen. Die authentischen Lebenswege der vier Freunde, die gemeinsam die Kita besuchten und sich dann schnell auseinanderentwickeln, verwebt die Autorin mit den Ergebnissen neuer Analysen zur Sozial- und Bildungsstruktur. Dabei weist Jutta Allmendinger nicht nur auf Fehlentwicklungen im deutschen Bildungswesen hin, sondern macht vor allem konkrete Vorschläge für ein besseres Schulsystem. Fest steht: Wenn wir die Bildungsbarrieren in unserem Land endlich einreißen wollen, brauchen wir mehr Zeit, mehr Geld und eine bessere Vernetzung für unsere Schulen.

Rezensionsnotiz zu Die Zeit, 28.02.2013

Dorion Weickmann stellt sich enthusiastisch hinter Jutta Allmendingers Thesen und lobt die Soziologin dafür, dass sie sich traut, die Systemfrage zu stellen: die unseres Bildungssystems. Fünftausend Fälle "unterlassener Hilfeleistung" im Schuljahr 2011/12 diagnostiziert Allmendinger in ihrer Streitschrift "Schulaufgaben", so viele Kinder haben in diesem Jahr die Schule ohne Abschluss verlassen. Die Autorin verweist erneut auf die ungleichen Chancen, die Kinder unterschiedlicher sozialer Herkunft im deutschen Bildungssystem haben, sie spricht sich gegen einen Lernbegriff aus, der "allein aufs Kognitive zielt", und fragt sich, warum wir weder von den erfolgreichen Finnen, noch aus gelungenen Beispielen in Deutschland lernen, berichtet die Rezensentin. Ganz konkret fordert sie die Abschaffung des Bildungsföderalismus und des dreigliedrigen Schulsystems, bessere Aus- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und Ganztagsbetrieb an Schulen, fasst Weickmann zusammen. Der Föderalismus experimentiert immer noch, wo eigentlich schon Antworten vorhanden sind, die Dreigliedrigkeit reproduziert Ungleichheit: die Konsequenz ist der Bruch mit dem System, erklärt der Rezensentin.

Quelle: <http://www.perlentaucher.de/buch/jutta-allmendinger/schulaufgaben.html>

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 04.03.2013, 12:29 Uhr - 7710 Clicks - Nr. 165

## **Frankenkredit: Wie hoch ist der Schaden wirklich?**

**Bankenexperte Schadendorf warnt: Schönrechnerei könnte nach hinten los gehen.**

Bad Bramstedt. Ist der Schaden aus dem Fünf-Millionen-Kredit, den die Stadt in Schweizer Franken aufgenommen hat, doch geringer als 200 000 Euro? Finanzausschussvorsitzender Joachim Behm (FDP) sagte in der jüngsten Sitzung des Gremiums: „Mich ärgert es, wenn die Presse immer von 200 000 Euro schreibt und alle mit dem Finger auf uns zeigen.“

Grund: Bürgermeister Hans-Jürgen Kütbach hatte in einer Unterlage vorgerechnet, dass der Schaden doch eigentlich nur 80 000 Euro betrage – eine Rechnung, die allerdings einer näheren Prüfung kaum standhält.

Das sieht zumindest SPD-Pressesprecher und Bankenexperte Jan-Uwe Schadendorf so, der noch im Ausschuss zu seinem Laptop griff und nachrechnete. Er kam auf einen Schaden von 160 000 Euro, den er in einer nachgereichten Presseerklärung noch einmal bestätigt.

Wie kommt es zu den Differenzen?

Der Kassenkredit, mit dem die Stadt ihre Zahlungsfähigkeit aufrechterhalten wollte, musste im Februar mit einem Währungsverlust von 200 000 Euro zurückgezahlt werden, weil der Euro gegenüber dem Schweizer Franken stark an Wert verloren hatte. Schadendorf rechnet nun vor, dass der Frankenkredit vor zwei Jahren zu günstigeren Zinsen aufgenommen worden war, als es in Euro möglich gewesen wäre. Diesen Zinsvorteil von rund 40 000 Euro zieht Schadendorf von dem Währungsverlust ab, es verbleiben 160 000 Euro.

Kütbach hatte in seiner Berechnung den in mehreren Chargen aufgenommenen und maximal zwei Jahre laufenden Frankenkredit mit einem längerfristigen Eurokredit verglichen, der dann entsprechend noch höhere Zinsen gehabt hätte. Ergebnis: Der Schaden beträgt nur 80 000 Euro.

Das mag vielleicht besser fürs Image der Verantwortlichen des Kreditdebakels sein, für die Stadt könnte solche Schönrechnerei aber schnell nach hinten losgehen, nämlich dann, wenn die Stadt tatsächlich gerichtlich Schadensersatzansprüche gegen die Baden-Württembergische Landesbank und den Kreditvermittler durchsetzen will: Je niedriger der Schaden, desto geringer auch die Ersatzansprüche der Stadt. „Mit solchen Rechnungen sollten wir ganz vorsichtig sein“, rät Finanzexperte Schadendorf.

Fakt ist, dass die Stadt 200 000 Euro mehr zurückbezahlen musste, als sie es bei der Kreditaufnahme eingeplant hatte. Schadendorf bezweifelt aber, dass ein Gericht diesen Wechselkursverlust komplett als Schaden akzeptieren würde. Der günstigere Zinssatz werde wohl auch von einem Zivilgericht gegengerechnet werden.

**Keine Kommentare**

## Frankenkredit: Wie hoch ist der Schaden wirklich?

Bankenexperte Schadendorf warnt: Schönrechnerei könnte nach hinten los gehen

Die Stadt Bad Bramstedt hat sich im Februar 2011 für einen Kredit in Schweizer Franken entschieden. Der Kredit wurde zu einem Zinssatz von 2,5 Prozent aufgenommen. Damals lag der Wechselkurs bei 1 Euro zu 1,65 Franken. Die Stadt hatte sich für einen Kredit von 5 Millionen Franken entschieden. Das entspricht einem Nennwert von 3 Millionen Euro. Der Kredit wurde zu einem Zinssatz von 2,5 Prozent aufgenommen. Damals lag der Wechselkurs bei 1 Euro zu 1,65 Franken. Die Stadt hatte sich für einen Kredit von 5 Millionen Franken entschieden. Das entspricht einem Nennwert von 3 Millionen Euro. Der Kredit wurde zu einem Zinssatz von 2,5 Prozent aufgenommen. Damals lag der Wechselkurs bei 1 Euro zu 1,65 Franken. Die Stadt hatte sich für einen Kredit von 5 Millionen Franken entschieden. Das entspricht einem Nennwert von 3 Millionen Euro.

## SPD: Kein Fracking unter Bad Bramstedt - CDU muss Stellung beziehen

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD sieht mit großer Sorge die Bemühungen einiger Ölkonzerne auch in Deutschland mit der sogenannten Fracking-Methode Öl aus tiefen Gesteinsschichten an die Oberfläche zu fördern. Hans-Werner Park, Stadtverordneter und Mitglied im Umweltausschuss der Stadt „Bei dieser Methode werden mit Chemikalien versetztes Wasser in die Erde gepresst mit hohem Risiko für unsere Grundwasserversorgung. Das Gebiet, das die Konzerne jetzt untersuchen wollen, umfasst auch das Wasserschutzgebiet Bad Bramstedt-Lentförden. Da muss höchste Aufmerksamkeit herrschen.“



Entsetzt ist die Bad Bramstedter SPD, dass der CDU-Bundestagsabgeordnete und Bad Bramstedter Ortsvorsitzende, Dr. Rolf Koschorrek, am 13.12.2012 im Bundestag für das Fracking gestimmt hat. Park: „Die örtliche CDU steht in der Pflicht, den Bürgern unserer Stadt zu erklären, was sie will. Will sie mit uns zusammen gegen Fracking unter Bad Bramstedts Grund und Boden agieren oder will sie ihrem Ortsvorsitzenden und seinen CDU-Kollegen folgen?“

Um das zu Hinterfragen hat die SPD zur nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Antrag vorgelegt, in dem sich die Stadtverordnetenversammlung hinter die Beschlüsse des Landtages in Kiel stellen soll. Park: „Dann wollen wir sehen, wo die Bad Bramstedter CDU beim Thema Fracking stehen will. Hinter Koschorrek oder hinter der Mehrheit des Landes.“

Die „Fracking-Methode“, um unkonventionelle Gasvorkommen auszuschöpfen, ist umstritten, weil die Auswirkungen auf die Umwelt kaum erforscht sind. Bei dieser wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien unter hohem hydraulischen Druck in den Untergrund gepresst, um tief liegende Gesteinsformationen aufzubrechen und das Gas herausströmen zu lassen. Das Umweltbundesamt hatte im Dezember eine Studie mit erheblichen Bedenken vorgelegt.

Seit Anfang November bekannt ist, dass der kanadische Konzern PRD Energy einen Antrag für eine „Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen“, also Erdöl und Erdgas, für das sogenannte „Erlaubnisfeld Bramstedt“ gestellt hat.

Dass hierzu auch fraktionsübergreifende Mehrheiten organisiert werden können, hat der schleswig-holsteinische Landtag gezeigt. Am 12. Dezember 2012 gaben die Parlamentarier der Landesregierung einstimmig den Auftrag „keine Genehmigungen für die Aufsuchung und Erkundung unkonventioneller Erdgas- und Erdöllagerstätten unter Einsatz von umweltgefährdenden Substanzen“ zu erteilen. Auch der Segeberger Kreistag hatte sich einige Tage zuvor entsprechend positioniert.

„Trotzdem haben die CDU-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein einschließlich Dr. Koschorrek für das Fracking gestimmt“ so Hans-Werner Park „die Beweggründe sind nicht erkennbar. Aber die Bad Bramstedter Öffentlichkeit hat ein Recht auf Erklärung.“ Auch die jüngsten Nachrichten aus Berlin, dass für Fracking weitere Auflagen verfügt werden sollen, beruhigen Park nicht wirklich. „Es gibt völlig unterschiedliche Auffassungen zwischen Wirtschaftsminister Rösler und Umweltminister Altmeier. Wer sich da

durchsetzt, steht noch in den Sternen. Ankündigungspolitik kennen wir aus Berlin zur genüge. Was hilft eine größere Vorsicht bei Wasserschutzgebieten, wenn in unmittelbarer Nähe gebohrt werden darf? Man muss absolut wachsam bleiben, wir als SPD Bad Bramstedt sind es."

[Umweltbundesamt zum Fracking](#)

[3Sat über den Film "Gasland"](#)

[ZDF-Bericht](#)

**Keine Kommentare**

[AsF Kiel](#) - veröffentlicht am 06.03.2013, 02:38 Uhr - 4457 Clicks - Nr. 167

## **AsF Kiel zum Internationalen Frauentag: Aus aller Frauen Länder!**

Am Sonnabend, dem 9. März 2013, zwischen 11 und 14 Uhr lädt die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Kiel alle Kielerinnen und Kieler zu einer öffentlichen Veranstaltung ins KulturForum der Stadtgalerie, Andreas-Gayk-Straße 31, ein.

Zum 102. Internationalen Frauentag sprechen Frauen sehr verschiedener Nationalitäten, die in Kiel leben, über die Lage von Frauen in ihrer Heimat und darüber, wie dort der Internationale Frauentag begangen wird.



Viele Frauen in anderen Teilen der Welt können von Gleichberechtigung mit Männern nur träumen. Sie sehen sich Diskriminierung im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben, Verweigerung von Bildung oder körperlicher und sexueller Gewalt ausgesetzt; sie müssen um Leib und Leben fürchten, wenn sie sich den Traditionen nicht fügen. Andererseits hören wir immer wieder von Frauen, die selbstbewusster und aufgeklärter handeln als manche hier bei uns, die von ihren Rechten wenig Gebrauch zu machen wissen. Auch dieser Widerspruch soll Thema sein.

Es moderieren Ingrid Lietzow und Antje Möller-Neustock (AsF Kiel).

Beim Begrüßungskaffee, zur Musik in den Pausen und auch sonst bleibt allen ausreichend Zeit, miteinander ins Gespräch zu kommen, alte und neue Kontakte zu pflegen und sich gut zu unterhalten. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei, Voranmeldung nicht notwendig.

Die Geschichte des Internationalen Frauentages gehört in die Tradition des Kampfes um soziale und politische Gerechtigkeit. Seit über hundert Jahren steht er in vielen Ländern, nicht nur der westlichen Welt, für Solidarität, Gleichberechtigung und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen (und damit auch oft von Männern).

Die "proletarische" und die "bürgerliche" Frauenbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts haben Grundsteine für die heutige Stellung der Frauen gelegt, ebenso wie die "zweite" Frauenbewegung der 1970er Jahre. Gleichberechtigter Zugang zu Bildung, aktives und passives Wahlrecht, Recht auf Erwerbsarbeit und eigenes Einkommen sowie juristische, berufliche und sexuelle Selbstbestimmung sind im 21. Jahrhundert in

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 06.03.2013, 12:16 Uhr - 29133 Clicks - Nr. 168

## **Vorstandswahlen bei „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“**

In Anwesenheit des Landesvorsitzenden Wolfgang Mädler – der in seiner Begrüßung auf die wichtige Funktion der Arbeitsgemeinschaft hinwies -, hat die sozialdemokratische „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ (AfA) des Kreises Segeberg die Mitgliederversammlung mit Neuwahlen durchgeführt. Als Gastreferent sprach der Geschäftsführer DGB Region S-H Südost, Andreas Sankewitz, zur „Neuen Ordnung der Arbeit“.



„Gerechte Entlohnung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, kein Missbrauch der Leiharbeit, die Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse, einen gesetzlichen Mindestlohn, der Dumpinglöhne verhindert, und den Schutz der Tarifautonomie“ so Sankewitz in seinem Referat, seien zentrale Anforderungen an eine neue Ordnung der Arbeit.

Den Rechenschaftsbericht des Vorstandes gab der Vorsitzende Klaus Kasch aus Henstedt-Ulzburg, der bei den anschließenden Wahlen einstimmig in seinem Amt bestätigt wurde. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Dirk Stock aus Wahlstedt gewählt, Schriftführerin wurde Andrea Schuster aus Itzstedt. Zu Beisitzern gewählt wurden Jens Wersig, Birgit Duus, Dirk Wilkens, Bärbel Schwarz, Jürgen Fasel, Rudolf Beeth, Diane Brüggmann und Hans-Uwe Schwarz.

Den gewählten Delegierten zur AfA-Landeskonferenz im April in Neumünster wurden durch die Versammlung verschiedene Anträge mit auf den Weg gegeben. So sollen Landes- und Bundesregierung aufgefordert werden, eine Zukunftsstrategie für die Schaffung bezahlbaren (sozialen) Wohnraums zu entwickeln.

Im Kreis Segeberg gibt es vier aktive sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaften. Neben der AfA gibt es die Jungsozialisten, die AG 60 plus und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen.

Foto:

stehend von links: Jens Wersig, Klaus Kasch, Dirk Wilkens, Dirk Stock, Hans-Uwe Schwarz

Sitzend von links: Diane Brüggmann, Andrea Schuster, Bärbel Schwarz, Birgit Duus



## Bewegt sich die CDU-Fraktion beim Thema Fracking in die richtige Richtung?

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD hat mit Interesse die Erklärung des örtlichen Fraktionsvorsitzenden der CDU, Werner Weiss, gelesen, dass die CDU-Fraktion Bad Bramstedt gegen Fracking sei. „Das ist ein Schritt in die richtige Richtung“, sagt SPD-Stadtverordneter Hans-Werner Park, „erwartet hatten wir diese Erklärung allerdings vom CDU-Ortsvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Dr. Rolf Koschorrek. Der scheint sich aber nicht festlegen zu wollen.“



Die SPD hat das Thema Fracking unter Bad Bramstedt in der jüngsten Ausgabe ihrer Ortsvereinszeitung „Rund um den Roland“ thematisiert und wird zur nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Antrag einbringen. In dem Antrag soll die Stadt Bad Bramstedt bekräftigen, dass sie sich der ablehnenden Haltung des Landtages in Kiel anschließt. Unter Bad Bramstedt liegt das sogenannte „Erlaubnisfeld Bramstedt“ für Frackinguntersuchungen.

Die Bad Bramstedter SPD hatte Zweifel an der Positionierung von CDU und FDP in Bad Bramstedt geäußert. Park: „Bislang haben wir von den Bundestagsabgeordneten Dr. Koschorrek (CDU) und Dr. Koppelin (FDP) keinerlei eindeutige Aussagen gehört, dass sie gegen Fracking votieren werden. Im Gegenteil treibt die schwarz-gelbe Bundesregierung das Thema ja gerade voran und sinniert nur noch über Auflagen der Genehmigung nach, nicht aber über ein Verbot, wie es z. B. Frankreich hat. Beide Abgeordnete stimmen stets mit der Regierung.“

Auch auf Ortsebene gebe es an der Positionierung der CDU begründete Zweifel. So habe in der letzten Sitzung des Planungsausschusses der CDU-Stadtverordnete und Kreistagskandidat Christoph Lauff zu dem Thema doziert, dass man sich erst einmal mit Fracking wissenschaftlich beschäftigen solle, bevor man es typisch deutsch gleich ablehne. So solle man auch die Haltung von Dr. Koschorrek beurteilen. Park: „Das war alles andere als eine eindeutige Ablehnung, was der Kollege da geäußert hat.“

Die Bad Bramstedter SPD will nun mit ihrem Antrag feststellen, ob die vom CDU-Fraktionssprecher beschworene kommunale Familie in Bad Bramstedt in dieser Sache zusammenhalte und möglichst einstimmig die örtlichen Bundestagsabgeordneten auffordern, sich in Berlin ablehnend zum Fracking im Sinne der Resolution des Landtages zu verhalten.

SPD-Ortsvereinsvorsitzender Klaus-Dieter Hinck: „Die Ängste in der Bevölkerung zum Fracking und die Sorge um die Reinheit des Trinkwassers sollten sehr ernst genommen werden. Die Bundestagsabgeordneten müssen sich vor Ort erklären und nicht in Berlin verstecken.“

-----

### Der Antrag im Wortlaut:

An  
Bürgervorsteherin  
Annegret Mißfeldt  
Bleek 17-19  
24576 Bad Bramstedt  
02.03.2013

Die SPD legt folgenden Antrag zur Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung vor

### Beschluss:

Die Stadt Bad Bramstedt unterstützt in vollem Umfang den am 12.12.2012 vom Schleswig-Holsteinischen Landtag verabschiedeten Antrag „Keine Genehmigung für Fracking in Schleswig-Holstein“, Drucksache 18/386.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundestagsabgeordneten des hiesigen Wahlkreises auf, sich entsprechend dieses vom Landtag verabschiedeten Antrages in Berlin zu engagieren.

**Begründung erfolgt mündlich**

**Keine Kommentare**

[AG60plus - Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 07.03.2013, 11:56 Uhr - 8411 Clicks - Nr. 170

## **Ist Gesundheit noch bezahlbar?**

Die AG 60plus in Dithmarschen hatte am 06.03.2013 zu einer Veranstaltung zum Thema „Ist Gesundheit noch bezahlbar?“ eingeladen. Die Vorsitzende der AG 60plus im Kreis Dithmarschen, Aletta Thies, begrüßte die Gäste in der Heider Rosengasse. Referent war der Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG) Andreas Hering aus Neumünster.

Die AG 60plus in Dithmarschen hatte am 06.03.2013 zu einer Veranstaltung zum Thema „Ist Gesundheit noch bezahlbar?“ eingeladen. Die Vorsitzende der AG 60plus im Kreis Dithmarschen, Aletta Thies, begrüßte die Gäste in der Heider Rosengasse. Referent war der Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG) Andreas Hering aus Neumünster.

Andreas Hering begann seine Ausführungen mit der Feststellung, dass die ASG die älteste Arbeitsgemeinschaft in der SPD ist. In diesem Jahr wird sie 100 Jahre alt. Für ihn ist das Gesundheitswesen in diesem Jahr mit 2 Wahlen (Kommunal- und Bundestagswahl) ein besonders wichtiges Thema.

Andreas Hering ging auf die Entwicklung des allgemeinen Krankenversicherungsbeitrages ein. Ab 2011 beträgt der Beitrag wieder 15,5%. Allerdings zahlen Versicherte und Arbeitgeber nicht mehr je die Hälfte. Arbeitgeber nur noch 7,3 %, Arbeitnehmer 8,2%. Die Arbeitgeber wurden aus der paritätischen Finanzierung entlassen.

Für die Zukunft müssen Krankenkassen Ausgabensteigerungen im Gesundheitswesen und dadurch benötigte höher Einnahmen allein über Zusatzbeiträge der Versicherten finanzieren. Der Zusatzbeitrag ist nicht vom Einkommen abhängig, maximal bis zur Höhe von 2% der beitragspflichtigen Einnahmen der Versicherten. Weiter ging der Referent auf die Zuzahlungen ein, die von den Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung zu leisten sind, ein.

Ein besonderes Thema waren auch die sogenannten IGEL-Leistungen. Andreas Hering nannte auch einige Beispiele für diese Leistungen. IGEL-Leistungen müssen zwischen Arzt und Patient schriftlich vereinbart werden. In der Vereinbarung müssen Aussagen zur Höhe des Honorars, Erklärung, dass die Behandlung auf eigenen Wunsch des Patienten durchgeführt wird.

Er empfahl den Anwesenden vor einer Unterschrift oder der Inanspruchnahme Informationen, auch der Krankenkasse, einzuholen.

Andreas Hering versuchte auch die Frage zu klären, ob Gesundheit in Zukunft teurer wird. Die Antwort auf diese Frage ist abhängig von der Entwicklung der Einflussfaktoren. Dazu gehören der medizinische Fortschritt, die demografische Entwicklung, das Vergütungssystem der Leistungserbringer, Wirtschaftswachstum und zukünftige Reformen der Bundesregierung.

Für Andreas Hering ist die Vom SPD-Präsidium am 11.04.2011 beschlossene Bürgerversicherung die Lösung. Nur die Bürgerversicherung wird mehr Gerechtigkeit im Gesundheitswesen schaffen. Immer mehr Menschen haben neben dem Arbeits- auch Kapitaleinkommen. Auch nimmt der Anteil der Selbstständigen zu.

Bislang werden nur Arbeitseinkommen in die Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge einbezogen. Das ist nicht gerecht. Gutverdiener können sich der Solidarität der Versicherungsgemeinschaft entziehen und in die private Krankenversicherung gehen.

Die Bürgerversicherung sorgt für mehr Gerechtigkeit, mehr Wettbewerb, mehr Wahlfreiheit. Sie setzt auf der Einnahmenseite an. Die Bürgerversicherung bezieht alle Bürgerinnen und Bürger sowie alle wesentlichen Einkommensarten ein. Alle – auch die Gutverdienenden – beteiligen sich an der solidarischen Finanzierung. Alle erhalten die nötigen medizinischen Leistungen auf hohem Niveau.

Die Paritätische Finanzierung muss wieder hergestellt werden. Arbeitgeber und Versicherte müssen zu gleichen Teilen in die Finanzierung einbezogen werden. Die Finanzierung muss nachhaltig sein und die Prävention muss gestärkt werden.

Der Arbeitnehmerbeitrag wird zum Bürgerbeitrag.

Die Vorstellung dazu ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger zahlen aus ihrem Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit einen prozentualen Beitrag in die Versicherung einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze soll nicht angehoben werden, dazu gibt es allerdings auch kritische Stimmen. Der Bürgerbeitragssatz wird einheitlich festgelegt. Zur Stärkung des Wettbewerbs können die Krankenkassen den Bürgerbeitragssatz anpassen. Die finanziellen Mittel für die Bürgerversicherung sollen in gleicher Höhe durch Arbeitgeber und Versicherte aufgebracht werden. (dauerhafte Parität). Zusatz- und Sonderbeitrag fallen ersatzlos weg.

Arbeitgeberbeitrag: Hier wird der Beitrag als prozentualer Beitrag auf die gesamte Lohnsumme der bürgerversicherten Beschäftigten eines Unternehmers/der Selbstständigen erhoben. Die Beitragsbemessungsgrenze fällt weg. Der Arbeitgeberbeitrag wird einheitlich direkt an den Gesundheitsfond abgeführt.

Alle heute gesetzlich Versicherten und jeder künftige Versichert werden automatisch Mitglied der Bürgerversicherung Privatversicherte können – unabhängig von Alter und Gesundheitszustand – in einem befristeten Zeitrahmen wählen, ob sie in die Bürgerversicherung und Mitnahme der Altersrückstellungen im Umfang des Basistarifs wechseln oder in ihren bestehenden Verträgen der Privatversicherung bleiben wollen. Den einheitlichen Tarif zur Bürgerversicherung können alle Kassen –gesetzlich wie privat – anbieten.

Andreas Hering schloss seinen Vortrag mit Worten des Vorsitzenden Sigmar Gabriel aus seiner Rede auf dem Bundesparteitag der SPD am 05. Dezember 2011:

„Für eine Wirtschaft mit Verantwortung, für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit und für sozialen Zusammenhalt in Deutschland und in Europa – dafür sind wir wieder gut gerüstet. Dafür steht die Sozialdemokratie. Und dafür wollen wir 2013 den Politikwechsel in Deutschland.“

Im Anschluss an den Vortrag folgte eine rege Diskussion. Themen waren unter anderem Ärztemangel, den gibt aber nicht. Das Problem ist die Verteilung der Ärzte. Viele wollen nicht eine Landarztpraxis übernehmen, die vielleicht noch nicht auf dem neuesten technischen Stand ist. Thema war auch, was wird heute an Prävention gemacht und ob dies ausreichend ist. Die Selbstverwaltungsorgane der Versicherten waren ebenfalls Thema. Aletta Thies bedankte sich bei Andreas Hering mit einer Flasche Rotwein.

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 07.03.2013, 12:44 Uhr - 6005 Clicks - Nr. 171

## **Neuer Vorstand beim AfA-Kreis Plön**

### **Der Kreis Plön hat einen neuen AfA-Vorstand**

Auf einer AfA-Kreiskonferenz wurde ein neuer Kreisvorstand gewählt. Zum Vorsitzenden wurde Eckhard Voß und zu seinem Stellvertreter Klaus Jans gewählt. Außerdem wählte die Versammlung noch die Delegierten für die AfA-Landeskonferenz im April in Neumünster und die Delegierten für die künftigen Kreisparteitage. Der neue Vorstand will

in Zukunft mehrere Veranstaltungen zu gewerkschaftlichen Themen durchführen.

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 07.03.2013, 13:02 Uhr - 6233 Clicks - Nr. 172

## **SPD-Umfrage: Erfolgreicher Infostand bei familia**

Bad Bramstedt. Die Fragebogenaktion der Bad Bramstedter SPD „Leben und Einkaufen in Bad Bramstedt“ läuft weiterhin sehr gut. Zu den schon jetzt mehr als 800 ausgefüllten Fragebögen kamen am Samstag noch einmal einige Dutzend dazu.



Die SPD hatte dankbar von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, in der Mall des familia-Marktes mit einem Infostand zu stehen und weitere Fragebögen zu verteilen. Die familia Warenhausleitung hatte diese Offerte gemacht, da sie es sehr gut findet, dass jenseits der Parteipolitik eine solche Umfrage in Bad Bramstedt gemacht wird.

So konnten hunderte Fragebögen an interessierte Bürgerinnen und Bürger abgegeben werden, und der Rücklauf wird in den nächsten Tagen erwartet.

Annahmen erfolgen bei Eisenwaren-Fülscher am Bleeck, Buchhandlung Hans im Glück im Landweg, Buch&Medien im Maienbeek, findefuxx am Kirchenbleeck und familia.

Die Umfrage läuft noch bis 15. März.

**Keine Kommentare**

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 07.03.2013, 17:03 Uhr - 4244 Clicks - Nr. 173

## **Newsletter Frühling 2013**

Unser Newsletter "Suchsdorf aktuell" für die Monate Januar, Februar, März ist erschienen. In voller Länge als PDF erhaltet ihr ihn von [andreas.arend@spd-suchsdorf.de](mailto:andreas.arend@spd-suchsdorf.de)

Aber beim Lesen der Übersicht trotzdem schon viel Spaß!

Liebe Genossin, lieber Genosse,

in den letzten 1 2 Monaten war unsere Arbeit vom Landtagswahlkampf und vom OB Wahlkampf geprägt. Hier haben wir gezeigt, dass wir in unserem sozialdemokratischen Selbstverständnis dicht an den Menschen sind und am Wohl der Gemeinschaft stehen!

Wir haben in dieser Zeit über zwölf Veranstaltungen in kulturellen und sozialpolitischen Bereichen im Stadtteil durchgeführt.

In diesem Jahr finden die Kommunalwahlen und die Bundestagswahlen statt, und wir wollen genauso ambitioniert und engagiert Veranstaltungen im Stadtteil durchführen wie im letzten Jahr. Wir werden uns z. B. ganz gezielt für eine sinnvolle Nachnutzung des Geländes vom Nahrungsmitteluntersuchungsamt sowie der Belebung des Runholtplatzes



**SUCHSDORF** aktuell  
DIE KIELER SOZIALDEMOKRATEN

und für die Ladenzeile am Amrumring einsetzen. Es gibt aber auch noch verschiedene weitere dringende Themen in Suchsdorf und Klausbrook die wir anfassen werden.

Hierfür haben wir uns aufgestellt: Wir haben neun Kandidatinnen und Kandidaten für den Ortsbeirat bestimmt! Wir haben unseren Ratsherrn Thomas Wehner als Wahlkreiskandidaten nominiert und auf der Kreiswahlkonferenz bestätigt bekommen.

Wir schreiben derzeit an einem eigenen Suchsdorfer Programm, das in einem offenen und transparenten Verfahren im Bürgerdialog entwickelt wird.

Besonders freue ich mich darüber, dass wir feststellen, dass die Genossinnen und Genossen mehr Bereitschaft signalisieren sich aktiv für Suchsdorf und Klausbrook einzusetzen. Das ist eine äußerst positive Entwicklung!!! Dieses Signal können wir verstärken, indem wir dafür sorgen, dass unser Kandidat Thomas Wehner zur Kommunalwahl direkt gewählt wird. Darum möchte ich Euch auffordern ihn zu wählen und aktiv im Wahlkampf zu unterstützen.

Vielen Dank!

Andreas, Vorsitzender

### I) Lagebericht Internet

Unsere Präsentation im Internet ist lebendig und entwickelt sich weiter. Zum Öffentlichen gehört natürlich unsere Website [www.spd-net-sh.de/kiel/suchsdorf](http://www.spd-net-sh.de/kiel/suchsdorf). Diese ist ein häufiger Anlaufpunkt und wurde seit Oktober 2012 von 843 Personen besucht. Ihr findet dort immer die aktuellen Termine, Berichte zu unseren Veranstaltungen und alle Kontaktdaten. Im Februar haben wir die Adresse [www.spd-suchsdorf.de](http://www.spd-suchsdorf.de) freigeschaltet, bei deren Eingabe auf unsere Seiten weitergeleitet wird. Diese ist leichter zu merken und optisch schöner.

Seit November 2012 gehört auch eine Facebook-Seite zu unserem öffentlichen Auftritt. Sie trägt den Namen „SPD OV Suchsdorf (Kiel)“ und freut sich über viele „Gefällt mir“-Klicks! Bisher sind es 54. Auch hier gibt es aktuelle Informationen und Termine, wenn auch in einem lockereren und kürzeren Stil. Zu erreichen ist sie auch über [www.facebook.com/spdsuchsdorf](http://www.facebook.com/spdsuchsdorf)

Dazu gehört natürlich auch der tolle Newsletter „Suchsdorf aktuell“, der von Andreas immer über die Emailverteiler verschickt wird.

Eine Besonderheit des öffentlichen Teils wird in diesem Frühjahr die Möglichkeit sein, dass alle Bürger\_innen unseren Programmentwurf zur Kommunalwahl einsehen können und über ein Kontaktformular und per Email ihre Ideen einbringen. [programmdialog@spd-suchsdorf.de](mailto:programmdialog@spd-suchsdorf.de)

### II) Grünkohlessen und Ehrungen

Am 18.01.2013 wurde unser traditionelles Grünkohlessen durchgeführt. Das Besondere dieses mal war, dass wir die Ehrungen der Mitglieder mit der Veranstaltung verbinden konnten.

Es wurden aber nicht nur die langjährigen Mitglieder aus 2012 geehrt, sondern wir haben die Willy Brandt Gedenkmünze und den Ehrenbrief für besondere Verdienste an Claus Möller überreicht.

Es waren insgesamt 90 GenossInnen und Gäste gekommen.

Neben Gesa Langfeldt, Ingrid Liezow, Achim Heinrichs aus der Ratsfraktion war unser Bundestagsabgeordneter Hans-Peter Bartels anwesend.

### III) Wahlkampf - Unsere Infostände in Suchsdorf und Klausbrook

Als Ortsverein möchten wir die Menschen in Suchsdorf und Klausbrook über die Belange unserer Gemeinschaft informieren und mitnehmen. Hierfür führen wir Veranstaltungen und Aktionen durch und informieren durch regelmäßige Artikel im SUCHSDORFER.

Für eine Rückkopplung geben wir den BürgeInnen auf unseren INFO-Ständen Gelegenheiten Fragen zu stellen und das Miteinander im persönlichen Kontakt zu stärken.

Gerade im Wahlkampf ist der „INFO-Stand“ ein wesentlicher Bestandteil für uns, auf uns und unsere Arbeit aufmerksam zu

machen! Darum haben wir uns auch in diesem Wahlkampf für

eine intensive Präsenz in der Öffentlichkeit entschieden. Alle Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen einmal vorbeizuschauen!

Unsere INFO-Stände verlaufen übrigens in „geordneten Bahnen“ und Erklärungen über das „Politische dit und dat“ werden hier auch nicht erwartet. Die Erfahrungsträger haben dabei immer die „Neuen“ unterstützt!

Hier eine kleine, verknappte Übersicht. Mehr Informationen auch auf unserer Homepage!

**Keine Kommentare**

[SPD-Hasselberg](#) - veröffentlicht am 07.03.2013, 17:59 Uhr - 3775 Clicks - Nr. 174

## **Verspielen mit Kaffee und Kuchen in Hasselberg.**

Der SPD-Ortsverein lädt die Mitglieder der Gemeinde ein zum Verspielen und Kaffeeklatsch im Gasthuus Spieskamer in Hasselberg.

Am 16.03.2013 veranstaltet der SPD Ortsverein Hasselberg für Bürger der Gemeinde ein Verspielen mit anschließendem gemütlichem Beisammensein bei Kaffee und Kuchen im Gasthuus Spieskamer. Beginn ist um 15:00 Uhr.

Kaffee und Kuchen wird von Ihrem Ortsverein gestellt. Die erste Karte für das Verspielen ist kostenfrei.

Beim anschließendem Plausch bei Kaffee und Kuchen haben interessierte Bürger die Gelegenheit die Mitglieder des Ortsvereins, ihre SPD Gemeindevertreter und die Kandidaten zur Kommunalwahl besser kennen zu lernen. Fragen zur Gemeindefarbeit der SPD-Fraktion sind willkommen.

Um Anmeldung wird gebeten bis zum 10.03.2013 unter 04643-186 832 oder per eMail an hasselberg@spd-net-sh.de.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 08.03.2013, 11:44 Uhr - 13148 Clicks - Nr. 175

## **Thönnies ruft zur Teilnahme am Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik“ auf**

### **Soziale Gerechtigkeit ist nur mit Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen**

Bereits zum dritten Mal ruft die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ den bundesweiten Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik“ aus. Hieran können Projekte und Initiativen teilnehmen, die sich nachhaltig für mehr Bildungsgerechtigkeit einsetzen.

 **Ideen für die Bildungsrepublik**

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies begrüßt die Aktion und empfiehlt die Teilnahme allen Projekten aus dem Kreis Segeberg, die sich für mehr Chancen von Kindern und Jugendlichen einsetzen. „Besonders für sozial benachteiligte junge Menschen sind außerschulische Angebote oftmals entscheidend für eine erfolgreiche Bildungskarriere. Und diese ist unverzichtbar, wenn wir ein sozial gerechtes Deutschland verwirklichen wollen“, so der SPD-Politiker. Der Wettbewerb soll



die Bereitschaft für ehrenamtliches Engagement weiter stärken und es sichtbar machen.

Unter [www.bildungsideen.de](http://www.bildungsideen.de) können bis zum 24. März 2013 Projekte und Initiativen eingereicht werden. Im Anschluss wählt eine Expertenjury die 52 besten Ideen aus, die von September an Woche für Woche vor Ort ausgezeichnet werden.

„Es würde mich freuen, wenn sich Initiativen aus unserer Region beteiligen würden. Die Auszeichnung dient zum einen der Anerkennung, aber hilft sicher auch bei der Suche nach Unterstützern und Sponsoren“, erläutert Thönnies.

**Keine Kommentare**

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 08.03.2013, 15:53 Uhr - 5293 Clicks - Nr. 176

## **SPD freut sich über Zulassung des Haushalts**

Das schleswig-holsteinische Innenministerium hat den Quickborner Haushalt ohne weitere Auflagen genehmigt. Hierzu erklärt der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Dr. Christian Dornis in seiner Pressemitteilung vom 04.03.2013:



Innenministerium genehmigt Quickborner Haushalt ohne Auflage  
SPD: „Ja zum Sparen, aber auch ja zu einer lebenswerten Stadt“

Dass das Innenministerium die Anstrengungen zur Konsolidierung des Quickborner Haushalts dadurch honoriert, dass – anders als in vielen Jahren zuvor – der Haushalt ohne Auflagen genehmigt wird, ist sehr erfreulich. Damit unterstützt das Innenministerium den unbequemen Weg, den SPD, Grüne und FDP gegen die CDU gegangen sind – den Weg der Haushaltskonsolidierung, der auch eine deutliche Erhöhung der Gewerbesteuer beinhaltet.

Nun können die Sanierungsmaßnahmen am Schulzentrum Süd angegangen werden. Aber es ist auch gut, dass das Innenministerium erneut kritisch die Gesamtentwicklung der Quickborner Finanzsituation betrachtet. Im Genehmigungsschreiben des Ministeriums ist festgestellt, dass die dauernde finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Quickborn nicht gegeben ist. Es sind weitere Sparanstrengungen erforderlich.

Denn angesichts eines noch sehr deutlichen Defizits im Quickborner Haushalt und gestiegenen Anforderungen an die städtischen Leistungen für Schule, Kinderbetreuung und Infrastruktur müssen weiterhin Ausgaben hinterfragt und Einnahmemöglichkeiten ausgelotet werden.

Insgesamt können alle diese Anstrengungen aber nur dann Erfolg haben, wenn die Finanzausstattung der Kommunen insgesamt wieder auskömmlich gestaltet wird. Die neue Landesregierung ist gefordert, notwendige Sparanstrengungen nicht zu Lasten der Kommunen vorzunehmen. Die Kommunen – auch Quickborn – brauchen mehr Geld. Kindergärten und Schulen, Verwaltung, Bauhof, Feuerwehr, Sozialkassen, Straßenbau und Nahverkehr, aber auch die vielen sogenannten freiwilligen Leistungen wie Bücherei, Freibad und Volkshochschule müssen bezahlt werden, dies geht nur, wenn das Geld auch zur Verfügung steht.

Deshalb: Ja zum Sparen mit Augenmaß, aber lassen Sie uns eine lebenswerte Stadt erhalten.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 08.03.2013, 15:58 Uhr - 9439 Clicks - Nr. 177

## **Pflegestützpunkt: Anlaufpunkt für die Bürgerinnen und Bürger**

8. 3. 2013

Pflegestützpunkt: Anlaufpunkt für die Bürgerinnen und Bürger

SPD Politiker informieren sich über die Arbeit

Bereits frühzeitig im Jahr 2010 hat sich die SPD-Kreistagsfraktion für die Einrichtung eines Pflegestützpunktes im Kreis Plön stark gemacht.

Die Diskussionen im Ausschuss für Gleichstellung, Gesundheit und Soziales verliefen nicht mit allen Fraktionen Ziel führend, aber letztendlich konnte eine Mehrheit im Kreistag für die Errichtung erreicht werden. Nachdem der Pflegestützpunkt nunmehr seit etwa 2,5 Jahren tätig ist, haben sich Vertreter der SPD-Kreistagsfraktion zu einem Gespräch mit den Mitarbeiterinnen des Pflegestützpunktes getroffen. Nicole Adamczewski und Daniela König vom Pflegestützpunkt standen der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Helga Hohnheit, dem Vorsitzenden des Fachausschusses Norbert Maroses und dem sozialpolitischen Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Kai Bellstedt für Fragen zur Verfügung.



Aktuell gibt es in 12 Kreisen und kreisfreien Städten Pflegestützpunkte in Schleswig-Holstein. Der Pflegestützpunkt verfügt über drei Halbtagsstellen, sie kümmern sich um die Kompetenzfelder psychosozial, pflegerisch und um die Verwaltung. Die Finanzierung ist bis Ende 2014 durch einen Vertrag zwischen dem Kreis Plön, dem Land Schleswig-Holstein und den Kranken- und Pflegekassen gesichert.

Die Zahlen sprechen ausdrücklich dafür, dass die Einrichtung die richtige Entscheidung war: in 2012 haben insgesamt 872 Kontakte zu Hilfesuchenden stattgefunden. Die Mehrzahl davon telefonisch, aber auch 105 persönliche Beratungen im Pflegestützpunkt sowie 27 Hausbesuche erfolgten. Die Hilfesuchenden verteilen sich dabei auf das gesamte Kreisgebiet.

Die Mitarbeiterinnen des Pflegestützpunktes wiesen im Gespräch unter anderem auf die steigende Tendenz von Menschen mit demenzieller Beeinträchtigung und dem Fehlen von Angeboten mit tagesstrukturierenden Maßnahmen für Menschen ohne Pflegestufe mit Demenz hin. Ebenso fehlen Anbieter für Haushaltshilfen. Ziel der Mitarbeiterinnen ist bei allen Beratungen eine individuelle Begleitung der Hilfesuchenden und das Ziel, für jeden das richtige und passende Angebot zu finden. Dabei setzt der Pflegestützpunkt ausdrücklich auch auf die Einbindung von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Beispielhaft ist hier die enge Kooperation mit der neugegründeten Alzheimergesellschaft und dem Hospizverein zu nennen.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass sich der Pflegestützpunkt zu einer festen Institution entwickelt hat, der zu einer guten sozialen Infrastruktur vor allem in einem Flächenkreis gehört.

**Keine Kommentare**

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 08.03.2013, 18:26 Uhr - 7093 Clicks - Nr. 178

## **Unsere Meierei bereitet Probleme!**

Bei dem Umzug der Meierei auf das alte Züchnergelände war unser Ortsverein unterschiedlicher Meinung. Die einen wollten das Gelände von Züchner aufleben lassen und die



Meierei in der Stadt behalten. Die Anderen eine Ansiedelung der Meierei außerhalb der Stadt.

Heute sind wir fast alle für eine Lösung außerhalb der Stadt.  
Warum der Meinungswandel?

Der Hauptgrund ist der unterschätzte LKW Verkehr. Er belastet die unmittelbaren Nachbarn über alle Maßen. Auch die An- und Abfahrt zu und von der Meierei bereitet Verkehrsprobleme. Jeder kennt die Situation im verkehrsberuhigten Knotenbereich Kuhberg-Königstr. wenn die Milchlaster dort durchfahren. Oft scheinen die großen LKW´s sehr bedrohlich. Auch wenn sich die Fahrer Mühe geben vorsichtig zu fahren.

Auf unseren SPD Stadtrundgang an einem Sonntag fuhren innerhalb kürzester Zeit sieben Milchlaster auf das Meiereigelände. Bei einer von uns durchgeführten Zählung fuhren 213 LKW in der Zeit von 4.30 bis 22.00 Uhr von und zu der Meierei. Ein Drittel der Laster nahm den Weg über die Innenstadt!

Unsere Zählung hat belegt, es fahren mehr Milchlaster, als von den Betreibern angegeben, zur Meierei. Und das Gefahrenpotential durch die Milchlaster in der Innenstadt darf nicht verharmlost werden.

Zusätzlich gibt es weitere zwei Punkte, welche eine kritische Betrachtung der Meierei zulassen:

Seit Jahren verkümmert der Efeu an den Hallen. Von der Meierei nicht gewollt, wird alles daran gesetzt ein wachsen des Efeus zu verhindern.

Vom Kreis genehmigt und von der Stadt ablehnt ist die Grundwasserabnahme durch die Meierei. Sie fördert umsonst so viel Wasser wie ganz Barmstedt verbraucht.

Mit der Meierei müssen wir jetzt leben, aber wir erwarten:

Von der Geschäftsführung erwarten wir, dass mit der Grundwasserentnahme Schluss gemacht wird. Mittelfristig gefährdet dies die Wasserversorgung unserer Stadt. Selbstverständlich muss das Wasser bezahlt werden.

Vor den Auffahrten der Meierei könnte Flüsterasphalt eingesetzt werden, der den Lärm für die Anwohner etwas mindert.

Es wäre schön, wenn weniger Milchlaster durch die Stadt fahren. Etwas mehr reale Bemühungen der Geschäftsführung wären wünschenswert!

Fazit: Genug Gesprächsstoff für alle betroffenen Nachbarn, Bürger, Stadt, Politik und Meiereibetreibern. Wir fordern alle auf für eine Verbesserung zu sorgen!

**Keine Kommentare**

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 08.03.2013, 21:33 Uhr - 6960 Clicks - Nr. 179

## **Unser Kreistagskandidat**

Für die SPD Barmstedt geht Ole Korff an den Start  
Die Mitglieder der SPD Barmstedt freuen sich über ihren Kreistags-Kandidaten Ole Korff, den sie einstimmig gewählt haben. Korff ist 30 Jahre alt und kann mit einem beeindruckenden politischen Profil aufwarten:

Seit zwölf Jahren gehört der Physiotherapeut der SPD an, darüber hinaus ist er seit Jahren im Gemeinderat und auf Kreisebene politisch aktiv. In den vergangenen Jahren war Korff für den Wahlkreis Elmshorn im Kreistag tätig. Da der zweifache Familienvater seit 2011 in Sparrieshoop lebt, kandidiert er nun in Barmstedt.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 09.03.2013, 00:22 Uhr - 7452 Clicks - Nr. 180

## **Fördern statt aussortieren**

*Zur Umfrage des Deutschen Philologenverbandes über die Akzeptanz des Sitzenbleibens erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Die Reaktionen von CDU und FDP auf die heute veröffentlichte Umfrage im Auftrag eines Lehrerverbandes sind ein schönes Beispiel dafür, wie man Demokratie durch Demoskopie ersetzen kann.

Wer in einem Schulsystem aufgewachsen ist, dessen Grundprinzip die Herstellung möglichst homogener Lerngruppen durch Aussortieren ist, wird die Verschwendung von Lebenszeit durch die Wiederholung kompletter Schuljahre als naturgesetzlich akzeptieren. In vielen anderen Ländern löst es nur verwundertes Kopfschütteln aus, wenn in Deutschland Schüler wegen punktueller Schwächen in einzelnen Fächern das komplette Schuljahr wiederholen müssen.



Die SPD und die rot-grün-blaue Koalition setzen demgegenüber auf individuelle Förderung, die dieser Vergeudung von Lebenszeit entgegenwirkt, indem Schwächen zielgerichtet behoben werden. Natürlich wird es auch künftig Fälle geben, wo die Schule, die Eltern und die Schülerin oder der Schüler selbst zu dem Ergebnis kommen, dass eine Klassenwiederholung im besten Interesse des Jugendlichen liegt, zum Beispiel, wenn durch eine langanhaltende Krankheit ein großer Teil des Schuljahres versäumt wurde. Das müssen aber Ausnahmefälle sein; das Sitzenbleiben darf nicht wie in früheren Jahrzehnten ständig wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der Schüler hängen.

Wir machen Bildungspolitik auf der Grundlage eines breiten gesellschaftlichen Dialogs, nicht auf der Basis von Umfragen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 09.03.2013, 06:43 Uhr - 5041 Clicks - Nr. 181

## **SPD Reinfeld startet mit neuem Programm in den Kommunalwahlkampf**

Große Geschlossenheit zeichnete die Jahreshauptversammlung der Reinfelder SPD aus. Die Grundzüge des Programms für die Kommunalwahl wurden ebenso einstimmig beschlossen wie die Kandidatenliste.

Die Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt wird ein Schwerpunkt der

politischen Arbeit der SPD-Fraktion sein. „Der Anfang ist mit der Seepromenade und dem unteren Teil der Paul-von-Schoenaich-Str. gemacht, noch in diesem Jahr wird der Umbau des oberen Teils folgen“, sagte der Fraktionssprecher Rolf-Jürgen Hanf. Wenn dann die Ansiedlung eines Lebensmittel- und eines Drogeriemarktes gelinge, werde die Innenstadt an Attraktivität gewinnen, ist sich die SPD sicher. Weitere Themenschwerpunkte sind die Verbesserung der Infrastruktur (u.a. Sportanlagen, Nutzung der städtischen Gebäude, Gewerbeentwicklung, Verkehrsführung), Angebote für Kinder und Jugendliche, Schule/Bildung/Kultur sowie die Weiterentwicklung des Klima- und Energiekonzepts. Am kommenden Samstag (09.03. 2013) sollen bei einer Klausurtagung Einzelheiten besprochen werden.

„Bei den Kandidaten haben wir eine gute Mischung aus erfahrenen und „neuen“ Kräften gefunden, die sich für Reinfeld engagieren wollen“, freut sich der Vorsitzende des Ortsvereins Norbert Hintze. Mit diesen Kandidatinnen und Kandidaten will die SPD am 26. Mai zur Kommunalwahl antreten:

Direktkandidaten in den Wahlkreisen:

- Wahlkreis I Gerd Herrmann, Monika Poppe
- Wahlkreis II Lasse Karnatz, Yvonne Henseler
- Wahlkreis III Rolf-Jürgen Hanf, Benjamin Freitag
- Wahlkreis IV Sigrid Dassow, Norbert Hintze
- Wahlkreis V Petra Gehrke, Heiko Gerstmann

Liste:

1. Rolf-Jürgen Hanf
2. Gerd Herrmann
3. Monika Poppe
4. Lasse Karnatz
5. Benjamin Freitag
6. Sigrid Dassow
7. Heiko Gerstmann
8. Norbert Hintze
9. Petra Gehrke
10. Yvonne Henseler
  
11. Heinz Hartmann
12. Jochen Gehrke
13. Rüdiger Hildebrandt
14. Lutz Schimmel
15. Harald Klückmann
16. Klaus Mangold
17. Susanne Nesbeda

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 09.03.2013, 16:58 Uhr - 9783 Clicks - Nr. 182

## **Auftaktveranstaltung 150 Jahre SPD, 7. Februar 2013, Kiel**

Kiel. 07.03.2013. Die SPD feiert in diesem Jahr das 150 jährige Jubiläum. Am Donnerstag, den 7. März fand im Gewerkschaftshaus des Kieler Legienhof der offizielle Auftakt statt.

Nach Reden von Ralf Stegner und Sigmar Gabriel, die beide Meilensteine sozialdemokratischer Errungenschaften nannten und an die Partei prägende Persönlichkeiten erinnerten, wurde ein Kurzfilm zum Partei Jubiläum vorgestellt. In dem Film äußern sich schleswig-holsteinische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zum 150 jährigen Jubiläum der SPD, wie z.B. die ehemalige Ministerpräsidentin Heide Simonis, Björn Engholm, Ministerpräsident a.D., der ehemalige Sozialminister Günter Jansen sowie Tobias von Pein über ihre persönlichen Beweggründe, der Partei anzugehören. Am Vorabend des Weltfrauentages diskutierten auf der Veranstaltung Serpil Midyatli, stellv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und Carolin Ahrens von der Juso Hochschulgruppe gemeinsam mit der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Cornelia Sonntag-Wolgast über Frauen in der SPD.



**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 09.03.2013, 17:18 Uhr - 9635 Clicks - Nr. 183

## **Juso-Landeskonferenz, 2. März 2013, Bad Oldesloe**

Bad Oldesloe. 02.03.2013. In ihren Grußworten lobte Nina Scheer die Intensität und thematische Vielfalt des Diskurses der Juso-Landeskonferenz.



In Bezugnahme auf Positionierungen zu Nachhaltiger Entwicklung plädierte sie dafür, auch in Einzelfragen noch stärker die regionalwirtschaftlichen und dezentralen Ansätze zu verfolgen. Es gebe zudem ein Bündel an Maßgaben entlang von Steuer- und Anreizsystemen, wonach sich Gemeinwohlverträglichkeit von Wirtschaft definieren und einfordern ließe. Mit Blick auf bestehende Systeme sei etwa ein Bekenntnis zum nicht funktionierenden Emissionshandel wünschenswert.

**Keine Kommentare**

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 10.03.2013, 15:33 Uhr - 8826 Clicks - Nr. 184

## **SPD hat Bürgermeisterkandidatin nominiert**

Am 4. März hat die SPD in einer öffentlichen Mitgliederversammlung in der Kommunalen Halle Heike Döpke in einer geheimen Wahl einstimmig zur Bürgermeisterkandidatin nominiert. Wir haben nach eingehender Beratung neben den beiden Lokalmatadoren eine unabhängige Verwaltungskraft gesucht. Mit Heike Döpke ([www.heike-doecke.de](http://www.heike-doecke.de)) ist es uns gelungen, den Barmstedterinnen und Barmstedtern eine sehr gute Wahl anzubieten.



Heike Döpke stellte sich während der öffentlichen Versammlung den Fragen der Besucher und Mitglieder. Mit ruhigen und sachlichen Antworten hat Heike Döpke einen überzeugenden Eindruck hinterlassen. Sie wird ihren Lebensmittelpunkt nach Barmstedt verlegen. Schon beim ersten Besuch unserer Stadt war ihr klar, dass Barmstedt lebens- und liebenswert ist.

Wir möchten alle auffordern mit Heike Döpke persönlich in Kontakt zu treten. Über ihre Homepage ([www.heike-doepke.de](http://www.heike-doepke.de)) oder über die dort angegebenen Kontaktdaten. Oder wenn Sie sie in der Stadt sehen, sprechen Sie Heike Döpke an.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 11.03.2013, 08:58 Uhr - 9396 Clicks - Nr. 185

## Afa Mitgliederversammlung

Mitglieder der SPD, Wählerinnen und Wähler im Kreis Plön,

am 20. Februar 2013 fand die Mitgliederversammlung der AfA auf Kreisebene statt. Auf der Mitgliederversammlung wurden der Kreisvorstand und die Delegierten zur AfA-Landeskonferenz sowie zum Kreisparteitag gewählt.



[Protokoll der Mitgliederversammlung](#)

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 11.03.2013, 12:31 Uhr - 9812 Clicks - Nr. 186

## Pressemitteilung: Fukushima ermahnt!

Pressemitteilung vom 11.03.2013. Aus Anlass des zweiten Jahrestages des Atomunfalls von Fukushima erklärt Dr. Nina Scheer, Energieexpertin und SPD-Bundestagsdirektkandidatin in Lauenburg – Stormarn-Süd:

„In Deutschland gibt es keine Tsunami-Wellen und auch die Erdbebenrisiken von Japan sind hier nicht gegeben. Gefahren gehen aber von jedem Atomkraftwerk aus, etwa durch terroristische Anschläge. Auch missbräuchliche Atommüllverwendung und die Tatsache, dass bis heute die Entsorgungsfrage ungelöst ist, bergen unüberschaubare Risiken“.



Fukushima bedeute bereits heute nachgewiesene Schilddrüsenzysten und –knoten bei über 35 % der in der Region lebenden Kinder. Es werde mit Schilddrüsenkrebs ab 2014/2015 gerechnet, Leukämie etwas später.

„Der zweite Jahrestag des Atomunfalls von Fukushima sollte uns erneut aufrütteln. Als Atomausstiegs- und Energiewende-Pionierland trägt Deutschland hierbei eine große Verantwortung.“ Die Welt schaue auf die Energiewende ‚Made in Germany‘. „Der Ausbau Erneuerbarer Energien auf heute über 25 % Anteil am deutschen Bruttostromverbrauch beweist, dass eine regenerative Vollversorgung keine Utopie, sondern in greifbarer Nähe ist.“

Zu der aktuell viel diskutierten Finanzierbarkeit der Energiewende erklärt Scheer: „Die wahren Energiekosten stehen nicht auf der Stromrechnung, sondern in den Steuer- und Abgabenbescheiden unserer Kinder“. Steigende Importenergiepreise für fossile Energien und durch ihren Verbrauch verursachte Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen seien die wahren Kostentreiber. „Allein der fortgesetzt beschleunigte Ausbau Erneuerbare Energien garantiert auch zukünftig bezahlbare Energie“, so Scheer.

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 11.03.2013, 13:19 Uhr - 11862 Clicks - Nr. 187

## **Fraktion vor Ort - Internationalen Frauentag, 8. März 2013, Lübeck**

Lübeck. 08.03.2013. Im Rahmen der Zukunftsdialogreihe "Fraktion vor Ort" lud MdB Gabi Hiller-Ohm aus Anlass des Internationalen Frauentages am 8. März 2013 zur Diskussion über das Thema "Für die Gleichstellung an Arbeitsplatz und Wickeltisch - Unsere Strategien für mehr Familienzeit und gute Arbeit" nach Lübeck ein.

Es wurde u.a. die Frage diskutiert, welche Eintrittsvoraussetzungen fehlen, um Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen. Nicht ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, aber auch Niedriglöhne in herkömmlich von Frauen geleisteten Arbeitsfeldern, wurden hierbei als wesentliche Gründe für Ungleichheit benannt. MdB Elke Ferner, AsF-Bundesvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, erläuterte, wie eben diesen Missständen mit einem Regierungswechsel auf Bundesebene begegnet werden kann. Sie sprach sich entschieden sowohl gegen die Ausweitung des Mini-Jobs als auch gegen das Betreuungsgeld aus und benannte eine gesetzliche Quote für Frauen in Führungspositionen als unausweichlich. Im Rahmen der Diskussion mit den Referenten sprach sich Nina Scheer in Bezugnahme auf die Rolle der IHKs, auf dem Podium vertreten durch Matthias Schulz-Kleinfeld, Hauptgeschäftsführer IHK zu Lübeck, dafür aus, das Bündel an Maßnahmen - in Form von Steuern, Abgaben, aber auch mittels Ordnungspolitik, konsequenter für gemeinwohlorientierte Lenkung einzusetzen. Scheer: "Als Körperschaften des öffentlichen Rechts sollten die IHKs gesetzlich verpflichtet werden, ihre Beitragsstrukturen danach auszurichten, ob Unternehmen gemeinwohlorientiert wirtschaften, etwa in Form der Einrichtung von betriebseigenen Kindergärten oder familienfreundlichen Arbeitszeiten".



Bildunterschrift: v.l.n.r.: Heike Willeke, Uwe Polkaehn, Gabi Hiller-Ohm, Hans-Georg Nelles, Cornelia Östreich, Susanne Knoll, Elke Ferner, Nina Scheer, Ariane Weigelt, Matthias Schulz-Kleinfeldt

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 11.03.2013, 15:14 Uhr - 9589 Clicks - Nr. 188

## **Raus aus der Altschuldenfalle**

Raus aus der Altschuldenfalle

### **Ein Modell für einen Altschuldenfonds zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen**

#### **Altschuldenfond**

**Keine Kommentare**



[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 12.03.2013, 10:19 Uhr - 8970 Clicks - Nr. 189

## **Helga Hohnheit soll Kreispräsidentin werden**

**Helga Hohnheit soll Kreispräsidentin werden** Die SPD strebt an, am 26. Mai stärkste Fraktion im Plöner Kreistag zu werden, die stärkste Fraktion stellt den Kreispräsidenten oder die Kreispräsidentin. Die Sozialdemokraten im Kreis Plön haben Helga Hohnheit gebeten, dieses Amt zu übernehmen und sie waren erfolgreich. Helga Hohnheit wird bei entsprechendem Wahlergebnis für das Amt kandidieren.



Themen wie Umsetzung der Hartz IV-Gesetzgebung, Verhinderung von Kinderarmut auf kommunaler Ebene, Einrichtung eines Pflegestützpunktes, die Gründung eines Bündnisses für Familie, der Aufbau eines bedarfsgerechten U3-Betreuungsangebotes, die Umstrukturierung des Kreiskrankenhauses wurden durch sie vorangebracht und begleitet. Im Job-Center Kreis Plön und im Aufsichtsrat des KKH bringt sie ihre langjährigen Erfahrungen aus dem Sozial- und Jugendbereich ein. Jugendkreistag, Partnerschaft zu Estland, Förderung der Mädchenarbeit, Einrichtung der Schuldnerberatungsstelle, Notruf für Frauen, und vieles mehr hat sie in Gang gebracht. Helga Hohnheit ist eine sehr überzeugende Repräsentantin des Kreises Plön. Sie geht auf die Menschen zu und setzt sich mit großem Engagement für ihre Anliegen ein. Das Amt ist bei ihr in guten Händen!

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 12.03.2013, 14:57 Uhr - 8103 Clicks - Nr. 190

## **SPD: Trinkwasser soll in städtischer Hand bleiben**

**SPD stellt Antrag zur Stadtverordnetenversammlung** Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD macht beim Thema Trinkwasserversorgung Nägel mit Köpfen und stellt zur nächsten Stadtverordnetenversammlung am 18.3.2013 einen Antrag, dass die Trinkwasserversorgung in städtischer Hand bleiben soll und EU-Bestrebungen zur Ausschreibung der Konzession und damit eventuellen Privatisierung entgegengewirkt wird. Dieses Thema hatte die SPD in den letzten Wochen in Bad Bramstedt angepackt und öffentlich gemacht.

Doch jetzt ist die SPD erneut aufmerksam geworden, weil die Bad Bramstedter Bundestagsabgeordneten Dr. Rolf Koschorrek (CDU) und Dr. Jürgen Koppelin (FDP) vor wenigen Tagen [am 28.2.2013 im Bundestag](#) einen Antrag der Grünen „[Keine Privatisierung der Wasserversorgung durch die Hintertür](#)“ abgelehnt haben.



Einem weiteren Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zu dem Thema droht ein ähnliches Schicksal im Bundestag.

SPD-Pressesprecher Jan-Uwe Schadendorf: „Die schwarz-gelben Bundestagsabgeordneten handeln nicht im Interesse der Bad Bramstedter Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen sehen, ob ihre örtlichen Parteiorganisationen in der Stadtverordnetenversammlung ein klares Bekenntnis abgeben, die Trinkwasserversorgung in der Hand der Stadt Bad Bramstedt zu belassen und nicht zum Spekulationsobjekt zu machen.“

#### Der Antrag der SPD im Wortlaut:

*Für den Fall, dass der Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Konzessionsvergabe KOM(2011) 897 endg.; Ratsdok. 18960/11 Rechtskraft erlangt und die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen (z.B. Trinkwasser) ausgeschrieben werden muss, wird der Bürgermeister beauftragt, rechtzeitig Schritte in die Wege zu leiten, die Trinkwasserversorgung der Bad Bramstedter Bevölkerung wieder in kommunales Eigentum zu bringen und/oder eine Rechtsform zu finden, die der Ausschreibungspflicht nicht unterliegt.*

*Es sind zeitig Gespräche mit dem weiteren Eigentümer der Stadtwerke zu führen, um ggf. die Trinkwasserversorgung aus den Stadtwerken herauszulösen, falls das zur Erreichung des genannten Zieles erforderlich ist.*

*Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, die Entscheidungsfreiheit der Kommunen bei der Erfüllung der Daseinsvorsorge nicht einschränken zu lassen und eigenständig über die Organisationsform entscheiden zu können, solange der Aufgabenbereich nicht grenzüberschreitende Bedeutung und damit binnenmarktrelevant werden könnte.*

*Die Kommunen müssen selbst entscheiden können, ob sie Aufgaben beispielsweise in Eigenbetrieben, kommunalen Unternehmen oder in Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) erbringen lassen. Die Gewährleistung des Gemeinwohls in öffentlicher Hand ist zu sichern. Die kommunale Zusammenarbeit z.B. in Form von Zweckverbänden oder Kooperationen ist als Grundpfeiler kommunalen Handelns zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.*

Gleichzeitig macht die SPD darauf aufmerksam, dass es ihr gelungen ist, das Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Hamburg zu gewinnen, in Bad Bramstedt den Film „Water Makes Money“ aufzuführen, der das Thema Privatisierung der Trinkwasserversorgung behandelt.

Die FES wird den Film im Schlosssaal am **Mittwoch, den 27.3.2013 um 19 Uhr** zeigen. Anschließend wird es eine Podiumsdiskussion geben, an der die **Regisseurin des Films Leslie Franke** teilnehmen wird. Die Veranstaltung ist öffentlich und kostenfrei.

Anmeldungen sind erbeten und Interessenten können anmelden sich per Telefon: 040 / 32 58 74 0 | Telefax: 040 / 32 58 74 30 | oder per E-Mail: [hamburg@fes.de](mailto:hamburg@fes.de) bzw. <http://www.julius-leber-forum.de>

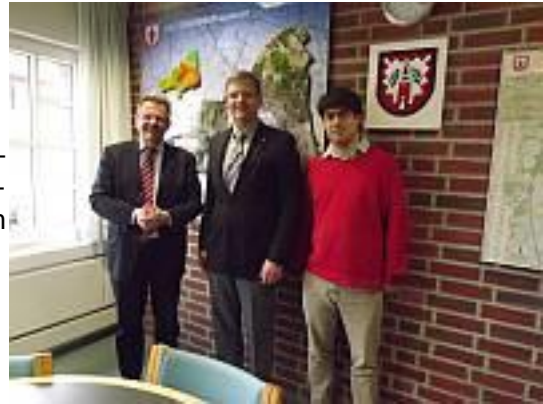
**Keine Kommentare**



## Besuch bei Bürgermeister Hanno Krause

### Aktuelle Themen von Kaltenkirchen im Dialog

„Die Zukunft der AKN (Altona-Kaltenkirchen-Neumünster Eisenbahn) bewegt uns sehr“, so Bürgermeister Hanno Krause im Gespräch mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies und dem SPD-Kreistagskandidaten Christopher Schmidt, bei ihrem Treffen mit dem Verwaltungschef der Stadt Kaltenkirchen.



Angesichts der knappen finanziellen Mittel und der beabsichtigten Vorhaben im öffentlichen Personennahverkehr in Schleswig-Holstein, wie der S 4 von Hamburg nach Bad Oldesloe oder das Kieler Stadtbahnprojekt, bat der Bürgermeister die beiden SPD-Politiker dabei nicht die Notwendigkeit des Projektes S 21 von Hamburg nach Kaltenkirchen aus dem Auge zu verlieren. Ein zweispuriger Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke, eine bessere Fahrzeitentaktung sowie eine Ausweitung der Fahrzeiten bis in die Nacht sei wichtig, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes, die Qualität für die Fahrgäste und auch die Sicherheit jugendlicher Hamburg-Besucher am Wochenende bei der Fahrt zur und von der Metropole zu verbessern. Thönnies und Schmidt sicherten zu, sich in diesem Sinne bei der SPD-Landtagsfraktion in Kiel einzusetzen.

Auch das Zukunftsthema „Ausreichendes Krippenplatzangebot“ stand auf der Tagesordnung des Meinungsaustausches. Hanno Krause zeigte sich zuversichtlich, dass der gesetzliche Anspruch eines 35%tigen Angebotes bis zum 1. August 2013 voll erfüllt, mit allen zur Verfügung stehenden Kapazitäten gar eine Quote von 60%, erreicht werden könne. Thönnies erinnerte daran, dass sich der Bund auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion in den Jahren 2013 und 2014 mit nun insgesamt 580,5 Mio. € an den Investitionskosten für zusätzliche 30.000 Betreuungsplätze und aufwachsend bis 2015 mit insgesamt 845 Mio. € bei den Betriebskosten beteiligt. „Die Förderung des Krippenplatzausbaus ist eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen in unserem Land und ebenso eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, wenn wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten wollen“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete. Gemeinsam waren sich die Beteiligten darin einig, dass die 2 Mrd. € für das von der Berliner Regierungskoalition beschlossene, aber in der Kritik stehende Betreuungsgeld besser für die Bildung und Ausbildung der Kinder und Fachkräfte verwendet werden sollte. Hanno Krause: „Der Besuch der Kinder in den Einrichtungen ist für deren Sozialverhalten genauso wichtig wie hochqualifiziertes Personal für die Betreuung.“ So forderte er auch gerade für den Bereich der Tagespflege eine notwendige Anschlussqualifizierung. Auch hinsichtlich einer besseren Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Tagespflegekräfte war man sich einig.

Vor dem Hintergrund bestehender gut 1.500 Sozialwohnungen in Kaltenkirchen sei nach Auffassung des Stadtoberhauptes derzeit ein weiterer sozialer Wohnungsbau vor Ort nicht notwendig. Dennoch sei es wichtig darauf zu achten, dass bezahlbarer Wohnraum gerade für junge Menschen und ältere Bürgerinnen und Bürger vorhanden sei. Für die Älteren gelte dabei zunehmend auch die Barrierefreiheit als Voraussetzung. Dort wo man sich daran gemacht habe, die Wohnsituation wieder Schritt für Schritt zu verbessern, wie beim „Großen Karl“, bedürfe es jedoch noch weiterer finanzieller Hilfen, wenn es um die Fassaden- und energetische Sanierung gehe. SPD-MdB Thönnies informierte Krause darüber, dass die SPD-Bundestagsfraktion die Städtebauförderung und das Programm „Soziale Stadt“ wieder verlässlich ausstatten will. „Sozialer Zusammenhalt, Integration,

demografischer Wandel, altersgerechter Umbau, Klimaschutz sowie CO2-Gebäudesanierung gehören zusammen“, so der Bundespolitiker. Die beiden Sozialdemokraten sagten zu, den aktuellen Kaltenkirchener Bedarf auch noch einmal unterstützend im Kieler Wohnungsministerium vorzutragen.

**Bildunterschrift v.l.: Franz Thönnies, Hanno Krause und Christopher Schmidt**

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.03.2013, 11:46 Uhr - 9203 Clicks - Nr. 192

## „Keine Pinkelzone im Schwimmbad“

### Martin Habersaat möchte Fracking ganz ausschließen

Der Landtag hat sich in einer Resolution mit den Stimmen aller Fraktionen gegen Fracking ausgesprochen. Der Umweltausschuss des Stormarner Kreistags hat ebenfalls einstimmig eine entsprechende Resolution unterstützt, der Lauenburger Kreistag eine solche bereits beschlossen. Trotzdem ist bislang nicht auszuschließen, dass eines Tages in den Kreisen Stormarn und Herzogtum Lauenburg Chemikalien in



Grund sind die Pläne der Bundesregierung, Fracking nur in Wasserschutzgebieten zu verbieten. Und ein Bergrecht, das der Förderung von Rohstoffen den Vorrang vor anderen Interessen einräumt.

Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd und Wentorf, findet den Entwurf der Bundesregierung unzureichend, weil Fracking nur in Wasserschutzgebieten verboten werden soll. Er sagt: „Niemand weiß, was mehrere hundert Meter unter der Erde passiert, wohin die Chemikalien geschwemmt werden. Es macht wenig Sinn, Fracking im Wasserschutzgebiet zu verbieten und nebenan zu erlauben. Es kommt ja auch niemand auf die Idee, eine Pinkelzone im Schwimmbad einzurichten.“ Zudem sage das Prädikat „Wasserschutzgebiet“ nur etwas darüber aus, wie groß die Deckschicht über dem Grundwasser sei. Wo sie dick genug ist, kann Trinkwasser auch außerhalb von Wasserschutzgebieten gefördert werden.

Noch ist Zeit. Zwar liegen bereits die ersten Anträge auf „Gebietssicherung“ in Schleswig-Holstein vor, doch dabei geht es zunächst nur darum, nach Rohstoffen zu suchen. Habersaat: „Momentan werden gewissermaßen die Claims abgesteckt. Ob, wo und wie gefördert werden darf, entscheidet sich später. Und wenn es nach mir geht, lautet schon die Antwort auf das ‚ob‘: nein.“ Zwei Wege möchte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion beschreiten, um das sicherzustellen: Erstens müsse es eine Änderung des Bergrechts her, zweitens müsse weiter dafür geworben werden, die Energiewende fortzusetzen. „Der Weg zu erneuerbaren Energien ist beschritten. Ich hoffe, Deutschland geht diesen Weg weiter und kehrt nicht nach den ersten Metern um.“ Eine Änderung des Bergrechts würde auch den Regionen helfen, in denen großflächig gegen den Willen der Menschen dort Quarzsand gefördert wird.

### Was ist Fracking?

In der Regel müssen für die Gewinnung von Gas aus unkonventionellen Lagerstätten zusätzliche bessere Wegsamkeiten im Gestein der Lagerstätte geschaffen werden, um ein

Entweichen des Gases in die Gewinnungsbohrung zu ermöglichen. Hierbei wird das sogenannte Hydraulic Fracturing, kurz „Fracking“ genannt, eingesetzt, bei dem unter hohem Druck mit Chemikalien versetztes Wasser in das Gestein gepresst wird. Die Frage, welche Auswirkungen sich in welchem Ausmaß auf die Umwelt und die Menschen ergeben, ist unter vielerlei Aspekten bisher nicht beantwortet.

Landtagsbeschluss vom 28.11.2012: <http://www.landtag.ltsh.de/info-thek/wahl18/drucks/0300/drucksache-18-0386.pdf>

Bundesrat zum Thema Fracking: [http://www.bundesrat.de/cln\\_340/nn\\_43984/Shared-Docs/Downloads/DE/Plenarprotokolle/2013/Plenarprotokoll-906,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Plenarprotokoll-906.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_340/nn_43984/Shared-Docs/Downloads/DE/Plenarprotokolle/2013/Plenarprotokoll-906,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Plenarprotokoll-906.pdf)

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 13.03.2013, 15:59 Uhr - 154576 Clicks - Nr. 193

## "EU-Agrarpolitik – Rückschritt gegenüber vergangenen Reformen"

### SPD-Abgeordnete gegen schwaches Verhandlungsmandat zur EU-Agrarreform

Eine Mehrheit im Europäischen Parlament hat sich am Mittwoch dagegen ausgesprochen, die EU-Agrarpolitik zukünftig stärker ökologisch auszurichten und damit für eine bessere gesamtgesellschaftliche Legitimation zu sorgen.



Die SPD-Europaabgeordneten hatten mit Änderungsanträgen zur Plenarabstimmung versucht, das Schlimmste zu verhindern, sie erhielten jedoch nicht genügend Unterstützung vom Plenum. Daher stimmte die SPD-Delegation gegen drei der vier vorgelegten Texte zur EU-Agrarreform.

„Von Reform kann bei diesem Text, der nun auf dem Tisch liegt, nicht die Rede sein. Das Ergebnis ist ein Beleg für eine rückwärtsgewandte Agrarpolitik, die im 21. Jahrhundert so nichts mehr zu suchen hat!“, zeigte sich **Ulrike RODUST**, agrarpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten nach der Abstimmung sichtlich enttäuscht.

Nicht nur die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Ökologisierungsaufgaben bei den Direktzahlungen für Landwirte, dem Herzstück der EU-Agrarreform, wurden abgeschwächt. Die Mehrheit der Europaabgeordneten ist auch dafür, neue Instrumente zur Einkommensstabilisierung und Versicherungssysteme für Landwirte aus der zweiten Säule, die für die Förderung des ländlichen Raumes vorgesehen ist, zu finanzieren. Das ginge „komplett in die falsche Richtung. Für Entwicklungsmaßnahmen, die dem ländlichen Raum zu gute kommen sollen, bleibt dann am Ende weniger Geld übrig“, erläuterte **Ulrike RODUST**. „Der Grundsatz – öffentliches Geld für öffentliche Güter – wird mit dieser Reform komplett untergraben!“

Dass es bei einem Verstoß gegen Ökologisierungsaufgaben keine Sanktionen in der Basisprämie geben soll, sondern nur bei den 30 Prozent der Zahlungen, die für die Ökologisierung der Landwirtschaft vorgesehen sind, sieht **Ulrike RODUST** sehr kritisch: „Ökologisierungsaufgaben lediglich auf eine freiwillige Option für Landwirte abzuschwächen, reicht nicht aus, um die notwendige gesellschaftliche Legitimation für einen der größten Ausgabenblöcke im EU-Haushalt zu schaffen.“

Ebenso kritisiert **Ulrike RODUST**, dass Marktinterventionen und Exportsubventionen weiterhin als Instrument der EU-Agrarpolitik erhalten bleiben sollen. "Wir Sozialdemokraten setzen uns schon lange dafür ein, die wettbewerbsverzerrenden Exportsubventionen komplett abzuschaffen. Das schädigt nicht nur Landwirte in weniger entwickelten Ländern, sondern hilft auch nicht die Wettbewerbsfähigkeit unserer eigenen Landwirtschaft zu verbessern", erklärte die Agrarexpertin **Ulrike RODUST** weiter. Zwar wäre der Posten für Exportsubventionen im zukünftigen Haushalt vorerst auf Null gesetzt, wohl könnte er aber in Krisenzeiten bei Bedarf mit Finanzmitteln ausgestattet werden. Unter Krise könnten dann allerdings auch fallende Agrarpreise angeführt werden.

Positiv bewertet **Ulrike RODUST** das Abstimmungsergebnis zur Transparenz der Agrarzahungen. Nachdem der Agrarausschuss den Kommissionsvorstoß, die Namen der Zahlungsempfänger wieder offen zu legen, abgelehnt hatte, haben die Sozialdemokraten diesen Vorschlag wieder eingebracht und im Plenum die notwendige Zustimmung erhalten. **Ulrike RODUST**: „Bei der Vergabe von Steuergeldern müssen Transparenz- und Fairnessgrundsätze gelten, das hat auch die Mehrheit des Parlamentes verstanden!“

### **Hintergrund:**

Das Europäische Parlament arbeitet seit Beginn dieser Legislaturperiode an der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und hat erstmalig das volle Mitspracherecht. Im Oktober 2011 hat der EU Agrarkommissar Dacian Cioloş seine aus vier Hauptverordnungen bestehenden Legislativvorschläge zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vorgelegt, damit ging die Arbeit an der GAP Reform in die entscheidende Phase.

Herzstück der Reform ist die in der Öffentlichkeit besonders kontrovers diskutierte Ökologisierung der Direktzahlungen (sogenanntes Greening). Neben der Direktzahlungsverordnung gehören zu dem Vorschlag, die weniger umstrittene Verordnung zur ländlichen Entwicklung und die stark umkämpfte einheitliche Gemeinsame Marktorganisation. In dieser werden unter anderem die Intervention und die Exportsubventionen sowie die Zucker- und Milchmarktordnung geregelt. Hinzu kommt die Horizontale Verordnung über Finanzierung, Management und Kontrolle der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Die konservativ-liberale Mehrheit im Agrarausschuss hat im Januar 2013 dafür gesorgt, dass der Reformvorschlag des Kommissars vor allem im Hinblick auf die Ökologisierung der Direktzahlungen verwässert wurde. Ulrike Rodust stimmte deshalb bereits im Agrarausschuss gegen drei der vier Berichtsentwürfe. Der Agrarausschuss gefährdet mit dem Abstimmungsergebnis den nötigen Systemwandel der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik hin zu einer ökologischeren Ausrichtung. Wenn die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz der GAP verbessert werden soll, dann muss sich an dieser Politik etwas ändern. Der Grundsatz *öffentliches Geld für öffentliche Güter* muss berücksichtigt werden. Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität dürfen bei der Agrarreform nicht hinten anstehen.

Daher haben Ulrike Rodust und die Sozialdemokraten für das Plenum erneut Änderungsanträge gestellt, die das Ergebnis des Agrarausschusses wieder auf den richtigen Weg bringen sollen.

**Änderungsanträge von Ulrike Rodust und der SPD:** Unter Berücksichtigung des Grundsatzes „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ ist eine Bindung von 30% der Direktzahlungen an die Einhaltung ökologischer Auflagen, das so genannte **Greening**, unabdingbar.

Außerdem fordern die Sozialdemokraten statt der Anbaudiversifikation eine **Fruchtfolge**. Diese ist für die Bodenfruchtbarkeit und die Pflanzengesundheit sinnvoller.

**7% ökologische Vorrangfläche** ist nach Auffassung der SPD ein vernünftiger Vorschlag der Kommission. Das Stufenmodell des Agrarausschusses, (3%, ab 2016 5% und

ab 2018 7%) ist zu wenig. 3% gibt es beispielsweise dank Hecken und Landschaftselementen bereits heute in Deutschland.

Die **Ökologisierung** muss **verpflichtend** für Mitgliedsstaaten und Landwirte sein und darf keine freiwillige Option darstellen. Zu diesen Punkten hat die SPD erneut Änderungsanträge ins Plenum eingereicht.

Die Option Direktzahlungen wieder vermehrt an Produkte zu koppeln, lehnt die SPD ab. Ein Ziel der letzten Reform war es, die **Zahlungen zu entkoppeln**, um den Landwirte die Möglichkeit zu geben ihre Produktion verstärkt an den Bedürfnissen des Marktes auszurichten. Die SPD hat Änderungsanträge gestellt, diese gekoppelten Zahlungen zu lösen.

Die 2. Säule, die die **Entwicklung des ländlichen Raumes** unterstützt, hat für die Sozialdemokraten besondere Priorität. Die Mittel der ländlichen Entwicklung dürfen nicht für die Einkommensstabilisierung von Landwirten verwendet werden. Die SPD hat sich Änderungsanträgen angeschlossen, die die Implementierung eines Risikomanagementinstrumentes und Einkommensstabilisierungsinstrumentes in der 2. Säule ablehnen.

**Exportsubventionen** lehnen die Sozialdemokraten entschieden ab. Der im Ausschuss gefundene Kompromiss, die Haushaltszeile für diese Maßnahme auf Null zu setzen und in Krisenzeiten zu aktivieren, ist nicht tragbar. Zumal es keine genaue Krisendefinition gibt. Die SPD fordert, dass dieses veraltete Instrument endgültig gestrichen wird.

Dass der Agrarausschuss den Transparenzvorschlag der Kommission zur erneuten **Veröffentlichung der Zahlungsempfänger** gelöscht hat, ist skandalös. Bei der Verteilung von öffentlichen Geldern muss transparent sein, wer die Empfänger sind. Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Änderungsantrag eingebracht, der sich für die erneute Veröffentlichung der Empfänger von Agrarzahlungen einsetzt.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 13.03.2013, 19:46 Uhr - 9007 Clicks - Nr. 194

## **SPD und Unternehmensverband: Chancen für heimische Wirtschaft bei Fehmarnbeltquerung**

**13. 3. 2013**

### **SPD und Unternehmensverband: Chancen für heimische Wirtschaft bei Fehmarnbeltquerung nutzen**

Dem diesjährigen Jahresgespräch zwischen dem Unternehmensverband Ostholstein-Plön und Vertretern der SPD-Kreistagsfraktion ging ein Besuch bei dem mittelständischen Unternehmen Merz Dental GmbH in Lütjenburg voraus.

Geschäftsführer Friedhelm Klingenburg stellte den Vertretern der SPD-Kreistagsfraktion und des UV das Unternehmen vor. Über 120 Beschäftigte haben hier einen sicheren Arbeitsplatz und in der strategischen Ausrichtung sollen es auch noch mehr werden. Das Unternehmen, das seit 60 Jahren in Lütjenburg ansässig ist, vertreibt in 40 Ländern seine Produkte aus der Zahnmedizin und produziert nicht nur vor Ort, sondern forscht, entwickelt und bildet aus. Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen hob die besondere Bedeutung des Betriebes für die Region hervor, insbesondere der weitere Ausbau und die Weiterentwicklung seien für Lütjenburg sehr positiv und schaffen weitere Arbeitsplätze. Das gemeinsame Bekenntnis zur Fehmarnbeltregion und die Möglichkeiten der heimischen Wirtschaft, von Aufträgen zu partizipieren, sind für alle Beteiligten von großer Bedeutung.



„In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung und den Aktivregionen wird in dem Projekt „beltNET“ unter der Projektführung des Unternehmensverbandes eine Datenbank und eine Vernetzung der Unternehmen erarbeitet, die Interesse an Aufträgen haben und diese ggf. auch in Kooperationen miteinander anbieten“, so der Vorstandsvorsitzende des Unternehmensverbandes Ostholstein-Plön, Werner Süß. Geschäftsführer Eberhard Rauch führt weiter aus, dass insbesondere die Nischen und Dienstleistungen für Unternehmen vor Ort während der Bauphase von 2015-2020 interessant sein können. „Die Unternehmen sollten rechtzeitig und intensiv über deren Chancen und Volumen informiert werden und die Politik sollte darauf achten, dass auch heimische Firmen berücksichtigt werden, so Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen. „Da ist noch eine Menge Aufklärungsarbeit zu leisten, die Zeit die läuft.“

"Unser Vorstoß in der kreisweiten Überprüfung der Breitbandversorgung wurde positiv aufgenommen", freute sich Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen. Die Qualität und Zukunftsfähigkeit der Unternehmen hängt sehr stark von der guten Nutzung des Internets ab. Beide Wirtschaftsvertreter mahnten an, dass auch über die Kreisgrenzen hinaus nach der Bedarfserhebung zusammengearbeitet werden sollte. Ein weiterer Schwerpunkt war der Fachkräftemangel und die Ausbildungsfähigkeit von Schülern. „ Die Kreistagsabgeordnete Heidrun Clausen und die Lütjenburger Kreistagskandidatin Christel Seick unterstützen die Aktivitäten der Wirtschaft und ermuntern die Betriebe, rechtzeitig in unterschiedlichen Formen mit den Schulen zu kooperieren, um geeignete Auszubildende einstellen zu können.“

Lutz Schlüsen und Werner Süß lobten die jährlichen gemeinsam durchgeführten Gespräche. Die Unternehmenslandschaft im Kreis ist auch im zunehmenden Wettbewerb sehr engagiert und über Themen wie Zusammenarbeit in der Kiel-Region und mit der Metropolregion Hamburg wurde sich ebenso ausgetauscht wie über die Energiewende und die notwendige Ertüchtigung der B 202. Man werde auch in Zukunft im guten Dialog bleiben, darüber war man sich einig.

**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 13.03.2013, 20:15 Uhr - 54895 Clicks - Nr. 195

## **Mehr Natur in die Stadt und in alle Gemeinden**

Am 2. März hatte das umWeltforum der schleswig-holsteinischen SPD zu einem Workshop zum Bündnis **'Kommunen für biologische Vielfalt'** eingeladen. 25 Teilnehmer

waren der Einladung nach Neumünster gefolgt und konnten von Sandra Redmann, der umweltpolitische Sprecherin der *SPD-Landtagsfraktion* und Stefan Bolln, dem umweltpolitischen Sprecher des Landesvorstands begrüßt werden.

Als Referenten hatte das UFO -- Dr. Christian Fischer, Biologe aus Kiel, zum Thema "Schicksal der Biodiversität in Schleswig-Holstein" -- Eckart Kuhlwein, NaturFreunde, zum Thema "kommunale Biodiversitätsstrategie" -- Michael Packschies, Eckernförde, zum Thema: Eckernförde ein gutes Beispiel für Schleswig-Holstein gewinnen können.



Christian Fischer wies im Eingangsreferat auf die dramatischen Verluste an Biodiversität in fast allen Ländern der Erde hin. Das betreffe sowohl die Arten, als auch die Genome und die Ökosysteme. Die Erhaltung der globalen Biodiversität müsse politisch unbedingt Vorrang haben. Fischer beschrieb die Vielfalt der Organismen. So gebe es von den \* Schwämmen 9.000 Arten \* Rippenquallen 100 Arten \* Quallen 9.000 Arten \* Fadenwürmer 12.000 Arten \* Mollusken 50.000 Arten \* Gliederfüßler 1 Mio. Arten \* Libellen 68 Arten in SH \* Wildbienen 250 Arten in SH Die Amphibien seien zurzeit am meisten gefährdet. Die globale "Massenaussterben" schreite 1.000 bis 10.000mal so schnell fort als im natürlichen Prozess früherer Jahrtausende. 17.500 Arten verschwinden im Jahr. 1,4 Mio. Arten seien zurzeit bekannt, fünf bis 30 Mio. Arten sind wahrscheinlich. Das letzte große Aussterben habe es vor 65 Mio. Jahren gegeben, das vorletzte zum Ende des Perm vor 250 Mio. Jahren. Für eine Erholung der Biodiversität seien fünf (!) Mio. Jahre erforderlich. Fischer warnte davor, bei uns Pflanzen aus anderen Weltregionen anzupflanzen, weil sie auch bei gleichen Arten unterschiedliche Genome enthielten, die zu einer Durchmischung bzw. Verdrängung heimischer Arten führen würden. In der Diskussion ging es vor allem um die Frage, ob man die Natur sich selbst überlassen, oder ob mit der Schaffung von Biotopen, Ansiedlung von Arten, eingegriffen werden sollte. Bei einheimischen Baumschulen könne man sicher sein, "hiesiges Material" zu erhalten. Gibt aber keine Kennzeichnungspflicht. Landwirte hielten sich nicht unbedingt an die Regeln. Gegenbeispiel für Gestaltung: Die offene Weidelandschaft im FFH-Gebiet Höltigbaum bei Ahrensburg/Hamburg, wo die Verbuschung verhindert wird. Eckart Kuhlwein erläuterte die Entstehung des Bündnisses "Kommunen für Biodiversität" und brachte praktische Beispiele aus der Arbeit in den Mitgliedskommunen bzw. den Deklarationskommunen. Er schlug einen Musterbeschluss für die Ratsversammlungen vor. Nähere Informationen unter [www.kommunen-fuer-biologische-vielfalt.de](http://www.kommunen-fuer-biologische-vielfalt.de) Michael Packschies erinnerte zunächst an Defizite bei den Vorschriften für die Erschließung von Baugebieten in den Kommunen: Früher habe es zunächst Grünordnungspläne und Landschaftspläne gegeben, bevor Bebauungspläne erstellt wurden. Heute laufe es eher umgekehrt: Erst die Baugebiete und später eine Kompensation. Eckernförde habe schon 1984 ein umweltschonendes Vorgehen bei der Entwicklung beschlossen. Erster Schritt sei eine Kartierung gewesen. Dann sei ein Achsenkonzept entwickelt worden. Im dicht bebauten Norden der Stadt sei eine weitere Bebauung gestoppt worden. Vor einem F-Plan sei zunächst ein Landschaftsplan erarbeitet worden. Bei der Bebauung sollte "Landschaft wiederhergestellt" werden:

\* Verdunstungsteiche für Regenwasser, \* Aushub durfte zu kleinen Hügeln aufgetragen werden, \* Teiche wurden dort ausgebaggert, wo sie früher bestanden hatten. Durch Versickerung wurden die Kosten für die Regenwasserkanalisation gesenkt. Unerwünschte "Einwanderer" wurden umgesiedelt. Trittstein-Entfernungen für Arten wurden durchgeführt, "Tobeflächen" statt geordneter Spielplätze für Kinder angelegt. Hinzu kamen Gründächer für Gewerbebetriebe, die Wiederherstellung alter Brunnen und die Anlage eines

Heckenlabyrinth. Zu einem Kunstprojekt wurde die Begrünung von Wartehäuschen. Packschies hielt ein Plädoyer für eigenständigen Umweltausschuss, weil Umweltthemen in Bauaus-schuss leicht untergehen. Sein Rat: Auch Argumente der Gegner reflektieren und ggf. Kompromisse suchen. In der Diskussion ging es um verbesserte Strukturen der Entscheidungsfindung. Beklagt wurde, dass auch SPD-Vertreter sich in den Kommunen zu wenig um Natur in der Stadt kümmern. Naturschutz sei vor allem durch die Klima- und Energiepolitik als Thema verdrängt worden. Die Versammlung beschloss eine Initiative zum Landesparteitag zum Beitritt Bündnis "**Kommunen für biologische Vielfalt**". Das umWeltforum wird dazu einen Antrag stellen. Weiterhin soll eine Initiative zum Landesnaturschutzgesetz über die Landtagsfraktion angestoßen werden, um Grünordnungspläne und Landschaftspläne als Voraussetzung für F-Pläne und B-Pläne zu verankern.

**Keine Kommentare**

[SPD Schacht-Audorf](#) - veröffentlicht am 13.03.2013, 21:22 Uhr - 7327 Clicks - Nr. 196

## **Eckard Reese soll Bürgermeister bleiben**

### ***Schacht-Audorfer SPD setzt sich Schwerpunkte für die nächste Wahlperiode***

Auf der Jahreshauptversammlung am Freitag, dem 8. März 2013, traf sich die Schacht-Audorfer SPD, um ihre Schwerpunkte für die nächste Wahlperiode zu setzen und die Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl am 26. Mai 2013 aufzustellen. Dabei wurde der bisherige Bürgermeister Eckard Reese wieder von seiner Partei als Spitzenkandidat aufgestellt. „Wir freuen uns, dass wir so einen engagierten und kompetenten Bürgermeister haben. Deshalb sind wir froh, dass er sich erneut zur Verfügung stellt“, so die Ortsvereinsvorsitzende Sabrina Jacob, welche auf dem zweiten Listenplatz folgt. „Wir haben ein starkes Team von aktiven Frauen und Männern, gemischt aus jungen und aus erfahrenen Leuten“. Darunter seien bisherige Gemeindevorteiler, aber auch sogenanntes frisches Blut.



In reger Diskussion wurde auch über die Grundzüge des Wahlprogramms gesprochen. Seit Mitte August 2012 ist daran bereits in kleinen Gruppen gearbeitet worden. Es setzt sich zusammen aus den Schwerpunkten Lebensqualität, Chancen nutzen und Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern. Es soll gemeinsam mit den gewählten Kandidatinnen und Kandidaten nun noch den nötigen Feinschliff erhalten. Das Programm beinhaltet unter anderem die Stärkung der Infrastruktur im Dorf, die Weiterentwicklung des Geländes am „Alten Sportplatz“ und die Zukunft der Schule vor Ort. Ein großes Augenmerk wird auch auf die Möglichkeiten gelegt, die der Tourismus unserem Ort bietet. So soll nach dem Wohnmobilstellplatz die touristische Infrastruktur am Nord-Ostsee-Kanal weiter ausgebaut werden. Schon diesen Platz hatte die SPD gegen großen Widerstand innerhalb der anderen Parteien durchsetzen müssen, und er hat sich schnell zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Weitere Themen sind die Beteiligung der Seniorinnen und Senioren sowie der Jugendlichen in Schacht-Audorf an der Dorfpolitik.

Anhand eines PC-gestützten Rechenschaftsberichts erläuterte Sabrina Jacob die Aktivitäten des letzten Jahres, und Jens Thies stellte die finanzielle Lage des Ortsvereins vor. Die SPD sei eine Partei, die von den Mitgliedern lebe und nicht von Spenden einiger weniger abhängt. Auch beschlossen die Ortsvereins-Mitglieder eine Satzungsänderung, wonach



nun auch parteilose Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl aufgestellt werden können.

Für die zehnjährige Mitgliedschaft wurden Dorit Sievers und Ingo Awe geehrt. 35jähriges Jubiläum feierte Hildegard Möller und Marga Martens bekam einen Präsentkorb für 40 Jahre in der SPD.

In der Gemeindevertretung hat die SPD derzeit 9 von 17 Sitzen. 21 Kandidatinnen und Kandidaten stehen auf der neu erstellten Liste. „Mit 21 Bewerberinnen und Bewerbern sind wir sehr gut aufgestellt, auch wenn ich mir noch mehr Frauen auf der Liste gewünscht hätte“, resümierte Sabrina Jacob. Da müsse man in Zukunft noch intensiver dran arbeiten.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.03.2013, 22:37 Uhr - 7142 Clicks - Nr. 197

## Keine Studiengebühren

*Zu Pressezitaten, wonach Wissenschaftsministerin Wende sich unter bestimmten Bedingungen theoretisch Studiengebühren vorstellen könnte, erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Es kann auf einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung nicht verboten sein, theoretische Gedankenspiele zu formulieren, für die es im tatsächlichen politischen Leben keine Grundlage gibt.

Es ist der SPD in allen Bundesländern, in denen sie Regierungsverantwortung getragen hat und trägt, zu verdanken, dass es keine Studiengebühren gab bzw. dass Studiengebühren wieder abgeschafft wurden. Das gilt auch für die schleswig-holsteinische SPD, die in der Großen Koalition zwischen 2005 und 2009 trotz des erklärten Willens des damaligen Koalitionspartners CDU Studiengebühren verhindert hat.

Die Ablehnung dieser Gebühren ist mittlerweile bundesweit politisch nahezu unumstritten, nachdem sogar die CSU in Bayern die Abschaffung der Studiengebühren beschlossen hat.

Für uns gilt uneingeschränkt das, was wir im Koalitionsvertrag dazu formuliert haben.

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 13.03.2013, 23:07 Uhr - 7757 Clicks - Nr. 198

## Öffentliche Mitgliederversammlung der SPD Tangstedt

Am 27. März findet ab 19:30 die **öffentliche Mitgliederversammlung** der **SPD Tangstedt** in der Tangstedter Mühle statt, während der u. a. das Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2013 vorgestellt und diskutiert wird.

Nach der Vorstellung des Wahlprogramms der **SPD Tangstedt** zur Kommunalwahl 2013 im Beisein aller Direktkandidaten besteht die Möglichkeit zur Diskussion. Im weiteren Verlauf des Abends wird das Wahlprogramm verabschiedet werden. Mitglieder wie Interessierte finden die **Mitgliederversammlung** im Raum Liliencron der Tangstedter Mühle, Hauptstraße 96, 22889 Tangstedt. Weitere Informationen unter 04109-9499.

TANGSTEDT

SPD

Keine Kommentare

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 14.03.2013, 08:45 Uhr - 7958 Clicks - Nr. 199

## Einwohnerversammlung in Langwedel

Am 21. Februar fand um 19:30 Uhr die erste Einwohnerversammlung der Gemeindevertretung im diesem Jahr statt. Allerdings waren weder die Tagesordnung noch die dort vorgelegten Pläne dem Gemeinderat vorher vorgelegt worden. In Langwedel sind das offensichtlich die einsamen Entscheidungen eines einzelnen Herren.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt war die frühzeitige Beteiligung der Einwohner am Bauplan 10, der das Gelände neben dem Friedhof betrifft. Der beauftragte Planer stellte zwei Varianten vor. Er enthielt acht Grundstücke zur Bebauung ähnlich denen vom Ohlendiekskamp, über deren zweite Einmündung die Anbindung an die Nortorfer Straße erfolgen soll. Die jetzigen Parkplätze am Friedhof würden neu gestaltet und zur Ohlendieksau hin verlängert. Die Versammlung sprach sich dafür aus, auch den Weg zwischen der Nortorfer Straße und dem Baugebiet mit einzubeziehen und so für die Müllabfuhr einen Rundkurs zu erstellen. Dafür könnte auf einen Wendehammer verzichtet werden.



Zu einem größeren Gesprächsbedarf führte der Vorschlag, zusätzlich im tieferliegenden Gelände zur Ohlendieksau hin sechs seniorengerechte Wohneinheiten mit Flachdach zu erstellen, über die die Bewohner der höher gelegenen Häuser hinweg schauen könnten. Ob so etwas überhaupt genehmigt würde war fraglich, da es die Ausgleichsfläche für die neuen Grundstücke ist. Es wurde festgestellt, dass die Wohnungen selbst zwar seniorengerecht gestaltet werden sollten, die Zuwegung aber allein durch den Höhenunterschied eine Barriere darstellte.

Wenn auch seniorengerechte Wohnungen in Langwedel dringend benötigt würden, wie die Vertreter von SPD und UWL hervorhoben, war dieses Angebot absolut nicht zielführend, da seniorengerechte Wohnungen nur im Zusammenhang mit Versorgungs- und Betreuungsmöglichkeiten ( z.B. erweiterter MarktTreff) sinnvoll realisiert werden können. Kein Investor – gemeinnützig oder privat – sei sonst dafür zu gewinnen.

Der Planer plädierte dafür derartige Einrichtungen stärker im Ortskern anzusiedeln.

Hier ist der Bürgermeister gefordert eine Bedarfserhebung für seniorenrechtliche Wohnungen durchzuführen.

Zum Bebauungsplan selbst wurde deutlich, dass der Bedarf an den vorgesehenen acht Bauplätzen gegeben ist. Eine Reihe Bauwilliger waren vertreten.

Karte: [© OpenStreetMap-Mitwirkende](#)

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 14.03.2013, 22:10 Uhr - 7345 Clicks - Nr. 200

## Studieren ohne Wohnen geht nicht

*Zur heutigen Pressekonferenz des Studentenwerks zur Erschließung von neuem studentischem Wohnraum erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Schleswig-Holstein hat im Bundesvergleich ausgesprochen wenig öffentlichen Wohnraum für Studierende. Wir wollen und wir brauchen mehr Studierende, und deswegen müssen wir nicht nur unsere Hochschulen aufbauen,

sondern auch die dafür nötige Infrastruktur für die allgemeinen Lebensbereiche schaffen.



Trotz aller Anstrengungen, neuen studentischen Wohnraum in öffentlicher Trägerschaft zu schaffen, muss die Hauptverantwortung bei privaten Anbietern liegen. Wir begrüßen es sehr, dass das Modell „Wohnen für Hilfe“ erfolgreich angelaufen ist. Die Grundregel „eine Stunde Hilfe im Monat pro Quadratmeter“ gewährleistet, dass es nicht zu Beeinträchtigungen des Studiums kommt.

Wir würden uns freuen, wenn sich mehr Anbieter und Studierende, auch in anderen Hochschulstädten an diesem Programm beteiligen würden und danken dem Studentenwerk für diese kreative Initiative.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 14.03.2013, 22:42 Uhr - 7319 Clicks - Nr. 201

## Kein Zwang zu G9

*Zur heutigen Pressekonferenz der Volksinitiative „G9 jetzt“ erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Die Volksinitiative „G9 jetzt“ will alle Gymnasien in Schleswig-Holstein zu einer Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren verpflichten. Das wäre das Ende der Wahlfreiheit für alle Schülerinnen und Schüler.

Die Küstenkoalition möchte diese Wahlmöglichkeit erhalten, indem an Gymnasien das Abitur nach acht und an der Gemeinschaftsschule nach neun Jahren angeboten wird.

Bestehende G9-Gymnasien erhalten Bestandsschutz. Für diesen Grundsatz votierte auch die Bildungskonferenz, ebenso äußerten sich die gewählten Landeselternbeiräte für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und die Landesschülervertretungen.



Es ist das Recht eines Jeden, eine Volksinitiative zu starten. Wir glauben nicht, dass die zwangsweise Rückkehr aller Gymnasien zu G9 in der Bevölkerung eine Mehrheit findet, und sehen der Volksinitiative gelassen entgegen. Eine solche zwangsweise Rückkehr wäre nicht nur in Norddeutschland einmalig und würde Schleswig-Holstein isolieren.

Derweil setzen wir unsere Arbeit fort mit dem Ziel, die Empfehlungen der Bildungskonferenz umzusetzen, die weit über die reine G8/G9-Diskussion hinausgehen. Wir wollen die Schulen inhaltlich besser machen, wir wollen Bildungsgerechtigkeit und wir wollen eine flächendeckende Wahlmöglichkeit mit G8 an Gymnasien und G9 an Gemeinschaftsschulen und beruflichen Schulen. Und wir wollen G8, das zugegebenermaßen nicht optimal gestartet ist, kontinuierlich verbessern.

#### Nachtrag:

Bereits am ersten Tag scheint die Initiative sich für ein neues Ziel entschieden haben. Nun wird gefordert, jedes Gymnasium solle sich neu entscheiden.

Wir haben in Schleswig-Holstein 99 Gymnasien (84 G8, 11 G9, 4 GY). Denen gegenüber stehen aktuell 137 Gemeinschaftsschulen, von denen momentan allerdings erst 25 eine eigene Oberstufe haben. Beide Zahlen werden größer, weil aus den Regionalschulen Gemeinschaftsschulen werden und weil wir neue Oberstufen einrichten. Hinzu kommen die beruflichen Gymnasien. Durch neue Oberstufen oder Kooperationen sollen möglichst alle GMS eine eigene oder eine „zugeordnete“ Oberstufe erhalten. Bis Klasse 10 -und hauptsächlich bei jungen SchülerInnen ist das besonders wichtig- ist die Wahrscheinlichkeit einer GMS in der Nähe auf jeden Fall größer. Wer nun Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 ausschließlich an Gymnasien fordert, hat aus meiner Sicht vor allem Vorbehalte gegen die Gemeinschaftsschule und bringt Unruhe in ein sich gerade beruhigendes System.

**Keine Kommentare**

[AG60plus - Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 15.03.2013, 14:19 Uhr - 7385 Clicks - Nr. 202

## **AG 60plus besucht das Boyens-Druckzentrum**

Am 14.03.2013 besuchten 26 Mitglieder der AG 60 plus aus den Ortsvereinen Wöhrden, Lohe-Rickelshof, Heide und Meldorf die Druckerei der Dithmarscher Landeszeitung in Weddingstedt. Eckhard Wittke, der für die Druckerei-Führungen verantwortlich ist, begrüßte die Mitglieder der AG 60plus.

Zu Beginn zeigte er alte Druckmaschinen und erklärte deren Funktion. Interesse fand auch ein großer Schrank mit Lettern. In den einzelnen Schubladen befinden sich die Lettern für verschiedene Schriften. Danach wurden die riesigen Zeitungs-Papierrollen bestaunt. Auf einer Rolle sind mehr als 20 km Papier. Das Gewicht beträgt 1,6 Tonnen. Die

Rollen werden beim Druckvorgang, wenn sie verbraucht sind, automatisch an die nächste Rolle angeklebt. Der Druckvorgang wird so nicht unterbrochen. Das klappt in der Regel auch immer. Falls nicht muss das Papier erst wieder eingefädelt werden.

Früher, vor noch gar nicht so langer Zeit mussten Bilder, die in der Zeitung erscheinen sollten, erst gerastert werden. Die Bilder sahen dann sehr blass aus. Es sah aus, als wäre das Bild aus Punkten zusammengesetzt. Heute ist es kein Problem jede Seite farbig zu gestalten.

Herr Wittke erklärte die Herstellung von Druckplatten und erläuterte, wie viele solcher Druckplatten für den Druck einer Ausgabe der Zeitung benötigt werden. Bei einer Zeitung mit 32 Seiten Umfang werden 128 Platten benötigt.

Mit dem Aufzug ging es dann in den ersten Stock der mehrstöckigen Druckerei. Hier war es, durch den Lärm der großen Druckmaschinen, sehr laut. Zur Zeit des Besuches wurde die Ausgabe einer Werbezeitung gedruckt. Neben der Tageszeitung werden im Verlag Boyens noch diverse Werbezeitungen, nicht nur für Dithmarschen, sondern auch für Orte und Kreise in Schleswig - Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gedruckt.

Auf die Frage was bei einem Ausfall der Druckmaschinen passiert, gab Herr Wittke die Antwort, dass dies schon einmal vorgekommen sei. Der Blitz war in das Gebäude eingeschlagen und hatte die Technik lahmgelegt. Die Zeitung wurde dann in einem anderen Druckhaus gedruckt. Das ist natürlich sehr aufwendig und verzögert auch die Auslieferung der Tageszeitung, die bei vielen schon um 04:00 oder 05:00 Uhr im Kasten liegt. Die Dithmarscher Landeszeitung hat immer noch eine eigene Redaktion. Die Zeitung wird in dieser Redaktion jeden Tag neu gestaltet. Sie ist immer noch völlig eigenständig und gehört nicht zu einem großen Zeitungsverlag.

Zurück im Erdgeschoss konnte man sehen, wie die fertigen Zeitungen über die Förderbänder liefen. Hier wurden sie geschnitten, Werbebeilagen wurden hinzugefügt. Für die Auslieferung wurden sie zu Paketen verschnürt.

Zum Schluss trafen sich alle im Aufenthaltsraum. Hier erläuterte Herr Wittke noch einige Dinge und die Teilnehmer der AG 60plus konnten Fragen stellen. Margitta und Heike sprachen Herrn Wittke den Dank für die Führung aus. Mit einem Stück Kuchen und einer Tasse Kaffee im Café Waldhaus in den Kreistannen ging ein interessanter Nachmittag zu Ende.

Kommentar von [Käte](#) vom 16.03.2013, 15:44 Uhr:

**RE: AG 60plus besucht das Boyens-Druckzentrum**

*Hallo Heike, vielen Dank für die schnelle Arbeit. Der Artikel gefällt mir gut. Danke Käte*  
[SPD-Süderbrarup](#) - veröffentlicht am 15.03.2013, 18:21 Uhr - 3969 Clicks - Nr. 203

## **Jahreshauptversammlung Ortsverein Süderbrarup**

Der Ortsverein Süderbrarup lädt alle Mitglieder sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger ein zu einer Versammlung am Montag, den 18. März 2013 um 19.30 Uhr, in das Restaurant Hamester in der Bahnhofstraße in Süderbrarup ein.

Auf der Tagesordnung stehen die Kommunalwahl, die Aufstellung der Direkt- und Listenkandidaten und das Wahlprogramm. Hierzu sind ganz herzlich Bürgerinnen und Bürger eingeladen, die sich aktiv bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten als auch ihre Wünsche für das Wahlprogramm einbringen können.

**Keine Kommentare**

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 17.03.2013, 11:33 Uhr - 18397 Clicks - Nr. 204

## **KV Intern Kreis Schleswig-Flensburg erschienen**

Die Kreisinformation KV-Intern, das Info-Blatt der Kreistagsfraktion und des Kreisvorstandes Schleswig-Flensburg, ist gerade erschienen und wir möchten es auch [hier](#) vorstellen.

Das Informationsblatt erscheint einmal im Quartal und berichtet über aktuelle Themen aus dem Kreis Schleswig-Flensburg und aktuelle politische Themen.

[KV Intern März 2013](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 17.03.2013, 12:55 Uhr - 7867 Clicks - Nr. 205

## **Der Osterhase lädt zur großen Ostereiersammelaktion für Kinder nach Wiemerskamp**

Am Ostersonntag, 31. März 2013 hat der Osterhase für die Kinder unserer schönen Gemeinde Tangstedt eine Vielzahl von Ostereiern versteckt, die gefunden werden wollen. Die Suchaktion findet zwischen 10:00 und 12:00 Uhr auf dem Spielplatz Brookring im Ortsteil Wiemerskamp statt.

Wir freuen uns auf viele lachende Kinder und fröhliche Eltern!

Ihre **SPD Tangstedt**



**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 17.03.2013, 13:14 Uhr - 8225 Clicks - Nr. 206

## **Tangstedt Transparent? Unsere Meinung zum ÖPNV**

Spätestens seit unserer Bürgerversammlung vom 27.02.2013 ist uns Tangstedter Bürgern die Problematik mit dem öffentlichen Personennahverkehr bekannt.

Die Einstellung der Buslinie 478 für die Ortsteile östlich der B432 oder auch die Fahrplanänderungen der Buslinie 378 haben berechtigt zu großem Unmut in der Bevölkerung geführt. Viele engagierte Bürgerinnen und Bürger haben sich Gedanken gemacht!

Sie sind für die Erhaltung unserer Buslinien eingetreten, und haben dieses auf der Einwohnerversammlung vorgetragen. Diese Vorträge mit anschließenden Beschlüssen durch

die Einwohner haben dazu geführt, dass sich die Gemeindevertretung mit dieser Thematik beschäftigen muss. Dafür möchten wir uns bei den Bürgerinnen und Bürgern herzlich bedanken.

Es sind bereits viele Vorschläge • über eine geänderte Linienführung unterbreitet worden. Es kann aber nicht die Aufgabe von Bürgerinnen und Bürgern sein, Fahrtrouten zu erarbeiten. Vielmehr erwarten wir von der Gemeindevertretung, dass eine klare Zielvorstellung formuliert wird, die durch die Verwaltung umzusetzen ist. Diese Zielvorstellung wird von einem konkreten Bedarf abhängig sein. Es wird uns als Bürger nur gelingen, eine bürgergerechte Buslinie zu fordern, wenn wir die Gemeinde-, Kreis- und ggf. Landespolitik davon • überzeugen, dass wir einen tatsächlichen Bedarf haben.



Dabei kann es unserer Auffassung nach nicht nur darum gehen, zum mangelhaften Angebot der Linie 478 vor dem Fahrplanwechsel zurückzukehren. Es ist doch kein Wunder, dass die aktuellen Fahrgastzahlen und Befragungen, die durch die Linienbetreiber durchgeführt wurden, einen geringen Bedarf zeigen, wenn das Angebot so unattraktiv ist und nicht die Bedürfnisse aller potentiellen Nutzer erfüllt. Es muss daher das Ziel sein, ein Angebot zu schaffen, das die Anforderungen von Schülern, Senioren, Familien und Berufspendlern gleichermaßen berücksichtigt.

Wir, die Direktkandidaten der SPD, sind davon • überzeugt, dass es einen tatsächlichen Bedarf gibt und werden daher eine Bedarfsermittlung durchführen und alle Haushalte im Wahlkreis 5 persönlich befragen. Diese Befragung hat das Ziel, die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger • über die Fahrzeiten und Fahrtziele zu ermitteln.

Erst nach dieser Befragung können wir mit guten und unwiderlegbaren Argumenten für unsere Bürgerinnen und Bürger dafür eintreten und eine Buslinie fordern, die sowohl für Pendler, Schüler, Senioren und Familien gleichermaßen nutzbar ist. Im Sinne einer zukunftsorientierten Gemeinde wünschen wir allen Bürgerinnen und Bürgern ein frohes Osterfest.

Ihre SPD-Direktkandidaten für Rade, Wiemerskamp, Ehlersberg und Wulksfelde: Ingrid Sichau und Norman Hübener sowie Michael Kanieß unser Direktkandidat für Wilstedt.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 17.03.2013, 14:06 Uhr - 24031 Clicks - Nr. 207

## **80. Jahrestag des Widerstands gegen das Ermächtigungsgesetz**

*Aus Anlass des 150jährigen Parteijubiläums lädt der SPD-Kreisverband zu einer Reihe von Veranstaltungen ein. Am 23. März 1933 beschloss der deutsche Reichstag das Ermächtigungsgesetz, das den Nationalsozialisten den Weg in die Diktatur ebnete.*

Einzig die SPD stimmte im Reichstag gegen dieses Gesetz. Am Ende seiner Rede sprach Otto Wels die historischen Worte: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Aus diesem Anlass laden wir zu einer Gedenkveranstaltung ein, in deren Rahmen wir an den sozialdemokratischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus erinnern möchten.

**am Samstag, dem 23. März 2013 um 10.00 Uhr im Museum Eckernförde**

(Rathausmarkt 8, 24340 Eckernförde).

Wir möchten Sie hiermit herzlich einladen, an der Veranstaltung teilzunehmen und Sie gleichzeitig bitten, den Termin in Ihrer Zeitung bekannt zu geben. Das Museum Eckernförde ist eines der wenigen und ersten Museen in Schleswig-Holstein, in dem es eine Dauerausstellung zum Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit gibt.

Dr. Beitz, Museumsleiter, wird in die Ausstellung einführen. Anschließend wird unser Kreisvorsitzender Sönke Rix, MdB und Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss, über den Nationalsozialismus damals und heute referieren.

Im Anschluss (ca. 11 Uhr) laden wir in die SPD Geschäftsstelle (Ottestraße 5, 24340 Eckernförde) zu einem kleinen Umtrunk bei weiteren Gesprächen ein. Wir würden uns freuen, Sie bei der Veranstaltung begrüßen zu können!



**Keine Kommentare**

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 17.03.2013, 14:20 Uhr - 6640 Clicks - Nr. 208

## **Wir Sozialdemokraten fordern - bezahlbaren Wohnraum in Barmstedt schaffen!**

Schon auf dem Neujahrsempfang am 5. Januar haben wir als SPD Barmstedt gefordert, dass günstiger Wohnraum in Barmstedt erhalten bleibt und zukünftig auch neue Wohnungen gebaut werden müssen. Das Problem der drohenden Wohnungsknappheit betrifft eben nicht nur das bekannte Hamburger Umland, sondern zukünftig auch Barmstedt.

Der Verkauf von Wohnungen einer großen Wohnungsbaugesellschaft wird die Situation noch erheblich verschärfen können. Gerade ältere Bürgerinnen und Bürger, sowie Familien mit geringen Einkommen äußern uns ihre Sorgen über Mietsteigerungen.

**Wir freuen uns deshalb sehr, dass Torsten Albig und die SPD geführte Koalition am 21. Januar in Kiel zusammen mit der Wohnungswirtschaft, sowie Haus & Grund und der Mieterbund eine Offensive für bezahlbares Wohnen gestartet haben. Die Offensive soll allen Bevölkerungsgruppen bezahlbaren Wohnraum in angemessener Qualität erhalten.**

Leider wird das Thema in Barmstedt sehr emotional und mit vielen Beschuldigungen diskutiert. Mal wieder haben wir das Gefühl, dass Bürgerinnen und Bürger bewußt emotionalisiert und instrumentalisiert wurden. Wir freuen uns deshalb, dass sich die Anwohner der Norderstraße kürzlich Sprecher „gewählt“ haben, welche die Diskussionsebene versachlichen werden.



Wir als SPD werden unnötige Diskussionen auf dem Rücken der Schwächsten der Gesellschaft nicht akzeptieren. Das Thema ist insbesondere vor dem Hintergrund steigender Mieten zu wichtig und für einige Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu existentiell als das wir eine Politik der Beschuldigungen oder Schnellschüsse zulassen werden. Also werden auch Investoren nicht Baupläne geändert bekommen, wie Sie es sich gerade wünschen, aber auch Anwohner nicht ihre eigene Kirchturmpolitik erfüllt bekommen.

Das formelle Verfahren bezüglich der in Barmstedt diskutierten Wohnungenbaupläne eines Investors hat gerade erst begonnen. Im Zuge der weiteren Diskussionen, dass in der Stadt der Standort Norderstraße, aber auch weitere Standorte sehr sorgfältig geprüft werden. Auch muss sichergestellt sein, dass es am Ende wirklich bezahlbarer Wohnraum für Geringverdienerfamilien oder Bürgerinnen und Bürger mit geringer Rente entstanden ist. Im Zuge des gerade erst begonnen formellen Verfahrens werden wir als Sozialdemokraten genau auf die noch zu hörenden Belange der Anwohner, Ämter und Vereine achten.

Wir werden uns auf unserem jährlichen Stadtrundgang am 14.04. auch die Norderstraße vor Ort ganz genau anschauen und laden schon heute unsere drei Bürgermeisterkandidaten und die Bürgerinnen und Bürger ein, mit zu kommen. Vorher haben interessierte Zeit auf der Bauausschusssitzung am 25.03. die weiteren Diskussionen zu verfolgen.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 18.03.2013, 09:17 Uhr - 8995 Clicks - Nr. 209

## **Bestandsaufnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sozialpolitik in unserem Kreis Plön ist der zentrale Anker sozialdemokratischer Politik. Wir möchten eine Bestandsaufnahme machen und über die notwendige Weiterentwicklung diskutieren, denn Fragen von sozialer Gerechtigkeit haben für uns eine große Bedeutung. Soziale Sicherheit gehört zu den zentralen Menschenrechten.

Ob Gesundheits- und Pflegepolitik, Kinderbetreuung, behindertengerechtes Wohnen, die Eingliederung von Migranten, mit der Bestandsaufnahme durch **Landrätin Frau Stephanie Ladwig** wird die Arbeit im Kreis Plön dargestellt. Danach möchten wir mit dem **Propst der Propstei Plön, Herrn Matthias Petersen**, und dem **Pflegedienstleiter des Alten- und Pflegeheims am Kloostergarten, Herrn Aberrahim Ouled-Attou** und weiteren Gästen die Weiterentwicklung des „Sozialen Kreises Plön“ diskutieren.

Wir würden uns sehr freuen, wenn wir Sie

**am Mittwoch, dem 27. März um 19.30 Uhr**

in Preetz, Saal im Alten- und Pflegeheim am Kloostergarten Preetz, Klosterstr. 4 begrüßen dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Helga Hohnheit      Lutz Schlüsen  
SPD Kreistagsfraktion

Matthias Naumann  
SPD-Ortsverein Preetz

**Keine Kommentare**

## **Klinik Preetz: Garant für gute medizinische Versorgung und sichere Arbeitsplätze**

17. 3. 2013

### **SPD Kreistagsfraktion und Verdi:**

#### **Klinik Preetz: Garant für gute medizinische Versorgung und sichere Arbeitsplätze!**



In einem Meinungs austausch zwischen Vertretern der SPD-Kreistagsfraktion und des Ver.di-Bezirk es Kiel-Plön und Vertretern des Betriebsrates der Klinik Preetz lobten alle diese Einrichtung nicht nur wegen der guten betriebswirtschaftlichen

Ergebnisse der letzten Jahre, sondern insbesondere auch wegen der anerkannt überdurchschnittlich guten Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Diese Klinik ist eine Erfolgsstory", so der SPD Fraktionsvorsitzende Lutz Schlüsen, „denn in einem zähen Wettbewerb zeigt diese kommunale Einrichtung, dass sie gut bestehen kann. Das verdanken wir in erster Linie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die aufopferungsvoll und mit großer Leistungsbereitschaft sich dem Wohl der Patienten widmen“.

„Jeder hat es vielleicht schon selbst oder auch bei Angehörigen erlebt, wie anspruchsvoll und schwer der Beruf der Krankenschwester oder Pfleger ist, so dass wir dieses Engagement nicht hoch genug anerkennen können. Dies gilt natürlich auch für die Ärzte, die durch ihre Fachlichkeit erheblich zum guten Ruf unserer Klinik beitragen“, ergänzt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit. Die Umwandlung der Kreiseinrichtungen in eine gemeinnützige GmbH war somit ein richtiger Erfolg ebenso wie die Einrichtung des Ärztehauses, das gut ausgelastet ist und so auch der Klinik Patienten zuführt. Eine Privatisierung der Klinik lehnen Gewerkschaft und SPD-Kreistagsfraktion strikt ab. Ungerecht empfinden sie das Finanzierungssystem, nachdem die Bundesländer unterschiedliche Abrechnungssätze erhalten.

Beim Thema Rekommunalisierung des Abfallwirtschaftsbetriebes des Kreises waren sich SPD-Fraktion und Verdi- Vertreterin Susanne Schöttke einig, dass hier der richtige Weg eingeschlagen wurde. Sie begrüßte dabei besonders, die Rückkehr von acht Müllwerkern in die Kreisverwaltung mit entsprechendem Entgelt. Die Kreistagsbeschlüsse sind in dieser Hinsicht im Kreis Plön sehr vorbildlich. Der Kreis hält seine Betriebe in kommunaler Hand und zeigt sowohl mit konstanten Müllgebühren als auch Überschüssen beim Krankenhaus, dass es sinnvoll ist. Frau Schöttke lobte dabei das besondere Engagement der SPD-Kreistagsfraktion.

### **SPD-Kreistagsfraktion: Tariftreue ist selbstverständlich**

Die SPD Kreistagsfraktion unterstützt die Überlegungen zur Tariftreue. Der Mindestlohn ist eine zwingende Voraussetzung dafür, dass die Menschen ihre Familien mit dem Gehalt auch ernähren können. Deshalb ist es entscheidend, dass die öffentlichen Hand bei Ausschreibungen auch auf die Einhaltung dieser Regelungen drängt, so der SPD Fraktionsvorsitzende Lutz Schlüsen und Susanne Schöttke übereinstimmend. Dieses stärkt im Übrigen auch die heimische Wirtschaft. Bei den Bauausschreibungen in der Kreisverwaltung wurde auch in der Vergangenheit darauf geachtet, dass es hier zu keinen

Verwerfungen kommt. Aus unserer Sicht sind das wichtige Bestandteile bei bevorstehenden Vorhaben und den Ausschreibungen bei der Fehmarn Belt-Querung und bei dem Neubau der Kreisfeuerwehrezentrale.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 18.03.2013, 13:39 Uhr - 8181 Clicks - Nr. 211

## Der Landtag tagt vom 20. - 22. März

### Am Freitag kommt der Bundespräsident

Zur März-Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags treffen sich die Abgeordneten vom 20. - 22. März in Kiel. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, informiert über die Schwerpunkte der Tagung.



Der Mittwoch beginnt mit einer aktuellen Stunde zu den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst, es folgt eine Debatte zum Mitbestimmungsgesetz und zum Mindestlohngesetz. Habersaat: „Mindestlohn und Mitbestimmung sind zwei arbeitspolitische Schwerpunkte der Küstenkoalition.“

Donnerstag beginnt das Plenum mit der Frage der Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften. Habersaat: „Mit Ausnahme der CDU sind sich alle Fraktionen einig, dass gleiche Pflichten für Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen wollen, auch mit gleichen Rechten einhergehen müssen.“ Es folgt eine Debatte zum Fracking, das von allen Landtagsfraktionen abgelehnt wird.

Der einzige Tagesordnungspunkt am Freitag ist eine Ansprache von Bundespräsident Joachim Gauck. Habersaat: „Es ist schon etwas besonderes, den Bundespräsidenten live erleben zu dürfen.“ Auf seinem Platz, Habersaat sitzt in der ersten Reihe des Landtags, wird der 36jährige Barsbüttler etwa einen Meter vom Bundespräsidenten entfernt sitzen. Habersaat selbst wird voraussichtlich am Mittwoch und am Donnerstag jeweils nachmittags ans Rednerpult treten. Zunächst geht es um Schulen und ihr Verhältnis zu Politik und Parteien, dann um die Zukunft der Lehramtsausbildung in Schleswig-Holstein.

Wer die Tagung live beobachten möchte, findet unter [www.ltsh.de](http://www.ltsh.de) einen Livestream. Die Debattenbeiträge der Fraktionen können dort unter dem Stichwort „Preseticker“ auch nachgelesen werden. Der Landtag tagt in der Regel von 10.00 bis 18.00 Uhr unter Einschluss einer Mittagspause.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 18.03.2013, 14:18 Uhr - 8772 Clicks - Nr. 212

## Politik in der Literatur

### Zweite Deutschstunde von Martin Habersaat

Im letzten Jahr hatte Martin Habersaat sich mit einer „Deutschstunde“ an der Aktion „Der Kreis Stormarn liest ein Buch“ beteiligt. Damals ging es um „In Zeiten des abnehmenden Lichts“ von Eugen Ruge.

Habersaat, Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, machte daraus einen vergnüglichen und nachdenklichen Abend zum Thema „Wende-Literatur“, las aus verschiedenen Romanen zum Ende der DDR vor und erzählte Hintergründiges. Im Bürgerhaus Barsbüttel fand die Reihe nun eine Fortsetzung.



Mit der VHS-Barsbüttel lud Habersaat, ehemals Lehrer für Deutsch, Geschichte und Politik, nun zu einem Abend, in dem es um „Politik in der Literatur“ ging. Gespannt wurde ein weiter Bogen. Von Felix Keetenheuve, einem SPD-Bundestagsabgeordneten, der in den 1950er-Jahren die Wiederbewaffnung Deutschlands nicht verhindern kann und schließlich in den Rhein springt („Das Treibhaus“ von Wolfgang Köppen) über Jochen Schimmangs Lob der Bonner Republik aus Sicht eines CDU-Mitarbeiters („Das Beste, was wir hatten“) und eine Reportage über einen Parteieintritt (Nicol Ljubic, „Genosse Nachwuchs“) bis hin zu Frank Goosens Coming-of-Age-Roman „Liegen lernen“, der genau in den Regierungsjahren Helmut Kohls spielt, und Tommy Jauds unterhaltsamer Darstellung der Finanzmarktkrise („Übermann“).

Zwischendurch wies Habersaat auf literarische Besonderheiten hin, erzählte Anekdoten aus dem Landtag oder ordnete das Gelesene historisch ein. Habersaat: „Ich freue mich, mit Menschen über Literatur ins Gespräch zu kommen, Bücher sind eine der schönsten Freizeitbeschäftigungen überhaupt. Wenn es dann nebenbei auch noch um Politik und Gesellschaft geht, ist das für alle ein gewonnener Abend.“ Diesen Eindruck teilten die Besucherinnen und Besucher der Deutschstunde im Bürgerhaus, die es zudem begrüßten, einen Profi-Politiker „einmal anders“ zu erleben.

In erster Linie ist Martin Habersaat natürlich Landtagsabgeordneter und steht für Diskussionen und Treffen zu politischen Themen zur Verfügung. Er bietet jedoch auch an, mit einer seiner Deutschstunden zu Lesekreisen, Vereinsabenden und ähnlichen Veranstaltungen zu kommen. Zur Auswahl stehen „Die Wende im Roman“ und „Politik in der Literatur“.

Kontakt unter [www.martinhabersaat.de](http://www.martinhabersaat.de).

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 18.03.2013, 14:59 Uhr - 14082 Clicks - Nr. 213

## **SPD-MdB Thönnnes zum Equal Pay Day 2013**

**„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit!“**

Der jährlich stattfindende Equal Pay Day ist diesmal am 21. März. Er soll auf die nach wie vor bestehende Ungleichheit beim Entgelt zwischen Männern und Frauen aufmerksam machen.

Dabei markiert sein jährlich wechselndes Datum den Zeitraum, den Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um auf das durchschnittliche Vorjahrsgehalt von Männern zu kommen.

**equal  
pay**

„Dieses Datum ist ein wichtiger Tag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der auf offenkundige Missstände aufmerksam macht. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist eine zentrale Frage sozialer Gerechtigkeit. Das betrifft den Unterschied zwischen Ost und West, Leiharbeitern und Festangestellten sowie besonders das Verhältnis von weiblichen und männlichen Beschäftigten. Dies gilt auch für den Kreis Segeberg, in dem 51.600 Frauen und 50.500 Männer berufstätig sind“, erklärt SPD-Bundestagsabgeordneter Franz Thönnies.

Frauen verdienen heute in Deutschland immer noch durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer. Der EU-Wert liegt stattdessen nur bei 16,2 Prozent Unterschied. Deutschland hat im Vergleich zu seinen Nachbarländern somit einiges aufzuholen. Besonders auffällig ist der Unterschied bei weiblichen Führungskräften. Sie verdienen durchschnittlich 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Leider verringert sich der generelle Abstand nur sehr langsam, so ist der Unterschied seit 2008 nur um ein Prozent gesunken. Die Selbstverpflichtung der Unternehmen, auf die Schwarz-Gelb gesetzt hat, ist offenkundig gescheitert.

Der SPD-Politiker dazu: „Diese Ungerechtigkeit zeigt auch den Handlungsbedarf für einen gesetzlichen Mindestlohn. Dieser käme ganz besonders den arbeitenden Frauen zu Gute.“ Eine nachhaltige Lösung für die immer noch bestehende Ungleichheit kann nur das von der SPD-Bundestagsfraktion bereits mehrfach vorgeschlagene Entgeltgleichheitsgesetz bringen. Leider wurde dieses Gesetz gerade erst am 13. März dieses Jahres von CDU/CSU und FDP erneut abgelehnt. „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit gibt es also nur mit einer SPD-geführten Bundesregierung,“ so Thönnies.

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 18.03.2013, 16:14 Uhr - 10021 Clicks - Nr. 214

## **Olof Palme Friedenspreis, 28. Februar 2013, Reinbek**

Reinbek. 28.02.2013. In diesem Jahr besuchte Nina Scheer erstmals den Olof Palme Friedenspreis der SPD Stormarn und der Walter-Jacobsen-Gesellschaft, der am 28.02. im Reinbeker Rathaus verliehen wurde.

Schon in der Einladung wurde durch ein Zitat aus Willy Brandts Gedenkrede zum Tode von Olof Palme noch einmal deutlich, worum es bei diesem Preis geht:



*„Lass mich dieses Versprechen geben: Unter uns und unter deinen jüngeren Freunden gibt es welche, die wissen, dass es nicht genügt, liebe Erinnerungen wachzuhalten, sondern dass es darauf ankommt, die Flamme nicht verlöschen zu lassen.“*

Nina Scheer begrüßte, dass neben der Bürgerinitiative „Glinde gegen Rechts“ auch das Schülerprojekt zur Gewaltprävention am Gymnasium Trittau, durch den mit insgesamt 1500 Euro dotierten Olof Palme Friedenspreis, geehrt wurde.

Nina Scheer hierzu: „Das ehrenamtliche Engagement ist eine der wichtigsten Säulen für eine gute und gerechte Gesellschaft. Der Olof Palme Friedenspreis, der nunmehr seit 26 Jahren verliehen wird, ist eine wertvolle Anerkennung für ebendieses Engagement.“

Abgerundet wurde die Preisverleihung, auf der Sozialministerin Kristin Alheit als Gastrednerin an das Wirken und das Vermächtnis Olof Palmes erinnerte, durch einen geselligen Empfang.

Bildunterschrift: v.l.n.r. Kirstin Alheit, Martin Habersaat, Nina Scheer, Niels Brock

**Keine Kommentare**

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 18.03.2013, 18:40 Uhr - 19032 Clicks - Nr. 215

## **Torsten Albig auf dem Jahresempfang Schleswig-Flensburg**

Der Einladung zum traditionellen Jahresempfang vom Kreisverband und der Kreisfraktion Schleswig-Flensburg im Schleswiger Volkskundemuseum folgten viele geladene Gäste. Als Hauptredner wurde mit Spannung unser Ministerpräsident Torsten Albig unter dem Motto „Für die Menschen die hier leben“ erwartet.



Ingo Degner, Vorsitzender der Kreisfraktion, eröffnete den Empfang und ging nach der Begrüßung der Gäste kurz auf aktuelle kommunalpolitische Themen ein. Besonders betonte Degner die fehlenden finanziellen Mittel im ländlichen Raum durch das Finanzausgleichsgesetz, das zugunsten der Städte und in Ballungszentren ausgelegt sei.

Ministerpräsident Torsten Albig betonte in seiner Gastrede wie wichtig es sei, Politik wieder erlebbar zu machen und dass besonders das Interesse bei jungen Menschen in den Schulen geweckt werden müsste, damit nach Wahlen nicht über eine geringe Wahlbeteiligung dieser Zielgruppe gejammert würde. Torsten Albig berichtete über den herzlichen Empfang bei seinem Besuch in Kopenhagen, wo die Koalition die gute Nachbarschaft wieder festigen konnte. Außerdem betonte Albig die wichtige gleichberechtigte Rolle des SSW in der Koalition und im Land. „Der SSW ist eine schleswig-holsteinische Partei mit allen Rechten und Pflichten“ so Albig. Die klare Haltung zur Minderheitenpolitik der Koalition finde große Beachtung in Europa. Am Beispiel Bildung betonte Albig, wie wichtig der Dialog mit Lehrern, Eltern und Schülern sei.

Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel läutete in seinem Schlusswort den Kommunalwahlkampf ein. „Wir haben bewusst in unserer Einladung zum heutigen Jahresempfang ein Motiv der Schlei bei Haddeby gewählt, dem ehemaligen Hauptsitz der Wikinger. Wir kämpfen wie die Wikinger und setzen auf Sieg“ so Wrobel.

Als musikalische Begleitung zwischen den Grußworten, beim Buffet und bei der Unterhaltung sorgte das Trio „Alte Zaiten“ für eine angenehme Stimmung.

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 18.03.2013, 19:28 Uhr - 8201 Clicks - Nr. 216

## **Frauen sind mehr wert**

„Lohndiskriminierung von Frauen bleibt ein aktuelles Thema“, sagt die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies anlässlich des Equal Pay Day, des Tages der Lohngerechtigkeit, der diesmal auf den 21. März fällt.



Weshalb ist das so? „Dieser Aktionstag kennzeichnet den Tag, bis zu dem Frauen nach Ablauf eines Jahres länger arbeiten müssen, um den durchschnittlichen Lohn von Männern per 31. Dezember des vergangenen Jahres zu erreichen“, berichtet die Politikerin. Aktuell verdienen Frauen in Deutschland immer noch 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Damit ist Deutschland eines der Schlusslichter im europäischen Vergleich. „Und das, obwohl es die Frauen sind, die bei den Bildungsabschlüssen eindeutig die Nase vorn haben. Das ist ein Skandal“, so Raudies. Ein Rechenexempel: Geht es in diesem Tempo weiter, wird erst in 100 Jahren in diesem Land Lohngerechtigkeit erreicht. „Das ist nicht hinzunehmen“, sagt die Elmshorner Landtagsabgeordnete. Doch damit nicht genug: Es sind hierzulande immer noch hauptsächlich Frauen, die in Mini-Jobs ohne soziale Absicherung arbeiten oder mit Niedriglöhnen abgespeist werden. Wie Erhebungen von Arbeitsforschungsinstituten ergeben haben, schützen Berufserfahrung und Ausbildung nicht vor geschlechterspezifischer Diskriminierung. Und das nicht nur im Niedriglohnssektor, sondern quer durch die gesamte Einkommensskala.

Beate Raudies: „Die Zeit der freiwilligen Vereinbarungen ist vorbei. Wir brauchen daher endlich ein Entgeltgleichheitsgesetz, das für Lohngerechtigkeit sorgt.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 19.03.2013, 10:16 Uhr - 20923 Clicks - Nr. 217

## **Die SPD-Kreistagsfraktion lehnt auch weiterhin die Elternbeteiligung ab!**

Zur Kreistagsdebatte um die Schülerbeförderung erklärte der Fraktionsvorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde, Dr. Kai Dolgner:

Wir freuen uns, dass es in der Kreistagsdebatte am 18. März der SPD-Fraktion in zähem Ringen gelungen ist, dass die Kreistagsmehrheit die Elternvertreter vor einem endgültigen Beschluss wenigsten anhört.

Zudem haben wir erreicht, dass die in Aussicht gestellten weiteren Qualitätsverbesserungen bei der ...

Schülerbeförderung nicht mehr mit der Zustimmung der Elternbeteiligung in einem Antrag verknüpft worden sind, so dass wir einem reinen Antrag zu weiteren Qualitätsverbesserungen auch zustimmen konnten.

Wir stehen aber auch weiterhin zur Abschaffung der Elternbeteiligung und haben dieses gestern auch beantragt, was CDU, FDP und Grüne erwartungsgemäß abgelehnt haben. Das gehört zur Demokratie.

**Das wird uns aber nicht davon abhalten, auch weiterhin für eine Mehrheit zu kämpfen, damit die Elternbeteiligung wie in unseren westlichen Nachbarkreisen endlich abgeschafft wird.**

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 19.03.2013, 13:13 Uhr - 13306 Clicks - Nr. 218

## **SPD-MdB Thönnnes: Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist Menschenrecht!**

### **Polio Landesverband Schleswig-Holstein tagte in Bad Bramstedt**

„Für Menschen mit Behinderungen ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein Menschenrecht“, so SPD-MdB Franz Thönnnes vor den Mitgliedern des Polio-Landesverbandes Schleswig-Holstein e.V. am vergangenen Wochenende im Klinikum Bad Bramstedt.



Der Selbsthilfe-Verein setzt sich für die Anliegen der an Poliomyelitis (Kinderlähmung) Erkrankten ein und hat landesweit 180 Mitglieder, davon 85 in der Regionalgruppe Lübeck-Umland, die auch die Region Segeberg umfasst und ca. 15 in Bad Bramstedt. Zwar ist der letzte neue Fall in Deutschland Anfang der 90er Jahre registriert worden, aber viele Betroffene leiden an dem sogenannten Post-Polio-Syndrom, das erst durchschnittlich 35 Jahre später auftritt.

„Eigentlich ist deshalb eher von einer Menschen- statt von einer Kinderlähmung zu sprechen“, führte Franz Thönnnes aus. Die Betroffenen gehören zu den insgesamt 10 Millionen Menschen mit Behinderungen in Deutschland, von denen nur ca. 5% mit einer Behinderung geboren wurden.

In seinem Vortrag verwies Thönnnes darauf, dass zwar schon viel passiert, aber der Weg zu einer inklusiven Gesellschaft noch weit ist. „Seit 1998 hat es einen Paradigmenwechsel von der Fürsorge hin zu Teilhabe gegeben. Mit dem Sozialgesetzbuch IX, dem Behindertengleichstellungs- sowie dem Antidiskriminierungsgesetz und der UN-Behindertenrechtskonvention wurden die Rechte der Menschen mit Behinderungen gestärkt“, erläuterte der SPD-Politiker und ergänzte vor den 60 Teilnehmern: „Das ist gesetzlich gut geregelt, doch muss es nun auch in der Realität mit Leben erfüllt werden“.

So wurden denn auch in der Diskussion die Alltagsprobleme von Menschen mit Behinderungen nochmals deutlich gemacht. Da sind die verschiedenen Träger der Sozialversicherung mit unterschiedlichen Leistungen und so manche rechtliche Auseinandersetzung hierüber. Barrierefreiheit in den Kommunen oder im öffentlichen Personennahverkehr ist immer noch ein offener Punkt. Und ungeräumte Bürgersteige und Wege im Winter führen



dazu, dass Menschen mit Rollstuhl oder Gehilfen geradezu zu Hause eingesperrt sind. Auch werde barrierefreier Wohnraum immer wichtiger.

„Wir dürfen bei der Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Dabei entspricht der ständige Dialog mit den ‚Experten‘ in eigener Sache voll und ganz dem Motto der Behindertenverbände – ‚Nichts über uns, ohne uns‘“, so der SPD-Politiker.

**Bildunterschrift: Franz Thönnies und der Vorsitzende des Polio Landesverbandes Schleswig-Holstein, Herr Jens Siewert**

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 19.03.2013, 14:30 Uhr - 6407 Clicks - Nr. 219

## **Rede StVV Antrag Trinkwasser in städtische Hand**

Die SPD Bad Bramstedt hat am 18.3.2013 einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, die Trinkwasserversorgung ggf. wieder in allein städtischen Besitz zu bringen, falls die neuen EU Richtlinien dies erfordern. Hier der Redetext zu dem Antrag:



Sehr geehrte Frau Bürgervorsteherin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

bevor ich zum Inhalt unseres Antrages übergehe, möchte ich eine Vorbemerkung zu einigen öffentlichen Äußerungen der letzten Tage machen.

Heute erhielt ich in Voreinstimmung auf die anstehende Beratung Kenntnis von einer Mail in der die Formulierung auftauchte, in der öffentlichen Diskussion sei „die Sachlichkeit etwas in den Hintergrund getreten“ und es sei etwas „richtig zu stellen“ und es werde sogar „unzulässig emotionalisiert“.

*Wer soll damit gemeint sein?*

*Von der SPD sind keine Worte wie „Wasserlüge“, „Panikmache“ oder „Lügengebäude“ benutzt worden. Die SPD hat die Beratungssituation in Brüssel und Berlin dargestellt, mehr nicht und sich jeglicher Beschimpfungen enthalten. Oder wo haben Sie so etwas entdeckt?*

*Sehr wohl fragen wir uns aber, wie CDU und FDP am 28.2. im Bundestag einen Antrag der Grünen ablehnen können, der sich gegen die Privatisierung von Trinkwasserversorgung richtete,, dessen Kern 1zu1 aus einem Beschluss des letzten Parteitags der Bundes-CDU abgeschrieben wurde. Wie kann denn das sein?*

*Diese Frage müssen sich unsere hiesigen Abgeordneten gefallen lassen. Wem sonst als dem Wahlvolk sind sie verantwortlich?*

*Wie glaubwürdig ist das, was da am 28.2. abgelaufen ist? Wie will man Vertrauen in der Bevölkerung erwarten, die ständig mit wechselnden Entscheidung der Regierung leben muss?*

*Das zu fragen, dürfen wir uns doch wohl erlauben.*

*Und wer mir diesen Vorgang in Berlin nicht glauben mag, kann sich das in der Mediathek der ARD in der Sendung Monitor vom letzten Donnerstag ansehen.*

*Zum Antrag selbst erreichte uns heute die Nachricht aus Brüssel aus dem Büro des MdEP Böge, dass mit einer Neufassung der Richtlinie nun alle Bedenken geheilt seien.*

*Die Neufassung liegt mir allerdings nicht vor und beschlossen ist unseres Wissens noch gar nichts Neues.*

*Erst am 12.3. haben die sogenannten Trilog-Gespräche zur Einigung zwischen Rat, EU-Kommissar und Parlament erst begonnen. Die Berichterstatterin des Parlaments in diesem Trilog, Heidi Rühle von den Grünen, ist sich laut Monitorsendung alles andere als sicher, als die von deutschen kommunalen Unternehmen geforderten Verbesserungen auch eingearbeitet werden.*

*Insofern erstaunt mich der Inhalt der heutigen Mail von Herrn Böge schon sehr. Er ist dem Trilog offenbar voraus.*

*Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, lesen Sie unseren Antrag richtig. Wir beantragen für den Fall, dass die Konzession doch ausgeschrieben werden muss, die Rückholung der Trinkwasserversorgung in allein städtische Hand. Das ist sozusagen ein Vorratsbeschluss und vor allem eine Bindung der städtischen Vertreter in den Gremien der Stadtwerke.*

*Dieser Wille soll mit dem Beschluss eindeutig bekundet werden. Nicht mehr und nicht weniger.*

*Wir können nicht erkennen, warum man dem nicht zustimmen könnte, wenn man sich nicht andere Optionen offen halten will.*

*Deshalb stimmen Sie bitte diesem Antrag zu, damit Bad Bramstedts Bevölkerung weiß, dass es Ihnen damit ernst ist, die Trinkwasserversorgung in öffentlicher Hand zu behalten.*

-----

Unter einem Trilog versteht man ein Dreiertreffen zwischen Vertretern des Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission mit dem Ziel einen Kompromiss zu finden. In der Regel finden die Triloge, als informelle Treffen, im Rahmen des [ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens](#) (Mitentscheidungsverfahren) statt, um bereits in einem frühen Stadium eine Einigung zu erleichtern..

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 19.03.2013, 16:33 Uhr - 10202 Clicks - Nr.

## **220 Scheer mahnt Vizekanzler Philipp Rösler zu mehr Verfassungstreue**

Die Begründung, mit der Vizekanzler Rösler gestern das Nein der Bundesregierung gegenüber einem eigenen NPD-Verbotsantrag des Bundestages erklärte, wertet Nina Scheer, SPD-Bundestagsdirektkandidatin aus Lauenburg/Stormarn-Süd als mangelnde Verfassungstreue:

„Von einem Vizekanzler sollte eine Nation erwarten dürfen, dass rechtsextreme Gesinnung nicht bagatellisiert wird. Wäre Rechtsextremismus – wie von Rösler erklärt - eine bloße Dummheit, gäbe es nicht die in Art. 21 Grundgesetz verankerte Feststellung, dass Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen,



die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen' verfassungswidrig sind.“.

Wer Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit bagatellisiert, vermittele den Eindruck, das Wertegerüst unserer Verfassung geringzuschätzen. Die Klassifizierung von Rechtsextremismus als bloße Dummheit sei ein Freifahrtschein für verfassungsfeindliche Gesinnung.

Zu der Frage nach einem NPD-Verbotsantrag erklärt Scheer: „Die Möglichkeit eines scheiternden Verbotsantrages entbindet nicht von der Pflicht, Maßnahmen zum Schutz der Grundwerte unserer Verfassung wahrzunehmen.“

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 19.03.2013, 23:20 Uhr - 6985 Clicks - Nr. 221

## **SPD begrüßt gymnasiale Oberstufe an der Auenland- schule**

Das Stadtmagazin fragte kürzlich nach der künftigen Schullandschaft in Bad Bramstedt. Dazu antwortete Birgit Albrecht in der vorgegebenen Kürze:



Die Bad Bramstedter SPD begrüßt den Antrag der Gemeinschaftsschule Auenland, eine gymnasiale Oberstufe einzurichten. Wir werden die Schule und den Schulverband dabei unterstützen, den Antrag zu realisieren.

Nicht alle Kinder erreichen derzeit den für sie bestmöglichen Schulabschluss und die Abiturquote eines Schülerjahrgangs ist in Schleswig-Holstein noch immer unterdurchschnittlich. Daher ist es ein guter Weg, mehr Möglichkeiten zu eröffnen. Durch langjähriges gemeinsames Lernen steigt für viele Kinder die Chance zu einer optimalen Weiterentwicklung. Sie können ihre Potentiale besser entfalten und damit eine gute Grundlage für ihren persönlichen und beruflichen Weg zu legen. Eine Kooperation mit dem Gymnasium können wir uns sehr gut vorstellen. Sie sollte in einer Bildungslandschaft, die wir anstreben, stets möglich sein.

Die SPD hofft sehr, dass die anderen Parteien weiterhin zum Konzept der Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe stehen.

Ein Verweis auf weiterführende Schulen in anderen Orten sowie die Berufsbildungszentren ist als Ergänzung wichtig und richtig, ersetzt aber nach Meinung der SPD nicht die Notwendigkeit eines breiten Bildungsangebotes vor Ort.

Dieses wollen wir mit G8 an der Jürgen-Fuhlendorf-Schule und G9 an der Auenlandschule schaffen.

Ein breites Schulangebot ist nicht zuletzt ein wichtiger Standortfaktor für unsere Stadt.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 20.03.2013, 12:09 Uhr - 9645 Clicks - Nr. 222

## SPD Kreistagsfraktion besichtigt neuen Fähranleger in Mönkeberg

17. 3. 2013

### SPD Kreistagsfraktion besichtigt neuen Fähranleger in Mönkeberg

Kurz vor der Eröffnung hat die SPD Kreistagsfraktion Plön den Mönkeberger Fähranleger im Rahmen einer Fraktionssitzung vor Ort besichtigt.



Sehr zufrieden zeigt sich die wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD Kreistagsfraktion Maria-Busch Laurinck über den Bau: "Wir haben eine einzigartige auch für den Tourismus und ÖPNV wichtige Wasserstrasse, die Kieler Förde. Die Verbindungen auf dem Wasser müssen attraktiv sei, der Ausbau des Fähranlegers ist gut angelegtes Geld und eine wichtige Investition", so Fraktionsvorsitzender Lutz Schlünsen. Auf die Sozialdemokraten im Plöner Kreistag ist Verlass, sie haben das Projekt von Anfang an kräftig unterstützt, so Mönkebergs Bürgermeister Jens Heintze. Er verspricht sich durch den Bau des Anlegers auch eine touristische und gastronomische Belebung des Strandes. er Kreis finanzierte 175.000 € des etwa 1, 2 Mio. teuren Anlegers.

### SPD beschließt Senkung der Elternbeiträge

Zufrieden zeigte sich auch die SPD-Fraktion mit dem Ergebnis der Arbeitsgruppe des Schulausschusses unter Leitung der Vorsitzenden Ingrid Rusch, sie haben die Ausarbeitungen für die Senkung der Elternbeiträge für die Schülerbeförderung vorbereitet. "Unser Ziel, die völlige Abschaffung der Gebühren, ist aufgrund des Konsolidierungspaktes zur Zeit rechtlich nicht möglich", so Vorsitzender Lutz Schlünsen. Dennoch werden die Beiträge für die Eltern fast halbiert, so dass wir einen großen Schritt gemacht haben. Für das zweite Kind zahlen die Eltern die Hälfte und ab dem 3. Kind gibt es keine Elternbeiträge. Einen Großteil der Eltern werden die Entlastungen spüren, denn auch Geschwisterermäßigungen und Sozialstaffel bleiben erhalten. Eine Tarifzonenänderung ist momentan nicht möglich, hier werden in den neu zu erstellenden 3. Regionalen Verkehrsplan des Kreises Plön Diskussionsbeiträge eingebracht. Ein angedachtes Pauschalsystem der Kosten lehnen wir ab, da viele Eltern dann nicht entlastet worden wären.

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 20.03.2013, 13:09 Uhr - 10295 Clicks - Nr. 223

## Nina Scheer im Vorwärts: Wir brauchen den Systemwechsel

Aus dem Vorwärts: **Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima wurde die Energiewende eingeleitet. Doch bisher tut sich viel zu wenig. Nina Scheer sagt, was passieren muss, damit die Erneuerbaren Energien wirklich Fahrt aufnehmen.** 

Vor zwei Jahren passierte „es“: Nach Tschernobyl 1986 kam es in Fukushima zu einem weiteren Super-GAU. Eine Gefährdungslage ist allerdings mit jedem Atomkraftwerk

gegeben: allein schon für den Fall eines terroristischen Anschlags, ganz abgesehen von der nach wie vor ungelösten Endlagerfrage und der hiermit zusammenhängenden Gefahr einer missbräuchlichen Verwendung radioaktiver Abfälle. Die meisten Folgewirkungen von Fukushima – Krebserkrankungen, insbesondere bei Kindern – stehen noch bevor!

## Hauptakteure der Energiewende

Die zentralen Eckpfeiler der Energieversorgung: Eine generationenverantwortliche Energiegewinnung, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie, können vor diesem Hintergrund, mit Blick auf die fortschreitende fossile Ressourcenverknappung sowie Klimaschutzpolitisch nur durch einen fortgesetzt beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien gewährleistet werden. Erneuerbare Energien sind die einzigen sowohl ethisch verantwortbaren als auch langfristig gesicherten Erzeugungskapazitäten. Der schnellstmögliche Umstieg auf Erneuerbare Energien ist somit insbesondere sozialpolitisch unausweichlich. Und dieser findet bislang vor Ort, unter Einbeziehung von Bürgern, Kommunen und Stadtwerken statt – den Hauptakteuren der Energiewende. Die Energiewende hat damit auch eine demokratie-stärkende Dimension. In Deutschland werden heute bereits über 25 Prozent des Stromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien gewonnen – mehr als je prognostiziert; der Anteil am Gesamtenergiebedarf liegt bei über 20 Prozent. Das zur Markteinführung Erneuerbarer Energien geschaffene Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bietet die für diese Entwicklung maßgeblichen Anreize. Sowohl gesetzlich festgesetzte Vergütungssätze als auch die vorrangige Abnahmepflicht für regenerativ gewonnenen Strom schaffen Investitions- und Planungssicherheit. Quotenmodelle haben sich hingegen nicht bewährt.



## Fehlsteuerung von Schwarz-Gelb

Erneuerbare-Energien-Technologien werden immer billiger; Wind und Sonne sind kostenlos verfügbar. Dass der Strom dennoch teurer wird, ist heute zu einem nicht unerheblichen Anteil auf Fehlsteuerungen der schwarz-gelben Bundesregierung zurückzuführen. Befreiungen von der heute 5,3 Cent je Kilowattstunde Strom betragenden EEG-Umlage, die sich nicht über internationale Wettbewerbsnachteile energieintensiver Unternehmen rechtfertigen lassen, gilt es zurückzunehmen. Die EEG-Umlage spiegelt somit auch nur teilweise die Investitionen in die Energiewende. Die Strompreise geben zudem keinen Aufschluss über die mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien einhergehenden volkswirtschaftlichen Entlastungen. Die jährlichen deutschlandweiten Importkosten für Kohle, Gas und Öl liegen derzeit bei 80 Milliarden Euro, Tendenz steigend. Die EEG-Umlage, die auch für Investitionen in die Entwicklung von Zukunftstechnologien steht, liegt derzeit bei jährlich 16 Milliarden Euro, wobei allein 14,5 Milliarden auf Bestandsanlagen aus Zeiten wesentlich höherer Vergütungssätze entfallen; die Vergütungssätze sind auf 20 Jahre begrenzt. Würden Umweltschäden und die für Atomenergiegewinnung sowie Kohleverstromung seit 1970 geleisteten Subventionen eingerechnet, kostete eine Kilowattstunde Strom zusätzliche 10,2 Cent – ohne dass hierdurch Investitionen in Zukunftstechnologien geleistet würden.

## Die Verzögerung wird teuer

Bei der Energiewende geht es um einen Systemwandel: Fluktuierende regenerative Energien werden mit Hilfe von Netzmanagement und Speichern kontinuierlich verfügbar. Mit Hilfe von Anreizstrukturen, wie etwa einem Netzmanagement- oder Speicherbonus, kann Versorgungssicherheit auf Grundlage Erneuerbarer Energien erreicht werden. Netzausbau und Netzmanagement müssen sich dabei an dem Ausbau Erneuerbarer Energien orientieren und nicht umgekehrt, andernfalls wird die Energiewende gehemmt. Unser heutiges Energieversorgungssystem basiert noch zu einem großen Teil auf Kohleverstromung, die es allerdings aus Gründen des Klimaschutzes und der Ressourcenverknappung so

schnell wie möglich durch regenerative Energiegewinnung zu ersetzen gilt. Ob zwischenzeitlich weitere Gaskraftwerke benötigt werden, hängt davon ab, mit welchem Nachdruck ein auf regenerative Energiegewinnung ausgerichtetes Netzmanagement, phasenverscho-bene Einspeisung Erneuerbarer Energien, die Nutzung von Netzkapazitätsreserven, eine Reduktion der Höchstlast durch abschaltbare Leistungen in energieintensiven Unternehmen und die Schaffung von Backup-Systemen für Reservekapazitäten gelingen. Es gilt hierfür mit den Mechanismen des EEGs Anreizsysteme zu schaffen. Nicht die Energie-wende, sondern ihre verzögerte Umsetzung wird für die Menschen unbezahlbar!

[Zum Artikel auf www.vorwaerts.de](http://www.vorwaerts.de)

Kommentar von [B.Wolff](#) vom 21.03.2013, 14:01 Uhr:

**RE: Nina Scheer im Vorwärts: Wir brauchen den Systemwechsel**

*Ich meine, daß die jetzige Bundesregierung Ihre Energiwende bewußt hat Eskalieren lassen, damit das Thema dem politischen Gegner keine Stimmen mehr bringt. Zu Ihren Ausführungen möchte ich in Bezug zu den Offshoreanlagen Ergänzen: Es ist nicht zwin-gend notwendig dorthin Kabel zu legen, wenn man das Prinzip der Galvanisierung Vorort anwendet und mittels transportabler Einschübe je nach Bedarf Stoffe aus dem Meer ge-winnt, die insgesamt gebraucht werden. Erste Stoffe sind natürlich Wasser- und Sauer-stoff, welche dann in Gaskraftwerken besonderer Güte (müssen ca. 800 Grad mehr aus-halten) nur in Bezug zu den verwendeten Materialien und Auswürfen daraus Aufgrund der höheren Temperatur verschmutzen. Ist der Bedarf oder die Kapazität an diesen Stoffen gedeckt, werden andere Bauteile eingeschoben um z.B. bestimmte Metalle aus dem Meer zu holen. Der Energieaufwand ist natürlich deutlich höher als beim Wasser- und Sauer-stoff, liegt aber bei vielen noch unter dem, was die langen Leitungen in die Umwelt ver-puffen lassen. Dieser Wirkungsgrad hat erst mit solchen Projekten die Möglichkeit sich zu verbessern. Wichtig ist, daß die anderen Stoffe Verkaufbar sind, also selbst bei Strom-überschuß und damit bei normaler Weise drohender Abschaltung der Windanlagen Geld einbringen.*

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 20.03.2013, 19:30 Uhr - 27695 Clicks - Nr. 224

## **MdB Sönke Rix: SPD - konsequent für Freiheit und Demo-kratie**

Der Jahrestag des "Ermächtigungsgesetzes" mahnt alle De-mokratinnen und Demokraten jedes Jahr aufs Neue, dass wir nicht nachlassen dürfen in unserem Engagement für Demo-kratie und Freiheit. Rechtsextremismus und rechte Gewalt sind in Deutschland keine Randerscheinungen. Rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Einstellungen sind in allen gesellschaftlichen Gruppen verankert und verletzen die Grundwerte einer freien und solidarischen Gesellschaft.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus in all seinen Aus-prägungen - Neonazismus, Rassismus, und Antisemitismus - geht uns alle an. Mit der Aufdeckung der NSU-Mordserie, den Wahlerfolgen rechter Par-teien und den Naziaufmärschen und -demonstrationen zeigt sich, dass ein entschiedenes Handeln gegen Rechtsextremismus von allen gesellschaftlichen Gruppen und jedem Ein-zelnen nötig ist. Wir müssen uns dauerhaft mit dem Rechtsextremismus und der Stär-kung der demokratischen Kultur in unserem Land auseinandersetzen.



Wir Sozialdemokraten stehen seit 150 Jahren konsequent für Demokratie und Freiheit - und für den entschiedenen Kampf gegen Rechts. Der Jahrestag des Ermächtigungsgesetzes und die mutige Rede von Otto Wels sind für mich Anlass, der mutigen und entschlos-senen Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter zu gedenken, die ihre

Überzeugung auch im Angesicht von Schlägertrupps und braunem Mob nicht aufgeben und dafür zum Teil mit ihrem Leben bezahlen. Ihr Vermächtnis ist unser Auftrag.

Dass sich im Durchschnitt immer noch zwei rechtsextrem motivierte Gewalttaten pro Tag ereignen und dass seit der Wiedervereinigung nach offiziellen Angaben mehr als 60 Menschen durch rechtsextreme Gewalttaten zu Tode gekommen sind - zivilgesellschaftliche Opferberatungsstellen sprechen sogar von mehr als 180 Todesopfern rechter Gewalt - ist ein klares Zeichen dafür, wie nötig Engagement gegen Rechts auch heute ist. Mit der rassistischen Mordserie des NSU erreichte rechte Gewalt einen neuen, traurigen Höhepunkt.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist für uns eine gesamtgesellschaftliche, gesamtstaatliche und alle Generationen betreffende Aufgabe. Wir wollen das Engagement für Demokratie und Toleranz kontinuierlich unterstützen. Dabei setzen wir bewusst auf die Vielfalt der Aktivitäten und Initiativen vor Ort.

Und dazu gehört für uns auch - als einer von vielen Punkten - ein Verbot der NPD. Der Bundesrat hat das Verfahren auf den Weg gebracht. Die SPD begrüßt diesen längst überfälligen Schritt. Wir sind der Überzeugung: Die NPD gehört nicht in unser demokratisches Parteienspektrum. Wir haben keinen Zweifel, dass die NPD eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber unserer demokratischen Grundordnung hat. Wir dürfen nicht länger zusehen, wie die NPD das System lächerlich und verächtlich macht, wie sie es ausnutzt und unterläuft, wie sie es aushebeln und schließlich abschaffen will.

Dass die Bundesregierung sich an dem Verbotsverfahren nicht beteiligt, ist ein schlechtes Signal. Im Kampf gegen Rechtsextremismus ist ein Schulterschluss aller Demokratinnen und Demokraten nötig. Ein Verbotsverfahren, das von allen Verfassungsorganen getragen wird, wäre der richtige Weg gewesen. Mit ihrem Nein in der Bundesregierung fällt die FDP auch ihren Parteifreunden in den Ländern in den Rücken, die in Niedersachsen und Bayern als Koalitionspartner das Verbotsverfahren mit auf den Weg gebracht haben. Und wer dann noch den Rechtsextremisten nur Dummheit unterstellt, spielt ihnen genau in die Hände. Herr Rösler hat wirklich nichts verstanden. Mit einem eigenen Antrag setzt sich die SPD nun dafür ein, dass wenigstens der Bundestag sich an dem Verbotsverfahren beteiligt.

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 21.03.2013, 09:26 Uhr - 153934 Clicks - Nr. 225

## "Eine rasche Einigung, die nicht wirklich zufriedenstellt"

### **EU-Landwirtschaftsminister einigen sich über Reform der Agrarpolitik**

Kurz vor Mitternacht haben sich die Agrarminister der EU-Mitgliedstaaten überraschend schnell auf eine gemeinsame Position zu der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geeinigt. Nur Slowenien und die Slowakei stimmten gegen die gefundenen Kompromisse.



Für die SPD-Europaabgeordnete und Agrarexpertin **Ulrike RODUST** geht das Ergebnis der Verhandlungen jedoch nicht weit genug. "Nach der Abstimmung im Europäischen Parlament waren die Minister unter Zugzwang. Das Ergebnis der Verhandlung löst bei mir jedoch keine Begeisterung aus", so **Ulrike RODUST** kritisch. "Bei dem wichtigen Ziel, die Direktzahlungen für die Landwirte an Umweltauflagen zu knüpfen, also die sogenannte erste Säule ökologischer auszurichten, wollen die Agrarminister Umweltmaßnahmen, die bereits für die zweite Säule existieren, als Umweltauflage anerkennen. Auch soll jeder Mitgliedstaat im nationalen

Alleingang Umwelt-Zertifizierungen vornehmen können", so **Ulrike RODUST**. "Wenn jeder bei den Umweltauflagen an die Direktzahlungen tun und lassen kann was er möchte, geht der Gedanke einer gemeinsamen Agrarpolitik aber verloren."

Positiv bewertet **Ulrike RODUST** hingegen die Einigung der Agrarminister, dass Landwirte bei Verstößen gegen die Öko-Auflagen nicht nur die 30 Prozent Greening-Prämie verlieren, sondern auch Abzüge auf ihre Basiszahlungen fürchten müssen. Allerdings seien die zu erwartenden Sanktionen zu gering. "Die vom Rat vorgeschlagenen 7,5 Prozent Abzüge bei den Basiszahlungen werden wohl kaum einen Anreiz für die Landwirte darstellen, doch mehr für Umwelt und Klima zu tun. Immerhin gehen die Minister aber mit ihrem Vorschlag weiter als das Parlament."

Bei den ökologischen Vorrangflächen zeigte sich die Sozialdemokratin vorsichtig optimistisch. "Die Position des Rates, dass Landwirte fünf Prozent ihrer Flächen als ökologische Vorrangflächen ausweisen müssen, liegt zwar immer noch hinter den von Umweltwissenschaftlern empfohlenen Werten, stellen jedoch eine Verbesserung gegenüber der Parlamentsposition dar", so **Ulrike RODUST**. Denn die Mehrheit des Parlaments hatte bei der Abstimmung in der vergangenen Woche für ein Stufenmodell gegen die Stimmen der SPD-Europaabgeordneten votiert, das bei lediglich drei Prozent beginnt.

Nach der Einigung zwischen den Mitgliedstaaten beginnen nun die Verhandlungen zwischen Rat und Parlament. Die erste Sitzung findet bereits am 11. April statt. Die irische EU-Ratspräsidentschaft hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, sich noch während ihrer Amtszeit, also noch vor der Sommerpause, mit dem Parlament zu einigen.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 21.03.2013, 13:45 Uhr - 14263 Clicks - Nr. 226

## **Zwei SPD-Reichstagsabgeordnete aus der Region boten Hitler mutig die Stirn**

**Thönnies erinnert: Abstimmung über Hitlers Ermächtigungsgesetz vor 80 Jahren:**



Am 23. März 2013 jährt sich zum 80. Mal die Rede des damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten. „Dieses Gesetz besiegelte das vorläufige Ende des Parlamentarismus und der freiheitlichen Demokratie in Deutschland. Zugleich war es Ausgangspunkt der 12-jährigen Nazi-Diktatur“, erinnert der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies.

Die Abgeordneten der SPD stimmten als einzige gegen das Gesetz. Ihnen war bewusst, dass sie damit ihr Leben riskierten. Etliche Fraktionsmitglieder befanden sich bereits in Haft oder auf der Flucht, ebenso sämtliche Abgeordnete der KPD. Thönnies: „Deshalb war ihr ‚Nein‘ umso mutiger.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Otto Wels fasste die Haltung der SPD in den Worten „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“, zusammen. In der Abstimmung votierten dann auch die beiden SPD-Reichstagsabgeordneten Louise Schroeder und Louis Biester aus der damals zum heutigen Bundestagswahlkreis „Segeberg – Stormarn-Mitte“ gehörenden Region gegen Hitlers Absicht. Beide vertraten den damaligen Wahlkreis 13 Schleswig-Holstein.



Louise Schröder, die 1887 geborene Versicherungsangestellte und Leiterin des Pflegeamtes in Altona, das damals zu Schleswig-Holstein gehörte, wurde bereits 1920 für die SPD in den Reichstag gewählt. Die profilierte Sozialpolitikerin setzte sich insbesondere für ein Jugendwohlfahrtsgesetz, die Gleichstellung von Mann und Frau sowie die Unterstützung von Müttern mit unehelichen Kindern ein. Ebenso gründete sie 1919 die Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein, deren Vorsitzende sie bis 1933 war. Schmerzhaft spürte sie die Folgen ihres Widerstandes gegen die Nationalsozialisten durch die sofortige Vertreibung aus ihren öffentlichen Ämtern und Funktionen in der Sozialfürsorge. Stellung unter Polizeiaufsicht und Arbeitslosigkeit folgten. Da der von ihr als Filialleiterin betriebene Brotladen boykottiert wurde, zog sie schließlich nach Berlin. Nach dem 2. Weltkrieg war sie vom 8. Mai 1947 bis Dezember 1948 amtierende Berliner Oberbürgermeisterin. Ebenso gehörte sie dem Deutschen Bundestag von 1949 bis zu ihrem Tod 1957 an. Noch heute erinnert die Benennung von Straßen z.B. in den Kommunen Kaltenkirchen und Norderstedt an Louise Schröder.

Der zweite SPD-Reichstagsabgeordnete aus der Region, der mit „Nein“ stimmte, war der 1882 geborene Lehrer Louis Biester aus Hoisbüttel, dem heutigen Ammersbek, wo

auch Franz Thönnies wohnt. Biester gehörte dem Stormarner Kreistag von 1920 bis 1933 an. In dieser Zeit war er auch Amtsvorsteher des Stormarner Amtsbezirks Bergstedt XIX mit seinem Heimatort. In den Reichstag wurde er erstmals 1924 gewählt und war Mitglied bis 1933. Beim Kapp-Putsch 1920 verteidigte der SPD-Politiker mit weiteren 1.500 bewaffneten Putsch-Gegnern erfolgreich die damalige Stormarner Kreisverwaltung in Wandsbek gegen die Putschisten. Biester stand damals an der Spitze des Kreisausschusses. 1920 gründete er auch den SPD-Kreisverband Stormarn. Am 27. Juni 1933 wurde er von den Nationalsozialisten verhaftet und war sechs Monate im KZ Lichtenburg in Haft. Ihm wurde jegliche politische Tätigkeit sowie das Wiederbetreten des Stormarner Kreisgebiets verboten. Ebenso wurde er aus dem Lehramt in Hamburg entfernt. Er zog nach Niedersachsen und wurde dort von der britischen Militärregierung 1946 als Landrat des Kreises Osterholz eingesetzt. Biester verstarb 1965 in Hamburg.

„Es erfüllt mich mit Hochachtung und Stolz so mutige Vorgänger aus unserer Region in der sozialdemokratischen Ahnengalerie als Parlamentarier zu haben. Das ist Verpflichtung und Auftrag zugleich, sich auch heute engagiert gegen neue rechtsextremistische Aktivitäten und täglich für eine lebendige Demokratie einzusetzen!“, so der SPD-MdB Franz Thönnies am Rande der Erinnerungsveranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin.

**Bildquelle: Wikipedia**

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 21.03.2013, 17:43 Uhr - 159311 Clicks - Nr. 227

## **Frauen, holt eure roten Taschen aus dem Schrank**

**Gehaltslücke zwischen Männern und Frauen schließen – SPD-Frauen unterstützen ‚Equal Pay Day‘**

80 Tage mussten Frauen in Deutschland über das Jahresende hinaus extra arbeiten, um so viel zu verdienen, wie ihre männlichen Kollegen allein im Vorjahr. Der "[Equal Pay Day](#)" markiert am Donnerstag, 21. März diesen Zeitraum und macht auf die unverändert drastischen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen aufmerksam.

Aktuell beträgt die geschlechtsspezifische Gehaltslücke laut Statistischem Bundesamt 22 Prozent. Damit gehört Deutschland europaweit zu den Schlusslichtern. Nur in Österreich, der Tschechischen Republik und Estland ist die Lohnungerechtigkeit nach Angaben der EU-Kommission noch weiter ausgeprägt.



### **Ein Skandal!**

Zum Symbol des Protests gegen diese Lohnungerechtigkeit ist das Tragen roter Taschen am Equal Pay Day geworden. Die roten Taschen stehen für rote Zahlen in den Geldbörsen der Frauen und dafür, dass Frauen weniger in der Tasche haben als Männer. Auch die SPD-Frauen im Europäischen Parlament rufen alle Frauen in Deutschland und Europa auf: „Holt am 21. März Eure roten Handtaschen aus dem Schrank und kämpft mit uns für gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort für Männer und Frauen.“

### **Frauen haben mehr verdient! SPD: Für Lohngerechtigkeit und gegen überkommene Strukturen**

Um endlich den Missstand auszuräumen, dass Frauen in Deutschland im Schnitt 22 Prozent weniger verdienen als Männer, hilft es, der Wurzel dieser Ungerechtigkeit auf den Grund zu gehen. Denn es gibt viele Ursachen für die Gehaltslücke, deshalb sind auch verschiedene Gegenmaßnahmen nötig.

### **Typische Frauenberufe sind schlechter bezahlt**

Immer noch konzentrieren sich Frauen häufiger auf Berufe und Branchen mit niedrigem Verdienstniveau. 80 Prozent der Beschäftigten etwa in Gesundheitsberufen sind Frauen. Die Einkommen von Pflegekräften, Krankenschwestern oder Arzthelferinnen rangieren im Vergleich zu anderen gleichwertigen Ausbildungsberufen am unteren Ende der Gehaltsstatistiken. "[Viel Dienst – weniger Verdienst](#)" lautet deshalb auch das Motto des Equal Pay Days 2013. Ziel des diesjährigen Themenschwerpunkts – die Lohnsituation in Gesundheitsberufen – ist aber nicht nur die finanzielle, sondern auch die gesellschaftliche Aufwertung von Gesundheitsberufen.

Daher haben sich die Sozial- und Beschäftigungsexperten der SPD-Europaabgeordneten etwa von der Initiative zur frühen Berufsorientierung in Rheinland-Pfalz inspirieren lassen. Die Aktion soll Mädchen für die mathematisch-technischen Berufe speziell fördern und ihr Interesse wecken, und wurde vor einem Jahr auch im europäischen Programm "Jugend in Bewegung" aufgenommen. Die SPD im Europaparlament wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass europäische Programme von guten Beispielen in den Regionen lernen und Mädchen endlich die Förderung erhalten, die sie verdient haben.

### **Erwerbsunterbrechungen und Karriereknick**

Ein weiterer Grund für die Entgeltungleichheit ist, dass Frauen öfter und länger familienbedingt aus dem Erwerbsleben aussteigen als Männer. Einbußen bei der Lohn-, Einkommens- und Karriereentwicklung bis letztendlich hin zur Rente sind die Folgen. Im Laufe eines typischen weiblichen Erwerbslebens steigt die Lohnlücke dann zu einer Rentenlücke von rund 60 Prozent an. Deswegen ist Altersarmut noch immer vor allem auch Frauenarmut.

Wir brauchen daher nicht nur ein neues Rollenverständnis, sondern auch ein neues Verständnis der Geschlechter füreinander, um gleichberechtigte Partnerschaften zu ermöglichen. Mehr Kitaplätze statt Betreuungsgeld, mehr Frauen in den Chefetagen statt am Wicketisch sind wirksame Mittel, um verkrustete Strukturen aufzubrechen und Eltern überhaupt die Möglichkeit zu geben, Job und Familie miteinander zu verbinden anstatt sich nur für eine Option entscheiden zu müssen.

## Frauen fehlen in Entscheidungsgremien

Nicht mal ein Viertel der Führungspositionen in deutschen Privatunternehmen sind mit Frauen besetzt. Im vergangenen Jahr waren nur vier Prozent der Vorstände in den Top-200-Unternehmen weiblich. Kaum besser verhält es sich in Aufsichts- und Verwaltungsräten: Dort lag der Frauenanteil 2012 bei 12,9 Prozent.

Mehr weibliche Führungskräfte sind aber das beste Gegenmittel, um Sexismus auch im Arbeitsleben die Stirn zu bieten. Die frauenpolitischen Expertinnen in der SPD-Delegation setzen sich daher seit langem für eine verbindliche Geschlechterquote in Aufsichtsräten und Vorständen von Unternehmen ein, um die gläserne Decke endlich zu durchbrechen und Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Arbeitsleben zu fördern. Völlig rückständig hingegen ist der Versuch der schwarz-gelben Koalition, bereits die von der EU-Kommission weichgespülte Frauenquote durch eine Sperrminorität im Ministerrat komplett verhindern zu wollen. Die SPD-Frauen im Europäischen Parlament werden sich umso mehr für eine verbindliche Quote einsetzen.

## Diskriminierung und Ungerechtigkeit beenden

All diese Gründe können aber nur einen Teil des starken Lohngefälles erklären. Bei zwei Drittel der Einkommenslücke besteht schlicht und einfach ein Diskriminierungsverdacht. Denn [bereits Berufsanfängerinnen verdienen deutlich weniger](#) als ihre männlichen Kollegen. So liegen die Gehälter von Frauen mit bis zu drei Jahren Berufserfahrung durchschnittlich um 18,7 Prozent unter denen der männlichen Kollegen. Mit den Berufsjahren wächst diese Einkommenslücke sogar an. Diskriminierung und Ungerechtigkeit im Arbeitsleben betrifft die [Akademikerin](#) genauso wie die Kassiererin oder Facharbeiterin. Sie alle haben mehr verdient.

Daher fordern die SPD-Europaabgeordneten schon seit langem ‚gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort für Männer und Frauen!‘

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 21.03.2013, 18:54 Uhr - 7319 Clicks - Nr. 228

## Politik gehört in die Schule

### Landtagsrede vom 20. März 2013

Der Legende nach retteten heilige Gänse die Stadt Rom im Jahre 387 v. Chr. vor dem Untergang, weil sie einen Angriff der Gallier bemerkten und die Römer mit ihrem Geschnatter aufweckten. Heute diskutieren wir, weil die Liberalen einen Angriff der Sozialdemokratie auf die parteipolitische Neutralität von Schulen fürchten und Alarm schlagen.

Der Vergleich hinkt natürlich. Erstens sind wir nicht in Rom, zweitens unterstelle ich niemandem, eine Gans zu sein, und drittens besteht überhaupt gar keine Gefahr. Was ist passiert? Drei Sozialdemokraten waren zu Gast in einer Schule, um über Europa aus der Perspektive dreier unterschiedlicher Parlamente zu diskutieren. Super! Schülerinnen und Schüler entwickeln Fragen zu Europa und stellen diese nacheinander Vertretern unterschiedlicher Parteien. Auch super. Damit kommt die Schule einer



Vereinbarung zwischen der Bundeskanzlerin und den Regierungschefs der Länder nach, die „Europa“ für Schülerinnen und Schüler greifbarer machen wollen. Immer noch super.

Aber nein, man wittert einen Skandal und schlägt Alarm. Zunächst per Kleiner Anfrage. Dann über eine Befassung des wissenschaftlichen Dienstes. Und nun debattiert sogar das Plenum. Man glaubt es kaum. Was ist denn die Forderung der Liberalen? Parteipolitische Neutralität von Schule. Selbstverständlich! Nun wollen sie aber, ganz liberal, Veranstaltungen mit Vertretern lediglich einer Partei untersagen.

Wohin soll das führen? Abgeordnete werden unter Generalverdacht gestellt und dürfen nicht mehr alleine Einladungen von Schulen annehmen. Ein 4-Augen Prinzip wird eingeführt. Aber, Frau Klahn, dürfte ich Frau Erdmann mitnehmen oder müsste es eine Vertreterin der Opposition sein? Und würden Sie die Piraten gelten lassen? Oder sollen Politiker nur noch mit Schülerinnen und Schülern in Kontakt treten dürfen, wenn alle im Parlament vertretenen Parteien dabei sind? Das kann doch nicht das Ziel sein!

Niemand hier im Saal stellt Agitation und Propaganda in den Mittelpunkt seiner Besuche. Es sei denn für die Demokratie und für politische Beteiligung. Als Abgeordnete haben wir, so sehe ich das, geradezu die Aufgabe, für Demokratie und Parlamentarismus zu werben.

Und jeder Lehrer, der versucht, Schülerinnen und Schüler für politische Fragestellungen zu interessieren und mit Politikern in regen Austausch zu bringen, gehört belobigt und nicht unter Generalverdacht gestellt. Es darf doch nicht sein, dass Sie lieber Lehrerinnen und Lehrer hätten, die sich nicht für Politik interessieren! Es darf auch nicht sein, dass das einzige Mittel der Wahl, wenn es um Politik und Schule geht, Podiumsdiskussionen sind, bei denen vor allem die Menschen auf dem Podium reden und der Rest des Saals mehr oder weniger darauf hofft, dass die Zeit verstreicht.

Die geltenden Bestimmungen sind gut. Sie sagen: Auftrag von Schule ist u.a., junge Menschen zu politischem und sozialem Handeln zu befähigen. Besuche von Politikern sind möglich. Sechs Wochen vor einer Wahl gilt für die Politik im Zusammenhang mit solchen Besuchen Zurückhaltung gegenüber der Presse.

Lassen Sie uns in die Schulen gehen und Diskussionen anstoßen!

Lassen Sie uns das selbstbewusst tun und nicht mit dem Gefühl, Politik sei irgendwie schmuddelig.

Und überlassen wir es den Lehrerinnen und Lehrern, diese Diskussionen einzuordnen und parteipolitische Neutralität herzustellen.

Ich hoffe, Sie können mir da zustimmen. Falls nicht, möchte ich Sie auf eine neue Fährte setzen. Auf der Webseite der Bundesregierung heißt es: „Die Bundeskanzlerin und Mitglieder der Bundesregierung werden am 6. Mai Schulen besuchen und dort mit den Jugendlichen über Europa diskutieren. Denn an diesem Datum findet der EU-Projekttag 2013 statt.“ Falls Sie also gesetzlichen Änderungsbedarf sehen, freue ich mich auf Ihre Erklärungen dazu im Bildungsausschuss. Dann bitte vor dem 6. Mai!

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 21.03.2013, 18:57 Uhr - 7359 Clicks - Nr. 229

**Wir arbeiten daran**

## Landtagsrede zur Modernisierung der Lehrerbildung vom 21. März 2013

Über die künftige Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern in Schleswig-Holstein haben wir in den vergangenen Monaten verschiedentlich gesprochen. Am 9. August 2012 gab es einen Antrag vom CDU-Abgeordneten Günther, der mit „Neuordnung der Lehramtsstudiengänge“ überschrieben war und im wesentlichen die Forderung erhob, an der Ausbildung in Flensburg solle sich möglichst nichts ändern.



Ergänzt wurde dies am 12. August 2012 durch einen FDP-Antrag des Kollegen Vogt, der für eine Rückkehr zum Staatsexamen warb. Die Regierung und die sie tragenden Fraktionen gaben damals zu Protokoll, man befinde sich im Dialog mit den Hochschulen und arbeite gemeinsam an einer Modernisierung der Lehrerbildung.

Am 29. November 2012 gab es einen vom FDP-Kollegen Garg unterschriebenen Antrag, der einen Bericht der Landesregierung zur Lehrerausbildung verlangte. Am gleichen Tag legte Kollege Günther nach mit dem Antrag „Schulartbezogene Lehrerausbildung erhalten“. Die Regierung und die sie tragenden Fraktionen gaben damals zu Protokoll, man befinde sich im Dialog mit den Hochschulen und arbeite gemeinsam an einer Modernisierung der Lehrerbildung. Herr Günther hat Teile meiner damaligen Rede heute, wie ich finde zu Recht, zitiert. Am 8. Februar 2013 folgte ein Antrag der FDP, eine Reform der Lehrerausbildung dürfe keine Studienplätze in Kiel und Flensburg gefährden. Wieder legte die CDU nach und erbat einen Bericht zur Zukunft der Lehrerausbildung. Den hat die Ministerin nun gegeben und wieder wird klar: Wir befinden uns im Dialog mit den Hochschulen und arbeiten gemeinsam an einer Modernisierung der Lehrerbildung.

Ich hätte heute auch gut meine Rede vom 13. Dezember wiederholen können. Wir wollen einen Stufenbezug anstatt eines Schulartbezuges, weil es in erster Linie um die Schülerinnen und Schüler gehen muss. Wir wollen mehr, frühere und besser integrierte Praxisanteile. Der Umgang mit Heterogenität und andere neue Herausforderungen an den Lehrerberuf sollen sich stärker in der Ausbildung abbilden. Wir haben glücklicherweise eine Ministerin, die vom Fach ist und die die Diskussion um die Lehrerbildung in Schleswig-Holstein seit Längerem aus unterschiedlichen Positionen begleitet; der Dialog mit den Hochschulen verläuft konstruktiv und die Hochschulen arbeiten in die beschriebene Richtung an Konzepten – übrigens nicht wegen irgendwelcher ideologischer Verklärungen, sondern weil sich diese Punkte aus der Sache heraus begründen.

Schleswig-Holstein beschreitet keine einsamen Sonderwege. Im Dezember sprach ich über die Empfehlungen einer Berliner Expertenkommission für die Zukunft der Lehrerausbildung, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sind ebenso auf dem Weg wie andere, in Hamburg gibt es seit Jahren keine schulartbezogene Lehrerausbildung mehr. Während nun die Gespräche laufen und Konzepte erarbeitet werden, fordern Sie nun schon eine auf Euro und Cent genaue Darstellung der Folgen, ebenso eine Darstellung der dadurch notwendigen Änderungen bei Personal, Infrastruktur und Studiengängen. Fordern Sie nächstes Mal bei dieser Gelegenheit von der Landesregierung doch gleich auch einen Beweis der Riemannschen Vermutung!

Letztes Mal wurde viel über meine Aussage gesprochen, es gebe keine unterschiedlichen Sorten Mensch und deshalb müsse es auch keine unterschiedlichen Sorten von Lehrerinnen und Lehrern geben. Ich will das präzisieren: Natürlich ist jeder Mensch unterschiedlich, aber jede Einteilung in Schichten, Kasten oder Klassen hat sich im Laufe der Geschichte als falsch erwiesen. Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer, die jede Schülerin in ihrer und jeden Schüler in seiner Unterschiedlichkeit wahrnehmen. Wenn Gymnasien und

Gemeinschaftsschulen den Weg zum Abitur anbieten und jede Schülerin und jeden Schüler auf dem Weg dorthin bestmöglich begleiten sollen, wenn alle Schulen die Schülerinnen und Schüler, die es nicht bis zum Abitur schaffen, bestmöglich in ihrer Entwicklung fördern sollen, dann brauchen wir dafür nicht unterschiedliche Sorten von Lehrerinnen und Lehrern. Wir brauchen solche, die sich jungen Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit zuwenden und sie fördern und fordern. Und genau solche Lehrerinnen und Lehrer wollen wir in Schleswig-Holstein ausbilden.

**Keine Kommentare**

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 21.03.2013, 23:03 Uhr - 28148 Clicks - Nr. 230

## **MdB Sönke Rix: EXIT endlich langfristig sichern**

In den letzten Tagen hat sich die finanzielle Situation um die Aussteigerinitiative EXIT immer mehr zugespitzt und die Bundesregierung hat getan, was sie in solchen Fällen immer tut: Sie hat versucht, das Problem auszusitzen. Dank der massiven Proteste aus der Zivilgesellschaft hat diese Taktik diesmal nicht funktioniert und Ministerin Schröder wird sich nach einem Beschluss des Koalitionsausschusses mit EXIT an einen Tisch setzen müssen.



Der Internationale Tag gegen Rassismus gilt auch für die, die sich von der Szene lossagen wollen und wie im Falle von EXIT schon mehrhundertfach losgesagt haben. Insofern kann ich nur hoffen, dass sich Ministerin Schröder der Bedeutung dieses Tages bewusst ist.

Die Kosten-Nutzen-Bilanz von EXIT ist wegweisend. Otto Schily veranschlagte 2001 die Kosten je Aussteiger auf 100.000 Mark. Exit hat seit seiner Gründung rund zwei Millionen Euro ausgegeben. Das staatliche Angebot hätte für den gleichen Erfolg 22 Millionen Euro ausgeben müssen. Und das zivilgesellschaftliche Exit-Angebot hat einen weiteren Vorteil: Wer zu Exit geht, gibt wirklich auf. Wer über den Verfassungsschutz des Bundes oder der Länder aussteigen will, gilt in der rechten Szene als Verräter.

Die Finanzierung des Kampfes gegen den Rassismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit spielt in der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle.

Mit den Programmen, den Ausführungsbestimmungen und der Extremismusklausel des zuständigen Ministeriums hat sich über die Jahre die Frustration auf Seiten derer, die Tag für Tag für eine Stärkung unserer Demokratie und Freiheit "auf die Straße" gehen, immer mehr verstärkt.

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 22.03.2013, 09:19 Uhr - 7467 Clicks - Nr. 231

## **Galgenfrist für den Müll**

Die Tage sind gezählt bis der Müll in der Gemeinde verschwindet.

Bisher noch unter Schnee versteckt hoffen wir, dass bis zum Dorfputz am 13. April der Frühling doch noch in Schleswig-Holstein eintrifft.

Zusammen mit dem Sammeln des Mülls in der Gemeinde soll auch das Museum für die neue Saison herausgeputzt werden.

Wer mitmachen möchte trifft sich in Langwedel um 9:30 Uhr am Denkmal, oder in Blocksdorf am Feuerwehrgerätehaus.

Im Anschluss gibt es für alle Helferinnen und Helfer einen Imbiss im Sportheim.



**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 22.03.2013, 18:48 Uhr - 15194 Clicks - Nr. 232

## Tolle Beteiligung beim Equal Pay Day 2013

### SPD-MdB Thönnnes am Brandenburger Tor mit dabei!

„Das war am Donnerstag eine tolle Beteiligung bei der Kundgebung zum Equal Pay Day in Berlin“, so SPD-MdB Franz Thönnnes, der andere Termine für seine Teilnahme am Brandenburger Tor hinten anstellte. Gemeinsam machten Frauen und Männer auf die nach wie vor bestehende Ungleichheit beim Entgelt zwischen den Geschlechtern aufmerksam.



Dabei markiert sein jährlich wechselndes Datum den Zeitraum, den Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um auf das durchschnittliche Vorjahrsgehalt von Männern zu kommen. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist eine zentrale Frage sozialer Gerechtigkeit. Das betrifft den Unterschied zwischen Ost und West, Leiharbeitern und Festangestellten sowie besonders das Verhältnis von weiblichen und männlichen Beschäftigten. Dies gilt auch für die Kreise Stormarn und Segeberg, in denen ca. 45.200 Frauen und 49.600 Männer bzw. 51.600 Frauen und 50.500 Männer berufstätig sind“, erklärt Franz Thönnnes.

Frauen verdienen heute in Deutschland immer noch durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer. Der EU-Wert liegt stattdessen nur bei 16,2 Prozent Unterschied. Die Bundesrepublik hat im Vergleich zu seinen Nachbarländern somit einiges aufzuholen. Besonders auffällig ist der Unterschied bei weiblichen Führungskräften. Sie verdienen durchschnittlich 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Leider verringert sich der generelle Abstand nur sehr langsam, so ist der Unterschied seit 2008 nur um ein Prozent gesunken. Die Selbstverpflichtung der Unternehmen, auf die Schwarz-Gelb gesetzt hat, ist offenkundig gescheitert.

Der SPD-Politiker dazu: „Diese Ungerechtigkeit zeigt auch den Handlungsbedarf für einen gesetzlichen Mindestlohn. Er käme ganz besonders den arbeitenden Frauen zu Gute.“ Eine nachhaltige Lösung für die immer noch bestehende Ungleichheit kann nur das von der SPD-Bundestagsfraktion bereits mehrfach vorgeschlagene Entgeltgleichheitsgesetz

bringen. Leider wurde dieses gerade erst am 13. März von CDU/CSU und FDP erneut abgelehnt. „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit gibt es also nur mit einer SPD-geführten Bundesregierung,“ so Thönnnes.

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 22.03.2013, 21:08 Uhr - 9431 Clicks - Nr. 233

## Polizeistation Tangstedt muss bestehen bleiben

Die **SPD Tangstedt** fordert von den Verantwortlichen, sich frühzeitig für den Erhalt der Polizeistation Tangstedt einzusetzen.

Einem großen Artikel des Hamburger Abendblattes vom 21. März 2013 konnten die Bürger der Gemeinde Tangstedt entnehmen, dass auch innerhalb der Polizeidirektion Segeberg Planungen laufen, kleinere Polizeidienststellen zu schließen. Danach seien nach Worten des stellvertretenden Leiters der Polizeidirektion Bad Segeberg, Dirk Petersen, "in der langfristigen Planung [...] die kleinen Dienststellen nicht zukunftsfähig". Laut dem Bericht ist es das Ziel, Betriebskosten einzusparen und den Personalengpass zu kompensieren. Weiter sprechen Regeln zur Eigensicherung gegen alleinifahrende Polizeibeamte. (HA 21.03.2013, Regionalausgabe Norderstedt, S. 1)



Schaut man einige Jahre zurück, so sprach der Landesrechnungshof im Jahre 2005 bereits Empfehlungen aus, kleinere Polizeistationen/-posten zu schließen. In der "Strategie 2012 und der Zukunft von Polizeidienststellen im ländlichen Raum" hieß es 2009 aber noch, dass die untere Personalgrenze für Polizeistationen bei 3 Beamten läge. Die Polizeistation Tangstedt verfügt über drei Beamte, die in der Tangstedter Bevölkerung bekannt und geachtet sind.

Der Ortsvereinsvorsitzende der **SPD Tangstedt**, Holger Criwitz (52), sagte gestern Abend am Rande der Mitgliederversammlung der Gemeindefeuerwehr Tangstedt: "Der Wegfall der Polizeistation Tangstedt wäre für die Gemeinde Tangstedt und deren Bewohner ein herber Rückschlag, der abgewendet werden muss. Tangstedt ist groß genug, um den Bedarf einer Polizeistation nachzuweisen. Zudem würde ein Wegfall bedeuten, dass Fahrzeuge aus Henstedt-Ulzburg die Gemeinde Tangstedt immer mitversorgen müssten. Bereits jetzt ist die benachbarte Polizeistation Itzstedt nachts nicht besetzt."

Johannes Kahlke (42), Direktkandidat der **SPD Tangstedt**, in dessen Wahlbezirk die Polizeistation liegt, besuchte am heutigen Freitag kurzfristig die Polizeistation und sprach mit dem Stationsleiter Volker Schmidt. Hierbei zeigte sich u. a., dass das Gebäude, welches der landeseigenen Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR (GMSH) gehört, aufgrund des Alters hohe Unterhaltungskosten verursacht. Johannes Kahlke sagte nach seinem Besuch: "Unsere Gemeindevertretung muss frühzeitig auf die Entwicklung reagieren. Ich schlage daher vor, der Polizeidirektion Bad Segeberg das Angebot zu machen, dass die Polizeistation zur Reduktion der Unterhaltskosten in das Rathaus umzieht. Später könnte sie sogar in den Komplex mit Bürgerhaus und Mehrzweckshalle einziehen. So können wir Tangstedter die Polizeistation Tangstedt erhalten."

Quellen: <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl16/drucks/2400/drucksache-16-2452.pdf>, Abruf 22.03.2013



[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 23.03.2013, 11:21 Uhr - 7454 Clicks - Nr. 234

## Was war los auf der Sitzung des Schul-, Sport-, Kultur- und Sozialausschusses?

Am 12. März trafen sich die Mitglieder des Ausschusses um 19.00 Uhr im Sportheim Langwedel. Für die SPD nahmen Ernst-Albert Neumann, Ralf Spilker und Jens Loewer teil.



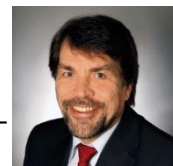
Es ging insbesondere um die Beratungen über Verträge zwischen der Kinder- und Jugendarbeit Langwedel e.V. und der Gemeinde Langwedel sowie die Anpassung des bestehenden Vertrages zur U3-Betreuung. Der Ausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, die Finanzierung für den Verein "Kinder- und Jugendarbeit Langwedel e.V." sicherzustellen. Wann die nächste Gemeinderatssitzung stattfindet, ist noch nicht bekannt. Schade, dass es keine Terminübersicht des Gemeinderates für das gesamte Jahr gibt.

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 23.03.2013, 17:28 Uhr - 5944 Clicks - Nr. 235

## SPD: Wir bleiben dran! Thema Trinkwasser ist nicht vom Tisch

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD will am Thema Trinkwasserversorgung für Bad Bramstedt am Ball bleiben. Pressesprecher Jan-Uwe Schaden-  
dorf „Wir konnten zwar gestern Abend in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit für unseren Antrag gegen eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung finden, sind aber sicher, dass uns das im nächsten Anlauf gelingen wird. Denn das Thema ist alles andere als vom Tisch.“



Der Antrag der SPD zielt auf Bestrebungen der Europäischen Kommission ab, Dienstleistungskonzessionen, zu den auch die Trinkwasserversorgung gehört, künftig europaweit auszuschreiben. Das könnte dazu führen, dass Bad Bramstedt seine Trinkwasserversorgung im Jahr 2017 ausschreiben muss und dabei an private Investoren verlieren könnte. Im Ergebnis befürchtet die SPD Preiserhöhungen und/oder Qualitätsverschlechterungen oder auch Entlassungen.

Zwar habe die EU-Kommission nach europaweiten Protesten Ende Februar eine Nachbesserung ihres ersten Vorschlages versprochen, doch abschließend beraten und beschließen sei aber noch gar nichts, auch wenn CDU und FDP diesen Eindruck erwecken wolle.

Vor diesem Hintergrund wollte die SPD erreichen, dass die Bad Bramstedter Stadtverordneten einen Vorratsbeschluss fassen, dass die Wasserversorgung in Bad Bramstedt bei Bedarf so organisiert werden soll, dass sie nicht ausgeschrieben werden muss und auf jeden Fall in Händen der Stadt bleibt..

Mit diesem Antrag scheiterte die SPD insbesondere an CDU und FDP in der Stadtverordnetenversammlung, die meinten, ihre Leute in Brüssel würden es schon richten.

SPD-Stadtverordneter Arnold Helmcke: „Mit diesem Beschluss hätten alle Stadtverordneten die Möglichkeit gehabt, Ruhe in die Diskussion vor Ort zu bringen und unseren Bürgerinnen und Bürgern ein eindeutiges Signal gegen einen Verkauf zu geben. Schlimmstenfalls würde sich der Beschluss zu unserem Antrag im Nachhinein als überflüssig erweisen, wenn die EU doch Regelungen trifft, die Bad Bramstedt verschonen. Nun bleibt der Beigeschmack, dass CDU und FDP in Bad Bramstedt, sich doch eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung vorstellen können.“

Schadendorf weist darauf hin, dass gerade erst die Verhandlungen in Brüssel im sogenannten Trilog zwischen Europarat, EU-Kommission und Europäischem Parlament begonnen hätten. Was dabei herauskomme sei noch nicht abzusehen. Jedenfalls habe sich die Berichterstatterin des EU-Parlaments, Heidi Rühle von den Grünen, kürzlich in der ARD sehr zurückhaltend geäußert, was ihre Erwartungen an echte Zugeständnisse des zuständigen EU-Kommissars betreffe.

Die Bad Bramstedter SPD wird dieses Thema daher weiterhin mit hoher Wachsamkeit verfolgen, auch über den Wahltermin am 26. Mai hinaus.

Schadendorf: „CDU und FDP in Bad Bramstedt wollen es sich leicht machen und unsere Aktivitäten als Wahlkampfgeplänkel abtun. Das ist grundverkehrt. Wir haben es uns nicht ausgesucht, dass das Thema gerade aktuell wird, wenn zufällig in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen anstehen. So einfach sollte man es sich mit diesem für alle Bürgerinnen und Bürger hoch sensiblen Thema nicht machen.“

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 23.03.2013, 17:31 Uhr - 7520 Clicks - Nr. 236

## **SPD verabschiedet Kommunalwahlprogramm Schwerpunkte: Kinder, Bildung, Stadtentwicklung**

Bad Bramstedt. Auf einer gut besuchten Mitgliederversammlung diskutierten und verabschiedeten die Bad Bramstedter Sozialdemokraten in der vergangenen Woche ihr Wahlprogramm für die Jahre 2013 – 2018.



Ortsvereinsvorsitzender Klaus-Dieter Hinck: „Der Ausbau der Kinderbetreuung und die Weiterentwicklung der Bildungslandschaft sind zwei große Schwerpunkte, die uns die kommenden Jahre sehr beschäftigen und finanziell stark beanspruchen werden. Aber wir als Sozialdemokraten sehen darin einen großen Schwerpunkt unserer politischen Tätigkeit.“

Bei der Kinderbetreuung will die SPD den Rechtsanspruch auf Kinderkrippenplätze vollständig erfüllt wissen, ob mit der bevorzugten Lösung Krippenplätze oder mit Tagesmüttern. Bei der Entwicklung der Bildungslandschaft sieht die SPD als besonderes Ziel die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Gemeinschaftsschule Auenland. Fraktionssprecher Bodo Clausen: „Bad Bramstedter Eltern sollen hier in Bad Bramstedt die

Wahl haben, ob sie ihr Kind auf einen schulischen Weg schicken, der mit G8 oder G9 zum Abitur führen kann. Das werden wir unterstützen und voranbringen.“

Aber auch außerhalb der Schulen würde die SPD gern mehr Angebote für die nicht organisierte Freizeitgestaltung der Jugendlichen sehen. Hinck: „Wir vernehmen immer wieder, dass der Ort wenig für Kinder und Jugendliche in der lockeren Freizeitgestaltung zu bieten hat, keine Treffpunkte. Wir hoffen, dass der Jugendbeirat und das Jugendzentrum dazu Ideen aufgreifen und weiterentwickeln können. Wir werden das nach Kräften unterstützen.“

Im Bereich des Sports hat die SPD den Umbau des Grandplatzes auf dem Schäferberg zu einem Kunstrasenplatz in ihr Programm aufgenommen und bleibt damit bei ihren bisherigen Aussagen zu diesem Thema, das die Rasensportler bewegt.

Die Innenstadtgestaltung und -entwicklung steht auch künftig ganz weit oben auf der Liste der SPD. Hinck: „Bad Bramstedt hat eine Kultur sehr langer Entscheidungsgänge. Zwar wussten wir seit Jahren, dass die Umgehungsstraße kommt, aber keine Pläne waren fertig. Jetzt wird es aber höchste Zeit, die Innenstadt – und damit meinen wir nicht nur den Bleeck – zu einem Ort zu gestalten, an dem man sich gern aufhält und an dem mal so etwas wie Bummel- und Verweilatmosphäre aufkommt. Das vermissen die Bad Bramstedter Bürgerinnen und Bürger sehr. Politik und Geschäftswelt sollten das liefern können.“

Zur Stadtentwicklung gehört für die Sozialdemokraten aber auch der Ausbau des Gewerbegebiets am Lohstücker Weg. Fraktionssprecher Bodo Clausen: „Ich kann gern wiederholen, dass wir als SPD schon in den 1980er Jahren entsprechende Planungen gefordert haben und deshalb froh sind, dass sie endlich erfolgen. Bad Bramstedt hat im Vergleich zu anderen Orten entlang der A7 nur sehr geringe Gewerbesteuererinnahmen. Das ist Geld, das uns überall fehlt. Von dieser schiefen Ebene für unsere Finanzen müssen wir runter und für mehr Gewerbe und damit Gewerbesteuer sorgen.“

Die Finanzen sind denn auch die große Sorge für die kommenden Jahre. Der stellvertretende Fraktionssprecher Jan-Uwe Schadendorf: „Wir sehen z. B. noch Potential in stadteigenen Grundstücken. Zum einen müssen wir die Nutzungen optimieren und ein aktives Gebäudemanagement betreiben. Zum anderen müssen wir sehen, wo wir Grundstücke haben, die man planerisch entwickeln und zu Geld machen kann. Das hat nichts mit ‚Tafelsilber verkaufen‘ zu tun, sondern Silber wird es erst durch aktive Planungen für diese Grundstücke. Ein erstes Grundstück haben wir in Arbeit und das macht Hoffnung. Nur mit solchen Einnahmen werden wir die Maßnahmen für Kinder, Bildung und Innenstadt finanzieren können, ohne ständig an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit zu stoßen.“

Das verabschiedete Wahlprogramm wird jetzt von einer Redaktionsgruppe noch textlich verfeinert werden und wird nach Ostern für alle Bürger zur Verfügung stehen.

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 24.03.2013, 10:35 Uhr - 10322 Clicks - Nr. 237

## **Nina Scheer zur stellv. Vorsitzenden des Forums DL 21 gewählt, 23.03.2013, Mainz**

Mainz. 23.03.2013. Heute wurde Nina Scheer im Rahmen der Frühjahrstagung des Forums DL 21 in Mainz mit 92 % zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

In ihrer Vorstellung gegenüber den mehr als 100 TeilnehmerInnen ging sie auf die heute ihrer Ansicht nach zu sehr auf die Kostenfrage konzentrierte Debatte um das Gelingen der Energiewende ein. Sie betonte, dass bereits aus Gründen der fossilen Ressourcenverknappung die Energiewende beschleunigt zu vollziehen sei: "Setzen die Verknappungseffekte spürbar ein, wird Energie unbezahlbar und verunmöglicht den Zugang zu Energie für immer mehr Menschen - die Energiewende ist somit auch aus dieser Perspektive ein sozialdemokratisch motivierter Anspruch", so Nina Scheer. In Bezugnahme auf die Grundwerte der Sozialdemokratie, für die sie sich für und mit der DL 21 einsetzen wolle, nahm Scheer u.a. Bezug auf den Freiheitsbegriff. Hierbei setzte sie sich kritisch mit dem jüngst auf Initiative der FDP-Bundestagsfraktion erklärten Nein zu einem bundestageeigenen NPD-Verbotsantrag auseinander: "Möglicherweise liegt der eigentliche Hintergrund für das Nein in einer Neudefinition des Freiheitsbegriffs der Liberalen. Das ist nicht mit unserem Verständnis von demokratiegetreuer Freiheit vereinbar und offenbart in beschämender Weise die Identitätsnöte der FDP".



**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 24.03.2013, 15:16 Uhr - 9191 Clicks - Nr. 238

## **Mittwoch, dem 27. März um 19.30 Uhr Sozialer Kreis**

Liebe Genossinnen und Genossen,

Sozialpolitik in unserem Kreis Plön ist der zentrale Anker sozialdemokratischer Politik. Wir möchten eine Bestandsaufnahme machen und über die notwendige Weiterentwicklung diskutieren, denn Fragen von sozialer Gerechtigkeit haben für uns eine große Bedeutung. Soziale Sicherheit gehört zu den zentralen Menschenrechten.

Ob Gesundheits- und Pflegepolitik, Kinderbetreuung, behindertengerechtes Wohnen, die Eingliederung von Migranten, mit der Bestandsaufnahme durch **Landrätin Frau Stephanie Ladwig** wird die Arbeit im Kreis Plön dargestellt. Danach möchten wir mit dem **Propst der Propstei Plön, Herrn Matthias Petersen**, und dem **Pflegedienstleiter des Alten- und Pflegeheims am Klostergarten, Herrn Aberrahim Ouled-Attou** und weiteren Gästen die Weiterentwicklung des „Sozialen Kreises Plön“ diskutieren.

Wir würden uns sehr freuen, wenn wir Dich

**am Mittwoch, dem 27. März um 19.30 Uhr**

in Preetz, Saal im Alten- und Pflegeheim am Klostergarten Preetz, Klosterstr. 4 begrüßen dürfen.

Mit herzlichen Grüßen

Helga Hohnheit Lutz Schlünsen Matthias Naumann

SPD Kreistagsfraktion SPD-Ortsverein Preetz

**Keine Kommentare**

## SPD-Kandidaten in Blekendorf

Die Mitglieder des SPD-Ortsvereins Kaköhl haben ihre Kandidaten für die Kommunalwahl am 26. Mai gewählt.

Es sind auf den den ersten fünf Listenplätzen bewährte Gemeindevertreter, es folgen zwei weitere Kandidaten, die sich bereits als bürgerliche Ausschussmitglieder bewährt haben: Matthias Ehmke, Sechendorf; Holger Schöning, Kaköhl; Brigitte Bauer, Futterkamp; Gerd Thiessen, Blekendorf; Erhard Lühr, Futterkamp; Ulrich Bioly, Futterkamp und Detlef Rix, Nessendorf.

Mit diesen Personen wurden eine engagierte Bürgerin und engagierte Bürger unserer Gemeinde nominiert, die mit nötigem Sach- und gesundem Menschenverstand Entscheidungen für unsere Gemeinde treffen können und wollen. Dabei stellt sich mit Matthias Ehmke (siehe Foto) ein junger Kommunalpolitiker mit Kreistags- und Gemeindevertretungserfahrung als Bürgermeisterkandidat zur Wahl.



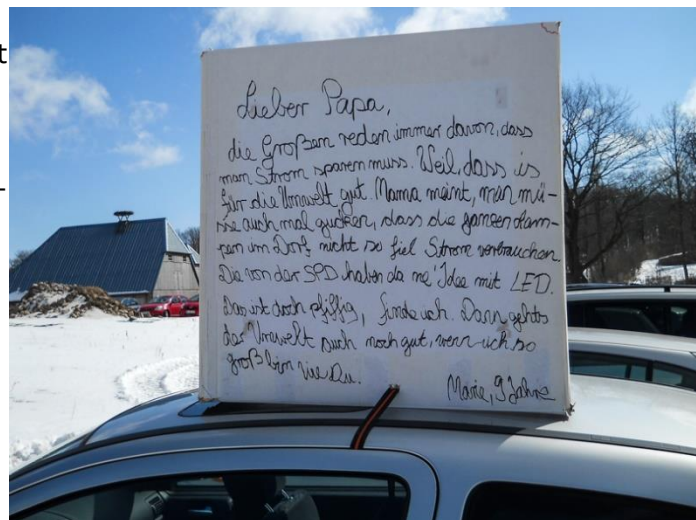
Auf den weiteren Listenplätzen folgen Ilka Koht, Eckhard Mannsfeld, Uwe Dornbusch, Dirk Rödmann, Melanie Ehmke und Elfriede Bendfeldt.

**Keine Kommentare**

## Marie, 9 Jahre, findet die Vorschläge der SPD pfiffig

Die Großen reden immer vom Strom sparen. Damit es der Umwelt noch gut geht, auch wenn Marie groß ist...

...hat die SPD Langwedel gute Vorschläge zum Thema Umwelt und Energiesparen – zum Beispiel LED-Beleuchtung für die Lampen im Ort. Mit einer besonderen Aktion machte die SPD Langwedel am Rande des Frühjahresfestes auf Gut Manhagen auf ihre Themen aufmerksam.



**Keine Kommentare**

## SPD Schleswig-Holstein schreibt Willi Piecyk Preis aus

Die SPD Schleswig-Holstein schreibt zum zweiten Mal den *Willi Piecyk Preis* aus, der mit insgesamt 1.000 € dotiert ist. Im diesjährigen „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ werden Vereine und Verbände, Organisationen, Schulen, Kommunen oder Personen zur Teilnahme aufgefordert, die sich für das Kennenlernen der Menschen, die Begegnung oder Vernetzung in Europa einsetzen und sich für das gegenseitige Verstehen engagieren.



Dies können gemeinsame grenzüberschreitende Projekte, der gegenseitige Austausch, die gemeinsame Diskussion über eine europäische Zukunft oder Aktionen in sozialen Medien sein.

Von 1992 bis zu seinem Tod 2008 setzte sich Willi Piecyk als Europaabgeordneter für eine soziale und europäische Europapolitik ein. Junge Menschen für ein gemeinsames Europa zu begeistern, war ihm ein besonderes Anliegen, ebenso wie soziale und ökologische Politik in Europa. Um sein politisches Wirken zu würdigen, hat die SPD Schleswig-Holstein 2011 gemeinsam mit dem SPD EuropaForum erstmals den Willi Piecyk Preis vergeben, der alle zwei Jahre verliehen wird. 2011 richtete sich die Ausschreibung an Jugendliche, Jugendorganisationen und -vereine, die in Schleswig-Holstein mit Projekten im schulischen oder außerschulischen Umfeld dazu beigetragen haben, die Idee des gemeinsamen europäischen Zusammenwirkens mit Leben zu füllen.

Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd und von 2004 - 2012 Vorsitzender der SPD Stormarn: „Gerade wir als Stormarner freuen uns, dass mit diesem Preis dem Reinfelder Willi Piecyk ein Denkmal gesetzt wird. Willi Piecyk ist eine der großen Persönlichkeiten aus der Geschichte der Stormarner Sozialdemokratie, aber auch des Kreises Stormarn.“ Willi Piecyk (1948-2008) war von 1980 bis 1982 Bundesvorsitzender der Jusos sowie von 1991 bis 1999 Landesvorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein. Von 1984 bis 1986 war er Vorsitzender der SPD-Stormarn.

Die Preisverleihung findet am 11. August 2013 um 11.00 Uhr in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente statt. Informationen zur Bewerbung gibt es unter <http://www.spd-schleswig-holstein.de/aktuelles/aid/5621>. Bewerbungen können bis zum 15. Juni 2013 eingereicht werden, per Mail an [nina.thielscher@spd.de](mailto:nina.thielscher@spd.de) Diese E-Mail-Adresse ist gegen Spam Bots geschützt, Sie müssen JavaScript aktivieren, damit Sie es sehen können oder per Post an den SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Nina Thielscher, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel. Enthalten sein sollen eine Projektbeschreibung, ein Erläuterung des Beitrags für das europäische Zusammenwirken, ggf. Zeitungs- oder Internetartikel und Fotos sowie eine Liste der beteiligten Personen. Außerdem sollte ein Ansprechpartner mit allen Kontaktdaten benannt werden.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 25.03.2013, 08:12 Uhr - 9552 Clicks - Nr. 242

## **Kein Fracking im Kreis Plön**

24. März 2013

**Kein Fracking im Kreis Plön**

## **SPD bringt Resolution im Kreistag ein**

Die SPD-Kreistagsfraktion lehnt mit Nachdruck das so genannte Fracking-Verfahren zur Erdgas- und Erdölgewinnung im Kreis Plön ab, ebenso die Suche nach unkonventionellen Erdgas- und Erdölvorhaben.

Nach Angaben des Energiewendeministeriums hat das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Clausthal-Zellerfeld als Bergbehörde Schleswig-Holsteins sechs Aufsuchungs- bzw. Bewilligungserlaubnisse vergeben. Die aktuellen Aufsuchungs- bzw. Bewilligungserlaubnisse beziehen sich auf sechs Erlaubnisfelder in Schleswig-Holstein. Davon liegen 3 Felder im Kreis Plön und zwar im Bereich Plön-Ost, Prasdorf und Preetz.

Lutz Schlüsen: „Wir sehen den Einsatz von wassergefährdenden chemischen Substanzen für die Gewinnung von Erdgas und Erdöl als nicht sinnvoll an. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um den Einsatz in oder abseits von Wasserschutzgebieten geht. Eine großflächige Zerstörung des Untergrundes mit heute nicht absehbaren Folgen ist nicht annehmbar. Auch wenn die heute erteilten Bewilligungen nicht das Recht zur tatsächlichen Aufsuchung oder Gewinnung von Erdöl oder Erdgas durch die Fracking-Methode bedeuten, sind wir verpflichtet, unverzüglich alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Fracking im Kreis Plön zu verhindern. “

„Unser Trinkwasser ist von hervorragender Qualität. Es ist unser höchstes Gut der Daseinsvorsorge! Dieses gilt es zu schützen! Schleswig-Holstein geht seit Jahren den konsequenten Weg des Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Ebenso muss auf Energieeinsparung und -effizienz gesetzt werden, das ist zukunftsweisend. Da ist es vollkommen absurd, gerade in unserer Region den letzten Tropfen Öl oder Erdgas herausquetschen zu wollen!“ betont Dr. Birgit Malecha-Nissen, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion.

„Mit weiteren Anträgen ist auch für das Kreisgebiet zu rechnen. Dazu zählt u.a. auch die Ankündigung von RWE Dea, für das Gebiet Warnau eine Bewilligungserlaubnis beim Bergbauamt zu beantragen. Vor diesem Hintergrund ist es konsequent, jetzt im Rahmen einer Bundesratsinitiative den Einsatz der Fracking-Methode bundesweit zu verbieten. Hierfür muss auch das Bergrecht geändert werden. In Schleswig-Holstein muss alles in die Wege geleitet werden, was wir im Rahmen des Landesrechtes gegen Fracking regeln können. Dazu gehört, das Raumordnungsgesetz dahingehend zu ändern, dass bis zur Verabschiedung des künftigen Landesentwicklungsplans die Schaffung vollendeter Tatsachen verhindert wird“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit.

Um die Initiativen des Landes zu unterstützen, ist es aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion jetzt notwendig, dass sich der Plöner Kreistag zum Thema Fracking eindeutig positioniert. Eine entsprechende Resolution ist vorbereitet und bereits von der SPD-Fraktion für die Aprilsitzung des Plöner Kreistages angemeldet, so Lutz Schlüsen, Helga Hohnheit und Dr. Birgit Malecha-Nissen abschließend.

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 25.03.2013, 14:59 Uhr - 6458 Clicks - Nr. 243

## **SPD-Umfrage hatte sehr große Resonanz – deutlich über 1.000 Antworten gingen ein**

Bad Bramstedt. „Einfach großartig und über alle Erwartungen liegend,“ mit diesen Worten kommentiert Klaus-Dieter Hinck, der Vorsitzende der Bad Bramstedt SPD, die große Resonanz der Bevölkerung in und um Bad Bramstedt auf die Umfrageaktion „Leben und

Einkaufen in Bad Bramstedt“. Diese Umfrage hatte die SPD von Anfang Februar bis Mitte März durchgeführt.

„Genau 1.153 Fragebögen haben wir ausgefüllt zurückerhalten. Das ist deutlich mehr als das Doppelte unserer Erwartungen und ein Signal, dass wir den Nerv der Bürgerinnen und Bürger getroffen haben. Aktive Mitsprache wird nicht nur gewünscht, sondern auch wahrgenommen, wie wir zweifelsfrei erkennen können.“ so Hinck weiter.

Die ersten Auswertungen zeigen, dass sich sowohl aus der Stadt, als auch dem Umland genügend Bürger/innen beteiligt haben, um von einem repräsentativen Ergebnis sprechen zu können. „Aus dem Stadtgebiet kamen 831 Fragebögen zurück, aus den umliegenden Dörfern, gut 270 und rund 50 enthielten keine Angabe zum Wohnort oder kamen von weiter her,“ so Jan-Uwe Schadendorf von der SPD, der nun die statistische Auswertung der Zahlen vornehmen wird. „Auch über die Altersgruppen verteilen sich die Antworten recht gut, und das Verhältnis von weiblichen und männlichen Antworten liegt mit 60:40 gleichfalls auf gutem Niveau.“



Besonders bemerkenswert sei, dass fast 70 % der Fragebögen bei den frei formulierbaren Wünschen und Anregungen Eintragungen gemacht haben und ein ganze Anzahl von zusätzlichen Zetteln den Fragebögen beigelegt waren.

„Auch zu den Fragen nach dem Fachmarktzentrum und der Ansiedlung von NORMA ist mit aussagekräftigen Ergebnissen zu rechnen, wenn ich mir den Zwischenstand angucke,“ so Bodo Clausen, Fraktionssprecher der SPD in der Stadtverordnetenversammlung.

Die SPD wird jetzt an die Auswertung und Aufbereitung der Daten gehen und will zu den Ergebnissen auch noch professionelle Marktforscher um eine Meinung befragen.

Klaus-Dieter Hinck: „Wir hatten schon zahlreiche Anfragen, wann die Ergebnisse und wie bekannt gegeben werden. Wir werden es selbstverständlich öffentlich präsentieren, damit alle interessierten Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gelegenheit erhalten, die Ergebnisse der Auswertung zu erfahren.“

Dafür ist Donnerstag, der 11. April im „Kaisersaal“ um 19.30 Uhr vorgesehen. Im Rahmen dieser Veranstaltung wird die SPD auch die Gewinne verlosen, die sie für die Teilnahme an der Umfrage ausgelobt hatte.

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 25.03.2013, 16:38 Uhr - 10560 Clicks - Nr.

## **244 Helmut Schmidt zum 150jährigen Parteijubiläum in Geesthacht , 15. März 2013**

Zum 150jährigen Jubiläum der SPD konnten die Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes und des Ortsvereins Geesthacht einen ganz besonderen Gast begrüßen: Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt war der Einladung der SPD Herzogtum-Lauenburg in die Turnhalle der Buntenskampfschule gefolgt. Unter den zahlreichen Gästen war auch SPD-Bundestagskandidatin Dr. Nina Scheer.





Einführend erinnerte der SPD-Kreisvorsitzende Peter Eichstädt daran, dass Helmut Schmidt heute beliebter denn je ist, woran Helmut Schmidt auf die heutige Zeit bezogen mit der Aufforderung nach Geschlossenheit und Solidarität anknüpfte. Das Gespräch mit Helmut Schmidt über die 150jährige Geschichte der SPD, die Helmut Schmidt nicht nur in seiner Zeit als Bundeskanzler nachhaltig prägte, führte Prof. Dr. Bernd Faulenbach. Als Historiker fragte er nach Kontinuitäten, für die die Partei von ihrer Entstehung an bis heute stünde und die er in der Demokratiebewegung erkennt. In der Perspektive von Helmut Schmidt unterteilt sich die Parteigeschichte hingegen in verschiedene Phasen: Zu Beginn sei die Partei geprägt gewesen von materiellen Interessen – begründet durch den Klassenkampf und das Elend dieser Zeit, darauf folgte der Widerstand gegen die aufkeimende NS-Diktatur, danach das Parteiverbot, bis hin zu dem Einsatz für sozialdemokratische Werte in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg bis heute. Die letzten Jahrzehnte seien von einem stark veränderten Arbeitsmarkt und der Globalisierung gekennzeichnet, was sich auch auf die Aufgabenstellungen der Partei auswirke. Sorge bereite ihm heute insbesondere die Entwicklung der Europäischen Union.



Der Abend wurde abgerundet durch einen dritten Gesprächsteilnehmer: Peter Walter, einst persönlicher Mitarbeiter Schmidts und von 1988 bis 2000 Bürgermeister in Geesthacht, vermittelte über Anekdoten sowohl heitere Einblicke als auch Eindrücke, die er vor dem Hintergrund terroristischer Anschläge und Bedrohungen während der 70er Jahre erfuhr.

Olaf Schulze, MdL und SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Geesthacht reflektierte den Abend als Einblick in politische Zeiten und Lebenserfahrungen, die über den Inhalt von Geschichtsbüchern hinausgingen. Er betonte die besondere Wertschätzung der Geesthachter Bürgerinnen und Bürger für Peter Walter. Als Bürgermeister habe er sich stets umfassend und mit außerordentlichem Einsatz erfolgreich für die Stadt eingesetzt und so einen hohen Maßstab angelegt.

**Keine Kommentare**

[AfB Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 26.03.2013, 11:46 Uhr - 17059 Clicks - Nr. 245

## **Auftakt für bildungspolitische Nord-Kooperation gelungen!**

### **Auftakt für bildungspolitische Nord-Kooperation gelungen!**

Am 23. März trafen sich in Hamburg die BildungspolitikerInnen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) aus den fünf norddeutschen Bundesländern Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, um eine regelmäßige Gesprächsrunde für eine gemeinsam abgestimmte Bildungspolitik zu starten.

„Bildungspolitik ist nur wirklich gut, wenn sie den Kindern und Jugendlichen sowie ihren Familien nützt. Das gilt natürlich länderübergreifend!“, so Ulf Daude, Mitglied des Bundesvorstandes der AfB und Initiator dieses Kooperationstreffens.

Inhaltlich tauschten sich die TeilnehmerInnen zu folgenden Themen aus:

Die AfB engagiert sich in allen Bereichen der Bildung, von der frühkindlichen bis zur universitären Bildung sowie in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Bildung bedeutet dabei mehr als ökonomisch verwertbares Wissen und schließt auch die menschliche Entwicklung, Kultur und Beteiligung am öffentlichen Leben mit ein.

„Eine Schule für Alle“ war und bleibt das Ziel unserer Bildungspolitik. Wir begrüßen den aktuellen Trend zu einer 2-Gliedrigkeit aus Gemeinschaftsschulen und Gymnasien als den richtigen Weg und werden uns für zwei starke gleichwertige Säulen auf dem Weg zum Abitur einsetzen. Zukünftig wird es dann um eine gute Weiterentwicklung, zu einer Schule gehen, die die Fähigkeiten und die Interessen aller Kinder optimal fördert und zum bestmöglichen Schulabschluss führt.

Der mittlere Schulabschluss (MSA) muss allen Jugendlichen erteilt werden, die die Sekundarstufe I erfolgreich absolviert haben. Die Zuordnung von 10 Schuljahren als Kriterium muss umgehend von der KMK abgeschafft werden, damit G8 Schülerinnen und Schüler nicht Gefahr laufen, ohne Schulabschluss da zu stehen, wenn es mit dem Abitur Schwierigkeiten gibt.

Wir fordern eine übergreifende Reform der LehrerInnenausbildung, bei der neben den Grundschullehrkräften alle LehrerInnen für die Arbeit an Gemeinschaftsschulen und Gymnasien der Sekundarstufe I und II ausgebildet werden. Hierzu gehören auch gleiche Arbeitsbedingungen und Bezahlung für alle Lehrkräfte.

Wir setzen uns für ein flächendeckendes und für jede Familie erreichbares Angebot an echten gebundenen Ganztagschulen ein.

Der Gedanke der Inklusion ist in vielen Bereichen angekommen, bereitet aber vor Ort noch viele Probleme in der Umsetzung. Wichtig ist uns, dass Inklusion mehr ist, als ein messbarer Status: Inklusion ist eine Haltung! Jeder Mensch hat das Recht auf einen Platz **in** unserer Gesellschaft und darf nicht aus irgendwelchen Gründen an einen Randplatz geschoben werden, auch wenn er noch so schön gestaltet wurde. Wir werden die vielen guten Beispiele und Schritte in der bisherigen Förderung der Inklusion sammeln, sie sichtbarer und verständlicher machen und Mut machen, die nächsten Schritte zu gehen. Weiterhin werden wir uns für die Bereitstellung der nötigen Mittel und Strukturen einsetzen.

Die Kontakte der AfB Nord-Kooperation werden nun weiter ausgebaut und der stetige Austausch gesucht und gefördert. Es wurde ein regelmäßiger halbjähriger Rhythmus für persönliche Treffen vereinbart. Das nächste Treffen findet im Oktober 2013 in Hamburg statt.

Ulf Daude - Mitglied des AfB Bundesvorstandes

**Keine Kommentare**

[SPD-Süderbrarup](#) - veröffentlicht am 27.03.2013, 08:28 Uhr - 6608 Clicks - Nr. 246

## **Ortsverein Süderbrarup stellt Kandidaten für die Kommunalwahl auf**

Auf der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Süderbrarup stand die Aufstellung der Direkt- und Listenkandidaten zur Kommunalwahl am 26. Mai 2013 im Mittelpunkt. Als

Spitzenkandidat auf der Liste wurde Norbert Broer gewählt, der jahrelange Erfahrung in der Gemeindevertretung Süderbrarup aufweisen kann.

**Als Direktkandidaten wurden gewählt:**

**Wahlkreis 1:** Hans-Walter Niendorf, Reinhard Tramsen, Uwe Schneider

**Wahlkreis 2:** Norbert Broer, Tanja Labudda, Renate Bastubbe

**Wahlkreis 3:** Rainer Conrad, Andreas Kupperschmidt, Uwe Wegner.



**Die SPD-Liste setzt sich in der Reihenfolge zusammen:** 1. Norbert Broer, 2. Hans-Walter Niendorf, 3. Rainer Conrad, 4. Reinhard Tramsen, 5. Uwe Schneider, 6. Tanja Labudda, 7. Andreas Kupperschmidt, 8. Renate Bastubbe, 9. Uwe Wegner, 10. Claudia Hellwig, 11. Jens Hellwig, 12. Tanja Lausen.

Als weitere Schwerpunkte der Jahreshauptversammlung wurden Ideen für das Wahlprogramm gesammelt und Aktivitäten und Schwerpunkte für Veranstaltungen festgelegt.

**Auf dem Foto von links nach rechts:** Ralf Wrobel, Renate Bastubbe, Norbert Broer, Reinhard Tramsen, Hans-Walter Niendorf, Uwe Schneider, Tanja Labudda, Andreas Kupperschmidt, Lisa Gäth

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 27.03.2013, 11:27 Uhr - 8636 Clicks - Nr. 247

## **Blick hinter die Landtags-Kulissen – nur für Mädchen**

Mädchen ab einem Alter von 15 Jahren aufgepasst: Zum Girls Day am Donnerstag, 25. April, lädt die SPD-Landtagsfraktion zu einem spannenden Info-Tag nach Kiel ins Landeshaus ein. „Politik ist immer noch überwiegend in Männerhand. Das muss nicht so bleiben“, sagt die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies. Denn in der SPD-Landtagsfraktion haben Frauen wichtige Positionen inne, sind Abgeordnete, wie die Elmshorner Politikerin, engagieren sich als Ministerinnen, machen Pressearbeit und sind Sprecherinnen verschiedener Themenbereiche.

Am Girls Day können Teilnehmerinnen des Info-Programms der SPD-Landtagsfraktion mit Politikerinnen und Politikern, etwa dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner und dem jugendpolitischen Sprecher Tobias von Pein ins Gespräch kommen und einen Blick hinter die Kulissen des Schleswig-Holsteinischen Landtags werfen.

Dazu gehören außer der Vermittlung von Basisinformationen über politische Zusammenhänge der Besuch einer Plenardebatte und ein Gespräch mit Abgeordneten zum Thema Bildungspolitik. Dabei steht auch die Elmshorner Politikerin als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Weiterhin lädt die SPD-Fraktion die Teilnehmerinnen zu einem Mittagessen in



die Kantine des Landeshauses ein.

„Politisch interessierte Mädchen sollten sich schnell anmelden, denn es sind nur noch wenige Plätze frei“, sagt Beate Raudies. Und das geht online unter <http://www.girls-day.de> oder unter [k.feistel@spd.ltsh.de](mailto:k.feistel@spd.ltsh.de) sowie telefonisch unter der Rufnummer 0431 / 988-1326.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 27.03.2013, 13:13 Uhr - 13518 Clicks - Nr. 248

## **Segeberger und Stormarner Bürger zu Besuch bei Thönnnes in Berlin**

Auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes waren 43 politisch Interessierte Bürgerinnen und Bürger aus den Kreisen Segeberg und Stormarn vom 20. bis zum 22. März 2013 in der Bundeshauptstadt zu Gast.



Der Berliner Aufenthalt begann mit einer Führung im Willy-Brandt Haus, der SPD-Parteizentrale im Stadtteil Kreuzberg. Hierbei wurde im Jubiläumsjahr natürlich ausgiebig über die 150jährige Geschichte der Sozialdemokratie gesprochen und auch die Wahlkampf vorbereitungen waren Thema. Diesem Termin folgte der bedrückende Besuch des Mahnmals für die ermordeten Juden Europas.

Am folgenden Tag ging es dann zur Mauer-Gedenkstätte in die Bernauer Straße, um sich mit dem zweiten deutschen Unrechtsregime auseinanderzusetzen. Im Anschluss führen die Teilnehmer in die Landesvertretung Schleswig-Holsteins, um sich über deren Aufgaben in der Hauptstadt zu informieren, bevor eine an politischen Gesichtspunkten orientierte Stadtrundfahrt einen Überblick über wichtige Einrichtungen wie Botschaften, Ministerien und Regierungsgebäude bot. Den Abschluss des intensiven, zweiten Tages bildete eine Führung durch die Ausstellung „Wege, Irrwege, Umwege – Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“ im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt.

Freitag war die Gruppe dann im Deutschen Bundestag zu Gast. Passenderweise verfolgte sie hier live die Debatte zum „Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Anschließend stand ihnen Franz Thönnnes eine Stunde für Fragen zur Verfügung. „Es war spannend, direkt vor Ort zu sehen, wie der Deutsche Bundestag arbeitet und wie im Parlament debattiert wird, das kommt im Fernsehen oder in der Zeitung meist ganz anders rüber“, so Sören Petersen, Teilnehmer der Fahrt aus Strukdorf.

Der letzte Programmpunkt der Fahrt war die Führung durch das Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“, mit einer intensiven Auseinandersetzung mit den Verbrechen von Gestapo und Polizei während der Nazi-Zeit. „Die Programmpunkte zur deutschen NS- und Teilungsgeschichte waren sehr gut ausgewählt. Man fährt zwar mit einem beklemmenden Gefühl nach Hause, hat aber viel über die Historie des eigenen Landes gelernt“, so Anna Sievers aus Bad Segeberg.

Mehrmals im Jahr lädt Franz Thönnnes Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis zu einer eindrucksvollen und informativen Reise nach Berlin ein, die als politische Bildungsfahrt vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert wird.

**Keine Kommentare**

## Personenbezogene Daten sind nach dem Subsidiaritätsprinzip nicht vereinbar

Im Februar 2013 brachte der starke Widerstand gegen das Beschäftigendatenschutzgesetz das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zum Stillstand. Das Bundesdatenschutzgesetz sollte ja im § 32, der die Datenerhebung und Nutzung in Bezug auf Beschäftigungsverhältnisse regelt, mit einer Auflistung von 12 konkretisierenden Paragraphen novelliert werden. Ein besonderer Konfliktpunkt war die Zulassung der Videoüberwachung. Nun sind über die EU Datenschutz-Grundverordnung neue Bedrohungen zu befürchten.



Der deutsche Bundesrat hat zu dem Vorschlag der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Datenschutz-Grundverordnung) Stellung bezogen.

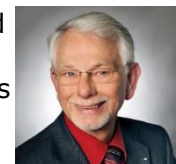
Nach Artikel 6 des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit können die nationalen Parlamente binnen acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsaktes in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Gemäß der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments ist der Rechtsausschuss für die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zuständig.

Die AfA Schleswig-Flensburg wird sich ausführlich mit der Problematik beschäftigen und sich dafür einsetzen, dass eine nationale Regelung zum persönlichen Datenschutz umgesetzt wird!

**Keine Kommentare**

## SPD: Fernwärme muss attraktiv bleiben

Bad Bramstedt. „Die Bad Bramstedter Fernwärme muss attraktiv bleiben und noch attraktiver werden“, sagt Arnold Helmcke, SPD-Stadtverordneter und stellvertretender Bürgermeister, und gibt damit nicht nur seine Eindrücke aus der letzten Zusammenkunft des Energiestammtisches wieder, sondern auch die Meinung der Sozialdemokraten am Ort.



Der SPD-Vorstand hatte sich erneut mit diesem Thema befasst aufgrund der jüngsten Presseberichterstattung und den Klagen einiger Fernwärmekunden, dass auch nach der letzte Preisanpassung nach unten die Kosten von den Fernwärmekunden vielfach noch als zu hoch empfunden werden.

Helmcke: „Wir wissen alle, dass Energie teurer wird, wie die Beispiel Ölheizung oder auch Pellets deutlich zeigen. Aber die Preisbildung für Fernwärme hat sich offenbar immer noch nicht den günstigeren Entwicklungen für Gas angepasst. Das kann so nicht ganz richtig sein!“

Die SPD ist der Meinung, dass Fernwärme derzeit eine der ökologischsten Formen der Energieverwertung ist, da nicht nur Wärme erzeugt wird, sondern auch Strom und so die eingespeiste Energie optimal genutzt wird. Helmcke: „Ein Ausstieg aus dieser Energieerzeugung, wie sie immer mal wieder in der Zeitung propagiert wurde, kommt für uns nicht in Frage, weder aus ökologischen noch aus wirtschaftlichen Gründen.“

Die Sozialdemokraten sehen aber weiteren Handlungsbedarf bei der Preisbildung für Fernwärme. Helmcke: „Das Ganze ist eine komplizierte Materie, aber es kann nicht sein, dass wir Klagen hören müssen, über angeblich das Doppelte an Kosten gegenüber einer Gasheizung. Wir müssen das prüfen lassen und überlegen, ob wir da eventuell einen Kostendeckel einziehen können, der an die Preise beim Gas gekoppelt ist. Mit Gas erzeugen wir schließlich den größten Teil unserer Fernwärme.“

Die SPD will, dass dies Thema baldmöglichst erneut im Aufsichtsrat der Stadtwerke beraten wird. Auch der Hauptausschuss der Stadt könne das entsprechend vorantreiben, wohlwissend, dass eine solche Entscheidung mit dem weiteren Gesellschafter der Stadtwerke zu verhandeln ist und wissend, dass es die Stadtwerke und die Stadt Einnahmen kosten wird.

Arnold Helmcke: „Wir meinen, dass man an die Preisbildung `ran muss, da der Abstand zwischen Fernwärme und anderen Energieträgern, z.B. Gas, derzeit noch zu weit auseinander zu liegen scheint, wenn man die Zahlen nimmt, die beim Energiestammtisch vorgetragen wurden.“

Helmcke und die SPD haben aber durchaus Hoffnung, dass sie Bewegung in das Thema bekommen können. „Vor knapp zwei Jahren haben wir schon einmal wegen der Preisanpassungsformel Aktivitäten ergriffen und das hat etwas bewegt. Da wollen wir dranbleiben und es erneut versuchen.“, so Helmcke.

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 28.03.2013, 01:43 Uhr - 8178 Clicks - Nr. 251

## Film „Water makes Money“ begeistert im Schlosssaal

Bad Bramstedt. Selten kann man in Bad Bramstedt direkt mit Filmemachern diskutieren. Diese Gelegenheit nutzten die gut 70 Besucherinnen und Besucher der Filmvorführung „WATER MAKES MONEY. Wie private Konzerne mit Wasser Geld machen“. Auf Vermittlung der Bad Bramstedter SPD zeigte die Friedrich-Ebert-Stiftung diesen Film im gut gefüllten Bad Bramstedter Schlosssaal, der sich für 1 ½ Stunden in einen Kinosaal und für nochmals die gleiche Zeit in ein Diskussionsforum verwandelte.

Die Macherin des Films, Leslie Franke, war eigens angereist und stand nach der Vorführung den Gästen Rede und Antwort. Dabei wusste sie intensiv von den Schwierigkeiten zu berichten, die ihr und ihrem Partner Herdolor Lorenz mit diesem Film entstanden seien.



Juri-Uwe Seandendorf Leslie Franke Herdolor Lorenz

Der Film befasst sich mit Hintergründen, Profiteuren und Auswirkungen der Wasserpolitik. Es ist ein investigativer Film, der vielen Menschen die Augen über das globale Geschäft mit dem Wasser öffnet, so auch in Bad Bramstedt. Die Botschaft, dass Wasser eben keine Handelsware sondern ein Menschenrecht ist, kam deutlich beim Publikum an und wurde mit Beifall versehen. Zahlreiche Besucher meldeten sich zu Wort und trugen zu einer sehr intensiven Diskussion bei. Leslie Franke sagte, dass dieser Film noch frei gezeigt werden könne. Der Wasser-Konzern Veolia habe in Frankreich Klage gegen den Film eingereicht, über die am Gründonnerstag entschieden werden solle. Ein Ausstrahlungs- bzw. Aufführungsverbot sei künftig nicht auszuschließen. Seit einigen Wochen erlebe die Filmfirma [massive Attacken](#) auf Ihre Homepages und Ihre Computerer, die erhebliche Probleme in der Filmproduktion hervorgerufen habe. Wer hinter den Trojanerangriffen stehe, wisse man nicht.

Veolia ging schon einmal gegen die Ausstrahlung eines kritischen Wasserfilms vor. Leslie Franke und Herdolor Lorenz hatten bereits 2005 in dem zusammen mit dem NDR produzierten Film „Wasser unterm Hammer“ über die Praxis der Geheimverträge bei der Teilprivatisierung der Berliner Wasserwerke aufklären wollen. Das rief den Konzern auch dort auf den Plan.

Aber der Widerstand der Konzerne gegen den Film „Water Makes Money“ habe nur dazu geführt, dass sich immer mehr Menschen für den Film interessieren. Das Netzwerk bestehend aus Kritikern der Wasserprivatisierung bis hin zu Menschen, die sich bislang gar nicht so intensiv mit dieser Problematik befasst hatten, unterstützen die Autoren nach Kräften. Das gebe den Filmemachern einen enormen Rückhalt. Die Autoren des Films bedanken sich bei allen, die den Film seit der Attacke von Veolia unterstützen: „Es ist einfach wunderbar, diese breite Unterstützung zu erfahren“, erklärte Leslie Franke dem aufmerksam lauschenden Publikum.

Das Podium leitete Frederic Werner von der Friedrich-Ebert-Stiftung und mit im Podium saß Jan-Uwe Schadendorf als Kommunalpolitiker der SPD und mit seiner Erfahrung als Aufsichtsrat der Stadtwerke Bad Bramstedt. Schadendorf wies daraufhin, dass Bestrebungen der EU zur Ausschreibung von Wasserkonzessionen die Privatisierung der Trinkwasserversorgung in Bad Bramstedt bedeuten könne. „Wachsamkeit ist das Gebot der Stunde“, war seine Mahnung, „wir müssen auf der Hut sein, bevor wir von EU-Regelwerken zu Dingen gezwungen werden, die nicht zum Wohl unserer Bürger sind. Wir haben Anträge in der Stadtverordnetenversammlung gestellt, die Privatisierung abzulehnen. Leider haben wir da noch keine Mehrheit für gefunden, aber wir lassen nicht locker.“

Dass frühzeitige Aufmerksamkeit und Mobilisierung zu Erfolg führen kann, wusste Leslie Franke zu berichten. Die Berliner, als Leidtragende einer Privatisierung der Wasserversorgung, haben mit einem erfolgreichen Volksbegehren erreicht, dass die Geheimverträge mit den privaten Betreibern offen gelegt werden müssen. Auch dies sei ein wenig mit dem Verdienst der Autoren des Films, der Wochen lang in Berlin während einer Unterschriftenkampagne aufgeführt wurde.

Leslie Franke fordert, dass nur die real anfallenden Kosten in die Wassertarife eingestellt werden, denn Gewinne, Renditen, Profite hätten in Bereichen der Daseinsvorsorge, wie der Wasserversorgung, nichts verloren. Deshalb sei es auch nichts für eine Privatisierung. Wenn die Informationen des Films einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, bestehe eine Chance, dass die Praktiken der privaten Wasseranbieter bei den Bürgern bekannt werden.

Diese Botschaft fiel auf fruchtbaren Boden bei den Besucherinnen und Besuchern, die den Film und die Diskussion mit reger Aufmerksamkeit aufgenommen hatten. Der lokale Bezug und die direkte Betroffenheit eines jeden Einzelnen mit diesem Thema wurde vielen erst jetzt klar. Einige versprachen gleich, diese Botschaften weiter zu tragen.

**Keine Kommentare**

## SPD-Fraktion stellt Antrag zum Erhalt der Polizeistation Tangstedt

Der Fraktionsvorsitzende der **SPD-Tangstedt**, **Raymund Haesler** hat auf die Berichterstattung vom 21. März 2013 im Norderstedter Teil des Hamburger Abendblattes reagiert und einen Antrag für die Sitzung der Gemeindevertretung am 10.04.2013 eingebracht.



Bereits am Tag der Berichterstattung besuchte der SPD-Direktkandidat im Wahlkreis Tangstedt-Ost, **Johannes Kahlke** die Polizeistation Tangstedt und sprach mit dem Stationsleiter **Volker Schmidt**. Später kamen Gespräche mit dem 1. Vorsitzenden der örtlichen Regionalgruppe der Gewerkschaft der Polizei, **Reimer Kahlke**, hinzu. **Johannes Kahlke** forderte die Verantwortlichen auf, sich frühzeitig für den Erhalt der Polizeistation Tangstedt einzusetzen und der Polizeidirektion Bad Segeberg zur Kostenersparnis den Umzug der Polizeistation in Räumlichkeiten des Rathauses oder späteren Komplexes aus Bürgerhaus und Mehrzweckhalle anzubieten.

Originaltext des Antrages der SPD-Fraktion für die Sitzung der Gemeindevertretung am 10.04.2013:

"Der Bürgermeister der Gemeinde Tangstedt wird beauftragt einen Gesprächstermin mit dem stellv. Direktionsführer **Herr Petersen** in Bad Segeberg zu führen. Er ist der Leiter der zuständigen Projektgruppe. Aus jeder Fraktion sollte ein Mitglied bei dem Gespräch dabei sein. Ziel dieses Gespräches ist die Erhaltung der Polizeistation in der Gemeinde Tangstedt. Dabei muss ausgelotet werden, ob zur Kostensenkung die Unterbringung der Station in gemeindeeigenen Gebäuden eine Lösung ist. Das weitere Vorgehen sollte dann nach diesem Gespräch im Zentralausschuss besprochen werden."

**Nachtrag vom 12.04.2013:** Während der Sitzung der Gemeindevertretung am 10.04.2013 wurde der Antrag der SPD-Fraktion zum Erhalt der Polizeistation Tangstedt einstimmig angenommen. Über die weiteren Ergebnisse wird die **SPD-Tangstedt** informieren.

Siehe auch <http://www.spd-tangstedt.de/index.php?mod=article&op=show&nr=13262>

**Keine Kommentare**

## Olof-Palme-Friedenspreis 2013

### Preis in Reinbek an Gliner Bürgerinitiative verliehen

Seit 1987 verleiht die SPD Stormarn den Olof-Palme-Friedenspreis. Dies geschieht zum Gedenken an das Leben und Wirken Olof Palmes, der am 28. Februar 1986 ermordet wurde, und zur Würdigung ehrenamtlicher Tätigkeit für Frieden und sozialen Ausgleich im Kreis Stormarn. Der Olof-Palme-Friedenspreis 2013 ging an die Bürgerinitiative „Glinde



gegen Rechts“ und an das SchülerInnenprojekt „Gewaltprävention am Gymnasium Trittau“.

Seit neun Jahren erstmals wieder als Zuschauer und nicht mehr als Gastgeber dabei war der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, der gleich mehrfach Grund zur Freude hatte.



„Das Schloss Reinbek ist ein toller Rahmen für diese Preisverleihung, und die Glinde Bürgerinitiative hat den Preis sehr verdient. Da ist man als örtlicher Landtagsabgeordneter natürlich stolz auf ‚seinen‘ Wahlkreis.“ Ebenfalls freute sich Martin Habersaat, dass Festrednerin Kristin Alheit bei mehr als 200 Gästen so gut ankam. „Wir haben in Kiel gute Mitstreiterinnen und Minister, und es ist schön, wenn diese auch in Stormarn bekannter werden.“ Die Belange des Hamburger Rands kennt Alheit durchaus - war sie doch bis zu ihrer Ernennung Bürgermeisterin von Pinneberg. Auch mit ehrenamtlichem Engagement kenne sie sich aus, betonte sie augenzwinkernd, „schließlich bin ich die Ministerin für das Ehrenamt.“

Den diesjährigen Preis hatte das Kuratorium geteilt. Propst Matthias Bohl stellte alle Nominierten vor und begründete die Entscheidung. Der erste Preis mit einem Preisgeld von 1000 Euro ging an die Bürgerinitiative in Glinde, in deren Namen Niels Brock sich für den Preis bedankte und ihn als Ansporn für weiteres Engagement bezeichnete. Das Kuratorium entschied sich für einen Anerkennungspreis für die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Trittau und deren Engagement für Gewaltprävention mit einem Preisgeld in Höhe von 500 Euro. Stifter des Preisgeldes sind Abgeordnete der SPD Stormarn und die Walter-Jacobsen-Gesellschaft e.V., Hamburg.

Der anschließende Empfang im Gartensaal des Schlosses dauerte bis weit in den Abend hinein. Hier kamen die Preisträger ins Gespräch mit vielen ihrer Vorgänger und weiteren Gästen, etwa Stormarns Landrat Klaus Plöger, den Bürgermeistern aus Reinbek (Axel Barendorf) und Ahrensburg (Michael Sarach) oder der örtlichen Bundestagskandidatin, Dr. Nina Scheer.

Fotoalbum: <http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/reinbek-2013/olof-palme-preis-2013/fotograf-guenther-heitmann3-812.html>

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 28.03.2013, 15:56 Uhr - 4920 Clicks - Nr. 254

## **Dieses Mal keine Politik**

Zu einem "Abend ohne Politik" begrüßte der Barsbütteler SPD-Fraktionsvorsitzende Herman Hanser die zahlreichen Gäste, die anlässlich des 1. Rathauskonzerts an den Stiefenhoferplatz gekommen waren.

Und so kam es dann auch: Pianist Wolf Harden präsentierte einen Abend mit romantisch-virtuoser Klaviermusik. Seine launige Moderation zu den Komponisten sowie den Werken kam dabei besonders gut an.

Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter und ebenfalls unter den Gästen, war begeistert: „Es ist für nicht ganz so geübte Ohren sehr schön, wenn man erfährt, wozum es in den einzelnen Stücken geht. Man kann Musik dann ganz anders verfolgen und genießen. Ich freue mich, dass es jetzt eine Initiative in Barsbüttel gibt, die sich der Kulturförderung verschrieben hat. Und es war schön, auch einmal einen ganz anderen Abend im Rathaussaal zu erleben.“ Frank Lauterbach von der Glinder SPD, neben Hanser ebenfalls Kandidat bei der Kreistagswahl im Mai, kann sich sehr gut vorstellen, die begonnenen Aktivitäten auf den gesamten Südstormarner Bereich auszuweiten:



„Tolles Projekt – je breiter wir uns dazu aufstellen, desto schneller wird sich der Erfolg einstellen.“ Der Abend endete mit Bravo-Rufen und einer Zugabe, die Wolf Harden speziell seinen ebenfalls anwesenden jungen Schülerinnen und Schülern widmete, dem Volkslied »Der Mond ist aufgegangen«. Mit Politik möchte Wolf Harden bald in den Rathaussaal zurückkehren. Er ist Kandidat der SPD Barsbüttel bei der Kommunalwahl am 26. Mai.

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 28.03.2013, 17:18 Uhr - 9439 Clicks - Nr. 255

## **SPD-Tangstedt verabschiedet Wahlprogramm**

**SPD-Tangstedt** startet gestärkt und gut vorbereitet in die heiße Phase des Kommunalwahlkampfes 2013.

Gestern lud die **SPD-Tangstedt** zur öffentlichen Mitgliederversammlung in die Tangstedter Mühle ein, zu der auch der SPD-Kreiskandidat für Tangstedt, **Christian Rink** (75) aus Bargfeld-Stegen, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Stormarner Kreistag und Spitzenkandidat der SPD-Stormarn für die Kreiswahl, **Reinhard Mendel** (61) und das bürgerliche Mitglied des Kreistages und Direktkandidat für Siek, **Jörn John** (58), gekommen waren.



Während der gut besuchten Mitgliederversammlung unter Leitung des Ortsvereinsvorsitzenden **Holger Criwitz** (52) stellten die Direktkandidaten den Parteimitgliedern und Bürgern das Wahlprogramm 2013 vor. Neben Aussagen zur Dorfentwicklung, zu den öffentlichen Einrichtungen, zur zukünftigen Finanzplanung und der Verkehrssituation finden sich weitere Ziele und Vorstellungen zu den Themen Umwelt, Klima und Energie, Kiesabbau und Renaturierung, Naherholung, Kinder und Familie, Jugend und Senioren im Wahlprogramm. Die sich anschließende rege Diskussion bewies, dass das Wahlprogramm sich mit aktuellen und wichtigen Anliegen der Bürger beschäftigt. Gerade bei den Themen Verkehr und Kiesabbau zeigte sich, dass die **SPD-Tangstedt** sich seit Jahren treu bleibt und

verlässlich ist. Mit großer Mehrheit wurde das leicht veränderte Wahlprogramm anschließend verabschiedet.

**Christian Rink** ging auf die aktuelle Berichterstattung zum möglichen Wegfall der Polizeistation ein und verwies auf die Vorteile einer ortsansässigen Polizeistation. Rink forderte zudem mehr Sichtbarkeit der Parteien in der Öffentlichkeit und unterstrich die Vorteile, die sich durch den von der SPD Tangstedt geforderten Neubau von Seniorenwohnungen ergeben würden. Rink: "Meine Erfahrungen als Bürgermeister sind, dass Senioren durchaus ihre Häuser verkaufen wollen. Aber sie möchten anschließend ohne Barrieren weiterhin im Dorf leben können".

**Reinhard Mendel** berichtete von einer guten finanziellen Situation des Kreises Stormarn, der die vorzeitige Tilgung von Krediten zum Anlass nehmen wird, die Kreisumlage um insgesamt 1,3 Millionen Euro zu senken. Dies bedeute auch eine Entlastung der Gemeinde Tangstedt. Mendel zeigte auf, dass es zwischen den Vorstellungen des Bundes zum Umfang der Kinderbetreuung und den tatsächlichen Bedingungen vor Ort deutliche Abweichungen gäbe. Deshalb werde der Kreis Stormarn 4 Millionen Euro zusätzlich für die Kinderbetreuung zur Verfügung stellen. Schließlich habe der Kreistag die veränderte Schulgesetzgebung genutzt und die Weichen gestellt, dass zukünftig die Schülerbeförderung wieder kostenlos ist. Mendel unterstrich: "Bildung muss für alle Familien kostenlos sein".

Der Fraktionsvorsitzende der **SPD-Tangstedt Raymund Haesler** (66) erklärte, dass es eine Hauptaufgabe in der nächsten Legislaturperiode sein wird, den Flächennutzungsplan 2030 zu verabschieden. Anhand zweier Beispiele verdeutlichte Haesler, welche Einflüsse der Regionale Grünzug aus Sicht des Landes bei den weiteren Planungen wie z. B. der Erweiterung des Nahversorgungszentrums in Tangstedt habe. Unter frühzeitiger Bürgerbeteiligung sei zudem das weitere Vorgehen zur Fläche um das Rathaus (B-Plan 31) abzustimmen. Ebenso müsse sich die Gemeindevertretung mit der Fläche 9 (zwischen Tangstedt und Wilstedt) und der Beendigung des B-Plan 30/Wilstedt beschäftigen. Haesler ging abschließend auf einen aktuellen Antrag der CDU-Fraktion ein. Haesler: "Es ist eine Frechheit, wie die CDU-Fraktion mit ihren Vorschlägen zur Verkehrsberuhigung verkennt, dass sie bisher eine gegensätzliche Position bezogen hat bzw. einige gleichlautende Vorschläge der SPD-Fraktion abgelehnt hat."

Nach Abschluss der Mitgliederversammlung, an der auch zwei Vertreter des Jugendbeirates Tangstedt teilgenommen haben, sagte **Holger Criwitz**: "Die öffentliche Mitgliederversammlung war ein voller Erfolg. Sie zeigt, dass wir sowohl mit den Inhalten des Wahlprogramms als auch unserer Bürgernähe richtig liegen. Wir sind halt sozial, gerecht und vor Ort!"

Wahlprogramm der SPD-Tangstedt:

[http://spd-tangstedt.de/index.php?mod=content&menu=2006&page\\_id=10704](http://spd-tangstedt.de/index.php?mod=content&menu=2006&page_id=10704)

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 28.03.2013, 18:53 Uhr - 9662 Clicks - Nr. 256

## **Sozialer Kreis Plön SPD: neue Perspektiven und kontinuierliche Weiterentwicklu**

Pressemitteilung

## Sozialer Kreis Plön

### SPD: neue Perspektiven und kontinuierliche Weiterentwicklung

Zu den Kernkompetenzen der SPD im Kreis Plön gehört die Sozialpolitik. Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen wies anlässlich der Veranstaltung „Sozialer Kreis Plön“ darauf hin, dass es der Wunsch der SPD ist, einmal das soziale Herz des Kreises zu zeigen, eine Bestandsaufnahme zu machen und über die Weiterentwicklung zu diskutieren.



Die Landrätin, Frau Stephanie Ladwig, gab einen umfangreichen Bericht und machte deutlich, dass u.a. diese Handlungsfelder erfolgreich gestaltet werden müssen:

Vermeidung von Armut, gleiche Zugangschancen zu Bildung und Arbeit, Verhinderung von jeglicher Diskriminierung und eine Integrationspolitik, die Aussonderung ausschließt.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Helga Hohnheit: „Ein soziales Netzwerk ist sehr wichtig und gut, viele Vorhaben im Kreis Plön wurden auch von der SPD mit initiiert und begleitet. Ich bedaure nur, dass Sozialpolitik immer reagiert und weniger vorausschaut. In der Einrichtung des Pflegestützpunktes sehe ich einen guten Seismografen für die Sorgen und Nöten der Menschen, er kann eine gute Lotsenfunktion einnehmen.“

Die Vertreter des Alten- und Pflegeheim des Kreises lobten den Kreis als Träger der Einrichtung. Das Pflegepersonal fühlt sich wohl, ist lange zugehörig, und Fachpersonal ist angemessen vorhanden. Kritik übten die Vertreter an der Bürokratie, sie betonten, dass die Zeit für die Menschen von der Zeit für die Bürokratie stark reduziert wird. Eine kostenlose Pflegeausbildung würde den Mangel an Pflegekräften sehr stark verringern.

Propst Petersen lobte die Zusammenarbeit mit der Kreispolitik, kritisierte jedoch ebenfalls z. B. die bürokratischen Hürden z.B. bei der Stiftungsgesetzgebung und forderte eine stärkere Verlässlichkeit und Dauer von besonderen sozialen oder integrativen Maßnahmen. Das wäre wünschenswert und notwendig, um langfristig die gesteckten Ziele zu erreichen.

Bei der anschließenden Diskussion war das Schwerpunktthema die Demenz. Das zukunftsrelevante Problem, die betroffenen Menschen zu betreuen und zu integrieren, erfordert neue Wege, z. B. in Wohngemeinschaften und in einer besseren individuellen Förderung. Aber auch die Begleitung und die Auswirkung auf die Angehörigen sind von hoher Bedeutung und werden teilweise noch sehr unterschätzt.

Breite Zustimmung fand die Idee, im Rahmen des Bündnisses für Familie das Thema Pflege mit einzubeziehen, um explizit für die ältere Generation im Kreis zukunftsorientiert zu planen.

Moderator Matthias Naumann zog das Fazit, dass die Anregung aufgenommen wird, hier die Akteure und die Betroffenen zusammenzubringen, um dazu beizutragen, dass das Thema Pflege in vielen Bereichen aktuell neu diskutiert und weiterentwickelt wird.

„Auch die Vielfalt und die Menge der sozialen Aktivitäten, die von den vielen Ehrenamtlichen geleistet wird, sind beeindruckend im Kreis Plön. Ihnen ist zu danken, weil sie mit sehr viel Engagement und Kraft mit dazu beitragen, dass das soziale Netz im Kreis Plön funktioniert“, so der Vorsitzende des Kreissozialausschusses, Norbert Maroses.

**Keine Kommentare**

## SPD-Kayhude stellt seine Direktkandidaten vor.

Zur Kommunalwahl 2013 stellt sich die SPD-Kayhude wieder ihren Wählern. Angeführt von **Gerhard Pelzer** und **Manfred Schnell** will das Team der SPD nach fünf Jahren wieder in das Ortsparlament von Kayhude einziehen und das Geschehen im und um den Ort maßgeblich mit beeinflussen.

Mit, von links, Heinrich Engelhardt, Peter Casper, Manfred Schnell, Gerhard Pelzer, Rainer Süchting und Wolfgang Meyer wirft die SPD-Kayhude eine Menge Lebenserfahrung in die Waagschale.



Keine Kommentare

## Kommunaldialog: Breitband für alle – aber um welchen Preis?

Was unterscheidet die ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins in Sachen schnelles Internet von jenen in Rumänien? Dort verfügen die Einwohner flächendeckend über moderne Breitbandversorgung. Daran hapert es zum Ärger von Wirtschaftsbetrieben und Bürgern vielerorts in Schleswig-Holstein, auch im Kreis Pinneberg. Außerdem mangelt es an der Koordinierung der miteinander konkurrierenden Ausbauintiativen.

Die Probleme beim Ausbau der Datenautobahn sind Thema des zweiten Kommunaldialogs mit der SPD-Landtagsabgeordneten Beate Raudies.



**Dazu kommt Staatssekretär Ralph Müller-Beck aus dem Wirtschaftsministerium am Mittwoch, 17. April, ins Gemeindezentrum Heidgraben an der Uetersener Straße 8.** Nach einem Impulsreferat erhalten Besucher die Gelegenheit, Fragen zu stellen und mit ihm über die Breitbandstrategie des Landes zu diskutieren. **Beginn ist ab 19 Uhr.**

Hintergrund: Mit der Verabschiedung einer Breitband-Strategie hat die Landesregierung kürzlich die Weichen dafür gestellt, dass Schleswig-Holstein bis 2030 flächendeckend mit Glasfasernetzen versorgt wird. „Unser erstes Zwischenziel peilen wir für 2025 an, dann wollen wir rund 90 Prozent der schleswig-holsteinischen Haushalte ans Hochgeschwindigkeitsnetz angeschlossen haben“, sagte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer. Das Thema sei für ihn „Chefsache“.

Aus organisatorischen Gründen wird um Anmeldung unter Telefon 04121-470320 oder per Mail unter b.raudies@spd-elmshorn.de gebeten.

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 01.04.2013, 22:53 Uhr - 7898 Clicks - Nr. 259

## **SPD-Tangstedt meets Ostern!**

Die **SPD-Tangstedt** überraschte nicht nur die Kleinen der Gemeinde am Ostersonntag mit dem Ostereiersammeln in Wiemerskamp, sondern auch die Großen bei ihren morgendlichen Einkäufen am Ostersonnabend!

Weiterlesen:

[http://spd-tangstedt.de/index.php?mod=content&menu=2602&page\\_id=10711](http://spd-tangstedt.de/index.php?mod=content&menu=2602&page_id=10711)



**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 02.04.2013, 16:57 Uhr - 6797 Clicks - Nr. 260

## **Veolia kann sich nicht durchsetzen gegen "Water Makes Money"**

Nach dem Prozess der Veolia gegen die Macher des Filmes "Water Nakes Money" erreichte uns folgende Nachricht der Filmmacher:

Am 28.März erging in Paris das Urteil im Strafprozess des privaten Wasserkonzerns Veolia gegen den Film „Water Makes Money“ . Aus der mündlichen Urteilsverkündung geht im Wesentlichen Folgendes hervor:

In der Hauptsache wurde die Klage Veolias abgewiesen: Die im Film genannten Fakten werden nicht angezweifelt und dürfen in Water Makes Money **weiterhin als „Korruption“ bezeichnet** werden. Die Zeugenaussagen vor Gericht und auch Beispiele aus dem Film haben **laut Urteil** eine ausreichende Faktenlage, um **die Bezeichnung „Korruption“ als gerechtfertigt** und nicht diffamierend zu beurteilen. Hingewiesen wurde in diesem Zusammenhang u.a. auf die im Film gezeigten Interessenskonflikte zwischen Politik und Wirtschaft; die Korruptionsbeispiele aus Grenoble und Montpellier und das Eintrittsgeld in Toulouse.

Leider kam das Gericht dem Konzern aber in einem Punkt entgegen: Die Aussage des Whistleblowers Jean-Luc Touly, man habe ihm eine Million € angeboten, wurde vom Gericht zwar als nicht beweisbar beurteilt. Der „Bestecher“ und der zu Bestechende waren allein. Doch **das Gericht entschied sich für die Version Veolias**. Obwohl in der Verhandlung überdeutlich wurde, dass derartige Schmiergelder bei den privaten Wasserkonzernen an der Tagesordnung sind, muss diese Stelle aus der französischen DVD-Version gestrichen werden.

Darüber hinaus wird eine Unklarheit Jean-Luc Toulys geahndet. Er behauptet an derselben Stelle, er sei mit Prozessen bombardiert worden und habe sie alle gewonnen. Fakt ist, dass er alle gewonnen hat, außer einem. Da wurde er zu 1€ Schadensersatz verurteilt, und zwei völlig unbedeutende Stellen mussten aus seinem Buch gestrichen werden. **Verständlich, dass Jean-Luc Touly dies als Sieg empfand.** Schließlich konnte das Buch entgegen der Klage seines Arbeitgebers unwesentlich gekürzt erscheinen. Dennoch entschied das Gericht, dass auch diese Stelle aus der französischen DVD-Version gestrichen werden muss. Jean-Luc Touly und der französische Filmverleih werden deshalb zu 1.000€ bzw. 500€ Strafe auf Bewährung verurteilt und müssen darüber hinaus jeweils einen symbolischen Euro an die Kläger bezahlen.

**Von der Zensur der Passage sind voraussichtlich nicht die ARTE-Fassung und nicht alle anderen internationalen Versionen des Films betroffen – auch nicht die deutsche. Sie können weiter unzensiert gezeigt werden.**

In den bisherigen **Medienmeldungen** herrscht der Tenor vor: „**Wasserkonzern siegt vor Gericht.**“ Dies unterschlägt, dass immerhin **drei der vier Anklagepunkte Veolias vom Gericht abgewiesen** wurden. Außer einer für den Film nicht entscheidenden Passage wird „**Water Makes Money**“ **also durch dieses Gericht bestätigt.**

Die **Bestrafung** der französischen Kollegen **und die Zensur des Films sind empörend** - insbesondere vor dem Hintergrund der im Gerichtsverfahren mehrfach bestätigten Korruption des privaten Wasserkonzerns Veolia, die gänzlich unbestraft bleibt. „**Water Makes Money**“ wird weiter leben, viel aufgeführt werden und helfen, dass eines Tages Korruption so bestraft wird, wie es nötig ist!

P.S.:

Wie viele wohl sicher schon bemerkt haben, griff unmittelbar nach dem Gerichtsverfahren im Februar ein hochprofessionelles Team immer wieder unsere Webseite [www.watermakesmoney.org](http://www.watermakesmoney.org) an. Mittlerweile ist nicht nur diese Seite komplett zerstört. Mit Ausnahme von [www.kernfilm.de](http://www.kernfilm.de), [www.wer-rettet-wen.org](http://www.wer-rettet-wen.org) und [www.bahnuntermhammer.de](http://www.bahnuntermhammer.de), die bislang nur leicht beschädigt wurden und noch erscheinen können, sind alle unsere anderen Webseiten zerstört. Mit Hilfe von Trojanern haben die Angreifer uns ausgespäht, so dass jetzt auch alle Computer in unserem Studio formatiert werden mussten. Der Schaden verschlingt viele Tausende Euro, und die Folgen dieses Angriffs werden uns noch lange in Atem halten. Wann die Webseite wieder erscheinen kann, ist völlig unklar. Wir können leider nicht beweisen, wer diesen Vernichtungsfeldzug gegen uns zu verantworten hat. Aber die Frage „*Cui bono - Wem nützt es*“, ist wohl angebracht! Wir bitten um Geduld und Wachsamkeit und danken für Ihre rege Unterstützung.

Ihr Water Makes Money-Team  
Leslie Franke, Lissi Dobbler und Herdolor Lorenz

**Keine Kommentare**

[AfB-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 03.04.2013, 21:14 Uhr - 5682 Clicks - Nr. 261

## **Musikalische Bildung - ein wesentliches Element allgemeiner Bildung**

Ein wichtiger Inhaltspunkt unserer letzten Sitzung war die musikalische Bildung in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen, und zwar hinsichtlich Kooperationen mit der Dithmarscher Musikschule.

Der Leiter der Musikschule, Richard Ferret, stellte die vielfältigen allgemeinen Angebote sowie die speziellen Bemühungen vor, mit Kindertagesstätten und Grundschulen zu kooperieren. Dabei stellt die Musikschule die Fachkräfte zur Verfügung – die natürlich bezahlt werden müssen. Bei einer Gruppengröße von 20 Kindern kann schon für einen Beitrag von 6,00 Euro pro Kind und Monat ein Kurs realisiert werden.

In einer ganzen Reihe von Dithmarscher Einrichtungen ist die Musikschule in dieser Weise aktiv. Wichtige Personen für das Zustandekommen solcher Gruppen sind die jeweiligen LeiterInnen der KiTas und Grundschulen, die jeweiligen Kollegien, insbesondere aber die Eltern. Kinder anzuregen und dafür zu gewinnen, sich für die Dauer eines Kurses musikalischen Aktivitäten zuzuwenden, das ist nur gemeinsam zu schaffen. Musikinstrumente können von der Musikschule ebenfalls verfügbar gemacht werden, unter Umständen gegen eine geringe Leihgebühr.

Mit Blick auf Ganztagschulen könnten vielfältige Kooperationen zwischen Schulen und Dithmarscher Musikschule ins Auge gefasst werden. Wünschenswert wäre ihr Zustandekommen mit vielen Einrichtungen unseres Kreises.

### **Interessant wären Rückmeldungen über Kooperationen in anderen Kreisen Schleswig-Holsteins.**

Ergänzend sei auf das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) hingewiesen, in dem seit 2007 gerade in Kooperationen von Musik- und Grundschulen musikalische Bildung erfolgreich gefördert wird. Das Projekt wurde, von NRW ausgehend, inzwischen von mehreren Bundesländern aufgegriffen: Hamburg, Hessen, Thüringen, Baden-Württemberg – und auch in Schleswig-Holstein gibt es zarte Pflänzchen. Genauere Informationen dazu über <http://www.jedemkind.de>

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 04.04.2013, 04:43 Uhr - 7406 Clicks - Nr. 26

## **2Nur der Holzwurm macht Hochzeit...**

Nur der Holzwurm macht Hochzeit... das ist ein aktueller Artikel in der neuen Ausgabe der SPD Bürgerzeitung LUPE in Langwedel.

1-3 Mal pro Jahr erscheint die SPD Bürgerzeitung LUPE in Langwedel. Die neue Ausgabe ist zum Osterfest von den Mitgliedern des Ortsvereins an jeden Haushalt verteilt worden. Für alle Interessierten ist sie auch [online einsehbar](#).



**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 04.04.2013, 10:37 Uhr - 6418 Clicks - Nr. 263

## **SPD: Anwohner der Bimöhler Straße in Planungen einbeziehen**

Bad Bramstedt. „Es ist an der Zeit, die Anwohner der Bimöhler Straße in die Bebauungsplanungen in dieser Straße einzubeziehen,“ sagt Klaus-Dieter Hinck, SPD-Ortsvorsitzender und Mitglied im städtischen Bauausschuss.



Hintergrund dieser Aussage ist eine Bauanfrage für eine recht intensive Bebauung des Grundstückes Bimöhler Straße 48, die im Bauausschuss positiv beurteilt wurde.

Hinck: „Jetzt wird offenbar die massive Bebauung auf dem Gelände der ehemaligen Meierei zum Maßstab für alle weiteren Bauanträge in dieser Straße genommen. Die Anlieger der Straße sind bis heute aber nicht einmal befragt worden, ob ihnen das überhaupt gefällt oder ge-  
nehm ist.“



Die SPD fordert daher, dass es für die Anlieger der Straße, insbesondere für den hinteren Teil eine Bürgeranhörung geben möge, auf der die weitere bauliche Entwicklung und die Gestaltung der Gebäude diskutiert werden.

Hinck: „Wir wissen noch nicht, ob das in einem Bebauungsplan münden muss, aber ohne die Bürgerinnen und Bürger der Bimöhler Straße gehört zu haben, sollte hier nichts Weiteres geschehen. Es muss ja nicht immer sein, dass es erst zu Fehlentwicklungen und Bürgerprotesten kommt, bevor die Stadt sich mit solchen Fragen befasst.“

Die SPD möchte frühzeitige Bürgerinformation und wird dafür im Planungsausschuss um eine Mehrheit werben.

**Keine Kommentare**

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 05.04.2013, 10:31 Uhr - 25978 Clicks - Nr. 264

## **Gastfamilien für Stipendiaten aus den USA gesucht**

Im August 2013 kommen rund 250 Austauschschülerinnen und -schüler aus den USA für ein Schuljahr nach Deutschland. Sie sind Stipendiaten des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP), einem Förderprogramm, das vom Deutschen Bundestag und dem Kongress der USA getragen wird.



Alle Austauschschüler werden von jeweils einem Bundestagsabgeordneten als Pate betreut. Auch der Bundestagsabgeordnete Sönke Rix engagiert sich als Pate im PPP. Er weist darauf hin, dass die Austauschorganisation Youth For Understanding (YFU) noch Gastfamilien sucht: „Ich würde mich freuen, wenn sich in unserem Wahlkreis Familien für die Aufnahme eines Austauschschülers begeistern würden“, so Rix. „Ein Jahr mit einem Jugendlichen aus einem anderen Land zu verbringen, ist eine sehr bereichernde Erfahrung, die gleichzeitig die interkulturelle Verständigung stärkt.“

Während ihres Austauschjahres besuchen die jungen US-Amerikaner eine Schule in der Nähe ihrer Gastfamilie. Durch den Schulbesuch und das Leben in der Gastfamilie lernen sie Deutschland ganz persönlich kennen. Grundsätzlich sind alle gastfreundlichen Familien und Paare geeignet, Gastfamilie zu werden. „Gastfamilien müssen den Austauschschülern keinen besonderen Luxus bieten, sondern sollten sie einfach wie ein neues Familienmitglied in den Alltag integrieren“, erklärt Rix.

Seit 1983 vermittelt das PPP Jugendlichen in Deutschland und den USA die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit. Mit Vollstipendien ermöglicht das PPP den US-

amerikanischen Teilnehmern ein Austauschjahr in Deutschland, während im Gegenzug etwa 300 Jugendliche aus Deutschland in die USA reisen.

Das Programm wird unter anderem von der Austauschorganisation Youth for Understanding durchgeführt. Familien und Paare, die Interesse haben, einen Austauschschüler bei sich aufzunehmen, können sich bei YFU melden unter Telefon 040 227002-0 oder per E-Mail an [info@yfu.de](mailto:info@yfu.de). Weitere Informationen im Internet: [www.bundestag.de/ppp](http://www.bundestag.de/ppp) und [www.yfu.de](http://www.yfu.de).

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 06.04.2013, 09:40 Uhr - 7981 Clicks - Nr. 265

## Einladung zum Seniorenkaffee in Langwedel

Auf Einladung des SPD-Ortsvereins findet am Donnerstag, dem 11. April 2013 um 15:00 Uhr im Sportheim der nächste Seniorenkaffee statt.

Im Rahmen des Seniorenkaffees gibt es neben Kaffee & Kuchen und einem Dalli-Klick-Spiel natürlich Zeit und Raum für gute Gespräche.



**Keine Kommentare**

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 07.04.2013, 09:15 Uhr - 5436 Clicks - Nr. 266

## Ein Großer der Sozialdemokratie ist verstorben

Die AfA Schleswig-Flensburg trauert um Ottmar Schreiner, dem ehemaligen jahrelangen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA). Ottmar war für seine klaren und offenen Worte bekannt und hat sich immer für die Rechte der Arbeitnehmer und der Schwachen in der Gesellschaft in seinen 32 Jahren als Mitglied des Bundestages eingesetzt.



Die Arbeitnehmer haben jetzt eine Stimme weniger im Bundestag. Wir trauern um unseren Weggefährten.

Ottmar Schreiner galt als erbitterter Gegner der Reform Agenda 2010 von Gerhard Schröder. Auch die von der SPD in der großen Koalition beschlossene Rente mit 67 lehnte er strikt ab.

„Es wäre besser gewesen, wir hätten in der Vergangenheit auf Ottmar und die AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) gehört“, erklärte Gabriel im April 2012. „Es darf nie wieder passieren, dass wir uns soweit von der Arbeitnehmerschaft entfernen.“

Diese Aussage gilt es in Zukunft für die SPD im Sinne von und in Gedenken an von Ottmar Schreiner nicht aus den Augen zu verlieren.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 07.04.2013, 14:04 Uhr - 8442 Clicks - Nr. 267

## **Strafe und der Wunsch nach Vergeltung**

### **15.4., 18.30 Uhr: Gesprächsabend mit Anke Spoorendonk in der Nathan-Söderblom-Kirche (Reinbek)**

Gerechtigkeit, Prävention, Vergeltung, Besserung - Strafe kann viele Zwecke haben. Die Kirchengemeinde Reinbek-West und Tribüne e.V. laden ein zur Beschäftigung mit der Frage: „Wie geht unsere Gesellschaft mit Strafe um?“ Pastorin Barbara Schöneberg-Bohl und Martin Habersaat, Vorsitzender von Tribüne e.V., wollen das Thema aus verschiedenen Perspektiven diskutieren.



Biblische Anmerkungen wird Pastorin Dr. Claudia Süssenbach beisteuern; besonders freuen sich die Veranstalter auf die Teilnahme von Anke Spoorendonk, Schleswig-Holsteins Ministerin für Justiz, Europa und Kultur.

Martin Habersaat: „Anke Spoorendonk war viele Jahre Parlamentariern für den SSW und ist die erste Ministerin, die von der dänischen Minderheit gestellt wird. Mit ihr haben wir eine sehr erfahrene und sachkundige Diskussionspartnerin eingeladen. Ich bin mir sicher, dass wir einen interessanten Abend erleben werden.“ Die Idee des Abends sei, in überschaubarer Runde mit kompetenten Gästen ins Gespräch zu kommen, Fragen zu stellen und Ideen zu entwickeln. Die Veranstaltung ist öffentlich, der Eintritt ist frei. Ort: Kirchengemeinde Reinbek-West, Berliner Str. 4, 21465 Reinbek.

### Hintergrund:

Der Verein „Tribüne – Vereinigung zur Diskussion der Probleme der modernen demokratischen Gesellschaft e. V.“ (abgekürzt „Tribüne e.V.“) widmet sich gemeinnützig der Förderung und Pflege der staatspolitischen Bildung. Er will ein Diskussionsforum für gesellschaftliche und staatliche Probleme der Zeit schaffen. Der spätere Landtagsabgeordnete Alfred Schulz gründete den Verein gemeinsam mit Freunden und Weggefährten 1967 und war bis zu seinem Tod 2011 44 Jahre lang dessen Vorsitzender. Seine Nachfolge trat Martin Habersaat an, Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.

Anke Spoorendonk wurde 1947 in Busdorf bei Schleswig geboren und erwarb ihr Abitur an dem dänischen Gymnasium Duborg-Skolen in Flensburg. Von 1967 bis 1976 studierte sie Geschichte und Germanistik an der Universität in Kopenhagen. Nach einer kurzen Anstellung an einem Gymnasium in der dänischen Hauptstadtregion kehrte sie 1977 als Studienrätin an die Duborg-Skolen zurück, wo sie bis 1996 tätig war, zuletzt als Oberstudienrätin. Von 1996 bis 2012 hat sie in Perioden allen Ausschüssen des Landtags angehört. Zuletzt war sie Mitglied des Bildungs- und Kulturausschusses, des

Europausschusses, des Innen- und Rechtsausschusses sowie des Ältestenrates, des Parlamentarischen Einigungsausschusses der Parlamentarischen Kontrollkommission und des Beirats Niederdeutsch. Seit dem 12. Juni 2012 ist sie Ministerin für Justiz, Kultur und Europa. Die Ministerin ist außerdem oberste Dienstherrin von insgesamt rund 5300 Justizbediensteten. (Quelle: [http://www.schleswig-holstein.de/MJKE/DE/Ministerin/spooren-donk\\_lebenslauf.html](http://www.schleswig-holstein.de/MJKE/DE/Ministerin/spooren-donk_lebenslauf.html))

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 07.04.2013, 14:07 Uhr - 9962 Clicks - Nr. 268

## **Herausforderungen und Chancen für Stadtwerke und Gemeinden**

**Energiewende vor Ort: Bürgerhaus Glinde, 16. April 2013, 19.00 Uhr**

Schleswig-Holstein nimmt bei der Energiewende im Ländervergleich eine herausragende Position ein. Die regenerative Stromgewinnung kann hier bis 2020 auf ein Drei- bis Vierfaches des landeseigenen Bruttostromverbrauchs ausgebaut werden. Dabei kommt auch den Kommunen eine wichtige Rolle zu.



Um Herausforderungen und Chancen für Gemeinden und Stadtwerke auf dem Weg zur regenerativen Vollversorgung wird es in einer vierteiligen Veranstaltungsreihe des Umweltforums der SPD Schleswig-Holstein gehen, die am 16. April um 19.00 Uhr im Bürgerhaus Glinde startet.

In Zusammenarbeit mit der SPD Glinde, deren Vorsitzender Frank Lauterbach den Abend eröffnen wird, wird es um die Rolle der Stadtwerke bei der Energiewende gehen. Eine Einführung in das Thema liefert die Bundestagskandidatin Dr. Nina Scheer, Vorstand der Hermann-Scheer-Stiftung. Sie erklärt: „Stadtwerke wirtschaften mit örtlichem Bezug und prägen die Energieversorgungsstruktur ihrer Gemeinden. Gleichzeitig sind die Teil des europäischen Marktes. Europaweite Ausschreibungen und regionalwirtschaftliche Ansätze sind manchmal schwer in Einklang zu bringen.“

Über diese und andere Herausforderungen der Energiewende diskutieren Prof. Dr. Andreas Fleischer, Mitglied der Gesellschafterversammlung des E-Werks Sachsenwald, Detlef Palm, Geschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) und Olaf Schulze, der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion. Moderiert wird der Abend vom örtlichen Landtagsabgeordneten Martin Habersaat. Der kündigt an: „Es sollen auch alle interessierten Gäste zu Wort kommen. Wir erwarten einen spannenden Abend mit kompetenten Gesprächspartnern und wollen gemeinsam regionale Impulse für die Energiewende entwickeln. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, diese Reihe in Glinde beginnen zu lassen.“

[Weitere Veranstaltungen der Reihe:](#)

18. April, Rathaus Kiel: Kommunale Gas- und Fernwärmeversorgung

19. April, Seehof Ratzeburg: Netzurückkauf durch die Kommune

13. Mai, Bürgerhaus Heide: Chancen für die Westküste

Alle Veranstaltungen beginnen um 19.00 Uhr.

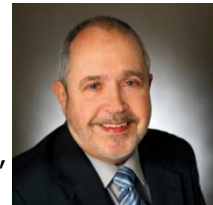
[http://www.nina-scheer.de/images/PDF/Energiewende\\_vor\\_Ort.pdf](http://www.nina-scheer.de/images/PDF/Energiewende_vor_Ort.pdf)

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 09.04.2013, 15:41 Uhr - 6612 Clicks - Nr. 269

## **SPD: LOKI - Lob, Kritik, Ideen elektronisch loswerden**

Bad Bramstedt. Löcher im Asphalt, Probleme mit Müll, ausgefallene Straßenlampen, verschmutzte Grünanlagen: Die SPD testet einen „elektronischen Meckerkasten“ für Bad Bramstedter Bürgerinnen und Bürger.



LoKI heißt der Arbeitstitel für diesen Gedanken, LoKI steht für Lob, Kritik, Ideen.

Ideengeber für diesen Meckerkasten war Ludwig Reese schon während des Stadtjubiläums und nun erneut anlässlich der großen SPD-Umfrage „Leben und Einkaufen in Bad Bramstedt“.

Nun setzt die SPD es in die Tat um und hat im Internet unter [LoKI.spd-bb.de](http://LoKI.spd-bb.de) eine Seite gestaltet, auf der Bürgerinnen und Bürger alltäglichen Ärger ebenso loslassen können, wie Ideen und Anregungen.

Pressesprecher Jan-Uwe Schadendorf: „Immer wieder ist die Rede von mehr Transparenz und Bürgernähe und unsere jüngste Umfrage hat gezeigt, dass die Bürger mitreden wollen. Und da geht es nicht nur um Meckereien, sondern vielfach um Anregungen und gute Vorschläge. Daher ist Meckerkasten eigentlich ein unzutreffender Begriff, den aber jeder versteht. LoKI hört sich positiver an und trifft die Zielrichtung dieses Dienstes.“

Nach Ansicht der SPD gehört so etwas irgendwann auf die Internetseite der Stadt, wo Ähnliches auch anderenorts schon im Einsatz ist. Bevor man das aber auf die Seite der Stadt Bad Bramstedt heben lässt, wollen die Sozialdemokraten das System testen und hoffen, dass davon rege Gebrauch gemacht wird.

Das Melden von Unzulänglichkeiten geht in Bad Bramstedt auch jetzt schon über den PC. Schließlich hat die Stadt eine Mail-Adresse – und das Parlament 27 Abgeordnete, über die kleine und große Sorgen der Bürger transportiert werden können, kommentierte SPD-Fraktionssprecher Bodo Clausen. Aber „LoKI“ sei extra für diesen Zweck programmiert und erfülle daher zielgenauer den Anspruch an ein solches System.

**Keine Kommentare**

## AfA-Landeskonferenz 2013

### AfA Landeskonferenz tagt am 13.04.2013 in Neumünster

Zu ihrer zweijährlich stattfindenden Landeskonferenz kommen am Sonnabend, 13.04.2013 um 10:30, im Kiek in, Neumünster 65 Delegierte aus 14 Kreisen Schleswig-Holsteins zusammen.

Der seit 1992 amtierende Landesvorsitzende und ehem. Kieler IG Metall Vorsitzender Wolfgang Mädler wird erneut für die Funktion des Landesvorsitzenden antreten.



Seine bisherigen StellvertreterIn: Kirsten Jöhnck, Landesfachbereichsleiterin bei ver.di und Uwe Teut, Polizeibeamter sowie der langjährige ehrenamtliche Geschäftsführer Helmut Ulbrand kandidieren ebenfalls für diese Funktionen erneut. Darüber hinaus werden sieben BeisitzerInnen zu wählen sein.

**Als Hauptredner kommt der Wirtschaftsminister Reinhard Meyer und wird zum Thema: „Wir können Wirtschaft auch für Arbeitnehmer und Unternehmer“ sprechen.**

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Konferenz finden sich in den 22 vorliegenden Anträgen.

Hier geht es insbesondere um Themen wie: Wasser ist Menschenrecht – Privatisierung stoppen, der NOK und Stopp des Personalabbaus bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, zum Thema Energie wird ein Strompreis-Monitoring gefordert: Das heißt: Alle Beteiligten - Regierung, Wirtschaft, Gewerkschaften, private Verbraucher - müssen in einem transparenten, für alle nachvollziehbaren Prozess an der Festlegung und Verteilung der Preise beteiligt werden.

Des Weiteren geht es um Strategien für bezahlbaren Wohnraum und einen neuen sozialen Wohnungsbau und die Rekommunalisierung von Krankenhäusern. Mehrere Anträge beschäftigten sich mit dem Thema: Gute Arbeit – Gesund in Rente und Mindestlohn und Tariftreue Regelungen.

Bei Rückfragen melden sie sich bitte an: Wolfgang Mädler, Telefonisch 0431-7992505 oder 0171-2417052 oder per Mail: [awm.klausdorf@t-online.de](mailto:awm.klausdorf@t-online.de)

**Keine Kommentare**

## Dialog wirkt!

*Zur heutigen Anhörung der beiden lehrerbildenden Universitäten im Bildungsausschuss erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Beide lehrerbildenden Universitäten kooperieren, beide Zentren für Lehrerbildung arbeiten zusammen, Abschlüsse werden gegenseitig vorbehaltlos anerkannt. Das ist ein großer Schritt für Schleswig-Holstein.

In der Sonderpädagogik werden die geltenden Beschlüsse der Kultusministerkonferenz umgesetzt, Inklusion wird zum Grundprinzip der Bildung. Das ist ein großer Schritt für Deutschland.

Die Praxisanteile in der Lehrerbildung werden gestärkt, die fachwissenschaftliche Ausbildung bleibt solide. Pädagogik, Methodik und Didaktik sind auf der Höhe der Zeit. Das ist gut für die Lehramtsstudierenden und in der Folge für die Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein.



Die Anhörung der beiden lehrerbildenden Universitäten in der heutigen Sitzung des Bildungsausschusses hat ein weiteres Mal bewiesen, dass der von der Küstenkoalition betriebene landesweite Dialog wirkt.

**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 11.04.2013, 21:09 Uhr - 54530 Clicks - Nr. 272

## **Veranstaltungsreihe "Energiewende vor Ort!" des SPD-umWeltforums**

Schleswig-Holstein nimmt bei der Energiewende im Ländervergleich mit der Zielsetzung eines Ausbaus der regenerativen Stromgewinnung um ein Drei- bis Vierfaches des landeseigenen Bruttostromverbrauchs bis 2020 eine herausragende Position ein. Der Ausbau Erneuerbarer Energien steht für wachsende Energieimportunabhängigkeit, mittel- bis langfristig sinkende Energiepreise und wachsende Zukunftsbranchen.

Der heutige Anteil von deutschlandweit bereits über 25% regenerativen Energien am Bruttostromverbrauch wurde insbesondere mit dezentralen Strukturen, unter Beteiligung von Kommunen, Stadtwerken, Bürgerinnen und Bürgern erreicht. Diese Entwicklung ist aber auch von zahlreichen Konflikten gekennzeichnet: Sowohl Netzkonzessionen, den Ausbau von Netzen, Vergaberecht, Netzmanagement als auch die Gewinnung regenerativer Energien betreffend. Die Dezentralität der Energiewende vermittelt unterschiedlich ausgeprägte Schwerpunktsetzungen und Herausforderungen.

Mit der Veranstaltungsreihe widmet sich das SPD-umWeltforum an verschiedenen Standorten in Schleswig-Holstein einem breiten thematischen Spektrum im Kontext der Energiewende mit vor Ort gegebenen Schwerpunkten.

**AUFTAKTVERANSTALTUNG:  
Dienstag 16. April 2013, 19.00 Uhr, Glinde**

**Weitere Veranstaltungen:  
Donnerstag, 18. April 2013, 19.00 Uhr, Kiel  
Freitag 19. April 2013, 19.00 Uhr, Ratzeburg  
Montag, 13. Mai 2013, 19.00 Uhr, Heide**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 11.04.2013, 21:34 Uhr - 9602 Clicks - Nr. 273

## Kandidatenliste der SPD Langwedel für die Kommunalwahl am 26. Mai 2013

Die Kandidatenliste der SPD Langwedel zur Kommunalwahl am 26. Mai 2013 wurde in der aktuellen Ausgabe der LUPE (SPD-Ortsvereinszeitung Langwedel) veröffentlicht.

Es kandidieren:

1. Ralf Spilker
2. Susanne Schöttke
3. Stefan Wolgast
4. Ernst-Albert Neumann
5. Jens Loewer
6. Katja Schillhorn
7. Christel Bodenbach
8. Swen Stagars
9. Ursel Schneegans
10. Unn Halm
11. Sabine Hoffmann



Die SPD Langwedel tritt an, um bürgernahe Politik für alle Generationen zu machen. „Langwedel ist unsere Heimat und wir engagieren uns dafür, dass unser Dorf lebenswert ist. Dazu gehört auch, Menschen für die Gemeindepolitik zu begeistern. Denn dort werden alle wichtigen Entscheidungen für das Dorf getroffen“, so Ralf Spilker, Spitzenkandidat und Ortsvereinsvorsitzender der SPD Langwedel. Bürgernahe Politik bedeutet, dass die Sitzungstermine des Gemeinderates für das Kalenderjahr im Vorwege verbindlich feststehen sollten und zu beratende Themen, Entscheidungen und vor allem auch deren Umsetzung für die Langwedeler Bürgerinnen und Bürger überprüfbar und nachvollziehbar sein müssen. „Leider mangelt es bisher im Gemeinderat an dieser Transparenz und Verlässlichkeit und das will die SPD mit einem Zuwachs an Sitzen im Gemeinderat verändern“ so Spilker. Die SPD hat mit ihrem neuen Internetauftritt ([www.spd-langwedel.de](http://www.spd-langwedel.de)) ein bisher fehlendes Informationsangebot für Langwedel geschaffen. Es finden sich dort aktuelle Mitteilungen, Terminhinweise und der komplette Langwedeler Veranstaltungskalender, aber auch Hinweise zu den Themen Sportverein, Bouleplatz, Bucherthaus, Liedertafel Concordia, Schoolkat, Storchfest oder Freiwillige Feuerwehr.

Das Hauptgewicht der zukünftigen gemeindlichen Arbeit liegt auf den Themen Bildung (U3-Betreuung, Kindergarten, Grundschule und Gemeinschaftsschule), Lebensqualität (Attraktivität für Menschen aller Altersstufen, Erhalt der Umwelt) und der Verkehrsanbindung (Bürgerbus und Mitfahrzentrale sind nur einige Ideen).

**Für weitere Informationen steht Ralf Spilker unter der Rufnummer 0177/8853434 zur Verfügung.**



## MdB Sönke Rix: Steuerbetrug gefährdet den Zusammenhalt!

In ganz Europa belaufen sich die Steuerausfälle durch im Ausland angelegte Großvermögen auf bis zu 1000 Milliarden Euro. Die aktuellen Enthüllungen zeigen, wie dringend notwendig der Kampf gegen das weltumspannende Netzwerk des Steuerbetrugs durch sogenannte Steueroasen und zwielichtige Praktiken ist.



Fest steht: Ohne Druck ändert sich nichts. Viele Banken müssen ihre Geschäftsmodelle radikal ändern – und werden das nicht freiwillig tun. Deswegen ist es notwendig, dass die Politik Maßnahmen ergreift, die effektiv und konsequent den Steuerbetrug bekämpfen. Schließlich zahlt den Preis für die kriminelle Energie der Steuerbetrüger jeder einzelne von uns ehrlichen Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen. Das gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Deshalb haben wir Sozialdemokraten einen 8-Punkte-Plan mit konkreten Maßnahmen vorgelegt:

Wir wollen anonyme Briefkastenfirmen und Stiftungen verbieten und einen automatischen Informationsaustausch über das Vermögen ausländischer Anleger erreichen. Das konsequente Vorgehen der USA, die alle Banken weltweit verpflichten wollen, die Konten ihrer Staatsbürger offenzulegen und unkooperativen Unternehmen mit einer Strafsteuer auf alle US-Erträge drohen, muss hierbei als Vorbild und Ansporn dienen.

Außerdem fordern wir, dass mindestens europaweit, besser weltweit, die Länder auf schwarze Listen gesetzt werden, die ihre Verpflichtungen zum Informationsaustausch nicht einhalten oder die zu keinem automatischen Informationsaustausch bereit sind.

Banken und Finanzinstitute müssen verpflichtet werden, keine Bankprodukte und -dienstleistungen anzubieten, mit denen ihre Kunden Steuern hinterziehen können. Andernfalls müssen harte Strafen drohen: Wir wollen eine sich steigernde Strafbewehrung, die mit Strafzahlungen beginnt und über die Möglichkeiten der Abberufung der Geschäftsführung und Berufsverbots bis zur Einschränkung der Banklizenz und in letzter Konsequenz zum Entzug der Banklizenz führen kann. Um härtere Strafen durchzusetzen, brauchen wir eine bundesweite, effektive Steuerfahndung.

Unsere weiteren Forderungen sind, das deutsche Steuerrecht zu verschärfen und keine lückenhaften Steuerabkommen mit anderen Staaten mehr zu akzeptieren.

Nicht zuletzt muss auch das Steuerdumping aufhören: Mindestens der Euroraum braucht eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und die Vereinbarung von Mindeststeuersätzen bei der Körperschaftsteuer, damit die wirtschaftlichen Ungleichgewichte mittelfristig abnehmen.

Die Lässigkeit gegenüber reichen Steuerbetrügern und gegenüber trickreichen „Steueroasen“ muss endlich beendet werden. Auch dafür stellt sich die SPD am 22. September 2013 zur Wahl.

*Erschienen als "Bericht aus Berlin" in der Eckernförder Zeitung am 11.04.2013 zum Thema: „Der Unmut wächst oder: Wie man es schafft, Steuergerechtigkeit herzustellen.“*

**Keine Kommentare**

## **SPD-Tangstedt zur Gemeindevertretung 10.04.2013: ÖPNV, B-Plan & Polizei**

Zu den Tagungsordnungspunkten der Sitzung der Gemeindevertretung vom 10.04.2013 gehörten auch die Themen Verbesserung des ÖPNV, der Bebauungsplan zum Gelände um das Rathaus sowie der Erhalt der Polizeistation Tangstedt.



### ÖPNV

Die von **Johannes Kahlke** (42) in der Einwohnerversammlung vorgeschlagenen Anträge an die Gemeindevertretung (u. a. veränderte Route via Hamburg-Duvenstedt) fanden seinerzeit bei den anwesenden Einwohnern eine mehrheitliche Unterstützung und mussten somit in der Sitzung diskutiert werden. Nachdem **Bürgermeister Dr. Taube** die Hinweise des Kreises Stormarn vorgetragen hatte, beschloss die Mehrheit der Gemeindevertretung nach den deutlichen Hinweisen seitens des **SPD-Fraktionsvorsitzenden Raymund Haesler** (66) zum Umgang mit einem Antrag aus der Einwohnerversammlung die Weiterbehandlung des Themas ÖPNV im Zentralausschuss. Während der Einwohnerfragestunde hatte bereits ein Bürger aus Wiemerskamp detaillierte Hinweise und Fragen zum aktuellen Stand des Busangebotes 478 an den Bürgermeister gerichtet. Dabei wurde bekannt, dass die zum 10.04.2013 eingetretene Verbesserungen teilweise nur für drei Werktage gelten.

### Bebauungsplan zum Rathausgelände

Intensive Diskussionen zeigten die unterschiedlichen Meinungen der Fraktionen hinsichtlich des Baufensters bzw. der möglichen Beschränkungen. **SPD-Fraktionsvorsitzender Haesler** mahnte nachdrücklich für eine frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Die **SPD-Fraktion** konnte im weiteren Verlauf den Beschlussvorlagen nicht zustimmen, u. a. den Grundstücken ein einziges, großes Baufenster zu geben. Der **SPD-Gemeindevertreter Wolf Staack** (67) äußerte hierzu, dass man später per Vertrag den möglichen Investor kaum binden können, in einem dorfüblichen Rahmen zu bauen. Weiter sah er auch den Vorplatz des Rathauses in Gefahr. **Bauausschussvorsitzender Holger Criwitz** (52/SPD) gab weiter zu bedenken, dass bei der Zulassung von noch höheren Gebäuden die rechtlichen Auflagen des Feuerschutzes zu starken finanziellen Belastungen der Gemeinde führen können.

### Erhalt der Polizeistation Tangstedt

Kürzlich hatten Berichte in den Medien zur möglichen Schließung von kleineren Polizeistationen (u. a. der Polizeistation Tangstedt) Besorgnis in der Bevölkerung ausgelöst. Der umgehend von der **SPD-Fraktion** eingebrachte Antrag erhielt nach kurzem Informationsaustausch neben einer weiteren Resolution Zustimmung von allen Fraktionen:

*"Der Bürgermeister der Gemeinde Tangstedt wird beauftragt, einen Gesprächstermin mit dem stellv. Direktionsführer Herr Petersen in Bad Segeberg zu führen. Er ist der Leiter der zuständigen Projektgruppe. Aus jeder Fraktion sollte ein Mitglied bei dem Gespräch dabei sein. Ziel dieses Gespräches ist die Erhaltung der Polizeistation in der Gemeinde Tangstedt. Dabei muss ausgelotet werden, ob zur Kostensenkung die Unterbringung der Station in gemeindeeigenen Gebäuden eine Lösung ist. Das weitere Vorgehen sollte dann nach diesem Gespräch im Zentralausschuss besprochen werden."*

Siehe auch: <http://www.spd-tangstedt.de/index.php?mod=article&op=show&nr=13292>

Position der SPD Schleswig-Holstein zur Inneren Sicherheit: <http://www.spd-schleswig-holstein.de/de/innere-sicherheit>

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 12.04.2013, 15:26 Uhr - 7668 Clicks - Nr. 276

## **FRACKING: Widerstand regt sich**

Widerstand im Erlaubnisfeld Bramstedt

in Gemeinden im Kreis Steinburg [siehe hier](#)

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 12.04.2013, 16:41 Uhr - 7586 Clicks - Nr. 277

## **Kein Großflughafen in Kaltenkirchen**

Hier wird nicht abgehoben: Die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies freut sich über die Entscheidung der norddeutschen Verkehrsminister, die Planungen zur Errichtung eines Flughafens in Kaltenkirchen ad acta zu legen.



„Das ist eine gute Nachricht. Die Region benötigt keinen weiteren Airport. Lange schon haben Elmshorner Sozialdemokraten diesen Plänen die Rote Karte gezeigt“, sagt Beate Raudies. Bereits 1971 sprach sich die Stadt gegen die Errichtung eines Großflughafens aus. Beate Raudies: „Die Region ist infrastrukturell auf so ein Großprojekt nicht eingestellt. Wo sollen die Zubringer verlaufen, wo die Landebahnen? Etwa in den Vorgärten der Menschen in Elmshorn, Lutzhorn und Barmstedt? Das geht nicht.“ Außerdem heißt es im Koalitionsvertrag ganz klar: „Der Verkehrsflughafen für Schleswig-Holstein ist Hamburg“, sagt die Elmshorner Politikerin. Das Land werde sich am Betrieb von Flughäfen nicht beteiligen. Die Koalitionspartner setzen sich für eine schnelle Schienenanbindung von Kiel, beziehungsweise Flensburg über Neumünster sowie von Lübeck zum internationalen Verkehrsflughafen Hamburg-Fuhlsbüttel ein, heißt es weiter im Koalitionsvertrag. Wie Medienberichten zu entnehmen war, kommen auch die Verfasser eines umfangreichen Gutachtens zu dem Ergebnis, dass die Realisierung eines neuen, internationalen Flughafens nicht zu empfehlen sei. Die Gutachter raten weiterhin, etwa 2200 Hektar Land, darunter Areale in Lutzhorn und Barmstedt, die der Flughafen Hamburg seit 40 Jahren vorhält, zu verkaufen.

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 12.04.2013, 16:47 Uhr - 7464 Clicks - Nr. 278

## **Einladung zur Bürgersprechstunde**

**Bürgernähe ist der Elmshorner SPD-Landtagsabgeordneten Beate Raudies sehr wichtig. Daher ist die Bürgersprechstunde regelmäßiger Bestandteil ihrer Arbeit.**



**Für Fragen und Anregungen steht die Politikerin am Freitag, 19. April, im Elmshorner SPD-Parteibüro, Panjestraße 16, zur Verfügung. Aus organisatorischen Gründen bitten wir die Besucher, sich vorher unter Telefon 04121-470320 oder per Mail unter [b.raudies@spd-elmshorn.de](mailto:b.raudies@spd-elmshorn.de) im Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten anzumelden.**

**Keine Kommentare**

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 12.04.2013, 21:07 Uhr - 5209 Clicks - Nr. 279

## **Gronauquerung - eine Gespensterdebatte**

21.02.2013

Seit Wochen geistert eine Gespensterdebatte durch Quickborn. Die CDU wolle eine neue Direktverbindung von Ellerau durch das Gronautal zur Malchower Brücke bauen. Jens-Olaf Nuckel nimmt jetzt zum wiederholten Male Stellung, weshalb wir als SPD dieses Planung als unsinnig zurückweisen und statt dessen auf unser bereits lange vorliegendes SPD-Verkehrskonzept verweisen. Lesen Sie hier unsere Argumente:



Die Gronauquerung als innere Verbindungsstrasse der Quickborner Heide mit dem Ort ist für uns nicht tragbar. Den dann anfallenden Verkehr (immerhin mehrere tausend Fahrzeuge am Tag!!) direkt in unsere Stadt zu leiten, kann nicht zielführend sein. Die betroffene Max-Plank-Strasse und der Justus-von-Liebig-Ring einschl. der Malchower Brücke sind für diese Belastung nicht ausgelegt. Auch wird der Verkehr dann auf ein Nadelöhr direkt vor der Zuwegung des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums (Schulweg!!) am Ziegenweg geführt. Wie dies gelöst werden soll, ist noch nicht einmal angedacht worden.

Die Malchower Brücke ist gem. Beschluss der Ratsversammlung aus dem Jahr 2000 nicht für diesen angedachten Verkehr ausgelegt, sie ist im Straßenbereich sehr schmal und ohne ausreichenden Fuß- und Radweg erstellt worden. Diese neue Masse an Verkehr überfordert dann bereits jetzt diese erstellten Straßen bzw. die Brücke!

Zu behaupten, dass durch diese neue Verkehrsführung keine Bewohner belästigt werden, ist zynisch. Sind die Bewohner der Max-Plank-Straße, des Justus-von-Liebig-Rings und die Anwohner des Alten Hofes keine Bewohner dieser Stadt ???

Eine Straße durch die ökologisch wertvolle Gronauniederung zu führen, ist ökologisch eine Katastrophe. Dies durch z.B. einer Straße auf Stelzen zu entkräften, ist nicht nachvollziehbar. Auch diese Straße, diese Stelzen, müssen errichtet werden und zerstören die Ökologie im Baubereich nachhaltig!!

Und wer soll diese Maßnahme bezahlen? Diese Kosten werden wohl überwiegend bei der Stadt Quickborn verbleiben. Und wenn wir uns unsere Haushaltslage anschauen, ist eine Realisierung in nächster Zeit nicht möglich!

Unser erarbeitetes SPD-Verkehrskonzept betrachtet dagegen den gesamten Verkehrsraum der Stadt Quickborn. Außerdem denken wir in Zeiträumen für die nächsten mindestens 20 Jahre. Es ist schon jetzt erkennbar, dass bei einem Stau (fast jeden Morgen) auf der A7 ein Grossteil des Verkehrs durch die Stadt Quickborn (Ellerauer und Kieler Straße) geführt wird. Dies wird noch deutlich verstärkt, wenn der Ausbau der A7 auf sechs Spuren erfolgt. Im Rahmen der Baumaßnahme werden viele Verkehrsteilnehmer die A7 meiden und schon ab Quickborn die Autobahn verlassen! Und als nächste Maßnahme ist der Deckel der A7 vor dem Elbtunnel geplant. Dies bedeutet eine verkehrliche Mehrbelastung des Quickborner Stadtgebietes für mindestens die nächsten zwei Jahrzehnte.

Wir haben u.a. geplant, den Verkehr von der Autobahnabfahrt auf der Famila-Seite direkt auf die Ulzburger Landstrasse zu führen. Damit wird auch der Engpass der derzeitigen sehr engen Brücke über die A7 an der Ulzburger Landstrasse beseitigt. Von dort soll der Verkehr über den Harksheider Weg an die Kieler Straße geführt werden, sodaß diese östliche Ortsumgehung für eine deutliche Entlastung des Stadtgebietes und natürlich auch der Bahnstraße sorgt.

Die Anbindungen des Harksheider Wegs sowie der Kieler Straße soll jeweils über einen Kreisell erfolgen, sodaß der Verkehr geordnet geführt werden kann. Auch dies führt zu einer Beruhigung des Verkehrs, insbesondere am Ortseingang und sorgt dafür, daß die Geschwindigkeit stark gedrosselt wird.

Da diese Überarbeitung der von uns überplanten Straßen eine neue Umgehungsstraße für die Autobahn bedeutet, werden wir uns dafür einsetzen, die Kosten dieser Maßnahme beim Bund im Rahmen der Ausbaumaßnahmen der A7 anzumelden.

Und nur ein Satz zur Verkehrsuntersuchung. Diese endete im Bereich der Straßenführung der Ulzburger Landstrasse am Harksheider Weg. Eine Untersuchung des Verkehrs bis zur Kieler Straße, sowie die für uns wesentlichen neuen Bedingungen der Störung des Verkehrs auf der A7 wurden nicht berücksichtigt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 12.04.2013, 21:14 Uhr - 10034 Clicks - Nr.

## **280 Fracking – um welchen Preis, 11. April 2013, Großhansdorf**

Auf Einladung des SPD Ortsvereines Großhansdorf kamen Dr. Nina Scheer (Bundestagskandidatin für Herzogtum Lauenburg/ Stormarn-Süd), Olaf Schulze (Energiepolitischer Sprecher der SPD im Landtag) und Reinhard Mendel (Fraktionsvorsitzender der SPD im Stormarner Kreistag) nach Großhansdorf, um über das Thema Fracking – Erdgasgewinnung aus tiefen Gesteinsschichten mittels Einbringung von Chemikalien – zu informieren und die SPD-Position dazu zu erläutern.

Die Ausweisung von Erkundungsgebieten für diese Technologie im Großraum Schwarzenbek und Glinde war Anlass genug, sich auch in Großhansdorf mit dieser Problematik zu befassen. Nina Scheer machte deutlich, dass die umweltbelastende Fracking-Technologie nicht gebraucht wird, um den Energiehunger der Zukunft zu stillen. Wenn der Ausbau der Erneuerbaren Energien konsequent vorangetrieben wird, sind wir darauf nicht angewiesen. Sie erklärte auch die gesetzliche Situation: „Entscheidungen über die Anwendung dieser Technologie fallen auf der Grundlage des Berggesetzes. Es wird weder den heutigen Umweltschutzanforderungen, wie sie auch das Staatsziel Umweltschutz gemäß Art. 20a Grundgesetz vorsieht, noch Bürgerbeteiligungsinteressen gerecht.“ Länder und Kommunen haben kaum Einflussmöglichkeiten, ein Umstand, der von Reinhard Mendel als „Entrechtung“ der Betroffenen bezeichnet wurde. Eine Novellierung des Bergrechtes sollte schnellst möglich in Berlin auf der Agenda stehen. Nina Scheer begrüßte eine entsprechende Bundesratsinitiative, mitausgehend von Schleswig-Holstein. Olaf Schulze berichtete, dass im schleswig-holsteinischen Landtag auf SPD-Initiative interfraktionell Einigkeit darüber erzielt wurde, Fracking abzulehnen.



Die lebhafteste Diskussion unter den Gästen zeigte, dass die Themenauswahl deutlich dem Interesse nach mehr Aufklärung und Diskussion über den Nutzen von Fracking und die mit dieser Technologie zusammenhängenden Gefährdungen entsprach. Die Großhansdorfer zeigten sich sehr informiert und stellten viele fachlich interessante Fragen, welche die Referenten überzeugend beantworten konnten.

Tobias von Pein, MdL fasste die Ergebnisse des Abends mit den Schlussworten zusammen, dass Fracking nicht mit den vor Ort realisierbaren Zielvorgaben von Nachhaltiger Entwicklung zu vereinbaren und somit abzulehnen sei.

Foto: v.l.n.r.: Olaf Schulze, Nina Scheer, Reinhard Mendel, Reinhard Niegengerd.

**Keine Kommentare**

[AG60plus - Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 13.04.2013, 13:52 Uhr - 7095 Clicks - Nr. 281

## **AG 60plus besucht Museum in Burg/Dithmarschen**

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus der SPD setzte ihre Besuche der Museen in Dithmarschen fort mit einem Besuch des Bürger Museums. 20 Mitglieder aus den Ortsvereinen Heide, Lohe-Rickelshof, Wöhrden und Meldorf machten sich auf den Weg nach Burg. Dort wurden sie von drei ehrenamtlichen Mitarbeitern des Museums empfangen. Die große Gruppe wurde in drei kleine Gruppen aufgeteilt und die Führung durch das Haus konnte beginnen.

Faszinierend war der Blick in einen ehemaligen Kaufmannsladen. Die Anwesenden fühlten sich in eine lang vergangene Zeit zurückversetzt. Bei vielen kamen Erinnerungen an eine Zeit, die sie längst vergessen hatten wieder hoch. Viele Artikel die in dieser ehemaligen Niederlassung von Thams & Garfs zu sehen sind, gibt es in veränderter Form und Verpackung immer noch. Man hätte sofort einkaufen gehen können.

Sehr angetan waren alle von der alten Landapotheke im Museum Was gibt es hier nicht alles zu sehen: Labor, Rezepturen, Giftkammer, usw. Sogar das Büro des Apothekers ist zu besichtigen. Hier liegen alte Fachbücher und die Zulassung des Königs. Diese Sammlung umfasst nicht Jahrzehnte sondern Jahrhunderte. Die Apotheke ist eine Kostbarkeit von unschätzbarem Wert. Der Burger Apotheker Peter Sommer hat in mühevoller Kleinarbeit diese alte Landapotheke aufgebaut. Allein wegen dieser Apotheke lohnt sich der Besuch des Museums.

Weiter zu sehen ist im Museum eine Sattlerwerkstatt, die fast unverändert erhalten ist. Man hat das Gefühl, der Sattler hätte die Sattlerei gerade verlassen. Zu besichtigen ist auch eine alte Schuhmacherei mit allen Geräten, die benötigt wurden, um Schuhe anzufertigen bzw. zu reparieren.

Für die Frauen war auch die alte Friseurstube sehr interessant. Ob sich heute wohl noch jemand unter dieser Trockenhaube niederlassen würde? Genau so altertümlich wirkt die alte Zahnarztpraxis. Heute würde sich wohl niemand mehr in diesen alten Zahnarztstuhl setzen und sich dem Zahnarzt ausliefern. Allein der Bohrer wirkt wie ein Folterwerkstatt: Ob die Geschichte, die der Mitarbeiter des Museums erzählte, dass der im Stuhl liegende Holzhammer zur Betäubung der Kassenpatienten benutzt wurde, die Privatpatienten bekamen Lachgas, gehört sicher ins Land der Fabel.

Die Ausstellung über die Burger Schifffahrt ist ebenfalls sehr interessant. Es erstaunte, wie viele Schiffe Mitte des 19 Jahrhunderts in Burg gemeldet waren. Es sollen 1870 über 80 Schiffe gewesen sein. Es gab damals 3 Werften, die Holzschiffe bauten. Von dieser Geschichte Burgs hatte vorher kaum jemand gehört.

Der Besuch des Museums endete bei Kaffee und Kuchen im Museums-Café.

Den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt für ihre Arbeit sehr viel Dank. Ohne sie wäre das alles nicht möglich. Ein Besuch des Burger Museums lohnt sich wirklich!"

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 14.04.2013, 13:02 Uhr - 7338 Clicks - Nr. 282

## **Unterstützung für die Hochschulen**

### **Bund gibt Geld für Lehrerbildung und Studienanfänger**

Zufrieden zeigt sich Martin Habersaat, stellvertretender Vorsitzender und hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, mit den Ergebnissen der jüngsten Tagung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK). Die beschloss auf ihrer Tagung im April zusätzliche Hilfen für die Hochschulen im Lande.



500 Millionen Euro gibt der Bund für eine Qualitäts-offensive in der Lehrerbildung, der Hochschulpakt II wird um 2,2 Milliarden Euro erhöht, um den steigenden Studienanfängerzahlen gerecht zu werden. Auch die Länder werden ihren Anteil erhöhen.

Die Qualitätsoffensive in der Lehrerausbildung passt zu den aktuellen Bestrebungen Schleswig-Holsteins. Martin Habersaat: „Im Dialog mit den Lehrerausbildenden Universitäten in Kiel und Flensburg arbeitet die Landesregierung gerade an einer Modernisierung der Lehrerausbildung. Da kommen zusätzliche Bundesmittel für dieses wichtige Aufgabenfeld sehr gelegen.“ Beide Hochschulen haben im Rahmen einer Anhörung des Bildungsausschusses am 11. April bereits angekündigt, einen gemeinsamen Antrag auf Förderung zu stellen. Dessen Chancen beurteilt Habersaat optimistisch. Die Ziele von Bund und Land seien dieselben - ein höherer Praxis-Anteil, eine verbesserte Ausbildung der Lehrkräfte im Bereich Heterogenität und Inklusion sowie eine bessere Beratung und Betreuung der Studierenden.

Außerdem einigte sich die KMK darauf, das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) zu novellieren. Das ist auch nötig, findet Habersaat: „Die Lebenswirklichkeit der Studierenden hat sich verändert - die Umstellung auf Bachelor und Master findet sich im BAFöG noch nicht optimal wieder, auch die Vereinbarkeit von Familie und Studium muss verbessert werden.“

**Keine Kommentare**

[AfB Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 15.04.2013, 08:32 Uhr - 16399 Clicks - Nr. 283

## **Gute Bildung hat viele Wege!**

### **Gute Bildung hat viele Wege - Diskussionsveranstaltung der AfB**

**mit Bildungsministerin Dr. Wara Wende**

„Seit ich Ministerin bin, sehe ich die Regionalen Bildungszentren mit anderen Augen, ja ich bin ein Fan geworden“, so äußerte sich Bildungsministerin Wara Wende auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaften für Bildung von Kreis und Land auf einer sehr gut besuchten Veranstaltung in Büchen.



In der Öffentlichkeit wird überhaupt nicht wahrgenommen, über welche Leistungsfähigkeiten unsere 18 RBZ und 15 Berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein verfügen. Wir bilden in 170 Berufen aus, von 90.000 Schülern sind 60.000 in dualen Ausbildungsgängen, 30.000 verlassen die Schulen mit allgemeinbildenden Abschlüssen, davon 25% mit Hochschulzugangsberechtigung und 15% für Fachhochschulen“, so die Ministerin weiter. Doch das reicht nicht, wir müssen für eine höhere Durchlässigkeit sorgen. Schule hat keinen Selektier- Auftrag, sondern wir wollen alle Schülerinnen und Schüler bestmöglich fördern. Dabei ist wichtig, dass Schule Spaß macht.“

Dieser Gedanke wurde von den sehr aktiven Podiumsteilnehmern unterstützt, die unisono betonten, dass nicht nur Kooperationen von Gemeinschaftsschulen untereinander oder mit dem RBZ wichtig seien. Viel entscheidender ist doch, dass künftig fließende Wege, schulübergreifend, aufgezeigt würden, weil durch gemeinsame Fachklassen auch die Hemmschwellen zu weiterführenden Schulen abgebaut und mehr Schüler an Bildungsangebote herangeführt werden.



Aus dem Publikum kam der Vorschlag, doch auch einen Lehreraustausch zwischen RBZ und Gemeinschaftsschulen zuzulassen und es nicht nur auf das gemeinsame Nutzen der Fachräume zu beschränken.

In einem persönlichen Rückblick der Podiumsteilnehmer wurde deutlich, welche Entwicklungsmöglichkeiten unser Bildungssystem in SH bietet: Von Förderschule über 2. Bildungsweg zum Medizinstudium oder vom Tischler zur Lehrkraft an einer Gemeinschaftsschule oder auch das Abitur am beruflichen Gymnasium, häufig für viele eine zweite Chance. Hier ist das RBZ eine starke Säule, die es gilt fortzuentwickeln. An den RBZ, so Schulleiter Ulrich Keller, gibt es individuelle Ansatzpunkte, Schritt für Schritt geht es weiter, Schüler haben dort nicht nur eine Chance, werden nicht zu früh auf ein festes Gleis gesetzt und die Durchlässigkeit im System ist hoch.

„In der Vergangenheit wurde auch in unserem Kreis häufig kritisiert, dass die zusätzlichen Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen eine Konkurrenz seien zu den RBZ, und ihnen die Schüler am beruflichen Gymnasium wegnehmen“, so Gitta Neemann-Güntner, AfB-Kreisvorsitzende. Das sehen wir als SPD anders. Wir wünschen uns Kooperationen von Schulen, um Synergien auszunutzen, die jedem Bildungsanspruch gerecht werden. Konkurrenz belebt zwar das Geschäft, ist im Bildungswesen jedoch völlig fehl am Platze. Unser erstes Ziel ist es, jedes Kind dort abzuholen, wo es steht und einen guten Abschluss zu bieten und damit heißt mehr Möglichkeiten auch mehr Abschlüsse. Ulf Daude, Vorsitzender der Landes AfB ergänzt: „Unser Schulsystem braucht Offenheit, guten Unterricht, individuelle Ansätze und mehr Durchlässigkeit. Aussortieren war gestern – qualifizieren ist heute.“

„Ich freue mich über den intensiven, interessanten Gedankenaustausch unserer Veranstaltung, die wieder einmal gezeigt hat, wie wichtig es ist, im Dialog zu stehen, um in der Sache vorwärts zu kommen“, so Neemann-Güntner abschließend.

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 15.04.2013, 23:00 Uhr - 6028 Clicks - Nr. 284

## **Wahlen bei der AfA**

### **Wolfgang Mädél erneut zum Landesvorsitzenden der AfA Schleswig-Holstein gewählt.**

Der seit 1992 amtierende Landesvorsitzende und ehem. Kieler IG Metall Vorsitzender Wolfgang Mädél ist am Sonnabend, 13.04.2013 in Neumünster von den Anwesenden 54 Delegierten mit 94 % der Stimmen erneut für die nächsten zwei Jahre zum Landesvorsitzenden der AfA in Schleswig-Holstein gewählt worden.

Ebenso wurden seine bisherigen StellvertreterIn: Kirsten Jöhnck, Landesfachbereichsleiterin bei ver.di und Uwe Teut, Polizeibeamter und DGB Kreisvorsitzender in Stormarn sowie der langjährige ehrenamtliche Geschäftsführer Helmut Ulbrand in ihren Ämtern bestätigt.

Als BeisitzerInnen wurden gewählt: Peter Casper, Kreis Schleswig-Flensburg, Frank Hornschuh, Kreis Kiel, Inke-Marie Jaschinski, Kreis Ostholstein, Lena Lehmann, Kreis Kiel, Gunnar Reichwaldt Kreis Neumünster, Norbert Vahl, Kreis Pinneberg und Gabriele Wegner, Kreis Steinburg.

**Der Hauptredner Wirtschafts- und Arbeitsminister Reinhard Meyer hat in seinem Beitrag insbesondere auf 6 wichtige Aufgaben seines Ministerium für Schleswig-Holstein verwiesen: Zukunftsfelder initiieren und traditionelle Branchen unterstützen, Politik muss sich an der Struktur der Wirtschaft und an dem ganzen Land orientieren, Infrastruktur muss gesichert und verbessert werden und die Landesregierung wird für gute Arbeit mit guter Bezahlung sorgen.**



Die inhaltlichen Schwerpunkte der Konferenz wurden in den 22 vorliegenden Anträgen deutlich.

Hier ging es insbesondere um Themen wie: Wasser ist Menschenrecht – Privatisierung stoppen, der NOK und Stopp des Personalabbaus bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, zum Thema Energie wird ein Strompreis-Monitoring gefordert: Das heißt: Alle Beteiligten - Regierung, Wirtschaft, Gewerkschaften, private Verbraucher - müssen in einem transparenten, für alle nachvollziehbaren Prozess an der Festlegung und Verteilung der Preise beteiligt werden.

Des Weiteren geht es um Strategien für bezahlbaren Wohnraum und einen neuen sozialen Wohnungsbau und die Rekommunalisierung von Krankenhäusern. Mehrere Anträge beschäftigten sich mit dem Thema: Gute Arbeit – Gesund in Rente und Mindestlohn und Tariftreueregelungen.

Aber auch die Beamtenbesoldung wurde thematisiert. Leitlinie der Konferenz an die Landesregierung und die Regierungskoalition: „Die Sozialregelung in der Erhöhung der Beamtenbesoldung wird getragen, aber die parlamentarische Festlegung auf die Minierhöhungen für 2016 und 2017 geht ohne Optionsklausel überhaupt nicht.“

**Wolfgang Mädler: "Trotzdem wir bleiben dabei, manches ist auch eine Stilfrage wie man miteinander umgeht. Von Sozialdemokraten erwarte ich einen ernsthaften Diskurs mit Arbeitnehmern und ihren Vertretungen und da hätte ruhig mehr Zeit drauf verwendet werden können und wenn die Grünen meinen sich zum Obersparer aufspielen zu wollen, müssen wir dem nicht sklavisch folgen. Scharf wies er die anbiedernde und scheinheilige Art von CDU und FDP zurück die eine 1 zu 1 Übertragung fordert. Die Opposition muss sich vorhalten lassen, dass sie ihre Rolle überhaupt noch nicht gefunden hat. Die Arbeitnehmer würden sich sehr gut daran erinnern mit welchem groben Klotz in deren Regierungszeit Arbeitnehmereinkommen und Arbeitnehmerrechte rasiert wurden."**

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 16.04.2013, 11:17 Uhr - 7440 Clicks - Nr. 285

## **Nette Gespräche und viel Spaß**

Zum SPD-Seniorenkaffee am 11. April 2013 kamen ca. 20 Einwohnerinnen und Einwohner aus der Gemeinde Langwedel ins Sportheim. Bei selbstgebackenem Kuchen und Kaffee wurde viel geklönt und sich ausgetauscht.

Neben dem Klönschnack wurde auch ein Dalli-Klick-Spiel veranstaltet. Hierbei waren verschiedene Bilder von Langwedel und Umgebung zu erraten. Am Ende standen mit Frau Steffens, Frau Engemann und Frau Rohwer die Siegerinnen fest. Ralf Spilker, Ortsvereinsvorsitzender, gratulierte den Gewinnerinnen.

**Keine Kommentare**



[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 16.04.2013, 14:47 Uhr - 9283 Clicks - Nr. 286

## Sozialverband trifft SPD

### Sozialverband trifft SPD

Zu einem Informationsaustausch kamen der Kreisvorsitzende des Sozialverbandes im Kreis Plön, Wolfgang Schneider, sowie die stellvertr. Fraktionsvorsitzende, Helga Hohnheit, der Vors. des Sozialausschuss, Norbert Maroses, sowie die Kreistagsabgeordneten Dr. Birgit Malecha-Nissen und Kai Bellstedt zusammen.

Wolfgang Schneider gab einen umfassenden Überblick über die Arbeit des Kreisverbandes, der



7000 Mitglieder im Kreis Plön hat. Der Vorsitzende betonte, dass die steigende Mitgliederzahl auch ein Spiegel der Gesellschaft sei. Viel mehr Menschen brauchen mehr rechtliche Beratung aufgrund von Erwerbsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit und Krankheit. In den einzelnen Orten werden 55 Sprechstunden mit 2415 Beratungen durchgeführt und 495 Anträge gestellt. Diese Zahlen wiederholen sich in jedem Jahr mit diesem Volumen. „Die Beratung und die Hilfe in rechtlichen Dingen, vorwiegend Rentenangelegenheit, geben den Menschen Geborgenheit und Sicherheit und ist oft finanziell für die Menschen erfolgreich“, so Wolfgang Schneider. Insgesamt wurden im Jahr 2012 471.000 € an die Antragsteller gezahlt, die ohne diese Hilfe nicht geflossen wären. Es gab 2012 monatliche Mehrrentenzahlungen von insgesamt 144.000 € an die Betroffenen.

Helga Hohnheit: „Diese Beträge sprechen eine deutliche Sprache, der Sozialverband erfüllt eine immens wichtige Funktion in unserem Kreis. Als starker Partner verhilft er Menschen in schwierigen Situationen, schnell zu ihrem Recht zu kommen und stellt so die Teilhabegerechtigkeit wieder her.“

„Die neu eingeführte mobile Beratung im Kreisgebiet hat sich schnell etabliert und wird sehr gut angenommen, hier ist es möglich, mit einer Fachkraft vor Ort auch in kleineren Orten Rat und Hilfe zu bekommen“, so Wolfgang Schneider. Sehr positiv bewertete er die Zusammenarbeit mit anderen Wohlfahrtsverbänden, z.B. mit der AWO. Angesichts drängender sozialer Probleme ist eine Kooperation besonders wichtig.

Deutlich wurde in dem Gespräch, dass die Schieflage der Gesellschaft immer deutlicher wird. Mini-Jobs, Leiharbeit, geringe Entlohnung sind dafür verantwortlich, dass die Menschen geringe Renten bekommen. „Dieser Entwicklung muss die Politik sich stellen, und

zwar schnell. Dabei sind Mindestlohn und Tariftreue zwei wichtige Faktoren, die eingehalten werden müssen“, so die Kreistagsabgeordnete und Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Plön-Neumünster, Dr. Birgit Malecha-Nissen.

Helga Hohnheit würdigte das grosse ehrenamtliche Engagement des Sozialverbandes in den einzelnen Orten des Kreises; der Sozialverband gibt den Menschen Geborgenheit im zwischenmenschlichen Bereich und Sicherheit im rechtlichen Bereich.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 17.04.2013, 13:42 Uhr - 9334 Clicks - Nr. 287

## **Abschreckung ist nicht alles**

### **Strafe aus kirchlicher, juristischer und politischer Sicht**

Der erste sommerliche Tag des Jahres, Zeit für Garten und Grillen. Trotzdem hatte sich eine Runde von 20 Personen eingefunden, um in der Reinbeker Nathan-Söderblom-Kirche über ein schwieriges Thema zu diskutieren: „Strafe und der Wunsch nach Vergeltung“, unter dieser Überschrift hatten Pastorin Barbara Schöneberg-Bohl und Martin Habersaat, Vorsitzender von Tribüne e.V., eingeladen.

„Keine leichte Kost“, befanden denn auch die Referentinnen des Abends, Pastorin Dr. Claudia Süssenbach und Anke Spoorendonk, Schleswig-Holsteins Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.

Anke Spoorendonk führte in das Thema ein. Sie erläuterte die verschiedenen Zwecke von Strafe, die einerseits das „allgemeine Rechtsempfinden“ im Auge behalten, der Tat angemessen sein und die Resozialisierung des Täters im Auge behalten müssten. Dabei

bezog sie auch wissenschaftliche Erkenntnisse in ihre Darstellungen ein. Wichtiger als die Höhe der Strafe sei, was den Abschreckungseffekt angehe, die Gefahr des Entdecktwerdens. Besonders bei jüngeren Tätern sei außerdem wichtig, dass die Bestrafung zeitnah erfolge. Für Opfer sei es wichtig, dass sie am Prozess der Urteilsfindung beteiligt würden.

Dr. Claudia Süssenbach, Reinbeker Pastorin, steuerte einige „biblische“ Überlegungen zum Thema bei. Ein Kerngedanke des Alten Testaments sei beispielsweise, dass die Taten eines Menschen, gute wie schlechte, ihn ein Leben lang begleiten. Der wohl bekannteste Satz zum Thema Strafe „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ sei in der Zeit seiner Entstehung vor allem ein Mittel der Begrenzung von Rache und Strafe gewesen. Tödliche Fehden konnten durch diesen Ansatz von Verhältnismäßigkeit vermieden werden. Letztlich stecke in jedem Menschen ein göttlicher Schein, auch in Straftätern, wenngleich er bei diesen auch zuweilen erst wieder zutage gefördert werden müsse.

Eineinhalb Stunden diskutierte man in der Runde verschiedene Aspekte des Themas. Es ging um Prävention, um Entwicklungen der in Sicherungsverwahrung besonders gefährlicher Straftäter, den Umgang mit Einbrechern und sogar um die Vor- und Nachteile von Bürgerwehren. (Spoorendonk: Grundsätzlich sollten wir froh sein, in einem Rechtsstaat zu leben, in dem das Gewaltmonopol bei der Polizei liegt.“) Eine statistische Erkenntnis des Abends: In Schleswig-Holstein gibt es eine besonders niedrige Gefangenenquote: Pro 100.000 Einwohner gibt es 55 Häftlinge, in der Bundesrepublik insgesamt liegt dieser

Wert bei über 80. Das hängt auch mit dem Konzept zusammen, Strafen zur Bewährung auszusetzen, um straffällig Gewordene die Resozialisierung zu erleichtern. Eine andere: In US-Staaten, die die Todesstrafe abgeschafft haben, ist die Mordrate niedriger als in Staaten, die noch an ihr festhalten.

Martin Habersaat: „So stelle ich mir Gesprächsabende der Tribüne vor: Man hat interessante Menschen und Gedanken kennen gelernt und geht mit reichlich Stoff zum Nachdenken nach Hause.“



Im Laufe des Abends wurde mehrfach Bezug auf einen Spiegel-Artikel zum Thema genommen. Dieser findet sich hier: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-90438185.html>

Foto: Barbara Schöneberg-Bohl, Dr. Claudia Süssenbach, Martin Habersaat und Anke Spoorendonk

**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 17.04.2013, 16:31 Uhr - 29410 Clicks - Nr. 288

## **Starke Mannschaft – starkes Programm – Kreis-SPD Segeberg eröffnet Wahlkampf**

Das Wahlprogramm soll erkennbar über den Wahltag hinaus haltbar sein. Deshalb hat der SPD-Kreisverband Segeberg seine kommunalpolitischen Ziele zur Kreistagswahl zwischen Buchdeckel binden lassen. Mit dem Programm wurden auch die Kandidatinnen und Kandidaten der Öffentlichkeit vorgestellt.

Mit der Vorstellung der 25 Kandidaten für den Kreistag und des Wahlprogramms im Restaurant „Luzifer“ in Bad Segeberg ist die SPD des Kreises Segeberg am 14. April im Beisein des Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies in den Wahlkampf zur Kommunalwahl am 26. Mai gestartet.

Der stellvertretende Kreis-Vorsitzende Reinhard Kunde hatte in seiner Begrüßung der Kandidaten und Gäste auf den 150-jährigen Geburtstag der traditionsreichen und ältesten sozialdemokratischen Partei der Welt hingewiesen.

Die Spitzenkandidatin Edda Lessing aus Henstedt-Ulzburg stellte die Mannschaft vor und verwies darauf, dass es gelungen sei, den Wählerinnen und Wählern am 26. Mai eine gute Mischung aus Jung und Alt, aus Erfahrung und neuen Ideen präsentieren zu können.



Die Vorstellung des zum Jubiläumsjahr in Buchform herausgegebenen Wahlprogramms eröffnete Edda Lessing mit dem Hinweis, dass eine solide Haushaltsführung das Maß der Dinge sei und alle Vorschläge der SPD deshalb unter einem finanziellen Vorbehalt stehen.

Lessing: „Wir werden unseren Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes leisten. Sparen ist für uns aber nicht Selbstzweck, alle Entscheidungen stehen unter dem Vorbehalt der sozialen Gerechtigkeit.“

Inhaltlich ist das sozialdemokratische Programm in die drei Kapitel familienfreundlicher, lebenswerter und zukunftsorientierter Kreis Segeberg geteilt.

So will die SPD gleiche Bildungschancen für alle durchsetzen und die Voraussetzungen für „Familie und Beruf“ verbessern. Dazu gehört unter anderem die Förderung bezahlbaren Wohnraums für junge Familien, Alleinstehende und Senioren.

Ein lebenswerter Kreis Segeberg soll nach Auffassung der SPD-Kandidaten die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Wichtig ist der SPD eine starke Wirtschaftsentwicklung, die tarifgetreu bezahlte Arbeitsplätze im Kreis Segeberg schafft.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 17.04.2013, 18:19 Uhr - 9329 Clicks - Nr. 289

## **Fracking: Die SPD sagt - Nein Danke**

Fracking: Die SPD sagt - Nein Danke

Anlässlich der Erdöl- und Erdgas Explorationen und Fracking Pläne in der Probstei hatte die SPD Prasdorf zu einer Informationsveranstaltung geladen. Der Vorsitzende Fritz Breitfelder konnte über 80 Gäste begrüßen. Sie hatten Gelegenheit, mit Sachverständigen zu diskutieren und ihre Sorgen loszuwerden.



Es ist von der kanadischen Firma PRD Energy beabsichtigt, in der Region um Prasdorf bestehende Erdöl Bohrlöcher wieder in Betrieb zu nehmen und, bei Erfolg, neue Tiefenbohrungen hinzuzufügen. Die Geologin Dr. Birgit Malecha-Nissen erklärte die Vorgehensweise der Bohrungen bei denen auch in der Vergangenheit schon Fracking angewendet wurde. Fracking mit toxischen Chemikalien ist eine Gefährdung für das Grundwasser. „Unser Trinkwasser ist unser höchstes Gut der Daseinsvorsorge, das gilt es zu schützen!“ so Birgit Malecha-Nissen. Außerdem wird beim Fracking Verfahren jeweils ein kleines mikroseismisches Beben ausgelöst, das bereits in anderen Regionen zu kleinen Erdbeben geführt hat. „Diese Gefahren rechtfertigen eine wahrscheinlich geringe Förderung von Öl in keinsten Weise“, so Birgit Malecha-Nissen.

Der Landtagsabgeordnete Olaf Schulze betonte, dass die Landesregierung jegliche rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen werde, um das Fracking zu verhindern. Noch gilt das alte Bergrecht von 1864, dass den Unternehmen erlaubt, festzustellen ob genügend

Rohstoffe in der Erde vorhanden ist um ihre Felder abzustecken. Der neue Landesentwicklungsplan und die Änderung von entsprechenden Gesetzen werden jetzt in die Wege geleitet, um Fracking zu verhindern.

„Die Bundesregierung hat nichts getan, um derartige Pläne zu verhindern. Es ist jetzt eine Bundesratsinitiative der SPD geführten Länder notwendig, um das alte Bergrecht zu modernisieren!“ informieren Olaf Schulze und Birgit Malecha-Nissen.

Im März diesen Jahren hat sich landesweit eine Interessengemeinschaft gegen das Fracking gegründet. Sie zeigt die Gefahren, insbesondere der Bodeneinbrüche und im Trinkwasserbereich auf. Viele Bürgerinnen und Bürger trugen sich in Listen ein, um somit gegen das Fracking zu stimmen.

„Die SPD geht seit Jahren den konsequenten Weg des Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Es muss auf Energieeinsparung und -effizienz gesetzt werden. Es ist nicht zielführend, gerade in unserer Region den letzten Tropfen Öl oder Erdgas aus der Erde herausquetschen zu wollen, um Profit zu machen“, betont Dr. Birgit Malecha-Nissen.

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 18.04.2013, 00:21 Uhr - 7860 Clicks - Nr. 290

## **SPD zeigt Luftbilder im Internet und ist auf facebook aktiv**

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD nutzt zunehmend das Internet für Ihre Darstellung und die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern. Nachdem sie kürzlich LoKI vorstellte, eine Internetseite auf der Bürger Lob Kritik und Ideen anbringen können, folgt jetzt die Veröffentlichung von fast 200 Luftbildern Bad Bramstedts, die jeder zur privaten Nutzung downloaden kann.



Ortsvereinsvorsitzender Klaus.Dieter Hinck: „Bei den Kommunalwahlkämpfen seit 1990 haben wir Bildermappen mit Motiven aus dem alten Bad Bramstedt gedruckt und verteilt. Diesmal haben wir einen anderen Weg gewählt: Unser Pressesprecher, Jan-Uwe Schadendorf, ist letztes und dieses Jahr beim Frühlingsfest mit dem Hubschrauber über Bad Bramstedt geflogen und hat viele Bilder gemacht. Die haben wir ins Internet gestellt unter [luftbilder.spd-bb.de](http://luftbilder.spd-bb.de). Jedermann kann nun sein Lieblingsmotiv downloaden, drucken lassen und privat nutzen.“ Einige der Bilder wird die SPD auch bei Ihren öffentlichen Veranstaltungen zeigen.

Zudem ist die SPD Bad Bramstedt seit Kurzem auf [facebook](#) präsent. Mit einer Fanpage hat die SPD sich dort positioniert, um auch jüngere Leute mit Ihren Aussagen zu erreichen und eine zeitnahe Kommunikation zu ermöglichen, wie es in diesen sozialen Netzwerken einfach möglich ist. Die ersten „gefällt mir“ Einträge hat es auch schon gegeben.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 18.04.2013, 15:24 Uhr - 13261 Clicks - Nr. 291

# Thönnnes: Schwarz-Gelb verschiebt Frauenrechte ins nächste Jahrzehnt

## CDU-Abgeordneter aus dem Kreis Segeberg stimmt gegen Frauenquote

Am 18. April 2013 hat der Deutsche Bundestag über die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote für Führungspositionen in der Wirtschaft abgestimmt. Auf Grundlage von Anträgen der SPD und Grünen sowie des Bundesrates sollte endlich eine rechtliche Regelung gefunden werden, um den Frauenanteil in den Spitzenpositionen der Wirtschaft zu erhöhen.



Mit der Mehrheit der Fraktionen von CDU/CSU und FDP wurden die Anträge jedoch abgelehnt. Obwohl gerade die Vorlage der Länderkammer zumindest für die Union zustimmungsfähig war. Hier hatten die CDU-Ministerpräsidenten aus Sachsen-Anhalt und dem Saarland zugestimmt. „Bedauerlicherweise hat auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Segebergs, Gero Storjohann, namentlich dagegen gestimmt. Damit werden gleiche Chancen für beide Geschlechter ins nächste Jahrzehnt verschoben“, zeigt sich Thönnnes enttäuscht.

Mit den Anträgen für eine Frauenquote sollte ebenso eine Verbesserung des innerbetrieblichen Klimas für mehr Frauenförderung, Entgeltgleichheit und familienfreundlichen Arbeitsbedingungen in den Unternehmen erreicht werden. Die bisherigen Selbstverpflichtungen der Wirtschaft blieben am Ende leider erfolglos. „Nur 13 % der Mitglieder von Aufsichtsräten und 4 % der Vorstände in den 200 größten Betrieben sind Frauen. Mehr als zwei Drittel davon sind Vertreterinnen der Arbeitnehmerseite. In den Unternehmen der DAX-30 liegt ihr Anteil in den Aufsichtsräten bei 19 %. Damit sind 90 % der Vorstände reine Männerrunden. Dies wird dem Können und den guten Qualifikationen der Frauen nicht gerecht“, so Thönnnes.

Ziel der SPD ist es, mehr Frauen die Möglichkeit zu geben auf Entscheidungsprozesse der Wirtschaft Einfluss nehmen zu können. Nur so lässt sich ein Umdenken in den Vorstandsetagen befördern und damit die bisherige Personalpraxis verändern. Die gleiche Beteiligung der Geschlechter ist auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Gemischte Teams steigern den Erfolg, das belegen nationale und internationale Studien. Ein Mehr an Frauen in Führungspositionen würde sich auch positiv auf die Unternehmenskultur, gerade für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auswirken. Das ist Voraussetzung für ein sozial gerechtes Land und kann zu einer leichteren Entscheidung für Kinder führen, was angesichts der demographischen Entwicklung in Deutschland wünschenswert wäre“, meint Franz Thönnnes.

## Franz Thönnnes am Rande einer Demonstration vor der Abstimmung über die Frauenquote, vor dem Paul-Löbe Haus des Deutschen Bundestages

Kommentar von [Juliane Dürkop](#) vom 22.04.2013, 11:32 Uhr:

### RE: Thönnnes: Schwarz-Gelb verschiebt Frauenrechte ins nächst

Von der CDU ist nichts anderes zu erwarten. Deshalb: Frauen sollten SPD wählen, wollen sie nicht am Herd versauern. [Juliane Dürkop](#) (SPD-Kandidatin Wahlkreis 7, Kaltenkirchen) [Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 18.04.2013, 22:52 Uhr - 7696 Clicks - Nr. 292



## Heidgrabener Kommunaldialog: Anstoß zu landesweitem Breitband-Strategieworkshop

Auch der zweite Kommunaldialog, organisiert von der SPD-Landtagsabgeordneten Beate Raudies, zeigt Wirkung: Mehr als 40 Vertreter aus Verwaltung und Kommunen hatten sich im Heidgrabener Gemeindezentrum eingefunden, um sich bei Wirtschaftsstaatssekretär Ralf Müller-Beck über den Stand der Dinge in Sachen landesweiter Versorgung mit Glasfaserkabeln zu informieren.



Zu Beginn referierte der Staatssekretär über Inhalte der Breitbandstrategie. „Bereits bis 2030 soll Schleswig-Holstein flächendeckend mit Glasfasernetzen versorgt werden, um den technologischen Anforderungen an das Internet von Morgen zu genügen und zugleich den Wirtschaftsstandort massiv aufzuwerten“, so Müller-Beck. Bis 2025 sollen 90 Prozent der schleswig-holsteinischen Haushalte Zugang zur schnellen Datenautobahn haben – ein ehrgeiziges Projekt. Vier Milliarden Euro werden für dieses Infrastrukturprojekt benötigt. Finanzielle Hilfen vom Bund gibt es nicht. „Es liegen keine Förderprogramme vor“, sagt der Staatssekretär. Das Land setze auf die Investitionsbank Schleswig-Holstein, die ein Beratungs- und Finanzierungskonzept vorhalte sowie auf das von den kommunalen Landesverbänden getragene Breitband-Kompetenzzentrum. „Es gilt als Beratungsstelle und Netzwerk“, so Müller-Beck. Doch es stockt beim Ausbau der Datenautobahn. Die anwesenden Bürgermeister und Gemeindevertreter scheuten sich nicht, Kritik zu üben. „Bei uns ist es ein Problem, die 60-Prozent-Hürde zu nehmen. Einige Leute lehnen es ab, angeschlossen zu werden“, so ein Appener. Das habe Konsequenzen, denn Unternehmen, die sich in Gewerbegebieten ansiedeln wollen, erwarten schnelle und verlässliche Internet-Verbindungen. „Ist meine Gemeinde ohne Breitband-Versorgung denn überhaupt noch zukunftsfähig?“, sorgt sich ein Gemeindevertreter. Müller-Beck rät zu verstärkter Werbung. „Wer sein Haus ans Netz anschließen lässt, steigert den Wert seines Eigenheims.“ Doch einige Bürgermeister wünschen sich Hilfen, um die Deckungslücke, die durch das Nichterreichen der 60-Prozent-Klausel entsteht, auffangen zu können. Lutz Altenwerth, Chef des Abwasserzweckverbands Südholstein, gab zu: „Es gibt Regionen, bei denen es sich nie lohnen wird, wo es auch künftig an der Rentabilität hapern wird.“ Fred Freyermuth, Leiter der Barmstedter Stadtwerke, die ebenfalls die Verlegung von Breitband anbieten: „Die Anforderungen einiger Landesbehörden erschweren uns die Arbeit, und das Abarbeiten von Bürokratie verzögert die flächendeckende Versorgung um Jahre.“ Müller-Beck sagte Hilfe zu. Zum anderen, so Freyermuth, seien Fördermittel nur für Planungskosten vorgesehen. „Das können unsere Ingenieure selber. Wir müssen kein externes Büro beauftragen. Es ist also nötig, sich die Förderkriterien nochmal genauer anzuschauen und nachzubessern.“ Staatssekretär Ralf Müller-Beck zeigte sich beeindruckt vom Engagement der Besucher und den konstruktiven Fragen. „Es ist eines der zentralen Infrastrukturvorhaben im Land. Vor diesem Hintergrund – und ich kann mir vorstellen, dass in anderen Regionen Schleswig-Holsteins ähnliche Fragen und Vorbehalte bestehen – ist es sinnvoll, auf Landesebene einen Strategieworkshop mit Zweckverbänden, Stadtwerken und Vertretern von Kommunen zu organisieren.“ Die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies freut sich über diesen Vorschlag. „Das ist auf jeden Fall gut, um alle Beteiligten an einen Tisch zu bekommen. Der Ausbau der Datenautobahn darf nicht ins Stocken geraten.“ Auch die Besucher waren beeindruckt. „Es ist eine tolle Gelegenheit, mit den Regierungsverantwortlichen aus Kiel direkt über wichtige Infrastrukturvorhaben sprechen zu können. Ich wünsche mir daher, dass es noch weitere Kommunaldialoge geben wird“, sagt Rainer Jürgensen, Leiter der Amtsverwaltung Moorrege. Bei der ersten Dialogveranstaltung in Heidgraben stand der kommunale Finanzausgleich im Mittelpunkt. Zu Gast war Innenminister Andreas Breitner.

**Keine Kommentare**

## Henstedt-Ulzburger Schüler besuchten SPD-MdB Thönnnes im Deutschen Bundestag

Einen Blick hinter die Kulissen der Politik bekamen 24 Schülerinnen und Schüler des Alstergymnasiums Henstedt-Ulzburg bei ihrem Besuch in der Bundeshauptstadt am 17. April 2013.



Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes folgten sie im Sitzungssaal des Deutschen Bundestages einem Informationsvortrag über die Arbeitsweise des Parlamentes. Anschließend trafen sie Thönnnes zu einem einstündigen Gespräch. Von der Gelegenheit, einen Abgeordneten einmal direkt befragen zu können, machten die Schülerinnen und Schüler regen Gebrauch.

So entwickelte sich eine spannende Diskussion um die Frage, warum Deutschland andere Länder in der Europäischen Union unterstützt. Der SPD-Politiker machte hierbei zum einen deutlich, dass es darum geht Europa als Friedensprojekt zu erhalten, die Bundesrepublik als Exportnation aber auch wirtschaftlich von einer erfolgreichen Gemeinschaft abhängig ist. Darüber hinaus wurde unter anderem ausgiebig über die Frauenquote, zur Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern und zum Mindestlohn diskutiert. Auch das NPD-Verbot war Bestandteil der Diskussion.

Die Zeit ging schnell vorbei und zum Abschluss gab Thönnnes den jungen Menschen noch drei Bitten mit auf den Weg: „Erstens, bitte, legen Sie einen guten Abschluss in der Schule hin, Zweitens, schauen Sie dass Sie für die Arbeitswelt von morgen mindestens eine Fremdsprache gut beherrschen und Drittens, schauen Sie einmal bei einer der Jugendorganisationen der demokratischen Parteien vorbei. Wir alle brauchen jungen politischen Nachwuchs, der sich aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligt.“

Bevor dann noch die Reichstagskuppel besucht wurde, überreichte Klassensprecherin Nicola Meyer im Namen der Gruppe dem Abgeordneten zum Dank eine Schokoladenvariation.

**Bildunterschrift: Nicola Meyer und Franz Thönnnes mit der Schülergruppe**

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 19.04.2013, 18:25 Uhr - 8554 Clicks - Nr. 294

## Kritik an ÖPP-Bauvorhaben berechtigt

Wie Medienberichten zu entnehmen ist, stellt sich nun heraus, dass der private Investor der Kooperativen Rettungsleitstelle Elmshorn insolvent ist „mit üblen Folgen für den Kreis Pinneberg, müssen doch die finanziellen Lasten von der öffentlichen Hand getragen werden“, sagt die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies.



Da die Haushaltslage des Kreises nicht gerade rosig ist, würde - sollte das Vergleichsverfahren nicht andere Ergebnisse bringen - die Inanspruchnahme aus einer Bürgschaft in Höhe von 4,5 Millionen Euro, das Ablösen eines Kredits in Höhe von 4,2 Millionen Euro sowie Sanierungskosten

für das marode Gebäude in Höhe von vermutlich zwölf Millionen Euro eine sehr hohe Last bedeuten. „Das zeigt, dass die Kritik an Bauvorhaben, die im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP) realisiert werden, berechtigt ist. Für diese hohen Folgekosten hätte der Kreis die Leitstelle in Eigenregie bauen können - und das mit vermutlich mehr Sachverstand als der Investor“, so Raudies. Bereits Anfang des Jahres konnte sich die Elmshorner Politikerin von der Renovierungsbedürftigkeit der Immobilie überzeugen. So befinden sich die sanitären Anlagen und die Umkleieräume in Containern auf dem Außengelände der Leitstelle, weil Räumlichkeiten im Gebäude nicht ordnungsgemäß belüftet werden können. „Das ist unzumutbar, hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden“, so Raudies. Die Kooperative Rettungsleitstelle West ist für die Kreise Pinneberg, Steinburg und Dithmarschen sowie polizeilich für den Kreis Segeberg zuständig. Damit wird die Sicherheit von 573.000 Bürgern gewährleistet. Denn von hier aus werden eingehende Notrufe polizei- und rettungsdienstlich bearbeitet. Außerdem werden Einsatzfahrzeuge alarmiert, und oft genug sind Ordnungshüter und Helfer auch Seelentröster für Notfallopfer.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 19.04.2013, 19:04 Uhr - 9016 Clicks - Nr. 295

## **Energiewende vor Ort**

### **In Glinde wurden Herausforderungen für Stadtwerke und Gemeinden diskutiert**

Mehr als 40 Gäste konnte Frank Lauterbach, Vorsitzender der SPD Glinde, im Bürgerhaus begrüßen. Sie alle wollten diskutieren, welche Chancen und Herausforderungen die Energiewende für Stadtwerke und Gemeinden bringt. Und Lauterbach hatte noch einen weiteren Grund zur Freude: Bildete Glinde doch den Auftakt einer landesweiten Reihe von Veranstaltungen, weitere folgen in Kiel, Ratzeburg und Heide.

„Aber in Glinde fängt es an!“ Konzipiert hatte die Reihe Dr. Nina Scheer, SPD-Bundestagskandidatin für Stormarn Süd, in Zusammenarbeit mit dem Umweltforum der SPD Schleswig-Holstein.

Nina Scheer führte in das Thema ein und beklagte sich, dass die Energiewende von manchem schon als „gescheitertes Projekt“ kommuniziert werde. Dabei sei schon viel erreicht, und vieles könne folgen. Die Energiewende habe dezentrale Strukturen geschaffen, neue Stadtwerke wurden gegründet, viele Kommunen haben das Thema Energie auf die Tagesordnung gesetzt. 2015/16 laufen zahlreiche Leitungskonzessionen aus, dann könne es einen weiteren Schub geben. Olaf Schulze, energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, erläuterte die Bedeutung der Energiewirtschaft für Schleswig-Holstein und Maßnahmen zur Förderung der Stadtwerke. Potentiale gebe es bei der Speichertechnologie, der Kraft-Wärme-Kopplung und durch die Schaffung einer Landesnetzagentur, die für die Stadtwerke in Norddeutschland ein hilfreicherer Ansprechpartner sein könne als die Bundesnetzagentur in Bonn.

„Wie fühlen sich Stadtwerke an?“ Unter diese Überschrift hatte Prof. Andreas Fleischer seinen Beitrag gestellt. Als Mitglied der Gesellschafterversammlung des E-Werks Sachsenwald berichtete Fleischer vom Wachstum des Werkes in den letzten Jahren (unter anderem haben sich die Kommunen Barsbüttel, Glinde und Oststeinbek dem alten E-Werk Reinbek-Wentorf angeschlossen), von der Arbeit des Werkes und von Mechanismen der

Strombörse. Detlef Palm, Geschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) konnte berichten, dass in Deutschland über die Hälfte der Bevölkerung von Stadtwerken versorgt werde, der Trend halte an, „es gibt sogar auch zehn Gemeindewerke in Schleswig-Holstein.“ Das sichere die Daseinsvorsorge und schaffe Spielräume für die öffentliche Hand, „auch für Kita und Schwimmbad“. Deutlich werde dies am Beispiel Norwegen: „Dort ist das Energiegeschäft in öffentlicher Hand, und nicht von ungefähr verfügt Norwegen über den drittgrößten Pensionsfonds der Welt.“



Im Publikum saßen zahlreiche gut informierte Kommunalpolitiker und Bürger, die unter anderem den Verkauf der Hochspannungsnetze 2010 an Tennet kritisierten. Auch sei es oft schwierig, wenn Kommunen Leitungsnetze von E-On übernehmen wollten. Oft müsse der Preis vor Gericht ausgeklagt werden, nicht selten stelle sich heraus, dass E-On die Netze nicht gut gewartet habe. Applaus gab es für die Forderung Nina Scheers, mit einem Energiewirtschaftsgesetz die Bemessungsgrundlage für die Übernahme von Netzen zu regeln und den Tatbestand von „verdeckten Mängeln“ einzuführen, mit dem schlechte Wartungszustände auch nachträglich gehandelt werden könnten.

Diskutiert wurden auch die Vor- und Nachteile des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) und viele andere Aspekte so lebhaft, so dass Moderator Martin Habersaat zuweilen mit Stoppuhr und Zeitkontingenten arbeiten musste. Nach zweieinhalb lehrreichen und unterhaltsamen Stunden beendete er den Abend und freute sich, dass die Energiewende nicht nur zu dezentraler Versorgung, sondern auch zu großem Interesse der Bevölkerung an Energiefragen und, über das gemeinsame E-Werk, zu einem Zusammenwachsen der Kommunen in Südstormarn beitragen konnte.

Foto v.l.: Andreas Fleischer, Nina Scheer, Detlef Palm, Olaf Schulze, Martin Habersaat

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 20.04.2013, 09:17 Uhr - 5400 Clicks - Nr. 296

## **Hermann Hanser, 2. stellvertretender Bürgermeister**

Etwa 800 Meter Luftlinie liegen zwischen seinen beiden Schreibtischen, wenn Hermann Hanser in Ferienzeiten sein Amt als Stellvertreter des Bürgermeister wahrnimmt. Der Vorsitzende der SPD Fraktion Barsbüttel ist Geschäftsführer der Veranstaltungsagentur CPO HANSER SERVICE, die ihren Sitz seit 1977 in Barsbüttel in seinem Hause hat, dieser Schreibtisch steht in der Straße Zum Ehrenhain. Der andere steht im Rathaus und gehört Bürgermeister Thomas Schreitmüller.

Hermann Hanser: „Glücklicherweise haben wir in Barsbüttel ein konstruktives Arbeitsklima aufbauen können. Der Bürgermeister und seine Stellvertreter sind im Gespräch, die Vertretung klappt reibungslos. Dass die Vertretung durch die Kommunalpolitik und nicht aus dem Rathaus heraus erfolgt zeigt, dass Verwaltung und Selbstverwaltung (Politik) eine Einheit bilden.“ Es sei immer wieder erkenntnisreich, einen ganzen Tag im Rathaus

zu verbringen und mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern direkt ins Gespräch zu kommen. Deshalb mache es auch Spaß, den Schreibtisch gelegentlich zu wechseln. Dabei gibt es auch am anderen Tisch genug zu tun: Von hier aus werden wissenschaftliche Kongresse in Hamburg, München, Barcelona, Amsterdam, aber auch in Santiago de Chile, Los Angeles und Kyoto / Japan geplant und organisiert. „Wir sind weltweit erfolgreich tätig und ich freue mich, dass wir zum Gewerbesteueraufkommen der Gemeinde Barsbüttel beitragen können“, sagt Hanser. Weitere Büros unterhält die Firma in Berlin und Darmstadt.



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 20.04.2013, 09:28 Uhr - 9145 Clicks - Nr. 297

## **Kein Fracking in Schleswig-Holstein**

### **Umfrage bei SPD-Energie-Veranstaltung in Glinde**

Die letzten Minuten einer energiepolitischen Veranstaltung nutzte Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter für Südstormarn und Moderator des Abends, für eine kurze Umfrage unter den Podiumsteilnehmern zum Thema Fracking. Und das Ergebnis war eindeutig: Fracking, also die Idee, Chemikalien in den Boden zu pumpen um Erdgas zu fördern, hat in Schleswig-Holstein keine Freunde.



Olaf Schulze, der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, berichtete, dass bereits der Koalitionsvertrag der Küstenkoalition Fracking ausschließe. Auch gebe es einem einstimmigen Beschluss gegen das Fracking im Landtag. Im Gegensatz zu ihren Kollegen auf Bundesebene lehnen im Land auch CDU und FDP das Fracking ab. Über eine Bundesratsinitiative versucht Schleswig-Holstein nun, das veraltete Bergrecht zu ändern, damit nicht gegen den Willen der Länder gehandelt werden kann.

Eine Änderung des Bergrechts strebt auch Dr. Nina Scheer an, SPD-Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Kreis Herzogtum Lauenburg / Stormarn-Süd. Als das alte Bergrecht entstand, habe es das Staatsziel „Umweltschutz“ noch nicht gegeben. Aktuell dürften Erdgasvorkommen zwar nur "aufgesucht" und nicht gefördert werden, aber schon das sei der falsche Weg: „Wir dürfen nicht im fossilen Zeitalter verharren!“ In das gleiche Horn stieß Prof. Andreas Fleischer von der SPD Reinbek. Fracking schaffe viele neue Probleme und helfe nicht, das alte CO<sub>2</sub>-Problem zu lösen. Detlef Palm, Geschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), berichtete, dass der VKU dem Fracking sehr kritische gegenüber stehe - schon allein wegen der zahlreichen im VKU organisierten Wasserwerke.

Eckart Kuhlwein, ehemaliger Bundestagsabgeordneter für die Region und heute ehrenamtlicher Geschäftsführer des Umweltforums der SPD Schleswig-Holstein, konnte auch gleich von der Beschlusslage der SPD auf dem jüngsten Bundesparteitag berichten. In Augsburg beschlossen die Sozialdemokraten, folgenden Satz in ihr Wahlprogramm aufzunehmen: „Wir setzen uns für einen Verzicht des Einsatzes von Fracking ein, bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen wurden.“ Sollten Risiken bleiben, dürfe nicht gefracckt werden.

Olaf Schulze und Martin Habersaat zeigten sich zuversichtlich: Fracking wird in Schleswig-Holstein nicht stattfinden.

Foto (v.l.): Prof. Andreas Fleischer, Dr. Nina Scheer, Martin Habersaat, Detlef Palm, Olaf Schulze

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 20.04.2013, 11:53 Uhr - 25142 Clicks - Nr. 298

## **Gemeinsam sind wir stark**

Die Älteren in der SPD setzen sich für mehr Generationensolidarität und gegen Altersarmut ein. Anlässlich des bundesweiten Aktionstages *"Gemeinsam sind wir stark"* erklärt der Kreisvorsitzende der AG 60 plus SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde Hans Peter Robin:



Altersarmut spricht nur leise. Wer arm ist, würde sich manchmal am liebsten unsichtbar machen. Das Gefühl, sich schämen zu müssen, versteckt sich hinter scheinbar unverfänglichen Formulierungen. Wir müssen genauer hinhören, um das leise Gedachte hinter dem laut Gesagten zu spüren.

Wir haben nicht ein Leben lang gearbeitet oder uns um eine Familie gekümmert, um jetzt Bittsteller zu sein. Wir wollten, dass unsere Kinder und Enkelkinder gute Jobs haben, von denen sie auch leben und planen können. Dafür brauchen wir endlich den gesetzlichen Mindestlohn - Altersarmut ist in der Regel die Folge von Erwerbsarmut.

Merkel will an der Senkung des Rentenniveaus festhalten, das wollen wir verhindern. Der von der Leyen-Zynismus "Leistungsrente", die knapp über der Grundsicherung liegt, ist dabei nur ein Teil eines langen schwarz-gelben Armutszeugnisses.. Eine gesetzliche, steuerfinanzierte Solidarrente ist die beste Grundlage, um Altersarmut heute und in Zukunft zu vermeiden.

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 20.04.2013, 12:21 Uhr - 6584 Clicks - Nr. 299

## **SPD: Was hat die FDP mit dem Freibad vor?**

Bad Bramstedt. „Will die FDP das Freibad schließen?“, diese Frage wirft Karl-Heinz Otters, stellvertretender Vorsitzender der Bad Bramstedter SPD auf. Hintergrund ist eine Formulierung der FDP in ihrem jüngst veröffentlichten Wahlprogramm, in der es heißt „Die FDP möchte eine breite Bürgerinitiative zum Erhalt des Freibades.“



Das führt bei Otters und der SPD zu der Frage, ob die FDP das Freibad ohne eine solche Bürgerinitiative das Freibad schließen will und wie denn diese Bürgerinitiative konkret aussehe

Otters: „Will die FDP jetzt einen Verein gründen, der das Freibad betreiben soll?“

Besonders erstaunt ist die SPD über diese Aussagen, da es entsprechende Initiativen von der FDP bislang nicht gegeben hat, weder in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe, die das Freibad betreiben, noch vom Bürgermeister, der an den FDP-Programmdiskussionen teilgenommen hat.

Karl-Heinz Otters: „Die FDP ist gefordert, ihre Vorstellungen zu konkretisieren. Es interessiert sicherlich viele Bürgerinnen und Bürger, was die FDP mit dem Freibad vorhat und wie das ganze finanziell aussehen soll. Da kann man nicht im Ungefähren bleiben.“  
Der SPD ist klar, dass das Freibad ein dicker Brocken auf der Ausgabenseite der Stadt ist, aber eine Schließung kommt für die SPD nicht in Frage. Die Bedeutung für den Freizeitwert der Stadt, für den Sport und die Jugend als Treffpunkt sowie der gut sanierte Zustand des Bades seien Pluspunkte, die deutlich für einen Erhalt sprächen. Die SPD ist bei allen Überlegungen zur Sanierung der städtischen Finanzen immer wieder zu diesem Ergebnis gekommen. Otters: „Wenn die FDP etwas Anderes will, soll sie es offen sagen.“

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 21.04.2013, 11:45 Uhr - 7602 Clicks - Nr. 300

## **Bildungsausschuss unterwegs in Sachen Inklusion**

Einen ganzen Tag nahm sich der Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags, um sich den Themen Inklusion und Kultur zu widmen. Auf dem Programm standen ein Besuch des Förderzentrums körperliche und motorische Entwicklung Schwentinental, Unterrichtsbesuche in der Gallberg-Gemeinschaftsschule in Schleswig und Gespräche im Förderzentrum Schleswig-Kropp mit Leitern von Förderzentren, Grund- und Gemeinschaftsschulen.

Der späte Nachmittag stand im Zeichen der Kultur mit einem Besuch der Stiftung Schloss Gottorf.

2008 trat eine UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kraft. Im Kern geht es um deren Recht an gleichberechtigter Teilhabe im gesellschaftlichen Leben. Besonders im Bildungsbereich, wo junge Menschen auf dieses gesellschaftliche Leben vorbereitet werden, führt diese Konvention zu Veränderungen. Immer mehr Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf werden an Regelschulen unterrichtet, ehemalige Sonderschulen wurden in Schleswig-Holstein zu „Schulen ohne Schüler“, die als Kompetenzzentren die Regelschulen in ihrer Umgebung beraten. Andere Förderzentrum, beispielsweise in Schwentinental, müssen in ihrer bisherigen Form erhalten bleiben, kooperieren aber verstärkt mit Nachbarschulen. Über diese Entwicklungen informierte sich der Bildungsausschuss bei seiner Rundreise.



Mit von der Partei war auch eine Delegation der SPD-Landtagsfraktion Rheinland -Pfalz um die bildungspolitische Sprecherin Bettina Brück. Martin Habersaat, stellvertretender Vorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein: „Wir hatten bei einem Treffen von SPD-Bildungspolitikern im vergangenen Jahr ausgetauscht, uns einmal länderübergreifend und mehrtägig über das Thema ‚Inklusion‘ auszutauschen. Dass unsere Gäste gleich die Rundreise des Ausschusses mitmachen konnten, war ein sehr glücklicher Zufall. Vielen Dank an die Ausschussvorsitzende Anke Erdmann und die Kolleginnen und Kollegen, die das ermöglicht haben.“ Auch mit Bürger schaftsabgeordneten aus Hamburg werde es in Kürze einen solchen Austausch geben.

[Fotoalbum: hier.](#)

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 21.04.2013, 12:18 Uhr - 8220 Clicks - Nr. 301

## **Der Landtag tagt vom 24. - 26. April**

*Zur April-Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags treffen sich die Abgeordneten vom 24.-26. April in Kiel. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, informiert über die Schwerpunkte der Tagung.*

Los geht es am Mittwoch mit einer Fragestunde zur Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen. Martin Habersaat: „Die CDU hat die Sorge, dass neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen zu Lasten der Gymnasien gehen.



Nur durch neue Oberstufen wird es aber möglich sein, eine höhere Abiturquote zu erreichen. Das kann man seit vielen Jahren im Kreis Stormarn sehen, wo es schon früh viele Gesamtschulen mit Oberstufen gab.“

Es folgt eine Regierungserklärung zum Thema Atomausstieg. Die Landesregierung hatte sich bereit erklärt, an der Lösung des Problems der Zwischenlagerung mitzuwirken, wenn



andere Länder sich beteiligen. Am Donnerstag steht die Erhöhung des Garantievolumens für die HSH-Nordbank auf der Tagesordnung und ein Konzept der Regierungskoalition zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Um mehr Gerechtigkeit geht es auch Nachmittags beim Tariftreue- und Vergabegesetz und dem Bericht der Landesregierung zur Wohnraumversorgung. Der Freitag beginnt schon um 9.00 Uhr mit Anträgen zum kommunalen Wahlrecht für Nichtdeutsche und zum Wahlrecht für Unionsbürger bei Landtagswahlen. Wer die Tagung live beobachten möchte, findet unter [www.ltsh.de](http://www.ltsh.de) einen Livestream. Die Debattenbeiträge der Fraktionen können dort unter dem Stichwort „Presseticker“ auch nachgelesen werden. Der Landtag tagt in der Regel von 10.00 bis 18.00 Uhr unter Einchluss einer Mittagspause.

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 21.04.2013, 17:14 Uhr - 4636 Clicks - Nr. 302

## **Martin Habersaat kandidiert im Wahlkreis 3 (Barsbüttel)**

Am 26. Mai 2013 ist Kommunalwahl. Martin Habersaat kandidiert für die SPD Barsbüttel im Wahlkreis 3. Dieser umfasst die Straßen Barsbütteler Hof, Birkenweg 2 – 10 und 1 – 33, Hauptstraße 9 – 51 und 8 – 50 und Soltausredder. Das zuständige Wahllokal ist in der Grundschule Barsbüttel.

In einem Brief stellt sich Martin Habersaat den Wählerinnen und Wählerinnen vor.

Liebe Barsbüttlerinnen und Barsbüttler,

Sie kennen mich vielleicht noch von der letzten Wahl – im Mai 2012 wurde ich für den Wahlkreis Stormarn-Süd in den Landtag gewählt. Seitdem bin ich stellvertretender Vorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Aber ich bin auch Freizeit-Politiker. Seit 2003 bin ich Mitglied der Gemeindevertretung Barsbüttel. Die Verbindung der beiden politischen Ebenen hilft mir sehr: Einerseits sehe ich, welche Folgen Landtagsbeschlüsse vor Ort haben, andererseits kann ich Barsbüttler Anliegen in Kiel an den richtigen Stellen vertreten.

Sie wohnen im Wahlkreis 3

Deshalb trete ich zur Kommunalwahl am 26. Mai 2013 an. Ihr bzw. unser Wahlkreis 3 besteht aus den Straßen Barsbütteler Hof, Birkenweg 2 – 10 und 1 – 33, Hauptstraße 9 – 51 und 8 – 50 und Soltausredder. Hier liegen – passend zu meinen Landtagsthemen – auch eine Kita, die Grundschule und die Erich Kästner Gemeinschaftsschule.

Barsbüttel ist meine Heimatgemeinde. Hier bin ich aufgewachsen; von 1977 bis 1985 in diesem Wahlkreis. Ich habe mit meinen Eltern in der Hauptstraße 32b gewohnt und viel Zeit im Park hinter der katholischen Kirche verbracht. Hier habe ich die Grundschule besucht, war bei den Pfadfindern aktiv und hier lebe ich noch heute.



Ein Lehrer in der Politik

Bis zu meinem Einzug in den Landtag habe ich als Lehrer am Emil-Krause-Gymnasium in Hamburg Deutsch, Geschichte und PGW (Politik, Gesellschaft, Wirtschaft) unterrichtet. Mein Referendariat habe ich an der Sachsenwaldschule in Reinbek absolviert. Vorher: Abitur 1996 am Gymnasium Marienthal, Zivildienst bei der ev.-luth. Kirchengemeinde Barsbüttel, Studium an der Universität Hamburg.

Es heißt oft, es gebe „zu viele“ Lehrer in der Politik. Meine Erfahrung ist jedoch leider, dass sich viele Menschen meiner Altersgruppe, auch Lehrerinnen und Lehrer, eher zu wenig für Politik interessieren. Im Landtag bin ich jedenfalls der einzige Lehrer unter 40, in der Gemeindevertretung auch.

Möchten Sie mich im Landtag besuchen?

Über die Ziele und Vorhaben der SPD Barsbüttel informieren wir Sie ausführlich an anderer Stelle, beispielsweise unter [www.spd-barsbuettel.de](http://www.spd-barsbuettel.de). Im Internet informiere ich unter [www.martinhabersaat.de](http://www.martinhabersaat.de) auch über meine Arbeit im Landtag. Wenn Sie Fragen haben oder weiteres Informationsmaterial wünschen, melden Sie sich bitte bei mir.

Wenn Sie Interesse haben, komme ich Sie und Ihre Nachbarn gerne einmal besuchen und wir plaudern bei Kaffee und Kuchen über Politik. Oder Sie kommen mich in Kiel besuchen. Es ist auch möglich, mich einen ganzen Tag in Kiel zu begleiten. Wir vereinbaren einen Termin und ich hole Sie ab.

Ich würde mich freuen, von Ihnen zu hören.  
Und ich würde Sie gerne auch im Gemeinderat vertreten.

Herzliche Grüße

Martin Habersaat

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 21.04.2013, 18:04 Uhr - 23507 Clicks - Nr. 303 **150 Jahre SPD zu feiern**

*Die SPD - Ortsvereine*

**Büdelsdorf – Borgstedt – Rendsburg – Rickert**

*laden Sie herzlich ein, mit uns*

**150 Jahre SPD zu feiern**

**am Samstag, den 4. Mai 2013**

*von 11.00 – 16 Uhr*

*am AWO-Haus Büdelsdorf, Eschenweg 1a*

*und*

**am Dienstag, den 7. Mai 2013**

*um 19:30 Uhr*



zu einem Vortrag von **Prof. Dr. Uwe Danker**  
Historiker Universität Flensburg

**SPD -  
150 Jahre Herausforderungen**

in die Wagenremise Hotel Hansen Bismarckstrasse 29 , Rendsburg

Musikalisches Rahmenprogramm  
**Gruppe Windspiel**

**Keine Kommentare**

[SPD-Nahe](#) - veröffentlicht am 22.04.2013, 12:20 Uhr - 7306 Clicks - Nr. 304

## **SPD-Team für die Kommunalwahl in Nahe**

Unter dem Motto "Sozial, gerecht, vor Ort" startet die SPD-Nahe in den Kommunalwahlkampf. Dem Ortsverein ist es wieder gelungen ein dynamisches, sachkundiges Team für die Kommunalwahl aufzustellen. Der Spitzenkandidat Marc-André Ehlers führt auf Platz 1 die Liste der sieben Direktkandidaten an. Ihm folgen Frank Irrgang, Andreas Mügge, Daniela Ehlers, Renate Neukirch, Manfred Schernus und Stefanie Doll.



Eine wesentliche Grundlage für das SPD Wahlprogramm 2013 war ein Bürgerdialog, zu dem die SPD-Nahe im Februar alle Mitbürger eingeladen hatte. Themenbereiche wie "wohnen im Alter", Jugendparlament, Energiekostenreduzierung und die Dorfentwicklung sind nur einige Schwerpunkte, die in einem ausführlichen Wahlprogramm den Einwohnern von Nahe demnächst vorgestellt werden.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 22.04.2013, 19:11 Uhr - 8415 Clicks - Nr. 305

## **SPD: Gemeinsam sind wir stark!**

### **SPD: Gemeinsam sind wir stark!**

Die Mitglieder der SPD Kreistagsfraktion sind sehr zufrieden und bedanken sich ausdrücklich bei der Kreisverwaltung und allen Fraktionen für die gute und sachgerechte Arbeit zum Thema Notarztstandort.

Das Ergebnis zeigt, dass wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen, gute Ergebnisse erzielt werden können. Ein geschlossener Auftritt gegenüber den Kostenträgern wird seine positive Wirkung erzielen. „Aufrechnen und parteipolitische Zuordnungen sind in dieser Sache nicht nur falsch, sondern kontraproduktiv. Alle Fraktionen haben dieses Thema im Blick und haben gemeinsam an einer Lösung gearbeitet“, so der Fraktionsvorsitzende Lutz Schlünsen.

Ein Schlüssel zum Dialog war mit Sicherheit der auf Antrag der SPD eingerichtete „Runde Tisch“ im Jahre 2011 unter Leitung von Landrätin Stephanie Ladwig. Dort sind erstmals alle gemeinsam zu Wort gekommen. Dass ein kollektives Vorgehen in einer Sitzung Anfang April zur Vorbereitung der letzten Kreistagssitzung zwischen allen Fraktionen und Vertretern des Notarzbündnisses und ein festgelegter Weg nochmals durch Einzelanträge im Kreistag zu Auseinandersetzungen führte, war leider nicht hilfreich und führte zu Verunsicherungen, denn im Kern waren sich alle einig.

Der von der Verwaltung auf Basis der Gutachten vorgeschlagene Weg wurde überwiegend beschlossen. Die noch offene Standortfrage wird sicherlich unter Abwägung aller Daten und Fakten sinnvoll für die Region getroffen. „Gut, dass es uns gelungen ist, am Ende wieder den gemeinsamen Weg zu finden und wir dazu beitragen konnten“, so Schlüssen abschließend. Nun gilt es, dass die Landrätin einen Standort mit den Kassen im Nördlichen Teil des Kreises Plön aushandelt, den die Kassen als Kostenträger tragen und die Region Probstei/Lütjenburg/ Selenter See optimal versorgen. „Der besondere Dank gilt aber allen Vertretern des Notarzbündnisses, die sich in der Region stark gemacht haben und maßgeblich am Entscheidungsprozess mitgewirkt und ihn vorangebracht haben“, so Schlüssen abschließend.

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 22.04.2013, 22:36 Uhr - 4652 Clicks - Nr. 306

## 150 Jahre SPD

### SPD Barsbüttel feiert am 4. Mai Hans Stiefenhofer

„Ein besseres Land kommt nicht von allein“ - Unter dieses Motto hat die SPD ihre Geburtstagsfeierlichkeiten gestellt. 2013 wird die deutsche Sozialdemokratie 150 Jahre alt. Grund genug für zahlreiche Veranstaltungen bundesweit. Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrer Geschichte viele Akzente gesetzt.

Zunächst als soziale Bewegung, später als Partei erkämpfte sie die Demokratie und trieb den Ausbau des Sozialstaats voran. Selbst angesichts der Verfolgung durch die Nationalsozialisten und das SED-Regime blieb sie ihren Grundwerten treu.



Die SPD ist in Städten und Gemeinden mit über 10.000 Ortsvereinen vertreten. Die Ortsvereine in Schleswig-Holstein haben sich vorgenommen, am 4. Mai an vielen Stellen im Land die lokale Verwurzelung ihrer Partei aufzuzeigen. In Erzählcafés, bei Stadtrundfahrten oder anderen Veranstaltungen. Die SPD in Barsbüttel hat sich entschieden, am 4. Mai den Sozialdemokraten und ehemaligen Bürgermeister Hans Stiefenhofer (1902 - 1963) in den Mittelpunkt zu stellen, nach dem der Rathausplatz der Gemeinde benannt ist.

Am 4. Mai um 15.30 Uhr wird es zunächst einen kleinen Festakt vor dem Rathaus geben, bei dem Martin Habersaat, der stellvertretende Vorsitzende der SPD Landtagsfraktion und selbst Barsbütteler, auf das Leben und Wirken von Hans Stiefenhofer eingehen wird. Ab 16.00 Uhr soll dann gegrillt werden. Der Ortsvereinsvorsitzende Sebastian Bernt und Hermann Hanser, Vorsitzender der SPD-Fraktion Barsbüttel: „Für Bildung und Gemeinschaft in Barsbüttel hat die SPD viel erreichen können. Und wir haben auch noch viel vor.“

Zunächst aber freuen wir uns, am 4. Mai einfach mal mit allen zu feiern, die Lust dazu haben.“

## Hans Stiefenhofer

22.10.1902	Hans Stiefenhofer wird in Hamburg geboren.
1916	Stiefenhofer muss das Gymnasium verlassen, nachdem sein Vater im Krieg gefallen war und seine Mutter das Schulgeld nicht mehr zahlen konnte. Sie gab ihren Sohn bei einem Schmied auf Fehmarn in die Lehre.
1920er	Stiefenhofer wird Mitglied der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden.
1930er	Im Gesangsverein der Hamburger Maurer erfährt Hans Stiefenhofer, dass in Barsbüttel von den Bauern günstige Grundstücke verkauft werden.
1934/35	Bau eines kleinen Steinhauses mit Hilfe von politischen Freunden auf dem Grundstück am 2. Bergredder; nach diversen Umbauten noch heute im Familienbesitz.
1939-45	Hans Stiefenhofer ist stark sehbehindert und damit für den Kriegsdienst untauglich. Er wird dienstverpflichtet und muss seinen Arbeitseinsatz in der Rüstungsindustrie in Glinde leisten. Er fährt täglich mit dem Fahrrad nach Glinde.
Mai 1946	Gründung des SPD-Ortsvereins Barsbüttel. Die SPD ist die älteste Ortspartei in Barsbüttel. Zu den Gründungsmitgliedern gehört Hans Stiefenhofer. Es sind 25 Mitglieder. Erster Vorsitzender wurde kurz darauf Heinrich Heike (geb. 1912 in Leipzig), der von 1948 – 1982 auch Gemeindevertreter war.
Sep. 1946 - Nov. 1948	Hans Stiefenhofer wird erster gewählter Bürgermeister von Barsbüttel, von der britischen Militärregierung bestätigt. Er ist nun Gewerkschaftssekretär bei der IG Bau-Steine-Erden.
11.11.1948	Gründung des BSV (Barsbüttler Sportverein). Mitbegründer ist Hans Stiefenhofer. Dessen Nachfolger als Bürgermeister wird Willi Johannsen.
1948-1955	Hans Stiefenhofer ist Gemeindevertreter, zeitweise SPD-Vorsitzender, Vorsitzender des Bauausschusses, BSV-Vorsitzender von 1949-1952.
1955 - 1962	Nach der Gemeindewahl 1955, bei der die SPD die Mehrheit erringt, wird Hans Stiefenhofer wieder Bürgermeister. Mit 185% ist Barsbüttel 1955 die am stärksten mit Flüchtlingen belegte Ortschaft in der Bundesrepublik. 1956 setzt Stiefenhofer den Bau der Frischwasserversorgung gegen die Stimmen der Bevölkerung durch. 1959 wird die erste Turnhalle der Gemeinde auf dem Schulgelände am Soltausredder eingeweiht. In diese Jahre fallen die Erschließung des Baugebietes Ellerhoop und die Beschlüsse zur Bebauung der Thorkoppel.
1962	Die SPD gewinnt zwar die Wahl (8 Sitze), aber die CDU (6 Sitze) und die Wählergemeinschaft (3 Sitze) wählen Carl Bronsart von Schellendorff zu ihrem Bürgermeister. Mit der Stimme von Hans Dreher holt dieser seinen späteren Schwiegervater Hans Stiefenhofer vom Thron. Hans Dreher wird Amtsvorsteher und bleibt es bis zur Amtsauflösung 31.12.1973.
20.2.1963	Hans Stiefenhofer stirbt in Barsbüttel
1974	Im Rahmen der kommunalen Neuordnung werden Stellau, Stemwarde und Willinghusen zur amtsfreien Gemeinde Barsbüttel eingemeindet. Bis dahin bildeten die eigenständigen Gemeinden das Amt Barsbüttel.

1976	Nach dem Bau des Rathauses an der Hauptstraße, das für die neue Gemeinde erforderlich geworden war, wird der Rathausmarkt „Stiefenhoferplatz“ benannt.
------	--

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 22.04.2013, 22:47 Uhr - 4638 Clicks - Nr. 307

## Hermann Hanser: Einladung zur Stadtrundfahrt

Ich kandidiere in Ihrem Wohngebiet (Wahlkreis 6 - Ahornweg, Am Hartsteinwerk, An der Barsbek, Buchenstraße, Ellerhoop, Erlenring, Kahlenredder, Lindenweg, Weidenweg, Zum Ehrenhain) für die Kommunalwahl 2013 und möchte Sie erneut in der Gemeindevertretung Barsbüttel und jetzt auch im Stormarner Kreistag vertreten.

Haben Sie Lust, mit mir eine Stadtrundfahrt in Hamburg zu unternehmen?

In meiner Studienzeit war ich professioneller Stadtführer in Hamburg und habe Touristen und Hamburgern die Stadt gezeigt.

Ich würde das gern mal wieder machen und lade Sie ein, mit mir eine dreistündige Busfahrt durch Hamburg zu unternehmen.

Sie kennen Hamburg, aber kennen Sie Hintergründe und Geschichte der Stadt?

Wo ist Hamburg entstanden? Wie hat sich die Stadt entwickelt? Wie sieht heute der Hafen aus? Wann waren Sie zuletzt an den Landungsbrücken? Und nicht zuletzt welche Bindung hat Barsbüttel zur Metropole Hamburg?

Wir fahren mit einem Bus vom Rathaus Barsbüttel ab und kommen hier auch wieder zurück.

**SPD**  
**EINLADUNG**  
 ZUR STADTRUNDFAHRT  
 IN HAMBURG AM 5. MAI 2013

**Hermann Hanser**  
 Vorsitzender der SPD Fraktion  
 in der Gemeindevertretung Barsbüttel  
 Zum Ehrenhain 34, 22885 Barsbüttel  
 Email: hermann.hanser@spd-barsbuettel.de

**Sonntag, 5. Mai 2013 – Abfahrt 15.00 Uhr, Rückkehr gegen 18.00 Uhr**

Ihr Beitrag: Euro 10,00 für die Bürgerstiftung Barsbüttel

Bitte melden Sie Ihr Kommen an unter

Telefon SPD Fraktion: 670 882 22 oder

per Email: [hermann.hanser@spd-barsbuettel.de](mailto:hermann.hanser@spd-barsbuettel.de)

Freundliche Grüße

Hermann Hanser

Vorsitzender der SPD Fraktion der Gemeindevertretung Barsbüttel

Zum Ehrenhain 34

22885 Barsbüttel

Email: [hermann.hanser@spd-barsbuettel.de](mailto:hermann.hanser@spd-barsbuettel.de)

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 22.04.2013, 23:41 Uhr - 5441 Clicks - Nr. 308

## **Wirtschaftsminister spricht auf AfA-Landeskonferenz**

### **Wir können Wirtschaft auch für Arbeitnehmer und Unternehmer**

Lieber Wolfgang, liebe Bettina, lieber Uwe,

liebe Genossinnen und Genossen!

Danke für die Einladung

Gerne gekommen, weil es gut für unser Land aber auch gut für die Partei ist, dass ein Sozialdemokrat Wirtschaftsminister ist.

Und ich gerne mit Euch darüber diskutiere, warum das so ist und wo man noch etwas verbessern oder verändern müsste.

Warum ist also ein sozialdemokratischer Wirtschaftsminister gut?

Die Antwort liegt in dem Titel meiner Rede: wir können Wirtschaft auch für Arbeitnehmer und Unternehmern.

Euch mag es nicht erstaunen, andere schon – wir können Wirtschaft - eben weil wir wissen, dass Wirtschaftspolitik eine Politik für Arbeitnehmer und Unternehmer sein muss.

Wir wissen, dass es nicht reicht nur eine Seite zu bedienen!

Dies steht im Gegensatz zum neoliberalen Credo, nachdem alles was Unternehmen bzw. Unternehmern nützt irgendwie und irgendwann auch der Gesellschaft als Ganzes nützen würde.

Den Anspruch, dass es allen nützen würde haben im Übrigen viele Neoliberale schon aufgegeben. Colin Crouch beschreibt es wunderbar in seinem Buch „das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“. Es reiche wenn das BIP einer Gesellschaft insgesamt steigt, die Verteilung spiele keine Rolle mehr.

Die Absurdität dieser Annahme wird deutlich, wenn man sich vorstellt, dass es danach also immer noch eine Wohlstandssteigerung der Gesellschaft insgesamt sei, wenn ein



Unternehmer 100 Mrd. € mehr verdient also vor einem Jahr und seine Arbeitnehmer aber auf 99 Mrd. € verzichten mussten. Das mache immer noch ein Plus von einer Mrd. €.

Wir wissen, dass ein Unternehmer Gewinne machen will – das ist legitim, führt aber nicht automatisch zu mehr Wohlstand.

Wir wissen, dass der Markt nicht alles zum Guten regelt. Dafür hat es die letzte Krise nicht gebraucht. Schon das Platzen der new-economy-Blase oder die Krisen in Japan und Südamerika sprachen für sich.

Es gibt Übertreibungen, Intransparenz und unterschiedliche Wissensstände, Herdentriebe, Vermachtungen, Externalitäten, Monopole, Kartelle, und, und, und.

Die Folgen, können wir alle sehen: Krisen, Ungleichgewichte, Umweltschäden, Ungerechtigkeit, Armut – auch die Arbeitslosigkeit ist noch lange nicht vorbei und die öffentlichen Haushalte oft jenseits ihrer Handlungsfähigkeit.

- Wir wissen, dass wir deswegen Regeln brauchen um einen fairen Wettbewerb mit möglichst vielen Mitwettbewerbern zu garantieren.
- Wir wissen, dass wir den Staat brauchen, für die Regulierung, für öffentliche Daseinsvorsorge, für Infrastruktur, für sehr, sehr viele wichtige Aufgaben ohne die unsere Gesellschaft nicht funktionieren würde.
- Wir wissen, dass wir Gegenmacht brauchen, über Gewerkschaften, Parteien und immer mehr auch immer mehr zivilgesellschaftliche Gruppierungen, spontane Zusammenschlüsse usw. – Verbrauchermacht halte ich für eine immer wichtiger werdende Größe.
- Wir wissen, dass wir Nachfrage brauchen nicht nur von außen sondern auch durch unsere Bürgerinnen und Bürger (cars can't buy cars)
- Wir wissen, dass wir vernünftige Löhne brauchen, von denen man Leben kann und dass eine steigende Ungleichheit die Innovations- und Wirtschaftskraft einer Volkswirtschaft langfristig hemmt.
- Wir wissen, dass wir Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – die Zahl der Krankentage steigt, die der diagnostizierten Burnouts ist erschreckend - wir müssen hier dringend etwas ändern!
- Wir wissen aber auch, dass wir Wirtschaft und Wachstum brauchen: Für gute Arbeitsplätze und für Steuereinnahmen.

↳ Die Grundthese bleibt: Das eine funktionierende Wirtschaft die Basis unserer Gesellschaft ist – und diese Wirtschaft nur bedingt steuerbar ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

↳ nur was genau ist eine funktionierende Wirtschaft?

↳ Was genau sind die Hebel für eine besser funktionierende Wirtschaft? Und wie können wir sie ergreifen?

Hier haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aufgrund ihres Vorwissens – und ihrer Vorgeschichte Unterschiede zu anderen Parteien.

Lasst mich also konkreter werden.

Wir wollen also ein innovationsorientiertes, ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum – kein Wachstum auf Kosten der Umwelt, kein Wachstum auf Kosten anderer Staaten und kein Wachstum auf Kosten der Prekarisierung von immer mehr Arbeitsplätzen.



„Schleswig-Holstein das Land der Minijobber und Niedriglöhner kann nicht unser Ziel sein.

Keines dieser Wachstumsszenarien wäre im Übrigen wirklich nachhaltig. An der aktuellen Eurokrise könnt Ihr sehen, was Deutschlands Wachstum auf Kosten anderer EU-Staaten auslöst.

Koalitionsvertrag: wir wollen das Land mit den besten Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sein.

Dies schaffen wir nur mit konsequenten Regelungen auf der einen Seite und mit einer besseren Machtposition der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der anderen. Das geht nur, wenn es einen Bedarf an Arbeitskräften – an gut qualifizierten Arbeitskräften gibt, einen Bedarf an einer guten Infrastruktur gibt, einen Bedarf an wirtschafts-politischen Maßnahmen: sprich, wenn hier überhaupt jemand Dienstleistungen anbieten, Waren produzieren, sich erweitern oder neu ansiedeln will.

Die Aufgaben sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind also vielfältig:

1. Zukunftsfelder identifizieren und im Blick haben:

- Energie (hohes FuE Potential, sehen, dass auch Produktion in Schleswig-Holstein stattfindet, Zukunft für Werften und Häfen: aber Planungssicherheit notwendig!)
- Gesundheit (p Gesundheitswirtschaft! Hohe Bedeutung für Schleswig-Holstein, hoher Beschäftigungsanteil, Teilweise hohes FuE-Potential)
- Maritime Wirtschaft (schwierige Phase, hohes FuE Potential, große Kernkompetenz, natürliche Vorteile durch zwei Küsten)
- Ernährung (interessante Potential, Region Lübeck, foodregio)
- Tourismus (Selbstzufriedenheit beenden, Qualität und Arbeitsbedingungen verbessern)
- (Chemie – Vorteil des energiereichen Standortes ausbauen!)

2. Orientierung hauptsächlich an KMU und Handwerk

Regional verankert und regional zur Verantwortung zu ziehen (können an Prinovis sehen, wie problematisch gerade internationale Unternehmen vorgehen)

- Regionale Netzwerke sinnvoll,
- hidden Champions, regionale Wachstumspotentiale
- Ausbildungswilligkeit viel stärker vorhanden
- Problem geringe FuE-Tätigkeit, geringe Wachstumsraten

p Für diese beiden Aufgaben gibt es konkrete Maßnahmen

- Hilfe bei Vernetzung, Verknüpfung
- Beratung und Finanzierung (IB)
- Förderung von Projekten der Weiterbildung, Qualifizierung, usw.
- gezielt Innovationen, und FuE fördern (Schleswig-Holstein hat da extremen Nachholbedarf!) Förderung von Nachhaltigkeit und Innovation, von FuE
- Fachkräfteinitiative (komme später darauf zurück)

p Fördermittel werden entsprechend ausgerichtet.

p Wunsch, die Ko-Finanzierung anders zu gestalten.

3. Orientierung am ganzen Land

Wirtschaftsförderungspolitik für den Hamburger Rand ist noch relativ einfach, was ist aber mit dem Norden, mit der Westküste?

↳ Westküsteninitiative, Breitband, ...

↳ dort arbeiten wo andere Urlaub machen

↳ Trend zur Entschleunigung nutzen?

↳ Grenzen von HH und Berlin erreicht? Renaissance des Landlebens?

Sollte das stimmen, müssen wir dafür fit sein!

4. Aufgabe: Infrastrukturpolitik – wir sind das Infrastrukturministerium

Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und Chance für weitere Entwicklung (auch und gerade, wenn das ganze Land angebunden werden muss und wir attraktiver werden wollen für Arbeitnehmer und für Unternehmer)

- unglaublich vernachlässigt: Schlaglöcher und der Zustand des NOK sind ja nur die Spitze des Eisbergs
- gescheitert: Privatisierung, PPP ↳ Staat verliert immer. Privatwirtschaftlich erwartete Gewinne lassen sich mit normalen Mitteln und akzeptablen Bedingungen eben nicht machen

↳ Staatliche Aufgabe!

- enormer Nachholbedarf: Straßen, ÖPNV, NOK ...A20, A21, Elbquerung,...
- enorme Chancen:
  - Ausbau Schiffsverkehr Richtung Skandinavien und Baltikum,
  - Ausbau Gütertransport auf der Bahn und auf dem Wasser, kombinierte Verkehre
  - FBQ!
- zwischen Notwendigkeit und Chance: Breitband, Netze für Energie –nicht weniger wichtig! Ohne leistungsfähiges Breitband wird der ländliche Raum noch stärker abgehängt.

↳ im Moment stopfen wir im wahrsten Sinne des Wortes Löcher. Dabei ist eine Grundsanierung langfristig – wahrscheinlich schon mittelfristig - viel besser.

↳ Wir doktern an Symptomen, kommen viel zu langsam zu Potte:

- Herumgeeiere aus Berlin muss ein Ende habensichere Pläne und sichere Finanzierung von Großprojekten
- Ende mit der Schönrechnerei von PPP, Elbquerung muss staatlich finanziert werden
- Verkürzung und Vereinfachung von Verfahren (Vorbild Dänemark?)
- auskömmliche Finanzierung, bessere Verteilung – Staat braucht mehr Einnahmen: Steuerschlupflöcher schließen, Besteuerung gerechter gestalten
- gemeinsames Vorgehen der norddeutschen Länder

5. Rahmen setzen, Regeln für alle

Im Rahmen unserer Möglichkeiten

- Tariftreue (richtige Anforderungen ohne Bürokratiemonster und ohne generelles Misstrauen)

- Mindestlohn
- Gemeinsames Korruptionsregister mit Hamburg

## 6. gute Arbeit fördern

- Schwierig, eigentlich mehr ein gewerkschaftliches Feld.
- Aber Chancen da, aufzeigen, nutzen,
- mit den eben genannten Regeln + Mitbestimmung, plus Recht auf Qualifizierung und Weiterbildung
- aber auch im Rahmen der Fachkräfteinitiative
- setzen auf Genossenschaften

▷ Mit dem Sinken der Arbeitslosigkeit haben wir schon jetzt eine Zunahme an sozialversicherungspflichtigen Jobs, es gibt in einigen Bereichen bereits Fachkräftemangel und zumindest das Gefühl eines solchen Problems ist bei den Unternehmen weit verbreitet

Das trägt langsam Früchte:

▷ endlich einmal deutlichere Lohnerhöhungen in den meisten Bereichen,

▷ bisher ausgegrenzte Gruppen gewinnen an Bedeutung: Chancen für Ältere, für Frauen, für Langzeitarbeitslose, kein Automatismus

▷ Zusammenarbeit mit uns wird gesucht

▷ Investitionen in Bildung sind nahezu unumstritten

▷ Fachkräfteinitiative läuft gut an, großes Engagement, auch wenn natürlich viel auf die vermeintlich üppigen Fördergelder des Landes geschickt wird. Hier müssen die Unternehmen noch stärker in die Pflicht genommen werden.

Fazit

Wir haben viel zu tun

Viel zu häufig noch wird die Lage geschönt und zu wenig getan, zu wenig kooperiert

Ausgangsvoraussetzungen in Teilen schlecht – wie sollen wir die Wachstumslücke schließen, wenn andere immer mehr investieren können?

Aber

▷ Chance der Kleinheit (Vernetzung, Cluster, Kommunikation)

▷ Chance der Lage: Skandinavien und Baltikum prosperieren!, der Lage nutzen!

▷ Chance auf bessere Arbeitsbedingungen, Chance für bisher benachteiligte Gruppen sind da – energisch einfordern, Konservative langsam umzingelt

▷ sehe insbesondere im Bereich von Energie, Gesundheit und Ernährung große Potentiale

▷ Wenn wir Wirtschaftspolitik als Politik für Arbeitnehmer und Unternehmer sehen und dies nicht nur als Formel sondern als logische und erfolgsversprechende

Verknüpfung sehen, dann können wir Schleswig-Holstein gerade für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein gutes Stück voranbringen.

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 22.04.2013, 23:55 Uhr - 5982 Clicks - Nr. 309

## **AfA-Geschäftsbericht für 2011 bis 2013**

Wolfgang Mädler gibt den Geschäftsbericht 2010 - 2012 auf der AfA-Landeskonferenz in Neumünster

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach dem inhaltlichen Vormittagsteil mit vielen Außenansichten, kommen wir jetzt zum inhaltlichen Teil der Innenansichten mit Geschäftsbericht, Wahlen und Antragsbehandlung was letztendlich auch unsere Außenansichten werden sollen.

Die AfA ist eine große Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD. Sie ist gemessen an der über 150jährigen Geschichte der Partei mit 40 Jahren noch eine relativ junge Gliederung.

Die Gründung im Oktober 1973 hat Herbert Wehner initiiert, um den berechtigten Interessen der Arbeitnehmer in der großen Volkspartei wieder ein schärferes Profil zu verleihen.

Von Wehner stammt das Zitat: dass die AfA „lebenswichtiges Organ der SPD, gleichzeitig Auge, Ohr und Herzkammer der Partei“ sei.

Durchgängig haben wir seit 1973 in Schleswig-Holstein einen Landesvorstand, Landesausschuss und in vielen Kreisen auch Kreisvorstände gehabt.

Alfred Prezewowsky, Kieler IG Metall Vorsitzender und Landtagsabgeordneter war von 1973 bis 1992 der 1. Landesvorsitzende und seit 1992 bin ich bislang der Zweite Landesvorsitzende und bewerbe mich mit vielen Kolleginnen und Kollegen des bisherigen Landesvorstandes erneut für zwei Jahre um euer Vertrauen.

Aus Schleswig-Holstein kamen mit Hans Wiesen und Kirsten Rölke zwei in der Partei- und Gewerkschaftsarbeit nicht unbekanntere die mehrere Jahre stellv. Bundes-AfA-Vorsitzende waren.

Mit Almut Auerbach haben wir mittlerweile das Dienstälteste Bundesvorstandsmitglied in unseren Reihen.

Und wir werden in der Partei, der Landtagsfraktion und bei unseren Regierungen unter Björn Engholm, Heide Simonis und jetzt Torsten Albig wahrgenommen, akzeptiert auch wenn wir öffentlich nicht die große Geige spielen.



Man kann es so wie der CDA-Vorsitzende Kalinka machen, öffentlich auf die Tonne hauen und dann jedes Mal im Landtag klein beigegeben und nur auf das Vermelden in den Medien schielen!

Oder wie wir:

Die schärfste Waffe – die Presseerklärung – dosiert verwenden und eher eine breite Basis für Arbeitnehmerinteressen in der Partei und Landtagsfraktion herstellen, mit Ausdauer, sich beteiligen und auch mal klare Kante reden.

Wir haben uns in allen Kreisen und auf Landesebene nicht nur aktiv eingesetzt die Köpfe der Menschen zu erreichen für eine andere Politik und Regierung in Schleswig-Holstein, sondern auch das Arbeitnehmerthemen in der praktischen Politik wieder auf der Prioritätenskala Nr. 1 steht.

Die Ergebnisse sind im Wahl- und Koalitionsprogramm zu sehen: Mindestlohn, Tariftreugesetz, Mitbestimmungsrechte im Landesgesetz wieder verbessert, Wirtschaftspolitik die Arbeitnehmer auch im Fokus hat, Bildung nicht nur für einen kleinen Teil der Gesellschaft sondern für alle und bis zum Studium und in dem es keine Blindheit auf dem rechten Auge gibt sondern das Hinsehen und aktiv für ein Migrationsmiteinander eintreten zum Tagesgeschäft gemacht wurde.

Und dabei ist es dann überhaupt kein Widerspruch, wenn wir wegen der Beamtenbesoldung uns auch streiten. Wir haben sehr rechtzeitig vor den Gesprächen der Landesregierung mit den Gewerkschaften und dem Beamtenbund unseren Fraktionsvorsitzenden darauf hingewiesen, dass sie die 1 zu 1 Übernahme ernst nehmen sollen, vor allem die Beteiligten mitnehmen sollen und eine soziale Komponente von uns vorstellbar sei.

Die Schnelligkeit des Ministerpräsidenten und der Finanzministerin hat alle überrascht und wir haben dann erneut gegenüber allen Fraktionsmitgliedern und dem Landesvorstand nochmals Stellung bezogen und diese auch den Gewerkschaften zugestellt.

Ich bin zuversichtlich, dass eine parlamentarische Optionsklausel für die Jahre 2016 und 2017 wie von uns gefordert noch realistisch ist.

Der derzeitige Übernahmevorschlag beinhaltet mit der Sozialkomponente (für jeden ist die Lebenshaltung gleich teurer geworden) eine ureigene Gewerkschaftsdiskussion auf die sich leider die Tarifvertragsparteien in der gewerblichen und öffentlichen Wirtschaft nur viel zu selten bereit sind einzulassen. Ich bin sicher hier gibt es zu Recht noch viel Diskussionsbedarf.

Ob wir Sozialdemokraten aber gleich der Richterinitiative hinterherlaufen müssen mit deren Petition? Na, ja ich verstehe Klientelpolitik, aber es ist doch ein Unterschied ob Nullrunden verordnet werden, wie in der Vergangenheit auch schon geschehen und ob bei Steigerungen das persönliche Einkommen bei 2, 3, 6 oder 9 Tausend € liegt.

Trotzdem: wir bleiben dabei, manches ist auch eine Stilfrage wie man miteinander umgeht – von Sozialdemokraten erwarte ich einen ernsthaften Diskurs mit Arbeitnehmern und ihren Vertretungen und wenn die Grünen meinen sich zum Obersparer aufspielen zu wollen müssen wir dem nicht sklavisch folgen.

Rund 130 Aktive AfA-Leute haben wir in den Kreisen, die Mitglied eines Kreisvorstandes, einer Betriebsgruppe oder in Mandaten der kommunalen Gremien sind.

Bis auf Nordfriesland sind wir in allen 14 Kreisen der Partei präsent, ebenso im Parteirat und auf den Landesparteitagen. Unser Politischer Aschermittwoch in Marne ist legendär

und mit dem 16.ten haben wir mit den Dithmarscher Genossen eine tolle Tradition aufgebaut. Dergleichen gilt für die Regionalkonferenzen der AfA Nord die wir schon dreimal in Bad Oldesloe durchgeführt haben, das letzte Mal kurz vor der Landtagswahl mit Torsten Albig, Ralf Stegner und Rudi Hickel.

Bezüglich der Behandlung der Anträge auf unserer letzten Landeskonferenz 2011 in Eutin verweise ich auf den euch vorliegenden schriftlichen Bericht.

In den vorliegenden Anträgen spiegeln sich derzeitige wichtige Themen wider:

- Erneuerbare Energien und das dazu in Berlin angerichtete Chaos bei den Offshore Windparks.
- Der Spatenstich von Ramsauer beim NOK, die Schleusensperrung und jetzt auch noch bei Kritik beleidigt sein.
- Keine weitere Privatisierung von kommunalen Einrichtungen erst recht nicht das Wasser.
- Wohnraum wird immer mehr zum Luxusgut
- Und wie wichtig es ist, für gute Arbeit, für gute Bezahlung der Arbeit, für sichere und nicht krankmachende Arbeit einzutreten.

Deshalb auch einen solidarischen Gruß an das bundesweite Bündnis „um *fair Teilen* – Reichtum besteuern“ zu ihrem heutigen bundesweiten Aktionstag u.a. mit einer Kundgebung in Kiel.

Wir sind seit unserer Gründung 1973 den politischen Grundsätzen und einer sozialstaatlichen Ausrichtung treu geblieben: Humane Arbeit, Soziale Sicherheit, Mitbestimmung, Umwelt erhalten, Bildung und Solidarität.

Es gab Zeiten da wurden wir als konservative Sozialdemokraten bezeichnet, aber auch Zeiten da waren wir die einzigen Linken in der Partei.

Es ist gut, dass wir in Schleswig-Holstein immer gemeinsam mit unserer Partei: **Links, dickschädelig und frei** geblieben sind.

Doch die AfA kann nicht alles, aber sie kann und wird die Partei auch künftig darin unterstützen, ihre sozialen Zukunftsaufgaben zu bewältigen, die Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung in das Zentrum politischen Handelns zu rücken und damit Mehrheiten bei Wahlen zu erreichen.

Dazu gehören besonders dass wir die Betriebs- und Personalräte, die Auszubildendenvertreter, die Gewerkschaften und die Sozialverbände kontinuierlich ansprechen und sie mit einbeziehen.

Wer wenn nicht wir! kann das Scharnier bilden.

Wir müssen es wollen, aber es muss auch gewollt sein, deshalb rufe ich auch den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern zu: Neutralität zu den Parteien ist Quatsch, Unabhängigkeit ja, aber überlasst den Parteien nicht einen kleinen Zirkel von Entscheidern sondern mischt in den Parteien mit – am besten in der SPD, denn Gewerkschaftstage beschließen keine Gesetze und verteilen auch nicht die erzielten Steuern, aber hier entscheidet sich die Ausrichtung eines Staates und damit die Situation der Arbeitnehmer in unserem Land.

Also auch in den nächsten zwei Jahren gibt es genügend zu tun, ich hoffe es sind viele mit dabei.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 23.04.2013, 14:36 Uhr - 14477 Clicks - Nr. 310

## **Junge Bad Segebergerin vier Tage als Redakteurin in der Hauptstadt**

### **Planspiel Zukunftsdialog der SPD-Bundestagsfraktion**

Vom 20. bis 23. April 2013 nahmen rund 140 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 20 Jahren aus ganz Deutschland am „Planspiel Zukunftsdialog“ der SPD-Bundestagsfraktion teil. Vier Tage lang schlüpfen sie in die Rolle der Parlamentarier.



Wie im „richtigen“ Politikgeschäft durften hierbei kritische Journalisten nicht fehlen. Deshalb konnten sich interessierte Jugendliche mit einem einseitigen Essay zum Thema „Werden Politiker in den Medien zu schlecht dargestellt?“ bewerben. Auf Grund einer Pressemitteilung des SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes hat sich auch Elena Glombik aus Bad Segeberg beteiligt. Sie überzeugte mit ihrem Text und wurde aus mehreren Dutzend Einsendungen ausgewählt. Aktuell absolviert sie ihren Bundesfreiwilligendienst, hat aber bereits ein sechswöchiges Praktikum in der Stormarner Lokalredaktion der Lübecker Nachrichten gemacht.

Ausgerüstet mit diesem Vorwissen begleitete sie das Planspiel zusammen mit vier weiteren Redakteuren als engagierte Journalistin. Sie führten Interviews, verfassten Newsletter und entwarfen zum Abschluss eine Zeitung, die die Teilnehmer als Erinnerung erhalten werden. Aber auch ein Gespräch mit dem Hauptstadtjournalisten der Frankfurter Rundschau, Steffen Hebestreit, sowie ein Einblick in die Pressearbeit der SPD-Bundestagsfraktion stand auf dem Programm. Getroffen hat sie dabei auch Lukas Zeidler aus Stormarn, der ebenfalls auf Einladung von Thönnnes an dem Planspiel als „junger Abgeordneter“ teilnahm.

„Das waren stressige aber auch richtig spannende Tage. Es hat Spaß gemacht, die Arbeit kritisch zu begleiten und das Wechselspiel zwischen Politik und Medien kennenzulernen. Mein Entschluss später in diesem Bereich zu arbeiten, wurde durch diese Erfahrungen noch bestärkt“, so Elena beim Treffen mit Franz Thönnnes.

„Die Ergänzung des Planspiels um Redakteure hat es noch realistischer gemacht. Unabhängiger Journalismus ist eine Grundvoraussetzung für unser Zusammenleben in einer sozial gerechten Gesellschaft. Und dass sich mit Elena eine junge Frau aus Bad Segeberg für die Teilnahme qualifiziert hat, freut mich natürlich besonders“, erläuterte der SPD-Bundestagsabgeordnete zum Abschluss.

## **Elena Glombik und Franz Thönnies vor dem Fraktionssaal der SPD im Deutschen Bundestag**

**Keine Kommentare**

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 23.04.2013, 17:21 Uhr - 4929 Clicks - Nr. 311

## **Ratsherrn Kolumne in Der Suchsdorfer**

Das unabhängige Stadtteilmagazin "Der Suchsdorfer" bietet in seinem politischen Forum den örtlichen Parteien und Mandatsträgern die Möglichkeit zur Darstellung ihrer Aktivitäten. Ratsherr Thomas Wehner schreibt hier seine monatliche Kolumne über seine Arbeit und die Suchsdorfer SPD. Hier ist sie nun erstmals auch online abrufbar. Für die Mai-Ausgabe trägt sie den Titel "Bald mehr Treffpunkte?".



Liebe Suchsdorferinnen,

liebe Suchsdorfer,

in Suchsdorf gibt es noch zu wenige Treffpunkte für Jung und Alt. Deshalb hat die rot-grüne Ratsmehrheit der Verwaltung grünes Licht für eine Wohnbebauung des Grundstückes des ehemaligen Nahrungsmitteluntersuchungsamtes gegeben, aber Auflagen erteilt: wer dort Wohnungen baut, soll Räume für den Gemeinbedarf vorsehen, möglicherweise sogar für Gastronomie.

Wie Ratsherr Thomas Wehner aus der Verwaltung zu berichten weiß, sind die Gespräche mit potentiellen Investoren auf einem guten Weg. Entstehen soll senioren- und familien-gerechter Wohnraum. Die Bürgerräume werden sich verwirklichen lassen. Schwieriger wird es wohl mit einer kleinen Kneipe. Stattdessen erscheint aber eine Küche realistisch. Auch für den Betrieb der Bürgerräume gibt es Interessenten. Die potentiellen Träger überlegen sogar, ob sie einen Teil ihrer sozialen Aktivitäten von dort steuern können.

Für die Stadtteilbücherei und die Verwaltungs-stelle sollen mittelfristig, so der Ratsbe-schluss, barrierefreie Räume gefunden werden. Möglich wäre das auch auf dem Grund-stück des alten Labors. Diskutiert werden im Moment aber auch andere Standorte, wie die derzeit leerstehenden Räume am Amrumring. Der Standort wäre geeignet, um die wichtige Kooperation mit der Grundschule zu erhalten. Und: er ist ohne Umbauten barrierefrei.

Der Büchereibestand könnte – so die Verwaltung - dort weitgehend oder ganz übernom-men werden – nicht nur zur Hälfte, wie die CDU im Ortsbeirat behauptet hat. Zu solcher Panikmache besteht überhaupt kein Anlass. Denn: wenn sich der Standort als ungeeignet erweisen sollte, bleibt die Stadtteilbücherei erst einmal wo sie ist. Denn Lösungen sollen



– so noch mal die Verwaltung – im Konsens mit allen Beteiligten getroffen werden. Richtig so!

## **UNSER PROGRAMM FÜR SUCHSDORF**

Auf einer Mitgliederversammlung hat der SPD-Ortsverein sein Programm „Für Suchsdorf. Gemeinsam. Sozial. Handeln.“ beschlossen. Zahlreiche Anregungen aus Suchsdorf sind in das Programm eingearbeitet worden. Schwerpunkte sind der weitere Ausbau der Kinderbetreuung, gute Bildung, mehr Treffpunkte für Jung und Alt sowie die Aufwertung unserer Suchsdorfer Plätze. Das Programm senden wir Ihnen gerne zu, ist aber auch auf unseren Info-Ständen erhältlich und natürlich auf unserer Homepage, [www.spd-suchsdorf.de](http://www.spd-suchsdorf.de), zu lesen.

## **OHNE BARRIEREN DURCH SUCHSDORF**

Ganz Suchsdorf muss barrierefrei werden. Um den Test zu machen, waren Brigitte Hinrichs, die stellvertretende Vorsitzende des Beirates für Menschen mit Behinderung, einige Suchsdorferinnen und Suchsdorfer und Ratsherr Thomas Wehner durch Suchsdorf unterwegs. Das Ergebnis wurde fotografisch dokumentiert. Nach der Auswertung sollen die Mängel der Verwaltung präsentiert werden. Tatsächlich sind in Suchsdorf bereits viele Bordsteine abgesenkt, und an vielen Stellen sind Leitstreifen für Sehbehinderte vorhanden. Nicht alle Absenkungen helfen aber Rollifahrern richtig. Außerdem hat der Winter auch hier teilweise erhebliche Schäden verursacht.

## **SPARGELESSEN MIT TORSTEN ALBIG**

Nach unserem 2. Jazzfrühschoppen („Das leise Trio“), der mit rund 90 Gästen sehr gut besucht war, laden wir jetzt herzlich alle Suchsdorferinnen und Suchsdorfer zu unserem Spargelessen in das Sportheim des SSV, Alter Steenbeker Weg 24, ein. Es findet am 24. Mai 2013 um 19:00 Uhr statt. Bezahlt wird direkt bei der Wirtin. Anmeldungen bitte bei Andreas Arend (Telefon: 2400949, E-Mail: [andreas.arend@gmx.de](mailto:andreas.arend@gmx.de)).

Ihr SPD-Ortsverein Suchsdorf

Andreas Arend, Vorsitzender, Möllenholt 38, Thomas Wehner, Ratsherr, Wolliner Weg 11,

Telefon: 311836,

E-Mail: [wehner.thomas.kiel@t-online.de](mailto:wehner.thomas.kiel@t-online.de)

Internet: [www.spd-suchsdorf.de](http://www.spd-suchsdorf.de)

[www.spd-fraktion-kiel](http://www.spd-fraktion-kiel)

**Keine Kommentare**

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 23.04.2013, 17:27 Uhr  
- 20284 Clicks - Nr. 312

## **SPD-Kreistagsfraktion setzt sich für kreisweite Schulsozialarbeit ein**

**SPD-Kreistagsfraktion setzt sich für kreisweite Schulsozialarbeit ein**

Wie die sozial- und jugendpolitischen Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, Ulrich Kaminski und Otto Griefnow, mitteilen, will die SPD-Kreistagsfraktion sich für eine kreisweite Schulsozialarbeit auch über das Jahr 2013 hinaus einsetzen. „Die bundesweite Förderung der Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket läuft Ende 2013 aus“, so das Vorstandsmitglied Ulrich Kaminski. Um die Schulsozialarbeit, die seit zwei Jahren erfolgreich kreisweit ...

installiert wurde, nicht zu gefährden, ist eine Grundsatzentscheidung des Kreises erforderlich. „Die Schulträger und Anbieter von Schulsozialarbeit benötigen Planungssicherheit“, so der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses Otto Griefnow. Man wolle alle Parteien des Kreistages mit ins Boot holen. Aus diesem Grund bringt die SPD-Kreistagsfraktion einen Antrag („Grundsatzbeschluss“) zur Finanzierung der Schulsozialarbeit über das Jahr 2013 hinaus in die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.04.2013 ein. In der Begründung dazu heißt es: Über das seit Anfang 2011 existierende Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) konnte die Anzahl der Stellen für Schulsozialarbeiter an den Schulen im Kreis Rendsburg-Eckernförde erheblich ausgeweitet werden. In der Mai-Sitzung 2012 des Jugendhilfeausschusses wurde berichtet, dass Personalstellen an den Schulen für Schulsozialarbeit eingerichtet wurden, die umgerechnet 28,8 Vollzeitstellen entsprechen. Das ist ein entscheidender Impuls für die Bildungslandschaft. Da Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter vor Ort präsent sind, können sie verlässliche Beziehungen zu den Kindern und Jugendlichen aufbauen und mit ihren Angeboten präventiv wirken bzw. bei Krisen frühzeitig intervenieren. Dadurch bleiben teure Hilfen nachgehender Jugendhilfe erspart und Folgeerscheinungen wie Kriminalität, Sucht u. ä. werden verhindert. Schulsozialarbeit hat sich als Jugendhilfeangebot in Kooperation mit Schule bewährt und sich mit den Herausforderungen eines gesellschaftlichen Wandels weiter entwickelt. Sie sorgt für eine sinnvolle Vernetzung der Schule mit vielfältigen Angeboten außerschulischer Partner. Die positiven Rückmeldungen der Schulleitungen zeigen, dass die Schule durch die Unterstützung der Schulsozialarbeit dem Erziehungsauftrag besser gerecht wird. Diese positiven Ansätze müssen auch nach 2013 Bestand haben. Es ist daher dringend geboten, frühzeitig entsprechende Entscheidungen auf Kreisebene zu fällen, um Planungssicherheit für die Schulsozialarbeit zu schaffen und die für diese Maßnahmen notwendigen Finanzmittel für die kommenden Haushaltsjahre zu beschließen. Mit der im BuT-Gesetz beschlossenen Maßnahme wird der Kreis Rendsburg-Eckernförde erheblich entlastet. Ziel der bundesgesetzlichen Regelung war, u. a. auch entsprechende Mittel für Schulsozialarbeit einzusetzen. Wir unterstützen die vielfältigen Bemühungen auf den unterschiedlichen Ebenen, die Bundesregierung dazu zu bewegen, die Mittel für die Schulsozialarbeit weiter zu gewähren. Dennoch muss bis zum Jahresende eine Lösung gefunden werden, die eine Fortführung der Schulsozialarbeit im bisherigen Umfang über den 31.12.2013 hinaus ermöglicht.

Uli Kaminski, sozialpolitischer Sprecher Otto Griefnow, jugendpolitischer Sprecher

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 23.04.2013, 19:47 Uhr - 10499 Clicks - Nr. 313

**Schwarz-gelb verspielt erneut Chancen zum Abbau von Frauendiskriminierung, 23.04**

Die Diskussion um die Frauenquote ist nichts Neues. Sie hält aber auch nach wie vor aktuellen Gründen und Umständen an. Maßgeblich ist dabei ein Bündel an Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Gewohnheiten, die Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren.



Es sprechen für sich genommen gute Gründe und Fragen dafür, dennoch gegen Frauenquoten zu sein: Kann das Missverhältnis durch „Zwang“ kompensiert werden? Ist die Auswahl durch Quoten geförderter Frauen repräsentativ für jene Frauen, die unter anderen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vermehrt den Arbeitsmarkt teilen? „Spült“ eine Frauenquote nicht eher solche Frauen in das Erwerbsleben und Führungspositionen, die sich an herkömmlich von Männern beschrittenen Lebenswegen orientieren und häufig kinderlos sind? Aber was passiert ohne Frauenquoten?

Die Regierungsfractionen des Deutschen Bundestages stimmten am 18. April gegen eine gesetzliche Frauenquote für Aufsichtsräte. Der von rot-grün eingebrachte und bereits vom Bundesrat gebilligte Gesetzesentwurf sah eine Quote von 20 Prozent im Jahr 2018 vor, im Jahr 2023 sollte sie dann auf 40 Prozent steigen. Die Alternative ist die von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder eingeleitete „Flexi-Quote“ – wie der Name schon sagt: eine Selbstverpflichtung. Die Erfahrungen mit Absichtserklärungen und Selbstverpflichtungen aus anderen Bereichen sind allerdings ernüchternd.

Nach wie vor sind es zumeist Frauen, die für die Kinderbetreuung die Hauptverantwortung übernehmen. Dass Frauen hiermit zugleich einen minderen und teilweise diskriminierten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, nehmen sie zumeist unfreiwillig in Kauf.

In Kombination mit geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, dem Ehegattensplitting und dem jüngst mit schwarz-gelber Mehrheit auf Bundesebene eingeführten Betreuungsgeld, der sog. „Herdprämie“, wirken die heutigen Rahmenbedingungen dem Abbau frauenspezifischer Diskriminierung entgegen. Der berufliche Wiedereinstieg von Frauen nach Geburten oder Kleinkindzeit in Form eines Minijobs, erweist sich für viele Frauen als ein ökonomisches als auch ihre Qualifikation betreffendes Abseits. Die Durchlässigkeit zu regulären Beschäftigungsverhältnissen ist gering. Insofern ist die Ausweitung auf 450 Euro seit Anfang 2013 ein insbesondere Frauen benachteiligender Schritt. Die Schnelllebigkeit der technologischen Entwicklung erschwert dann auch noch eine qualifikationsgerechte anschließende reguläre Beschäftigung. Vor dem Hintergrund, dass Frauen ohnehin durchschnittlich über 20 % weniger Entlohnung für die gleiche Arbeit erhalten, lenken ausgeweitete geringfügige Beschäftigungen verstärkt Frauen in Erwerbs- und anschließende Altersarmut. Das Betreuungsgeld belohnt, Kinder nicht in Kinderbetreuungseinrichtungen zu geben. Auch hierin liegt ein Fernhalten von Frauen vom Arbeitsmarkt, das sowohl mit Blick auf die demografische Entwicklung, den sich spürbar zuspitzenden Fachkräftemangel als auch integrationspolitisch unverantwortbar ist.

Gesetzliche Frauenquoten legen die genannten Missstände offen, deren Beseitigung dann wiederum notwendige Schritte zur Erfüllung von gesetzlichen Frauenquoten darstellen. Gerade in ehrgeizigen Frauenquoten liegt dabei eine Chance: Sie steigern den Handlungsdruck, Diskriminierungen zu beseitigen und offensive Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ergreifen. Der Druck bleibt bei Selbstverpflichtungen aus.

Billigt eine Gesellschaft weiterhin mindere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt und in Führungspositionen, oder weitet diese gar noch aus, verspielt sie wertvolle Zeit und Gestaltungskraft.

**Keine Kommentare**

## Sitzung des Gemeinderats Langwedel

In der Sitzung des Gemeinderats Langwedel am 24. April - die letzte vor der Kommunalwahl am 26. Mai - sind eine ganze Reihe an Themen zu behandeln. Von der SPD sind zwei Anträge an den Bürgermeister formuliert. Die Sitzung findet ab 19.30 Uhr im Sportheim Langwedel statt.

Die Tagesordnung zur Sitzung ist hier abrufbar:

<http://www.nortorfer-land.sitzung-online.de/bj/to010.asp?SILFDNR=1507>

Die Anträge der SPD sind hier nachzulesen:

### Antrag 1:

Anfrage gemäß § 13 GeschO  
zur Sitzung der Gemeindevertretung am 24.04.2013  
TOP 6: Anfragen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter

Lieber Holger,

Im Frühherbst letzten Jahres beauftragtes Du in Deiner Funktion als Bürgermeister auf mein Betreiben hin die Fa. Tieg's, ein Angebot für die Umrüstung der Leuchten im Buchert-Haus auf LED sowie der Straßenlaternen auf LED zu erstellen. Bis heute liegen der Gemeindevertretung keine entsprechenden Angaben vor. Hast Du die Angelegenheit nicht stärker verfolgt, damit Du sie jetzt in das Wahlprogramm der BfL aufnehmen kannst?

Herzlicher Gruß  
gez. Jens Loewer

### Antrag 2:

Antrag der SPD-Fraktion an die Gemeindevertretung Langwedel  
**zu TOP 11 der Sitzung am 24. April 2013**

Der 1. Änderungsantrag zum Finanzierungsvertrag U-Betreuung im Buchert-Haus vom 14.3./12.4.2011 erhält den Wortlaut der diesem Antrag als Anlage beigefügten Fassung. Die Erweiterung der Öffnungszeit erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der Kinder- und Jugendarbeit e.V. diese unter Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes darstellen kann.

Begründung:

Abgesehen von der Reihenfolge der Artikel nach den Paragraphen der Vereinbarung und der Korrektur von Tippfehlern unterscheidet sich unsere Vorlage inhaltlich von der des Amtes durch die Einfügung des neuen Artikels II, der die Kosten für Spiel- und Beschäftigungsmaterial neu festsetzt.

Die Praxis hat gezeigt, dass der bisherige Ansatz von 150 € zu knapp bemessen ist. Vor allem das Spielzeug hält im täglichen Gebrauch nicht so lange wie geplant. Daher hat der Verein in der gemeinsamen Sitzung von Kuratorium und Finanzausschuss am 29.10.2012 die Erhöhung des Ansatzes beantragt. Um zu der Zeit eine Vertragsänderung zu umgehen, wurde für 2013 zunächst ein einmaliger Zusatzbedarf beschlossen. Da nun der Vertrag geändert wird, sollte auch in dieser Frage eine bedarfsgerechte Regelung getroffen werden.

Langwedel, den 22. April 2013  
gez. Jens Loewer

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 24.04.2013, 18:23 Uhr - 9186 Clicks - Nr. 315

## **Sozialministerin Kristin Alheit in Stoltenberg**

Anlässlich eines Besuches der Sozialministerin Kristin Alheit im Kindergarten „Schatzkiste“ in Stoltenberg übergab die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit der Ministerin eine Resolution des Plöner Kreistages zur Förderung von Betreuungsplätzen für unter 3-jährige Kinder in Tagespflege durch das Land Schleswig-Holstein



Helga Hohnheit betonte, dass es sich in den zurückliegenden Jahren immer mehr gezeigt hat, dass die Betreuungsplätze in der Kindertagespflege in den ländlichen Bereichen unseres Kreises ein wichtiger Baustein sind, der sich durch seine familienähnliche Struktur und seinen flexiblen Betreuungszeiten auszeichnet und den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht.

Sie führte weiter aus, dass bei bestehender Vorgabe des Kita-Gesetzes über 95 % der Tagespflegeplätze nicht in die Förderung kämen. Dies muss bei den weiteren Beratungen auf Landesebene berücksichtigt werden, um eine Gleichbehandlung von angestellten und freiberuflichen Kräften herbeizuführen. Das Land wird aufgefordert, das Kindertagesstättengesetz so schnell wie möglich so zu ändern, dass alle Plätze bei anerkannten Tagespflegepersonen gleichermaßen vom Land bezuschusst werden können.

Erst dann ist gewährleistet, dass dem Kreis Plön und den Gemeinden die Mehrbelastung durch den Betrieb der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren von der Hand gehalten wird. Erst dann ist die im Dezember eingegangene Verpflichtung des Landes gegenüber den Familien mit ihren Kindern und den Kommunen erfüllt.

Die Ministerin versprach, diese Forderungen in den weiteren Beratungsprozess auf Landesebene zu bedenken und zu beraten.

Helga Hohnheit: „Die Tagemütter müssen gefördert werden, damit sie ihren wichtigen Auftrag erfüllen können und mit ihrer fachgerechten Arbeit mit dazu beitragen, dass wir unseren gesetzlichen Auftrag erfüllen können und unsere Kinder gut und qualifiziert betreut werden.“

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.04.2013, 21:27 Uhr - 7303 Clicks - Nr. 316

## **CDU und FDP verrennen sich gegen Gemeinschaftsschulen**

*Zur Fragestunde in der heutigen Plenarsitzung über die Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen erklären die Bildungspolitiker von SPD, Martin Habersaat, Bündnis 90/Die Grünen, Anke Erdmann, und SSW, Jette Waldinger-Thiering:*

Die Opposition hat heute im Rahmen der Fragestunde "aufgedeckt", dass die Regierungskoalition neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen einrichten will. Für diese Erkenntnis hätte ein Blick in den Koalitionsvertrag gereicht.

Neue Oberstufenangebote an Gemeinschaftsschulen werden neuen Schülerinnen und Schülern Wege zum Abitur öffnen. So wollen wir die niedrige Abiturquote in Schleswig-Holstein steigern.

CDU und FDP verrennen sich in einem Sturmloch gegen die Gemeinschaftsschulen im Land. Kein



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.04.2013, 21:41 Uhr - 7113 Clicks - Nr. 317

## **Beschlossenes noch einmal beschließen?**

### **Landtagsrede vom 24. April 2013 zu Bildungsstandards**

2003 beschloss die Kultusministerkonferenz (KMK) die Einführung von Bildungsstandards in Deutschland. Diese sollten gewährleisten, dass alle Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs dieselben Kompetenzstufen erreicht haben.

Solche Standards gibt es in Deutsch und Mathematik für den Primarbereich (Jahrgangsstufe 4), für den ersten Schulabschluss in Jahrgang 9 in Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache, in Jahrgang 10 beim mittleren Schulabschluss zusätzlich für Biologie, Chemie und Physik. Und beim Abitur wiederum für Deutsch, Mathematik und die erste Fremdsprache.

Wichtig ist letztlich nicht, was im Unterricht „drangenommen“ wurde, sondern was die Schülerinnen und Schüler tatsächlich können. Zum mittleren Bildungsabschluss gehört es beispielsweise, verschiedene Lesetechniken zu beherrschen. Einen Text flüssig vorlesen zu können gehört ebenso dazu wie ihn schnell zu überfliegen oder den Zusammenhang zu integrierten Bildern herzustellen. Anhand welcher Texte dies geübt wird, ist nicht entscheidend. Das ist ein Unterschied zum „Stoffplan“ vergangener Jahrhunderte.

Diese Bildungsstandards sind verbindlich und ich kann Ihnen versichern, dass sie auch Teil meiner Ausbildung waren, als ich 2004-2006 mein Referendariat an der Sachsenwaldschule in Reinbek absolviert habe.

Endlich reden wir über guten Unterricht und nicht immer nur über Systeme. Vielen Dank, Frau Franzen, für diesen Antrag. Allerdings: Diese Kompetenzorientierung hat längst



Eingang in unsere Lehrpläne gefunden. Welche zusätzliche Verbindlichkeit fordern Sie in Punkt 1 genau?

Und wo wir jetzt den Blick auf Ihren Antrag richten: Sie fordern die Teilnahme der Länder an Vergleichsuntersuchungen. Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) soll unterstützen. Die KMK hat beschlossen: „Das Erreichen der Bildungsstandards soll sowohl landesweit als auch länderübergreifend überprüft werden. Die zentrale Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards auf der Basis von Länderstichproben (Ländervergleiche) wird durch das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) durchgeführt. Für die landesweite Überprüfung der Leistungsfähigkeit einzelner Schulen und Klassen (Vergleichsarbeiten) werden flächendeckende Vergleichsarbeiten (VERA 3 und VERA 8) durchgeführt, die sich an den bundesweit geltenden Bildungsstandards orientieren.“

Nächste Forderung: Gegenseitige Anerkennung der Lehramtsabschlüsse aus den Bundesländern. Von der KMK am 7. März 2013 beschlossen. Von Ihnen am 11. April 2013 beantragt. Allerdings haben sich die Länder am 7. März ebenfalls verpflichtet, Lehrkräften eine größtmögliche Mobilität zu ermöglichen. Da ist bestimmt noch was möglich, wenn auch der von Ihnen gewählte Begriff der „Familienzusammenführung“ mir bisher nur aus dem Aufenthaltsrecht geläufig war.

Darüber können wir gerne im Bildungsausschuss reden. Ansonsten erschließt sich mir nicht völlig, warum Sie Beschlossenes noch einmal beschließen und die Bemühungen dreier Länder um einen Bildungsstaatsvertrag wieder aufleben lassen wollen; zumal Niedersachsen inzwischen kein B-Land mehr ist und die bisher in Hannover zuständige Ministerin jetzt einen Job auf Bundesebene hat, jedenfalls bis Oktober.

Wie wäre es einmal mit einer genauso schwungvollen Initiative, das unsinnige Kooperationsverbot für Kita, Schule und Hochschule aufzuheben und dem Bund eine Beteiligung an wichtigen Zukunftsfragen im Bildungsbereich zu ermöglichen?

Wir streiten uns viel zu oft über das Schulsystem oder andere Äußerlichkeiten. Es könnte gerne häufiger um die Frage gehen, wie wir Unterricht verbessern und mit unseren Ressourcen mehr erreichen. Gerne auch häufiger auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse.

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 24.04.2013, 23:38 Uhr - 6672 Clicks - Nr. 318

## **Neuer AfA-Vorstand in Flensburg**

### **AfA Flensburg wählt neuen Kreisvorstand und spricht sich für ein Tarif-treue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein aus**

In ihrer Vollversammlung am 23.04.2013 waren sich die Mitglieder der Flensburger Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD einig, dass das Tarif-treue- und Vergabegesetz, das dem schleswig-holsteinischen Landtag zur Entscheidung vorliegt, der richtige Schritt zur richtigen Zeit ist.

„Es ist wichtig und richtig, dass öffentliche Aufträge, die aus den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger finanziert werden, nur an Unternehmen vergeben werden sollen, die bereit sind, ihre Beschäftigten gemäß der geltenden Tarifverträge zu bezahlen und

Sozialstandards einzuhalten“, sagt der neugewählte AfA-Kreisvorsitzende Ulrich Buck, „nur so wird sichergestellt, dass mit öffentlichem Geld nicht zu schlecht bezahlter Arbeit und ihren Folgen wie z.B. Altersarmut beigetragen wird.“

Neben Ulli Buck, der zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt wurde, wurden in den Flensburger AfA-Kreisvorstand gewählt: Simone Lange, MdL, und Rolf-Dieter Böhmert als stellvertretende Vorsitzende und Kirsten Rölke als Schriftführerin. Als Beisitzer gehören Bernd Matthiesen, Christian Reimer und Hartmut Strauß dem neuen AfA-Vorstand an.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 25.04.2013, 07:40 Uhr - 9308 Clicks - Nr. 319

## **SPD-Schönberg: Mehr Ausbildung in der Pflege**

Pressemitteilung

SPD-Schönberg: Mehr Ausbildung in der Pflege

Um Alt und Jung in Schönberg ging es in einer Veranstaltung der Schönberger SPD mit Sozialministerin Kristin Ahlheit, dem Seniorenbeiratsvorsitzenden Hans-Herbert Buchholz, der Leiterin des AWO-Kinderhauses Birgit Neuhausen und dem SPD-Spitzenkandidaten und bisherigen Bürgermeister Wilfried Zurstraßen. Moderiert wurde die Veranstaltung vom stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mainz.

Dass Schönberg ein guter Ort für **Jung und Alt** ist, das machte Zurstraßen in seinen Ausführungen deutlich: „Vor zwei Jahrzehnten hatten wir in Schönberg einen Kindergarten, heute haben wir sechs Einrichtungen mit insgesamt 270 Plätzen. Jede KiTa hat einen anderen Träger, so dass die Eltern eine große Auswahl haben. Wir sind kreisweit Spitze, aber trotzdem haben wir ein Problem. Wir erfüllen zwar die vom Bund geforderte Quote von 35 % an Plätzen für Kinder unter drei Jahren, aber nach dem letzten Anmeldestand reicht das nicht aus. Wir brauchen zwei weitere Krippengruppen, damit wir den Rechtsanspruch der Eltern am 1. August d. J. erfüllen können. Wir arbeiten deshalb gegenwärtig fieberhaft an einer Zwischenlösung.“

Die Ministerin machte deutlich, dass das Land für **Neubaumaßnahmen 22.000 € pro Platz** als Zuschuss bewilligt. Diese Mittel gibt es aber nicht für Zwischenlösungen. Sie kündigte jedoch an, dass hierfür in Kürze als Anschubfinanzierung zeitlich befristet Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Zurstraßen will in der anstehenden Sitzung der Gemeindevertretung am 30. April als eine der letzten Amtshandlungen als Bürgermeister einen Nachtragshaushalt einbringen mit erhöhten Mitteln für die Anmietung von Räumen für Krippengruppen, damit die Gemeinde kurzfristig handlungsfähig ist.

Lebensqualität bietet Schönberg auch für ältere Menschen mit der ASB-Wohnanlage mit stationärem Pflgeetrakt. Die vorbildliche Einrichtung wurde der Ministerin im Rahmen ihres Schönberg-Besuches vom ASB-Geschäftsführer Dr. Franz Schütte vorgestellt und die große Bandbreite an Betreuungsleistungen, die die Einrichtung bietet erläutert. In Schönberg kommen aber weitere Einrichtungen hinzu: die Seniorenwohnanlage „Hein Schönberg“ und verschiedene Tagespflegeeinrichtungen sowie altengerechte Wohnungen im Ortskern. Für Zurstraßen zwar eine positive Bilanz, aber kein Grund zur Selbstzufriedenheit. „Schon jetzt beträgt der Anteil der 60-plus-Generation in Schönberg über 35 %, Tendenz steigend. Die Zahl der über 80-Jährigen wird bundesweit bis 2030 um 80 % steigen, in Schönberg sogar um 125 %. Der Pflegebedarf in Schönberg wird also zunehmen und der Bedarf nach altengerechten Wohnungen auch. Wir wollen mit den



Möglichkeiten, die die Gemeinde hat, die Weichen dafür stellen, dass wir diesen Bedarf decken können.“

Die Landesregierung fördert die **Pflegeausbildung**, indem sie den Pflegeschulen Gelder für insgesamt 400 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt, die dann von dort als Stipendium vergeben werden. Darauf wies Ministerin Alheit hin. **Die Schönberger Sozialdemokraten wollen durch einen Ausbildungspakt mit dem ASB hierzu ebenfalls beitragen.**

**Keine Kommentare**

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 25.04.2013, 20:12 Uhr  
- 20526 Clicks - Nr. 320

## **SPD-Fraktion gegen Kürzung der Eingliederungshilfe für Arbeitslose**

### **SPD-Fraktion spricht sich gegen die Kürzung der Eingliederungshilfe für Arbeitslose aus**

Auf der April-Sitzung des Beirates des Jobcenters Rendsburg-Eckernförde, das eine gemeinsame Einrichtung der Bundesagentur für Arbeit und des Kreises ist, wurde das „Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2013“ vorgestellt. Ulrich Kaminski, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion und Vertreter des Kreises im Beirat: „Die Bundesagentur streicht mit diesem Programm ca. 1,6 Millionen Euro an Eingliederungshilfen ...



... für Arbeitslose im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Damit sind die Mittel seit 2010 um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Viele Maßnahmen müssen eingestellt werden. Langzeitarbeitslose können keine ausreichende Förderung mehr erhalten. Das ist nicht hinnehmbar.“ Die SPD-Kreistagsfraktion spricht sich gegen die Kürzungen der Eingliederungshilfe für Arbeitslose aus und will alles ihr Mögliche unternehmen, um dieses zu revidieren. Die in 2012 im deutschen Bundestag gegen die Stimmen der SPD beschlossenen erneuten Kürzungen der Eingliederungshilfen für Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen sind nun auch im Kreis Rendsburg-Eckernförde angekommen. Konkret bedeutet das für die Bürgerinnen und Bürger, die unverschuldet arbeitslos wurden und über Weiterbildungen und Qualifikation alle Anstrengungen auf sich nehmen wollen, um wieder arbeiten zu können, dass 50 % weniger Hilfen an Aus- und Fortbildung, Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwand (sog. „1€ Jobs“) usw. gewährt werden können. Man überlässt die Menschen ihrem Schicksal und nimmt ihnen zusätzlich die Chance, wieder aktiv am Arbeitsleben teilzunehmen. „Das entspricht nicht der Arbeitsmarktpolitik der SPD“, so der sozialpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion. Das Jobcenter als Nachfolgeorganisation der ARGE hat insbesondere die Aufgabe, Langzeitarbeitslosen Perspektiven aufzuzeigen, Bewerbungstrainings durchzuführen, Vermittlungshemmnisse abzubauen und Grundqualifikationen für Arbeitssuchende zu vermitteln. Durch die Mittelkürzungen wird dieses kaum noch möglich sein. Die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt wird damit auch für die Job-Center zunehmend schwieriger. „Was können wir unseren Kunden denn noch anbieten?“ ist der immer lauter werdende Tenor von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jobcenter, die das umzusetzen haben, was in Berlin (Bundesregierung) und Nürnberg (Bundesagentur) beschlossen wurde.

Uli Kaminski (Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion RD-ECK)

**Keine Kommentare**

## Landtag beschließt Tariftreue-Gesetz

Die Koalition aus SPD, Grüne + SSW haben Wort gehalten.

heute, Donnerstag, 25.04.2013 war im Schleswig-Holsteinischen Landtag ein guter Tag für die Arbeitnehmer und für alle tariftreuen Betriebe.

Der Landtag hat in namentlicher Abstimmung (wurde von der CDU beantragt) mit 35 Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90 – Die Grünen und dem SSW, gegen 31 Nein-Stimmen der CDU, FDP und der Piraten ein Tariftreuegesetz für Schleswig-Holstein beschlossen.



Die Wortbeiträge gegen ein Tariftreuegesetz waren zum Teil abenteuerlich, hatte wenig Sachverstand oder war wie der der Piraten nur das „Beleidig sein“ weil ihre Änderungsvorschläge, die teilweise auch noch verkehrt waren, nicht aufgenommen wurden.

Lars Harm für den SSW, Tietze für die Grünen und Olaf Schulze für die SPD haben sachlich begründet, auch darauf hingewiesen, dass man aus den Anhörungen gelernt hat und Hinweise, wie beispielsweise die Aufnahme der Kommunen in das Gesetz, übernommen hat.

Der Wirtschaftsminister hat wie auf der AfA-Landeskonferenz gut argumentiert und herausgestellt, dass die Landesregierung dafür steht, dass Arbeitnehmer fair bezahlt werden und kein Betrieb der das schon heute macht Angst vor diesem Gesetz haben muss. Und für die anderen ist das Gesetz eben da.

**Also klare Sache: Versprochen – gehalten! Bitte in jeder Versammlung darüber berichten.**

**Keine Kommentare**

## Wer mehr Studienanfänger hat, braucht auch mehr Geld

**Zu Protokoll gegebene Landtagsrede vom 25. April 2015 zum Hochschulpakt**

Der Bericht der Frau Ministerin zeigt erneut, auf welch dünnem Eis sich alle bewegen, die versuchen, Bedarfsprognosen zu erstellen. Man kann zwar die Bevölkerungsentwicklung innerhalb der verschiedenen Altersgruppen einigermaßen präzise voraussagen, aber dass die jungen Menschen sich dann so überhaupt nicht



an die mit so viel Mühe und Sorgfalt erstellten Prognosezahlen halten, ist schon sehr rücksichtslos von ihnen und zeugt von mangelndem Respekt vor der Arbeit unserer Statistiker.

Schon in der ersten Phase des Hochschulpaktes haben sich plötzlich doppelt so viele Studienanfänger in die Hochschulen gedrängt wie ursprünglich angenommen. In Schleswig-Holstein herrschte wenigstens Zucht und Ordnung; eine Überschreitung der Prognose um 49 zusätzliche Studierende kann man ja noch durchgehen lassen.

Aber das Maß ist voll, wenn jetzt plötzlich über 600.000 zusätzliche Studierende bundesweit an den Hochschulen auflaufen, während diese ja nur mit 275.000 gerechnet haben. Das wirft natürlich alle Maßnahmen über den Haufen, die die Hochschulen aufgrund der bisherigen Projektionen ergriffen haben.

Auch wenn diese zusätzliche Welle an Studierenden die Hochschulen hart trifft, ist das nicht die Sintflut; für unsere Gesellschaft ist es eher die Nilschwemme, auf die sich die Ägypter jedes Jahr gefreut haben. Denn man kann es nicht oft genug sagen: Deutschland braucht mehr Leute mit einer Hochschulqualifikation. Wir brauchen sie auch und gerade aus Familien, in denen für frühere Generationen höhere Bildungsabschlüsse nicht erreichbar waren, nicht weil es an der Intelligenz mangelte, sondern weil das nötige Kleingeld fehlte.

Jenseits der bekannten Faktoren wie dem Wegfall von Wehrdienst und Zivildienst und dem doppelten Abiturjahrgang ist es eine gute Nachricht, dass sich immer mehr junge Frauen und Männer dazu entschließen, ein Studium aufzunehmen. Dass die Hochschulen diesen Zuwachs nicht mit Bordmitteln bewältigen können, versteht sich von selbst, und es ist deshalb eine uneingeschränkt gute Nachricht, dass die gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern vor 14 Tagen die Mittel des Hochschulpaktes um knapp viereinhalb Milliarden Euro erhöht hat.

Die Hochschulen unseres Landes bekommen offenbar wiederum nur ein kleines Rinnsal dieser Springflut ab und müssen wohl nur 200 Studierende mehr aufnehmen, als ursprünglich vorausgesagt wurde. Die Konsequenzen für den Landeshaushalt halten sich nach den Zahlen, die Frau Wende genannt hat, mit rund zehn Millionen Euro in hantierbaren Grenzen.

Diese Einigung zwischen Bund und Ländern stimmt mich optimistisch, dass es uns auch gelingen wird, einen Hochschulpakt III abzuschließen, für den sich der Bildungsausschuss in seltener Einstimmigkeit ausgesprochen hat.

Ich bitte die Landesregierung, uns im Bildungsausschuss regelmäßig über weitere Entwicklungen und Fortschritte im Bereich der Hochschulfinanzierung zu unterrichten.

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 26.04.2013, 18:54 Uhr - 12358 Clicks - Nr. 323

## **Eröffnung der ECC Repenning Batteriefabrik, 25. April 2013, Geesthacht**

Zur feierlichen Eröffnung der neuen Batteriefabrik in Geesthacht auf Einladung des Firmeninhabers Dr. Repenning erschienen über 120 Gäste, unter Ihnen Staatssekretärin Dr. Ingrid Nestle, der Geesthachter Bürgermeister Dr. Manow und SPD-Bundestagskandidatin Dr. Nina Scheer.

Der als Fachveranstaltung zu Energiewendefragen ausgerichtete Anlass bot ein Forum, in dem Detailfragen zu Speichertechnologien und den im Zuge der Energiewende einzuleitenden Strukturwandel des Energiemarktes diskutiert wurden. Im Anschluss an den Vortrag von Prof. Sauer, von der RWTH-Aachen, hinterfragte Scheer, welche Folgerungen für die Rahmensetzung und Politik zu ziehen seien, wenn sich die anlaufende Entwicklung des Speichermarktes insbesondere dezentral ausgestalte. Sie trete für die Einführung eines Netzmanagement und Speicherbonus ein. Prof. Sauer stimmte darin überein, dass es die Finanzierungs- und Preisbildungsinstrumente auf die Herausforderungen der Energiewende anzupassen gälte. Es müssten Anreize geschaffen werden, die eine bedarfsgerechte Speicherung von fluktuierender regenerativer Energien ermöglichen.

Der erste Teil der Vorträge schloss mit einer Werksbesichtigung und anschließendem Gesprächen bei Speis und Trank.

In der neuen Fabrik, des Geesthachter Unternehmens, werden LI FE- Zellen entwickelt und produziert, die in auf Lithiumtechnologie basierenden Batterien genutzt werden können. Werden diese zur Zwischenspeicherung von Strom verwendet, werden damit regenerative Energien kontinuierlich nutzbar.



Die Eröffnung der Batteriefabrik von ECC Repenning in Geesthacht bedeutet für die Stadt und Region einen Zugewinn als Wirtschaftsstandort im Bereich einer der zentralen Zukunftstechnologien.

Foto: v.l.n.r.: Prof. Dr. Martin Winter (Westfälische Wilhelms-Universität Münster); Prof. Dr. Dirk-Uwe Sauer (RWTH Aachen); Dr. Detlev Repenning (Geschäftsführer ECC Repenning GmbH); Dr. Nina Scheer (SPD-Bundestagskandidatin Wahlkreis Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd); Ludwig Schletter (Geschäftsführer Schletter GmbH).

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 26.04.2013, 23:44 Uhr - 6093 Clicks - Nr. 324

## **SPD setzt sich für einheitliche Regelung bei der Nutzung öffentlicher Flächen ein**

Bad Bramstedt. Die monatelange Diskussion um eine Satzung für die Nutzung öffentlicher Flächen könnte nun bald ein Ende finden. Die Bad Bramstedter SPD hat bei der Kommunalaufsicht für Klärung über eine angemessene Höhe der Vergütung gesorgt. Die Antwort des Gemeindeprüfungsamtes erteilt den Überlegungen von CDU, FDP und Verwaltung, die Flächen für geringe Centbeträge zu verpachten, eine deutliche Absage.



Das Gemeindeprüfungsamt schreibt der SPD und der Stadt: „Bei der Festlegung der Gebührensätze ist darüber hinaus das in abgaberechtlichen Sachen geltende Äquivalenzprinzip zu beachten, dem zufolge die Gebühr nicht im Missverhältnis zu der gebotenen Leistung stehen darf. Gebührensätze von 3,00 - 5,00 € / m<sup>2</sup> / Jahr für Verkaufsflächen und Gastronomie (Tische und Stühle) werden diesen gesetzlichen Vorgaben nicht

gerecht. ... Ein derartiger Gebührensatz ist weder der Art und dem Ausmaß der Einwirkungen auf die Straße noch dem wirtschaftlichen Interesse angemessen.“

Im weiteren Text der Antwort des Prüfungsamtes wird auch von einer möglichen Kürzung von Fehlbetragszuweisungen gesprochen, falls die Gebühr gar nicht oder zu niedrig festgesetzt wird.

Klaus-Dieter Hinck, Mitglied für die SPD im Finanzausschuss der Stadt: „Damit haben wir eine vom Finanzausschuss gewünschte Klärung erhalten und können endlich in eine sachgerechte Diskussion eintreten. Wir hoffen, dass die anderen Parteien nun ihrer Verantwortung gegenüber der finanziellen Lage der Stadt gerecht werden und bereit sind, über moderate Pachten für öffentliche Flächen zu reden. Man kann nicht immer die Finanzlage der Stadt beklagen und dann öffentliches Eigentum zu Schleuderpreisen vermarkten. In dieser Ansicht bestärkt uns das Prüfungsamt.“

Die SPD habe sich seit Monaten für eine einheitliche und moderate Fassung der neuen Satzung engagiert. Ihr geht es darum, dass nicht der Eindruck von Vetternwirtschaft entstehen kann, wenn an einer Stelle niedrige und an anderer Stelle hohe Gebühren verlangt werden. Das solle, so Hinck, einheitlich, nachvollziehbar und wirtschaftlich korrekt geregelt werden.

Die SPD hofft, dass der von der FDP geführte Finanzausschuss noch vor der Kommunalwahl tagt und sich abschließend mit dem Thema befassen kann. Das Schreiben des Prüfungsamtes hat die SPD allen anderen Parteien und der Verwaltung zur Kenntnis gebracht.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 27.04.2013, 10:11 Uhr  
- 20295 Clicks - Nr. 325

## **Kreisweite Schulsozialarbeit**

### **Jugendhilfeausschuss stimmt einstimmig dem SPD-Antrag zu**

Wie die sozial- und jugendpolitischen Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, Ulrich Kaminski und Otto Griefnow mitteilen, hat der Jugendhilfeausschuss in seiner aktuellen Sitzung am 24.04.2013 den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion **einstimmig** beschlossen, sich für eine kreisweite Schulsozialarbeit auch über das Jahr 2013 hinaus einzusetzen und entsprechende Verhandlungen dazu aufzunehmen...

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Die Verwaltung schlug daraufhin vor, Gespräche mit den Schulträgern im Kreis über die weitere Förderung der Schulsozialarbeit zu führen. Zielsetzung soll es sein, dass die Durchführung der Schulsozialarbeit unter Berücksichtigung der in dem Rahmenkonzept festgelegten Eckpunkte und der Ergebnisse der Evaluation fortgesetzt werden kann.

Der Beschlussvorschlag lautete: **„Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, mit den Schulträgern im Kreis Rendsburg-Eckernförde Gespräche über die weitere Förderung der Schulsozialarbeit aufzunehmen.“**

„Für die SPD ist damit ein erster Meilenstein auf dem Weg zu einer dauerhaften Finanzierung der Schulsozialarbeit im Kreis Rendsburg-Eckernförde beschlossen worden“, so der Sozialexperte Ulrich Kaminski. Der Bund wird die Finanzierung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ab 2014 einstellen. „Eine einstimmige Beschlusslage ist die beste

Voraussetzung für die weiteren Verhandlungen und die Haushaltsberatung 2014", so der zuständige Vorsitzende des Jugendhilfeausschuss, Otto Griefnow.

Ulrich Kaminski, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion  
Otto Griefnow, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion

**Keine Kommentare**

[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 27.04.2013, 12:02 Uhr - 190020 Clicks - Nr. 326

## Landesparteitag

**Erster Tag 27.4.2013** Der Landesparteitag in Büdelsdorf ist in vollem Schwung. Jetzt spricht gerade Ralf Stegner, er erhält viel Beifall, weil er Klartext spricht.



**Zweiter Tag 28.4.2013** Torsten Albig bringt einen Antrag zur Kommunalpolitik ein.

Zu Beginn gab es eine Demonstration der Beamten von Polizei, Feuerwehr und aus den Schulen, die erwarten, dass der Tarifabschluss für die Angestellten auf ihre Gehälter übertragen wird. In der Sitzung bekam dann der DGB-Vorsitzende Uwe Polkaehn die Gelegenheit, in einem Grußwort das Wort an den Parteitag zu richten. Er hat nachdrücklich die Forderung auf Übernahme der Tarifabschlüsse hingewiesen aber nicht vergessen, dass die SPD-geführte Regierung schon erste Erfolge in Bezug auf Arbeitnehmerrechte erreicht hat.

**11.45 Uhr** Ralf Stegner spricht alle wichtigen Politikfelder an und zeigt die Unterschiede zwischen der SPD und anderen Parteien. Die Stimmung ist gut und es kommt der nötige Kampfeswille auf, der Voraussetzung ist für den Erfolg in der bevorstehenden Kommunalwahl.

**12.45 Uhr** nach einer intensiven Aussprache wird die erste Wahl durchgeführt. Der einzige Kandidat für den Landesvorsitz Ralf Stegner steht zur Wahl. Bis die Auszählung beendet ist stellen sich einige Parteiinitiativen vor. Die Aktion Mitmachen und der Willy Piecyk Preis werden in Erinnerung gerufen.

**13.05 Uhr** Das Ergebnis: 78% der abgegebenen Stimmen für Ralf Stegner

**14.30 Uhr** Wahlergebnisse: Bettina Hagedorn ist mit 83% zur und Andreas Breitner mit 97% zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

**14.45 Uhr** Wahlergebnis: Stefan Bolln wird mit 96% zum Landesschatzmeister gewählt.

Es läuft die Vorstellung der Bewerber um die Beisitzerposten im Landesvorstand.

Die Webseiten des Jahres werden ausgezeichnet:

**SPD-Suchsdorf aus Kiel**

**SPD-Tangstedt aus Stormarn**

**SPD-Wentorf aus Lauenburg**

Rudolf Riep, Sprecher der Internetkooperative SPD-NET-SH überreicht die Urkunden an die Kreisvorsitzenden mit der Bitte, sie in entsprechend feierlichem Rahmen an die Ortsvereine zu übergeben.

**16.15 Uhr** Grußwort von Martin Diekmann Fachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie bei Verdi zur Lage bei Prinovis in Itzehoe. Der Parteitag unterstützt die Forderungen und demonstriert das durch Applaus im Stehen. Ralf Stegner sichert die Unterstützung der Landes-SPD zu.

**16.30 Uhr** Wahlergebnis zur Beisitzerwahl: Im ersten Wahlgang sind gewählt:

Kristin Alheit

Wolfgang Baasch

Serpil Mydyatli

Birte Pauls

Mathias Stein

Zwei weitere BeisitzerInnen werden in einem zweiten Wahlgang bestimmt.

Nach ausführlicher Diskussion stimmt der Parteitag dafür, in den kommunalen Spitzengremien nur noch SPD-Vorschläge einzureichen, die den Quotenregelungen entsprechen, die für die Wirtschaft gefordert werden.

**17.15 Uhr** Der Landesvorstand ist vollständig gewählt. Im zweiten Wahlgang werden

---

**9.45 Uhr** Torsten Albig hält eine fulminante Rede zur Kommunalpolitik und stellt klar, dass die Regierung und die Stadt- und Gemeindevertretungen und Kreistage zusammen für die Menschen im Land arbeiten und dass die SPD überall auf Sieg spielt. Nirgend soll es um ein Gegeneinander zwischen Stadt und Land geben. Das Land will aktiv die Kommunen stützen und damit viele Mittel binden, die dann aber nicht woanders verfügbar sind.

**11.00 Uhr Sigmar** Gabriel spricht zum Parteitag, spannende und bewegende Rede, die klar macht, warum die SPD gebraucht wird. Anschließend Aussprache und langanhaltender Beifall.

**13.00 Uhr** Beginn der Landeswahlkonferenz mit dem Bericht von Ernst Dieter Rossmann.

13.30 Uhr Ralf Stegner bringt den Listenvorschlag zur Bundestagswahl ein: 1. Ernst Dieter Rossmann 2. Bettina Hagedorn 3. Sönke Rix 4. Gabi Hiller-Ohm 5. Franz Thönnies 6. Nina Scheer 7. Hans-Peter Bartels 8. Birgit Malecha-Nissen 9. Mathias Ilgen 10. Karin Thissen 11. Dirk Peddinghaus

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 28.04.2013, 11:50 Uhr - 7457 Clicks - Nr. 327

## Internetauftritt der SPD-Tangstedt ausgezeichnet!

Während des Landesparteitages der SPD Schleswig-Holstein am 27. + 28.04.2013 in Büdelsdorf wurde der Internetauftritt der **SPD-Tangstedt** als Webseite des Jahres ausgezeichnet. Diese Auszeichnungen erhielten auch die Webseiten der SPD-Suchsdorf/Kiel und SPD-Wentorf im Herzogtum Lauenburg. Abgerundet wird der Internetauftritt der **SPD-Tangstedt** durch Auftritte auf <https://twitter.com/SPDTangstedt> und auf <https://www.facebook.com/SpdTangstedt>



Der besondere Dank gilt **Thorsten Runge** und **Johannes Kahlke**

Siehe auch:

[spd-tangstedt.de](http://spd-tangstedt.de)

[spd-suchsdorf.de](http://spd-suchsdorf.de)

[www.spd-net-sh.de/rz/wentorf/](http://www.spd-net-sh.de/rz/wentorf/)

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 28.04.2013, 19:18 Uhr - 13833 Clicks - Nr. 328

## Internetseiten des OV Suchsdorf ausgezeichnet

Der Ortsverein Suchsdorf erhält dieses Jahr die Auszeichnung zur Webseite 2013 in der Kategorie Gestaltung. Die Internetkooperative spd-net-sh zeichnet jährlich drei Webseiten in verschiedenen Kategorien aus. Dabei werden nach den Kategorien Ortsbezug, Gestaltung und Aktualität besonders gelungene Seiten bedacht.

Der Sprecher der Internetkooperative Rudolf Riep überreichte Kreisvorsitzenden Jürgen Weber vor den Delegierten des Landesparteitages die



Weitere Auszeichnungen in den Kategorien Ortsbezug und Aktualität wurden an die Kreisvorsitzenden von Storman (für den OV Tangstedt) und Herzogtum Lauenburg (OV Wentorf) überreicht. Herzlichen Glückwunsch!

<http://www.spd-kiel.de/suchsdorf>

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.04.2013, 22:14 Uhr - 8555 Clicks - Nr. 329

## Friedensandachten auf dem Kirchentag



## **Martin Habersaat beteiligt sich am 3. Mai (11.00 Uhr) an VCP-Reihe**

Jedes Jahr verteilen Pfadfinderinnen und Pfadfinder in der Adventszeit das Friedenslicht aus Bethlehem als Symbol für die Sehnsucht nach Frieden. Gleichzeitig soll die ökumenische Aktion, an der sich auch der Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP) beteiligt, an die Verantwortung aller erinnern, sich für den Frieden in der Welt zu engagieren.



Von Anfang an beteiligen sich auch die Pfadfinderinnen und Pfadfinder des Stammes Martin-Luther-King in Barsbüttel an der Aktion Friedenslicht. Hier war auch Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd, in viele Jahre aktiv; noch heute ist er VCP-Mitglied.

Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag wird der VCP am Donnerstag, Freitag und Samstag (2.-4. Mai) stündlich Friedenslicht-Andachten halten. Veranstaltungsort ist jeweils das Mahnmal St. Nikolai (Willy-Brandt-Str. 60, 20547 Hamburg). Es beteiligen sich auch die Bischöfin i.R. Maria Jepsen, die ehemaligen Bundesminister Dr. Heiner Geißler und Dr. Frank Walter Steinmeier, Volker Beck, Andrea Nahles und viele andere.

### Übersicht über die Friedenslicht-Andachten:

#### 2. Mai

11.00 Uhr: Dr. Heiner Geißler, Bundesminister a.D.

12.00 Uhr: Lars Dedekind, Landesjugendpfarrer Ev. Luth. Kirche Braunschweig

13.00 Uhr: Dr. Ulrich Fischer, Landesbischof der Ev. Landeskirche Baden

14.00 Uhr: Ralf Meister, Landesbischof der Ev. Luth. Landeskirche Hannover

15.00 Uhr: Dr. Markus Dröge, Bischof der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg

16.00 Uhr: „Friedenslicht trifft Flamme der Hoffnung“, gemeinsam mit dem Bund Muslimischer Pfadfinderinnen und Pfadfinder Deutschlands

17.00 Uhr: Cornelia Dassler, Landesjugendpastorin Hannover

#### 3. Mai

11.00 Uhr: Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter Schleswig-Holstein

12.00 Uhr: Maria Jepsen, Bischöfin i.R.

14.00 Uhr: Ilse Junkermann, Landesbischöfin Ev. Kirche in Mitteldeutschland

15.00 Uhr: Andrea Nahles, SPD-Generalsekretärin

16.00 Uhr: Dr. Hans-Jürgen Abromeit, Bischof der Ev. Luth. Kirche in Norddeutschland

17.00 Uhr: Dr. Frank Walter Steinmeier, MdB, Fraktionsvorsitzender

4. Mai

11.00 Uhr: Jörg Paudtke, Baptistische Pfadfinderschaft

13.00 Uhr: Joachim Liebig, Kirchenpräsident der Ev. Landeskirche Anhalts

14.00 Uhr: Volker Beck, MdB, Fraktionsgeschäftsführer

15.00 Uhr: Renke Brahms, Schriftführer Bremische Landeskirche

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.04.2013, 22:15 Uhr - 9983 Clicks - Nr. 330

## Zum Boys Day in den Landtag

Anlässlich des diesjährigen Boys Day besuchten Niklas, Timo und ihr Vater Oliver Sendzik aus Glinde den Landtag in Kiel, um einen Tag lang dem Landtagsabgeordneten Martin Habersaat über die Schulter zu gucken. Früh am Morgen ging es los mit einem Rundgang durch das Landeshaus, bei dem Martin Habersaat erläuterte, wie das mit Ausschüssen, Fraktionssitzungen und Arbeitskreisen so funktioniert.

Auch das Büro von Ralf Stegner wurde unter die Lupe genommen, bevor es ins Plenum ging, wo der Landtag u.a. das Thema „Frauenquote“ diskutierte.

Zum Foto gesellte sich dann Innenminister Andreas Breitner zu den vier Südstormarnern. Am spannendsten trotz aller Politprominenz jedoch, so das Fazit der Jungs: „Der Paternoster und die Sicherheits-schleuse!“



Foto: Martin Habersaat, Timo, Niklas und Oliver Sendzik, Andreas Breitner

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 29.04.2013, 15:16 Uhr - 24754 Clicks - Nr. 331

## 25 Kandidaten - 25 Argumente

Am 1. Mai sind es noch 26 Tage bis zur Kommunalwahl. Diese Zeit will der SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde nutzen. Im Online-Wahlkampf präsentieren die

Genossinnen und Genossen einen „Countdown“ mit den Kandidatinnen und Kandidaten sowie Wahlversprechen zur Kreistagswahl.

Vom 01. bis zum 25. Mai wird täglich einer der 25 Direktkandidaten mit einem der Wahlversprechen aus dem Kreiswahlprogramm 2013 – 2018 vorgestellt.



„Mit dieser Aktion wollen wir einmal mehr unser Team zur Kreistagswahl vorstellen“, erklärt der stellvertretende Kreisvorsitzende Götz Borchert. Die SPD habe im März ein umfassendes Kreiswahlprogramm beschlossen. 25 der zentralen Aussagen wollen die Kandidatinnen und Kandidaten auch auf diese Weise den Bürgerinnen und Bürgern näher bringen. Über viele Funktionen im Internet bestehe zudem die Möglichkeit zur Diskussion. „Gleichzeitig wollen wir mit dieser Aktion noch einmal auf die Kreistagswahl am 26. Mai aufmerksam machen und hoffentlich gerade auch jüngere Menschen für die Kommunalpolitik interessieren.“

Die Aktion ist auf der Homepage des Kreisverbandes ([www.spd-rd-eck.de](http://www.spd-rd-eck.de)) zu sehen. Auch auf viele Websites der Ortsvereine im Kreis werden die Beiträge zu finden sein. Zudem werden Mitglieder der SPD die Beiträge in sozialen Netzwerken posten, darunter der Spitzenkandidat Dr. Kai Dolgner, MdL, und der Kreisvorsitzende Sönke Rix.

Kommentar von [Martin Tretbar-Endres](#) vom 29.04.2013, 20:14 Uhr:

**RE: 25 Kandidaten - 25 Argumente**

*Super Aktion. Zur Nachahmung für die Ortsvereine empfohlen. Martin Tretbar-Endres, (Mein Beitrag kommt am 10. Mai)*

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 30.04.2013, 01:18 Uhr - 8783 Clicks - Nr. 332

## **Klaus-Dieter Hinck wiedergewählt als Ortsvereins-Vorsitzender**

Bad Bramstedt. Bundesweit ist die SPD mit ihrer Mitgliederzahl auf einem Rekordtief in der Nachkriegszeit angelangt; für den Bad Bramstedter Ortsverein gilt das aber nicht. Wie Vorsitzender Klaus-Dieter Hinck auf der Jahreshauptversammlung im Kaisersaal vermelden konnte, ist die SPD Bad Bramstedt im letzten Jahr um 10 auf jetzt 87 Mitglieder gewachsen.



Keine Überraschungen brachten die Vorstandswahlen. Hinck wurde in seinem Amt bestätigt, ebenso wie sein Stellvertreter Karl-Heinz Otters und Kassierer Wolfgang Giehl. Ein arbeitsreiches Jahr lag seit der Jahreshauptversammlung 2012 hinter dem SPD-Ortsverein. Dazu zählte Hinck die aus SPD-Sicht erfolgreiche Landtagswahl, durch die Torsten Albig Ministerpräsident von Schleswig-Holstein wurde. Zu den Erfolgen der SPD zählte Hinck auch die Umfrage zum Thema „Leben und Einkaufen in Bad Bramstedt“, die große Resonanz in der Bevölkerung hatte. Mit dem Bürger- und Verkehrsverein führe die SPD zudem einen Dialog zur Attraktivitätssteigerung des Maienbeeck. Viel Arbeit wurde in das Kommunalwahlprogramm gesteckt, das ganz auf der Linie der Bundes-SPD mit den Schwerpunkten soziale Gerechtigkeit durch Bildung und Kinderbetreuung liegt. „Wir können stolz sein auf dieses Wahlprogramm, das geprägt ist von klaren Aussagen und nicht von widersprüchlichen Blasen“, sagte Hinck. SPD-Pressesprecher Jan-Uwe Schadendorf reklamierte für seine Partei sogar die „Meinungsführerschaft“ in Bad Bramstedt. Er begründete das beispielsweise mit der Haltung der größten Partei, der CDU, zum Umbau des Tennenfußballplatzes in einen Kunstrasenplatz. Bisher sei die CDU dagegen gewesen, „jetzt ist sie auf unsere Meinung eingeschwenkt“. Kassierer Wolfgang Giehl, der bereits

seit 23 Jahren dieses Amt innehat, erklärte den Mitgliederzuwachs auch damit, dass der Ortsverein Mönkloh im vergangenen Sommer in den Bad Bramstedter Ortsverein integriert worden war. Allerdings gab es auch Verluste im Altbestand. Die Fraktion habe sich mit „enorm vielen Themen“ befasst, erklärte deren Vorsitzender Bodo Clausen. So sei der sogenannte „Frankenkredit“ durch die SPD aufgedeckt worden. Als Erfolg wertete er den Beschluss zu einer Tempo-20-Zone auf dem Bleeck, die allerdings noch nicht eingerichtet ist. Eine Niederlage musste die SPD dagegen bei ihrer Initiative zu einer neuen Straßenreinigungssatzung hinnehmen. Auch wollte die SPD, entgegen der politischen Mehrheit, nur eine Erhöhung der Hundesteuer für Kampfhunde, nicht für alle Hunde, so Clausen. Er unterstrich noch einmal die SPDForderung, die Nutzungsgebühren für städtische Flächen, die Wirte und Ladeninhaber bezahlen sollen, nicht zu gering zu halten. Die Stadt benötige das Geld. Kein Verständnis zeigte Clausen für die Haltung der CDU-Fraktion in ihrer Kontrollfunktion gegenüber der Stadtverwaltung. Die CDU sei, obwohl der Bürgermeister von der FDP komme, noch immer eine „unkritische Rathauspartei“. (Text aus Segeberger Zeitung vom 29.4.2013 / osp)

**Keine Kommentare**

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 30.04.2013, 07:42 Uhr - 4744 Clicks - Nr. 333

## **Tag des Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis**

Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis ist am 4. Mai 2013 von 11.00 bis 13.00 Uhr vor dem MarktTreff in Steinfeld mit einem Informationsstand und einer kleinen Ausstellung zum 150jährigen Parteijubiläum und zum 40jährigen Ortsvereinsjubiläum präsent.

Neben guten Gesprächen werden der Bundestagskandidat Dirk Peddinghaus und der Kreistagskandidat Karsten Stühmer erwartet.

Den Besuchern wird eine Grillwurst und eine kleine Überraschung angeboten. Der Ortsverein freut sich über viele Besucher.

**Keine Kommentare**

[SPD-Süderbrarup](#) - veröffentlicht am 30.04.2013, 07:56 Uhr - 3933 Clicks - Nr. 334

## **150 Jahre SPD - 88 Jahre OV Süderbrarup**

Die SPD feiert im Jahr 2013 ihr 150jähriges Bestehen und der SPD Ortsverein Süderbrarup wird 88 Jahre alt. Grund dies gebührend zu begehen. Der OV Süderbrarup lädt zu einem Empfang am 4. Mai 2013 anlässlich des Tages der Ortsvereine in das Hotel Hamester in Süderbrarup ein.

Als Hauptredner wird der Fraktionsvorsitzende des Kreistags Ingo Degner erwartet und der Bundestagskandidat Dirk Peddinghaus hat seinen Besuch angekündigt.

1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Dieses Datum gilt als Gründung der Sozialdemokratie gegründet. Dieses Datum gilt als Gründung der Sozialdemokratie. Die SPD wird bundesweit zu diesem Jubiläum Veranstaltungen durchführen.

Der Ortsverein Süderbrarup wurde 1925 offiziell eingetragen, so dass wir in diesem Jahr unser 88jähriges Bestehen feiern können. Die Sozialdemokraten blicken stolz auf eine 150jährige Geschichte zurück, aus der große Persönlichkeiten hervorgegangen sind.

**Keine Kommentare**

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 30.04.2013, 10:52 Uhr - 28162 Clicks - Nr. 335

## **Erfolgreicher Landesparteitag für die Segeberger SPD**

Franz Thönnies auf Listenplatz 5 zur Bundestagswahl und Alexander Wagner im Landesvorstand.



„Mit dem Resultat für die Segeberger Vertreter bin ich sehr zufrieden“, so äußerte sich Segebergs SPD-Kreisvorsitzender Stefan Weber, nachdem am vergangenen Wochenende in Büdelsdorf der ordentliche SPD-Landesparteitag und die Landeswahlkonferenz zur Bundestagswahl stattfanden.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies (Foto, links), der den Wahlkreis Segeberg - Stormarn-Mitte seit 1994 im Deutschen Bundestag vertritt, erhielt Listenplatz 5. Bei der Bundestagswahl 2009 zogen aus Schleswig-Holstein sechs Abgeordnete in das deutsche Parlament ein.

Die Liste ist mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten ein gutes Angebot an Erfahrung, Verantwortung und neuen Köpfen mit zukunftsorientierter Perspektive. Zwar gab es mit der Gegenkandidatur des Flensburger SPD-Bundestagkandidaten von Platz 11 gegen Thönnies eine Kampfabstimmung, doch ging diese deutlich mit 144 zu 44 für den langjährigen Segeberger SPD-Parlamentarier aus. „Dafür, dass mir die Landes-SPD wieder ihr großes Vertrauen auch für die kommenden vier Jahre ausgesprochen hat, bin ich dankbar und stolz“, so Thönnies.

Auch bei den Neuwahlen zum SPD-Landesvorstand war die Segeberger SPD erfolgreich. Ihr Mitglied des Kreisvorstandes, der 26-jährige Juso-Landesvorsitzende Alexander Wagner (Foto, rechts), setzte sich im zweiten Wahlgang gegen vier Mitbewerber durch. Für die nächsten zwei Jahre vertritt Wagner nun die Interessen der Segeberger Sozialdemokraten und der SPD-Jugendorganisation auf Landesebene.

„Mit zwei kompetenten Segeberger Persönlichkeiten im SPD-Landesverband ist unser Einfluss gestärkt worden. Hoch motiviert und geschlossen gehen wir jetzt engagiert in zwei Wahlkämpfe auf der kommunalen und auf der Bundesebene. Wir wollen starke sozialdemokratische Fraktionen in den Kommunalparlamenten und den Bundestagswahlkreis direkt gewinnen“, summiert SPD-Kreisvorsitzender Stefan Weber den Verlauf des Landesparteitages. Und Franz Thönnies fügt hinzu: „Im Mittelpunkt werden dabei soziale Gerechtigkeit, bezahlbares Wohnen, Kinderbetreuung, gute Bildung, faire Arbeitsbedingungen und ein lebenswertes Umfeld für alle Generationen stehen.“

Inhaltlich konnten die Segeberger Sozialdemokraten ebenfalls Akzente setzen. Der Antrag zur Ablehnung der Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung durch die EU-Kommission wurde vom Landesparteitag angenommen. Die SPD versteht die Versorgung mit Trinkwasser als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge, die daher nicht den Interessen von Unternehmen zur Gewinnmaximierung unterliegen darf. Im Februar hatte der SPD-Kreisparteitag in Kaltenkirchen den Antrag und die Weiterleitung auf die Landesebene beschlossen.

**Keine Kommentare**

## Erfolgreiche Listenaufstellung, 28. April 2013, Büdelsdorf

Auf der Landeswahlkonferenz zur Aufstellung der Landesliste am 28. April 2013 in Büdelsdorf wurde Dr. Nina Scheer, Bundestagsdirektkandidatin im Wahlkreis Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd, ohne Gegenkandidatur und mit deutlichem Votum der Delegierten auf Platz sechs der Landesliste gewählt.

„Ich freue mich über das Ergebnis. Es zeigt das Vertrauen des SPD-Landesverbandes in meine politische Arbeit und spiegelt die Erwartung, diese zukünftig für Schleswig-Holstein im Deutschen Bundestag einzubringen“, so Scheer. Nina Scheer ging in ihrer Vorstellung insbesondere auf ihr energiepolitisches Engagement ein: „Die Energiewende gilt es als Chance und nicht als Kostenlast zu begreifen“, so Scheer. Energie müsse bezahlbar bleiben. Dies ginge aber nur mit der Energiewende, die zugleich für vielfältige Entlastungen stehe. Mit



den bewährten Akteuren, Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Stadtwerken sowie einer starken Regionalwirtschaft sei Schleswig-Holstein das Energiewende-Pionierland. Auf Grundlage von Überproduktion regenerativer Energien könne es nun auch für die Folgeschritte der Energiewende die Nummer eins werden. Hierbei ginge es um den Einsatz von Speichertechnologien und Netzmanagementsystemen – um tragende Zukunftstechnologien.

Aber auch in anderen Bereichen wolle sie als Teil einer starken SPD-Landesgruppe im Bundestag für sozialdemokratische Gestaltungskraft eintreten. In Bezugnahme auf die Rede von Sigmar Gabriel am Vormittag ginge es darum, dem Werteverfall entgegenzuwirken, für den die schwarz-gelbe Bundesregierung stünde. Allein die Entscheidungen der letzten zehn Tagen zeugten von der Unverantwortlichkeit, mit der drängende Herausforderungen durch die Regierungskoalition behandelt würden: „Sei es die Zahnlosigkeit, mit der Schwarz-Gelb Steuerbetrug angeht, sei es die Ohnmacht im Umgang mit Mindestlöhnen, sei es das Versagen bei der gesetzlichen Frauenquote“, so Scheer und schließt: „Die Bundesregierung verspielt durch ihre Konzeptionslosigkeit gesellschaftliche Chancen. Lasst uns gemeinsam für eine neue Politikkultur: für Authentizität von Politik, für Nachhaltige Entwicklung, für soziale Gerechtigkeit – für das Gemeinwohl, eintreten.“

**Keine Kommentare**

## SPD lädt zum Film- und Musikabend ein.

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD zeigt am kommenden Samstag, 4. Mai, als Beginn ihrer Feierlichkeiten zum 150jährigen Bestehen der SPD den Film „Wenn Du was verändern willst“ im „Kaisersaal“ ab 19.30 Uhr. Der Abend wird eingeleitet von einem jungen Musikcabaret „Los Dos musicos cajalleros“ (<https://de->

[de.facebook.com/LosDosMusicosCallejeros](https://de.facebook.com/LosDosMusicosCallejeros)) aus dem Segeberger Raum, die mit ihrem Können auf der spanischen Gitarre und den Castagnetten für Stimmung garantieren

Der Film zeigt die 150jährige Geschichte der Sozialdemokratie – mit Originaldokumenten und wahren Geschichten werden die Motive, Gefühle und Emotionen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die dieses Land gestaltet haben, zum spannenden Leinwand-Erlebnis.

Was ist es, dass so viele Menschen seit 150 Jahren antreibt, sich für die Sozialdemokratie zu begeistern?

Warum riskierten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bis zum Ende des 2. Weltkrieges Verfolgung,

Haft und Tod? Und was treibt sie bis heute an, sich für diese Partei zu engagieren? Zeitzeugen wie Helmut Schmidt, Hans-Jochen Vogel, Renate Schmidt und viele andere lassen die Geschichte der SPD lebendig werden. Sie vermitteln das Streben nach Freiheit und Gerechtigkeit. Die Kraft von Solidarität. Die Macht von Bildung. Und die Überzeugung, dass sich die Lebensverhältnisse für alle zum Besseren gestalten lassen.

Die Bad Bramstedter Sozialdemokraten können auf eine über 100 jährige Geschichte zurückblicken, auch wenn es aus der Zeit nur indirekte Hinweise gibt. So gibt es Berichte aus der Zeit der Sozialistengesetze um 1880 Berichte über sozialistische Umtriebe in Bramstedt und 1907 kandidiert das erste Mal nachweislich ein Sozialdemokrat bei den Kommunalwahlen. Seitdem gibt es – mit Ausnahme der Dritten Reiches, in der auch in Bad Bramstedt Sozialdemokraten und Kommunisten verfolgt wurden – eine durchgehende Geschichte der Bad Bramstedter SPD.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 30.04.2013, 18:36 Uhr - 23290 Clicks - Nr. 338

## **Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.**

Der SPD-Spitzenkandidat zur Kreistagswahl, Kreistagsfraktionsvorsitzender Dr. Kai Dolgner, MdL, erklärt zum 1. Mai 2013 (Tag der Arbeit): „Gute Arbeit bedeutet, dass die Menschen für ihre Arbeitsleistung anständig bezahlt werden und eine ausreichende Altersversorgung erhalten. Auch unser Kreis muss dafür Vorbild sein. Deshalb wird die SPD-Kreistagsfraktion auf Tariftreue achten, eine Auslagerung kommunaler Aufgaben in tariflich nicht geregelte Bereiche und Zeitarbeitsfirmen ablehnen.“

„Gerade im 150. Jahr unseres Bestehens ist es der SPD wichtig, auf die gemeinsamen Wurzeln unserer Partei und den Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung aufmerksam zu machen. In großer Solidarität haben wir in diesen 150 Jahren gemeinsam vieles erreichen können“, erklärt der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix, MdB. „Dabei haben wir immer wieder auch kritische Diskussionen geführt. Wir stehen solidarisch an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen. Denn für gute Arbeit mit einem Mindestlohn und einer sicheren Rente stehen auch wir.“

„Das soziale Europa ist dabei ein Schlüssel für den Erfolg“, ergänzt der stellvertretende Kreisvorsitzende Götz Borchert. „Wer einen



Blick auf viele Nachbarstaaten wirft, kann sehen wohin uns die Austeritätspolitik der Regierung Merkel gebracht hat: Einbruch der Binnennachfrage, hohe Arbeitslosigkeit und soziale Spaltung. Nur eine Politik, die den Schuldenabbau und Investitionen in die Zukunft vereinbart, ist sozial gerecht."

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 01.05.2013, 00:04 Uhr - 25290 Clicks - Nr. 339

## **Unsere Kandidatin im Wahlkreis 1 (Hohenwestedt): Iris Ploog**

Iris Ploog ist unsere Kandidatin für den Wahlkreis 1 mit den Gemeinden Arpsdorf, Aukrug, Ehndorf, Grauel, Heinkenborstel, Hohenwestedt, Meezen, Mörel, Padenstedt, Rade b. Hohenwestedt und Tappendorf.



Über ihre Ziele sagte sie: "Im Kreistag werde ich mich unter anderem dafür einsetzen, dass alle Kinder gleiche Bildungschancen haben, denn diese entscheiden maßgeblich über ihre Zukunft. Kinder und Jugendliche müssen ihre Potentiale auch dann entfalten können, wenn ihnen in der Familie nicht genügend Unterstützung und Förderung zuteil wird. Bildung ist der Schlüssel für eine gute Zukunft - auf eigenen Füßen und möglichst außerhalb der Hilfesysteme.

Förderung individueller Potentiale darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig gemacht werden. Daher bin ich für die Abschaffung des Elternanteils an den Schülerbeförderungskosten.

Auch um den Schülerstamm an der Schule Hohe Geest in Hohenwestedt zu halten ist dies ein wichtiger Beitrag. Als Hohenwestedterin liegt mir das im Sinne meiner Gemeinde, der Lehrkräfte und der Schüler natürlich am Herzen."

Zum heutigen 1. Mai ergänzt Iris Ploog: "Auch wenn heute Arbeit auch nicht immer schön ist - vor über hundert Jahren war es noch schlimmer. Für schlechten Lohn arbeitete man 14 Stunden, bekam keinen Urlaub und die Arbeitsbedingungen waren schlecht. Aus diesen Gründen taten sich am 1. Mai Ende des 18. / Anfang des 19. Jahrhunderts in vielen Ländern Hunderttausende Arbeiter zusammen und protestierten für neue Rechte. Nicht mehr als acht Stunden am Tag arbeiten, einen Mindestlohn, Urlaub, Krankenschutz und eine Altersversorgung - das waren die Themen der Demos. Weltweit gab es dafür verschiedene Aufstände, die zu besseren Bedingungen für Arbeiter führten. Dieser Tag wurde seitdem immer wieder genutzt, um für die Arbeiterrechte zu kämpfen.

Heutzutage ist doch eins besser: Wir können wählen, welche Richtung wir gehen wollen.

Wir Sozialdemokraten setzen uns für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Macht doch einfach mit! Nehmt Euer Wahlrecht wahr!

Am 26. Mai für Eure Kommunen und den Kreis und am 22. September für den Bundestag.



Der 1. Mai ist aber nicht nur der "Tag der Arbeit", sondern auch der Tag des Maifestes, an dem man den Beginn der warmen Jahreszeit feiert und um den Maibaum tanzt. Auch diese Tradition hat eine lange Geschichte.

Ich wünsche auf diesem Wege Allen einen schönen 1. Mai - egal wie und wo Ihr ihn verbringt. Ob Ihr nun streikt oder um den Maibaum tanzt."

**Keine Kommentare**

[SPD-Wilster](#) - veröffentlicht am 01.05.2013, 19:18 Uhr - 13808 Clicks - Nr. 340

## **Helmut Jacobs: Rede zum 01. Mai in Wilster am Ehrenmal**

Am 14. Juli 1889, dem 100. Jahrestag des Sturmes auf die Bastille in Paris, wurde der Tag der Arbeit zum Feiertag des arbeitenden Menschen erklärt. Ein Jahr später, am 1. Mai 1890, beschloss der in Paris tagende internationale Arbeiterkongress, einen Weltfeiertag der Arbeit einzuführen. Heute feiern die Arbeiter in aller Welt den 1. Mai als Tag der Arbeit. Als dieser Tag eingeführt wurde, wollten die Gewerkschaften und die allgemeine politische Arbeiterbewegung bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erkämpfen.



Damals führten die Arbeiter einen Kampf um ein menschenwürdiges und gesichertes wirtschaftliches Dasein. Es ging um das Recht des Arbeiters, als Mensch leben zu können. Die Forderungen, die noch Anfang des 20. Jahrhunderts auf den Fahnen der Arbeiterbewegung standen, sind heute längst erfüllt. Was man damals noch gar nicht zu fordern wagte, ist heute zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Wie stolz wären wohl die Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, wenn sie wüssten und erlebt hätten, dass heute in der Regel weniger als 40 Stunden an 5 Tagen in der Woche gearbeitet wird. Wie stolz wären sie, wenn sie wüssten, dass es bereits seit vielen Jahrzehnten Mutterschutz und Kinderarbeitsverbot gibt. Wie stolz wären sie, wenn sie wüssten, dass es schon längst Kündigungsschutz gibt und der Arbeiter nicht mehr recht- und schutzlos den Widrigkeiten des Lebens ausgesetzt ist. Vieles ist erreicht. Aber auch heute gibt es große Unterschiede zwischen arm und reich und die Schere klafft auseinander. Darum wird in vielen Teilen Deutschlands weiter für eine Beendigung der Umverteilung von unten nach oben gestreikt. Ohne Streiks gäbe es keine Errungenschaften für die arbeitende Bevölkerung. Allerdings finden diese kaum Verständnis bei der Bevölkerung. Schon gar nicht, wenn man wegen eines Streiks stundenlang auf sein Flugzeug oder auf den Zug warten muss. Wer durch den Streik selbst betroffen ist und Nachteile einstecken muss, ist leicht geneigt, über diesen Arbeitskampf zu schimpfen. Das Wort Solidarität tritt immer mehr in den Hintergrund. Wenn aber die Arbeiter an der Entwicklung einer Einkommenserhöhung teilhaben möchten, dann gibt es zum Streik keine Alternative. Während die Unternehmensgewinne stetig wachsen, sind die Löhne teilweise so niedrig, dass man kaum davon leben kann.

Ich möchte kurz 120 – 130 Jahre in unsere Stadtgeschichte zurückzuschauen. Etwa 1880 – später als in vielen anderen Städten – entwickelten sich in Wilster Industriebetriebe. Die Lederfabriken in Landrecht und Rumfleth beschäftigten jeweils mehrere hundert Arbeiter und Arbeiterinnen. Ein sehr guter Verdienst eines Arbeiters in der Lederfabrik lag bei etwa 120 Mark monatlich, bei 63 Stunden Arbeit in der 6-Tage-Woche. Männer

arbeiteten in der Regel 10,5 Stunden und Frauen 9,5 Stunden am Tag. Die Miete betrug etwa 15 Mark im Monat. 1 Kilo Rindfleisch kostete 1,20 und 1 Kilo Schweinefleisch 3,20 Mark und 1 l Bier 0,45 Mark. Im Jahre 1899 blickte ganz Deutschland nach Wilster. Zum ersten Mal hörte man von der kleinen Marschenstadt. Die Lederarbeiter, die durch lange, harte, gesundheitszehrende und schmutzige Arbeit zur Blüte der Lederfirmen beigetragen hatten, machten auf sich aufmerksam. Sie streikten für höhere Arbeitslöhne und kürzere Arbeitszeiten. Die Fabrikanten lehnten die Forderungen ab, weil angeblich die Bilanzen schlecht seien. Die Arbeiter aber sahen die prunkvollen Villen und die großen Feste der Fabrikanten. Sie konnten das nicht glauben. Es war der erste Streik im Deutschen Reich, der mehrere Monate dauerte. Er dauerte mit Unterbrechungen von April bis November und geriet in die Schlagzeilen der Presse im ganzen Deutschen Reich. Die Streikenden erhielten zwar Unterstützung aus der Streikkasse des gewerkschaftlichen Verbandes, aber das Geld reichte nicht, weil es nur etwa ein Drittel des normalen Verdienstes ausmachte. In ganz Deutschland wurde für die Streikenden gesammelt. Selbst in Wilster wurde von den Gewerbetreibenden und Kaufleuten unter dem Siegel der Verschwiegenheit für die Arbeiterfamilien gesammelt, denn diese waren ihre Hauptkunden. Bei Falk und Schütt streikten 350 Mann. Der Fabrikant Böhme solidarisierte sich mit Falk und Schütt und entließ 260 von 310 Arbeitern. Er begründete die Entlassung mit einer schlechten Konjunktur. Beide Lederfabrikanten versuchten heimlich Polen in Arbeit zu bringen. Dieser Versuch scheiterte, weil die Streikenden die Neuankömmlinge am Stadteingang mit Flugblättern und Briefen in polnischer Sprache überzeugen konnten, die Arbeit nicht aufzunehmen. In dieser Zeit war Georg Fürchtegott Zülch Bürgermeister von Wilster. Er war dieses von 1897 – 1902 und wirkte danach 30 Jahre zunächst als Bürgermeister und dann als Oberbürgermeister von Allenstein. Zülch hat bei dem Streik vermittelt und sich sehr auf die Seite der Arbeiter geschlagen. Möglicherweise hat er unangenehme Ausschreitungen verhindert. Der Streik hatte für die Arbeiter übrigens nichts gebracht. Die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Fabrikanten war ungeschwächt geblieben. Der Ledermarkt lief ohnehin gerade ungünstig, so dass sich die Firmen beim Streik besser standen, weil sie keine Löhne zu zahlen hatten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gedenken heißt Erinnern. Wir stehen hier heute am 1. Mai am Denkmal im Stadtpark nicht nur um an Arbeitskämpfe zu erinnern. In Wilster ist es seit langem Tradition, den 1. Mai als Tag der Besinnung zu begehen. Wir stehen hier, um insbesondere der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft zu gedenken. Fast sieben Jahrzehnte sind seit dem letzten Krieg ins Land gegangen und die schmerzlichen Wunden, die dieser Krieg in jeder Familie geschlagen hat, sind fast schon vernarbt, ja vergessen. Die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten hatte uns über 50 Millionen Tote beschert. Die Menschen wurden dahingerafft entweder auf dem Schlachtfeld, durch Bomben, durch Gittern und Stacheldraht oder in der Gaskammer. Wir sind alle verpflichtet, uns unermüdlich dafür einzusetzen, dass so etwas nie wieder passiert. Damals gab es eine Weltwirtschaftskrise, es herrschte große Parteienverdrossenheit und es gab über 6 Mio. Arbeitslose. Wie man aber heute weiß, waren es nicht die Arbeitslosen, die die Nazis wählten. Es waren Millionen von Handwerkern, Landwirten, Gewerbetreibenden und Kleinkaufleuten. Sie fielen auf jeden Schwätzer herein, der ihnen die Wiederherstellung des goldenen Bodens durch den Kampf gegen Juden und Warenhäuser, gegen Börse und Gewerbefreiheit und gegen den Bolschewismus versprach. Man sah häufig im Nationalsozialismus ein kleineres Übel. Die Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland war eine „Zustimmungsdiktatur“. Widersetzt hatten sich ihr nur wenige. Die Nationalsozialisten waren mit ihren politischen Gegnern 1933 schnell fertig geworden; die numerisch mächtigen Organisationen der Arbeiterbewegung waren schnell zerschlagen, ihre Funktionäre wurden inhaftiert und terrorisiert. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaftshäuser von der SA besetzt und das Gewerkschaftseigentum beschlagnahmt. Wie bekannt, waren die Nationalsozialisten von der Wirtschaftskonjunktur begünstigt. Sie begannen in der Erholungsphase nach der Weltwirtschaftskrise und sie sorgten für enorme Binnenachfrage, indem sie die kleine vorhandene Berufsarmee zu einer gewaltigen Militärmaschine ausbauten. Dass die Grundrechte der Weimarer Reichsverfassung durch die sogenannte Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 beseitigt worden waren, ist damals auf keinen nennenswerten Widerspruch gestoßen. Die vielen schnell

improvisierten Konzentrationslager und die in ihnen verübte Gewalt haben damals ebenfalls keinen bemerkbaren öffentlichen Protest hervorgerufen. Auf der Linken schwieg man aus berechtigter Angst. Viele aus dem rechten Teil des politischen Spektrums sahen es mit Genugtuung, dass es den Arbeiterparteien an den Kragen ging. In Wilster wurden im Juni 1933 die Arbeiter und Sozialdemokraten Hermann Krüger vom Rumflether Deich und Friedrich Landsberger aus der Vereinsstraße von Nazis festgenommen und unter Trompeten und Fanfaren durch Wilster getrieben. Sie mussten dabei ein Schild um den Hals tragen, auf dem es hieß: Ich bin ein Betrüger an der Stadt Wilster und am deutschen Volk. Willkürliche Verhaftungen, die sogenannte Schutzhaft, von Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftlern und Andersdenkenden, öffentliche Demütigungen, Verhöre, Gewalttaten und Isolation waren Mittel der Nazis, die politischen Gegner zu verfolgen. Folgende Funktionsträger der Parteien SPD und KPD bzw. der Gewerkschaftsbewegung aus Wilster sind Insassen des Konzentrationslagers Glückstadt gewesen: Bauarbeiter Johannes Jacobs (KPD), Lehrer Bruno Lange (SPD), Zimmermann Karl Lühr (KPD) Gerbereiarbeiter Martin Lühr (KPD), Arbeiter Otto Raatz (KPD), Schiffer Peter Schelig (KPD). Der Maurer Hans Prox war SPD-Ortsvorsitzender und Stadtverordneter. Er lebte mit seiner Familie in der Haackstraße. Er wurde am 8. März 1933 auf dem Wilsteraner Marktplatz festgenommen. Er sollte angeblich Material bei sich geführt haben, dass die Sicherheit des NS-Staates gefährdete. Gegen 14.00 kam er zunächst wieder frei. Am 10. Mai 1933 wird in der Gaststätte meines Großvaters das SPD-Vermögen beschlagnahmt. Es verschwanden zwei SPD-Schränke und ein SPD-Aushangkasten. Am selben Tag fanden Hausdurchsuchungen bei Markus Tiedemann (Rumflether Deich), Otto Führer (Haackstraße), Hans Prox (Haackstraße), Franz Hinrichs (Landrecht), Nikolaus Nottelmann (Deichstraße) und bei Heinrich Heutmann (Bischofer Deich) statt. Am 24. Juni 1933 meldete Bürgermeister Küster, der Mitglied der NSDAP war, dass die Sozialdemokraten O. Führer, H. Prox, H. Führer, F. Hinrichs, M. Tiedemann und B. Gloy noch nicht in Schutzhaft genommen worden seien. Sie mussten sich aber täglich zweimal (vormittags 10 Uhr und nachmittags 16 Uhr) auf der Polizeiwache melden. Wegen der Rüstungsausgaben war das Reich 1938 dermaßen verschuldet, dass ein Staatsbankrott normalerweise unabwendbar war. Dazu ist es nicht gekommen, weil Hitler den Überfall auf Polen befahl, mit dem der Zweite Weltkrieg begann. Die Erfolge der Blitzkriegsstrategie unterwarfen viele Länder Europas und Afrikas deutscher Besatzungsherrschaft. Die wurde dazu genutzt, die finanziellen Belastungen des Krieges abzuwälzen und Lebensmittel und andere Güter nach Deutschland einzuführen. Die Deutschen hatten es materiell gut in den ersten Kriegsjahren. Als sich die militärischen Misserfolge häuften und das 1000jährige Reich unterzugehen drohte, wurde das Attentat vom 20. Juli 1944 auf Hitler versucht, das – obwohl von Generalstabsoffizieren geplant, dilettantisch durchgeführt wurde und scheiterte. Die Folgen waren auch in Wilster zu spüren. Himmler ordnete die „Gewitteraktion“ an, um den Verschwörern mögliche Kooperationspartner in den Regionen und Gemeinden zu entziehen. Alle ehemaligen Mitglieder von Kommunalparlamenten der Parteien Zentrum, SPD und KPD, die nicht inzwischen der NSDAP und ihren Untergliederungen beigetreten waren, wurden in Konzentrationslager eingeliefert. Dazu gehörte Hans Prox. Er wurde verhaftet und in das Konzentrationslager Neuengamme gebracht, wo er am 3.2.1945 verstarb. Die Wilsteraner Sozialdemokraten haben Anfang der 50er Jahre durchgesetzt, dass die Straße „Hinter der Stadt“ in „Hans-Prox-Straße“ umbenannt wurde. Ich möchte aber auch an einen anderen Wilsteraner erinnern, der in einem KZ ermordet worden ist. Heinrich Bielenberg war Jehovas Zeuge und wurde aus religiösen Gründen verfolgt. Er wurde am 24. Februar 1940 im KZ Sachsenhausen ermordet. Sein Tod fällt in eine Zeit im Winter, in der die Nazis das gesamte Lager tagelang ohne Bekleidung hatte antreten lassen, weil ein paar Häftlinge geflohen waren. Die Folge war in Sachsenhausen eine Welle schwerer Erkrankungen, die die Zahl der Todesopfer stark hochschnellen ließ. Die Urnenbeisetzung von Bielenberg erfolgte im April 1940 ohne kirchliche Mitwirkung in Wilster. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Ich bin 1946 geboren und habe immer im Frieden gelebt. Ich hatte Glück. Das hatten mein Vater nicht, mein Großvater nicht und auch mein Urgroßvater nicht. Ich bin sicher, dass die Mehrheit der Menschen in unserem Lande Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ablehnt. Aber ich denke: Diese Mehrheit ist zu leise. Wir sollten uns immer fragen: Tun wir genug, um Krieg, Gewalt und Terror heute und für die

Zukunft zu vermeiden?  
Foto: J. Kock

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 01.05.2013, 21:51 Uhr - 8473 Clicks - Nr. 341

## **SPD-Tangstedt zur Gemeindevertretung 30.04.2013: Verkehr, Kies, Schule**

Zu den Tagungsordnungspunkten der Sitzung der Gemeindevertretung vom 30.04.2013 gehörten neben dem Bericht des Gemeindeführers weiter ein Antrag zur Verkehrssituation, die Mitgliedschaft im Bearbeitungsgebietsverband Alster, eine Erklärung zum Kiesabbau sowie die wärmeenergetische Sanierung eines Bauabschnittes der Grundschule. Dabei zeigte sich den anwesenden Bürger nicht nur eine zerstrittene CDU, sondern auch ein CDU-Gemeindevetreter und Kreistagsabgeordneter, der für eine Eklat sorgte.



Bereits während der Einwohnerfragestunde versuchte der im Publikum sitzende Vorsitzende der CDU, der selber über kein Mandat verfügt, den Fraktionsvorsitzenden seiner Partei **Günter Borchering** mit Fragen zum Thema Kies unter Druck zu setzen. Dieser war kurz angebunden und verwies ohne weitere Antwort auf seine Rede zum Tagesordnungspunkt. Wie sich später zeigte, schien dies nur die Spitze des Eisbergs einer tief gespaltenen CDU zu sein.

### **Bericht des Gemeindeführers**

Sehr schnell nach Beginn der Sitzung konnte **Gemeindeführer Rudolf Körner** seinen Bericht abgeben und zeigte dabei auf, welche Einsätze die drei Ortswehren in der vergangenen Zeit zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger geleistet hatten. Nach dem Bau der Regenrückhaltebecken am Glashütter Weg seien die wetterbedingten Einsätze hier zurückgegangen. Aktuell leisteten 124 Frauen und Männer ihren Dienst. Weiter seien 24 Mitglieder in der Jugendfeuerwehr. Neben der Beschaffung des Löschfahrzeuges und eines Mannschaftstransportwagens für die FF Tangstedt erhielt die Gemeindefeuerwehr ein Einsatzleitfahrzeug, welches bei der FF Wilstedt stehend auch als Mannschaftstransportwagen dient. Körner beendete seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass in den nächsten zwei Jahre die Ersatzbeschaffung eines Löschfahrzeuges für die FF Wulksfelde anstünde sowie ab 2015 die Einführung des Digitalfunkes.

### **Verkehrssituation**

Ein Antrag der CDU-Fraktion mit Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation in Tangstedt stieß bei den anderen Fraktionen auf offene Ohren, die die CDU daraufhin wiesen, dass mit Ausnahme eines Details alle Maßnahmen teilweise schon heute beschlossen sein könnten, wenn diese nicht durch übergeordnete Gremien kassiert worden wären, bzw. durch die CDU seinerzeit verhindert wurden. Einige Punkte des CDU-Antrages waren schon von der **SPD** gestellt worden. Allerdings hatte sich die CDU-Fraktion nie zu einem positiven Ja durchringen können. So stellte dann auch der **SPD-Fraktionsvorsitzende Haesler** fest, dass hier die CDU sich wie ihre Berliner CDU verhält und vor der Wahl populistische Themen der anderen Parteien abzuschreiben und aufzugreifen. Die BGT-Fraktionsvorsitzende bestätigte diese Auffassung. In der Folge wurde der Antrag einstimmig an den zuständigen Bauausschuss überwiesen. **Holger Criwitz (SPD)** äußerte dazu: „Wir sind erfreut, dass die CDU jetzt endlich auf die vielen Anträge der **SPD** und anderer

Fraktionen eingegangen ist. Wir sind jedoch verwundert, dass dies zu Wahlkampfzeiten geschieht, obwohl dies im überparteilichen Konsens schon früher zum Wohle der Bürger möglich gewesen wäre.“

### **Bearbeitungsgebietsverband Alster**

Nach kurzen Ausführungen des **Bürgermeisters Dr. Taube** zum damaligen Beitrittsgrund der Gemeinde Tangstedt zum Bearbeitungsgebietsverbandes Alster (BGV Alster) und ohne weitere Diskussion beschloss die Gemeindevertretung einstimmig, einen entsprechenden Antrag zum Austritt aus dem BGV Alster zu stellen. Bereits jetzt sei die Gemeinde Tangstedt wie viele andere Gemeinden auch Mitglied im Gewässerpflegeverband Alster-Rönne.

### **Erklärung zum Kiesabbau**

Die Erklärung der Gemeindevertretung als gemeinsamer Antrag der **SPD-, BGT- und FDP-Fraktion** sorgte für hitzige Wortmeldungen aus allen Fraktionen. Seitens der Initiatoren wurde deutlich herausgestellt, dass nur die Gemeindevertretung die Autorität besitzt, Planungsentscheidungen zu Konzentrationsflächen zur Wahrung der Interessen aller Bürger herbeizuführen. Der **Fraktionsvorsitzende der SPD, Raymund Haesler** sagte hierzu: "Die Anregung zu dieser Erklärung kommt durch die Aussagen der CDU, die dem Verhalten der aktuellen CDU-Fraktion zuwiderlaufen. Alle sechs Gemeindevertreter der jetzigen Fraktion haben 2007 für deutlich mehr Kies gestimmt. Vier von Ihnen bemühen sich um ein weiteres Mandat. Wie sieht es da mit der Ehrlichkeit der Aussagen im Wahlprogramm und dem zukünftigen Verhalten in der neuen Gemeindevertretung aus? Da müssen doch Zweifel angebracht sein!" Während der Rede des Gemeindevertreters und Kreistagsabgeordneten der CDU, **Jürgen Lamp**, kam es dann zum Eklat, hatte doch zuvor der Fraktionsvorsitzenden der CDU **Günter Borchering** bereits erklärt, dass fünf Mitglieder der CDU-Fraktion gegen die gemeinsame Erklärung stimmen würden. Der Gemeindevertreter **Lamp** aus Wilstedt erklärte u. a., dass er für den Antrag stimmen werde und man doch an die Zeit nach den Wahlen denken soll. Dann forderte er die im Publikum sitzenden Direktkandidaten seiner Partei dazu auf, doch ihrerseits ersatzweise für die CDU-Fraktion eine Abstimmung vorzunehmen, was diese taten. Dieser Zwischenfall sorgte für laute Zwischenrufe, Anträge zur Geschäftsordnung sowie das Verlassen des Raumes einzelner Gemeindevertreter. Es dauerte Minuten, bis mit einem deutlichen Hinweis des Bürgermeisters diese Situation endete. Entgegen dem gespaltenen Abstimmungsverhalten der CDU stimmten die **SPD-Fraktion** und andere Gemeinderatsfraktionen einstimmig für die gemeinsame Erklärung, wobei sich der jetzt parteilose und frühere CDU-Gemeindevertreter Jens Kleinschmidt der Stimme enthielt.

### **Energetische Maßnahmen Grundschule Tangstedt**

Die energetische Sanierung des Bauabschnittes 2 der Grundschule Tangstedt war durch einen **Eilantrag der SPD-Fraktion** nach gemeinsamer Absprache aller Fraktionen auf die Tagungsordnung gekommen. Der **Bauausschussvorsitzende Holger Criwitz (SPD)** bedankte sich für die kurzfristige Begehung der Grundschule am Vortag und führte aus, dass es zu Wärmeschutzmaßnahmen innerhalb des Bauabschnittes 2 kommen müsse. **Criwitz (SPD)**: "Diese Situation sollte dafür genutzt werden, gleichzeitig in den betreffenden Klassenräumen den Schallschutz und die Helligkeit durch entsprechende Deckengestaltung zu erhöhen. Bei dieser schnellen Maßnahme, die noch in diesen Sommerferien abgeschlossen werden könnte, müssen weiter auch drei Außentüren ausgetauscht werden." Nach kurzer Beratung wurde der Antrag an den Bauausschuss verwiesen, der jetzt alle nötigen Entscheidungen treffen darf.

Die sich anschließende zweiten Einwohnerfragestunde nutzten Bürger und richteten weitere Hinweise und Fragen an den Bürgermeister und die Gemeindevertreter. Erneut

versuchte der Vorsitzende der CDU die unterschiedlichen Meinungen und Aussagen der Tangstedter CDU zum Thema Kiesabbau einzufangen.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 02.05.2013, 08:36 Uhr - 25427 Clicks - Nr. 342

## **Unser Kandidat im Wahlkreis 2 (Hanerau-Hademarschen): Otto Griefnow**

Otto Griefnow ist unser Kandidat für den Wahlkreis 2 mit den Gemeinden Bornholt, Bendorf, Beldorf, Steinfeld, Thaden, Oldenbüttel, Lütjenwestedt, Tackesdorf, Gokels, Seefeld, Beringstedt, Todenbüttel, Osterstedt, Wapelfeld, Jahrsdorf, Nindorf, Remmels, Nienborstel und Hanerau-Hademarschen.

Sein Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich der Jugendhilfe: "Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und Missbrauch gehört dabei zu den zentralen Aufgaben. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist der Ausbau der U3-Betreuung und der Tagespflege.

Zwei Themen sind mir besonders wichtig: die Schulsozialarbeit, die auch nach 2013 weitergeführt und aus dem Kreishaushalt finanziert werden soll, und die Abschaffung der Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten."



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 02.05.2013, 20:12 Uhr - 7693 Clicks - Nr. 343

## **Abgucken erlaubt!**

SPD-Bildungspolitiker aus Hamburg und Schleswig-Holstein haben sich vorgenommen, was in der Schule nicht immer gerne gesehen wird: Sie wollen voneinander abgucken. In unregelmäßigen Abständen will man sich zu diesem Zweck an Schulen dies- und jenseits der Landesgrenze treffen.

„Uns geht es darum, gute Konzepte kennenzulernen, uns über aktuelle Entwicklungen auszutauschen und gemeinsam weiter zu denken“, begründen die Arbeitskreisvorsitzenden Lars Holster (Hamburg) und Martin Habersaat (Schleswig-Holstein) ihr gemeinsames Projekt.



Das erste dieser Treffen von Bürgerschafts- und Landtagsabgeordneten fand nun in Hamburg statt, in der Stadtteilschule Niendorf. Die Ganztagschule mit eigener gymnasialer Oberstufe legt besonderen Wert auf die individuelle Förderung und Forderung der Schülerinnen und Schüler. In kleinen Klassen ab Jahrgang 5, in Profiklassen in den Jahrgängen

8 und 9 und im abschluss- und oberstufenorientierten Jahrgang 10 wird eigenverantwortlich, kooperativ und zielorientiert gelernt.

Foto: hinten Kai-Oliver Vogel, Lars Holster, Gerhard Lein, Martin Habersaat; mittig Tobias von Pein, Andrea Rugbarth, Jan-Hinrich Fock; vorne Beate Raudies und der stv. Schulleiter Ingo Kangarlou.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 03.05.2013, 00:07 Uhr - 26617 Clicks - Nr. 344

## **Unser Kandidat für den Wahlkreis 3 (Wasbek): Michael Rohwer**

Im Wahlkreis kandidiert Michael Rohwer für die SPD und damit in den Gemeinden Borgdorf-Seedorf, Dätgen, Eisendorf, Gnutz, Krogaspe, Langwedel, Loop, Schülp bei Nortorf, Timmaspe, Warder und Wasbek.

Zu seinen Hobbies zählen sein Computer, Radfahren, Laufen und Volleyball. "Als Vereinsmanager mit DSB B-Lizenz und Volleyballtrainer nehme ich für die SPD-Kreistagsfraktion bei der anstehenden Sportentwicklung in unserem Kreis teil. Dabei soll auf die Veränderungen durch den demographischen Wandel, Entwicklungen der Vereinsstrukturen und die Wahlmöglichkeiten der Vereinsmitglieder reagiert werden. Wir wollen als Sozialdemokraten den Zugang zu den Sportvereinen für möglichst alle Menschen schaffen. Dazu gehören moderne Vereinsstrukturen und flexible Angebote."



**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 03.05.2013, 11:37 Uhr - 6426 Clicks - Nr. 345

## **SPD fordert Erklärung von CDU zu Manipulationsvorwürfen**

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD fordert die örtliche CDU auf, im Wahlkampf nicht mit haltlosen Anschuldigungen zu agieren. Hintergrund ist eine Veröffentlichung des Pressesprechers der örtlichen CDU, der auf seinem facebook-Account der SPD „Manipulation“ der Bad Bramstedter Bevölkerung vorwirft.



In einem Wortgeplänkel über den CDU-Wahlkampf schreibt er auf facebook: „Na, ja, „richtigerer“ und damit besserer Wahlkampf, als die Bevölkerung wider besseres Wissen zu verunsichern und zu manipulieren, wie die SPD das tut, ist das allemal,...“

Hinck: „Mit solchen nebulösen Vorwürfen lässt sich wenig anfangen, da möge doch bitte die örtliche CDU einmal für Aufklärung sorgen und eindeutig sagen, worum es ihr dabei

geht. Das Wort Manipulation nimmt ein Pressesprecher ja nicht einfach so in den Mund. Was will er damit sagen? Wir erwarten, dass hier Ross und Reiter genannt werden.“

Der Bad Bramstedter SPD gefällt diese Entwicklung im laufenden Kommunalwahlkampf nicht. Hinck: „Bislang ging es fair zu, und wir hoffen, dass es dabei bleibt. In der Sache mögen wir alle um die beste Lösung streiten, aber mit solchen Vorwürfen sollte man nicht agieren, wenn man nicht gleichzeitig genau benennt, was gemeint ist.“

Die SPD hofft, dass die CDU die Sache klarstellen und aus der Welt schaffen kann und sich der weitere Wahlkampf in ordentlichen Bahnen bewegt. Die SPD ihrerseits wird sich in den verbleibenden Wochen bis zum Wahltermin weiterhin mit den Problemen der Stadt intensiv beschäftigen und zusammen den Bürgerinnen und Bürgern an Lösungen arbeiten.

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 03.05.2013, 17:25 Uhr - 7273 Clicks - Nr. 346

## **Letzte Gemeinderatssitzung der Legislaturperiode**

Am 24. April 2013 fand die letzte Gemeinderatssitzung der Legislaturperiode im Sportheim Langwedel statt. Auf der Tagesordnung waren vorwiegend Beschlüsse zur Ortsveränderung in der Gemeinde Langwedel sowie zur Kinder- und Jugendarbeit zu entscheiden.

Ca. 25 Bürger der Gemeinde verfolgten neugierig die Beratung und die Beschlüsse der Gemeinderatsmitglieder.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 04.05.2013, 08:48 Uhr - 26066 Clicks - Nr. 347

## **Unser Kandidat im Wahlkreis 4 (Nortorf): Kurt Scherbarth**

Kurt Scherbarth ist unser Kandidat für den Wahlkreis 4 mit Nortorf, Bargstedt, Oldenhütten, Brammer, Ellerdorf, Bokel, Emkendorf und Groß-Vollstedt.

Sein Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich der Bildung. Er ist seit Jahren engagierter Elternvertreter im Bereich der Grundschulen und der Gemeinschaftsschulen sowohl auf Kreis als auch auf Landesebene.

Besonders wichtig ist Ihm

1. Die Abschaffung der Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten
2. Der Erhalt der kleinen Grundschulen





Ferner liegt Ihm der Umweltschutz und die Energiewende sehr am Herzen.

Zu seinen Hobbies zählen seine Familie, Politik und die zusätzliche ehrenamtliche Tätigkeit als DRK Ortsvereinsvorsitzender.

"Ich wünsche allen einen erfolgreichen und sonnigen 4. Mai. Ich selbst bin an diesem Tag auf mehreren Infoständen in Nortorf und Bokel. Nachmittags mit meiner Tochter beim Nortorfer-Stadtlauf."

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 04.05.2013, 09:38 Uhr - 7928 Clicks - Nr. 348

## **SPD-Tangstedt: Mitgliederversammlung stärkt Vorstand**

Am 02.05.2013 fand in den Räumen der Tangstedter Mühle eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung der **SPD-Tangstedt** statt, in dessen Verlauf es nicht nur zu Vorstandswahlen kam.



**Ortsvereinsvorsitzender Holger Criwitz** gab in seinem Bericht einen Rückblick auf die geleisteten Arbeiten und vielen Aktionen der vergangenen Monate wie z. B. die Teilnahme an einer Zukunftswerkstatt, Jubiläumsveranstaltungen im Beisein des Landesvorsitzenden **Ralf Stegner**, ein gut besuchtes Grillfest oder den Neujahrsempfang. Aktuell würde das sehr gut aufgestellte Wahlkampfteam in allen Wahlbezirken erstklassige Arbeit leisten. **Criwitz** schloss mit der Nachricht, dass die Mitgliederanzahl der **SPD-Tangstedt** weiter zugenommen habe.

**Fraktionsvorsitzender Raymund Haesler** berichtete aus der auslaufenden Legislaturperiode. Hierzu gehörte die Erweiterung des Bebauungsplanes 9a (Wilstedt), damit eine ansässige Firma sich erweitert und ortsansässige Firmen sich niederlassen können. Ein Sondergebiet innerhalb der ausgewiesenen Kiesabbauflächen ermöglicht es dem örtlichen Betrieb, u. a. eine Baustoffaufbereitung vorzunehmen. Für die K81 und K51 werden Lärmaktionspläne entwickelt. Mit wilhelm.tel habe ein Breitbandanbieter bereits Teile Tangstedts erschlossen. Im Moment liefen Vorbereitungen, auch Wiemerskamp in das Glasfasernetz anzubieten. Es fehlten aber noch 65 Wiemerskamper, damit die Planungen sicher zur Umsetzung führten. Der Flächennutzungsplan 2030 für die Gemeinde ist leider nicht zum Abschluss gekommen. Hierbei sind mehrere Faktoren schuld. Dieser werde nun wie die Fläche 9 (zwischen Wilstedt und Tangstedt) und die Erweiterung des Naheinkaufszentrums auch in der kommenden Periode Gegenstand der Arbeit der Gemeindevertretung sein. Weitere Aufgaben seien z. B. die Überplanung des Bereiches um das Rathaus (B-Plan 31) herum ebenso wie die Weiterentwicklung im Umfeld der Grundschule samt Bürgerhaus und Mehrzweckhalle. Auch sei der B-Plan 30 in Wilstedt noch nicht abschließend bearbeitet. **Haesler** bedankte sich für die Arbeit der Partei als auch für die Teamarbeit in der Fraktion, da er selber in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr antreten werde. **Holger Criwitz**, der gleichzeitig Bauausschussvorsitzender ist, ergänzte mit den Hinweisen um die Erweiterung der Kita Wilstedt, den anstehenden Sanierungen vom Fahrenheitster Weg, Höstelweg und Ehlersberger Weg sowie die energetischen Maßnahmen bei der Straßenbeleuchtung und der Dachsanierung in Teilen der Grundschule.

Der **SPD-Fraktionsvorsitzender im Stormarner Kreistag, Reinhard Mendel**, berichtete von der guten finanziellen Situation des Kreises. **Mendel:** "Dies ist der Verdienst der guten Arbeit des Kreistages in Verbindung mit den Leistungen der Kreisverwaltung. Das gesparte Geld wird zur vorzeitigen Tilgung von Verbindlichkeiten genutzt, was zu einer Senkung der Kreisumlage führt. Die **SPD** hat aber auch dafür gesorgt, dass 4 Millionen

Euro in die Kinderbetreuung investiert werden." Gerade die Kinderbetreuung sei laut **Mendel** häufig der Knackpunkt, warum Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Stormarn nicht zusammen fänden. Schließlich habe die aktuelle von der **SPD** angeführte Landesregierung dafür gesorgt, dass die Schülerbeförderung im Kreis Stormarn für Eltern wieder kostenlos sei.

Während der Vorstandswahlen wurde **Holger Criwitz** im Amt des Vorsitzenden bestätigt und erhält mit **Michael Kannieß** und **Norman Hübener** zwei Stellvertreter zur Seite. Weiter wurden in der Kassenführung **Ingrid Sichau** und als Schriftführerin **Petra Criwitz** bestätigt. Dem Vorstand sitzen **Christoph Haesler**, **Johannes Kahlke**, **Thorsten Runge** und **Rainer Porsch** bei.

Die Mitgliederversammlung befasste sich weiter mit der sogenannten Kies-Charta der IN-KAW. Mit überwältigender Mehrheit und wenigen Enthaltungen wurde eine Unterschrift unter der Kies-Charta abgelehnt. Lesen Sie hierzu die Pressemitteilung der SPD-Tangstedt: [http://www.spd-tangstedt.de/index.php?mod=content&menu=250200&page\\_id=11114](http://www.spd-tangstedt.de/index.php?mod=content&menu=250200&page_id=11114)

Zum Abschluss überreichte **Reinhard Mendel** im Namen der **SPD-Stormarn** den neu gewählten Beisitzern **Thorsten Runge** und **Johannes Kahlke** den Preis des **SPD-Landesverbandes** für die erfolgreiche Arbeit zur Webseite des Jahres in der Kategorie Ortsbezug.

Neueste Informationen der SPD-Tangstedt automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder [www.twitter.com/SPDTangstedt](http://www.twitter.com/SPDTangstedt)

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 04.05.2013, 10:51 Uhr - 10349 Clicks - Nr. 349

## **Wasser für den Menschen! 03. Mai 2013**

Nina Scheer über das Erreichen von einer Millionen Unterschriften aus sieben Ländern der Europäischen Union im Rahmen der Bürgerinitiative "Wasser ist ein Menschenrecht":

Über eine Millionen Bürger der Europäischen Union streiten mit ihrer Unterschrift gegen die fortschreitende Liberalisierung der Wasserversorgung. Es bedurfte mehr als einer Millionen Unterschriften aus sieben EU-Ländern, die nun erreicht wurden. Allein aus Deutschland kommen über 1,3 Millionen Unterschriften. Mit Luxemburg, Finnland und Litauen wurde nun das Mindestquorum erreicht.



"Dies ist ein Erfolg für Bürgerrechte und Werte in der Europäischen Union" kommentiert Nina Scheer, SPD-Bundestagsdirektkandidatin für Lauenburg/Stormarn-Süd die neuste Entwicklung der Bürgerinitiative. Nun gelte es mit diesem Ergebnis und weiteren Unterschriften sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene dafür zu sorgen, dass dem Bürgerwillen gegen eine weitere Liberalisierung der Wasserversorgung Rechnung getragen und der Zugang zu Wasser als Menschenrecht konstituiert werde.

"Wasser ist ein überlebenswichtiges Gut. Leben und Gesundheit sind von Wasserversorgung abhängig. Wasserversorgung den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen, macht Leben und Gesundheit abhängig von ökonomischen Interessen. Dies widerspricht sowohl

unseren Zielen Nachhaltiger Entwicklung als auch der Schaffung und dem Erhalt menschenwürdiger Lebensräume", erläutert Scheer.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 05.05.2013, 09:32 Uhr - 24560 Clicks - Nr. 350

## **Unser Kandidat für den Wahlkreis 5 (Westerrönfeld): Dr. Kai Dolgner**

Kai Dolgner ist unser Kandidat für den Wahlkreis 5 mit Brinjahe, Embühren, Haale, Hamweddel, Hörsten, Jevenstedt, Luhnstedt, Schülpe bei Rendsburg, Stafstedt, Westerrönfeld. Der Kreistagsfraktionsvorsitzende und Landtagsabgeordnete ist zugleich SPD-Spitzenkandidat für die Kreistagswahl am 26. Mai.



Er plädiert dafür, die Probleme anzupacken und nicht die die unterschiedlichen Gemeinden und Städte gegeneinander auszuspielen: "Wir stehen vor großen Herausforderungen. Der ländliche Raum kann nicht ohne die Angebote in den Zentralorten existieren und umgekehrt, deshalb müssen wir alle unsere Region auch in Zeiten sinkender Bevölkerungszahlen fit machen für die Zukunft. Dazu gehört neben einem leistungsfähigen Personennahverkehr der Erhalt und die Erreichbarkeit öffentlicher Angebote wie Schwimmbäder, Büchereien, Fortbildungsmöglichkeiten und Kulturangebote."

Besonders wichtig ist ihm dabei, die Bürgerinnen und Bürger stärker mit einzubeziehen.

"In fast 20 Jahren Kommunalpolitik habe ich gelernt, dass es selten die eine Lösung für alle Probleme gibt. Aber die besten Lösungen finden sich, wenn möglichst viele miteinander und nicht gegeneinander arbeiten. Auf Landesebene war ich deshalb Autor des Gesetzes für mehr Bürgerbeteiligung in den Kommunen. Nun muss dieses auch mit Leben erfüllt werden."

**Keine Kommentare**

[SPD-Fahrenkrug](#) - veröffentlicht am 05.05.2013, 13:59 Uhr - 6023 Clicks - Nr. 351

## **Dorfflohmarkt mit der Wählergemeinschaft Fahrenkrug**

Dorfflohmarkt in Fahrenkrug

An alle Interessierten, wir, der OV-Fahrenkrug und die Wählergemeinschaft (WG) Fahrenkrug, organisieren am Sa. 25.05.2013 einen Dorfflohmarkt in Fahrenkrug. Die Stände werden von 10-17 Uhr von den Ausstellern auf deren Grundstück (Einfahrt, Carport, Garage) aufgebaut. Die Verkäufer weisen mit Schildern auf ihren Stand hin. Bis zum 10.05.können sich die Verkäufer bei Sven Hansen (hansen-fahrenkrug@gmx.de) oder bei Martin Brobowski (martin-brobowsk@hhg-gutachter.de) anmelden.

Mit freundlichem Gruß

Sven Hansen (stellv. OV-Vorsitzender)

**Keine Kommentare**

## SPD Stormarn mischt auf Bundesebene mit

Gute Listeplätze für die drei Stormarner Bundestagskandidaten, Stormarner Präsenz auf Bundesparteitagen und beim neu geschaffenen Parteikonvent. Das ist das Ergebnis des jüngsten SPD-Landesparteitages, mit dem die SPD Stormarn sehr zufrieden sein kann.

Auf der Landesliste zur Bundestagswahl landete Bettina Hagedorn (Wahlkreis Ostholstein / Stormarn-Nord) auf Platz zwei, Franz Thönnies (Wahlkreis Segeberg / Stormarn) auf Platz fünf und Dr. Nina Scheer (Wahlkreis Herzogtum Lauenburg / Stormarn-Süd) als beste „Neueinsteigerin“ auf Platz sechs.



Mit Susanne Danhier, Martin Habersaat, Eckart Kuhlwein und Tobias von Pein stellt die SPD Stormarn vier von 24 Bundesparteitagsdelegierten. Martin Habersaat ist zudem eines von acht Mitgliedern, die Schleswig-Holstein zum Parteikonvent entsendet. Am Sonntag, 16. Juni 2013 findet der erste Parteikonvent 2013 in Berlin statt. Der Parteikonvent ist das höchste Entscheidungsgremium der Partei zwischen den Bundesparteitagen. Martin Habersaat, seit 2012 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion: „Je tiefer ich mich in die Landespolitik einarbeite, desto häufiger gerate ich an Stellschrauben, die auf Bundesebene anzupacken sind. Dafür brauche ich starke Kolleginnen und Kollegen im Bundestag und dazu will ich mich in der Partei auf Bundesebene einbringen.“

Foto: Ein Teil der Stormarner Delegation auf dem Landesparteitag

V.l. Stephanie Hellenbrand (Reinbek), Martin Habersaat (Barsbüttel), Delara Burkhard (Siek), Sebastian Schütt (Bargteheide), Bundestagskandidatin Nina Scheer (Herzogtum Lauenburg / Stormarn-Süd), Susanne Danhier (Bargteheide), Reinhard Niegengerd (Großhansdorf), Bundestagsabgeordneter Franz Thönnies (Segeberg / Stormarn), Frank Lauterbach (Glinde), Francesca Ramus (Großhansdorf), Hans-Joachim Schulze-Hortung (Reinbek), Bernd Marzi (Trittau).

Frauen	Männer
Hagedorn, Bettina (OH) <b>124</b>	Breitner, Andreas (RD-ECK) <b>129</b>
Fronzek, Brigitte (PI) <b>99</b>	Rix, Sönke (RD-ECK) <b>114</b>
Rodust, Ulrike (RD-ECK) <b>90</b>	Baasch, Wolfgang (HL) <b>109</b>
Heinrich, Anne-Christin (PI) <b>63</b>	Stein, Mathias (KI) <b>97</b>
Eickhoff-Weber, Kirsten (NMS) <b>53</b>	Bolln, Stefan (STE) <b>96</b>
Danhier, Susanne (Sto) <b>52</b>	Dolgner, Kai (RD-ECK) <b>74</b>
Gaschke, Charlotte (KI) <b>48</b>	Winter, Lars (OH) <b>70</b>
Gilleßen, Sabine (NF) <b>46</b>	Habersaat, Martin (STO) <b>67</b>
Koch, Bettina (SL-FL) <b>44</b>	Daude, Ulf (RD-ECK) <b>66</b>
Östreich, Cornelia (AsF) <b>38</b>	Kuhlwein, Eckart (STO) <b>63</b>
	von Pein, Tobias (STO) <b>61</b>

	Wagner, Alexander (SE) <b>61</b>
	Heinemann, Bernd (KI) <b>52</b>
	Borchert,Götz (Rd-Eck) <b>50</b>

Acht Delegierte zum Parteikonvent	
<b>Frauen:</b>	<b>Männer:</b>
Hagedorn, Bettina (OH) <b>124</b>	Rix, Sönke (RD-ECK) <b>129</b>
Koch, Bettina (SL-FL) <b>56</b>	Stein, Mathias (KI) <b>116</b>
Gilleßen, Sabine (NF) <b>48</b>	Bolln, Stefan (STE) <b>110</b>
Klein, Melanie (KI) <b>48</b>	Habersaat, Martin (STO) <b>66</b>

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 05.05.2013, 17:57 Uhr - 7472 Clicks - Nr. 353

## MdL Beate Raudies unterwegs im Baltikum

Mit einer Informationsreise nach Lettland, Estland und Litauen wirbt Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig in dieser Woche für eine engere Zusammenarbeit im Ostseeraum. "Die Ostsee ist der Wirtschafts- und Kulturraum, der uns miteinander verbindet", sagt Albig.



Mit auf Tour gehen Kulturministerin Anke Spoorendonk, Dr. Nikolas Hill, Hamburger Staatsrat für Kultur, der CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Johannes Callsen und die Elmshorner SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies.

Am Dienstag trifft die Delegation in Riga zunächst Vertreter der lettischen Regierung. Im estnischen Tallin besuchen die Politiker aus Norddeutschland unter anderem ein Technologiezentrum, um sich über den Stand der Entwicklung im Bereich Internet und Telekommunikation zu informieren.

Letzte Station der Reise ist Vilnius, Litauen. Dort stehen Gespräche mit Kabinettsmitgliedern auf dem Programm.

Neben den wirtschaftlichen Beziehungen geht es in den Gesprächen auch um kulturelle Kontakte: Die drei baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen bilden in diesem Jahr den Länderschwerpunkt des Schleswig-Holstein Musik Festivals.

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 05.05.2013, 19:54 Uhr - 4329 Clicks - Nr. 354

## Sonniges Grillfest

### SPD will mehr Leben auf dem Stiefenhoferplatz

150 Jahre SPD - Ein besseres Land kommt nicht von allein. Unter diesem Motto hatte die SPD Barsbüttel zu einem Grillfest auf den Stiefenhoferplatz eingeladen. Gewürdigt wurde der Namensgeber des Platzes, Hans Stiefenhofer. Und es wurde ein weiteres wichtiges

Ziel erreicht, wenigstens für einen Tag: „Wir wünschen uns mehr Leben auf dem Stiefenhoferplatz“, so Hermann Hanser, der Fraktionsvorsitzende der SPD Barsbüttel.

Deshalb werde die SPD sich dafür einsetzen, das Rathaus an seinem jetzigen Standort zu belassen und die Kultur in Barsbüttel zu stärken. Unterstützung erhält er dabei von Sebastian Bernt, dem Vorsitzenden der SPD-Barsbüttel, und Thomas Harden, dem Fraktionsgeschäftsführer. „Wir haben noch viele Ideen im Köcher und große Lust, diese zu realisieren“, kündigen die beiden an. Zunächst geht es weiter mit Grillveranstaltungen, um in den einzelnen Wohngebieten auf die anstehende Kommunalwahl aufmerksam zu machen.



### [Fotoalbum](#)

Weitere Grillveranstaltungen sind geplant:

Samstag, 11. Mai 2013, 17.00 bis 19.00 Uhr, Ortsmitte bei der Kirche, Wilinghusen

Samstag, 18. Mai 2013, 17.00 bis 19.00 Uhr, Grünfläche im Guipavasring

Samstag, 25. Mai 2013, 17.00 bis 19.00 Uhr, Ecke Birkenweg / Waldenburger Weg

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 05.05.2013, 20:10 Uhr - 5310 Clicks - Nr. 355

## **SPD würdigt Hans Stiefenhofer**

### **Neue Informationstafel am Stiefenhoferplatz**

In einer kleinen Feierstunde hat die SPD Barsbüttel am Rathaus gegenüber der Sparkasse eine neue Informationstafel enthüllt. Sie würdigt Hans Stiefenhofer (1902-1963), den Namensgeber des Stiefenhoferplatzes. Martin Habersaat, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und selbst Barsbüttler, ging in einer kurzen Ansprache auf das Leben und Wirken Stiefenhofers ein.

Dieser war von 1946-1948 und noch einmal von 1955-1962 ehrenamtlicher



Bürgermeister Barsbüttels. Nach dem Bau des Rathauses wurde der Platz 1976 Stiefenhoferplatz genannt.

Hans Stiefenhofer war nach dem Krieg im Mai 1946 einer der Mitbegründer der SPD Barsbüttel, deren Vorsitzender er zeitweise war. Auch an der Gründung des Barsbütteler Sportvereins im November 1948 wirkte er mit. Er initiierte in seiner Zeit als Bürgermeister den Anschluss Barsbüttels ans Frischwassernetz. „Die Bevölkerung hatte sich aus Kostengründen dagegen ausgesprochen, trotzdem setzte Stiefenhofer sich durch. Glücklicherweise, wie wir jeden morgen beim Duschen denken sollten“, berichtete Habersaat augenzwinkernd.

Zu der kleinen Feier waren etwa 100 Gäste gekommen, unter ihnen der heutige Bürgermeister Thomas Schreitmüller. Besonders freuten die Sozialdemokraten sich, mit Ute Schenk und Anke Stiefenhofer auch zwei Enkeltöchter von Hans Stiefenhofer begrüßen zu können.

### [Fotoalbum](#)

#### Hans Stiefenhofer

22.10.1902	Hans Stiefenhofer wird in Hamburg geboren.
1916	Stiefenhofer muss das Gymnasium verlassen, nachdem sein Vater im Krieg gefallen war und seine Mutter das Schulgeld nicht mehr zahlen konnte. Sie gab ihren Sohn bei einem Schmied auf Fehmarn in die Lehre.
1920er	Stiefenhofer wird Mitglied der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden.
1930er	Im Gesangsverein der Hamburger Maurer erfährt Hans Stiefenhofer, dass in Barsbüttel von den Bauern günstige Grundstücke verkauft werden.
1934/35	Bau eines kleinen Steinhauses mit Hilfe von politischen Freunden auf dem Grundstück am 2. Bergredder; nach diversen Umbauten noch heute im Familienbesitz.
1939-45	Hans Stiefenhofer ist stark sehbehindert und damit für den Kriegsdienst untauglich. Er wird dienstverpflichtet und muss seinen Arbeitseinsatz in der Rüstungsindustrie in Glinde leisten. Er fährt täglich mit dem Fahrrad nach Glinde.
Mai 1946	Gründung des SPD-Ortsvereins Barsbüttel. Die SPD ist die älteste Ortspartei in Barsbüttel. Zu den Gründungsmitgliedern gehört Hans Stiefenhofer. Es sind 25 Mitglieder. Erster Vorsitzender wurde kurz darauf Heinrich Heike (geb. 1912 in Leipzig), der von 1948 – 1982 auch Gemeindevertreter war.
Sep. 1946 - Nov. 1948	Hans Stiefenhofer wird erster gewählter Bürgermeister von Barsbüttel, von der britischen Militärregierung bestätigt. Er ist nun Gewerkschaftssekretär bei der IG Bau-Steine-Erden.
11.11.1948	Gründung des BSV (Barsbüttler Sportverein). Mitbegründer ist Hans Stiefenhofer. Dessen Nachfolger als Bürgermeister wird Willi Johannsen.
1948-1955	Hans Stiefenhofer ist Gemeindevertreter, zeitweise SPD-Vorsitzender, Vorsitzender des Bauausschusses, BSV-Vorsitzender von 1949-1952.
1955 - 1962	Nach der Gemeindewahl 1955, bei der die SPD die Mehrheit erringt, wird Hans Stiefenhofer wieder Bürgermeister. Mit 185% ist Barsbüttel 1955 die am stärksten mit Flüchtlingen belegte Ortschaft in der Bundesrepublik. 1956 setzt Stiefenhofer den Bau der Frischwasserversorgung gegen die Stimmen der Bevölkerung durch. 1959 wird die erste Turnhalle der Gemeinde auf dem Schulgelände am Soltausredder eingeweiht. In diese Jahre fallen die

	Erschließung des Baugebietes Ellerhoop und die Beschlüsse zur Bebauung der Thorkoppel.
1962	Die SPD gewinnt zwar die Wahl (8 Sitze), aber die CDU (6 Sitze) und die Wählergemeinschaft (3 Sitze) wählen Carl Bronsart von Schellendorff zu ihrem Bürgermeister. Mit der Stimme von Hans Dreher holt dieser seinen späteren Schwiegervater Hans Stiefenhofer vom Thron. Hans Dreher wird Amtsvorsteher und bleibt es bis zur Amtsauflösung 31.12.1973.
20.2.1963	Hans Stiefenhofer stirbt in Barsbüttel
1974	Im Rahmen der kommunalen Neuordnung werden Stellau, Stemwarde und Willinghusen zur amtsfreien Gemeinde Barsbüttel eingemeindet. Bis dahin bildeten die eigenständigen Gemeinden das Amt Barsbüttel.
1976	Nach dem Bau des Rathauses an der Hauptstraße, das für die neue Gemeinde erforderlich geworden war, wird der Rathausmarkt „Stiefenhoferplatz“ benannt.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 06.05.2013, 00:01 Uhr - 26465 Clicks - Nr. 356

## **Unser Kandidat im Wahlkreis 6 (Hohn): Ulrich Kaminski**

Ulrich Kaminski ist unser Kandidat für den Wahlkreis 6 mit Hohn, Elsdorf-Westermühlen, Nübbel, Hamdorf, Breiholz, Prinzenmoor, Bargstall, Sophienhamm, Friedrichsgraben, Friedrichsholm, Christiansholm, Königshügel und Lohe-Föhrden.

Über seine Ziele sagt er: " Ein Schwerpunkt meiner Arbeit in der SPD-Kreistagsfraktion und im Sozial- und Gesundheitsausschuss des Kreises ist die Sozial- und Gesundheitspolitik und die Förderung des ländlichen Raumes.

Wir benötigen für den ländlichen Raum eine besondere Förderung für die Infrastruktur (Bildung, Gesundheit, Wirtschaft usw.), um diesen besonders zu stärken.

Wir brauchen eine aktivierende und soziale Missstände ausgleichende Sozialpolitik, eine für alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises erreichbare und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung.

Die demografische Entwicklung ist eine besondere Herausforderung.

Wir benötigen bezahlbaren Wohnraum für ältere Bürgerinnen und Bürger mit Betreuungs- und Pflegeangeboten.

Das Bildungs- und Teilhabepaket muss allen Kindern und Jugendlichen aus Familien mit prekären Lebensverhältnissen zu Gute kommen.

Das Jobcenter soll arbeitslose Menschen fördern und dazu befähigen, sich beruflich wieder zu integrieren."

Kommentar von [Reinhard Kaminski](#) vom 12.05.2013, 12:07 Uhr:

**RE: Unser Kandidat im Wahlkreis 6 (Hohn): Ulrich Kaminski**





Hallo Ulli, der Ansatz für die politischen Ziele ist ja gut und schön; jedoch ist mir kein gewisserhafter Politiker geläufig, der andere oder annähernd andere Ziele formulieren würde ( gute Bildungschancen wollen alle, gute Infrastruktur wollen alle, preisgünstige Energie wollen alle, gutbezahlte Arbeit wollen alle, viel Natur wollen alle, .....Aufzählung könnte endlos weiter gehen). Entscheidend ist also eher die Frage: wenn es schon nicht die eierlegende Wollmilchsau gibt, wo liegen die A-B-C Prioritäten und wie werden diese angegangen? Weiterhin mit der selbstzerstörerischen Wachstumsspirale? Meiner Meinung nach jedenfalls nicht mit der bisherigen Politikgestaltung. Ich muss allerdings gestehen, dass ich als Techniker auch keine Patentlösung aus dem Ärmel schütteln kann. [SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 06.05.2013, 11:21 Uhr - 23144 Clicks - Nr. 357

## Sönke Rix bleibt Vorsitzender des Landesparteirats

Der Landesparteirat der SPD Schleswig-Holstein hat am Freitag, den 3. Mai 2013, einen neuen Vorstand gewählt. Als Vorsitzender wurde der Kreisvorsitzende der SPD Rendsburg-Eckernförde und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix im Amt bestätigt. Zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Gremiums wurde die Stormarner SPD-Kreisvorsitzende Susanne Danhier gewählt.



"Als Regierungspartei ist die SPD Schleswig-Holstein erfolgreich", so Sönke Rix. "Diesen Rückenwind wollen wir für die kommende Kommunalwahl und Bundestagswahl nutzen."

Der Landesparteirat der SPD Schleswig-Holstein besteht aus 34 stimmberechtigten Mitgliedern aus Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften und 7 Mitgliedern mit beratender Stimme. Er entscheidet zwischen den Landesparteitagen über grundlegende Fragen von außen- und innenpolitischer Bedeutung, grundlegende Fragen von kommunalpolitischer Bedeutung, die sich über das Gebiet einzelner Kreisverbände hinaus erstrecken.

**Keine Kommentare**

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 06.05.2013, 12:54 Uhr - 5054 Clicks - Nr. 358

## Lebhafte Teilnahme am „Tag der Ortsvereine“ in Steinfeld

Zum „Tag der Ortsvereine“ am 4. Mai 2013 war der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis morgens bei herrlichem Sonnenschein mit einem Informationsstand, einer kleinen Ausstellung zum 150-jährigen Parteijubiläum, dem 40-jährigen Ortsvereinsjubiläum und einem Grillstand vor dem MarktTreff in Steinfeld präsent.

Der schön geschmückte Platz vor dem MarktTreff in Steinfeld lockte viele Besucherinnen und Besucher an und sie führten lebhafte Gespräche mit dem Bundestagskandidaten Dirk Peddinghaus, dem Kreistagskandidaten Karsten Stühmer und den Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl in Steinfeld.

Auch SPD Bürgermeister Heinrich Buch der Gemeinde Steinfeld zeigte sich zufrieden mit dem gelungenen Vormittag: „Ein wirklich gelungener Vormittag und die Resonanz zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger sich für unsere Politik interessieren“.

Auf dem Foto: Steinfelds SPD-Bürgermeister Heinrich Buch im Gespräch mit dem Ehrenbürgermeister Karl-Heinz Klinker

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 06.05.2013, 19:30 Uhr - 6028 Clicks - Nr. 359

## **Besuch des Wirtschaftsministers in Lindaunis**

Auf Einladung der SPD-Ortsvereine im Amt Süderbrarup besuchte der Wirtschaftsminister von SH Reinhard Meyer am 6. Mai 2013 unter anderem Lindaunis an der wunderschönen Schlei. Reinhard Meyer wurde von drei Vertretern seines Landesministeriums, dem Direktor des Landesbetriebes Straßenbau Torsten Conrad, den Kreistagskandidaten Ralf Wrobel und Karsten Stühmer und von MdL Birte Pauls begleitet, um sich nach dem Zustand der Lindaunis-Brücke zu erkundigen.

Im Anschluss daran erläuterten Reinhard Meyer und Torsten Conrad den anwesenden SPD-Bürgermeistern, den Vertretern der Ortsvereine und Bürgerinnen und Bürgern den aktuellen Stand über die Absicht zu einer neuen Brücke zur Schleiüberquerung für Verkehr und Bahn.

Meyer erläuterte, dass auch kleine Industriedenkmäler von der Landesregierung erneuert werden sollen. So sei auch die Schleibrücke in Lindaunis in Planung. Geplant sei wieder eine Brücke mit einer Doppelnutzung durch den Verkehr und der Deutschen Bahn, wobei 1/3 der Kosten durch das Land SH getragen würden. Die anderen 2/3 der Kosten würden vom Bund und der Bahn getragen.

Geplant sei eine 2-spurige Brücke mit Schienengleisen für die Bahn und mit einem anhängenden seitlichen Fahrradweg, so der Direktor des Landesbetriebes für Straßenbau Torsten Conrad. Der Zeitpunkt des Baubeginns sei in der Planung mit der Bahn. Die neue Schleibrücke sei auf der linken Seite (aus der Sicht auf der Seite in Angeln) geplant. Ein Realisierungsbeginn sei für das Jahr 2015 vorgesehen und während der Bauzeit von etwa 4 Wochen würde eine relativ kurze Zeit die Brücke für den Verkehr geplant.

Anschließend nutzten Bürgerinnen und Bürger Fragen an Reinhard Meyer und an Torsten Conrad zu stellen zu den Themen Naturschutz, Wiederinbetriebnahme des Bahnhofs Lindaunis, Belastung durch die Anlieger und zur Nutzung der Museumsbahn von Kappeln über Süderbrarup nach Rieseby. Die Fragen wurden von den Referenten als Anregungen mitgenommen und Reinhard Meyer versprach, dass er und seine Fachleute in 1 Jahr Lindaunis wieder besuchen würde, um über die Planungen der Schleibrücke zu informieren.

### **Hintergründe Schleibrücke in Lindaunis:**

Die Brücke Lindaunis ist eine Klappbrücke, die die Schlei an einer ihrer schmalsten Stellen überquert. Sie verbindet die beiden Landschaften Schwansen und Angeln. Die Brücke ist denkmalgeschützt wurde am 17. Juli 1927 mit für den Verkehr freigegeben. „Altesbedingt“ mussten besonders Berufspendler und Touristen in den letzten Jahren viel Geduld aufwenden, denn die Brücke musste immer wieder durch Reparaturarbeiten für den Straßenverkehr gesperrt werden.

Die Besonderheit dieser Brücke ist die wechselseitige Benutzung durch die im Stundentakt für die Bahn und den Straßenverkehr genutzt wird. Außerdem wird der aufklappbare Teil maximal einmal pro Stunde geöffnet, um Schiffe durchzulassen.

Die Brücke auch wird von Fahrradfahrern - und hier besonders von Touristen - unter schwierigen Bedingungen genutzt.

**Auf dem Foto von links nach rechts:** Karsten Stühmer (Kreistagskandidat der SPD), Torsten Conrad (Direktor Landesbetrieb Straßenbau), Reinhard Meyer (Wirtschaftsminister des Landes SH) und Ralf Wrobel (Kreistagskandidat).

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 06.05.2013, 20:12 Uhr - 4440 Clicks - Nr. 360

## **Barsbüttel - Wohin geht's?**

**Talk im Rathaus am Dienstag, 14. Mai 2013, 19.30 Uhr**

Über die Zukunft der Gemeinde Barsbüttel, Wünsche für die und Entwicklungen in den kommenden Jahren diskutieren Bürgermeister Thomas Schreitmüller, Pastorin Sabine Erler, Hans-Dieter Ellerbrock, der Vorsitzende des Vereins Bürgerhaus, Christian Ebke, der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Gemeinderat und Hermann Hanser, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Gemeinderat und Kreistagskandidat.



Es moderiert Martin Habersaat, der örtliche Landtagsabgeordnete. Martin Habersaat: „Es freut mich, dass es gelungen ist, parteiübergreifend so eine spannende Runde zusammenzustellen. Wir werden aus verschiedenen Perspektiven über unser Barsbüttel sprechen, auch das Publikum kommt zu Wort.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 06.05.2013, 20:29 Uhr - 4497 Clicks - Nr. 361

## **Barsbüttel ist li(e)benswert**

Gute Bildung - engagierte Menschen - solide Verwaltung. Es gibt viele Faktoren, die Barsbüttel li(e)benswert machen. Die SPD Barsbüttel möchte sich in Zukunft, wie schon in den vergangenen Jahren, besonders für gute Bildung in der Gemeinde einsetzen. Von den U3-Gruppen über die Kitas und Grundschulen bis zur Gemeinschaftsschule und der VHS.



Das Wahlprogramm der SPD Barsbüttel findet sich hier:

[Wahlprogramm 2013 - 2018](#)

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 06.05.2013, 21:27 Uhr - 8044 Clicks - Nr. 362

## 25 Jahre aufgeklart!

### SPD-Regierungsverantwortung in Schleswig-Holstein

Mittwoch, 29. Mai 2013, 18.30 Uhr, Landeshaus - R. 342, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Das Jahr 2013 ist für die SPD Schleswig-Holstein ein ganz besonderes. Gefeiert wird nicht nur das 150jährige Bestehen der Partei, sondern auch die Regierungsübernahme durch die SPD in Schleswig-Holstein vor 25 Jahren. Nach fast 38 Jahren in der Opposition übernahm die SPD 1988 die Regierungsverantwortung.



Ralf Stegner, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion: „25 Jahre ist es her, dass Björn Engholm in unserem Land Ministerpräsident wurde. Das war der Beginn einer großartigen Erfolgsbilanz sozialdemokratischer Regierungen. Es begann eine Ära der Reformpolitik.“

Björn Engholm und Heide Simonis stehen für ein modernes, soziales und weltoffenes Schleswig-Holstein. Aus einem stark landwirtschaftlich geprägten wurde ein modernes, tolerantes Land, das auch bundesweit Vorreiter wurde, z. B. in der Anti-Atompolitik, bei der Energiewende und im Kinderschutz. Seit 2012 setzt die Regierungskoalition aus SPD, Grünen und SSW mit Torsten Albig als Ministerpräsidenten neue Akzente. Ihr Stil ist geprägt durch den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern und Betroffenen vor Ort.

Im Namen der SPD-Landtagsfraktion möchte ich herzlich einladen, dieses Ereignis mit uns gemeinsam zu feiern. Hierzu haben wir viele aktive Weggefährten aus den vergangenen 25 Jahren eingeladen.“

Anmeldung: Telefon 0431 988-1301, Fax 0431 988-1333 oder E-Mail [a.peter-son@spd.ltsh.de](mailto:a.peter-son@spd.ltsh.de)

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 07.05.2013, 07:48 Uhr - 25212 Clicks - Nr. 363

### Unsere Kandidatin für den Wahlkreis 7 (Fockbek): Doris Riebeling

Doris Riebeling ist unsere Kandidatin für den Wahlkreis 7 mit den Gemeinden Fockbek, Alt Duvenstedt, Rickert und Borgstedt.

Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich Jugendhilfe. Mit großem Engagement arbeitet sie daran, dass in unserem Kreis die Angebote für Kindertagesstätten, auch für Kinder unter drei Jahren, ausgebaut werden und dass ebenfalls gut ausgebildete Tagesmütter für die Betreuung zur Verfügung stehen. Immer noch ist es schwierig für Eltern, Kinder und Karriere unter einen Hut zu bringen. Eine ganztägige qualifizierte Betreuung von Kindern zählt deshalb zu ihren politischen Zielen.



"Darüber hinaus möchte ich mich dafür einsetzen, dass trotz demografischer Entwicklung der ländliche Raum nicht im Regen stehen gelassen wird, sondern dass für Kinder und Senioren gleichermaßen Möglichkeiten geschaffen werden, an Bildung, Kultur und öffentlichem Leben teilzunehmen."

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 07.05.2013, 11:03 Uhr - 6433 Clicks - Nr. 364

## **SPD: Zick-Zack-Kurs beim Trinkwasser**

Bad Bramstedt. Mit Interesse hat die Bad Bramstedter SPD die Erklärung der Bundeskanzlerin auf dem Deutschen Städtetag in Frankfurt vernommen. Überraschend hat sie dort angekündigt, sich für den Erhalt der Wasserversorgung in öffentlicher Hand einzusetzen. "Erst forcierte Merkel die Liberalisierung von Wasser auf europäischer Ebene, jetzt will sie plötzlich die Privatisierung von Wasserwerken verhindern", sagt der Bad Bramstedter Stadtverordneter Jan-Uwe Schadendorf „Merkel fährt einen Zick-Zack-Kurs, der nicht nachvollziehbar is



Merkels Einsatz sei Ende vergangenen Jahres gefragt gewesen, als der Rat sich mit der Konzessionsrichtlinie beschäftigt hat. „Widerstand von Seiten der Bundesregierung durch Minister Rösler war damals Fehlanzeige“, kritisiert der SPD-Mann die fehlende Unterstützung der Bundesregierung in den Auseinandersetzungen über die geplante Richtlinie für die Konzessionsvergabe. „Merkel und Rösler haben den Vorschlag der Europäischen Kommission einfach durchwinken lassen – mit möglicherweise drastischen Auswirkungen auf die deutsche Wasserversorgungsstruktur.“

Schadendorf zeigt sich verwundert über das jüngste Bekenntnis der Kanzlerin. „Das ist keine Politik aus Überzeugung, sondern Politik der Demoskopie“, so der SPD-Stadtvertreter, der auch bei den Bad Bramstedter Stadtwerken im Aufsichtsrat sitzt. „Natürlich freut es mich, wenn die Kanzlerin nun angeblich die Bedeutung der Wasserversorgung in öffentlicher Hand erkannt haben will. Allerdings frage ich mich, wieso die Bundesregierung sich nicht früher und energischer in den entsprechenden Gremien gegen eine europaweite Ausschreibungspflicht für Konzessionen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgesprochen hat.“ Betroffen seien davon z. B. auch die Rettungsdienste.

Dass es nicht weit her ist mit Merkels Bekenntnis gegen Wasserprivatisierung, werde in Griechenland oder Portugal deutlich. „Dort unterstützt Merkel unter dem Deckmantel des Sparzwanges das Verlangen der Troika, die öffentliche Wasserversorgung zu privatisieren“, so Schadendorf und weiter, „wir Bad Bramstedter Sozialdemokraten stellen uns gegen einen solchen Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge.“

Die Konzessionsrichtlinie ist ein großes Thema. Zahlreiche Städte- und Gemeindeverbände haben Resolutionen zum Thema erlassen. „Ich stimme mit vielen Resolutionen überein. Die Wasserversorgung ist am besten in öffentlicher Hand aufgehoben“, so Schadendorf, „und ich hoffe, dass die Verhandlungen zwischen Rat und Europäischem Parlament zu diesem Ziel führen werden.“ Die Gespräche laufen derzeit, sollen aber unter der irischen Ratspräsidentschaft bis zum 30. Juni 2013 abgeschlossen werden.

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 07.05.2013, 11:09 Uhr - 7610 Clicks - Nr. 365

## SPD bringt Bewegung ins Thema Fernwärme

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD dringt darauf, dass noch vor der Kommunalwahl die Themen Fernwärme und die Nutzung öffentlicher Flächen im Finanzausschuss beraten werden.



SPD-Stadtverordneter Arnold Helmcke: „Auf der Podiumsdiskussion des Seniorenbeirates haben endlich auch alle anderen Parteien bekundet, dass man beim Thema Fernwärme Beweglichkeit zeigen und die Fernwärme noch ein Stück attraktiver machen wolle. Das hat uns positiv überrascht und zeigt, dass wir als SPD da den richtigen Weg vorausgegangen sind.“

Verwundert ist die SPD allerdings, dass diesen Ankündigungen bislang keine Taten folgen. Helmcke: „Wir hörten schon von Bestrebungen, den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen erst nach der Wahl zu diesem Thema tagen zu lassen. Zum Glück haben sich jetzt alle Verantwortlichen anders entschieden, so dass in der Woche nach Pfingsten die Fernwärme im Finanzausschuss auf den Tisch kommt. Damit wird die Zusage eingelöst, die wir bei der Sitzung des Energiestammtisches im März gegeben haben.“

Die SPD ist froh, dass sich damit der zwischenzeitliche Eindruck erledigt hat, dass CDU und FDP sich über den Wahltag retten wollten. Bis vor Kurzem waren die Sozialdemokraten noch recht einsam mit ihrer Position, dass der Preis für Fernwärme noch ein Stückchen besser werden müsse und entsprechende Prüfungen erforderlich seien.

Arnold Helmcke: „Wir sind froh, dass es nun nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleibt, sondern das Thema weiterhin erörtert wird.“

Unzufrieden ist die SPD bei dem Thema „Nutzung öffentlicher Flächen“. Hier sollte eigentlich noch vor der Kommunalwahl eine neue Satzung vorgelegt und verabschiedet werden. Doch die wird nicht so sein können, wie CDU und FDP es bislang gern wollten, nämlich die Flächen quasi zu verschenken. Das Gemeindeprüfungsamt des Kreises Segeberg hat in einer Antwort auf eine Anfrage der SPD von einer möglichen Kürzung von Fehlbetragszuweisungen gesprochen, falls die Gebühr gar nicht oder zu niedrig festgesetzt wird.

Klaus-Dieter Hinck, Mitglied für die SPD im Finanzausschuss der Stadt: „Damit haben wir eine vom Finanzausschuss gewünschte Klärung erhalten und können endlich in eine sachgerechte Diskussion eintreten.“

Die SPD hofft, dass der von der FDP geführte Finanzausschuss noch vor der Kommunalwahl sich des Themas annimmt und sich möglichst abschließend mit dem Thema befassen kann. Das Schreiben des Prüfungsamtes hat die SPD schon vor Wochen allen Parteien und der Verwaltung zur Kenntnis gebracht – bislang ohne Reaktionen. Hinck: „Wir können nicht nachvollziehen, warum wir noch keine Beratungsvorlage haben. Wir möchten das Thema noch vor der Wahl vom Tisch haben. Die Vorarbeit dazu haben wir geleistet.“

**Keine Kommentare**

## Unsere Kandidatin im Wahlkreis 8 (Rendsburg-Nord): Renate Brunkert

Renate Brunkert kandidiert im Wahlkreis 8, Rendsburg, für den Kreistag.

Über ihre Ziele sagt sie: "In der kommenden Wahlperiode möchte ich mich schwerpunktmäßig um die Bildungs - und Kulturpolitik kümmern.

Dabei geht es mir zum einen darum, allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft in der Bildung gleiche Chancen zu geben, indem ihre Talente und Fähigkeiten optimal gefördert werden. Zum anderen ist ein breit gefächertes Kulturangebot ein wichtiges Element der Lebensqualität für Jung und Alt und steigert noch weiter die Attraktivität des Wirtschaftsraumes Rendsburg."



**Keine Kommentare**

## SPD-MdB Thönnies wirbt: Ein Jahr in den USA – Jugend- Austauschprogramm von Bunde

Wer als junger Mensch Interesse hat an einem Jahr in den USA, sollte diese Chance nutzen: Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms (PPP) fördert der Deutsche Bundestag auch wieder im kommenden Jahr den Jugendaustausch mit den USA durch Stipendien für Schüler und junge Berufstätige.



Das Programm wird vom Deutschen Bundestag und dem US-Kongress finanziert. Zusätzlich zu dem kostenlosen Aufenthalt in den USA werden die Jugendlichen von jeweils einem Abgeordneten der beiden Parlamente betreut.

"Nichts fördert die Völkerverständigung besser als persönliche Kontakte. Auslandserfahrungen bereiten Jugendliche besonders gut auf die internationalen Anforderungen der künftigen Gesellschaft vor. Die transatlantische Partnerschaft ist eine Erfolgsgeschichte und muss weiter gepflegt werden", unterstreicht Thönnies, der dieses Projekt seit Jahren betreut.

Für das Schuljahr 2014-2015 läuft die **Bewerbungsfrist bis zum 13. September 2013.**

Schüler müssen zum Beginn des Auslandsaufenthalts am 31. Juli 2014 zwischen 15 und 17 Jahre alt sein (Geburtstage vom 1. August 1996 bis 31. Juli 1999). Junge Berufstätige müssen ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und zwischen 16 und 24 Jahre alt sein (Geburtstage nach dem 31. Juli 1989).

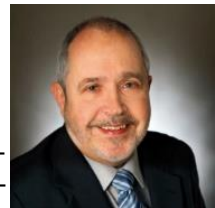
**Die Bewerbungsunterlagen können im Bürgerbüro von Franz Thönnies in Bad Segeberg angefordert werden, per E-Mail [buergerbuero@thoennes.de](mailto:buergerbuero@thoennes.de), telefonisch unter 04551-96 83 83, oder per Fax 04551-96 73 38.**

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 08.05.2013, 12:22 Uhr - 6901 Clicks - Nr. 368

## **SPD spricht sich für Kunstrasenplatz auf dem Schäferberg aus**

Bad Bramstedt. Bodo Clausen, Fraktionssprecher der Bad Bramstedter SPD und Vorsitzender des städtischen Sportausschusses, zeigt sich sehr irritiert über die jüngsten Aussagen der CDU zur Sanierung des Tennenspielfeldes auf dem Schäferberg. „Da wird ein Rasenplatz gefordert und gleichzeitig von ganzjähriger Bespielbarkeit gesprochen. Das ist nach meiner Meinung einfach Unsinn. Ganzjährige Bespielbarkeit gibt es nur mit einem Kunstrasenplatz. Das ist ja auch ein wesentlicher Grund, warum wir als SPD ein Kunstrasenfeld realisiert wissen möchten.“



Ein weiterer und ebenso wichtiger Punkt für die SPD ist die Kostenfrage. Ein Kunstrasenplatz ist zwar in der Investition teurer, aber deutlich günstiger in der laufenden Unterhaltung. Clausen: „Wir halten günstige laufende Kosten für die richtigere Entscheidung.“

Im Übrigen sind diese Überlegungen alle schon in den Sitzungen des Ausschusses für Kultur, Sport und Bild angestellt worden. Die Verwaltung hat vom Ausschuss einvernehmlich einen umfassenden Prüfauftrag erhalten. Das Ergebnis soll noch vor der Sommerpause im Ausschuss beraten werden.“ Warum die CDU jetzt die Verwaltung mit erneuten Prüfungen – mit welchem Recht eigentlich? – beauftragen will, erschließt sich ihm nicht.

Clausen hofft, dass nach der Kommunalwahl wirtschaftlich vernünftig über das Thema gesprochen werden kann.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 09.05.2013, 09:17 Uhr - 25530 Clicks - Nr. 369

## **Unser Kandidat im Wahlkreis 9 (Rendsburg-Mitte): Lukas Rehder**

Lukas Rehder ist unser Kandidat für den Wahlkreis 9, Rendsburg-Mitte. Er ist mit 20 Jahren zugleich der jüngste Kandidat der SPD für die Kreistagswahl am 26. Mai.

Über seine Ziele sagte er: "Gute Bildung, gut ausgebaute Schulen und ausreichend Kitaplätze müssen politische Priorität genießen."

Aufgrund meiner beruflichen Erfahrungen als Auszubildender zum Kaufmann für Spedition- und Logistikdienstleistungen in Büdelsdorf, bewegen





mich daneben vor allem die verkehrspolitischen Themen im Kreis; eine gut funktionierende Infrastruktur, wie beispielsweise ein kostengünstiger öffentlicher Personennahverkehr."

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 09.05.2013, 20:04 Uhr - 9830 Clicks - Nr. 370

## **Schnelle Internetautobahnen – auch im ländlichen Raum Eine Region macht mobil**

Aus Sicht der SPD ist ein schnelles Internet eine Basisinfrastruktur des 21. Jahrhunderts. Eine schnelle und verlässliche Internetverbindung gehört heute, wie die Versorgung mit Strom- und Wasserleitungen, zur Daseinsvorsorge." Mit diesen Worten eröffnete Dr. Birgit Malecha-Nissen die Informationsveranstaltung „Schnelle Internetautobahnen – auch im ländlichen Raum“ in Krumbek. Eingeladen hatte die SPD-Kreistagsfraktion und die SPD Probstei-Ost.



Als Gäste begrüßte Dr. Birgit Malecha-Nissen, Ralph Müller-Beck, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, Dirk Osbahr, Bürgermeister der Gemeinde Schönberg, und Günter Meier, Telekom Leiter Infrastrukturvertrieb Nord.

Ralph Müller-Beck stellte die Investitionssummen und Fördermöglichkeiten seitens des Landes, aber auch der EU dar. Er machte klar, dass es dringend notwendig sein wird, Synergien zu schaffen und bei jeder Straßenbaumaßnahme Glasfasermaßnahmen einzubeziehen.

Dirk Osbahr, als ein Mann der Praxis in der Runde, berichtete den interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern aus seiner Praxis, z.B. wie es möglich ist, auch kleinen Gemeinden zu einer schnellen Internetverbindung zu verhelfen. Als ehemaliger Verantwortlicher des Amtes Dänischenhagen konnte er mit zwei weiteren Ämtern schnelles Internet in 28 Gemeinden bringen. Viele Fragen zu der Machbarkeit, der Fördermöglichkeiten und technischen Einzelheiten konnte er den Gästen beantworten. Günter Meier von der Telekom stellte sein Zukunftskonzept zum schnellen Datentransfer vor, das neue Glasfasernetze mit den vorhandenen Kupferleitungen ergänzt. Und konnte so bestätigen, was Dirk Osbahr mit seinem „Fietenet“ im Amte Dänischenhagen schon erfolgreich umsetzt. Als Brückentechnologie soll im ländlichen Raum weiterhin das Funknetz LTE (long term evolution) ausgebaut werden. Dr. Birgit Malecha-Nissen berichtete, über die bereits in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudien der Ämter im Kreis. Durch die SPD Initiative hat der Plöner Kreistag beschlossen, einen Infrastrukturatlas zu erstellen, der die Koordination für die einzelnen Maßnahmen im Kreis Plön übernehmen soll.

Als das Fazit der Veranstaltung brachte Frau Dr. Birgit Malecha-Nissen es auf den Punkt: „Nur wenn viele Gemeinden zusammen eine Solidargemeinschaft bilden, und die Gemeinden mit einer bereits guten Internetverbindung den Gemeinden mit schwachen Strukturen unter die Arme greifen und dieses Mammutprogramm zusammen in Angriff nehmen, kann es gelingen, mit der Unterstützung vom Land und des Bundes, im ländlichen Bereich in naher Zukunft über eine schnelle Internetautobahn zu verfügen!“

**Keine Kommentare**

## **Unser Kandidat im Wahlkreis 10 (Rendsburg-Süd): Martin Tretbar-Endres**

Martin Tretbar-Endres kandidiert im Wahlkreis 10 (Rendsburg-Süd) für den Kreistag.

Der 54jährige wohnt seit mehr als zwanzig Jahren in der Rendsburger Schleife und möchte sich im Kreistag natürlich für die Interessen seiner Stadt einsetzen, z.B. für das Berufsbildungszentrum (BBZ) am Nord-Ostseekanal, in dessen Verwaltungsrat er Mitglied ist.

"Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, damit die erfolgreiche Schulsozialarbeit am BBZ auch über 2013 hinaus fortgesetzt werden kann. Das BBZ kann sich dabei auf die SPD verlassen", sagt der Kreistagskandidat.



Weiteres Thema für Martin Tretbar-Endres ist ein starker, leistungsfähiger und klimafreundlicher Öffentlicher Personennahverkehr im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Er hat maßgeblich das SPD-Kreiswahlprogramm in diesem Themenfeld mitformuliert. Im Kreis Rendsburg-Eckernförde wird zur Zeit der Regionale Nahverkehrsplan erarbeitet, der Grundlage für die Weiterentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs in den nächsten fünf Jahren sein wird. Der neu gewählte Kreistag wird den Regionalen Nahverkehrsplan voraussichtlich im Herbst verabschieden. "Ich möchte einen Nahverkehrsplan, der Maßnahmen zur Stärkung und zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in unserem Kreis vorgibt. Die Erreichbarkeit von Arbeits- und Ausbildungsstätten, von Sozial- und Gesundheitseinrichtungen oder von Kultur- und Freizeitangeboten muss auch im ländlichen Raum ohne Auto möglich sein", so Tretbar-Endres. Besonders wichtig ist ihm ein abgestimmter Taktfahrplan und ein barrierefreier ÖPNV. Im Kreis soll ein Mobilitätsbeirat eingerichtet werden, in dem die Nutzerinnen und -nutzer mitsprechen können beim Angebot und der Qualität von Bussen und Bahnen. Und wenn es Probleme gibt, soll der Mobilitätsbeirat der zentrale Ansprechpartner im Kreis sein, so der Wunsch von Martin Tretbar-Endres, für den der Rendsburger sich im Kreistag einsetzen will.

**Keine Kommentare**

## **Mit Ralf Stegner zu Gast in der Institutsambulanz AMEOS im Klinikum Preetz**

**Mit Ralf Stegner zu Gast in der Institutsambulanz AMEOS im Klinikum Preetz**

Zusammen mit Dr. Ralf Stegner, besuchten Regina Poersch, MdL, Dr. Birgit Malecha-Nissen, Bundestagskandidatin, Helga Hohnheit, stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende und Norbert Maroses und Kati Hagelberg, Mitglieder der SPD Preetz, die Institutsambulanz AMEOS im Klinikum Preetz.

Zwischen der Klinik Preetz und dem AMEOS Klinikum für Psychiatrie und Physiotherapie Heiligenhafen besteht seit vielen Jahren eine enge und ergänzende Zusammenarbeit. Auf der Station mit 22 Behandlungsplätzen wird von AMEOS eine allgemeinspsychiatrische Versorgung geboten: Pflichtversorgung im Bereich Altersdemenz und Allgemeinspsychiatrie. Insbesondere dann, wenn durch eine psychische Erkrankung das tägliche Leben stark belastet wird oder wenn zu Alterserkrankungen noch psychische Erkrankungen hinzutreten.



In dem Informationsgespräch wurde deutlich: Viele Institutionen arbeiten zusammen und ziehen an einem Strang: die Klinik Preetz, AMEOS, die „Brücke-SH“ und weitere entsprechende Einrichtungen im Kreis Plön.

„Es werden Synergien geschaffen, gerade auch für ältere Menschen, die hier Hilfe gebündelt vorfinden. Dezentrale Anlaufstellen, wie AMEOS, bieten zudem psychisch erkrankten Menschen ein „Rund um Paket“ ohne die Stigmatisierung, die leider immer noch stattfindet. Psychisch krank sein muss gleichgestellt sein und mit anderen Erkrankungen in Zusammenhang gesehen werden“, betont Dr. Birgit Malecha-Nissen.

Zielsetzung der Klinik Preetz und der AMEOS-Ambulanz ist es, in den nächsten Jahren die Kapazität in diesem Bereich auf 52 Betten auszubauen und eine zusätzliche Tagesklinik mit 18 Plätzen zu schaffen. Wie in dem Gespräch zu erfahren war, haben Krankenhausplanungsausschuss und das Sozialministerium diese Vorstellungen inzwischen gut geheißen und unterstützen den Ausbau am Standort Preetz.

„Dieses wohnortnahe Angebot ist für die Patienten wie auch für die Angehörigen notwendig und hilfreich. Mit einem hohen Qualitätsanspruch in der klinischen und emotionalen Patientenversorgung könnte diese dezentrale Einrichtung eine wichtige Ergänzung der medizinischen Versorgung im Kreis Plön sein. Die Klinik Preetz wird mit diesem Ausbau und weiterer Modernisierungsmaßnahmen ihre Wettbewerbsfähigkeit als Grund- und Regelkrankenhaus weiter unter Beweis stellen“, sind sich Helga Hohnheit und Norbert Maroses einig.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 10.05.2013, 11:36 Uhr - 15368 Clicks - Nr. 373

## **SPD-MdB Thönnnes zum Tag der Kinderbetreuung am 13. Mai 2013**

Hunderte Erzieherinnen und Erzieher, Kinderpflegerinnen und -pfleger sowie Tagesmütter und -väter engagieren sich jeden Tag im Kreis Segeberg. Sie sorgen dafür, dass Kinder zum Spielen mit Gleichaltrigen zusammen kommen und Eltern Beruf und Familie vereinbaren können. Um sie einmal besonders in den Mittelpunkt zu stellen, hat sich 2012 eine Initiative gebildet und mit Hilfe prominenter Unterstützer den Tag der Kinderbetreuung ins Leben gerufen.



Ziel des bundesweiten Aktionstages ist es, der Arbeit in der frühkindlichen Bildung und Betreuung den gebührenden Stellenwert zu geben, der ihr zusteht.

„Alle Menschen, die die Kleinsten in unserer Gesellschaft betreuen, haben unsere Anerkennung und ein Dankeschön verdient. Ohne ihr Engagement wäre ein sozial gerechtes Deutschland, in dem Eltern frei entscheiden können ob sie weiterhin Arbeiten oder sich selbst um den Nachwuchs kümmern möchten, gar nicht möglich“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies und ergänzt: „Die Anforderungen an pädagogische Fachkräfte sowie Tagespflegepersonen sind in den letzten Jahren gestiegen. Die Bezahlung hinkt aber hinterher. Das muss sich ändern“.

Weil die frühkindliche Bildung entscheidend für gleiche Startchancen ist, hat die SPD in Ihrem Regierungsprogramm beschlossen, das Angebot an Kindertagesstätten bedarfsgerecht ausbauen und auch die Qualität der Bildungsinhalte zu erhöhen. „Um diese Ziele umsetzen zu können, sind gut qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Grundvoraussetzung. Und wir müssen alle Anstrengungen darauf konzentrieren, dass wir kein Kind zurücklassen. Deshalb mache ich gerne auf den Tag der Kinderbetreuung aufmerksam“, so Thönnies.

Weitere Informationen sind unter [www.tag-der-kinderbetreuung.de](http://www.tag-der-kinderbetreuung.de) erhältlich.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 11.05.2013, 09:16 Uhr - 25937 Clicks - Nr. 374

## **Unser Kandidat im Wahlkreis 11 (Büdelsdorf): Gerrit van den Toren**

Gerrit van den Toren ist unser Kandidat für den Wahlkreis 11, Büdelsdorf. Er ist derzeitiger umweltpolitischer Sprecher der Fraktion und stellvertretender Umwelt-, Verkehrs- und Bauausschussvorsitzender.

Gerrit erklärt zu seinen Zielen im Kreistag: "Wichtig ist mir bei allen Haushaltskonsolidisierungen auch im Auge zu behalten, was denn für ein Zustand erreicht wurde, wenn man die Konsolidierung vollendet hat. Dabei liegt mein besonderer Fokus auf einer ausgewogenen Art des Wirtschaftens zwischen den individuellen Bedürfnissen und den allgemeinen Ansprüchen an eine funktionstüchtige Umwelt. Die aktuellen Diskussionen um die Windenergie und die neuen Mobilitätsansprüche sind dabei nur die größten Felder der politischen Diskussionen.



Wichtig ist mir in der zweiten Amtszeit, das Gemeinsame in der Region um Rendsburg für alle erlebbar zu machen und dabei die größtmöglichen Synergieeffekte für diesen schönen Fleck von Schleswig – Holstein zu erzielen. Dabei wird es auch um solche Dinge wie den innerörtlichen Radverkehr und die Einbindung der neuen Medien in den ÖPNV gehen."

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 12.05.2013, 10:07 Uhr - 27721 Clicks - Nr. 375

## Unsere Kandidatin im Wahlkreis 12 (Osterrönfeld): Sabrina Jacob

Sabrina Jacob ist die SPD-Kandidatin für den Wahlkreis 12 mit den Gemeinden Schacht-Audorf, Osterrönfeld, Bovenau, Haßmoor, Ostfeld, Rade und Schülldorf.

Über ihre Ziele erklärt sie am Muttertag: "Mir ist es wichtig, dass sich Familien auf die Betreuungs- und Beratungsangebote im Kreis verlassen können. Eine verlässliche Infrastruktur ist die Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf."



**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 12.05.2013, 16:33 Uhr - 7252 Clicks - Nr. 376

## Gemeinsam gute Schule machen

*Zur Berichterstattung zu Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten von Lehrerinnen und Lehrern in Schleswig-Holstein erklärt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:*

„Grundsätzlich finde ich es begrüßenswert, wenn Lehrerinnen und Lehrer den Großteil ihrer Arbeitszeit an ihren Schulen verbringen. Dazu sind entsprechende Arbeitsbedingungen an den Schulen notwendig.“



Neben dem Lehrerzimmer, das in erster Linie für Gespräche und kurze Pausen da ist, braucht es gut ausgestattete Arbeitsplätze und Räume für Besprechungen in kleinem Kreis. Es ist gut, dass dieses Thema, für das die Schulträger zuständig sind, kurz vor der Kommunalwahl auf die Tagesordnung kommt. Viele Schulen und Schulträger sind auf diesem Weg übrigens schon weit vorangekommen.

Um gute Kräfte im Land zu halten, muss Schleswig-Holstein jungen Lehrerinnen und Lehrern langfristige Perspektiven geben. Der Kurs der Koalition ist daher, möglichst viele feste Stellen zu schaffen und weniger als die Vorgängerregierung mit kurzfristigen Verträgen über den Vertretungsfonds zu arbeiten.

Wenn gute Kräfte und gute Arbeitsbedingungen zusammenfallen, muss man über die Unterscheidung von „Ferien“ und „unterrichtsfreier Zeit“ nicht lange sinnieren. Dann sind Schulen auch außerhalb der Unterrichtszeit lebendige Orte des pädagogischen Austauschs, der Aus- und Weiterbildung und der Entwicklung spannender Projekte. Auch das lässt sich im Land an vielen Standorten besichtigen.

Ich würde mich freuen, wenn alle mit derselben Energie die Beispiele guter Schulen im Land betrachten, mit der einige sich der Exegese von Dritten zitierter Aussagen der Bildungsministerin widmen.“

**Keine Kommentare**

[AsF Kiel](#) - veröffentlicht am 13.05.2013, 01:26 Uhr - 6567 Clicks - Nr. 377

## **Das Beschneidungsgesetz - ein Rückschritt im Kampf gegen die Genitalverstümmelung**

Am Dienstag, 14. Mai, um 18.30 Uhr lädt die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Kiel zu einer Diskussion ins Café Fleet (Fleethörn Ecke Muhliusstraße) ein. Es geht um die Frage, welche Konsequenzen das Gesetz über die Beschneidung von Jungen für den Kampf gegen die Genitalverstümmelung bei Mädchen haben kann. An der Diskussion nimmt Anette Langner, Staatssekretärin im Sozialministerium, teil.



Am Dienstag, 14. Mai, um 18.30 Uhr lädt die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Kiel zu einer Diskussion ins Café Fleet (Fleethörn Ecke Muhliusstraße) ein. Es geht um die Frage, welche Konsequenzen das Gesetz über die Beschneidung von Jungen für den Kampf gegen die Genitalverstümmelung bei Mädchen haben kann.

Den Einstieg bildet eine kurze Lesung aus dem Buch "Wüstenblume" von Waris Dirie, die als selbst Betroffene eine der profiliertesten Gegnerinnen der weiblichen Genitalverstümmelung ist.

Danach diskutieren Annette Langner, Staatssekretärin im Sozialministerium, die Rechtsanwältin Inge Tovar und Ulrike Krause, FRCOG, Fachärztin für Gynäkologie und Allgemeinmedizin, miteinander und mit dem Publikum. Die Veranstaltung wird von Ursula Schele (Frauennotruf Kiel) moderiert.

Die AsF Kiel hält es für wichtig, dieses Thema, das auch in Deutschland lebende Mädchen betrifft, kritisch zu diskutieren. Interessierte sind eingeladen, die Veranstaltung zu besuchen.

Kommentar von [Yvonne Thun](#) vom 06.02.2014, 13:39 Uhr:

### **weibliche Genitalverstümmelung**

*Guten Tag, ich bin Lehramtsstudentin an der Uni Flensburg und ich möchte mich gern aktiv im Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung einsetzen, betroffenen Mädchen und Frauen unterstützend/ beratend zur Seite stehen und als kompetente Ansprechpartnerin für meine Schülerinnen da sein. Leider konnte ich hier in Flensburg keine Organisation ausfindig machen, an die ich mich wenden kann. Können sie mir evtl. Kontaktadressen nennen` Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen*

Kommentar von [Detlef Bosau](#) vom 15.05.2013, 21:39 Uhr:

### **RE: Das Beschneidungsgesetz - ein Rückschritt im Kampf gegen**

*Offen gesagt finde ich die Fragestellung fast schon bizarr. Abgesehen von den katastrophalen Folgen für die Jungen hat das Gesetz doch längst Konsequenzen für die FGM gehabt: Ein ägyptischer Professor fordert die Legalisierung der FGM.*

<http://www.welt.de/politik/ausland/article111030661/Mediziner-will-Vaginal->

*Beschneidung-legalisieren.html Diese Diskussion liesse sich also abkürzen. Meine Frage ist: Was wird bei der Diskussion, außer dem Austausch von Betroffenheit, herauskommen? Wird z.B. einmal der Stand der Strafanzeige von Mogis e.V. gegen Yehuda Teichtal wegen der Metzitzah B'peh in Berlin im März 2013 besprochen? Und wird besprochen, im Fall einer Verfahrenseinstellung eine Strafanzeige gegen die StA Berlin wg. Strafvereitelung im Amt bzw. Rechtsbeugung zu erstatten? Werden konkrete Schritte zur Abschaffung von Par. 1631d BGB erörtert? Da hier eine Diskussion innerhalb der SPD stattfindet: Die SPD Bundestagsfraktion hat mit großer Mehrheit das Gesetz 1631d BGB mitgetragen. Ist man hier innerhalb der SPD weitergekommen? Findet dort ein Erkenntnis- und Willensbildungsprozess statt? Oder wird weiter verstümmelt - und zum Teil sogar gestorben - während wir uns in gegenseitiger Betroffenheit wechselseitig bedauern? Detlef Bosau, Stuttgart*

Kommentar von [Zash](#) vom 14.05.2013, 01:48 Uhr:

**RE: Das Beschneidungsgesetz - ein Rückschritt im Kampf gegen**

*Bei mir hatte es die Konsequenz das ich den Kampf gegen die Genitalverstümmelung von Mädchen nicht mehr ganz ernst nehmen kann, solange man nicht klipp und klar dazu sagt was man mit dem Begriff "Genitalverstümmelung" eigentlich meint. Soweit ich weiss waren damit früher alle möglichen chirurgischen und medizinisch unnötigen Eingriffe am weiblichen Genital gemeint (Beschneidungsarten Typ 1- Typ 4). Da allerdings bei den Knaben eine Typ 1 Beschneidung (Zirkumzision) ganz offiziell legalisiert wurde sehe ich keinen Grund Typ 1 Beschneidungen bei Mädchen als Genitalverstümmelung zu bezeichnen oder zu bestrafen. Typ 3 Beschneidungsarten bei beiden Geschlechtern (Infibulation, Kastration) werte ich noch als Genitalverstümmelung. Typ 2 Beschneidungen würde ich selbst auch noch als Verstümmelung werten wollen, da aber die Labioplastik (Typ 2a Beschneidung) bei Frauen immer beliebter wird bin ich mir da unsicher. Seit Mitte letzten Jahres bin ich in diesem Thema recht gut informiert, nach dem Schandgesetz vom 12.12.2012 kann bei mir Niemand mehr wegen einer Typ 1 Beschneidung eines Mädchens auf meine Tränendrüsen drücken ... das hat sich erledigt !*

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 13.05.2013, 08:25 Uhr - 26934 Clicks - Nr. 378

## **Unsere Kandidatin im Wahlkreis 13 (Achterwehr): Sandra Liedtke**

Sandra Liedtke ist die SPD-Kandidatin im Wahlkreis 13 mit den Gemeinden Felde, Achterwehr, Westensee, Melsdorf, Ottendorf, Quarnbek, Krummwisch und Bredenbek.

Über ihre Ziele sagt sie: „Als Sozialdemokratin stehe ich für soziale Gerechtigkeit. Alle Menschen sollen die Möglichkeit erhalten, ihr Leben entsprechend ihren Neigungen und Talenten zu gestalten. Vermeintlich „gleiche Chancen“ reichen dafür nicht: Jedes Kind und jeder Mensch muss bei Bedarf eine individuelle Unterstützung erhalten. Die Möglichkeit zur Vereinbarung von Familie und Beruf ist für Familien heutzutage unumgänglich. Auch in unseren ländlichen Regionen benötigen wir deshalb gute und bedarfsgerechte Betreuungsangebote für unsere Kinder.“



**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 13.05.2013, 09:59 Uhr - 7414 Clicks - Nr. 379

## Es ist doch ein Kreuz mit der SPD...

...damit das Kreuz bei der Kommunalwahl am 26. Mai für die SPD gemacht wird, legt sich der Ortsverein Langwedel mächtig ins Zeug. Am Wochenende wurden zahlreiche Werbeschilder gefertigt und Plakate verklebt. Sie sind seit Sonntag an verschiedenen Orten in der Gemeinde Langwedel zu finden, um sich den Bürgerinnen und Bürgern zu präsentieren.



Nach einem Wochenende mit Hausbesuchen, das die SPD nutzte, um sich vorzustellen, ist jetzt ein Wahl-Countdown auf Facebook geplant. Hier sollen bis zur Wahl die elf Kandidaten und -Kandidatinnen für den Langwedeler Gemeinderat vorgestellt werden. Wer den persönlichen Kontakt sucht, kann am kommenden Pfingstsonntag ab 14.30 Uhr unter dem Motto „Heisse Tasse gegen soziale Kälte“ mit den SPD-Kandidaten und -Kandidatinnen am Denkmal in Langwedel bei einer Tasse Kaffee ins Gespräch kommen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 13.05.2013, 18:00 Uhr - 4406 Clicks - Nr. 380

## Newsletter Suchsdorf aktuell 02/13

Der Ortsverein Suchsdorf gibt in unregelmäßigen Abständen einen Infobrief "Suchsdorf aktuell" heraus. Jetzt erscheint die zweite Ausgabe für 2013 mit den Monaten März, April, Mai. "Suchsdorf aktuell" soll einen Überblick über die Aktivitäten des OV geben und zum Teilnehmen an kommenden Veranstaltungen anregen. Hier soll ein der Inhalt in einer Übersicht dargestellt werden, in voller Länge und mit Bildern ist der Newsletter beim



Vorsitzenden Andreas.Arend(at)spd-suchsdorf.de

### Inhalt:

- 1) Jazzfrühschoppen
- 2) 150 Jahre Sozialdemokratie – 150 Jahre kritische Literatur
- 3) Suchsdorfer Programm
- 4) Infostände
- 5) Spargelesen
- 6) Internetauszeichnung
- 7) Osterstand

### 1) Suchsdorfer Musiksalon: 2. Jazzfrühschoppen

Nach dem großen Erfolg im Vorjahr wurde dieses Jahr der 2. Suchsdorfer Jazzfrühschoppen ausgerichtet. Veranstaltungsort war wieder das Sportheim des SSV, in dem der



kleine Hunger bei der Wirtin gestillt werden konnte. Die musikalische Ausgestaltung übernahm "Das leise Trio", dessen Auftritt wieder von allen Seiten sehr gelobt wurde. Insgesamt waren etwa 90 Personen anwesend, eine Teilnehmerzahl die sehr zufriedenstellend ist. Unter den Gästen waren nicht nur zahlreiche Mitglieder des Ortsvereins und Interessierte anderer Kieler OV's, sondern auch sehr viele Suchdorferinnen und Suchdorfer außerhalb der Parteiorganisation. Es ist schön, so das kulturelle Leben in unserem Stadtteil ergänzen zu können. Ein besonderer Dank gilt, wie immer in der Reihe Musik- und Kultursalon, der Familie Helbig.

## 2) 150 Jahre Sozialdemokratie – 150 Jahre kritische Literatur

Suchsdorf, das verwunschene Schatzkästlein am Rande der großen Stadt ... Anemone und Volkmar Helbig verwandelten wieder ihr bezauberndes Wohnzimmer in einen Literatursalon und luden gemeinsam mit dem Kulturforum der Kieler Sozialdemokraten und dem SPD-Ortsverein Suchsdorf zu einer Matinee am Sonntag, den 12. Mai 2013 ein. Unsere Oberbürgermeisterin Dr. Susanne Gaschke, Susanne Kallweit, Claus Möller, Finanzminister a. D. sowie Jürgen Weber, MdL und Kreisvorsitzender, gaben einen kurzen Überblick über die Literatur der Jahre 1863 bis 2013 und lasen u.a. aus Werken von Hedwig Dohm, Heinrich Mann, Wolfgang Borchert, Kudl Schnöf alias Jochen Steffen und Feridun Zaimoglu. Unterbrochen wurden die „Literaturstückchen“ von Musik mit Klavier und Saxophon.

## 3) Unser Programm für Suchsdorf

Auf einer Mitgliederversammlung hat der SPD-Ortsverein sein Programm „Für Suchsdorf. Gemeinsam. Sozial. Handeln.“ beschlossen. Zahlreiche Anregungen aus Suchsdorf sind in das Programm eingearbeitet worden. Schwerpunkte sind der weitere Ausbau der Kinderbetreuung, gute Bildung, mehr Treffpunkte für Jung und Alt sowie die Aufwertung unserer Suchdorfer Plätze. Das Programm ist auf unseren Info-Ständen erhältlich und natürlich auf unserer Homepage, [www.spd-suchsdorf.de](http://www.spd-suchsdorf.de), zu lesen. Ihr findet das Programm auch in der Suchdorfer Rundschau, die demnächst in euren Briefkästen liegen wird.

## 4) Tag der Ortsverein / Infostände

Bereits am Samstag 04.05. haben wir wieder 3 Infostände an den "altbekannten" Orten veranstaltet. Mit dabei waren wieder viele engagierte Genossinnen und Genossen, über Verstärkung freuen wir uns aber jederzeit! Entweder ihr kommt einfach vorbei oder ihr sprecht vorher mit Andreas, wo ihr am meisten gebraucht werdet. Auch am Samstag 11.05. waren wir wieder an allen unseren Orten vertreten. Diese hohe Präsenz ist übrigens einmalig- unter den Parteien in Suchsdorf und auch im SPD-Kreisverband! Super! Zudem war der 04.05. der Tag der Ortsvereine im Jubiläumsjahr unserer Partei. Landesweit haben viele Ortsvereine kleine oder größere Aktionen und Veranstaltungen organisiert um auf die bewegte Geschichte hinzuweisen. Wir waren am Rungholtplatz dabei und haben den Film "Wenn du was verändern willst.." über unsere Geschichte als Sozialdemokratie gezeigt. Bis zur Wahl wartet dennoch noch viel Arbeit auf uns. An den kommenden Samstagen 18.05. und 25.05. werden wir wieder unsere Infostände "bestücken"-die Daten findet ihr unten! Am Dienstag 21.05. besetzen wir mit unserem Ratsherrn Thomas den zentralen Infostand (ZIS) in der Holstenstraße-kommt gerne vorbei um zu Helfen oder einfach auf ein kleines Gespräch!

## 5) Spargelesen

Der SPD Ortsverein Suchsdorf lädt ein zum traditionellen Spargelesen – Ehrengast ist Torsten Albig

Wann? am 24. Mai 2013, um 19:00 Uhr Wo? SSV Sportheim, Alter Steenbeker Weg 24, 24107 Kiel

Es wird Spargel satt mit Salzkartoffeln, Katenschinken und Sauce Hollandaise geben. Der Preis ist natürlich saisonabhängig und steht jetzt leider noch nicht fest. Ausweichgericht: Gemüseburger mit Pommes Frites. Bezahlt wird bei der Wirtin! Gäste und Freunde, auch wenn nicht Parteimitglieder, sind natürlich herzlich willkommen!

Bitte bei Thomas, Anemone oder Andreas bis zum 17. Mai 2013 anmelden! (Telefonisch oder per Email, Daten siehe [www.spd-suchsdorf.de](http://www.spd-suchsdorf.de))

#### 6) Internetseiten ausgezeichnet

Die Internetkooperative SPD-Net-SH zeichnet jährlich drei Webseiten in den Kategorien Aktualität, Ortsbezug und Gestaltung aus. Unser Ortsverein hat dieses Jahr die Auszeichnung im Bereich Gestaltung erhalten, worüber wir uns sehr freuen. Dies ist auch ein Ansporn weiterhin engagiert unsere Seiten zu betreiben. Die Anerkennungsurkunde erhielt Kreisvorsitzender Jürgen Weber auf dem Landesparteitag durch den SPD-Net-SH-Sprecher Rudolf Riep. Weitere Informationen hierzu beim Spargelesen!

#### 7) Ostergrüße am Infostand

Am Ostersonntag standen wir ca. 2 Stunden bei Sonnenschein, aber trotzdem noch relativer Kälte, vor dem Edeka-Markt und haben an die einkaufenden Suchsdorferinnen und Suchsdorfer kleine Ostergrüße verteilt. Außerdem standen wir natürlich für Fragen und Anregungen im Rahmen des Programmdialogs bereit. Insgesamt ein schöner Erfolg!

Wir hoffen einen guten Überblick gegeben zu haben und danken für das Interesse!

**Keine Kommentare**

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 13.05.2013, 19:28 Uhr - 7517 Clicks - Nr. 381

## **Ein guter Start von Anfang an**

Wir wollen, dass Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern gleiche Startchancen erhalten. Wir wollen, dass der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Land, Kreis und Kommunen gewährleistet wird.

In diesem Zusammenhang lehnen wir das Betreuungsgeld ab.

Es kann nicht sein, dass sich die Gemeinden für den Bau von Kindertagesstätten verschulden und gleichzeitig die Bundesregierung Steuergelder ausgibt, damit die Kindertagesstättenplätze nicht in Anspruch genommen werden.

Wir wollen die Betreuungszeiten am Bedarf der Eltern orientieren und so flexibel wie möglich und notwendig gestalten, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter verbessert werden kann.

**Um uns auf dem Weg zum Ziel zu informieren und zu diskutieren, laden wir zusammen mit dem SPD Kreis Pinneberg am Donnerstag, den 16.05.2013 um 19.00 Uhr zum Zukunftsgespräch mit der Sozialministerin Kristin Alheit in die Gaststätte Seegarten in Barmstedt ein.**

Es diskutieren weiterhin Kai Vogel, Mitglied des Landtages, Thorsten Fischer, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses des Kreises Pinneberg und Margit Schappe-Brabandt, Vorsitzende des Sozialausschusses der Stadt Barmstedt.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 13.05.2013, 23:19 Uhr - 23429 Clicks - Nr. 382

## **"Wenn Du was verändern willst" Der Film zum 150. Geburtstag der SPD**

Am 23. Mai blickt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf eine 150-jährige organisatorische Kontinuität zurück. Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) gegründet, der als erste selbständige politische deutsche Arbeiterpartei eine der beiden Hauptwurzeln der deutschen Sozialdemokratie bildete.

Der Film "Wenn du was verändern willst" wurde aus Anlass dieses besonderen Jubiläums produziert und beschäftigt sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und den Herausforderungen an die Sozialdemokratie. Der SPD-Kreisverband holt diesen Film in ein Rendsburger Theater, um dieses Jubiläum zu feiern. Zur Teilnahme an unserer Jubiläumsfeier mit Filmvorführung laden wir alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich ein:



am 22. Mai 2013

um 19.00 Uhr

in das SCHAUBURG Filmtheater

(Schleifmühlenstraße 8, 24768 Rendsburg).

Im Anschluss an die Filmvorführung laden wir dort zu einem kleinen Empfang mit Gesprächen, Imbiss und Getränken.

Da die Platzanzahl begrenzt ist, bitten wir um Anmeldung bis zum 17.05.2013 bei Eva Dreger, SPD-Kreisbüro (Tel.: 04331 - 43 74 602, Fax: 04331 - 43 74 603, e-Mail: [kv-rendsburg-eckernfoerde@spd.de](mailto:kv-rendsburg-eckernfoerde@spd.de))

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 14.05.2013, 09:15 Uhr - 25086 Clicks - Nr. 383

## **Unser Kandidat im Wahlkreis 14 (Molfsee): Manfred Tank**

Manfred Tank ist unser Kandidat für den Wahlkreis 14 mit Mielkendorf, Blumenthal, Grevenkrug, Hoffeld, Loop, Molfsee, Mühbrook, Rodenbek, Rumohr, Schierensee, Schmalstede, Schönbek und Sören. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt im Kreis beim Ausschuss für Schule, Sport, Kultur und Bildung.



Für Manfred Tank ist die Rücknahme der Elternbeteiligung an der Schülerbeförderung unabdingbar. "Die Veränderung der Schullandschaft im Kreis muss aktiv begleitet und gestaltet werden. Außerdem müssen praktikable Lösungen zum Erhalt von Grundschulen im Kreis unterstützt werden, nach dem Motto 'Kurze Beine, kurze Wege'."

Weitere Schwerpunkte seiner politischen Arbeit sind durch seine beruflichen Erfahrungen als Bankkaufmann die Themen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Seine Erfahrungen in über 20-jähriger Tätigkeit als Finanzausschussvorsitzender in seiner Heimatgemeinde zeichnen ihn als erfahrenen Kommunalpolitiker aus.

"Eine gute und nachhaltige Verkehrspolitik kann nur durch einen leistungsfähigen öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) erreicht werden. Wir brauchen daher einen zukunftsorientierten ÖPNV im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Der ÖPNV muss attraktiv, umwelt- und benutzerfreundlich gestaltet werden. Eine Ausweitung des Busangebotes im Kreis und die bessere Vernetzung des Kieler Umlandes muss in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden."

Entspannung findet der Familienvater bei der Gartenarbeit und dem Fotografieren.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 14.05.2013, 09:30 Uhr - 14662 Clicks - Nr. 384

## **SPD-MdB Thönnies wirbt für den „Jakob Muth-Preis für inklusive Schulen 2013“**

### **Gemeinsamer Unterricht für junge Menschen mit und ohne Behinderung:**



Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen schreibt bereits zum fünften Mal gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung und der deutschen UNESCO-Kommission den Jakob Muth-Preis für inklusive Schulen aus.

Um ein gemeinsames Lernen behinderter und nicht behinderter Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen, sind gute Beispiele die besten Argumente, denn sie zeigen: Gemeinsamer Unterricht stärkt die Bildungschancen aller Kinder.

„Professor Jakob Muth (1927 - 1993) setzte sich intensiv für die gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern ein. Er war als engagierter Pädagoge davon überzeugt, dass jedes gute Beispiel Früchte trägt. In diesem Sinne soll der Preis die Schulen darin bestärken, den Weg der Inklusion konsequent weiterzugehen und möglichst viele dabei mitzunehmen“, erläutert Franz Thönnies.

Im Schuljahr 2011/12 haben in Schleswig-Holstein 57 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf am Unterricht in den öffentlichen allgemeinbildenden Schulen teilgenommen. Damit liegt die Quote mehr als doppelt so hoch

wie im bundesweiten Durchschnitt. Inklusive Beschulung hat dabei nicht nur Vorteile für die Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, sondern dies kommt auch allen anderen zu Gute.

Deshalb wünscht sich der SPD-Bundestagsabgeordnete eine besonders große Beteiligung aus dem Kreis Segeberg: „Das Erlernen von sozialer Kompetenz und der natürlichen Umgang mit menschlicher Vielfalt ist von unerlässlicher Bedeutung für eine qualitativ hochwertige und human geprägte Persönlichkeitsentwicklung. Nur so kann später soziale Gerechtigkeit gelebt werden“, so Franz Thönnies.

Es werden jeweils drei gleichwertige Preise in Höhe von 3.000 Euro an drei Schulen vergeben. 5.000 Euro Preisgeld gibt es für einen Schulverbund. Darüber hinaus bietet die Sinn-Stiftung eine individuelle Entwicklungsbegleitung für die Preisträger.

Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen finden Sie auf der Seite: [www.jakob-muthpreis.de](http://www.jakob-muthpreis.de).

**Bildquelle: Bertelsmann Stiftung**

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 14.05.2013, 09:39 Uhr - 9670 Clicks - Nr. 385

## **Kandidatin für den Gemeinderat in Langwedel: Sabine Hoffmann**

In Dortmund geboren und aufgewachsen im Ruhrgebiet, bin ich 1976 durch das Studium der Agrarwissenschaften nach SH gekommen. Seit 2012 bin ich in Blocksdorf zu Hause, wo ich das Islandpferdegestüt Steenbeksmoor betreibe. Im Hauptberuf bin ich als Dozentin für BWL bei der Wirtschaftsakademie angestellt.



In die SPD bin ich 1980 eingetreten und war an meinem letzten Wohnort Brügge seit 1990 kommunalpolitisch aktiv. Zunächst als bürgerliches Mitglied, dann als Gemeindevertreterin. Außerdem war ich Mitglied im Schulverband Bordesholm und im Bauausschuss des Schulverbandes. Meine Interessen liegen vor allem im Bereich wirtschaftliche Entwicklung und Finanzen, Bauleitplanung und Jugendförderung.

**Keine Kommentare**

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 14.05.2013, 18:02 Uhr - 13760 Clicks - Nr. 386

## **Bilanz der Kieler Kulturpolitik 2013**

Kulturpolitik in der Landeshauptstadt hat sich unter Führung sozialdemokratischer OB´s konsolidiert, ist rational begründet und mit soliden Zukunftsperspektiven ausgestattet worden. Diese Bilanz zog jetzt das Kulturforum der Kieler SPD zum Ende der vierjährigen Kooperation zwischen SPD, Grünen und SSW. „An erster Stelle steht natürlich die ungeheure Anstrengung zugunsten des Mehrspartentheaters in Kiel.



Die Landeshauptstadt ist nicht nur für ein kurzfristig aufgetretenes Defizit eingesprungen, sie hat auch in der Finanzierungsarithmetik zwischen Stadt und Land das Tempo vorgegeben. "Jetzt komme es darauf an, dass das Land im nächsten Jahr die Dynamisierung der FAG-Zuschüsse wieder einführt", sagte der Sprecher des Kulturforum der Kieler SPD.

Daneben sei es gelungen, die Vielfalt der kulturellen Angebote und Dienstleistungen in der Landeshauptstadt zu sichern und teilweise auszuweiten. Dies gelte für die Stadtbücherei, die Stadtgalerie, das Kulturforum und auch die Pumpe; dies gelte ebenso für die Stadtteilbüchereien, die mit zusätzlichem Personal ausgestattet worden sind. Damit sei ein maßgebliches Wahlversprechen der SPD eingelöst worden. „Es ist gerade das besondere Verdienst von OB Susanne Gaschke, einen neuen Ton im Umgang mit der Kultur, mit ihren Akteuren und Angehörigen eingeführt zu haben. Das tut gut und stimmt zuversichtlich für die kulturelle Entwicklung der nächsten Jahre und das Profil in der Landeshauptstadt.“

„Die Kieler SPD hat sich in den letzten Jahren konstruktiv mit den Fragen der kulturellen Infrastruktur und der Grundversorgung mit kulturellen Dienstleistungen auseinandergesetzt. Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Kultur-Parteitag vom Frühjahr 2011, der eine neue Aufgeschlossenheit und Interessiertheit für kulturelle Daseinsfragen in der Partei dokumentierte“, stellte der Sprecher der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft fest. Mehr als einhundert Parteimitglieder war hierbei im Gespräch mit Künstlerinnen und Künstlern aus diversen Genres und Sparten.

Die Projektförderung durch die Landeshauptstadt spiegele darüber hinaus die Breite und Vielfalt der Kultur wider, gleichzeitig würden hierin zeitgemäße Prioritäten und Schwerpunkte gesetzt. „Die kulturelle Kinder- und Jugendbildung genießt einen hohen Rang, der sich in den Bewilligungen zugunsten vieler Zuwendungsempfänger abbilde. Finanziell unterstützt würden etwa die Stiftung Jovita, der Mahnmahl Kilian Verein oder das Maschinenmuseum in der Wik. „Von singulärer Bedeutung sind in diesem Handlungsfeld gerade das Kinderkulturbüro, das eine Projektförderung durch die Landeshauptstadt erhalten hat ebenso wie die Lernwerft in Holtenu.“

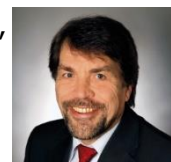
Das Kulturforum der Kieler SPD ist ein informeller Zusammenschluss von Angehörigen der SPD und unabhängigen Persönlichkeiten aus Kunst und Kultur, die sich für die kulturpolitische Verantwortung der SPD einsetzen und den Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern aus Kunst und Kultur darüber führen.

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 14.05.2013, 23:19 Uhr - 7518 Clicks - Nr. 387

## **SPD: Will die FDP die Finanzen der Stadt völlig ruinieren?**

Bad Bramstedt. „Will die FDP die städtischen Finanzen jetzt völlig ruinieren?“, diese Frage wirft der Pressesprecher der SPD, Jan-Uwe Schadendorf auf.



Hintergrund dieser Frage ist die Aussage der FDP in ihrem jüngsten Wahlprospekt in dem es heißt: „Wir möchten auch in Zukunft sachlich darüber entscheiden können, ob wir z. B. Steuern anheben, nur um Gelder aus dem kommunalen Finanzausgleich zu erhalten.“

Schadendorf: „Die FDP sagt hier verklausuliert nichts Anderes, als dass sie meint, auf Sonderzuweisungen und Fehlbetragszuweisungen aus Mitteln des Landes verzichten zu wollen. Wir sind sehr erstaunt, dass die Partei des Vorsitzenden des Finanzausschusses solche Aussagen trifft.“

Nach Ansicht der SPD ist die Stadt ohne diese Mittel wahrscheinlich schon nächstes Jahr völlig handlungsunfähig. „Reicht die Geschichte mit dem Schweizer Franken noch nicht aus, muss die FDP jetzt noch einen oben drauf setzen, um die städtischen Finanzen zu strapazieren? Das sieht nach einem finanzpolitischen Irrweg aus.“

Die SPD hat daher zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses am Donnerstag nach Pfingsten den Vorsitzenden des Ausschusses und FDP-Mann, Joachim Behm, um die Beantwortung einiger Fragen gebeten.

- Welche berechtigten Zweifel gibt es, dass solche Entscheidungen in der Zukunft sachlich getroffen werden können?
- Halten der Ausschussvorsitzende und/oder der Bürgermeister es für möglich auf (Sonder-) schlüsselzuweisungen und Fehlbedarfszuweisungen ganz oder teilweise zu verzichten? (Was die zwangsläufige Folge wäre, wenn man die Steuersätze nicht auf das vorgegebene Niveau des Landes festsetzte.)
- Falls ja, welche alternativen Finanzquellen können die dadurch entstehenden Lücken füllen?
- Ist ein solcher Verzicht mit der Lage des städtischen Haushalts vereinbar?
- Welche Ausgabepositionen sollen gekürzt werden, um die entstehenden Ausfälle auszugleichen?

Schadendorf: „Wir rechnen mit klaren Aussagen, dass es so, wie die FDP meint, nicht geht. Die Aussage der FDP erinnert an den Spruch: ‘Wir stehen am Abgrund, aber wir gehen mal einen Schritt voran.’ Bei allem Verständnis für Wahlkampf und der verzweifelten Suche der FDP nach einer eigenen Positionierung - den Schritt muss sie allein machen.“

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 15.05.2013, 01:03 Uhr - 26785 Clicks - Nr. 388

## **Unser Kandidat im Wahlkreis 15 (Bordesholm): Hans Jörg Lüth**

Hans Jörg Lüth ist unser Kandidat für den Wahlkreis 15 mit Bordesholm und Wattenbek.

„Solide Finanzen sind mir als finanzpolitischer Sprecher sehr wichtig, die SPD hat die Haushaltskonsolidierung aktiv mitgetragen. Unser Kreis hat landesweit die niedrigste Kreisumlage (das ist der Steuersatz, den die Gemeinden an den Kreis zahlen müssen) und mit die geringste Verschuldung. Doch Schuldenabbau darf kein Selbstzweck sein, wir brauchen dringend nachhaltige Investitionen in Bildung, Kitas, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit!“

Zur Abfallpolitik meint Hans-Jörg Lüth:“ In der Abfallpolitik werde ich mich weiter für konstante Entgelte und eine noch höhere Verwertungsquote der Wertstoffe engagieren. Mit unseren Recyclinghöfen, der Bioabfallanlage in Borgstedt sowie der Abfallkooperation mit Plön und Neumünster haben wir Maßstäbe gesetzt. Die organischen Abfälle werden vergärt, wobei Strom und Nahwärme erzeugt werden und als Endprodukt ein wertvoller Kompost entsteht.“



Ein weiterer Schwerpunkt sind der Natur- und Umweltschutz. „Als ehemaliger BUND-Landesgeschäftsführer hat die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen für mich existentielle Bedeutung. Hierzu gehören der Naturschutz und der Klimaschutz mit einer vorbildlichen energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude.“

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 15.05.2013, 09:20 Uhr - 14619 Clicks - Nr. 389

## **Deutscher Engagementpreis 2013**

**Thönnies: Nominierungen für „Geben gibt“ noch bis 12. Juni 2013 möglich**

Das Bündnis für Gemeinnützigkeit ruft dazu auf, freiwillig engagierte Personen und Organisationen für den Deutschen Engagementpreis zu nominieren. Für die bundesweite Auszeichnung kann man sich nicht selbst bewerben, sondern muss vorgeschlagen werden. Dies ist bis zum 12. Juni 2013 per Post oder online auf [www.deutscher-engagementpreis.de](http://www.deutscher-engagementpreis.de) möglich.



Fast 23 Millionen Menschen engagieren sich in Deutschland ehrenamtlich. „Sie leisten in Vereinen, Verbänden oder der Kommunalpolitik einen unschätzbaren Beitrag, um eine sozial gerechte Gesellschaft zu verwirklichen. Dieses Engagement gilt es anzuerkennen und zu würdigen, denn ohne sie würde unser Zusammenleben nicht funktionieren“, erläutert der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies.

Der Deutsche Engagementpreis wird seit 2009 in den Kategorien „Gemeinnütziger Dritter Sektor“, „Politik & Verwaltung“, „Einzelperson“, „Wirtschaft“ und einer jährlich wechselnden Schwerpunktkategorie vergeben. Diese lautet 2013 „Gemeinsam wirken - mit Kooperationen Brücken bauen“ und richtet sich an Projekte, in denen sich verschiedene Initiativen gemeinsam um die Lösung einer gesellschaftlichen Herausforderung bemühen. Darüber hinaus gibt es noch den mit 10 000 Euro dotierten Publikumspreis.

Eine Experten-Jury bestimmt die Preisträger in den einzelnen Kategorien und die 15 Finalisten für den Publikumspreis. Wer diesen gewinnt entscheidet sich durch eine Online-Abstimmung im Oktober. Die Auszeichnung findet dann am 5. Dezember 2013, dem Internationalen Tag des Ehrenamts, in Berlin statt.

„Auch bei uns gibt es viele gute Beispiele für herausragenden freiwilligen Einsatz. Es würde mich freuen, wenn geeignete Personen oder passende Initiativen aus dem Kreis Segeberg nominiert werden“, so Franz Thönnies.

**Bildquelle: Bertelsmann Stiftung**

**Keine Kommentare**

SPD-Langwedel - veröffentlicht am 15.05.2013, 10:24 Uhr - 7766 Clicks - Nr. 390



## SPD-Kandidatin für den Gemeinderat in Langwedel: Unn Ulrike Halm

Geboren und aufgewachsen in Mecklenburg, verließ ich im Jahre 1956 die DDR, studierte dann in Westberlin und Kiel, um Lehrerin zu werden. 1973 zogen mein Mann und ich mit unseren drei Kleinkindern nach Langwedel in den Melkenkamp. 1977 wurde ich Mitglied der SPD und war mehrere Jahre in der Gemeindevertretung aktiv tätig.

Mein besonderes Interesse gilt der Umwelt- und Kulturpolitik und der Förderung der Vereine in unserem Dorf, zum Beispiel Blasorchester, Museumsverein und Sportverein.



**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 15.05.2013, 13:56 Uhr - 152986 Clicks - Nr. 391

### "Fischereireform ist noch nicht beschlossen!"

#### Fischereiminister einigen sich in den frühen Morgenstunden / Europäisches Parlament muss noch zustimmen



Die EU-Fischereiminister haben am frühen Mittwochmorgen grünes Licht für weitere Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) gegeben.

Die Minister erteilten dem irischen Fischereiminister die Erlaubnis, dem Europäischen Parlament in anstehenden Verhandlungsrunden entgegenzukommen. Im Vorfeld der Ratssitzung hatten sich Rat und Parlament in den zentralen Fragen der Reform nicht einigen können, da die Abgeordneten strengere Regeln für ein nachhaltiges Management der Fischbestände und ein strenges Rückwurfverbot durchsetzen wollten.

Die SPD-Europaabgeordnete und Berichterstatterin des Europäischen Parlaments **Ulrike RODUST** bewertet die Einigung der Minister wie folgt: "In einigen Punkten haben sich die Minister bewegt, aber ich hätte mir noch mehr Mut gewünscht. Wir Parlamentarier werden den Text nun in Ruhe analysieren. Ich hoffe, dass wir in den nächsten Wochen zu einer Einigung kommen können, aber garantieren kann ich es nicht. Diese Reform ist zu wichtig für die Umwelt und für die Fischer um sie jetzt übers Knie zu brechen."

Die nächsten Trilogie (Verhandlungsrunden zwischen Parlament, Rat und Kommission) sind für den 28. und 29. Mai angesetzt.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 15.05.2013, 20:13 Uhr - 8342 Clicks - Nr. 392

### Hamburger Rand bleibt ein Planungsraum

**Zwei gute Nachrichten: Raumordnung stärkt Metropolregion und verhindert Fracking**

Die Landesregierung arbeitet derzeit an einer Modernisierung der Landesplanung. Die Zahl der Planungsräume soll von momentan fünf auf drei verringert werden. Entgegen erster Überlegungen ist nun nicht mehr daran gedacht, den Hamburger Rand aufzuteilen. Darüber freut sich Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd:



„Der Süden Schleswig-Holsteins hat als Kraftering von Hamburg gemeinsame Entwicklungspotenziale. Über die Metropolregion Hamburg ist man hier bereits seit vielen Jahren gut vernetzt, kann sich gemeinsam in vielen Fragen mit Hamburg abstimmen. Diese Stärke kann man für ganz Schleswig-Holstein nutzen.“

Ziel der Raumordnung ist es, die nachhaltige Entwicklung der Räume zu gewährleisten und Nutzungskonflikte zu minimieren, beispielsweise können Flächen für den Naturschutz, für Wohnflächen, für Gewerbe, für Infrastruktur oder für Energieerzeugung genutzt werden. Habersaat: „Auch der Abbau von Rohstoffen kann über die Regionalplanung gesteuert werden. Insofern kann die Landesplanung auch ein Instrument sein, Fracking in Schleswig-Holstein zu verhindern.“ Mindestens könne die Tatsache, dass gerade neue Regionalpläne erarbeitet werden, aufschiebend wirken, „bis die Bundesregierung endlich etwas Vernünftiges zu dem Thema produziert hat.“

Für jeden Planungsraum entsteht ein Regionalplan, in dem Ziele und Grundsätze für die räumliche Entwicklung festgelegt werden. Der Regionalplan für den alten Planungsraum I, zu dem die Kreise Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg und Stormarn gehören, gilt seit 1998. Den Planungsraum eins im aktuellen Entwurf für ein neues Landesplanungsgesetz bilden die Stadt Flensburg und die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland. Planungsraum zwei besteht aus Kiel, Rendsburg-Eckernförde und Plön. Der größte Planungsraum umfasst den Süden des Landes: Außer Stormarn sind Lübeck, Ostholstein, der Kreis Herzogtum Lauenburg, Segeberg, Steinburg, Pinneberg und Dithmarschen. Noch offen ist die Zuordnung von Neumünster.

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, Mdl](#) - veröffentlicht am 15.05.2013, 21:35 Uhr - 8403 Clicks - Nr. 393

## **Versprechen gehalten: Mehr Geld für Kinderbetreuung**

Der Schleswig-Holstein-Koalition ist es wichtig, Versprochenes einzuhalten. „Dazu gehört auch“, so die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies, „dass das Land den Kommunen mehr Geld für die Kinderbetreuung zur Verfügung stellt.“



So gibt es im laufenden Jahr 15 Millionen Euro zusätzlich für die Betriebskosten von Kinderkrippen und für die Kindertagespflege. Dieser Zuschuss, so die Elmshorner Politikerin, wird bis 2017 schrittweise auf 80 Millionen Euro erhöht. Allein für 2013 erhalten die Kommunen für die Betreuung von Kindern in einem Alter von unter drei Jahren somit insgesamt 61 Millionen Euro. Hinzu kommen Betriebskostenzuschüsse für die Betreuung von Kindern über drei Jahre in Höhe von 70 Millionen Euro, die das Land zur Verfügung stellt. Dazu kommt: „Zum Zweck der Sprachförderung in den Kitas – ein wichtiges Anliegen – gibt es insgesamt sechs Millionen Euro“, betont die Abgeordnete Beate Raudies.

Die von der rot-grün-blauen Koalition deutlich erhöhten Mittel für Kinderbetreuung sind

eine erhebliche Entlastung für die Kommunen, so Raudies weiter. „Damit unterstützen wir sie beim Ausbau der Betreuung, damit der ab dem 1. August geltende Rechtsanspruch umgesetzt werden kann.“ Für den Kreis Pinneberg stehen 2013 insgesamt 6,719 Millionen Euro für die Betreuung unter Dreijähriger und 7,994 Millionen Euro für die Betreuung über Dreijähriger zur Verfügung. Der Kreis leitet diese Mittel an die Städte und Gemeinden weiter.

Mehr Mittel gibt es auch für Investitionen in den Kita-Ausbau: Das Land stellt für dieses Jahr 20 Millionen Euro und damit neun Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr bereit. Mit den Mitteln des Bundes sind das 2013 insgesamt 45 Millionen Euro für den Ausbau der Kindertagesstätten und der Kindertagespflege in Schleswig-Holstein. Beate Raudies: „Auch das ist gutes Regieren.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 16.05.2013, 08:52 Uhr - 7153 Clicks - Nr. 394

## **SPD-Kandidatin für den Gemeinderat in Langwedel: Ursel Schneegans**

Fast 25 Jahre arbeite ich im Inland Seniorenhaus in Nortorf. Dort habe ich mich um das Wohl und Weh der Senioren gekümmert und war viele Jahre als Personalratsvorsitzende tätig. Seit 1999 lebe ich in Langwedel. Hier fühle ich mich sehr wohl und hier bin ich zuhause. Seit einigen Jahren trete ich beruflich kürzer und traue mir zu, auch für unser Dorf ehrenamtlich etwas zu leisten.

Mir liegen der soziale, aber auch der kirchliche Bereich am Herzen. Sich dafür einzusetzen, lohnt sich immer!

**Keine Kommentare**



[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 16.05.2013, 10:51 Uhr - 26913 Clicks - Nr. 395

## **Unsere Kandidatin im Wahlkreis 16 (Flintbek): Sina Marie Weiß**

Sina Marie Weiß ist unsere Kandidatin für den Wahlkreis 16 mit den Orten Flintbek, Brügge, Techelsdorf, Böhnhusen, Schönhorst, Reesdorf, Bissee, Groß Buchwald und Negenharrie. Sie ist 26 Jahre alt, verheiratet und arbeite als freiberufliche Hebamme unter anderem in Flintbek und den umliegenden Orten.

Der Grund für ihre Kandidatur: „Ich kandidiere am 26.Mai, weil ich die Zukunft in unserem schönen Kreis mitgestalten möchte.“

Dabei stehe die soziale Gerechtigkeit für sie stets im Mittelpunkt. „Es darf kein Mensch benachteiligt werden. Nur wenn wir alle Menschen mitnehmen, unabhängig von Herkunft, Bildung und Geschlecht, können wir in der kommunalen Gemeinschaft gleichberechtigt zusammenleben.“

Ihre politischen Schwerpunkte sieht Sina Marie Weiß in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit.



„Wir brauchen eine kreisweit flächendeckende Gesundheitsversorgung für alle Generationen. Es ist wichtig, dass unsere imland-Klinik weiterhin in öffentlicher Hand bleibt, nur so kann ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge für unseren Kreis gewährleistet werden.“ Besonders wichtig im Bildungsbereich sind ihr der Ausbau von Schulsozialarbeit sowie die Befreiung der Eltern von den Schülerbeförderungskosten. „Es muss jeder Schülerin und jedem Schüler möglich sein, auf die gewünschte Schule zu gehen, unabhängig vom Verdienst der Eltern. Bildung ist eine Investition in die Zukunft!“

Kommentar von [Hans-Christian Koch, OV Silberstedt](#) vom 16.05.2013, 11:28 Uhr:

**RE: Unsere Kandidatin im Wahlkreis 16 (Flintbek): Sina Marie**

*viel Erfolg. Vor einigen Jahren hab ich mal das Steinzeitmuseum in Brügge besucht - gibt es das noch?*

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 16.05.2013, 12:12 Uhr - 28892 Clicks - Nr. 396

## **SPD will Landrätin Jutta Hartweg behalten**

2014 wird die Landrätin im Kreis Segeberg nicht mehr direkt gewählt, sondern vom Kreistag.

2008 hatte die Bevölkerung des Kreises Segeberg die sozialdemokratische Kandidatin Jutta Hartweg direkt zur ersten weiblichen Landrätin im Kreis Segeberg und in Schleswig-Holstein gewählt.



Im Jahre 2014 steht die Landrätin zur Wiederwahl an und dieses Mal darf die Bevölkerung nicht entscheiden. Durch eine Veränderung der Kommunalverfassung entscheidet über die Besetzung der Stelle der Landrätin oder des Landrates allein der Kreistag.

Die Begründung zur Gesetzesänderung war die manchmal erschreckend geringe Wahlbeteiligung bei Landratswahlen und die Befürchtung, dass dadurch eine politische Legitimation verloren gehen könnte.

Der Kreisverband der SPD weißt in diesem Zusammenhang darauf hin, dass er die erfolgreiche Kreispolitik der letzten fünf Jahre mit der Landrätin nach der Wahl 2014 fortsetzen möchte. Zu den Verdiensten der Landrätin gehört unter anderem die Stärkung des Kreises Segeberg innerhalb der Metropolregion Hamburg und die damit verbundenen positiven wirtschaftlichen Entwicklungen des Kreises Segeberg.

Kreisvorsitzender Stefan Weber: „Dafür ist es notwendig, bei der Kommunalwahl am 26. Mai die SPD mit einer starken Fraktion in den Kreistag zu senden. Dafür und für die weitere gute Zusammenarbeit mit Landrätin Jutta Hartweg werben wir.“

Die Sozialdemokraten im Kreis Segeberg werden in der letzten Woche vor der Wahl noch einmal auf die Verbindung zwischen der Kreistagswahl und der Landrätinnenwahl in einer Plakatierungsaktion hinweisen.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 16.05.2013, 12:51 Uhr - 15141 Clicks - Nr. 397

## **Borsteler Professor bei SPD-MdB Thönnnes in Berlin**

## „Science meets Parliament“

Im Rahmen der Veranstaltung „Science meets Parliament“ der Leibniz-Gemeinschaft hielt sich der Ärztliche Direktor der Medizinischen Klinik des Forschungszentrums Borstel – Leibniz-Zentrum für Medizin und Biowissenschaften, Prof. Dr. Peter Zabel, in dieser Woche zwei Tage in Berlin auf.



Ziel dieser Initiative der Wissenschaftsgemeinschaft ist es, den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik zu fördern. Herausragendes Thema für den Wissenschaftler waren dabei die Gesundheitsgefahren durch Antibiotika resistente Erreger.

Schnell verabreden sich die beiden „Segeberger“ Zabel und Thönnies zu einem Treffen im Abgeordnetenbüro des Parlamentariers in der Hauptstadt. Prof. Dr. Zabel betonte dabei die wichtige Bedeutung eines intensiven Dialoges zwischen Gesetzgeber und Forschung. „Wenn es darum geht unsere Arbeitsergebnisse zu neuen Antibiotika oder Arzneimitteln zum Vorteil der Patienten umzusetzen, ist es wichtig, dass es dafür auch die entsprechenden rechtlichen Grundlagen gibt“, so der Borsteler.

Beide zeigten sich erfreut über die gestiegene Wertigkeit des Gesundheitssektors im Kreis Segeberg, nicht zuletzt durch das Netzwerk MedComm des regionalen Gesundheitsmarktes in Südholstein. „Dabei sollte es das Ziel sein, alle Kräfte so zu bündeln, dass wir eine Region entwickeln, in der man gesund leben, gesund arbeiten, gesund wirtschaften, gesund werden und gesund bleiben kann“, so SPD-MdB Franz Thönnies. Als weitere Felder des Ausbaus der gesundheitspolitischen Kompetenz sehen Prof. Zabel und der Parlamentarier die Ausweitung der Zusammenarbeit mit anderen Ländern der Ostseeregion und die Entwicklung eines attraktiven Weiterbildungssystems für die Beschäftigten in der Gesundheitswirtschaft.

**Bildunterschrift: Franz Thönnies und Prof. Dr. Peter Zabel im Paul-Löbe Haus des Deutschen Bundestages**

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 16.05.2013, 23:26 Uhr - 8345 Clicks - Nr. 398

## SPD-Tangstedt. Treffen Sie Ihre Kandidaten!

Am kommenden Samstag, den 18.05.2013, stehen Interessierten die Direktkandidaten der **SPD-Tangstedt** zwischen 15 - 17 Uhr am Übergang zwischen den Straßen Meisenweg und Am Kuhteich für anregende Gespräche zur Verfügung. Ab 16 Uhr wird zudem der **SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies** erwartet.

Bei einem kleinen Imbiss wird über aktuelle Fragen diskutiert werden und das Wahlprogramm der **SPD-Tangstedt** vorgestellt. Wir freuen uns auf Sie!

Sie finden uns hier: [SPD-Tangstedt vor Ort!](#)

Neueste Informationen der SPD-Tangstedt automatisch unter [www.facebook.com/SPDTangstedt](http://www.facebook.com/SPDTangstedt) oder [www.twitter.com/SPDTangstedt](http://www.twitter.com/SPDTangstedt)



**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 17.05.2013, 08:23 Uhr - 25563 Clicks - Nr. 399

## **Unsere Kandidatin im Wahlkreis 17 (Kronshagen): Eicke Paysen**

Eicke Paysen kandidiert für die SPD in der Gemeinde Kronshagen.

"Die SPD ist die politische Kraft, die in schwierigen Zeiten mit Problemen am besten fertig wird und Garant für soziale Gerechtigkeit ist und bleibt. Das bedeutet, sozialen Frieden zu erhalten und zu sichern.

Ich möchte mit meiner Arbeit dazu beitragen, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass jeder Mensch sein Leben in Würde gestalten kann."



**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 17.05.2013, 09:39 Uhr - 7681 Clicks - Nr. 400

## **SPD-Kandidat für den Gemeinderat in Langwedel: Swen Stagars**

Geboren in Dinslaken und seit 1974 in Langwedel aufgewachsen, fühle ich mich mit unserer Gemeinde sehr verbunden. Ich verfolge die gute Arbeit, die an der Grundschule geleistet wird und die durch die Gemeinde auch zukünftig unterstützt werden muss.

Am Herzen liegen mir die älteren Menschen sowie auch unsere Kinder. Deswegen möchte ich mich hierfür in unserer Gemeinde einsetzen.



**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 17.05.2013, 10:31 Uhr - 5312 Clicks - Nr. 401

## **Barsbüttel - Wohin geht's?**

Die SPD Barsbüttel hatte zum Rathaustalk geladen, und etwa 100 Zuhörerinnen und Zuhörer kamen. Der örtliche Landtagsabgeordneter Martin Habersaat moderierte einen interessanten Abend, der persönliche Einblicke offenbarte, politische Ziele hinterfragte und die Entwicklung Barsbüttels in den kommenden Jahren in den Blick nahm.

Gäste waren Bürgermeister Thomas Schreitmüller, Pastorin Sabine Erler, Hans-Dieter Ellerbrock, der Vorsitzende des Vereins Bürgerhaus, Christian Ebke, der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Gemeinderat und Hermann Hanser, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Gemeinderat und Kreistagskandidat.



Hermann Hanser zog 1972 als Student in das Haus seines Schwiegervaters in der Straße „Zum Ehrenhain“; später gründete er hier eine Firma, aus der heute ein große Kongressagentur geworden ist. Hans Dieter Ellerbrock bezog im September 1975 ein Reihenhäuser im Birkenweg und erinnerte sich, dass ihm in der Nacht vor dem Umzug der Umzugswagen gestohlen wurde. Christian Ebke ging in die Kommunalpolitik, weil er den Bau eines neuen Feuerwehrhauses für Stellau voranbringen wollte. Diese und andere Anekdoten bildeten den Anfang eines auch unterhaltsamen Abends.

Bürgermeister Thomas Schreitmüller lobte das sachliche Arbeitsklima in der Gemeindevertretung, die anwesenden Politiker den konstruktiven Stil des Verwaltungschefs. Politik und Verwaltung arbeiten seit Jahren wieder gut zusammen. Pastorin Erler schilderte die Entwicklungen in der Kirchengemeinde der vergangenen Jahre: Die Mehrheit der Gemeindeglieder sei heute über 65 Jahre. Aus dem kirchlichen Kindergarten sei ein Ganztagskindergarten geworden. Schwerpunkt der nächsten Jahre sei es unter anderem, die Arbeit der Sozialstation zu sichern und auszubauen.

Hans-Dieter Ellerbrock betonte dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, den Stiefenhof-erplatz als Zentrum der Gemeinde zu erhalten. Ob mit der Sanierung des Rathauses oder einem Neubau an gleicher Stelle, sei gar nicht so entscheidend. Hermann Hanser bestätigte für die SPD: „Das Rathaus bleibt, wo es ist.“

Hermann Hanser kündigte an, dass in der Gemeinde in den nächsten Jahren weitere Kita-Plätze für U3-Kinder geschaffen werden müssen. „Gegenwärtig decken wir 70% der Nachfrage ab. Die Nachfrage wird in den nächsten Jahren aber auf 90% steigen. Hier wird Barsbüttel weiter investieren müssen.“ Ein neuer Kindergarten sei in der Callingtonstraße in Planung: „Die kennen manche vielleicht noch gar nicht, weil die auch neu ist; sie wird von der Straße ‚Am Akku‘ hinter dem Senioren- und Therapiezentrum rechts abzweigen.“ Hier entsteht auch das neue Nahversorgungszentrum.

Christian Ebke bestätigte, dass die Mehrheit der Politik die Volkshochschule in Barsbüttel erhalten wolle. Hanser: „Eine Volkshochschule Barsbüttel wollen wir erhalten. Wir wollen, dass die Volkshochschule attraktiver wird.“

In Sachen Gemeindefinanzen war der Bürgermeister eher skeptisch, ob hier Land oder Bund den Gemeinden helfen werden, ihre Aufgaben finanzieren zu können. Hermann Hanser ist zuversichtlich, dass die Finanzierung der Kommunen in den nächsten Jahren neu geregelt wird. „Anders geht es nicht. Wir können in Barsbüttel sparen. Wir wollen aber nicht das Schwimmbad schließen, das Bürgerhaus oder das Dorfgemeinschaftshaus verkaufen. Wir haben genug Geld, um alles in der Gemeinde finanzieren zu können, wenn wir nicht so große Summen an den Kreis und das Land abführen müssten. Landes- und Bundesregierung haben das Problem der Kommunal Finanzen erkannt und erste Schritte zur Neuregelung umgesetzt. SPD und CDU müssen das Problem in den nächsten Jahren grundsätzlich lösen.“

Das beruhigende Fazit des Abends: Keines der Probleme ist unlösbar.

[Fotoalbum: hier.](#)

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 17.05.2013, 10:46 Uhr - 4337 Clicks - Nr. 402

## **SPD bedankt sich für fünf gute Jahre**

Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung Barsbüttel begann mit einer netten Überraschung. Die Sozialdemokraten hatten für Gemeindevertreter und Verwaltungsmitarbeiter einen alkoholfreien Cocktail mitgebracht, um sich für die gute Zusammenarbeit 2008-2013 zu bedanken. Hermann Hanser, SPD-Fraktionsvorsitzender: „Wir waren zwar in Sachfragen zuweilen unterschiedlicher Meinung, dennoch war der Umgang miteinander sachlich und das Klima stets konstruktiv.“

Dazu hat auch die gute Zuarbeit durch die Verwaltung beigetragen. Für beides möchten wir uns herzlich bedanken!“

Beschlüsse wurden auch noch gefasst. Auf Antrag der SPD wird geprüft, den 263er-Bus im 10-Minuten-Takt fahren zu lassen und die Anbindung Stellaus an Rahlstedt zu verbessern. Die Sozialarbeit an der Gemeinschaftsschule wird ausgeweitet und ein neuer Kindergarten in der Callintonstraße auf den Weg gebracht. Die Straße gibt es noch gar nicht, sie wird hinter dem Senioren- und Therapiezentrum am Akku entstehen.



**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 17.05.2013, 10:58 Uhr - 7583 Clicks - Nr. 403

## **SPD: Wir haben den richtigen Kurs für die Finanzen der Stadt!**

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD ist erfreut, dass die Stadt für 2012 wesentlich bessere Einnahmen erzielen konnte und keine neuen Schulden zu machen brauchte.



Klaus-Dieter Hinck, Mitglied im Finanzausschuss „Auch wenn das positive Ergebnis stark durch ins neue Jahr verschobene Ausgaben bestimmt ist, zeigt doch die Einnahmeseite, dass die SPD mit ihrem Kurs, die Einnahmen aus Gewerbesteuer zu stärken, auf dem richtigen Weg ist.“

Hätte insbesondere die CDU nicht über Jahrzehnte verhindert, dass neue Gewerbegebiete (Lohstücker Weg) erschlossen wurden, wäre dieser Effekt schon viele früher eingetreten.“

Hinck: „Kaltenkirchen hat über 9 Mio. EUR Einnahmen aus Gewerbesteuer, wir keine 3 Mio. EUR. Da sieht man das ganze Dilemma in zwei Zahlen.“



Die SPD hofft, dass sich nun langsam auch bei den anderen Parteien in Bad Bramstedt die Erkenntnis durchsetzt, dass der ihrerseits vorgeschlagene Weg richtig ist.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 17.05.2013, 12:26 Uhr - 26232 Clicks - Nr. 404

## **SPD fordert mehr kommunale Seniorenbeiräte im Kreis Rendsburg-Eckernförde**

Der SPD-Kreisvorstand ruft dazu auf, in den 165 Gemeinden im Kreis deutlich mehr Seniorenbeiräte zu installieren. Derzeit gibt es Seniorenbeiräte erst in 9 Städten und Dörfern.



„Andere Kreise sind da deutlich weiter“, stellt der Kreisvorsitzende Sönke Rix, MdB, zur Begründung dieses „Gründungsappells“ fest. Rix verweist auf die Bedeutung der bereits einsetzenden Veränderungen durch die Alterung der Gesellschaft.

Im Kreis werde der Anteil der über 65-jährigen bis 2025 um ein Drittel bzw. 17.000 Menschen zunehmen. „Das Riesenpotential, das in der wichtigen und wachsenden Generation „60 plus“ steckt, müssen wir vor Ort für das Wohl der Gemeinden und für die Zukunft aller Generationen mobilisieren. Der Schlüssel dafür lautet: Gründet mehr Seniorenbeiräte!“

### **Der Gründungsaufruf im Wortlaut:**

*„Der Kreisvorstand der SPD Rendsburg-Eckernförde fordert die Fraktionen und BürgermeisterInnen aller politischer Richtungen in unseren Dörfern und Gemeinden dazu auf, die Gründung von Seniorenbeiräten zu initiieren!“*

*Wer mehr privates Engagement fordert, wer mehr Selbsthilfe, mehr Mitwirkung und bessere Bürgerbeteiligung ermöglichen will, der hat mit der älteren Generation einen starken Partner:*

- *sie bringt viele wichtige Kompetenzen und Erfahrungen mit;*
- *sie hat die Zeit und den Willen, sich zu engagieren;*
- *sie wird die Chance nutzen, zur Lösung vieler Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft selbst aktiv beizutragen. Das gilt gerade für den steigenden Bedarf Älterer, was Beratung, Begleitung und Betreuung angeht.*

*Die Gemeindeordnung eröffnet dafür in § 47d allen Gemeinden eine flexibel handhabbare Möglichkeit, über eine eigene Satzung Seniorenbeiräte einzurichten.*

*Seniorenbeiräte leisten und bewirken viel:*

*-Seniorenbeiräte sind die Interessenvertretung der älteren Menschen in der Gemeinde, sie handeln überparteilich und überkonfessionell;*

*- Seniorenbeiräte sind Anwälte und Kümmerer für ihre Generation: sie informieren und beraten in allen Fragen, die ältere Menschen und ihre Lebensumstände betreffen.*

*- Seniorenbeiräte haben Informationsrechte gegenüber „der Politik“. Sie können in den politischen Gremien mitreden und Anträge stellen.*

*An unsere älteren Bürgerinnen und Bürger appellieren wir: Nutzen Sie die Möglichkeiten, die sich bieten! Nehmen Sie Ihre jetzt neu zu wählenden Gemeindevertreter und Bürgermeister in die Pflicht, Sie dabei zu unterstützen. Sprechen Sie Sozial- und Wohlfahrtsverbände an - sie sind gute Verbündete.*

*Rund 120 Seniorenbeiräte gibt es in Schleswig-Holstein - von Klein Kummerfeld bis Langballigau, von Föhr bis Fehmarn. In unserem Kreis müssen es deutlich mehr werden!"*

Wer mehr zu Seniorenbeiräten und ihrer Gründung erfahren will: [www.lsr-sh.de](http://www.lsr-sh.de)

Gute praktische Hinweise liefert auch eine Broschüre aus NRW: [www.lsv-nrw.de](http://www.lsv-nrw.de), S.42 ff.

Ansprechpartner im SPD-Kreisvorstand: Andreas Fleck, Felde, 0163-140 7795

**Keine Kommentare**

[SPD-Nahe](#) - veröffentlicht am 17.05.2013, 21:01 Uhr - 6636 Clicks - Nr. 405

## **Ihr Kandidat für den Kreistag!**

Seit 2003 bin ich für Sie im Kreistag tätig und bitte Sie erneut um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme. Ich stehe für die Förderung der Wirtschaft im ländlichen Raum. Im zuständigen Ausschuss setze ich mich für die Umsetzung von Förderprogrammen ein, um eine nachhaltige Wirtschaftsförderung zu betreiben. Durch die Einführung von Klimaschutzmanagern wird nicht nur die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises gestärkt, sondern auch unsere Umwelt entlastet.

Aufgrund meiner Ausbildung als Bankkaufmann konnte ich zur Entschuldung des Kreises beitragen und werde mich weiterhin dafür einsetzen. Durch meinen Einsatz zusammen mit Helmut Thran (SPD-Itzstedt) ist es uns gelungen, die Reduzierung von Lehrerstellen unter der schwarz/gelben Landesregierung an den Schulstandorten Süfeld und Nahe zurück zunehmen. Eine Abschaffung der Schülerbeförderungskosten ist erst durch unsere neue Landesregierung möglich gewesen. Wir wollten diese bereits ab Februar 2013 abschaffen. Eine schwarz/gelbe Mehrheit im Kreistag hat die Einstellung des Elternbeitrags zur Schülerbeförderung aber verhindert und so soll diese erst ab August 2013 abgeschafft werden. Damit dieser Beschluss vom neuen Kreistag nicht zurückgenommen werden kann, ist es wichtig die SPD zu wählen. Mit einer zukunftsorientierten Bildungspolitik sichern wir die Chancengleichheit aller Kinder. Sie entscheiden mit dieser Wahl auch über die Landratswahl im Jahr 2014. Es gibt keine Direktwahl der Landrätin/ des Landrats mehr und somit entscheiden die Wählerinnen und Wähler nicht direkt über dieses Amt, sondern indirekt der zukünftige Kreistag. Die SPD unterstützt die amtierende Landrätin Jutta Hartweg, die noch direkt gewählt worden ist. Ihr Marc-André Ehlers

Aus der Region – Für die Region

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 18.05.2013, 08:46 Uhr - 25665 Clicks - Nr. 406

## **Unser Kandidat im Wahlkreis 18 (Gettorf): Bernd Zöllkau**

Bernd Zöllkau kandidiert für den Wahlkreis 18 mit den Gemeinden Gettorf, Tüttendorf, Neuwittenbek, Schinkel und Lindau.

Im Kreistag möchte der ehemalige Datenschutzbeauftragte die Interessen der Gemeinden des Dänischen Wohldes intensiv bei der Entwicklung und Schaffung eines attraktiven und kostengünstigen öffentlichen Personennahverkehrs vertreten, welcher durch einen zügigen Ausbau der Radwegeinfrastruktur zu begleiten ist.

"Täglich wird insbesondere in den kleineren Gemeinden aufgezeigt, wie abhängig wir vom Personenkraftwagen sind. Aber was ist, wenn man mal nicht mehr selbst fahren kann oder kein Auto zur Verfügung steht? Hat die jüngere und mittlere Generation das Problem der Erreichbarkeit von Arbeitsplatz, Kindertagesstätte, Schule, Einkauf, Verwaltung und Vereinen, kommen gerade für die Älteren zunehmend die der Erreichbarkeit von Ärzten und sozialen Einrichtungen hinzu. Vergessen dabei darf man auch nicht die kulturellen Veranstaltungen, die eher in den größeren Gemeinden und den Städten stattfinden."



**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 18.05.2013, 09:18 Uhr - 7367 Clicks - Nr. 407

## **SPD-Kandidatin für den Gemeinderat in Langwedel: Christel Bodenbach**

Aufgewachsen bin ich in Enkendorf, wo ich als kleines Kind immer gern Ballspiele mitgemacht habe. Seit 15 Jahren wohne ich mit meiner Familie in Langwedel, bin Mitorganisatorin des regelmäßigen Boule-Spielens im Dorf und richte den Seniorenkaffee der SPD aus. Ich bin halbtags in meinem Beruf als Masseurin und medizinische Bademeisterin in Schacht-Audorf tätig.

SPD-Mitglied bin ich seit 1999. Von 2006 bis 2008 war ich Mitglied im Gemeinderat. Besonders liegt mir unsere Dorfgemeinschaft am Herzen, insbesondere die Kinder und Jugendlichen, sowie unsere Senioren.



**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 18.05.2013, 09:41 Uhr - 9299 Clicks - Nr. 408

## **Dezentrales Abfallberatungskonzept ist Erfolgsmodell**

Anlässlich eines Gespräches der SPD-Kreistagsfraktion mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Natur-, Umwelt-, und Abfallberatungsstellen im Kreis Plön am Standort

Lütjenburg wurde deutlich, dass die dezentrale Abfallberatung an vier Standorten im Kreis Plön ein Alleinstellungsmerkmal in Schleswig-Holstein hat.

„Die Abfallberatung in Zusammenarbeit mit den Verbänden und der Gemeinde Schönberg ist in guten Händen und wir wollen diese Struktur auch über 2013 hinaus fortsetzen...

Anlässlich eines Gespräches der SPD-Kreisfraktion mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Natur-, Umwelt-, und Abfallberatungsstellen im Kreis Plön am Standort Lütjenburg wurde deutlich, dass die dezentrale Abfallberatung an vier Standorten im Kreis Plön ein Alleinstellungsmerkmal in Schleswig-Holstein hat.



„Die Abfallberatung in Zusammenarbeit mit den Verbänden und der Gemeinde Schönberg ist in guten Händen und wir wollen diese Struktur auch über 2013 hinaus fortsetzen. Dabei gilt es, das vorhandene Konzept weiterzuentwickeln. Hierbei muss es auch gelingen, das Ostufergebiet umfassender zu versorgen und kreative Ideen für entsprechende Konzepte zu entwickeln.

"Natur kennt keinen Abfall" ist das Motto, das mit vielen umweltpädagogischen Projekten an Schulen und Kindergärten mit Kompetenz und Fachwissen vermittelt wird. In Zukunft sollen auch Senioren mit einbezogen werden, die dann wiederum ihre Erfahrung weitergeben. Lutz Schlüsen und Dr. Birgit Malecha-Nissen resümieren: „Wir wollen die Projekte weiter unterstützen und uns für eine solide Finanzierung einsetzen!"

Seit 25 Jahren existieren diese Umweltberatungsstellen und in dieser Zeit sind auch ca. 100 Jugendliche ausgebildet worden im Rahmen ihrer Arbeit während des Freiwilligen Sozialen Jahrs. Dort haben sie vielseitige Erfahrungen in der Umweltbildungsarbeit gesammelt. Das soll fortgesetzt werden, um insbesondere auch bei jungen Menschen Bewusstsein für eine gesunde Umwelt zu erwerben.

**Foto** v.l.n.r.: Sabine Untiedt, BUND Preetz, Carsten Pusch, NABU Plön, Birgit Malecha-Nissen, Konrad Olexik, NABU Lütjenburg, Dirk Osbahr, Lutz Schlüsen.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 18.05.2013, 14:08 Uhr - 9535 Clicks - Nr. 409

## Minister Meyer zu Gast in Kalifornien

„Neue Gäste braucht der Strand“ war das Motto der Veranstaltung mit Tourismusminister Reinhard Meyer und SPD-Spitzenkandidat Wilfried Zurstraßen. Der Kreistagsabgeordnete für Schönberg Lutz Schlüsen begrüßte im Hotel Seestern interessierte Bürgerinnen und Bürger, vorwiegend aus dem Bereich Tourismus.

„Neue Gäste braucht der Strand“ war das Motto der Veranstaltung mit Tourismusminister Reinhard Meyer und SPD-Spitzenkandidat Wilfried Zurstraßen. Der Kreistagsabgeordnete für Schönberg Lutz Schlüsen begrüßte im Hotel Seestern interessierte Bürgerinnen und Bürger, vorwiegend aus dem Bereich Tourismus.

Wilfried Zurstraßen führte aus: „Nach den vielen Investitionen in die Infrastruktur, wofür die Seebrücke und die Deichterrassen Beispiele sind, gibt es weiterhin Optimierungsbedarf in die Infrastruktur, z.B. für die Neugestaltung der Strandeingangsbereiche am Schönberger Strand und in Kalifornien, mehr Spielplatzangebote, mehr Parkplätze, Breitbandversorgung in den Strandgebieten. Dafür werden wir uns um Zuschüsse bemühen.“



Nachdem die Landesregierung ihr Touristisches Konzept überdacht hat, muss auch die Schönberger Tourismuskonzeption auf den Prüfstand gestellt werden. Das soll mit der neuen Gemeindevertretung passieren. Der Minister betonte. „Die Region muss schlagkräftig handeln, Qualitätsinitiativen müssen entwickelt werden, Modernisierungen durchgeführt werden. Dazu stellt das Ministerium Einzelbetriebliche Förderung in Aussicht. Mit rund 72 Mio Übernachtungen im Jahr in Schleswig-Holstein ist der Tourismus ein herausragender Wirtschaftsfaktor und schafft Arbeitsplätze insbesondere im ländlichen Raum. Da gilt es nachdrücklich, die Vorzüge des Landes noch mehr zu vermarkten, um konkurrenzfähig zu bleiben!“

Als Fazit der Diskussion unterstrich Lutz Schlüsen die kolossale Bedeutung des Tourismus im Kreis Plön und betonte, er muss barrierefrei organisiert sein, kulturelle Akzente setzen und als Ganzjahrestourismus etabliert werden, damit Kreis wettbewerbsfähig bleibt.

**Keine Kommentare**

[SPD-Büchen](#) - veröffentlicht am 18.05.2013, 14:44 Uhr - 5208 Clicks - Nr. 410

## **Finger weg von Privatisierung der Straßen**

### **Leserbrief**

**CDU Veranstaltung mit Landtagspräsident Klaus Schlie in Fitzen, LN vom 15. Mai**

### **Finger weg von Privatisierung der Straßen**

Auf einer CDU Wahlkampfveranstaltung wurde das Thema Straßenzustand im Land thematisiert. Eines vorweg, die Kreisstraßen sind nicht betroffen, für die noch ausstehenden Reparaturarbeiten werden kurzfristig 100.000 Euro in die Hand genommen, so will es der zuständige Kreisausschuss.

Die desolante Situation der Landstraßen führte natürlich in einer Wahlkampfphase dazu, dass Landtagspräsident Klaus Schlie die Landesregierung verantwortlich macht. Jedem Bürger stellt sich jedoch die Frage, wie Straßen innerhalb eines Jahres derart kaputt gehen

können? Doch nur, weil jahrelang nicht in Straßensanierung investiert wurde. Und der damalige Innenminister Klaus Schlie tut jetzt so, als hätte er jetzt den Königsweg gefunden:

1. Kein Radwegebau in den nächsten 3 Jahren

Fakt ist, dass im Landeshaushalt nur 5 Mio. Euro für Radwegebau vorgesehen sind, für 80 km marode Straßen allein im Kreis Herzogtum Lauenburg ist dies ein Tropfen auf den heißen Stein und keine Lösung.

2. Erhalt der Infrastruktur gehört zu den Kernaufgaben eines Staates. Wenn dies nicht gewährleistet ist, stimmt unser Steuersystem nicht. Ein realistischer Kostenvergleich lässt keine Vorteile der Öffentlich-Privater-Partnerschaften (ÖPP) gegenüber einer herkömmlichen Verwirklichung erkennen. So werden der Einführung von Maut-Systemen alle Türen geöffnet. Keine Privatisierung von Straßen!

3. Richtig ist es, eine rechtliche Grundlage zu schaffen, die es Privatpersonen ermöglicht, Spenden zu tätigen. Es ist nahezu abstrus, wenn ein Bürger eine Straße für 100.000 Euro sanieren will und abgewiesen wird, weil der Amtsschimmel wiehert.

4. Klar ist, wir brauchen ein „Sanierungsprogramm Straßen“. Wie wäre es denn, wenn der „Soli Ost“, der bis 2019 festgeschrieben ist, kurzfristig in „Soli für notwendige Projekte“ umgeschrieben wird? Ich freue mich über Mecklenburg-Vorpommerns guten Straßenzustand, inzwischen aber sind die schlechten Straßen überwiegend im Westen .

Als Kreispolitiker muss unser Interesse darin liegen, dass alle Straßen gut befahrbar sind, insbesondere weil der Kreis Träger des Rettungsdienstes ist. Unser Landkreis kann bei normalen Straßenzuständen kaum die Rettungsfristen einhalten, zur Zeit ist es teilweise unmöglich. Und welcher Tourist kommt gerne in einen Landkreis, wo der Wochenendausflug durch Lack- oder Autoschäden gekrönt wird?

Ich unterstütze die Unterschriftenaktion von CDU- Bürgermeister Voss ausdrücklich, obwohl sie zur Landtagswahl im vergangenen Jahr besser angebracht gewesen wäre. Die Aktion kann nur ein Ziel haben – das Geld muss in die Regionen fließen, die hohen Sanierungsbedarf haben und nicht dorthin, wo Straßen am meisten befahrbaren werden. Das wäre eine Bevorteilung der Städte gegenüber dem ländlichen Bereich und unser Kreis hätte keine Priorität.

Gitta Neemann-Güntner, SPD- Kreistagsabgeordnete aus Büchen

17. Mai 2013

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 18.05.2013, 22:04 Uhr - 8469 Clicks - Nr. 411

## **SPD-Tangstedt & Franz Thönnies vor Ort!**

Am heutigen Samstag, den 18.05.2013, konnten interessierte Tangstedterinnen und Tangstedter bei leckeren Würstchen und Getränken nicht nur den Direktkandidaten der **SPD-Tangstedt** auf den Zahn fühlen.

Unterstützung erhielten die Direktkandidaten durch die Verstärkung von **Franz Thönnies** aus dem Deutschen Bundestag und von **Reinhard Mendel** aus dem Stormarner Kreistag.

In der Straße Am Kuhteich, welche zum Wahlgebiet Tangstedt-Ost der **SPD-Direktkandidaten Johannes Kahlke** und **Wolf Staack** gehört, wurde herzlich über Aktuelles diskutiert. Hierzu gehörten nicht nur aktuelle Tangstedter Entwicklungen, sondern auch Themen aus Stormarn und Berlin. Gerade hier konnten der **SPD-Bundestagsabgeordneter Franz Thönnies** und der **Spitzenkandidat und Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag, Reinhard Mendel**, kenntnisreich unterstützen.



**Direktkandidat Kahlke**, der sich auch für die Verbesserung des ÖPNV in der Gemeinde Tangstedt einsetzt, äußerte am Rande, dass der Hamburger Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer einer Benutzung der Triftwegbrücke im Zuge einer veränderten Buslinie 478 positiv gegenüber steht.

Das herausfordernde Wetter tat der sehr guten Stimmung der Veranstaltung keinen Abbruch.

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 19.05.2013, 09:45 Uhr - 8161 Clicks - Nr. 412

## **SPD-Kandidatin für den Gemeinderat in Langwedel: Katja Schillhorn**

Aufgewachsen in Preetz, wohne ich inzwischen seit mehr als 10 Jahren mit meiner Familie in Langwedel. Derzeit bin ich im Marketing tätig. Heute engagiere ich mich ehrenamtlich im schulischen Bereich und bei der VHS Nortorfer Ring im Vorstand. Schon länger wirke ich an der Entstehung und Verbreitung der Lupe mit. Der SPD gehöre ich seit mehreren Jahren an.

Im Rahmen einer gemeinderatlichen Tätigkeit sehe ich meine Schwerpunkte im Bereich des kulturellen Lebens unseres Dorfes um Solidarität und Gerechtigkeit im WIR noch stärker zu verankern.



**Keine Kommentare**

## Unser Kandidat im Wahlkreis 19 (Altenholz): Wolfgang Weiß

Wolfgang Weiß ist unser Kandidat für den Wahlkreis 19 mit den Gemeinden Altenholz und Felm. Der 64 jährige pensionierte Kreistagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende in Altenholz ist verheiratet, lebt seit 1987 im liebenswerten Altenholz und fühlt sich hier und im Kreis Rendsburg-Eckernförde zu Hause.

„Ich kandidiere erneut am 26. Mai, weil ich mit meinen Erfahrungen aus der Politik vor Ort die Kreispolitik weiter aktiv mitgestalten möchte.“ Soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit für alle stehen dabei für ihn im Vordergrund. Seine politischen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit.

Besonders am Herzen liegt es ihm, sich für die Schwächsten unter uns, die Kinder, Behinderten, Kranken und Älteren einzusetzen und sich für die Sicherstellung und den Ausbau guter sozialer und pädagogischer Entwicklungsbedingungen für alle Kinder und Jugendlichen im Bereich Betreuung, Schule und Sport stark zu machen.

„Die gewünschte Schule muss allen unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Verdienst der Eltern zugänglich sein. Bildung ist „die“ Investition für die Zukunft!“



**Keine Kommentare**

## SPD-Kandidat für den Gemeinderat in Langwedel: Jens Löwer

In Eckernförde geboren und aufgewachsen, habe ich mich dort seit meiner Jugendzeit im Segelclub und in der kirchlichen Jugend engagiert. Seit dieser Zeit ist es für mich selbstverständlich, ehrenamtlich zu arbeiten und soziale Verantwortung zu übernehmen. Nach Langwedel zog ich 1987 und trat 1988 in die SPD ein. Im Gemeinderat bin ich seit 1994 Mitglied. Wichtig sind mir dabei die Seniorinnen und Senioren, die auch dann noch in unserer Gemeinde leben wollen, wenn sie alleinstehend sind und kein Auto mehr zur Verfügung haben.

Politik will ich nicht für, sondern mit den Bürgern gestalten.

**Keine Kommentare**





## Unser Kandidat Wahlkreis 20 (Dänischenhagen): Gustav Otto Jonas

Gustav Otto Jonas ist unser Kandidat für den Wahlkreis 20, der Dänischenhagen, Schwedeneck, Strande, Noer und Osdorf umfasst. Er ist Bürgermeister der Gemeinde Schwedeneck.

"Im Kreistag möchte ich weiterhin die politische Linie der SPD vertreten, die den Menschen bestmögliche Lebensbedingungen im Kreis Rendsburg Eckernförde ermöglicht. Das bedeutet frühestmögliche Förderung von Kindesbeinen an, einen ÖPNV, der einerseits für Schüler/innen bzw. deren Eltern kostenlos sein muss und andererseits auch über ein Netz von Straßen in einem gut ausgebauten Zustand verfügen sollte. Das kommt dem Berufs- und Individualverkehr aber auch dem Tourismus zugute.



Der Ausverkauf öffentlicher Einrichtungen im Kreiseigentum wie z.B. die Imlandklinik mit den Standorten Eckernförde und Rendsburg wird von der SPD abgelehnt. Letztendlich bezahlen die Bürger/innen die Folgen solch einer Ausverkaufspolitik nicht nur mit Geld, sondern auch mit weiteren Wegen, um Hilfe zu erlangen. Unser Flächenkreis muss als Wohnort und Lebensmittelpunkt für Menschen jeglichen Alters attraktiv bleiben. Daher unterstütze ich eine Politik, die den Gemeinden vor Ort entsprechende sinnvolle Gestaltungsinstrumente an die Hand gibt."

**Keine Kommentare**

## Jahreshauptversammlung der SPD Lutterbek mit Wahlen Vorstand und Kandidat-innen

Die SPD Lutterbek hatte ihre Jahreshauptversammlung

Die Vorsitzende, Susanne Hanebuth, begrüßte die Mitglieder, die fast vollständig vertreten waren.

Bei den **Vorstandswahlen** wurde die Vorsitzende einstimmig wieder gewählt.

An ihrer Seite bleiben im Vorstand Heiko Hoppe als Stellvertreter, Maren Kampz als Kassenwartin und Rolf Burmeister als Schriftwart. Als Beisitzer-in wurden Christiane Josel, Hanne Woltmann und Peter Hoffmeister gewählt.

Gemeinsam haben wir die Themen erarbeitet, die in **unser Wahlprogramm** aufgenommen werden sollen.

Das Programm und die Kandidat-innen haben wir in einem Frühschoppen vorgestellt, zu dem wir das Dorf herzlich eingeladen hatten. Über die gute Resonanz haben wir uns sehr gefreut. Mit einem Film über die 750-Jahresfeier und das Hochwasser in Lutterbek 2002 haben wir den gemütlichen Teil eingeleitet.

Als **Kandidat-innen** wurden gewählt

1. Peter Hoffmeister
2. Kurt Hermann Steen (Kuddel)
3. Christiane Josel
4. Manfred Haß
5. Rolf Burmeister
6. Frank Woltmann
7. Jürgen Brockmann
8. Maren Kampz
9. Hans- Jürgen Woltmann (Hanne)
10. Susanne Hanebuth

**Keine Kommentare**

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 20.05.2013, 17:33 Uhr - 2814 Clicks - Nr. 417

## **Gemeindevertretung in Lutterbek tagt zum Umbau des Dorfgemeinschaftshauses**

**Die Gemeindevertretung Lutterbek tagt**

**am 21. Mai 2013 um 19.30 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus**

Zentrales Thema wird die Sanierung und Renovierung des Dorfgemeinschaftshauses (DGH) sein. Damit wird einem langen Anliegen der SPD nachgekommen. Vorrangig aus Sicht der SPD ist die Renovierung des Großen Raumes wegen der vielfältigen Nutzung und die Behebung bestehender Sicherheitsmängel am Feuerwehrrgerätehaus. Der Bürgermeister wird mehrere Vorschläge zum Umbau des DGH vorstellen. Die Pläne liegen den Gemeindevertreter-innen vor. Danach ist ein kompletter Umbau des gesamten DGH einschließlich eines Ausbaues des Dachgeschosses mit 2 Wohnungen und einem größeren Anbau angedacht. Kostenplanungen sind ebenfalls beigefügt. Die geringste Investitionssumme beträgt knapp 150.000 €.

Es wird interessant zu erfahren, wie der Bürgermeister mit den Mehrheitsfraktionen von CDU und UWG das Vorhaben - in welcher Größenordnung auch immer - finanzieren will.

Eigenmittel der Gemeinde stehen nicht zur Verfügung. Die laufenden Ausgaben konnten schon 2012 nicht von den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Die Rücklage in Höhe von 3000 € dürfte durch die Kosten der letzten Schneeräumung nach dem Wintereinbruch im März verbraucht sein. Da das Land und der Bund zur Schuldenbremse verpflichtet sind, die Steuereinnahmen - wenn überhaupt- nach der aktuellen Steuerschätzung erheblich weniger steigen, kann nicht davon ausgegangen werden, dass der Gemeinde außer einer Kreditaufnahme andere Finanzmittel in größerem Umfang zur Verfügung stehen werden. Der Schuldenstand der Gemeinde von aktuell 124.000 € würde weiter wachsen, die finanzielle Belastung um weitere 6.000 - 10.000 € steigen.

Eine vollständige Finanzierung des Bauvorhabens durch die Mieteinnahmen der geplanten Dachgeschosswohnungen wird nicht zu erreichen sein. Selbst bei niedrigstem Zinssatz und langer Laufzeit von bis zu 50 Jahren bedürfte es einer qm-Miete in Höhe von ca. 9,00 €. Notwendige Bauunterhaltungskosten und Mietausfälle sind dabei nicht eingerechnet.

Das von Herrn Mönkemeier bereits beantragte Baugebiet würde nur ihm als Eigentümer finanzielle Vorteile bringen. Die Gemeinde würde mit den notwendigen Infrastrukturmaßnahmen und Folgekosten die Lasten tragen müssen.

Für die erforderliche Sanierung des DGH versprechen wir als SPD nur das, was finanziell realistisch verwirklicht werden kann. Alles andere ist unverantwortlich. Wir wollen keine „Elbphilharmonie Lutterbek“. Wir müssen alle gemeinsam versuchen, das Notwendigste und finanziell Mögliche so zu realisieren, dass die Gemeinde Lutterbek noch handlungsfähig bleibt.

**Keine Kommentare**

[AfA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 20.05.2013, 23:07 Uhr - 6377 Clicks - Nr. 418

## Herzlichen Glückwunsch

AfA-Landesvorsitzender beglückwünscht Oliver Malchow zur Wahl als Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Herzlichen Glückwunsch zu deiner Wahl als Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Die AfA-SH wünscht dir eine sichere Hand für die Interessenwahrung eurer Mitglieder und der gesamten Polizeibesetzten. Für die Gewerkschaften in Schleswig-Holstein ist es eine Auszeichnung, dass aus diesen Reihen einer zum Bundesvorsitzenden einer Einzelgewerkschaft gewählt wurde. Wir hoffen auch mit deinem Nachfolger oder Nachfolgerin im SPD-Gewerkschaftsrat und der tagtäglichen „Kleinarbeit“ eine genauso gute Zusammenarbeit zu bekommen wie mit dir. Es war eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe, in unterschiedlichen Rollen, aber mit gleichen Zielen. Toi, toi, toi und immer eine Handbreit Wasser unterm Kiel für die nächsten Jahre und vergesse uns in Schleswig-Holstein nicht ganz.



Beste Grüße Wolfgang Mädler

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 21.05.2013, 05:31 Uhr - 10241 Clicks - Nr. 419

## SPD-Tangstedt: Neuigkeiten zur Polizeistation Tangstedt

Am vergangenen Freitag, den 17.05.2013, kam es in Bad Segeberg zu einem Treffen zwischen Gemeindevertretern aus Tangstedt und Vertretern der Polizeidirektion Bad Segeberg. Anlass war der einstimmig angenommene Antrag der **SPD-Fraktion** vom 10.04.2013 zum Erhalt der Polizeistation Tangstedt.

An dem Termin nahmen neben dem **SPD-Fraktionsvorsitzenden Raimund Haesler** und **Bürgermeister Dr. Taube** Vertreter aller Fraktionen teil. Seitens der Polizei waren der **stellv. Direktionsführer Segeberg Dirk**

TANGSTEDT

SPD

**Petersen**, die **Leiterin der Polizeistation Itzstedt, Frau Inga Cordes** und der **Leiter der Tangstedter Polizeistation, Herr Volker Schmidt**, anwesend.

Ergebnis des Gespräches ist es, dass in den nächsten 3-5 Jahren der Erhalt der Polizeistation Tangstedt nicht mehr zur Disposition steht. Weiter wird nun die Aufnahme der Polizeistation in dem Tangstedter Rathaus geprüft. Zur weiteren Planung soll die Polizei einen Überblick über die benötigten Räumlichkeiten geben.

Für die **SPD-Tangstedt** ist dieses Zwischenergebnis nur ein kleiner Erfolg. Auch in der mittelfristigen Zukunft bedeutet dies, sich weiterhin für den Erhalt der Polizeistation Tangstedt stark zu machen. **Haesler** sagte am Rande einer **SPD-Tangstedt** vor Ort-Veranstaltung: "Wir haben einen Schritt in die richtige Richtung getan, um die Polizei vor Ort zu halten. Aber das Thema werden wir ständig im Auge behalten. Dies war der dritte Versuch in den letzten 15 Jahren Veränderungen an der Polizeipräsenz vorzunehmen. Die Sicherheit unserer Bürger liegt uns am Herzen".

Neueste Informationen der SPD-Tangstedt automatisch unter **[www.facebook.com/SPDTangstedt](http://www.facebook.com/SPDTangstedt)** oder **[www.twitter.com/SPDTangstedt](http://www.twitter.com/SPDTangstedt)**

Neueste Informationen der SPD-Tangstedt automatisch unter **[www.facebook.com/SPDTangstedt](http://www.facebook.com/SPDTangstedt)** oder **[www.twitter.com/SPDTangstedt](http://www.twitter.com/SPDTangstedt)**

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 21.05.2013, 10:05 Uhr - 7661 Clicks - Nr. 420

## **SPD-Kandidat für den Gemeinderat in Langwedel: Ernst-Albert Neumann**

In Blocksdorf geboren und aufgewachsen, liegt mir dieses Dorf sehr am Herzen. Ich habe als Kind zwar oft Blödsinn gemacht, mich dann in späteren Jahren aber als Mitglied bei der Feuerwehr Blocksdorf engagiert, die für uns Blocksdorfer den gesellschaftlichen Mittelpunkt des Dorfes bildet. Besonders über den Sportverein Langwedel und seine Fußballmannschaften und auch darüber hinaus bin ich der gesamten Gemeinde verbunden. Bis 2008 war ich insgesamt 14 Jahre im Gemeinderat aktiv.

Meinen reichen Erfahrungsschatz möchte ich in die Arbeit für unsere Gemeinde einbringen. Am Herzen liegt mir der generationenübergreifende Austausch.



**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 21.05.2013, 10:39 Uhr - 26625 Clicks - Nr. 421

## **Unser Kandidat im Wahlkreis 21 (Fleckeby): Karl Christoph Jensen**

Im Wahlkreis 21 kandidiert Karl Christoph Jensen für die SPD und damit in den Gemeinden Altenhof, Barkelsby, Fleckeby, Gammelby, Goosefeld, Güby, Haby, Holtsee, Hummelhof, Kosel, Neudorf-Bornstein, Sehestedt und Windeby.

Er erklärt über seine Ziele: "Besonders wichtig ist mir, dass es bei uns für alle Eltern und Kinder bezahlbare Kindertagesstätten gibt. Um auch zukünftig für junge Familien attraktiv zu bleiben, brauchen wir im ländlichen Raum flächendeckend genügend Schulstandorte und Kindertagesstätten. Diese müssen aber auch bezahlbar bleiben. Bildung und Ausbildung unserer Kinder ist eines der wichtigsten Aufgaben der heutigen Zeit. Denn unsere Kinder sind die Zukunft.



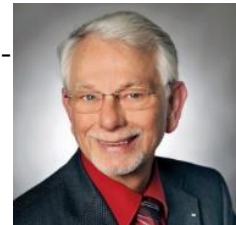
Der ländliche Raum ist ohne eine vernünftige Infrastruktur nicht mehr lebenswert. Wir benötigen vernünftige Busanbindungen und eine ausreichende Grundversorgung vor Ort. Dann können auch ältere Menschen weiterhin in ihrem gewohnten Umfeld gut leben. Ein weiterer meiner Schwerpunkte ist der Umweltschutz. Ohne eine intakte Landschaft und Natur können wir nicht leben. Wir benötigen eine sozial und ökologisch nachhaltige Politik im Land Schleswig-Holstein und gerade auch im Kreis Rendsburg Eckernförde."

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 22.05.2013, 00:15 Uhr - 8534 Clicks - Nr. 422

## **SPD: Wann bekommt Bad Bramstedt das schnelle Internet?**

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD möchte wissen, was die Stadt tut, um auch in der Stadt das schnelle Internet via Glasfaserkabel im Angebot zu haben.



Schon vor Monaten hatte die SPD im Aufsichtsrat der Stadtwerke danach gefragt. Die Stadtwerke Bad Bramstedt entwickeln aber mangels eines entsprechenden Auftrages der Eigner bislang keine entsprechenden Aktivitäten.

Den Zeitungen kann man seit Monaten entnehmen, dass die Gemeinden des Amtes Bad Bramstedt-Land entweder über die Stadtwerke Neumünster oder über die Stadtnetze Barmstedt an Glasfasernetze angeschlossen werden.

Kürzlich ließen sich zudem erneut Wirtschaftsverbände hören, die über fehlenden Zugang zu schnellen Internetzugängen klagten. Es wird als Wettbewerbsnachteil für Kommunen bewertet, so etwas nicht zu haben.

Die SPD hat daher zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am Donnerstag nach Pfingsten einen Anfrage eingebracht und will von der Verwaltung wissen: Welche Initiativen gibt es, um Bad Bramstedt (zumindest im Stadtzentrum und den Gewerbegebieten und Kliniken) damit zu versorgen bzw. anzuschließen?

Der Stadtverordnete Arnold Helmcke. Es kann doch nicht sein, dass die Kabel uns bis an die Stadtgrenzen gelegt werden und in der Stadt selbst nichts passiert. Da müssen wir ran!

**Keine Kommentare**

## **Unser Kandidat im Wahlkreis 22 (Eckernförde-Nord): Martin Klimach-Dreger**

In Eckernförde-Nord (Wahlkreis 22) kandidiert Martin Klimach-Dreger für die SPD. In seiner Heimatstadt ist er derzeit SPD-Fraktionsvorsitzender in der Ratsversammlung.

Als Kandidat aus Eckernförde liegt dem 57-jährigen Betriebswirt natürlich daran, die Interessen Eckernfördes im Kreistag gut zu vertreten und gemeinsam mit den Umlandgemeinden das Mittelzentrum Eckernförde für die Region strukturell zu sichern und zu stärken.

"Dazu gehört der Einsatz für eine flächendeckende medizinische Grundversorgung und für ein flächendeckendes gutes Schul- und Ausbildungsangebot.

Dazu gehört die Schaffung guten und bezahlbaren Wohnraums, gegebenenfalls die Wiederentdeckung des sozialen Wohnungsbaus.

Dazu gehört die Stärkung des regional bedeutenden Tourismus.

Dazu bedarf es deutlicher Verbesserungen beim öffentlichen Schienen- und Personen-Nah-Verkehr.

Dazu bedarf es aber vor allem eines gemeinsamen Masterplanes, aus dem das Geflecht wirtschaftlicher Strukturen und regionaler Schwerpunkte im Kreisgebiet deutlich wird, um gemeinsam die jeweiligen regionalen Besonderheiten zu fördern und zu stärken. Um in unserem flächenmäßig großen Kreisgebiet eine gute Lebensqualität zu erhalten, ist es notwendig, sinnvoll und zielgerichtet unsere Zentren zu stärken.

Gleichzeitig bedarf es auch der besonderen Wertschätzung und Förderung unserer kulturellen Wurzeln und sozialen Strukturen, die wichtig sind für das Zusammenleben und die regionale Verbundenheit.

Politisches, soziales und kulturelles Ehrenamt müssen im ständigen Austausch gemeinsam für das Wohl der Menschen im Kreis arbeiten.

Für Borby, für Eckernförde, für die Region, für den Kreis Rendsburg-Eckernförde."



**Keine Kommentare**

## **SPD-Kandidat für den Gemeinderat in Langwedel: Stefan Wolgast**

In Kiel geboren, wohne ich seit 1977 in Langwedel, wo ich bis heute im Sportverein aktiv bin. Ich bin verheiratet und habe eine Tochter. Seit 2010 arbeitete ich als Berufstaucher.

Politisch habe ich einen Wechsel vollzogen und bin 2013 von der UWL zur SPD Langwedel gewechselt. Im Gemeinderat bin ich als Nachrücker seit 2011 Mitglied und möchte mich auch weiterhin für die Belange der Dorfgemeinschaft einsetzen.

Besonders engagiere ich mich für die Bereiche Umwelt, Bau und Wegeauschusses.



**Keine Kommentare**

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 22.05.2013, 19:23 Uhr - 2891 Clicks - Nr. 425

## **Kommunalwahl 2013 in Lutterbek - Kandidat-innen und Programm der SPD**

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten der SPD.

1. Peter Hoffmeister
2. Kurt Hermann Steen
3. Christiane Josel
4. Manfred Haß
5. Rolf Burmeister

Es folgen auf der Liste

6. Frank Woltmann
7. Jürgen Brockmann
8. Maren Kampz
9. Hans-Jürgen Woltmann
10. Susanne Hanebuth

### **Unsere Ziele Finanzen**

Die finanzielle Situation der Gemeinde ist äußerst angespannt. Die anfallenden Kosten eines Jahres können aus den laufenden Einnahmen nur mühsam gedeckt werden. Das in den Vorjahren Angesparte ist fast aufgezehrt. **AKTUELLER SCHULDENSTAND: 114.000 €.**

Die SPD steht zur Schuldenbremse, d. h. wir sind grundsätzlich gegen neue Schulden der Gemeinde.

Eine nachhaltige Verbesserung der Gemeindefinanzen wird primär nur durch Sparsamkeit und eine tief greifende Veränderung des Gemeindefinanzausgleichs erreicht. Dafür setzen wir uns in den überörtlichen Gremien ein.

### **Baugebiet**

Ein neues Baugebiet wird die Situation der Gemeinde finanziell nicht verbessern, da erfahrungsgemäß das erhöhte Steueraufkommen durch die Kosten zusätzlicher Aufgaben aufgezehrt wird. Die Ausweisung eines weiteren Baugebietes lehnen wir ab.

### **Sanierung DGH**

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden wir uns weiter für die Sanierung des DGH einsetzen. Dazu werden wir mit allen Nutzern des DGH eng zusammenarbeiten, um für alle eine befriedigende Lösung zu finden. Feuerwehr, Sportverein und die AWO sind die regelmäßigen Nutzer des DGH und müssen in diesen Prozess eingebunden werden. Nur so können die verschiedenen Interessen und Notwendigkeiten angemessen berücksichtigt werden.

### **Energie**

Die alternative Energieerzeugung steht auch in Zukunft im Mittelpunkt kommunaler Themen. Im Bereich der Gemeinde Lutterbek wäre die gemeindeeigene Schulkoppel (gegenüber der Marinastraße) als mögliche Fläche dafür zu nutzen. Über Pachteinahmen und Gewerbesteuern können wir so langfristig eine Verbesserung der gemeindlichen Finanzen erreichen.

Die Straßenbeleuchtung möchten wir gern auf LED-Leuchten umstellen, das spart uns allen viel Energie und Geld.

### **Breitband – Internet**

Die modernen Zeiten erfordern einen schnellen Zugang zu den neuen Medien – ein Breitbandnetz auch für Lutterbek zählt zu den Herausforderungen der nächsten Jahre.

Die Home-Page der Gemeinde ist im Wachsen. Was offensichtlich zunächst nur für einen erlauchten Kreis gedacht war, steht auf Druck der SPD jetzt allen örtlichen Organisationen zur Verfügung.

### **Kinder, Jugend, Schule, Soziales, Sport, Kultur**

Alle Kinder haben ein Recht auf gute Bildung. Wir möchten deshalb die Situation der Kindergärten und Schulen aktiv mitgestalten. Dazu zählen wir ein Wohnortnahes Angebot an Betreuungsplätzen auch für Kinder unter drei Jahre, passende Öffnungszeiten und die Angebote der Gemeinschaftsschule Probstei. Die Zusammenlegung beider Schulverbände halten wir weiterhin für sinnvoll.

Mit den Angeboten und Leistungen unserer örtlichen Vereine in o. g. Bereichen sind wir zufrieden. Verbesserungen und Erweiterungen unterstützen wir nach besten Kräften.

### **Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 23.05.2013, 09:18 Uhr - 25804 Clicks - Nr. 426

**Unser Kandidat im Wahlkreis 23 (Eckernförde-Süd): Peter Skowron**



Als gebürtiger Eckernförder sieht sich Peter Skowron als Bindeglied zwischen seiner Heimatstadt und dem Kreis, um einerseits die Interessen des Ostseebades auf Kreisebene zu vertreten, gleichzeitig aber auch dessen Potentiale zum Nutzen des Kreises einzusetzen.

Als gelernter Bankkaufmann tritt Peter Skowron für eine solide Haushaltsführung ein. Dies darf aber nicht zu Lasten notwendiger Investitionen, vor allem in Bildung und soziale Gerechtigkeit erfolgen.

Nach dem vorläufigen Erhalt der Kinder- und Geburtsstation, wird sich Peter Skowron weiter für die Stärkung des Standortes Eckernförde der inland – Klinik einsetzen.



**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 23.05.2013, 09:23 Uhr - 8612 Clicks - Nr. 427

## **SPD-Kandidatin für den Gemeinderat in Langwedel: Susanne Schöttke**

Meine Wurzeln habe ich in Lübeck. Nach meinem Studium der Erziehungswissenschaften in Hamburg und Berlin arbeite ich seit 2001 als Gewerkschaftssekretärin in Kiel. Seit 2006 lebe ich mit meinem Mann in Langwedel und liebe dieses Dorf. Seitdem ich in Langwedel wohne, bin ich im SPD Ortsverein aktiv. Ich kandidiere für den Gemeinderat, um Verantwortung für unsere Gemeinde zu übernehmen.

Ich möchte aktiv daran mitwirken, dass Langwedel ein lebenswertes und freundliches Dorf bleibt, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht.

**Keine Kommentare**



[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 23.05.2013, 13:57 Uhr - 6777 Clicks - Nr. 428

## **SPD spendet Baum zum 150-jährigen Jubiläum**

Bad Bramstedt. Am Donnerstag, dem 23. Mai, jährt sich zum 150. Mal die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), der Vorläuferorganisation der SPD. Dieses Jubiläum nimmt die Bad Bramstedter SPD zum Anlass der Stadt Bad Bramstedt einen Baum zu spenden, der an diesen Jubiläumstag erinnern soll.

Mit dem Bürgermeister konnte sich die SPD bereits vereinbaren, dass der Baum (eine Linde) auf dem Kirchenbleeck vor dem Amtsgericht nahe der



Ampelanlage eine dort schon vor Jahren entstandene Lücke füllen soll und damit einen prägnanten Standort haben wird.

Die eigentliche Pflanzung wird, so Ortsvereinsvorsitzender Klaus-Dieter Hinck, erst im Herbst erfolgen. Hinck: „Der laufende Wahlkampf einerseits und die auslaufende Pflanzsaison andererseits haben uns veranlasst, die Pflanzung zu einem späteren Zeitpunkt vorzusehen. Wir möchten nicht, dass der feierliche Anlass im Wahlkampfgetöse untergeht.“

Mit dem "Arbeiterprogramm" von 1862 und seinem "Offenen Antwortschreiben" (1863) an das Zentralkomitee in Leipzig, das die Berufung eines Arbeiterkongresses vorbereitete, schuf Ferdinand Lassalle die programmatische Grundlage des **"Allgemeinen deutschen Arbeitervereins"**, der am 23. Mai 1863 ins Leben gerufen wurde - mit ihm als Präsidenten. Diese Gründung der ersten Arbeiterorganisation auf dem Gebiet des Deutschen Bundes gilt als erster großer Meilenstein in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.

Die SPD Bad Bramstedt würde sich freuen, wenn diese Baumspende Startpunkt für viele weitere Spenden in der Stadt würde. Hinck „Wir haben herrliche Alleen entlang unserer Ortseingangsstraßen. Einige davon weisen Lücken auf, die durch Spenden gut ergänzt werden könnten. Es wäre doch schön, wenn bei Jubiläen oder ähnlichen Anlässen etwas für das Ortsbild getan werden könnte.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Kaköhl](#) - veröffentlicht am 23.05.2013, 16:52 Uhr - 3058 Clicks - Nr. 429

## **Gehört das Thema „Notarztversorgung“ in den Wahlkampf?**

Da schreibt doch der Vorsitzende der CDU Blekendorf, W. Stuht, in der Sonderausgabe des „Blekendorfer Boten“: „Die SPD und die Grünen auf Kreisebene kämpfen gegen den Notarztstandort Lütjenburg. Der Bürgermeisterkandidat und Kreistagsabgordneter der SPD aus Blekendorf ist da auch keine große Hilfe, er hat sich bei der letzten Abstimmung im Kreistag der Stimme enthalten.“

Damit wird – haarscharf an den Tatsachen vorbei – noch schnell vor der Wahl Stimmung gegen mich gemacht. Das ist nicht fair! So ist es in Wahrheit: Ich arbeite seit längerer Zeit bei den Sitzungen des Notarztbündnisses in Lütjenburg mit und es konnte durch die beharrliche Arbeit des Notarztbündnisses bereits sehr viel erreicht werden. Es wurden durch den Kreis die Rettungswagen überprüft und zusätzliche Fahrzeuge eingesetzt. Zur Gesundheitsausschusssitzung einen Tag vor der Kreistagssitzung haben Harry Bleckert, Stefan Leyk, Bernd Friedrich und ich gemeinsam den Antrag gestellt, die sofortige Einsetzung des Notarztes in Lütjenburg herzustellen. Dies sollte für die gesamte Zeit erfolgen. Also 24 Stunden, 7 Tage die Woche.



In der Kreistagssitzung wurde dann die Verwaltungsvorlage besprochen, die es für die beste Lösung hielt, neben Preetz einen weiteren Notarztstandort in Stakendorf einzurichten. Bis dieser aber fertiggestellt wäre, würde sicher noch einige Zeit vergehen. Daher auch unser Antrag, zur sofortigen Umsetzung, da die Räumlichkeiten in Lütjenburg vorhanden sind. Thomas Hansen hat dann einen Kompromissvorschlag eingebracht, der die

Verwaltung beauftragt, erneut zu prüfen und keinen konkreten Standort beinhaltet. Also könnte auch Lütjenburg im Ergebnis stehen.

Da der Kompromissvorschlag auch die sofortige Versorgung der umliegenden Gemeinden durch Oldenburg beinhaltet, konnte ich diesen nicht ablehnen. Aber meine Zustimmung konnte ich auch nicht geben, da dies keine optimale Lösung bedeutet. Was dann allerdings bei der Untersuchung herauskommt, ist auch noch nicht bekannt. Die Vertreterinnen und Vertreter des Notarzbündnisses waren mit meiner Entscheidung und meinem Abstimmungsverhalten einverstanden.

*Matthias Ehmke, Sechendorf*

**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 24.05.2013, 01:11 Uhr - 6559 Clicks - Nr. 430

## **SPD begrüßt neue Satzung über Nutzung öffentlicher Flächen**

Bad Bramstedt. „Endlich wird die Nutzung öffentlicher Flächen in der Stadt einheitlich und für Jedermann nachvollziehbar geregelt,“ mit diesen Worten kommentierte SPD-Stadtverordneter Arnold Helmcke den Beschluss des Finanzausschusses, eine Satzung und eine Gebührensatzung zur Nutzung öffentlicher Flächen in Bad Bramstedt durch Geschäfte und Cafés auf den Weg zu bringen. „Bislang wurde dem einen Gastwirt diese Gebühr und an anderer Stelle jene Gebühr genommen, oder zum Teil auch gar nicht veranlagt. Das hat jetzt ein Ende“



Seit Monaten hat sich der Finanzausschuss auf Vorschlag der SPD damit befasst und konnte zunächst keine Einigung finden. CDU, FDP und Grüne hatten die Vorstellung nur eine Pacht von 4 EUR je qm und Jahr zu nehmen, was bei der SPD den Verdacht nährte, dass es mit dieser offensichtlichen Begünstigung ein Problem mit der Kommunalaufsicht des Kreises Segeberg bzw. dem Gemeindeprüfungsamt (GPA) geben könnte.

Da die Stadt Bad Bramstedt so etwas wie Hartz-IV-Empfängerin unter den Städten und Gemeinden ist, ist sie gehalten, ihren eigenen Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen. Eine Klärung beim GPA ergab dann auch den deutlichen Hinweis, dass die Stadt sich in Gefahr begeben würde, Zuschüsse zu verlieren, wenn sie allzu großzügig mit den Pachten umgehe.

Jetzt wurde für Gastronomie ein Satz von 2 EUR je qm und Monat einstimmig von allen Parteien im Ausschuss getragen. Helmcke: „Gut, dass jetzt alle Parteien diese Einigung tragen, das wird auch die Akzeptanz in der Geschäftswelt verstärken. Wir können damit leben, zumal vereinbart ist, dass die Sätze nach zwei Jahren überprüft werden sollen. Dann schauen wir, was zu hoch und was zu niedrig geraten ist.“

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 24.05.2013, 04:19 Uhr - 8422 Clicks - Nr. 431

## **SPD-Kandidat für den Gemeinderat in Langwedel: Ralf Spilker**

Geboren und aufgewachsen in Kiel, hab` ich als Kind gern Fußball gespielt und für meine Mannschaft gelebt. Seit 2004 lebe ich in Langwedel und bin seit diesem Zeitpunkt in der SPD aktiv. Nach meiner Schul- und Berufsausbildung zum Verwaltungsfachangestellten, arbeite ich seit 1988 im öffentlichen Dienst. Seit fünf Jahren bin ich Mitglied des Gemeinderates und kümmere mich insbesondere um die Schul- und Kulturpolitik unserer Gemeinde, aber auch um das Wohle der Dorfgemeinschaft.

Im Wege- und Bauausschuss habe ich daran gearbeitet, dass Langwedel baulich fortentwickelt wird. Ich möchte am Ball bleiben und transparente Politik für alle Bürgerinnen und Bürger machen.



**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 24.05.2013, 08:50 Uhr - 26204 Clicks - Nr. 432

## **Unser Kandidat im Wahlkreis 24 (Owschlag): Bernhard Fleischer**

Bernhard Fleischer ist unser Kandidat für den Wahlkreis 24, der die Gemeinden Owschlag, Brekendorf, Ascheffel, Hütten, Osterby, Damendorf, Groß Wittensee, Bünsdorf, Klein Wittensee, Ahlefeld-Bistensee, Holzbunge und Neu Duvenstedt umfasst.

Gefragt nach seinen wichtigsten Zielen benennt er:

"1. Einen leistungsfähigen und kostengünstigen Personennahverkehr, 2. die Anpassung der dörflichen Infrastruktur an den demographischen Wandel, 3. eine adäquate ärztliche Versorgung und 4. die Verbesserung der Wohnsituation für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger durch eine Förderung von Mehrgenerationen-Häusern, Tagespflegestationen und betreutes Wohnen und gute Pflegeheime."



**Keine Kommentare**

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 25.05.2013, 00:33 Uhr - 7371 Clicks - Nr. 433

## **SPD will als Fraktion wachsen und absolute Mehrheiten verhindern**

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD hat für die Kommunalwahl am Sonntag zwei Ziele gesetzt. Pressesprecher Jan-Uwe Schadendorf: „Unser Mindestziel ist es, absolute

Mehrheiten zu verhindern. Die Zeiten absoluter Mehrheiten der CDU sind der Stadt nie gut bekommen. Diese Zeiten der Stagnation dürfen nicht wieder kommen. Das anspruchsvolle Ziel, ist es, mehr Stadtverordnete als bisher zu stellen. Das ist eine echte Herausforderung, da die Anzahl der Stadtverordneten wahrscheinlich sinken wird. Aber unmöglich ist es nicht, dieses Ziel zu erreichen.“



Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wahl sieht die SPD als gut an. Fraktionssprecher Bodo Clausen: „Auch wenn es auf Bundesebene besser aussehen könnte, haben wir doch eine erfolgreiche SPD-geführte Landesregierung und vor Ort sind wir die mit Abstand aktivste Partei. Das hat zum Beispiel die von uns am Jahresanfang durchgeführte große Umfrage gezeigt, deren Ergebnisse wir nach und nach verarbeiten werden.“

Zudem sieht die SPD in den letzten Monaten diverse Vorkommnisse, die die bisherige größte Partei CDU nicht mit Ruhm bekleckern und eigentlich eine Reaktion der Wählerinnen und Wähler hervorrufen müssten. Der für die Stadt kostspielige Ausflug in den Schweizer Franken Kredit sei von einem CDU-Mann unterschrieben worden und auch die mangelnde Suche nach kostengünstigeren Alternativen beim Bau der Kindertagesstätte „Arche“ liege im Verantwortungsbereich eines CDU geführten Ausschusses. Das sich die CDU vor diesem Hintergrund als Sparkommissare darstellen wolle, habe schon einen gewissen Unterhaltungswert.

Die FDP sei fünf Jahre lang eigentlich wenig hervorgetreten und mache sich derzeit nur durch eine kostenträchtige Materialschlacht wenige Tage vor der Wahl bemerkbar.

Ortsvereinsvorsitzender Hinck: „Wir gehen frohen Mutes in diesen Wahltag und schauen, ob die Wählerinnen und Wähler unsere kontinuierliche Arbeit der letzten Jahre anerkennen werden.“

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 25.05.2013, 10:04 Uhr - 25821 Clicks - Nr. 434

## **Last but not least unser Kandidat im Wahlkreis 25 (Rieseby): Jens Kolls**

Jens Kolls ist unser Kandidat im nördlichsten Wahlkreis von Rendsburg-Eckernförde mit der Nummer 25 Rieseby/Schwansen mit den Gemeinden Brodersby, Karby, Winnemark, Dörphof, Thumby, Damp, Holzdorf, Rieseby, Loose, Waabs.

"Ich bin in Rieseby im Herzen Schwansens geboren, daher liegt mir die Weiterentwicklung der Infrastruktur in unserem „ländlichen Raum“ am Herzen. Ich möchte mich für die Weiterentwicklung des Tourismus, hier liegt die größte Chance zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung unserer Region, einsetzen. Daneben gilt es einen benutzerfreundlichen (barrierefreien) Ausbau den ÖPNV voranzutreiben. Die Mobilität, die Erreichbarkeit der zentralen Orte mit ihren Versorgungsfunktionen muss gewährleistet sein.



Ich möchte mich dafür einsetzen das die Bildungschancen für jeden Menschen gleich sind. Bildung ist unsere Investition in die Zukunft unserer Kinder, keines darf ausgegrenzt oder benachteiligt werden. Die fängt z.B. schon mit der Schulsozialarbeit an.

Ich stehe voll hinter unserem Kreiswahlprogramm, um dies umzusetzen brauchen wir Ihre Unterstützung und eine sozialdemokratische Mehrheit im Kreistag.

Helfen Sie uns dabei! Wählen Sie morgen SPD

Die SPD ist **sozial**, die SPD ist **gerecht**, die SPD ist **vor Ort**."

**Keine Kommentare**

[SPD-Holtsee](#) - veröffentlicht am 25.05.2013, 16:14 Uhr - 6255 Clicks - Nr. 435

## 150 Jahre SPD: Feier mit Musik in Haby

Am 23. Mai 2013 waren rund 100 Personen der Einladung der SPD-Amts-AG Hüttener Berge gefolgt, das historische Datum unter Freunden mit Musik zu feiern! [Besondere Gäste waren der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix \(MdB\) und die stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Serpil Midyatli \(MdL\). Die Musiker Kay Kankowski \(Gesang und Gitarre\), Harry Kretzschmar \(Kontrabass\) und David Shamban \(Akkordeon\)](#) boten einen im besten Sinn mitreißenden



musikalischen Durchgang durch 150 Jahre „sozialistisch-demokratisches“ Liedgut, von Bertold Brecht bis Bob Dylan, von Ferdinand Freiligrath bis Joan Baez, von der „Internationale“ bis „We shall overcome“, von „Die Gedanken sind frei“ bis zu "Vorwärts und nicht vergessen". Kay Kankowski führte lebendig und mit viel Gefühl, mit Anekdoten und Geschichten durch das Programm. „Die Moorsoldaten“ hat auch jeden emotional „mitgenommen“.

Gesche Clasen, SPD-Spitzenkandidatin in Haby, begleitete mit der Querflöte „Blowing in the wind“.

Das Publikum war richtig gut und textsicher, so dass die Musiker oft lautstark begleitet wurden.

Der Sprecher der Amts AG, Hubertus Fiedler, erinnerte in seiner Begrüßung, dass vor genau 150 Jahren, am Abend des Pfingstsonntags, „einige hundert Leipziger Arbeiter eingeladen waren“, um die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) vom selben Nachmittag, gebührend zu feiern.

Sönke Rix stellte in seiner Begrüßung heraus, dass sich der Kampf für Gerechtigkeit durch die 150 Jahre sozialdemokratischer Bewegung zieht. Sei es im Kampf für ein gleiches Wahlrecht für alle, im Kampf für faire Löhne und sichere Arbeitsverhältnisse oder im Kampf gegen die Nationalisten. Die SPD, so heißt sie seit 1890, hatte im Unterschied zu anderen Parteien nie einen Anlass, sich umzubenennen, um politischen Ballast abzuwerfen.

**Keine Kommentare**

## SPD-Tangstedt: Start zur Kommunalwahl 2013

Nach vielen Monaten der Vorbereitung, dem Abhalten von Veranstaltungen, dem Aufstellen der Direkt- und Listenkandidaten sowie eines sehr guten Wahlkampfes geht die **SPD-Tangstedt** gespannt in die Stunden des Wahlsonntages! Ab 08:00 Uhr haben die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Tangstedt heute die Möglichkeit, Ihr Votum für die Zusammensetzung der kommenden Gemeindevertretung Tangstedt als auch des zukünftigen Stormarner Kreistages abzugeben. Es dürfen 2 Stimmen für die Wahl zur Gemeindevertretung und 1 Stimme zur Kreiswahl abgegeben werden.



Frühzeitig begannen die Vorbereitungen der **SPD-Tangstedt** zum heutigen Wahlsonntag, an dem mehr als 4000 Wahlberechtigte innerhalb der Gemeinde Tangstedt zur Wahlurne aufgerufen werden. Der Wahlkampf endete gestern mit mehreren Informationsständen innerhalb der Gemeinde, an denen sich zum einen die Bürgerinnen und Bürger über die Arbeit und Ziele der **SPD-Tangstedt** informieren konnten. Zum anderen bedankte sich die SPD-Tangstedt seit dem frühen Morgen bei den Bürgerinnen und Bürgern mit roten Rosen. Unterstützung erhielt das 10-köpfige Wahlkampteam durch die Anwesenheit der **SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies** und den Direktkandidaten zum **Stormarner Kreistag Christian Rink**.

In Erwartung einer den Werten unserer Demokratie gerecht werdenden Wahlbeteiligung wünscht die SPD-Tangstedt sich eine hohe Wahlbeteiligung und ruft die Wahlberechtigten auf, sich am heutigen Sonntag hierfür einige Minuten Zeit zu nehmen.

Mit Wahlbenachrichtigungskarte und/oder Personalausweis können die Wahlberechtigten die in diesen Minuten öffnenden fünf Wahllokale bis 18 Uhr aufsuchen. Sollten Erwachsenen oder Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr der Gemeinde keine Wahlbenachrichtigungskarte erhalten haben, so sollten sie sich frühzeitig ins zuständige Wahllokal begeben, um das Anliegen zu klären.

**Keine Kommentare**

## Machen Sie mit! Heute SPD wählen: Lebensqualität, Mobilität und Bildung.

Heute haben von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr die Wahllokale geöffnet. Es werden die Gemeindevertretungen und Stadträte sowie ein neuer Kreistag gewählt.

Sozial – Gerecht - Vor Ort:

Unsere Schwerpunkte für Rendsburg-Eckernförde



Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind die Leitlinien der Kommunalpolitik der SPD Rendsburg-Eckernförde in unserem Kreis. Keinen Menschen zurücklassen und die unterstützen, die Hilfe brauchen. Dafür stehen wir. Vor diesem Hintergrund setzen wir unsere Schwerpunkte im Kreiswahlprogramm: Lebensqualität, Mobilität und Bildung.

### Lebensqualität

Unsere Gesellschaft wird älter und bunter. Veränderungen in der Bevölkerungszahl und im Altersaufbau unserer Gesellschaft stellt die Kommunalpolitik vor neue Herausforderungen. Wir werden mit einem Masterplan Demografie die zentralen Herausforderungen benennen und daraus Lösungen ableiten. Beispielsweise wird es immer wichtiger, eine flächendeckende und gute Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Dies muss auch von der Kreispolitik unterstützt werden. Die Imland-Klinik als „unser Kreiskrankenhaus“ soll ihre zentrale Aufgabe im Kreis Rendsburg-Eckernförde weiterhin in öffentlicher Regie wahrnehmen, einschließlich einer leistungsfähigen Kinder- und Geburtsstation in Eckernförde und Rendsburg.

### Mobilität

Wir wollen einen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), der leistungsstark, kunden- und klimafreundlich und bezahlbar ist. Dies ist gerade in einem Flächenkreis wie Rendsburg-Eckernförde wichtig, denn die Erreichbarkeit von Arbeits- und Ausbildungsstätten, von Sozial- und Gesundheitseinrichtungen oder von Kultur- und Freizeitangeboten muss auch in ländlichen Regionen ohne Auto möglich sein. Ein leistungsstarker ÖPNV ist auch gut für unser Klima. Deshalb setzen wir uns für einen abgestimmten Taktfahrplan im Kreis und einen barrierefreien ÖPNV ein.

### Bildung

Bildung ist Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und ein wichtiger Baustein für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir wollen ein modernes Bildungssystem im Kreis. Dazu gehört eine verlässliche und gute Betreuung unserer Kinder. Wir werden die Schulsozialarbeit stärken.

Lange Schulwege dürfen die Eltern nicht auch noch finanziell belasten. Deshalb werden wir die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten rückgängig machen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 26.05.2013, 10:24 Uhr - 4635 Clicks - Nr. 438

## Heute ist Kommunalwahl

Am heutigen Wahlsonntag stehen in Barsbüttel 60 Direktkandidaten in 12 Wahlkreisen zur Wahl, als Parteien treten CDU, SPD, FDP, Grüne und BfB zur Wahl. Rund 10.400 Wahlberechtigte sind aufgefordert, ihre Stimme abzugeben. Stimmberechtigt sind Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren. Ab 18.00 Uhr werden die ausgezählten Ergebnisse auf der Webseite [www.barsbuettel.de](http://www.barsbuettel.de) veröffentlicht.

So erfahren Sie - sobald Ergebnisse vorliegen - , welche Direktkandidaten gewählt wurden, wie sich die Gemeindevertretung zusammensetzt und wie hoch die Wahlbeteiligung war.



Auch das Ergebnis der Kreistagswahl in den Barsbütteler Wahlkreisen finden Sie hier. Viele Bürgerinnen und Bürger werden sich, wie in den vergangenen Jahren, sicherlich auch wieder im Ratssaal treffen, um dort die Ergebnisse zu erwarten.



Hermann Hanser und Martin Habersaat haben sich bei CDU, FDP und Grünen bereits am Freitag in einem Mitteilungsblatt für den fairen und sachorientierten Wahlkampf bedankt.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 26.05.2013, 15:41 Uhr - 8185 Clicks - Nr. 439

## Der Landtag tagt vom 29.-31. Mai

Zur Mai-Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags treffen sich die Abgeordneten vom 29.-31. Mai in Kiel. Folgende Tagesordnung ist vorgesehen. Wer die Tagung live beobachten möchte, findet unter [www.ltsh.de](http://www.ltsh.de) einen Livestream. Die Debattenbeiträge der Fraktionen können dort unter dem Stichwort „Presseticker“ auch nachgelesen werden. Der Landtag tagt in der Regel von 10.00 bis 18.00 Uhr unter Einchluss einer Mittagspause.



<b>TOP</b>		<b>angemeldete Redezeit</b>	<b>Voraussichtl. Beginn der Beratung</b>
<b>Mittwoch, 29. Mai 2013</b>			
<b>53</b>	<b>Bericht der Landesregierung "Wachstumslücke schließen"</b>	<b>70</b>	<b>10:00</b>
2	Gesetzentwurf zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes	40	11:10
6	Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels	40	11:50
11	Erste Lesung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Finanzausgleichgesetzes - Aufruf vor der Mittagspause ohne Aussprache vorgesehen -	5	12:30

15	Erste Lesung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes - Aufruf vor der Mittagspause ohne Aussprache vorgesehen -	5	12:35
<b>34</b>	<b>Regionale Kompetenz erhalten und nutzen!</b>	<b>35</b>	<b>15:00</b>
9 +	Gesetzentwürfe zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung	70	15:35
10			
12	Gesetzentwurf zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs	35	16:45
	<b>Donnerstag, 30. Mai 2013</b>		
<b>19</b>	<b>Für eine moderne, vielfältige Verwaltung in Schleswig-Holstein</b>	<b>35</b>	<b>10:00</b>
	Bericht zur Situation von Kindern und Jugendlichen bei Gefahren für ihr körperliches, geistiges oder seelisches Wohl	35	10:35
51			
16	Lückenlose Videoüberwachung in Zügen verhindern	35	11:10
18	Arzneimittelgesetz (AMG)	35	11:45
<b>24</b>	<b>Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen</b>	<b>35</b>	<b>15:00</b>
20			
+ 32	Zukunft des Messestandortes Husum und Rolle des Westküstenbeirates	35	15:35
21	Vorbild sein - Steueroasen bekämpfen!	35	16:10
25	Vorbereitung einer gemeinsamen Landesplanung mit Hamburg	35	16:45
	<b>Freitag, 31. Mai 2013</b>		
<b>11</b>	<b>Zweite Lesung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes</b>	<b>5</b>	<b>10:00</b>
15	Zweite Lesung „Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes“	5	10:05
<b>37</b>	<b>Netzneutralität stärken</b>	<b>35</b>	<b>10:10</b>
27	Notwendigen Ausbau der A7 optimal vorbereiten	35	10:45
48	Diabetes in Schleswig-Holstein	35	11:20
28	Anträge zur Veröffentlichung der Bezüge der Geschäftsführungsorgane und Aufsichtsgremien sowie zur Stärkung der Aktionärsrechte	35	11:55
43			
<b>50</b>	<b>Sicherung der Theater und ihrer Standorte + sowie Entwicklung der Kulturförderung</b>	<b>35</b>	<b>14:00</b>
<b>54</b>			
26	Zielvereinbarungen mit den Hochschulen	35	14:35
29	Charta für Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben	35	15:10
30	Sicherheit für alle Bürger - Kein Rückzug der Polizei aus der Fläche!	35	15:45

35	Zulassung von Frequenzen für den lokalen Hörfunk	35	16:20
49	Umsetzung und Zwischenbilanz des Bildungs- und Teilhabepakets	35	16:55

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 26.05.2013, 23:37 Uhr - 8672 Clicks - Nr. 440

## **SPD-Tangstedt bedankt sich für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger**

Herzlichen Dank zum einen den 1380 Tangstedterinnen und Tangstedter, die Ihre Stimme für die **SPD-Tangstedt** abgegeben haben. Herzlichen Dank zum anderen allen Bürgerinnen und Bürgern, die den Aufrufen zur Wahlurne gefolgt sind. Die Wahlbeteiligung in Tangstedt von 55,2% liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt von 46,7% (lt. NDR). Von 5240 Wahlberechtigten gaben 2894 Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme ab.



Wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale steht vorläufig fest, dass die **SPD-Tangstedt** 3 der 10 möglichen Direktmandate erringen konnte. So konnten im Wahlkreis Tangstedt-West **Petra Criwitz** und **Christoph Haesler** ihre Mandate direkt gewinnen. Im Wahlkreis Wulksfelde tat es ihnen **Norman Hübener** gleich. Herzlichen Glückwunsch!

Mit Holger Criwitz und Ingrid Sichau werden zwei weitere Kandidaten über die Liste in die Gemeindevertretung einziehen.

Insgesamt zeigt sich eine sehr positive Sitzverteilung, da sowohl die **SPD-Tangstedt** als auch die BGT mit jeweils 5 Sitzen insgesamt auf 10 Sitze kommen. Die CDU und FDP hingegen insgesamt nur auf 9 Sitze.

Wahlergebnis detailliert: [http://www.spd-net-sh.de/stormarn/tangstedt/images/user\\_pages/tangstedt\\_web/KW2013.pdf](http://www.spd-net-sh.de/stormarn/tangstedt/images/user_pages/tangstedt_web/KW2013.pdf)

Neueste Informationen der SPD-Tangstedt automatisch unter [www.facebook.com/SPDTangstedt](http://www.facebook.com/SPDTangstedt) oder [www.twitter.com/SPDTangstedt](http://www.twitter.com/SPDTangstedt)

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 26.05.2013, 23:43 Uhr - 8009 Clicks - Nr. 441

## **Über 60% Wahlbeteiligung in Langwedel**

**Gegen den landesweiten Trend haben sich in Langwedel über 60% der Bürgerinnen und Bürger an der Kommunalwahl beteiligt! Die SPD ist im neuen Gemeinderat**

**zukünftig mit drei statt zwei Sitzen vertreten. Die neuen Gemeinderatsmitglieder der SPD sind Ralf Spilker, Susanne Schöttke und Stefan Wolgast. Wir sagen DANKE!**

**Im neuen Gemeinderat sind die BfL (Bürger für Langwedel) mit 7 Sitzen stärkste Kraft. Die UWL (Unabhängige Wählergemeinschaft Langwedel) ist mit drei Sitzen vertreten. Die Mitglieder der SPD im neu gewählten Gemeinderat werden sich für hohe Transparenz und Bürgerbeteiligung einsetzen. Eine gemeinsame Zielsetzung aller aktiven Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker muss sein, sich massiv dafür einzusetzen, dass das hohe Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Gemeindepolitik erhalten bleibt und auch zur bevorstehenden Bundstagswahl am 22. September eine hohe Wahlbeteiligung erzielt wird.**



**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 27.05.2013, 15:20 Uhr - 153751 Clicks - Nr. 442  
**„Bienenschutz hat Priorität“**

### **EU-Kommission verbietet Pestizide**

Straßburg: Die SPD-Europaabgeordnete **Ulrike Rodust** hat die Entscheidung der EU-Kommission begrüßt, drei Pflanzenschutzmittel ab dem 1. Juli 2013 zu verbieten. "Mit dem Verbot der sogenannten Neonikotinoide wird eine große Bedrohung für unsere Bienenvölker beseitigt", kommentiert die Schleswig-Holsteinerin.



"Es ist höchste Zeit, dass wir die Bienenvölker vor Gefahren durch den Einsatz von schädlichen Chemikalien schützen", so **Rodust** weiter.

Es bestehe der Verdacht, dass die drei jetzt verbotenen Pestizide den Orientierungssinn der Bienen zerstören. "Die Industrie muss Wege für den Pflanzenschutz finden, die keine negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bienen haben", fordert **Ulrike Rodust**.

Es gehe bei dem Verbot nicht allein um das Wohlbefinden der Bienen, sondern auch um die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung in Europa. Viele Pflanzen und Obstsorten

könnten nicht ohne die Bestäubung durch Bienen auskommen, erklärt **Ulrike Rodust**: "Es ist gut, dass die Kommission sich gegen den Widerstand einiger Mitgliedstaaten durchgesetzt hat."

Bienen bestäuben rund 80 Prozent aller Nutzpflanzen. Kein anderes Tier und keine Maschine kann diese Arbeit übernehmen. In jedem Winter kommt ein Teil der Bienen um, normalerweise etwa zehn Prozent der Bestände. In den vergangenen Jahren kam es allerdings immer wieder zu überdurchschnittlich hohen Verlusten, teilweise starben bis zu 30 Prozent der Bienenvölker.

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 27.05.2013, 21:25 Uhr - 7926 Clicks - Nr. 443

## **Kommunales Wahlrecht für alle**

In einer gemeinsamen Presseerklärung fordern die Integrationsforen in Elmshorn, Flensburg und Kiel ein kommunales Wahlrecht für so genannte Drittstaatler, also Bürger aus Nicht-EU-Ländern. Diesen Menschen wird der Gang an die Wahlurne zurzeit noch gesetzlich verwehrt. Wenn also wie am 26. Mai abgestimmt wird, was auf Kommunalebene passiert, dürfen sich Nicht-EU-Ausländer nicht beteiligen, selbst wenn sie dauerhaft in Deutschland wohnen.



Dazu die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies: „Nach dem Willen einer großen Mehrheit im schleswig-holsteinischen Landtag soll dies anders werden. Bereits im April beschloss das Parlament mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP, Piraten und SSW eine Initiative, wonach auch Menschen, die nicht aus EU-Staaten kommen, an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen.“ Es könne nicht sein, dass ausgerechnet diejenigen nicht wählen dürfen, die wählen wollen.

Allerdings, so die Abgeordnete, müssen zu diesem Zweck bundesgesetzliche Regelungen geändert werden. Die Landesregierung habe aber den festen Willen gezeigt, die Mitbestimmung jener ausländischen Mitbürger zu fördern. „Denn Wahlen sind die wichtigste Form von Teilhabe in dieser Gesellschaft. Es gibt keine Argumente, Bürger aus Nicht-EU-Staaten nicht an Kommunalwahlen zu beteiligen.“, betont die Elmshorner Abgeordnete. Immerhin haben diese Menschen in 16 europäischen Ländern die Möglichkeit, wählen zu gehen.

**Keine Kommentare**

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 27.05.2013, 21:26 Uhr - 24212 Clicks - Nr. 444

## **SPD gewinnt in Rendsburg-Eckernförde dazu**

*Kreis-SPD verbessert ihr Ergebnis bei der Kreistagswahl von 28,2 % 2008 auf 31,3 %.*

„Wir freuen uns, über das große Vertrauen der Wählerinnen und Wähler“, erklärt der SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordneter Sönke Rix.

„Unser Wahlprogramm hat drei klare Schwerpunkte auf die Themen Lebensqualität, Mobilität und Bildung gesetzt – das finden die Menschen offensichtlich richtig. Es ist für uns die Verpflichtung für die kommenden Monate.“

Neben dem prozentualen Gesamtergebnis von 31,3% (+ 3,2 % im Vergleich zur Kommunalwahl 2008) konnte die SPD fünf Wahlkreise direkt gewinnen und in vielen anderen hervorragende Ergebnisse erhalten. Die SPD wird trotz mehr Parteien und weniger Sitzen auch künftig mit 16 Sitzen im Kreistag vertreten sein. Rix dankte ausdrücklich allen Wählkämpferinnen und Wählkämpfern. „Es war beeindruckend, wie viele Menschen sich in den vergangenen Wochen für unsere Demokratie engagiert haben. Viele von ihnen werden in den nächsten Jahren die Kommunalpolitik gestalten. Dafür sind wir dankbar. Ich danke ausdrücklich unserem Kreistagsfraktionsvorsitzenden Kai Dolgner und seinem Team für die Arbeit im Kreistag und freue mich schon jetzt auf die weitere Zusammenarbeit.“ Der SPD-Kreisvorstand begrüßte auch viele Wahlerfolge der SPD in Gemeinden und Städten des Kreises.



In der kommenden Woche werden am Dienstagabend die Gremien der SPD Rendsburg-Eckernförde zu internen Zusammenkommen, um über das Ergebnis zu beraten und die notwendigen Konstituierungen für die weitere Arbeit vorzunehmen.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 28.05.2013, 13:33 Uhr - 8861 Clicks - Nr. 445

## **Unser BINGO! Frühstückprojekt ist gestartet!**

### **Unser BINGO! Frühstückprojekt ist gestartet!**

**Die Arbeit hat sich gelohnt. Nach langer und intensiver Vorbereitungszeit konnte das BINGO! Frühstückprojekt „Mit Genuss ein wenig die Welt verändern – gemeinsam können wir das!“ starten.**

Birgit Malecha-Nissen, Leiterin des Projektes und Christiane Sudau, Vorsitzende des Fördervereins und Antragstellerin, freuen sich mit Margret Hügel, dass alle 6 Klassen der Stufe 2 und 3 mit ihrem gesunden Frühstück beginnen können.



Am 16. April durfte als erste Klasse die 2c ihre, mit vielen leckeren Zutaten gefüllte Frühstückskiste von der Firma „Bio at home“ in Empfang nehmen.

Durch das, vom Passader Backhaus gespendete Brot konnten die Kinder gemeinsam ein rundum gesundes Frühstück zu bereiten und genießen.

Die 3a startete am 23. April in das Projekt. Da die Frühstückszeit in der Englischstunde lag, wurde neben tollem Müsli auch englisches Porridge gekocht. Mit viel Freude und Begeisterung wurden die Zutaten für das Frühstück gewaschen und geschnippelt.

Äpfel, Bananen, Feigen wanderten so auf den, mit Kerzen und Servierten dekorierten Frühstückstisch. Neben Nüssen und weiteren Trockenfrüchten standen den Kindern

mehrere Müslisorten zur Auswahl. So war für jeden etwas dabei. Bei den meisten Kindern blieb es auch deswegen nicht bei einer Schale Müsli. Immer wieder probierten sie etwas neues aus und hatten sichtlich Spaß sich ihr Frühstück nach Herzenslust zusammenzustellen.

Jede Klasse wird nun einmal im Monat zusammen mit 1 – 2 Eltern ein gesundes Frühstück zubereiten. Die einzelnen Themen der Frühstücke werden die Lehrerinnen mit ihren Klassen bestimmen, sodass das Frühstück nicht nur eine gemeinsame Aktivität bleibt, sondern den Stundenplan ergänzt. Und wie einfach so ein Frühstück zu einer fächerübergreifenden Aktion wird, zeigt das teilweise „englische Frühstück“ der 3a.

Unser Projekt lebt von der Zusammenarbeit. Um die Förderung durch die BINGO! Umweltlotterie zu erhalten, ist es notwendig, dass wir einen Eigenanteil von 25% tragen. Dieser wird gewährleistet durch die Mitarbeit der Eltern und die Betreuung des Projektes durch Birgit Malecha-Nissen und Christiane Sudau, die für die Beratung, Dokumentationen und Abrechnungen des Projektes zuständig sind. Damit wir auch weiterhin tolle Zusatzangebote, wie z.B. Ausflüge passend zum Thema Umwelt und Ernährung anbieten können, benötigen wir aber auch weiterhin Unterstützung und finanzielle Hilfe.

Wir freuen uns über jede Spende, die uns dabei hilft, das Projekt weiter gedeihen zu lassen. Vielen Dank! (Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden)

Christiane Sudau Birgit Malecha-Nissen 1. Vorsitzende des VFF Projektleitung

Bild : Christiane Sudau (Förderverein), Margret Hügel (Rektorin), Inken Kuhn (Bio at home), Birgit Malecha-Nissen (Projektleitung)

**Keine Kommentare**

[SPD-Treia](#) - veröffentlicht am 28.05.2013, 20:16 Uhr - 3906 Clicks - Nr. 446

## **Wahlbeteiligung**

**Vielen Dank an alle die ihre Kreuze gemacht haben!**

Leider war die Wahlbeteiligung bei uns in Treia auch nur bei 55%.  
Was können wir tun, um die Menschen wieder an die Wahl-Urnen zu bekommen?  
Hier in der Gemeinde geben wir uns doch Mühe alles so transparent, wie möglich zu machen.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.05.2013, 20:32 Uhr - 7501 Clicks - Nr. 447

## **Schulgesetzentwurf vorgestellt**

**Zweigliedrige Schulstruktur mit Gemeinschaftsschulen und Gymnasien**  
Bildungsministerin Prof. Dr. Waltraud Wende hat den Referentenentwurf für das neue

Schulgesetz vorgestellt. „Wir stellen damit wichtige Weichen: Für mehr Bildungsgerechtigkeit im Schulsystem und für mehr längeres gemeinsames Lernen. Das macht mich stolz“, sagte sie.



Zum ersten Mal sei in den vergangenen Monaten mit dem erfolgreichen Bildungsdialog auch das Versprechen eingelöst worden, frühzeitig alle an Bildung beteiligten Gruppen in diesen Prozess einzubeziehen. Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, dankte der Ministerin und ihrem Team für die Vorlage. Noch nie sei eine Schulgesetzänderung so gut vorbereitet worden wie diese.

„Nach der Einbringung des Kabinettsentwurfs im Herbst werden wir im Parlament diesen Kurs des Dialogs fortführen und in der schriftlichen und mündlichen Anhörung den Verbänden und Einrichtungen Gelegenheit geben, weitere Vorschläge zum wichtigsten Gesetz im Bildungsbereich zu machen“, kündigte Habersaat an. Leitgedanken seien mehr gemeinsames Lernen, weniger Aussortieren und das Ziel, allen Jugendlichen zu einem Abschluss zu verhelfen. „In dem Entwurf haben sich nicht nur die Debatten der Bildungspolitiker und der Experten im Ministerium niedergeschlagen, sondern auch die Beiträge, die viele hundert Menschen in unserem Land auf den beiden Bildungskonferenzen und in den aus ihnen hervorgegangenen Arbeitsgruppen geleistet haben.“

Kernelement der Schulgesetz-Änderungen ist die Einführung der zweigliedrigen Schulstruktur mit Gemeinschaftsschulen und Gymnasien. Ziel der Schulgesetz-Änderung ist es, jedem Kind, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, eine faire Chance auf einen bestmöglichen Schulabschluss zu ermöglichen.

Die wichtigsten neuen Regelungen im Einzelnen:

### **Gymnasien**

An den Gymnasien wird in der Regel nach acht Jahren das Abitur erworben (G8); die im Schuljahr 2014/15 bereits bestehenden Gymnasien mit einem neunjährigen Bildungsgang oder einem acht- und neunjährigen Bildungsgang (das sogenannte Y-Modell) können fortgeführt werden.

### **Gemeinschaftsschulen**

An den Gemeinschaftsschulen können drei Bildungsabschlüsse erworben werden: die 'Berufsbildungsreife' nach neun Jahren, der 'Mittlere Abschluss' nach zehn Jahren und das 'Abitur' nach 13 Jahren (G9).

### **Regionalschulen**

Alle bestehenden Regionalschulen mit mindestens 240 Schülerinnen und Schülern werden zum 1. August 2014 in Gemeinschaftsschulen umgewandelt.

### **Kooperationen**

Da nicht alle Gemeinschaftsschulen eine eigene Oberstufe haben, können Schulen ohne eigene Oberstufe Kooperationen mit allgemein bildenden Schulen mit eigener Oberstufe



und/ oder Beruflichen Gymnasien eingehen. Diese Kooperationen gewährleisten, dass die Schülerinnen und Schüler bereits mit dem Wechsel von der Grundschule in die weiterführende Schule 'ihre' Oberstufe kennen. Zudem haben die Schülerinnen und Schüler - wenn sie die schulischen Leistungsvoraussetzungen erfüllen - damit auch eine Rechtsgarantie für den Besuch dieser Oberstufen. „Das bedeutet: Wenn die Schulträger von dieser Kooperationsmöglichkeit stark Gebrauch machen -, können kurz- bis mittelfristig nahezu alle weiterführenden Schulen im Land ihren Schülerinnen und Schülern de facto eine Oberstufe anbieten“, sagte die Bildungsministerin.

### **Abschlussbezogenen Klassenverbände**

Abschlussbezogene Klassenverbände gibt es zukünftig nur noch an den Gymnasien. An den Gemeinschaftsschulen wird es mit Ausnahme der 'flexiblen Übergangsphase' keine abschlussbezogenen Klassenverbände mehr geben. Der Unterricht findet hier in binnendifferenzierender Form statt. Ab der Jahrgangsstufe 7 ist es allerdings möglich, die Lerngruppen nach Leistungsfähigkeit und Neigung der Schülerinnen und Schüler zu differenzieren.

### **Abschlüsse**

An die Stelle des 'Hauptschulabschlusses' tritt die Bezeichnung 'Berufsbildungsreife', an die Stelle des 'Realschulabschlusses' die Bezeichnung 'Mittlerer Schulabschluss'.

Waltraud Wende freut sich: „Der Entwurf mit seinen Änderungen wird schon jetzt von vielen getragen. Gute Bildungspolitik braucht diesen Konsens.“ Dafür bedankte sie sich noch einmal ausdrücklich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Bildungsdialogs. Der Referentenentwurf wurde vom Kabinett beraten und befürwortet. Jetzt nehmen die beteiligten Verbände in einer Anhörung Stellung. Im September ist die zweite Kabinettsbefassung geplant. Das Schulgesetz soll zum Schuljahr 2014/15 wirksam werden.

**Keine Kommentare**

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 28.05.2013, 21:27 Uhr - 4887 Clicks - Nr. 448

## **SPD-Sieg in Suchsdorf - Danke an alle!**

Bei der Kommunalwahl hat die SPD mit Ratskandidat Thomas Wehner tolle Ergebnisse erzielt. Der Ratswahlkreis wurde direkt gewonnen, die Stimmen-Mehrheit im Ortsbeirat erreicht. Wir möchten uns bei allen Wählerinnen und Wählern bedanken, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben! Wir sehen dies als Ansporn für unsere Arbeit. Einen herzlichen Dank auch an alle, die im Wahlkampf geholfen haben.



Bei der Kommunalwahl am 26. Mai konnte Ratsherr Thomas Wehner den Wahlkreis 8 Suchsdorf zum ersten Mal seit 1991 wieder für die SPD gewinnen. Er erreichte 38,1 % der Stimmen (absolut 1365) und löst damit Ralf Roick von der CDU als Suchsdorfs direkten Vertreter im Rat ab. Dies ist eine tolle Bestätigung für Thomas gute Arbeit im Rat seit 1998.

Im Ortsbeiratsgebiet erhielt die SPD 37,1% (1723 Stimmen) und liegt damit vor der bisher stärksten Kraft CDU (36,3%, 1686 Stimmen). Die Grünen erhielten 13,7% (635 Stimmen). Andere Parteien erreichten nicht genügend Stimmen für den Einzug in den

Ortsbeirat, die FDP fällt somit heraus. Die Sitzverteilung wird folgend aussehen: SPD 4, CDU 4, Grüne 1.

In der kommenden Wahlperiode werden wir uns bemühen, das in uns gesetzte Vertrauen zurückzugeben und versuchen das von uns zuvor in einem Bürgerdialog entwickelte [Suchsdorfer Programm](#) umzusetzen und aktuelle Themen aufzugreifen.

Wir bedanken uns bei allen Wählerinnen und Wählern in Suchsdorf und Klausbrook!

Zum Abschluss auch ein herzlicher Dank an alle WahlkämpferInnen an den Infoständen, Hausbesuchen und Verteilungen.

Weitere Informationen und Grafiken auch auf [www.kiel.de/wahlen](http://www.kiel.de/wahlen) und [www.spd-suchsdorf.de](http://www.spd-suchsdorf.de)

**Keine Kommentare**

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 29.05.2013, 08:11 Uhr - 4875 Clicks - Nr. 449

## **Sozial.Gerecht.Steinfeld – Vielen Dank für das Vertrauen**

Bei der Kommunalwahl in der Gemeinde Steinfeld haben die SPD-Kandidaten wieder alle 5 Direktmandate gewinnen können und die SPD erhielt für die Kreistagswahl auch wieder das beste Ergebnis. Wir bedanken uns bei allen Wählerinnen und Wählern für die Unterstützung! Auch die Wahlbeteiligung lag bei 65 % weit über dem Landesdurchschnitt.

Viel Spannung lag in der Luft bei der Auszählung der Stimmen am 26. Mai, woran viele Genossinnen und Genossen teilgenommen haben.

Zuerst teilte der Wahlvorstand das Ergebnis der Kreistagswahl mit: Die SPD erhielt mit dem Direktkandidaten Karsten Stühmer 182 Stimmen, die CDU 131, der SSW 33, Die Grünen 27, die Freien Wähler 18, die FDP 7, Die Linke 6 und das BfB 2 Stimmen.

Bei der Gemeindevahl erhielten die SPD-Kandidaten alle 5 Sitze direkt. Auf unseren Bürgermeister Heinrich Buch entfielen 218 Stimmen, Anneliese Marxen erhielt 191, Martin Knackstedt 186, Jürgen Schacht 159 und Klaus-Gerd Junge 149 Stimmen.

Die SPD erhielt 108 Mal alle 5 Blockstimmen. Leider nutzten viele Wählerinnen und Wähler diese Möglichkeit nicht, allen 5 Direktkandidaten ihre Stimmen zu geben. Auffällig war, dass oft nur 1 Person gewählt wurde. Hier müssen wir noch viel Aufklärungsarbeit leisten. Denn es nutzt nicht, wenn nur unser Bürgermeister eine Stimme erhält. Für die Mehrheit im Ortsparlament müssen die Wähler alle 5 Kandidaten ankreuzen, damit die SPD die Mehrheit erhält und dass wir unseren SPD-Bürgermeister erhalten.

Nun gilt es, am 13. Juni auf der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung in Steinfeld unseren Bürgermeister Heinrich Buch wieder zu wählen. Die SPD-Fraktion bereitet die Sitzung am 6. Juni diese Sitzung vor.

Auf dem Foto von links nach rechts: Heinrich Buch, Jürgen Schacht, Anneliese Marxen, Klaus-Gerd Junge, Martin Knackstedt

**Keine Kommentare**

## **Keine Atom-Ruine in Geesthacht - Rückbau einzig verantwortbare Option, 29.05.13**

Nina Scheer, Bundestagskandidatin Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd, kritisiert die offen gestellte Frage Vattenfalls im Gespräch mit der Bergedorfer Zeitung (online) vom 28. Mai, für das Atomkraftwerk Krümmel möglicherweise den sogenannten sicheren Einschluss zu wählen: „Es ist der Bevölkerung unzumutbar, ihr dauerhaft die Altlasten der atomaren Energieversorgung zu überlassen“, so Scheer



Nach dem Atomgesetz können die Betreiber von Atomkraftwerken im Zuge der Stilllegung entweder Genehmigungen für den sicheren Einschluss oder aber den Rückbau von Atomkraftwerken beantragen.

Scheer: „Die Allgemeinheit hat über Jahrzehnte auf Einnahmen aus über 30 Milliarden Euro steuerfreien Rückstellungen verzichtet. Es kann nicht sein, dass sie dann auch noch zusätzlich für stillgelegte Atomkraftwerke aufkommt - und dies vor dem Hintergrund der nach wie vor ungelösten Endlagerfrage“.

Die nun erneut öffentlich gestellte Frage, ob für das AKW Krümmel der sichere Einschluss oder der Rückbau zu wählen sei, zeige den dringenden politischen Handlungsbedarf: „Es gilt umgehend den sicheren Einschluss aus dem Atomgesetz zu streichen. Die Stilllegung eines Atomkraftwerks muss zum Rückbau führen, alles andere ist der Bevölkerung nicht zuzumuten und mit Blick auf die steuerfreien Rückstellungen eine weitere verdeckte Subventionierung der Atomwirtschaft“, so Nina Scheer und verweist auf das Regierungsprogramm der SPD auf Bundesebene: „Mit dem Regierungsprogramm der SPD ist der sichere Einschluss von Atomkraftwerken Geschichte“.

Es sei zudem unverantwortlich, ökonomische Erwägungen, die aus Betreibersicht für einen sicheren Einschluss sprechen, mit vermeintlichen Sicherheitserwägungen zu kaschieren: „Jedweder Umgang mit Atomkraftwerken unterliegt Schritt für Schritt der Atomaufsicht. Indem Vattenfall im Zusammenhang mit einem Rückbau des AKWs Krümmel die Sicherheit und Interessen der Bevölkerung in Frage stellt, schürt das Unternehmen in populistischer Weise Ängste - offenbar, um von eigenen wirtschaftlichen Interessen abzulenken“, so Nina Scheer.

**Keine Kommentare**

## **Neue SPD-Kreistagsfraktion nimmt Arbeit auf**

### **Einstimmige Wahlen zum Fraktionsvorstand**

Die neugewählten 16 Kreistagsabgeordneten der SPD trafen sich zu ihrer konstituierenden Sitzung und wählten einen neuen Fraktionsvorstand.

Neuer und alter Vorsitzender ist der Osterrönlfelder Landtagsabgeordnete Dr. Kai Dolgener.

Wiedergewählt wurden auch seine beiden bisherigen Stellvertreter Hans-Jörg Lüth aus Bordesholm und Ulrich Kaminski aus Hohn. Neue Stellvertretende Vorsitzende ist Sabrina Jacob aus Schacht-Audorf.

Als Schriftführerin wurde Doris Riebeling, Nübbel, und als Kassenwart Otto Griefnow, Hanerau-Hademarschen, wiedergewählt.

**Alle Wahlen erfolgten einstimmig.**

*„Die neue SPD-Kreistagsfraktion will mit großer Geschlossenheit und mit Aufbruchstimmung das umsetzen, was wir vor den Wahlen unseren Wählerinnen und Wählern versprochen haben“,* so der wiedergewählte Fraktionsvorsitzende.

In einer ersten Wahlanalyse freute sich die SPD über die beiden neu gewonnenen Direktmandate in Eckernförde-Nord und Bordesholm/Wattenbek sowie über gute Ergebnisse in Zentren wie Gettorf und Flintbek, aber auch in kleinen Orten wie Rieseby.

*„Die SPD kann auch außerhalb der größeren Städte Wahlen gewinnen“,* stellt Kai Dolgner fest. *„Wir haben nicht nur den Abstand zur CDU im Kreistag von bisher 9 auf 5 Sitze verringern können, sondern trotz niedrigerer Wahlbeteiligung über 3000 Stimmen mehr als bei der letzten Wahl erhalten!“*

*Das ist eine gute Basis und weiterer Ansporn für unsere Arbeit im Kreistag.“*

**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 29.05.2013, 20:14 Uhr - 60933 Clicks - Nr. 452

## **SPD-umWeltforum will mehr Natur in die Gemeinden**

*Appell an Kommunalpolitiker*

Das umWeltforum der SPD Schleswig-Holstein hat an die neu gewählten SPD-Fraktionen

in den kommunalen Vertretungen appelliert, Initiativen für den Beitritt zum Bündnis

Kommunen für biologische Vielfalt zu starten, oder wenigstens für die Unterzeichnung

der Deklaration des Bündnisses durch die eigene Kommune einzutreten.

Außerdem sollten sie in den kommunalen Satzungen an der Einrichtung von Umweltausschüssen festhalten.

Wie Eckart Kuhlwein, Geschäftsführer des Forums, erklärte, gibt es seit dem Februar vorigen Jahres ein bundesweites Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt mit inzwischen 89 Mitgliedern.

Mehr als 230 Kommunen hätten eine entsprechende Deklaration unterzeichnet. Aus Schleswig-Holstein gehören bereits Eckernförde, Kiel, Lübeck, Preetz, Ratekau, Eutin und Rendsburg zu den Mitgliedern.

Die Erklärung unterzeichnet haben außerdem Ammersbek, Bordesholm, Börnsen, Geesthacht, Heide, Malente, Timmendorfer Strand und Todenbüttel.

Mit der Deklaration sprechen sich die Unterzeichnerkommunen dafür aus, konkrete Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt zu ergreifen.

Damit reagieren sie auf den voranschreitenden Verlust an biologischer Vielfalt. In Deutschland werden über 70 Prozent aller Lebensräume als bedroht eingestuft.



Kuhlwein: "Dass sich so viele Kommunen für den Erhalt der biologischen Vielfalt einsetzen wollen, spiegelt die zunehmende Bedeutung des Themas für Städte und Gemeinden wider."

Kommentar von [Hans-Christian Koch, OV Silberstedt](#) vom 30.05.2013, 12:18 Uhr:

**RE: SPD-umWeltforum will mehr Natur in die Gemeinden**

*unsere GENossinnen und GENossen in SCHLESWIG sollten sich mit diesem Thema beschäftigen - ich weise auf den heutigen Artikel in den SN zum Thema Bauvorhaben Gartenstraße hin! Erhaltet solche Oasen mitten in der Stadt, ihr habt doch genug Baugebiete ausgewiesen.*

Kommentar von [Jens Schwarzer](#) vom 29.05.2013, 20:32 Uhr:

**RE: SPD-umWeltforum will mehr Natur in die Gemeinden**

*Hallo zusammen, Habe bei uns das Problem das ich meinen Fraktionkollegen die klaren Vorteile eines Beitrittes erklären soll. Sie würden da gerne was handfestes haben bevor ich das in den Ausschuss bringen darf. Wie ihr seht drehe ich mich etwas im Kreis. Sehe die Verantwortung und Chance aber Kriege es nicht hin sie zu vermitteln,bin leider erst seid einem Jahr dabei . Aber vielleicht kann mir jemand hier helfen. Vielen Dank fürs lesen und (hoffe) helfen. Jens*

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 30.05.2013, 12:53 Uhr - 155393 Clicks - Nr. 453

## "Kompromiss zur Gemeinsamen Fischereipolitik vereinbart"

### Unterhändler von Parlament und Rat einigen sich in den frühen Morgenstunden auf Gesetzestext

Um 3:30 Uhr war es vollbracht: Vertreter des Europäischen Parlaments und des Ministerrates haben sich in der Nacht zum Donnerstag auf eine neue Gemeinsame Fischereipolitik geeinigt.



"Ich bin glücklich und erleichtert. Das waren die härtesten Verhandlungen, die ich je erlebt habe. Wir können stolz darauf sein, was wir erreicht haben", zeigt sich die Chefunterhändlerin des Europäischen Parlaments, die SPD-Europaabgeordnete **Ulrike RODUST**, mit dem Ergebnis zufrieden.

Bis zuletzt herrschte Uneinigkeit über zentrale Punkte der Reform. In den nächtlichen Verhandlungen gelang es dem Parlamentsteam ein ehrgeizigeres Ziel für die Bestandserholung durchzusetzen als von den Ministern zunächst akzeptiert. Außerdem ist jetzt klar, dass die Überfischung 2015 beendet werden muss. Ein späteres Datum ist nur in klar umrissenen Ausnahmefällen möglich.

"Nach Jahrzehnten verfehlter Politik wird die EU endlich Schluss machen mit der Überfischung. Das ist eine historische Entscheidung", erklärt **Ulrike RODUST**.

Des Weiteren wurde unmissverständlich festgehalten, dass EU-Staaten, in denen es unverhältnismäßig große Flotten gibt, diese reduzieren müssen. Das Parlament setze durch, dass die Mitgliedstaaten in Zukunft Fangquoten nach objektiven und transparenten Kriterien an ihre Fischer verteilen müssen. Der Text enthält außerdem Regeln zur schrittweisen Einführung eines Rückwurfverbots. Ab 2015 dürfen Fischer den sogenannten Beifang

nicht mehr zurück ins Meer kippen. Ausnahmen vom Verbot gibt es nur unter strengen Bedingungen.

Dem Verhandlungsergebnis müssen das Europäische Parlament und der Ministerrat noch formell zustimmen.

**Keine Kommentare**

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 30.05.2013, 14:46 Uhr - 8861 Clicks - Nr. 454

## **Einstimmiges Votum für Lutz Schlüsen**

### **Einstimmiges Votum für Lutz Schlüsen**

Die SPD-Kreistagsfraktion kam zu ihrer ersten Fraktionssitzung nach der Wahl zusammen. Lutz Schlüsen begrüßte die alten und neuen Fraktionsmitglieder und dankte den Anwesenden für ihren grossen Einsatz und ihre Arbeit im Wahlkampf. Alle haben eine sehr gute Arbeit geleistet.

Lutz Schlüsen wurde einstimmig zum Vorsitzenden der Kreistagsfraktion gewählt, alle neugewählten 13 Kreistagsmitglieder votierten für ihn. Er bedankte sich für das grosse Vertrauen und betonte, dass die sozial und ökologisch ausgerichtete Arbeit fortgesetzt wird, immer im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Vereinen und Verbänden, denn das Ziel der SPD-Fraktion ist, weiterhin sozialdemokratische Politik für die Menschen im Kreis Plön zu gestalten.

Als Geschäftsführerin wurde Antje Klein von den Fraktionsmitgliedern bestätigt.

Lutz Schlüsen: „Aktuell gilt es, Verhandlungen mit anderen Parteien zu führen, Ausschüsse zu besetzen und die konstituierende Sitzung am 20. Juni 2013 vorzubereiten, damit wir den Start geben können für die Verwirklichung und Durchsetzung unseres Wahlprogramms: Optimal ausgestattete Schulen, schnelles Internet, mehr Krippenplätze, diese Themen stehen z.B. ganz oben auf der Agenda.“



**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 30.05.2013, 21:44 Uhr - 7628 Clicks - Nr. 455

## **Geld aus Glücksspielerträgen für die Feuerwehr**

Eine tolle Würdigung für die ehrenamtliche Arbeit der Feuerwehr: Je fünf Prozent der Abgabe auf Online-Glücksspiele werden zum einen zur Förderung des Landesfeuerwehrverbands und zum anderen zur Aufstockung des Kapitals, das die Kulturstiftung für eine Friesenstiftung verwaltet, verwendet.

Eine tolle Würdigung für die ehrenamtliche Arbeit der Feuerwehr: Je fünf Prozent der Abgabe auf Online-Glücksspiele werden zum einen zur Förderung des Landesfeuerwehrverbands und zum anderen zur Aufstockung des Kapitals, das die Kulturstiftung für eine Friesenstiftung verwaltet, verwendet. Das ergibt sich aus einem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen von SPD, Grünen und SSW zum Glücksspielgesetz, der heute im Landtag verabschiedet wurde. „Mit dieser Finanzspritze, von der auch Freiwillige Feuerwehren aus dem Kreis Pinneberg profitieren werden, wollen wir dazu beitragen, dass die Feuerwehren eine engagierte Nachwuchsförderung betreiben können. Denn vor dem Hintergrund steigender Notfalleinsätze und rückläufiger Mitgliederzahlen ist es wichtig, dass junge Brandschützer nicht nur angeworben, sondern auch gut ausgebildet werden können“, sagt die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies, die auch feuerwehrpolitische Sprecherin ihrer Fraktion ist.



**Keine Kommentare**

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 30.05.2013, 22:13 Uhr - 7665 Clicks - Nr. 456

## **Die SPD Barmstedt freut sich über einen Stimmenzuwachs von 8,4 %!**

Trotz des Zugewinns von 8,4% sind wir nicht stärkste Fraktion, sondern knapp hinter der FWB drittstärkste Kraft in Barmstedt. Hoherfreut sind wir über die Direktmandate unseres Ortsvereinsvorsitzenden Hans-Christian Hansen und unserem langjährigen Fraktionsmitglied Jürgen Busse. 2 Direktmandate haben wir das letzte Mal vor über 25 Jahren gewonnen. Besonders hoch ist unser Zugewinn aufgrund der Tatsache einzuschätzen, dass in Barmstedt erstmalig die Grünen zu wählen waren.

Zukünftig sind in der Barmstedter Stadtvertretung die CDU und die FWB jeweils mit 5, die SPD mit 4 und die BALL mit 3, sowie die Grünen mit 2 Sitzen vertreten. Zu unserer Freude sind für die Zukunft die politischen Kräfte in Barmstedt wieder ausgewogener und die jahrelange Übermachtstellung der FWB ist beendet. Dies ermöglicht zukünftige Entscheidungsfindungen wieder in demokratischen Auseinandersetzungen aller im Rathaus vertretenen Parteien. Politischer Einheitsbrei ist somit kaum zu erwarten.

Leider haben die Stimmenzuwächse nicht für einen 5. Sitz in der Stadtvertretung gereicht. Gefehlt haben weniger als 25 Stimmen. Diesen Zuwachs werden wir aber durch stetige, bürgernahe, transparente politische Arbeit bei der nächsten Wahl nachholen.

Mit Erschrecken haben wir als SPD festgestellt, dass CDU sowie FWB Fraktion wohl keine weiblichen Mitglieder haben werden. Wir bedauern diese Tatsache, denn Politik ist nicht nur Männersache. Uns war es wichtig, bei der Aufstellung der Kandidaten auf die Ausgewogenheit der vorderen Listenplätze zu achten. Dies zahlt sich nun aus. 50% der SPD Stadtvertreter sind Frauen.

Die Arbeit kann beginnen. Schauen Sie in unser Programm und schreiben Sie uns ihre Meinung.

Für Sie in der Stadtvertretung:

Hans Christian Hansen

Jürgen Busse

Petra Krämer

Annette Bremer-Wilms

**Keine Kommentare**

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 01.06.2013, 11:48 Uhr - 19388 Clicks - Nr. 457

## **MdEP Ulrike Rodust zum jüngsten Erfolg im Europäischen Parlament**

Mit Spannung erwarteten die Delegierten und Gäste auf dem SPD-Kreisparteitag in Jübek am 30. Mai 2013 das Mitglied im Europäischen Parlament (MdEP) Ulrike Rodust. Sie überbrachte dem Kreisparteitag die aktuellen Neuigkeiten aus Brüssel: Am Morgen des 30. Mai um 03.30 Uhr einigte sich nach hartem Ringen das Europäische Parlament und der Ministerrat auf eine neue Gemeinsame Fischereipolitik. „Nach Jahrzehnten verfehlter Politik wird die EU endlich Schluss machen mit der Überfischung. Die Reform ist eine historische Entscheidung“, so Ulrike



Bis zuletzt herrschte Uneinigkeit über zentrale Punkte der Reform. In den nächtlichen Verhandlungen gelang es dem Parlamentsteam ein ehrgeizigeres Ziel für die Bestandserholung durchzusetzen als von den Ministern zunächst akzeptiert. Außerdem ist jetzt klar, dass die Überfischung 2015 beendet werden muss. Ein späteres Datum ist nur in klar umrissenen Ausnahmefällen möglich.

Weiterhin sprach Ulrike Rodust über Europa und die Folgen der Krisen. „Gerade in dieser Zeit brauchen wir mehr Europa und vor allem einen solidarischen Umgang mit unseren europäischen Nachbarn“, so Ulrike Rodust. Als vorbildlich stellte Rodust in diesem Zusammenhang den Umgang mit der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein heraus.

Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel und der Fraktionsvorsitzende des Kreistages Ingo Degner erläuterten den Delegierten des Kreisparteitages in einer Analyse das vorläufige Ergebnis der Kommunalwahl am 26. Mai 2013. „Mit der Wahlbeteiligung von 53,1 % im Kreis Schleswig-Flensburg liegen wir zwar über dem Landesdurchschnitt, aber zufrieden darüber können wir nicht sein“, so Ralf Wrobel in seiner Analyse. Wrobel appellierte an die Delegierten, das persönliche Gespräch mit den Menschen vor Ort zu suchen. Ingo Degner erläuterte das Wahlergebnis und die Sitzverteilung im Kreistag. Enttäuscht und verärgert zeigte sich Degner über das Umgehen mit der politischen Bildung an Schulen, wo sich viele Schulleiter geweigert haben, Parteien vor der Kommunalwahl einzuladen. „Diese Abkehr von der politischen Bildung an den Schulen ist kein Vorbild für die Demokratie“ so Degner.

Für die Landeskonferenz zur Wahl der Bundesliste für die Europawahl 2014 am 01.11.2013 in Kiel wurden 15 Delegierte gewählt, die folgendes Stimmergebnis erzielten: Marina Hansen (29 Stimmen), Bettina Koch (35 Stimmen), Anne Marxen (51 Stimmen), Birte Pauls (43 Stimmen), Rotraud Rasch (41 Stimmen), Bente Reimer (46 Stimmen),



Jan Thorben Book (35 Stimmen), Immo Degner (28 Stimmen), Ingo Degner (36 Stimmen), Holger Groteguth (43 Stimmen), Jens MaBlo (39 Stimmen), Ingo Obst (26 Stimmen), Andreas Pauls (24 Stimmen), Dirk Peddinghaus (39 Stimmen, Ralf Wrobel (50 Stimmen).

Der Kreisparteitag behandelte einen satzungsändernden Antrag des SPD-Kreisverbandes, wonach Arbeitsgemeinschaften im Kreis-Schleswig-Flensburg eine(n) Delegierte(n) auf Kreisparteitagen entsenden. Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Ein weiterer Antrag des Ortsvereins Steinbergkirche auf Ausweitung des Planziels Tourismus und Erholung auf mindestens des gesamten Bereiches von Glückburg bis Schleimünde in die Landesentwicklungsplanung aufzunehmen wurde ebenfalls angenommen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 01.06.2013, 18:35 Uhr - 56517 Clicks - Nr. 458

## **Kein Gift in unsere Böden! Fracking muss gestoppt werden**

Eckart Kuhlwein, Geschäftsführer des UFO , im Naturfreunde-Magazin Nr.2 2013 :

„Was der Öffentlichkeit als technischer Fortschritt verkauft wird, belegt genauer betrachtet die Verzweiflung der Unternehmen, noch möglichst lange das alte Geschäft der Gasförderung aufrechtzuerhalten“, so Werner Zittel, Vorstand der Bölkow-Stiftung vor einem Jahr, als es um die Genehmigung von Fracking-Vorhaben im österreichischen Weinviertel ging.



Da war in Deutschland von der neuen Methode, Erdgas mit Hilfe von Chemie aus tiefen Erdschichten zu gewinnen, noch kaum die Rede. Aber US-Präsident Barack Obama brachte mit seinem Einsatz für die nationalen Energiereserven Öl und Gas viele Unternehmen auf die Idee, auch in Deutschland nach tieferliegenden Gasvorkommen zu forschen. Deshalb ist inzwischen der Streit um die teure und die Umwelt gefährdende Methode der Gasexploration und Gasförderung in vielen Regionen Deutschlands ein heißes Thema geworden. Und hunderte von Bürgerinitiativen haben sich schlaue gemacht. Ihre begründeten Haupteinwände: Hochgradige Flächennutzung, mögliche erhebliche Luft-Schadstoff-Emissionen durch Methan-Freisetzung sowie die Grundwasserverschmutzung (Hydrofracturing-Flüssigkeiten enthalten gefährliche Stoffe), der Rückfluss mit Schwermetallen und radioaktivem Material aus der Lagerstätte, Grundwasserverschmutzung durch Methan in der Nähe von Gasbohrungen - in Extremfällen Explosion von Wohngebäuden - Versalzung des Trinkwassers durch Kaliumchlorid. Diese Auswirkungen summieren sich, da Schieferformationen mit einer hohen Bohrungsdichte (von bis zu sechs Bohrstellen pro Quadratkilometer) erschlossen werden sollen. Der Bürgermeister einer amerikanischen Kleinstadt in Texas hat die Umweltwirkungen von Fracking in seiner Gemeinde so beschrieben: Eine unabhängige Luftverschmutzungs-Studie habe 16 verschiedene Chemikalien identifiziert. Die Luft enthielt Neurotoxine, krebserregende Stoffe sowie leicht entflammables Benzol, dessen Werte das vorgeschriebene Limit um das 55-fache übertrafen. Auch die Gesundheit seiner Kinder habe darunter gelitten. Die Söhne hätten regelmäßig Nasenbluten gehabt. Und das hing ganz offensichtlich mit dem Gerüchen und dem erhöhten Giftwerten um das Haus zusammen, das nur 300 m von der Kompressor- und Aufbereitungsanlage entfernt war. Der Bürgermeister zog die Konsequenz und verließ seine Heimatstadt. Solche Gefahren zu beurteilen, ist vor allem Aufgabe der Landesbergbehörden und der

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover. Doch die BGR ist dem Wirtschaftsministerium von Philipp Rösler unterstellt, der ein Wegbereiter für Schiefergasförderung und Fracking in Deutschland sein möchte. Im Kuratorium der BGR sitzen denn auch neben Wissenschaftlern die Vorstände von ExxonMobil, Wintershall, RWE und anderer Konzerne. Das Gremium soll die Leitung der BGR und das Wirtschaftsministerium in wichtigen Fragen beraten, etwa in Sachen Rohstoffsicherheit und ausgerechnet auch Umweltschutz.

Die Bundesminister für Wirtschaft und für Umwelt, Rösler und Altmaier, haben sich Anfang März zu einer neuen Verordnung und einem Gesetzentwurf zusammengerauft. Der eine mit Ja, aber..., der andere mit Nein, aber...Rösler will Fracking mit strengen Auflagen zulassen, Altmaier sieht für Fracking in Deutschland wegen seiner dichten Besiedelung keine (oder kaum eine?) Chance. Hinter dem Gesetzentwurf könnte auch die Absicht stecken, den von SPD und GRÜNEN regierten Ländern Kompetenzen zu beschneiden. Dort regt sich nämlich fast überall der Widerstand. Schleswig-Holsteins grüner Umweltminister Robert Habeck will sogar über den Bundesrat ein Fracking-Moratorium organisieren, bis alle Probleme für Natur und Umwelt endgültig geklärt sind.

Ob Fracking sinnvoll ist, wirft aber noch eine andere Frage auf: Aus volkswirtschaftlicher Perspektive ist die Erschließung von Schiefergasvorkommen kontraproduktiv. Die neue Form der Gasförderung behindert die Energiewende. Investitionen werden in die Verlängerung eines als Sackgasse identifizierten Weges gelenkt. Diese Investitionen wären sinnvoller angelegt, würden sie direkt in den Umbau der Energieversorgung in Richtung erneuerbarer Energien und nicht in den Versuch einer Stabilisierung bestehender Abhängigkeiten gelenkt.

Wir sollten uns als NaturFreunde überall dort in den Bürgerinitiativen engagieren, wo die Öl- und Gaskonzerne sondieren wollen. Und wir sollten uns für eine Änderung des deutschen Bergrechts aus der Nazizeit einsetzen, dass noch immer die Nutzung von unterirdischen Rohstoffen ohne Umweltverträglichkeitsprüfungen und Bürgerbeteiligung möglich macht.

Kommentar von [Dieter Korn](#) vom 07.09.2014, 10:26 Uhr:

**RE: Kein Gift in unsere Böden! Fracking muss gestoppt werden**

*Beste Genossen, grundsätzlich bin ich SPD-Wähler, aber Ihr solltet dem Herrn Gabriel mit ALLEM was Euch möglich ist, auf die Zehen steigen um derartige Umweltverbrechen zu verhindern. Ansonsten wird man hoffentlich bald sehen, zu was Volkes Zorn führen kann. Mit freundlichem Gruß Dieter Korn*

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 02.06.2013, 15:25 Uhr - 9421 Clicks - Nr. 459

## FC Landtag kickte in Glinde gegen Rechts

Mehr Mannschaften, mehr Rahmenprogramm, mehr Spaß - zum zweiten Mal fand in Glinde das Furnier „Kicken gegen Rechts“ statt, organisiert von der Bürgerinitiative und dem TSV Glinde. Im Teilnehmerfeld fand sich in diesem Jahr auch der FC Landtag. Mehrere Landtagsabgeordnete und Landesminister ließen es sich nicht nehmen, die gute Sache auf dem Platz zu unterstützen. Unterstützung von der Seitenlinie kam von der Bundestagskandidatin Nina Scheer.



Martin Habersaat als örtlicher Landtagsabgeordneter konnte zufrieden sein, auch wenn der FC Landtag aus drei Spielen nur zwei Punkte holte: „Das tolle Engagement der Ehrenamtlichen wurde gewürdigt, Glindes bunte Seiten einmal mehr in den Vordergrund gestellt.“

Aufgelaufen waren unter anderem die Landesminister Andres Breitner (SPD, Innen) und Reinhard Meyer (SPD, Wirtschaft), die SPD-Landtagsabgeordneten Ralf Stegner, Martin Habersaat und Tobias von Pein, von den Piraten Ulli König und Sven Krumbek sowie von der FDP Christopher Vog als Kapitän des FC Landtag. Das Team spielte gegen eine Mannschaft der Jusos 1:1, gegen die „Hellboys“ 0:1 und gegen die Mannschaft des NDR-Sinfonieorchesters 0:0. Zwar gab es keinen Sieg auf den Platz, dennoch durften sich alle als Gewinner fühlen.

[Fotoalbum: hier.](#)

Danke an Anke Pohlmann und Anika Habersaat.

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 02.06.2013, 21:21 Uhr - 7948 Clicks - Nr. 460

## Mit der Küstengang in Flensburg

In Deutschland haben fünf Bundesländer Zugang zum Meer und bilden insgesamt eine Küstenlänge von rund 2.400 Kilometern. Allein in der maritimen Wirtschaft sind in unserem Land 400.000 Menschen beschäftigt. In der SPD-Küstengang haben sich Abgeordnete aus den fünf norddeutschen Bundesländern zusammengeschlossen. Ziel der SPD-Parlamentarier aus den fünf norddeutschen Bundesländern ist es, die hohe Leistungskraft der Küstenregion stärker als bisher einzubringen.



Die Küstengang machte auf ihrer Sommertour nun Stopp bei der Fachhochschule Flensburg. Mit dabei war auch Martin Habersaat als hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Zukunftsperspektiven der maritimen Branche. Ist die Küste gut aufgestellt? Über diese Frage diskutierten Mitglieder der SPD-Küstengang bei ihrer traditionellen Sommerreise mit Vertretern von Wirtschaft, Verbänden und Gewerkschaften in Brunsbüttel und Flensburg. „Die maritime Wirtschaft steht aktuell vor großen Herausforderungen, wenn es um den Ausbau der Hafeninfrastruktur, die Flächenutzung oder die Anbindung der Seehäfen an das Hinterland geht“, betonte der Lotse der Küstengang, Uwe Beckmeyer.

Beim Besuch der Flensburger Fachhochschule ging es um Fragen der Aus- und Weiterbildung. Martin Habersaat: „Die maritimen Wissenschaften zählen zu den wichtigsten

Arbeitsbereichen der Fachhochschule Flensburg. Und wer das Maritime Zentrum besucht, kann sich diese Bedeutung quasi vor Ort ansehen.“ Das Maritime Zentrum wurde im Mai 2011 eingeweiht. Kern des Zentrums sind die Simulationseinrichtungen, die zu den größten und modernsten Einrichtungen ihrer Art in Europa zählen. Der Neubau verfügt über sechs Schiffsführungsbrücken, einen Maschinenraumsimulator, Ship-Security-Trainer und unterschiedliche computerbasierte Lehrstände, teilweise mit 3D-Animationen.

v.l.: Uwe Beckmeyer, Martin Habersaat, Ernst Dieter Rossmann, Franz Thönnies, Dirk Peddinghaus.

<http://kuestengang.de/>

<http://www.fh-flensburg.de/fhfl/index.php>

**Keine Kommentare**

[AfB-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 02.06.2013, 22:57 Uhr - 5614 Clicks - Nr. 461

## **Mehr Geld für Bildung und Kooperation zwischen Bund und Land**

Die Zahl der **Ganztagschulen** in Deutschland soll ausgebaut und ihre Qualität verbessert werden. Bis 2020 soll ein flächendeckendes Angebot geschaffen werden. Acht Milliarden Euro soll der Bund dafür investieren und dafür ist das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufzuheben.

Das fordert die SPD-Bundestagsfraktion in zwei Anträgen, die sie im Mai in den Bundestag eingebracht hat und die hier auszugsweise zitiert werden:

### Antrag vom 24.5.2013:

„ II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (GG) vorzulegen, der Folgendes beinhaltet:

1. In Artikel 91b GG wird für den Bildungsbereich eine weitergehende Möglichkeit zur Kooperation von Bund und Ländern vorgesehen.

2. Diese soll Bund und Ländern eröffnen,

a) gemeinsame Leistungs- und Qualitätsstandards zu entwickeln und

b) bei den notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens zusammenwirken zu können.“

### Antrag vom 14.5.2013:

„ II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ... - zeitnah einen Gesetzentwurf zur Abschaffung des Kooperationsverbotes zwischen

Bund und Ländern in der Bildungszusammenarbeit auf der Grundlage eines neuen Artikels 104c des Grundgesetzes vorzulegen, um sich an der Finanzierung des

flächendeckenden Ausbaus von Ganztagschulen zu beteiligen. Um die Gleichbehandlung der Länder zu gewährleisten, ist dabei vorzusehen, dass diese

Vereinbarungen von den Ländern nur einstimmig beschlossen werden können;

- mit Ländern und Kommunen in Verhandlungen zu einem zweiten „Masterplan Gute Ganztagschule“ einzutreten;

- sich dafür einzusetzen, dass Schulsozialarbeit an jeder Schule eingeführt und eine entsprechende Finanzierung sichergestellt wird;

- sich dafür einzusetzen, dass kulturelle Bildung für alle Kinder und Jugendliche selbstverständlicher und inklusiver Bestandteil schulischer und außerschulischer Angebote wird;“

**Landes-SPD, Landesregierung und Bundestagsfraktion ziehen hier an einem Strang – und in die gleiche Richtung!**

*Die vollständigen Anträge können über folgende Links gelesen werden:*

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/059/1705911.pdf>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713473.pdf>

**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 03.06.2013, 21:34 Uhr - 7591 Clicks - Nr. 462

## **Die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies lädt zur Bürgersprechstunde ein**

Die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies lädt regelmäßig zu Bürgersprechstunden ein. „So erfahre ich aus erster Hand von den Problemen, Sorgen und Nöten der Menschen in meinem Wahlkreis. Es ist mir wichtig, zuzuhören und mich zu kümmern“, sagt die Elmshorner Politikerin.



Am Freitag, 14. Juni, ist es wieder soweit: Von 16 Uhr an bis 18 Uhr im Elmshorner SPD-Parteibüro an der Panjestraße 16 steht die Landtagsabgeordnete Beate Raudies für Fragen und Anliegen zur Verfügung. Aus organisatorischen Gründen wird gebeten, sich zuvor beim Wahlkreisbüro von Beate Raudies unter Telefon 04121 470320 und per E-Mail unter [b.raudies@spd-elmshorn.de](mailto:b.raudies@spd-elmshorn.de) zur Sprechstunde anzumelden.

**Keine Kommentare**

## Abgucken erlaubt II

Zweiter Stopp der gemeinsamen Schulbesuche von SPD-Bildungspolitikern aus Schleswig-Holstein und Hamburg war nun das Förderzentrum Pinneberg. Das Förderzentrum Pinneberg ist zuständig für die Unterstützung von Regelschulen bei der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Mit ihren Kompetenzen stehen die Kolleginnen und Kollegen des Förderzentrums mit Rat und Tat zur Verfügung, wenn es darum geht, ein inklusives Miteinander aufzubauen,



umzusetzen und immer weiter zu verbessern, damit alle Kinder und Jugendlichen in ihrer Schule lernen und leben können.

SPD-Bildungspolitiker aus Bürgerschaft Hamburg und Landtag Schleswig-Holstein haben sich vorgenommen, was in der Schule nicht immer gerne gesehen wird: Sie wollen voneinander abgucken. In unregelmäßigen Abständen trifft man sich zu diesem Zweck an Schulen dies- und jenseits der Landesgrenze. „Uns geht es darum, gute Konzepte kennenzulernen, uns über aktuelle Entwicklungen auszutauschen und gemeinsam weiter zu denken“, begründen die Arbeitskreisvorsitzenden Lars Holster (Hamburg) und Martin Habersaat (Schleswig-Holstein) ihr gemeinsames Projekt

**Keine Kommentare**

## Gutes Beispiel für Naturerhaltung

*Nina Scheer mit „umWeltforum“ auf Fielmanns Biohof Lütjensee*

Das Umweltforum der schleswig-holsteinischen und der Stormarner SPD wollte sich am vergangenen Wochenende über den Nutzen ökologischer Landwirtschaft informieren. Ziel war der vom Optiker Günther Fielmann betriebene „Hof Lütjensee“.

Mit von der Partei waren die SPD-Bundestagskandidatin Dr. Nina Scheer und der Landtagsabgeordnete Tobias von Pein (Lütjensee). Nina Scheer nach der informativen Führung durch Betriebsleiter Martin Natmeßnig: „Das ist ein gutes Beispiel für Naturerhaltung in der Landwirtschaft.“

Natmeßnig rechnete vor, dass sich in der Landwirtschaft auch ohne Pestizide und medikamentengestützte Massentierhaltung Geld verdienen lasse. Mit dem angegliederte Hof-Laden würden die Erzeugnisse der Fielmann-Höfe (auch in anderen Teilen Schleswig-Holsteins, so in Schierensee und Ritzerau) direkt vermarktet. Die Dachmarke „Hof Lütjensee“ stehe für zertifizierten ökologischen Anbau, wohlschmeckende und gesunde Naturkost, artgerechte Tierhaltung, Landschaftspflege und Naturschutz.



Auf Hof Lütjensee sieht der Besucher Rinder, Schweine, Schafe, Gänse, Hühner und Enten, die alle artgerecht gehalten und Auslauf in die Natur haben. Dazu gehören Limousin-Rinder, Husumer und Angler Sattelschweine, Altdeutsche „Sperber“ (Hühner) und – für Fielmann natürlich – das Kärntner „Brillenschaf“. Natmeßnig: „Wir halten nur so viele Tiere, wie der Nährstoffhaushalt unseres Hofes hergibt. Wir haben deshalb auch keine Probleme mit Gülleüberproduktion.“ Hof Lütjensee betreibt außerdem aktiven Natur- und Artenschutz und hat mehr als 13 Kilometer Naturnahe Gehölzstreifen angelegt.

Der Besichtigungstermin in Lütjensee gehörte zum Sommerprogramm des umWeltforums, in dem sich Umweltpolitiker der SPD aus ganz Schleswig-Holstein zusammenschlossen haben, erläuterte dessen Geschäftsführer Eckart Kuhlwein. Er konnte gleichzeitig eine Abordnung der Ahrensburger NaturFreunde begrüßen.

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 04.06.2013, 22:47 Uhr - 8594 Clicks - Nr. 465

## **SPD-Tangstedt: Konstituierende Fraktionssitzung**

Am heutigen Dienstag, dem 04.06.2013, trafen sich die "neuen" fünf Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter des **SPD-Tangstedt** zur konstituierenden Sitzung und fällten erste Entscheidungen.

Rückblick: Am 26.05.2013 hatten **Petra Criwitz** und **Christoph Haesler** ihre Direktmandate im Wahlkreis Tangstedt-West und **Norman Hübener** im Wahlkreis Wulksfelde gewonnen. Weiter ziehen **Holger Criwitz** und **Ingrid Sichau** für die **SPD-Tangstedt** mit in die Gemeindevertretung ein.



Nach der Einleitung der konstituierenden Sitzung durch den **Altfraktionsvorsitzenden Raymund Haesler** wurde **Holger Criwitz** zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Zum ersten Stellvertreter wurde **Norman Hübener** bestimmt.

Im weiteren Verlauf wurde die Geschäftsordnung der **SPD-Fraktion** verabschiedet und die Verhandlungskommission für die anstehenden Verhandlungen mit den anderen Fraktionen festgelegt. Abgerundet wurde dies durch die Erarbeitung von Vorschlägen zur Besetzung der Ausschüsse und Entsendung der bürgerlichen Mitglieder.

Neueste Informationen der SPD-Tangstedt automatisch unter [www.facebook.com/SPDTangstedt](http://www.facebook.com/SPDTangstedt) oder [www.twitter.com/SPDTangstedt](http://www.twitter.com/SPDTangstedt) erhalten!

**Keine Kommentare**

## Thönnnes lud Norderstedter zu „Jugend und Parlament“ ein

### Vier Tage als „Bundestagsabgeordneter“ in der Hauptstadt

Vom 1. bis 4. Juni 2013 fand im Deutschen Bundestag die Veranstaltung „Jugend und Parlament“ statt. 312 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet übernahmen für vier Tage die Rollen von Abgeordneten. Auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnnes nahm auch Tobias Fisch aus Norderstedt teil.

„Die jungen Erwachsenen im Alter von 16 bis 20 Jahren durchspielten den Weg der Gesetzgebung, um die komplexen parlamentarischen Abläufe und die Arbeit der Fraktionen kennenzulernen“, beschreibt der SPD-Politiker das Programm. Hierfür wurden vier Gesetzesentwürfe in Arbeits-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen debattiert und abschließend im Parlament zur Abstimmung gestellt. Als Mitglied des Innenausschusses beschäftigte sich Tobias Fisch mit dem Thema „Einführung einer Wahlpflicht bei Bundestagswahlen“.



Dabei wurde Ihnen jeweils die Rolle einer/eines fiktiven Bundestagsabgeordneten zugewiesen. Mit dieser mussten sie sich identifizieren und ihre politischen Ansichten übernehmen. „Ich spielte Frederick Wenger, einen 54-jährigen Unternehmer und Vater eines Kindes, der als Thüringer Abgeordneter für die Arbeitnehmerpartei Deutschlands im Parlament sitzt“, so der 16-jährige Norderstedter.

Am 3. Juni gab es dann auch die Gelegenheit für einen Besuch im Berliner Büro des SPD-Politikers, um einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Darüber hinaus diskutierten Vorstandsmitglieder aller fünf Bundestagsfraktionen mit den Teilnehmern. Auch Thönnnes traf sich mit Tobias Fisch, um sich von dem Jungpolitiker dessen Eindrücke und Erfahrungen schildern zu lassen.

„Das waren eindrucksvolle, aber auch anstrengende Tage, in denen ich viel über das Gesetzgebungsverfahren lernen konnte. Und so kurz nach der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein war es interessant über Lösungsvorschläge für das Problem der niedrigen Wahlbeteiligung zu diskutieren. Sicherlich werde ich einige Ansätze mit nach Hause nehmen und in meine politische Arbeit im Kinder- und Jugendbeirat der Stadt Norderstedt einbringen“, zieht der Schüler des Lessing-Gymnasiums Bilanz.

„Diese Planspiele unterstütze ich sehr, weil sie jungen Menschen die Möglichkeit geben, einen detaillierten Einblick zu erhalten, in das, was wir hier in jeder Sitzungswoche tun. Das schärft ihren Blick für politische Prozesse und Inhalte. Und es weckt vielleicht auch ihr Interesse sich einzubringen und unser Land sozial gerechter zu gestalten“, ergänzt Thönnnes.

**Bildunterschrift: Franz Thönnnes und Tobias Fisch im Deutschen Bundestag**

**Keine Kommentare**



## Herzlichen Glückwunsch, Anne-Frank-Schule!

### Stormarn ist ein guter Ort für längeres gemeinsames Lernen

„Die Auszeichnung der Anne-Frank-Schule in Bargteheide ist eine tolle Bestätigung der Arbeit vor Ort und eine große Chance für die Zukunft dieser Schule, denn neben dem Preisgeld von 100.000 Euro ist die Schule jetzt Teil eines Netzwerks von Schulen, die voneinander lernen und noch besser werden wollen.“ Mit diesen Worten gratulieren die Landtagsabgeordneten Martin Habersaat und Tobias von Pein zum Deutschen Schulpreis 2013.



Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und bis zu seinem Einzug in den Landtag selbst Lehrer: „Es ist wichtig für den Unterricht, dass die Schülerinnen und Schüler nicht die einzigen sind, die lernen müssen. Es braucht die Haltung, dass alle Beteiligten, auch Lehrer und Eltern, immer lernen wollen.“

Das gelte auch für Bildungspolitiker: „Wir freuen und auf Gespräche mit den Macherinnen und Machern in Bargteheide.“ An der Anne-Frank-Schule seien viele Aspekte guter Schule zu besichtigen: Die Übernahme von Verantwortung für sich selbst und andere, Stärken der Kinder zu stärken, die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler - vom Förderkind mit Lernbehinderung bis zum Hochbegabten, das Sichtbar machen von Lernen durch stetige Rückmeldungen, forschungsgeleitete Vorhaben in der Unterstufe, die Wissenschaftspropädeutik in der Oberstufe vorbereiten.

Die beiden Abgeordneten würden sich freuen, wenn es mehr Bewerbungen zum Schulpreis gäbe: „Alle Bewerberschulen werden zu Angeboten der Akademie des deutschen Schulpreises eingeladen, ihnen stehen Vernetzungsangebote und Begleitung bei Schulentwicklungsprozessen zur Verfügung.“ Das sei eine hilfreiche Ergänzung zu den Möglichkeiten, die das Bildungsministerium und das IQSH in diesem Bereich zur Verfügung stellen.

Seit 2006 haben sieben Schulen den Deutschen Schulpreis gewonnen, drei Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschulen, zwei Grundschulen, eine Schule für chronisch kranke Kinder und ein evangelisches Gymnasium. Martin Habersaat fasst das so zusammen: „Sechsmal ging der Preis an Schulen, in der alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam lernen.“ Es sei gut, dass diese Idee auch von der Robert-Bosch-Stiftung gewürdigt würde, einer Einrichtung, die einer allzu großen Nähe zur Sozialdemokratie unverdächtig sei.

In Stormarn gab es früh Gesamtschulen, die sich durch ihre gute pädagogische Arbeit einen wichtigen Platz in der regionalen Bildungslandschaft verdienten, neben Bargteheide zum Beispiel auch in Ahrensburg, Bad Oldesloe oder Glinde. Habersaat: „Nach der Schulgesetzänderung 2007 wurden die Gesamtschulen zu Gemeinschaftsschulen, aber die Philosophie ist geblieben: Mitnehmen statt Aussortieren. Das ist einer der Gründe dafür, dass in Stormarn die Abiturquote deutlich höher ist als in anderen Kreisen.“

In die Runde der 15 besten Schulen waren 2013 drei Schulen aus Schleswig-Holstein gekommen, neben der Anne-Frank-Schule auch die Grundschulen Waldschule in Flensburg und die Schule im Autal in Sieverstedt.

**Keine Kommentare**

## **HOCHWASSERGEFAHREN NACHHALTIG EINGRENZEN, 05.06.2013**

Aus aktuellem Anlass des Hochwassers erklärt Nina Scheer, SPD-Bundestagskandidatin Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd:

„Wenn die Wasserpegel steigen ist zunächst schnelle Hilfe vor Ort gefragt, um Überschwemmungen und Schäden einzugrenzen und Unterstützung für die Betroffenen zu leisten.“

Der Anlass eines erneut vielerorts gegebenen Jahrhunderthochwassers sei aber zugleich Aufforderung, Hochwassergefahren nachhaltig einzugrenzen. Man müsse zu einem System sowohl umfassend wahrgenommener Verantwortung auf Vorsorgeebene als auch gerecht verteilter Kostenlasten gelangen, zeigt sich Nina Scheer überzeugt.

„Vielorts besteht unzureichender Versicherungsschutz. Möglicherweise könnten hier Pflichtversicherungen Abhilfe schaffen“, regt Scheer zu überprüfen an. Dies setze aber voraus, dass sich auch die Versicherungen ihrer wachsenden Verantwortung bewusst sind und Versicherungen dennoch bezahlbar angeboten und ausgestaltet werden.

Darüber hinaus müsse erkannt werden, dass natürliche Überflutungsflächen Schutz vor Hochwasser bieten. Dennoch seien in Deutschland 80 Prozent der natürlichen Flusslandschaften durch Bebauung oder Begradigungen verloren gegangen. Auch die fortschreitende Versiegelung, insbesondere von Hängen, fördere Hochwassergefahren. „Hochwassergefahren müssen auf Verursachungsebene vermieden werden. Hierfür bedarf es verstärkt europa- und bundesweiter Verständigungen über Maßnahmen zur Eingrenzung von Flächenversiegelung und Initiativen zur Renaturierung. Zudem dürfen Hochwasserabwehrmaßnahmen nicht dazu führen, dass andernorts Hochwassergefahren steigen“, so Scheer.



**Keine Kommentare**

## **"Gemeinsam handeln – im Interesse von Arbeitsplätzen"**

### **Deutsch-Dänische Gewerkschaftsgruppe besuchte Europaabgeordnete in Brüssel**

Brüssel: Vom 28. bis zum 31. Mai besuchten ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen aus der Region Schleswig-Holstein und Syddanmark auf Einladung der schleswig-holsteinischen SPD-Europaabgeordneten **Ulrike Rodust** und ihrer dänischen Kollegin Christel Schaldemose verschiedene EU-Institutionen in Brüssel.

Unter dem Motto "Gemeinsam handeln – im Interesse von Arbeitsplätzen" haben 10 Mitglieder der dänischen Gewerkschaft 3F (Fagligt Faelles Forbund) und 11 Mitglieder der deutschen Industriegewerkschaft IGBCE (Bergbau, Chemie, Energie) die gemeinsamen Interessen der Region vertreten.

Organisatoren dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit waren Erling Taul Jensen und Haci Kececi aus Dänemark und von deutscher Seite Hans Hinrichsen und Gerhard Tartemann.

Neben den EU-Abgeordneten Rodust und Schaldemose besuchte die Gruppe unter anderem den Ausschuss der Regionen, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Europäischen Gewerkschaftsbund und mit dem Syddansk EU-Kontor und dem Hanse-Office, der gemeinsamen Interessenvertretung von Schleswig-Holstein und Hamburg bei der EU, auch die jeweiligen europäischen Regionalbüros.

„In den Regionen findet die Arbeit statt. So etwas sollte nicht durch Landesgrenzen eingeeengt werden.“ erläutert Mitorganisator Hans Hinrichsen. Entsprechend seien die ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen für ihre Region Schleswig-Holstein und Süddänemark auch gemeinsam tätig geworden. Neben jährlichen Treffen bildete die gemeinsame Reise zur EU nach Brüssel ein wichtiges Glied in dieser Partnerschaft. „Diese Reise hat gezeigt, dass die EU einen großen Einfluss hat. Hier gilt es unsere Arbeitnehmerinteressen aufzuzeigen und zu vertreten und die Fahrt war ein guter Part dazu“, so Hinrichsen abschließend.

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 06.06.2013, 17:06 Uhr - 157430 Clicks - Nr. 470

## **"Gemeinsam handeln – im Interesse von Arbeitsplätzen"**

### **Deutsch-Dänische Gewerkschaftsgruppe besuchte Europaabgeordnete in Brüssel**

Brüssel: Vom 28. bis zum 31. Mai besuchten ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen aus der Region Schleswig-Holstein und Syddanmark auf Einladung der schleswig-holsteinischen SPD-Europaabgeordneten **Ulrike Rodust** und ihrer dänischen Kollegin Christel Schaldemose verschiedene EU-Institutionen in Brüssel.

Unter dem Motto "Gemeinsam handeln – im Interesse von Arbeitsplätzen" haben 10 Mitglieder der dänischen Gewerkschaft 3F (Fagligt Faelles Forbund) und 11 Mitglieder der deutschen Industriegewerkschaft IGBCE (Bergbau, Chemie, Energie) die gemeinsamen Interessen der Region vertreten.

Organisatoren dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit waren Erling Taul Jensen und Haci Kececi aus Dänemark und von deutscher Seite Hans Hinrichsen und Gerhard Tartemann.

Neben den EU-Abgeordneten Rodust und Schaldemose besuchte die Gruppe unter anderem den Ausschuss der Regionen, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Europäischen Gewerkschaftsbund und mit dem Syddansk EU-Kontor und dem Hanse-Office, der gemeinsamen Interessenvertretung von Schleswig-Holstein und Hamburg bei der EU, auch die jeweiligen europäischen Regionalbüros.

„In den Regionen findet die Arbeit statt. So etwas sollte nicht durch Landesgrenzen eingeeengt werden.“ erläutert Mitorganisator Hans Hinrichsen. Entsprechend seien die ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen für ihre Region Schleswig-Holstein und Süddänemark auch gemeinsam tätig geworden. Neben jährlichen Treffen bildete die gemeinsame Reise zur EU nach Brüssel ein wichtiges Glied in dieser Partnerschaft. „Diese Reise hat

gezeigt, dass die EU einen großen Einfluss hat. Hier gilt es unsere Arbeitnehmerinteressen aufzuzeigen und zu vertreten und die Fahrt war ein guter Part dazu“, so Hinrichsen abschließend.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 10.06.2013, 10:55 Uhr - 14901 Clicks - Nr. 471

## **Thönnnes (SPD): Wohnen muss bezahlbar bleiben – Deshalb Mietpreisbremse**

### **Untätigkeit der Merkel-Regierung auch im Kreis Segeberg immer mehr spürbar**



In der letzten Woche debattierte der Deutsche Bundestag intensiv die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Denn nicht zuletzt durch den aktuellen „Bericht über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland“ des Bundesministeriums für Verkehr-, Bau- und Stadtentwicklung wurde belegt, was die SPD schon seit langem im Fokus hat: Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper und die Mieten und Energiepreise steigen.

Dies ist inzwischen auch im Hamburger Umland ein Problem. Immer mehr Menschen können sich gute Wohnungen nicht mehr leisten. Ein Trend, der bereits im Bericht vor zwei Jahren zu erkennen war, den die Bundesregierung jedoch ignoriert hat. „Diese Entwicklung ist auch im Kreis Segeberg deutlich spürbar obwohl sie nun wirklich nicht überraschend kommt. So geht die „Wohnungsmarktprognose für Schleswig-Holstein bis 2025“ des Landesinnenministeriums für unsere Region von einem Neubaubedarf im Vergleich zum Stand von 2009 von ca. 8% aus“, erläutert der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes.

Dies können Länder und Kommunen nicht alleine schultern, werden aber von der Merkel-Regierung im Stich gelassen. Statt gerade den Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen unter die Arme zu greifen, die von steigenden Mieten an die Ränder der Städte gedrängt werden, hat die Koalition den Heizkostenzuschuss für Menschen mit geringen Einkünften gestrichen. Außerdem wurde der Rotstift bei der energetischen Gebäudesanierung angesetzt und der Bundeszuschuss für den sozialen Wohnungsbau in Höhe von 580 Millionen Euro nur bis 2014 verlängert. Darin, dass eine Mietpreisbremse kommen muss, sieht sich Thönnnes auch in den Forderung des Mietervereins Norderstedt betätigt.

Doch hinzu kommt, dass die von der SPD geforderte Begrenzung, wonach bei einem Mieterwechsel die Miete nicht auf mehr als zehn Prozent über die ortsübliche Vergleichsmiete steigen und in bestehenden Verträgen die Miete nicht mehr als 15 Prozent innerhalb von vier Jahren erhöht werden darf, im Bundestag von CDU/CSU und FDP abgelehnt wurde. Wie verlogen die Politik von Merkel ist zeigt sich darin, dass sie jetzt aus wahltaktischen Gründen auf einmal auf die SPD-Linie einschwenkt. Gleichwohl gibt es dazu in der schwarz-gelben Koalition keine Mehrheit.

„Lebenswerte und sozial ausgeglichene Städte sind Grundlage für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Deshalb werden wir nach der Wahl die Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro erhöhen und dafür sorgen, dass die Mieten nicht unkontrolliert steigen dürfen“, so Thönnnes.

**Keine Kommentare**

## **Rettet die Neugier!**

Dieser Appell, der zugleich Buchtitel ist, richtet sich an alle, die an kindlichem Lernen interessiert sind, ob als Laien oder in beruflicher Art und Weise.

**Rettet die Neugier**, damit sie nicht nur in den ersten Lebensjahren der Motor für das kindliche Lernen ist.

**Rettet die Neugier**, indem die Kinder ernst genommen werden mit ihren Erfahrungen, Erklärungen, Fragen, Vermutungen ...

**Rettet die Neugier**, indem die Kinder genügend Zeit haben, Phänomene der Natur, der Technik, des Zusammenlebens wahrzunehmen, zu bedenken und in ihren Gehirnen vielfältige Verbindungen zu knüpfen, Erfahrungen zu machen und sie miteinander zu vernetzen.

Wir Erwachsenen sind gut beraten, uns mit der Frage zu beschäftigen, wie wir die kindliche Neugier erhalten können. Manchmal fühlen wir uns überrollt von Angeboten in Form von Lerngerätschaften, -spielen, -programmen oder Projekten wie „Haus der kleinen Forscher“, „Little Giant“ oder „Science Lab“ für Kindergartenkinder.

Es steht uns in der AfB gut an, diesen Angeboten und Versprechungen finanzstarker Firmen und Stiftungen mit Nüchternheit zu begegnen: Indem wir den Blick auf die wesentlichen Aspekte kindlichen Lernens lenken oder lenken lassen. Zum Beispiel durch einen Lernpädagogen und Naturwissenschaftler, der mit Kindergartenkindern praktisch arbeitet.

Nüchternheit ist zweifellos hilfreich bei unserer Suche nach geeigneten Maßnahmen für unsere Bildungseinrichtungen vor Ort und darüber hinaus.

Der Titel seines Buches ist auch das Fazit seiner Arbeit:

Salman Ansari

**Rettet die Neugier! Gegen die Akademisierung der Kindheit**

2013

**Keine Kommentare**

## **Schulsozialarbeit muss fortgeführt werden**

### **Übernahme der Kosten der Grundsicherung schafft finanzielle Spielräume**

„ Ich teile die Besorgnis der Eltern, Schulträger und Schulsozialarbeiter, von denen wir auf verschiedenen politischen Ebenen angesprochen werden“, kommentierte Gitta Neemann-Güntner, SPD-Kreistagsabgeordnete, die vorliegende Resolution zum Erhalt der Schulsozialarbeit in Mölln.

„Kreisweit werde ich angesprochen, da überhaupt nicht sichergestellt ist, wie denn die Finanzierung der Schulsozialarbeit über 2013 hinaus laufen soll. Die ersten Kündigungen

sind bei einigen Schulträgern bereits eingegangen, was deutlich macht, wie ernst die Lage ist.“

Niemand bestreitet die Sinnhaftigkeit von Schulsozialarbeit, die aufgrund der Niedrigschwelligkeit, Direktheit und Wirksamkeit sehr schnell in den Schulalltag integriert wurde und eine Entlastung und Unterstützung für Eltern und Lehrkräfte darstellt. Schulsozialarbeit ist endlich an den Schulen angekommen und findet parteiübergreifend Konsens. Umso wichtiger ist es jetzt, die Betroffenen nicht allein zu lassen, hier sind Politiker vor Ort gefordert, sich vehement für die Fortführung von Schulsozialarbeit einzusetzen. Die Einbindung der Landtags- und Bundestagsabgeordneten aller Parteien wäre nicht nur hilfreich, sondern sinnvoll.

Nach Einschätzung der SPD wäre eine Möglichkeit der Finanzierung die Verwendung der Mittel aus der Grundsicherung. Die Kosten der Kommunen werden ab 2014 komplett zu 100 Prozent durch den Bundeshaushalt übernommen, immerhin 4,8 Milliarden Euro mit steigender Tendenz. Dies führt jeweils zu erheblichen Einnahmen in Millionenhöhe und hilft, die kommunalen Haushaltsdefizite abzubauen. Sie sind Teil eines umfassenden Entlastungsprogramms des Bundes für die Kommunen. Dazu gehört auch das Bildungs- und Teilhabepaket. Das bedeutet im Klartext: „dass den Kommunen und somit den Schulträgern grundsätzlich ab 2014 ausreichend Mittel zur Verfügung stehen um Schulsozialarbeit weiterzuführen und auszubauen“, so Neemann-Güntner weiter. „Wir werden uns umgehend die Zahlen auf Kreisebene vorlegen lassen und Vorschläge zur Finanzierung der Schulsozialarbeit unterbreiten.“

In der Zwischenzeit hat die Kreisverwaltung eine Auflistung aller Bundesgelder erstellt, die noch nicht abgerufen wurden und in 2014 geschoben werden können. Ich empfehle den Schulträgern dringend, sich mit dem Fachdienst in Verbindung zu setzen, um so möglichen Kündigungen vorzubeugen.

Die SPD -Kreistagsfraktion wird sich weiterhin nachdrücklich für Schulsozialarbeit einsetzen.

Gitta Neemann-Güntner, SPD- Kreistagsabgeordnete aus Büchen

**11. Juni 2013**

**Keine Kommentare**

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 11.06.2013, 09:20 Uhr - 5830 Clicks  
- Nr. 474

## **Segeberger Kreistag: Edda Lessing bleibt Chefin der SPD-Kreistagsfraktion**

Edda Lessing bleibt unangefochten Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion. Im Bürgerhaus in Henstedt-Ulzburg hat sich die SPD-Kreistagsfraktion konstituiert und ihre Wahlen zur Fraktionsspitze durchgeführt. Die 16 gewählten SPD- Kreistagsmitglieder haben dabei einstimmig die Henstedt-Ulzburgerin zur Vorsitzenden gewählt

Zum ersten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurde Marc-André Ehlers aus Nahe gewählt. Weitere Stellvertreter sind Tobias Köpke aus Bad Segeberg und Cordula Schultz aus Trappenkamp. Die Geschäftsführung bleibt in den bewährten Händen von Rita Marcussen aus Kükels. Gleichzeitig wurde die Arbeit der kommenden 5 Jahre auf die

Kreistagsmitglieder und bürgerlichen Ausschussmitglieder verteilt. Die endgültige Besetzung der Ausschüsse erfolgt in der Kreistagsitzung am 20. Juni

**Keine Kommentare**

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 11.06.2013, 12:25 Uhr - 10246 Clicks - Nr. 475

## **Hochwasser: Nina Scheer verschafft sich Überblick in Lauenburg, 10.06.2013**

In Begleitung des Ministerpräsidenten Torsten Albig und des Innenministers Andreas Breitner verschaffte sich Nina Scheer, SPD-Bundestagsdirektkandidatin Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd, in der Altstadt von Lauenburg einen Überblick und tauschte sich mit den Helfern über die Hochwasserlage aus.



"Mein tiefes Mitgefühl gilt den Menschen, die ihre Häuser und Wohnungen verlassen mussten. Die nun durch das Hochwasser in diesem Maße entstehenden immensen Schäden können nur durch eine Solidargemeinschaft aufgefangen werden", erklärte Scheer mit Blick auf die fortan steigenden Pegelstände und begrüßt das schnelle Handeln des Ministerpräsidenten Albig, der Soforthilfen ankündigte.

Foto: v.l.n.r.: Ministerpräsident Torsten Albig, Nina Scheer.

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 12.06.2013, 14:51 Uhr - 159837 Clicks - Nr. 476

## **"Europa muss sich humanitärer Verantwortung stellen"**

### **EU-Parlament verabschiedet Asylpaket**

Straßburg: Endlich werden die Rechte von Asylbewerbern in der EU gestärkt. Nach jahrelangen zähen Verhandlungen mit dem Rat der Mitgliedstaaten nahm das Europaparlament am Mittwoch mit breiter Mehrheit vier noch offene Rechtstexte zur Vollendung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) an.



Bei den vier Gesetzestexten handelt es sich um die Verfahrens-Richtlinie, die Aufnahme-Richtlinie, die Dublin-II-Verordnung und die Verordnung zur Fingerabdruckdatei Eurodac. Ursprünglich sollte das GEAS bis Ende 2012 vollendet sein. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an der Blockade im Rat. **Ulrike Rodust**: "Insgesamt sind die gefundenen Kompromisse tragbar, da sie eine reale Verbesserung der Situation vieler Asylbewerber – insbesondere in den Mittelmeeranrainern – darstellen." Die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete kritisiert jedoch, dass die konservative Mehrheit im Parlament und der Rat kein höheres Schutzniveau für Asylbewerber zuließ: "Ich bedauere zutiefst, dass die konservative Mehrheit im Parlament und der Rat unsere sozialdemokratische Forderung

nach einem Verbot der Ingewahrsamnahme von Asylbewerbern, speziell von Minderjährigen, bis zum Schluss blockiert hat."

Ebenso bleibe das grundsätzliche Problem der ungleichen Verteilung von Asylsuchenden nach dem Dublin-II-System und der mangelnden Solidarität der Mitgliedsstaaten untereinander bestehen. Allerdings wird endlich ein Frühwarnsystem eingerichtet, um der möglichen Überforderung eines Mitgliedstaats rechtzeitig zu begegnen. "Bei der Fingerabdruck-Datei Eurodac konnten wir gegen den Willen der Konservativen enge Grenzen für den Zugriff der Strafverfolgungsbehörden durchsetzen, nachdem es für ein komplettes Verbot leider keine Mehrheit gab", so **Ulrike Rodust**. Asylsuchende werden aber über den möglichen Zugriff der Strafverfolgungsbehörden informiert. Durch die Neufassung der Verfahrens-Richtlinie werden die Informationsrechte weiter gestärkt. So haben Asylsuchende während des gesamten Asylverfahrens das Recht auf Informationen in einer ihnen verständlichen Sprache. Darüber hinaus wird durch die Neufassung der Aufnahme-Richtlinie die Familienzusammenführung erleichtert.

Allerdings konnte der Rat bei der Umsetzung einiger Verbesserungen große Ermessensspielräume für die Mitgliedsstaaten durchsetzen. Ulrike Rodust hofft, dass die Mitgliedsstaaten nun ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden und ein einheitlich hohes Schutzniveau schaffen.

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 13.06.2013, 12:34 Uhr - 16021 Clicks - Nr. 477

## **SPD-MdB Franz Thönnies wirbt für Ausbildungs-Ass der Wirtschaftsjunioren**

### **Deutschlands beste Ausbilder gesucht**

Deutschlands beste Ausbilder zu finden und zu würdigen, das ist das Ziel des Preises Ausbildungs-Ass, den die Wirtschaftsjunioren Deutschland gemeinsam mit den Junioren des Handwerks und der INTER Versicherungsgruppe ausgeschrieben haben.

„Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels wird es für Unternehmen immer wichtiger, sich im Wettbewerb um Lehrlinge richtig zu positionieren. Wer mit einer Auszeichnung wie dem Ausbildungs-Ass für sich werben kann, ist der Konkurrenz auf jeden Fall einen Schritt voraus“, erläutert der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies.

Der Preis wird seit 17 Jahren vergeben und ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert. Bewerben können sich Betriebe, die sich in hohem Maße für die Ausbildung einsetzen, sowie Schulen und Institutionen in Deutschland, die an außer-, überbetrieblichen oder schulischen Initiativen mitwirken.

Die Bewertungskriterien der Jury sind unter anderem die Anzahl und die Qualität von zukunftssicheren Ausbildungsplätzen, die Kreativität der Methoden, der persönliche Einsatz sowie die Effizienz des Engagements. Bewerbungsschluss ist der 31. Juli 2013.





„Auch im Kreis Segeberg gibt es bestimmt Unternehmen und spannende Initiativen, die den Titel als Ausbildungs-Ass verdienen. Deshalb würde ich mich freuen, wenn viele ihre Chance nutzen und sich um die Auszeichnung bewerben“, so Thönnies.

Weitere Informationen gibt es unter: <http://www.ausbildungsass.de>

Bildquelle: inter Versicherungsgruppe

**Keine Kommentare**

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 13.06.2013, 21:19 Uhr - 5574 Clicks - Nr. 478

## Deutschland 2020 – Mehr Mut zum Gestalten

### Betriebsrätekonferenz der Bundes-SPD

Auf Einladung der Schleswig-Holsteiner Bundestagsabgeordneten (hier auf dem Bild Bettina Hagedorn) waren von der AfA, Wolfgang Mädler, Landesvorsitzender, Inke-Marie Jaschinski, Kreisvorsitzende Ostholstein, Bernd Friedrich, Betriebsratsvorsitzender von Scandlines und Hans Joachim Detlefs, Betriebsratsvorsitzender von Thales am 05.06.2013 auf der Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD Bundestagsfraktion in Berlin.



Klaus WieseHügel, Frank Walter Steinmeier und Andrea Nahles haben gute Statements abgegeben. Die Referate zum Datenschutz von Prof. Herta Däubler-Gmelin und Prof. Peter Wedde, AdA Frankfurt waren nicht nur lehrreich sondern auch zielführend was eigentlich bei politischen Entscheidungen überfällig ist. Ein inhaltlicher Genuss war der Vorsitzende der IG BCE, Vassiliadis. Sehr sozialdemokratisch und klar und eindeutig als Gewerkschafter zum Thema: Tarifautonomie und Mitbestimmung.

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 14.06.2013, 05:52 Uhr - 9116 Clicks - Nr. 479

## SPD-Tangstedt trifft Bürgerinitiative Rader Weg

Am vergangenen Montag, den 10.06.2013, besuchte die Partei- und Fraktionsspitze der **SPD-Tangstedt** bei einer Veranstaltung die Bürgerinitiative Rader Weg. Den Organisatoren war es gelungen, im Bürgerhaus Rade über 90 Bürgerinnen und Bürger zu versammeln und Unterschriften gegen einen überzogenen und kostenträchtigen Ausbau des Rader Weges zu sammeln. Die **SPD-Tangstedt** hatte durch eine Flugblattaktion erst für eine stärkere Wahrnehmung der Problematik in der Öffentlichkeit gesorgt.



Der zum großen Teil aus Anliegerbeiträgen zu finanzierende Ausbau würde vermutlich nicht nur eine immense Geldverschwendung bedeuten, sondern auch Lärm, Unfallgefahren und Belastungen für Natur und Umwelt mit sich bringen. Der bisherige **Bauausschussvorsitzende und SPD-Gemeindevertreter Holger Criwitz** konnte dabei nicht nur sachlich über den Stand des Verfahrens informieren, sondern versicherte den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern auch, dass sie in die weiteren Planungen mit einbezogen und ihre Wünsche voll und ganz respektiert würden. Bei einer Abfrage des Meinungsbildes zeigte sich, dass eine Mehrheit von etwas 2/3 der Anwesenden lediglich eine Erneuerung des Fahrbahnbelags wünschen und eine weitergehende Sanierung oder gar einen Ausbau ablehnen. **Criwitz**, der als Bauausschussvorsitzender die letzte Ausschusssitzung nach Rade verlegte, lobte die entstandene Initiative sehr und versprach den Anwohnern ein Höchstmaß an Transparenz und Information über den weiteren Planungsprozess.

Neueste Informationen der SPD-Tangstedt automatisch unter **[www.facebook.com/SPDTangstedt](http://www.facebook.com/SPDTangstedt)** oder **[www.twitter.com/SPDTangstedt](http://www.twitter.com/SPDTangstedt)** erhalten!

**Keine Kommentare**

[AfB-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 14.06.2013, 10:50 Uhr - 5792 Clicks - Nr. 480

## **Änderung des Schulgesetzes liegt vor.**

Bildungsministerin Wara Wende hat den Referentenentwurf für das neue Schulgesetz vorgestellt, hier einzusehen als Gegenüberstellung des Schulgesetzes von 2007 und des jetzigen Entwurfes:

[www.schleswig-holstein.de/Bildung/DE/Schwerpunkte/Schulgesetz\\_2013/SchG\\_Synopse\\_blob=publicationFile.pdf](http://www.schleswig-holstein.de/Bildung/DE/Schwerpunkte/Schulgesetz_2013/SchG_Synopse_blob=publicationFile.pdf)

### **Die wichtigsten neuen Regelungen im Einzelnen:**

**Gemeinschaftsschulen** An den Gemeinschaftsschulen können drei Bildungsabschlüsse erworben werden: - die „Berufsbildungsreife“ nach neun Jahren, - der „Mittlere Abschluss“ nach zehn Jahren und - das Abitur nach 13 Jahren (G9).

**Gymnasien** An den Gymnasien wird in der Regel nach acht Jahren das Abitur erworben (G8); die im Schuljahr 2014/15 bereits bestehenden G9- und GY-Gymnasien (G8 und G9) erhalten Bestandsschutz.

**Regionalschulen** Alle bestehenden Regionalschulen mit mindestens 240 Schülerinnen und Schülern werden zum 1. August 2014 in Gemeinschaftsschulen umgewandelt.

**Kooperationen** Im Gesetzentwurf heißt es: „Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe sollen mit allgemein bildenden Schulen mit Oberstufe oder mit Beruflichen Gymnasien zusammenarbeiten“ (§43, neuer Absatz 6). Hier sind Gymnasien nicht ausgeschlossen. Wir wünschen allerdings echte Kooperation, die Gymnasien müssten sich über das teilweise verbreitete „wer die Voraussetzungen mitbringt, darf es bei uns versuchen“ hinaus bewegen. Diese Kooperationen gewährleisten, dass die Schülerinnen und Schüler bereits mit dem Wechsel von der Grundschule in die weiterführende Schule „ihre“ Oberstufe kennen. Die freie Schulwahl bleibt davon unberührt.

Die ehemaligen Gymnasien mit Regionalschulteil dürfen Gymnasien mit Gemeinschaftsschulteil werden. Weitere Schulen dieser Art soll es nicht geben, weil das Prinzip einer Gemeinschaftsschule ja gerade ist, dass alle Schülerinnen und Schüler dort beschult werden.

**Abschlussbezogene Klassenverbände** gibt es zukünftig nur noch an den Gymnasien. An den Gemeinschaftsschulen wird es mit Ausnahme der „flexiblen Übergangsphase“ (Flex-Klassen, die zur Berufsbildungsreife führen sollen) keine abschlussbezogenen Klassenverbände mehr geben. Der Unterricht findet in binnendifferenzierender Form statt. Ab der Jahrgangsstufe 7 ist es allerdings möglich, die Lerngruppen nach Leistungsfähigkeit und Neigung der Schülerinnen und Schüler zu differenzieren.

Noch nie ist eine Schulgesetzänderung so gut vorbereitet worden wie diese. Zum ersten Mal ist mit dem erfolgreichen Bildungsdialog auch das Versprechen eingelöst worden, frühzeitig alle an Bildung beteiligten Gruppen in den Prozess einzubeziehen. Im September ist die zweite Kabinettsbefassung geplant, dann folgen die Landtagsberatungen. Wir werden im Parlament den Kurs des Dialogs fortführen und in der schriftlichen und mündlichen Anhörung den Verbänden und Einrichtungen Gelegenheit geben, weitere Vorschläge zum wichtigsten Gesetz im Bildungsbereich zu machen. Leitgedanken sind mehr gemeinsames Lernen, weniger Aussortieren und das Ziel, allen Jugendlichen zu einem Abschluss zu verhelfen. Das Schulgesetz soll zum Schuljahr 2014/15 wirksam werden.

Kernelement der Schulgesetz-Änderungen ist die Einführung der zweigliedrigen Schulstruktur mit Gemeinschaftsschulen und Gymnasien. Mit dem vorliegenden Entwurf sollen die Systemdebatten beendet und die Konzentration auf viele weitere wichtige Fragen im Bildungsbereich (z.B. Inklusion, Übergang Schule/Beruf, Schulartempfehlung nach der Grundschule) ermöglicht werden.

*Quelle: Newsletter 5/2013 der SPD-Landtagsfraktion*

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 14.06.2013, 18:07 Uhr - 8298 Clicks - Nr. 481

## Freude am Lernen

### Grundschule Mühlenredder verabschiedet Marina Umlauff

„Freude am Lernen wecken, um Leistungsbereitschaft zu erzeugen“ - das war ein Leitmotiv der pädagogischen Arbeit von Marina Umlauff, die nach 22 Jahren als Schulleiterin der Grundschule Mühlenredder nun in den Ruhestand verabschiedet wurde. Freude und Leistungsbereitschaft zogen sich auch wie ein roter Faden durch die Abschiedsfeierlichkeiten,

die von Kollegium, Eltern, (ehemaligen) Schülerinnen und Schülern und vielen anderen liebevoll gestaltet und von der Konrektorin Karen Schmedemann mit viel Herzblut moderiert wurde.



Da trat als Überraschungschor Marina Umlauffs erste Klasse auf, die sie 1979 in der Glinder Schule am Tannenweg unterrichtet hatte. Da gaben alle amtierenden Schulleiterinnen und Schulleiter Reinbeks ihrer Dienstältesten Kollegin ein Ständchen, und da rappte das Kollegium der Grundschule Mühlenredder auf Plattdeutsch. Und es wurde deutlich: „Es passt“ an dieser Schule. Alle ziehen an einem Strang, engagieren sich, entwickeln ihre Schulgemeinschaft weiter.

Davon durfte auch der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat sich ein Bild machen, der die Schule im vergangenen Jahr im Rahmen eines Vorleseprojekts besucht hatte und kürzlich einen Gegenbesuch von Viertklässlern im Kieler Landeshaus bekam. „So soll Schule sein“, freute er sich. Und hatte auch vernommen, welche Hausaufgaben Marina Umlauff der Politik in ihrer Abschiedsrede aufgegeben hatte...

[Fotoalbum](#)

**Keine Kommentare**

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 15.06.2013, 09:41 Uhr - 4731 Clicks - Nr. 482

## **Buch als Bürgermeister in Steinfeld bestätigt**

Auf der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung Steinfeld wurde der bisherige, langjährige und engagierte Bürgermeister Heinrich Buch (SPD) einstimmig wiedergewählt. Jürgen Schacht (SPD) wurde als stellvertretendes Amtsausschussmitglied ebenfalls einstimmig bestätigt. Alle zu besetzenden Positionen in den Ausschüssen waren ebenfalls einstimmig.

Die 5 SPD-Fraktionsmitglieder in der Gemeinde Steinfeld erhielten bei der Direktwahl die meisten Stimmen. Als SPD-Fraktionsvorsitzende wurde Anneliese Marxen auf der konstituierenden Sitzung der Fraktion einstimmig bestätigt und als stellvertretender Vorsitzender Klaus-Gerd Junge.

Der SPD Ortsverein Steinfeld-Ulsnis wünscht Bürgermeister Buch und allen in der Gemeindevertretung in den nächsten 5 Jahren viel Erfolg.



**Keine Kommentare**

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 16.06.2013, 17:56 Uhr - 7691 Clicks - Nr. 483

## **Bahnhof Tornesch: Kurzes Gleis – verschlossene Zugtüren ?**

**Bahnsteig am Bahnhof Tornesch in Richtung Norden soll nur unzulänglich ausgebaut werden: Die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies fragt nach.**

**„Sehr geehrte Fahrgäste, in Kürze erreichen wir den Bahnhof Tornesch. Wir schließen nun die Türen der hinteren Waggons. Zum Aussteigen begeben Sie sich bitte in die vorderen Wagen des Zuges.“**

**Ein Scherz? Nein, denn wie die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies erfuh, kündigte die Landesweite Verkehrsservicegesellschaft Schleswig-Holstein (LVS) kürzlich ein derartiges Szenario an.**

**Hintergrund ist, dass im kommenden Jahr auch der Tornescher Bahnsteig, an dem Züge in Richtung Norden halten und abfahren, ausgebaut wird – leider jedoch nur auf eine Länge von 220 Meter. Erforderlich wären jedoch 300 Meter. Denn die Deutsche Bahn wird künftig in Spitzenzeiten Züge einsetzen, die zusammengekoppelt eine Länge von 300 Metern erreichen. Einige Regionalzüge und auch die Marschbahn mit Ziel Westerland werden also auch in Zukunft am Tornescher Bahnhof vorbeirauschen. Der Nachbarbahnsteig wird allerdings nach den Ausbaurbeiten eine Länge von 300 Metern aufweisen.**

**„Ich kann nicht nachvollziehen, weshalb nicht auch der benachbarte Bahnsteig ausgebaut wird. Außerdem kann ich nicht glauben, dass die LVS tatsächlich vorhat, in Zukunft die Türen hinterer Waggonen schließen zu lassen. Das ist absurd“, sagt die Elmshorner Abgeordnete.**

**In einem Brief fordert die Politikerin die LVS auf, ihr detailliert die Gründe zu erläutern, weshalb der Bahnsteig in Richtung Norden nicht ebenfalls auf 300 Meter ausgebaut wird.**



**Keine Kommentare**

[SPD-Büchen](#) - veröffentlicht am 17.06.2013, 08:24 Uhr - 5535 Clicks - Nr. 484

## **SPD Büchen wählt neuen Fraktionsvorstand**

Als alter und neuer Fraktionsvorsitzender wurde einstimmig Hartmut Werner wiedergewählt.

Zum Stellvertreter wurde der Ortsvereinsvorsitzende der SPD-Büchen Thorsten Melsbach einstimmig gewählt.

Desweiteren verstärkt Petra Gast-Pieper als 2. Stellvertreterin und Schriftführerin den Fraktionsvorstand.

Ich freue mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

Hartmut Werner

Büchen, 14.06.2013

**Keine Kommentare**

[SGK-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 17.06.2013, 11:38 Uhr - 2322 Clicks - Nr. 485

## **Ergebnisse des Benchmarking-Projekts abwarten**

*Zum Kommunalbericht 2013 des Landesrechnungshofs erklärt der innen- und kommunalpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Kai Dolgner:*

Es ist sicher sinnvoll, dass die Verwaltungen der Kreise und insbesondere die Unterschiede in der Aufgabenerledigung beleuchtet werden. Leider enthält der Kommunalbericht jedoch zum Teil recht altes Zahlenmaterial (aus 2008), was die Vergleichbarkeit

beeinträchtigt. Er zeigt aber insgesamt, dass das Benchmarking-Projekt der Kreise richtig und wichtig ist.

Dessen Endergebnis sollte abgewartet werden, ehe man ein endgültiges Urteil oder gar Entscheidungen über Veränderungen trifft. Denn erst dann lässt sich beurteilen, ob es tatsächliche regionale Unterschiede bei den Aufgaben selbst gibt oder ob Effizienzgewinne bei der Aufgabenerledigung möglich sind. Wir bezweifeln, dass durch weiteres Zusammenstreichen bei Kultur oder Kürzung der ohnehin geringen Ausgaben für die Migrationssozialberatung die bis zu zweistelligen Millionenlöcher der Kreise gestopft werden könnten, die vor allem durch die Leistungsgesetze des Bundes (Kosten der Unterkunft etc.) verursacht wurden.

**Keine Kommentare**

[SGK-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 17.06.2013, 17:16 Uhr - 2441 Clicks - Nr. 486

## **Mieten müssen bezahlbar sein!**

Zur Debatte um eine Mietpreisbremse erklärt die wohnungspolitische Sprecherin der SPD- Landtagsfraktion, Serpil Midyatli:

Die Einführung einer Mietpreisbremse ist zentraler Bestandteil des Wahlprogramms der SPD zur Bundestagswahl. Diese Forderung ist so populär, dass sogar die Bundeskanzlerin sie für die CDU bei uns abgekupfert hat. Doch gegen das Wischi-Waschi der Union, die eine (regionale Ausgestaltung plant, ist für die SPD klar: Wir wollen Deckelungen sowohl bei Neuvermietungen als auch bei Bestandsmieten.

Bei Wiedervermietung wollen wir die Miete auf zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete, bei Bestandsmieten Mieterhöhungen auf maximal 15 Prozent in vier Jahren begrenzen. Kosten für Sanierungen sollen grundsätzlich Vermieter mit höchstens neun Prozent der Kosten pro Jahr auf den Mieter umlegen dürfen. Diese Werte sollen bundesweit gelten.

In unserem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2013 fordern wir zudem mehr Rechte für Mieterinnen und Mieter, ein Programm für sozialen Wohnungsbau sowie eine Neuregelung der Maklergebühren nach dem Prinzip: Wer bestellt, zahlt. Wir wollen den Wohnungs- und Städtebau viel stärker fördern und die unter Schwarz-Gelb gestrichenen Mittel wieder aktivieren. Die von der Bundesregierung zusammengestrichene Städtebauförderung wollen wir verlässlich mit 700 Millionen Euro finanzieren. Dabei soll das Programm „Soziale Stadt“ zum Leitprogramm werden.

Auch den altersgerechten Umbau von Wohnungen wollen wir fördern. Die notwendigen Zuschüsse für das Programm wurden von der Merkel-Regierung komplett gestrichen. Die SPD wird nach der Bundestagswahl dafür sorgen, dass jeder Mensch so lange wie möglich selbstbestimmt in seinen eigenen vier Wänden leben kann; dafür werden wir das Programm „Altersgerechter Umbau“ wieder mit 100 Millionen Euro fördern.

Darüber hinaus wollen wir Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsunternehmen in kommunaler Hand weiter fördern. Denn diese sind Garant für gute und bezahlbare Mieten.

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 17.06.2013, 21:51 Uhr - 8898 Clicks - Nr. 487

## SPD-Tangstedt: Aktuelles zur Polizeistation Tangstedt

Die Polizeistation Tangstedt zieht leider nicht in das Tangstedter Rathaus.

Von der Polizeidirektion Bad Segeberg erhielt die Gemeinde die Mitteilung, dass die Anmietung von Räumen im Rathaus für die Polizeistation nicht mehr infrage kommt. Einer der Gründe seien die Investitionen, die für die Polizeistation in dem Gebäude am Wassermühlenweg getätigt worden sind.

Der amtierende **SPD-Fraktionsvorsitzende Raymund Haesler**: „Das ist zwar nachvollziehbar, aber schade, denn im Rathaus wäre die Unterbringung sehr sinnvoll gewesen. Die Zusage, dass die Polizeistation auch die nächsten Jahre bleibt, beruhigt erst mal! Die **SPD-Tangstedt** wird weiter am Ball bleiben.“

Ältere Artikel zu diesem Thema: <http://www.spd-tangstedt.de/index.php?mod=article&op=show&nr=13646&query=>

Neueste Informationen der SPD-Tangstedt automatisch unter [www.facebook.com/SPDTangstedt](http://www.facebook.com/SPDTangstedt) oder [www.twitter.com/SPDTangstedt](http://www.twitter.com/SPDTangstedt) erhalten!

**Keine Kommentare**



[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 18.06.2013, 12:49 Uhr - 14827 Clicks - Nr. 488

## Koalitionsabgeordnete der Region votierten gegen Versprechen der Kanzlerin

### SPD-MdB Thönnies zur Abstimmung über die Mietpreisbremse:

Die Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU/FDP-Koalition aus der Region haben in namentlicher Abstimmung Ende letzter Woche im Deutschen Bundestag die Einführung einer Mietpreisbremse abgelehnt. Damit sprachen sich Gero Storjohann (Segeberg – Stormarn-Mitte), Norbert Brackmann und Dr. Christel Happach-Kasan (Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd) gegen ein Versprechen von Bundeskanzlerin Merkel aus.

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	11	276	0
SPD	111	0	0
Die Linke	0	82	0
Die Grünen	35	0	0
Bündnis 90/Grüne	62	0	0

**Mieterinnen und Mieter schützen!**

Diese erklärte öffentlich, in Deutschland eine Mietpreisbremse einführen zu wollen. Im Parlament wurde das falsche Spiel von CDU/CSU allerdings entlarvt.

Mit der Mietpreisbremse sollte die bisher unbegrenzte Erhöhung bei Wiedervermietungen begrenzt werden. Aktuell werden bei einem Mieterwechsel in den Ballungszentren und besonders nachgefragten Wohnvierteln, die Mieten bis zu 30, 40, in Extremfällen sogar bis zu 50% erhöht, ohne dass in der Wohnung auch nur ein Handschlag getan wird. „Auch in unserer Region sind die Auswirkungen schon deutlich zu spüren. Diese

Preiserhöhungen müssen gestoppt werden. Unser Vorschlag deckelt den möglichen Anstieg auf 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete“, erläutert der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies die Pläne seiner Partei.

Schwarz-Gelb aber lässt alle Mieterinnen und Mieter wieder mal im Stich. Schon bei der letzten Veränderung des Mietrechts ist ihre Position deutlich verschlechtert worden. Seit dem 1. Mai darf beispielsweise bei einer energetischen Sanierung in den ersten drei Monaten nicht mehr die Miete gemindert werden. Konkret heißt das, Lärm und Dreck zum vollen Preis.

„Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, dass Menschen mit geringem Einkommen nicht an die Ränder der Städte gedrängt werden. Die Kanzlerin und ihre Fraktion hätten am Freitag bereits ein Wahlversprechen einhalten können, die Mehrheiten waren da. Doch auch hier gilt, im Wahlkampf versprochen, im Bundestag gebrochen“, so Thönnies.

**Keine Kommentare**

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 19.06.2013, 20:08 Uhr - 18984 Clicks - Nr. 489

## **SPD-Tangstedt stellt nach 39 Jahren wieder den Bürgermeister!**

Ergebnis der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung Tangstedt vom 19.06.2013: **Holger Criwitz, Fraktionsvorsitzender der SPD**, wurde mit 10 von 19 Stimmen im ersten Wahlgang **zum neuen Bürgermeister der Gemeinde Tangstedt gewählt!** Damit stellt die SPD-Tangstedt nach 39 Jahren wieder den Bürgermeister. Zuletzt hatte **Werner Staack** (SPD) ab 1970 dieses Amt inne. Wir gratulieren Holger Criwitz!



Neben der aus 5 Gemeindevertretern bestehenden **SPD-Fraktion** mit Holger Criwitz (Fraktionsvorsitzender), Ingrid Sichau, Petra Criwitz, Norman Hübener und Christoph Haesler zogen 6 Gemeindevertreter/innen der CDU (Dr. Klaus Paasch, Eckard Harder, Sylvia Kießlich, Jürgen Lamp, Michael Paulsen, Arne Müssig), 5 Gemeindevertreter/innen der BGT (Immo Fork, Günther Berthold, Lothar Metz, Bettina Zülow, Jörg-Henrik Lorenz) und 3 Gemeindevertreter/innen der FDP ( Dr. Hans-Detlef Taube, Peter Larsson, Norbert Otto) in die neue Gemeindevertretung ein.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den noch amtierenden Bürgermeister Dr. Taube bedankte sich dieser im Namen der Gemeinde Tangstedt bei den ausgeschiedenen Mitgliedern der alten Gemeindevertretung. Dr. Taube führte mit verschiedenen Arbeitsinhalten den Umfang der häufig unterschätzten und ehrenamtlich eingesetzten Zeit aus. Zu den als Gemeindevertreter ausgeschiedenen Bürgern gehört Frank Ahlers, Birgit Kattein, Herbert Kattein, Günther Borchering, Renate Eggink, Birgit Ermlich-Heinen, Raymund Haesler, Oliver Jahr, Petra John, Jens Kleinschmidt, Wolf Staack und Roswitha Wegner.

Anschließend dankte Immo Fork dem scheidenden Bürgermeister für dessen beispiellose, ehrenamtliche Arbeit.

Als ältestes Mitglied der Gemeindevertretung führte Herr Dr. Taube die Sitzung fort und führte in das geheime Wahlverfahren zur Bürgermeisterin/zum Bürgermeister ein. Die CDU-Fraktion schlug Dr. Klaus Paasch (CDU) als Kandidaten zur Bürgermeisterwahl vor,



die SPD-Fraktion Holger Criwitz (SPD) und die FDP-Fraktion ebenfalls Holger Criwitz (SPD). Die BGT verzichtete auf die Aufstellung eines Kandidaten.

Das Ergebnis des ersten Wahlganges mit 3 Enthaltung: **10 Stimmen für Holger Criwitz (SPD)**, 6 Stimmen für Dr. Klaus Paasch.

Erste Amtshandlung des neuen Bürgermeisters Holger Criwitz war die Vereidigung der Gemeindevertreter/innen. Anschließend wurde **Dr. Klaus Paasch** (CDU) auf Vorschlag der CDU mit 16 Stimmen und 3 Enthaltungen zum **1. stellv. Bürgermeister** gewählt. Auf Vorschlag der BGT wurde **Lothar Metz** (BGT) mit 18 Stimmen und 1 Enthaltung zum **2. stellv. Bürgermeister** bestimmt.

Die anschließend vorgeschlagenen Kandidaten für den **Wahlprüfungsausschuss** wurden einstimmig angenommen.

Die ständigen Ausschüsse sind in der neuen Legislatur wie folgt besetzt:

#### **Gemeindevertreter/innen im Zentralausschuss:**

CDU: Arne Müssig (CDU), Sylvia Kießlich (CDU), vertreten durch Jürgen Lamp (CDU) und Michael Paulsen. **SPD:** Norman Hübener (SPD), Christoph Haesler (SPD), vertreten durch Petra Criwitz (SPD) und Ingrid Sichau (SPD). BGT: Lothar Metz (BGT), Berthold Günther (BGT), vertreten durch Bettina Zülów (BGT) und Jörg-Hendrik Lorenz (BGT). FDP: Dr. Hans-Detlef Taube (FDP), vertreten durch Peter Larsson (FDP).

#### **Mitglieder des Bauausschusses:**

CDU: Dr. Klaus Paasch (CDU), Frank Kießlich (bM), vertreten durch Eckhard Harder (CDU) und Silke Thiel (bM). **SPD:** Norman Hübener (SPD), Hannes Wulf (bM), vertreten durch Petra Criwitz (SPD) und Rainer Porsch (bM). BGT: Raymund Fraszczak (bM), Jörg-Hendrik Lorenz (BGT), vertreten durch Birgit Ermlich-Heinen (bM) und Lothar Metz (BGT). FDP: Norbert Otto (FDP), vertreten durch Peter Larsson (FDP).

#### **Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses:**

CDU: Eckhard Harder (CDU), Reinhard Ahrens (bM), vertreten durch Dr. Klaus Paasch (CDU) und Sabine Paasch (bM). **SPD:** Petra Criwitz (SPD), Johannes Kahlke (bM), vertreten durch Christoph Haesler (SPD) und Wolf Staack (bM). BGT: Heide Metz (bM), Immo Fork (BGT), vertreten durch Thomas Riebling (bM) und Jörg-Hendrik Lorenz (BGT). FDP: Peter Larsson, vertreten durch Norbert Otto (FDP).

#### **Mitglieder des Finanzausschusses:**

CDU: Michael Paulsen (CDU), Claas Hansen (bM), vertreten durch Arne Müssig (CDU) und Bianca Kießlich (bM). **SPD:** Michael Kannieß (bM), Ingrid Sichau (SPD), vertreten durch Christoph Haesler (SPD) und Raymund Haesler (bM). BGT: Bettina Ortner (bM), Bettina Zülów (BGT), vertreten durch Petra John (bM) und Ann-Cathrin Wulff (bM). FDP: Dr. Hans-Detlef Taube, vertreten durch Norbert Otto (FDP).

#### **Ergebnis der Wahl der Ausschussvorsitzenden:**

**Zentralausschuss:** Vorsitzender Norman Hübener (SPD), Vertretung Christoph Haesler (SPD).

**Bauausschuss:** Vorsitzender Dr. Klaus Paasch (CDU), Vertretung Frank Kießlich (bM).

**Planungs- und Umweltausschuss:** Vorsitzender Immo Fork (BGT), Vertretung Heide Metz (bM).

**Finanzausschuss:** Vorsitzender Michael Kannieß (SPD), Vertretung Dr. Hans-Detlef Taube (FDP).

**Wahlausschuss:** Vorsitzender Dr. Klaus Paasch (CDU), Vertretung Michael Paulsen (CDU).

**Wahl der Vertreter/innen im Amtsausschuss:**

CDU: Dr. Klaus Paasch (CDU), Jürgen Lamp (CDU), vertreten durch Sylvia Kießlich (CDU) und Arne Müssig (CDU). **SPD:** Holger Criwitz (SPD), Norman Hübener (SPD), vertreten durch Petra Criwitz (SPD) und Christoph Haesler (SPD). BGT: Jörg-Hendrik Lorenz (BGT), Bettina Zülow (BGT), vertreten durch Lothar Metz (BGT) und Berthold Günther (BGT). FDP: Dr. Hans-Detlef Taube (FDP), vertreten durch Peter Larsson (FDP).

**Vertreter/innen im VHS-Beirat:**

CDU: Sabine Paasch (bM), vertreten durch Sylvia Kießlich (CDU). **SPD:** Petra Criwitz (SPD), vertreten durch Wolf Staack (bM). BGT: Heide Metz (bM), vertreten durch Bettina Ortner (bM).

**Vertreter/innen im Kuratorium:**

CDU: Sylvia Kießlich (CDU), vertreten durch Sabine Paasch (bM). **SPD:** Ingrid Sichau, vertreten durch Johannes Kahlke (bM). BGT: Jörg-Hendrik Lorenz (BGT), vertreten durch Lothar Metz (BGT).

**Vertreter/innen im Beirat der Kindertagesstätte Wilstedt:**

CDU: Michael Paulsen (CDU), vertreten durch Sabine Paasch (bM). **SPD:** Wolf Staack (bM), vertreten durch Norman Hübener (SPD).

**Vertreter/innen im Beirat der Kindertagesstätte Tangstedt:**

**SPD:** Christoph Haesler (SPD), vertreten durch Rainer Porsch (bM). BGT: Berthold Günther (BGT), vertreten durch Bettina Zülow (BGT).

**Gewählte Mitglieder/innen des Seniorenbeirats:**

DRK Ortsverein Tangstedt: Helga Viereck

Landfrauenverein Tangstedt e.V.: Helma Barz, vertreten durch Edith Iwan.

AWO Ortsverein Tangstedt: Traute Rowetter, vertreten durch Gertrud Rau.

Ev.-luth. Kirchengemeinde Tangstedt: Volker Gribbohm, vertreten durch Annelore Krämer.

Aktive Senioren Tangstedt e.V.: Uwe Jedamski, vertreten durch Jürgen Zweifel.

Sozialverband Deutschland e.V., Ortsverband Tangstedt: Hans-Jochen Claus, vertreten durch Joachim Obertopp.

Alten- und Pflegeheim Sommer GmbH/Alten- und Pflegeheim „Landhaus Ruhetal“: Annelies Kölln, vertreten durch Ursula Braun.

WSV Tangstedt e.V.: Traute Lange.

### **Wahl der Schöffen für die Jahre 2014-2018:**

Vorgeschlagene Personen:

Oliver Jahr, Dieter John, Brigitte Schippmann, Traute Schacht, Rolf Jacker und Meike Jenkel. Mit 18 Ja-Stimmen und einer Enthaltung wurde beschlossen, dass die gesamte Liste an das Amtsgericht Norderstedt gesandt wird.

Schluss der Versammlung 20:36 Uhr

Alle Angaben ohne Gewähr. Johannes Kahlke

Neueste Informationen der SPD-Tangstedt automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

**Keine Kommentare**

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 20.06.2013, 19:42 Uhr - 8131 Clicks - Nr. 490

## **Neue Lebensmittelkennzeichnung gefordert**

### **„Vegetarisch“ und „vegan“ sollen auf den ersten Blick erkennbar sein**

Zurzeit gibt es keine gesetzliche Grundlage zur Kennzeichnung von Lebensmitteln als „vegan“ oder „vegetarisch“. Für die Verbraucherinnen und Verbraucher ist nicht zweifelsfrei erkennbar, ob ein Lebensmittel tierische Bestandteile enthält und, falls ja, von welchen Tieren diese stammen. Diese Regelungslücke möchten SPD, Grüne und SSW geschlossen sehen.



Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd: „Die Zahl der Vegetarier und Veganer nimmt zu. Die Zahl der Menschen, die genau wissen möchten, was sie essen, ohnehin. Deshalb wünschen wir uns eine Kennzeichnung, die auf den ersten Blick erkennbar ist.“

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, sich im Bund und auf EU-Ebene für eine klare Kennzeichnung von Lebensmitteln einzusetzen, die tierische Bestandteile enthalten. Angegeben werden sollen die Kategorien „vegetarisch“ (ein Lebensmittel, das heißt keinerlei Bestandteile enthält, die von einem toten Tier stammen) und „vegan“ (ein Lebensmittel, das keinerlei Bestandteile tierischen Ursprungs enthält). Damit folgt die Regierungskoalition einer Anregung der Piratenfraktion.

[Landtagsdrucksache 18/961](#)

**Keine Kommentare**

## Bilderaktion der AWO-Kita

Schon im 3. Jahr gestalten Kinder der AWO-Kita, unter der Leitung von Frau Zimmer-Kubitza, Plakate für die Mönkeberger Bürger. Nachdem die Vorjahresthemen "Frühlingsblumen" und „Unterwasserwelt“ lauteten, steht die diesjährige Aktion unter dem Motto "Kieler Förde".

Mittel für die Umsetzung werden zu gleichen Teilen vom AWO-Ortsverein und dem SPD Ortsverein aus Mönkeberg erbracht. Wir freuen uns, gemeinsam mit den Kindern, zur Verschönerung unserer Gemeinde beitragen zu können.

Unser Dank geht besonders an Frau Zimmer-Kubitza für ihre kreative und künstlerische Anleitung der Kinder.

Im Namen der SPD und der AWO

Harald Tews

Kommentar von [Otto](#) vom 29.03.2014, 13:22 Uhr:

**RE: Bilderaktion der AWO-Kita**

*Sehr gelungen. Wir könnten mehr von diesen Aktionen im Lande gebrauchen.*

Kommentar von [e](#) vom 29.03.2014, 13:20 Uhr:

**RE: Bilderaktion der AWO-Kita**

*ne nette Idee*

## Kooperationsvertrag unterzeichnet

In angenehmen Gesprächsrunden wurde der Kooperationsvertrag "**Kiel. Stadt im Aufbruch. Wir gestalten die Zukunft.**" der Kieler Kreisverbände von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW erstellt. Vereinbarungen über die wichtigsten kommunalpolitischen Themen der nächsten fünf Jahre wurden in einer sehr kurzen Zeit getroffen.

Der Kreisparteitag hat dem Vertrag einstimmig zugestimmt. Die drei Ratsfraktionen haben ihn anschließend unterzeichnet. Somit kann die 3er-Kooperation in Kiel ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen.



*SPD (19), B90/Grüne (9) und SSW (2) haben zusammen 30 von 53 Sitzen in der Kieler Ratsversammlung.*

Der Inhalt kann über [www.spd-kiel.de](http://www.spd-kiel.de) eingesehen werden.

**Keine Kommentare**

## Mehr fordern geht immer

*Zu den heute präsentierten Vergleichszahlen des Statistischen Bundesamtes zu den Bildungsausgaben in den Ländern erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:*

Dass Schleswig-Holstein zu den finanziell weniger leistungsfähigen, auf Deutsch: armen Bundesländern gehört, ist nichts Neues. Das wird sich auch so bald nicht ändern.



Die heute präsentierten Zahlen schreiben die Werte früherer Jahre fort. Abgesehen davon, dass sie drei Jahre alt sind und auch belegen, dass unter überwiegender Zuständigkeit der SPD-Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave die Ausgaben von 2008 bis 2010 um 600 € pro Schüler gestiegen sind, sind sie methodisch nicht transparent, auch wenn im „Kleingedruckten“ auf unterschiedliche Gegebenheiten und Berechnungen in den einzelnen Ländern verwiesen wird.

Dass die fünf neuen Länder ganz vorne stehen, liegt nicht daran, dass sie ihre Bildung so großartig ausfinanzieren würden, sondern dass sie nach zwei Jahrzehnten der Abwanderung und des Rückgangs der Geburten sehr dünn besiedelt sind, aber wegen ihres Versorgungsauftrags auch sehr kleine und damit teure Schulen aufrecht erhalten müssen. Die guten Werte der drei Stadtstaaten (einschließlich des armen Bremen und des völlig überschuldeten Berlin) haben maßgeblich mit der nicht vorhandenen Arbeitsteilung zwischen Land und Kommunen zu tun.

Die GEW hat die Aufgabe, ihren Finger in die Wunden zu legen, aber sie tut auch den Lehrerinnen und Lehrern keinen gefallen, wenn sie den Eindruck erweckt, als wären unsere Schulen Stätten des Elends. Natürlich wäre mehr Geld für Bildung gut, mehr fordern geht immer. Deshalb hat die Regierungskoalition sich darauf verständigt, die Hälfte der durch den Schülerrückgang theoretisch frei werdenden Mittel im Bildungssystem zu belassen. Noch mehr können wir tun, wenn nach der Bundestagswahl das Kooperationsverbot kippt und der Bund sich an Bildungsaufgaben beteiligen kann.

**Keine Kommentare**

## SPD-Tangstedt: Grillfest im Rethfurt mit Franz Thönnies

Die **SPD-Tangstedt** lädt am Samstag, den 22.06.2013, wieder zum Grillfest in den Rethfurt ein, bei dem auch der **SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies** anwesend sein wird. Ab 15 Uhr geht es mit dem Kinderprogramm los. Ab 18 Uhr läuft der Grill heiß.

Vor Ort können Interessierte sich bei Michael Kannieß, Norman Hübener und Rainer Porsch über die aktuellen Entwicklungen zum Projekt **Glasfaseranschluss für Wierskamp** informieren.

Sie finden das SPD-Grillfest am Pavillon am Teich, wenn Sie die B 432 auf der Höhe des Wassermühlenweges in Richtung Alster verlassen. Achten Sie vor Ort auch auf die Hinweisplakate. Seien Sie herzlich willkommen.



Neueste Informationen der SPD-Tangstedt automatisch unter [www.facebook.com/SPDTangstedt](http://www.facebook.com/SPDTangstedt) oder [www.twitter.com/SPDTangstedt](http://www.twitter.com/SPDTangstedt) erhalten!

Neueste Informationen der SPD-Tangstedt automatisch unter [www.facebook.com/SPDTangstedt](http://www.facebook.com/SPDTangstedt) oder [www.twitter.com/SPDTangstedt](http://www.twitter.com/SPDTangstedt) erhalten!

Neueste Informationen der SPD-Tangstedt automatisch unter [www.facebook.com/SPDTangstedt](http://www.facebook.com/SPDTangstedt) oder [www.twitter.com/SPDTangstedt](http://www.twitter.com/SPDTangstedt) erhalten!

**Keine Kommentare**

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 21.06.2013, 23:13 Uhr - 10230 Clicks - Nr. 495

## Neue SPD Fraktion im Detail:

Unsere Fraktion besteht aus 4 Stadtvertretern und insgesamt 6 Bürgerlichen Mitgliedern. Bei den interfraktionellen Gesprächen nach der Kommunalwahl haben unsere Verhandlungsführer ein Optimum für die SPD Fraktion erreicht. **Unser Ziel war es bürgerliche Fraktionsmitglieder in führende Ausschusspositionen zu bekommen.**

Wir haben in den nächsten 5 Jahren zwei Ausschussvorsitzende: Gabriele Hackländer wird den Umweltausschuss und Patrick Laas wird den Ausschuss für Kultur, Schule und Sport leiten

**Zusätzlich wurde Annette Bremer – Wilms 2.stellvertretende Bürgervorsteherin.**

Die Ausschüsse wurden wie folgt besetzt (Ordentliche Mitglieder/Stellvertreter):

### **Hauptausschuss (Ordentliche Mitglieder):**

Jürgen Busse und Hans- C. Hansen  
Wilms

### **Stellvertreterinnen:**

Petra Krämer, Annette Bremer –

### **Kultur ,Schule und Sport:**

Patrick Laas, (Vorsitz) Petra Krämer

### **Stellvertreter:**

Paul Maler, Gabriele Hackländer

### **Jugend und Soziales:**

Annette Bremer – Wilms (stellv.Vorsitz)

### **Stellvertreter:**

Stephan Ritter

### **Bauausschuss:**

### **Stellvertreter:**

Stephan Ritter und Annette Bremer – Wilms

Richard Gude und Jürgen Busse

**Werkausschuss:**

Richard Gude und Jürgen Busse

Petra Krämer und Stephan Ritter

**Umweltausschuss:**

Gabriele Hackländer (Vorsitz) und H.-C. Hansen

**Stellvertreter:**

Paul Maler und Patrick Laas

**Ausschuss für Prüfung der Jahresrechnung:**

**Stellvertreter:**

Petra Krämer

Annette Bremer – Wilms

**Wahlprüfungsausschuss:**

Petra Krämer

**Vertreter im Zweckverband Alters – und Pflegeheim** wurden Gabriele Hackländer und Richard Gude gewählt, bei Abwesenheit vertreten Paul Maler und Petra Krämer.

**Im Kuratorium weibliche Diakonie, sowie Kuratorium der AWO** wird Annette Bremer – Wilms die SPD vertreten; Stellvertreterin ist Petra Krämer.

**Im Kuratorium Humburg – Haus** wird uns Jürgen Busse vertreten, bei Abwesenheit wird Paul Maler ihn ersetzen.

**In der Abordnung zum Städtebund Schleswig – Holstein** wird Stefan Bolln und in seiner Abwesenheit Stephan Ritter die SPD vertreten.

**Keine Kommentare**

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 22.06.2013, 07:44 Uhr - 35013 Clicks - Nr. 496

## **Pirat gekapert**

Susann Laatz und Ilona Adamski haben die SPD verlassen und sind zu den Piraten übergelaufen. Dazu folgende Presseerklärung:

Die SPD-Steinburg ist empört, dass zwei Abgeordnete, die für die SPD kandidiert haben und damit in den Kreistag eingezogen sind, zu den Piraten übergelaufen sind. Dass eine Kandidatin dabei ist, die auf dem ersten Platz der Frauenliste stand, hat einen besonderen Beigeschmack.

Die zweite Überläuferin hat ihren Wahlkreis in Glückstadt direkt gewonnen, ob es aber allein an ihrer Person gelegen hat, kann man sich selbst überlegen. Wahrscheinlich hat die Parteizugehörigkeit für manchen Wähler auch eine Rolle gespielt.

Perfide ist der Ablauf des Geschehens, denn als die Fraktion in den Kreistag kam, waren die Tische schon so gestellt, dass für die SPD-Fraktion nur 12 statt 14 Sitze bereitstanden, ohne dass es dafür irgendwelche Hinweise gab. Das ist bemerkenswert, weil die übergelaufene Fraktionsvorsitzende der Piraten in einer Presseerklärung verlauten lässt,

dass ihre Fraktion die "Politik im Kreis Steinburg nachhaltig zum Besseren verändern" will. Ob es außer für die beiden Überläuferinnen noch für jemanden besser wird, bleibt abzuwarten. Der Anfang ist jedenfalls gemacht, der Fraktionsvorsitz ist das erste Beutestück dieses Coups. Bleibt abzuwarten, wem das zweite Beutestück, der Sitz im Hauptausschuss, zufällt. Wenn dieser Platz an die zweite Überläuferin fällt, hat sich der erste Pirat, der immerhin für seine Partei gewählt wurde, zum Steigbügelhalter für zwei politische Wegelagerinnen gemacht und kuckt am Ende dumm aus der Wäsche. Das sind übrigens genau die Posten, für die die beiden Kreistagsabgeordneten in der SPD-Fraktion erfolglos kandidiert haben.

Rudolf Riep SPD-Steinburg

Kommentar von [Frank](#) vom 28.06.2013, 13:49 Uhr:

**RE: Pirat gekapert**

*1. Der Titel "Pirat gekapert" suggeriert das Gegenteil, also das der Pirat in der sozialdemokratischen Einheitspartei aufgegangen wäre. Von daher geht auch Carstens Namensmethapher am Ziel vorbei. "Schiffsbruch bei den Sozis" wäre treffener. 2. Ich kann die Empörung der SPD nachvollziehen. Wer so durch und durch durchchoreographiert ist, der mag nun mal keine Überraschungen. 3. Für den Ortsverband mag dieser Wechsel ebenso ärgerlich sein, wenn künftig nur noch 12 statt 14 Steigbügelhalter Mandatsträgerabgaben leisten. 4. Die örtlichen Piraten dementieren das Überlaufen. Demnach scheinen die beiden parteilos zu agieren. 5. Das Verhalten ist natürlich ein Schlag gegenüber der SPD. Ob es auch ein Schlag gegenüber den Wählerinnen und Wählern ist, kann man zum derzeitigen Zeitpunkt noch gar nicht absehen. Entscheidend ist der mit der Wahl verbundene Wahlauftrag, das sogenannte Wahlprogramm - und nicht die Organisationsform. Es wären nicht die ersten SPD-Aussteiger, die sich fortan stärker an das Wahlprogramm hielten, als die verbliebenen. Dazu kann man sich wohl in einem Jahr dann ein Urteil erlauben.*

Kommentar von [Günter Langhein](#) vom 27.06.2013, 12:16 Uhr:

**RE: Pirat gekapert**

*Die Gründe für das schäbige Verhalten von Ilona Adamski sind schlichtweg nicht nachzuvollziehen. Sie wollte, egal wie auch immer, Fraktionsvorsitzende werden. Als Grund für ihren Austritt gibt sie u. a. an "die Differenzen mit der SPD-Fraktion sind unüberbrückbar". Das ist schon seltsam, wenn sie dieses im nachhinein erkennt und trotzdem wieder kandidiert. Nein, hier wird allein Politik zum Selbstzweck gemacht. Völlig unverständlich und befremdend für mich ist eine Mitteilung des OV-Kremperheide, gerichtet an alle Mitglieder, in dem der Austritt von Ilona Adamski bedauert wird. Ilona Adamski hat sich, nach meinem Verständnis, schäbig und völlig undemokratisch verhalten und den Wählerinnen und Wählern ein Schlag ins Gesicht gegeben. Ich bin ein enttäuschter SPD-ler, Mitglied seit 42 Jahren.*

Kommentar von [Heino Münster](#) vom 25.06.2013, 22:04 Uhr:

**RE: Pirat gekapert**

*Wer Frau Susann Laatz so lange kennt, wundert sich immer noch, wie andere Leute auf sie reinfallen. Frauenquote warum? Nur wenn Männer Weicheier sind, kommen solche Frauen weiter. Mal sehen, wann das die Piraten merken.....*

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 23.06.2013, 13:50 Uhr:

**RE: Pirat gekapert**

*Die Seiten sind bereinigt.*

Kommentar von [Carsten Schröder](#) vom 23.06.2013, 12:05 Uhr:

**RE: Pirat gekapert**

*Ich möchte empfehlen, die Seiten der Kreistagsfraktion zu aktualisieren, damit die beiden Piratinnen dort auch verschwinden. Ich finde übrigens, dass der Name der Partei durch*



diese Aktion der beiden ehemaligen SPD-Abgeordneten durchaus an Sinn gewinnt.

Kommentar von [Ernst Molkenthin](#) vom 22.06.2013, 11:36 Uhr:

**RE: Pirat gekapert**

*Lieber Rudi, die 150 jährige Tradition der Parteigeschichte stand einstmals im Zeichen der Arbeiterklasse und wurde auch so verstanden. Gewiss, die Zeiten haben sich verändert, ebenso die Partei. Historisch begriffene Parteigeschichte lebt von der im "Hier und Jetzt" praktizierten, gelebten Partei. Die Verhältnisse der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen haben sich nie verändert, nur die Deutungshoheit der Worte. Verrat und Vertrauen haben die Partei durch alle Zeitepochen begleitet. Es wird immer Menschen geben, die ihre eigenen Interessen höher bewerten als die Sache. Deshalb sind Arbeitskämpfe auch immer Klassenkämpfe, sie werden heute nur anders gewertet. Mit einem kämpferischen "trotz alledem" und solidarischen Grüßen Ernst Molkenthin*

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 24.06.2013, 18:56 Uhr - 28945 Clicks - Nr. 497

## Kreis AfB beschließt neue Schwerpunkte

Auf der Kreiskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) Rendsburg-Eckernförde wurde **Ulf Daude** aus Molfsee einstimmig als Vorsitzender wiedergewählt. Nach seiner Wahl 2009 wurde er nun zum zweiten Mal wiedergewählt.



Als stellvertretende Vorsitzende wurden **Sabine Devich-Henningsen** (Dänischenhagen), **Klaus Jung** (Fockbek), **Kurt Scherbarth** (Timmaspe), **Petra Paulsen** (Felde), **Klaus Stamm** (Felde), **Ursula Dolinga** (Achterwehr), **Thorsten Grewe** (Mielkendorf), **Klaus Neumann** (Westensee) und **Tatjana Larsen** (Jevenstedt) gewählt.

„Wir freuen besonders, dass wir mit diesem Kreisvorstand den gesamten Bildungsbereich von der frühkindlichen Bildung und Erziehung über die berufliche Aus- und Weiterbildung bis zum Abitur mit großer fachlicher Kompetenz abdecken können!“, so Ulf Daude. Inhaltlicher Schwerpunkt der AfB Kreiskonferenz 2013 war das Thema „Schule und Beruf – Übergänge im Bildungssystem: Sinnvoll gestalten“ zu dem Manfred Marwede vom Landesvorstand der AfB als Fach- Referent ins Thema einführte. In der anschließenden Diskussion mit Tobias von Pein, MdL, Sprecher für berufliche Bildung der SPD Landtagsfraktion, konnten die Teilnehmenden intensiv über die Vorschläge sprechen und Fragen zur Umsetzung in Schleswig-Holstein klären. Folgende Punkte waren den Anwesenden besonders wichtig:

- Die beste Vorsorge für eine Berufsausbildung ist die Qualitätssteigerung von Fähigkeiten und Kompetenzen der SchülerInnen insbesondere in der Sekundarstufe I. Hierzu bedarf es verlässlicher Kooperationen zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.
- Die Zahl der Ausbildungsplätze muss um mindestens 5 %, besonders in der dualen Ausbildung, erhöht werden.
- 13 Jahre Bildung für alle! Niemand darf vorzeitig das Bildungssystem verlassen. Es werden Übergangskonzepte vor Ort benötigt, die anschlussorientiert und übergreifend koordiniert, individuelle und flexible Lern- und Entwicklungsangebote bereithalten.
- Ein flächendeckendes Übergangsmoitoring wird benötigt, damit kein/e Jugendliche/r verloren gehen kann und gezielte Maßnahmen entwickelt werden können.

Dadurch ergibt sich auch eine vollständige und valide Datenlage, um festzustellen, wie gut welche Maßnahmen wirken.

„Wir müssen konkret zielorientiert handeln und müssen auch derzeitige formale und gesetzliche Hindernisse überwinden. Denn es darf nicht sein, dass wir zu beschäftigt mit dem Fangen der Hühner sind, anstatt einen sicheren Zaun zu bauen“, so Ulf Daude. Für die kommenden zwei Jahre hat sich die AfB RD-Eck folgende Themen vorgenommen:

- moderne, hochwertige Schulstrukturen im Kreisgebiet schaffen • berufliche Bildung (-wege) verstärkt ins den Focus bringen
- Wege zur Umsetzung von Inklusion finden und Inklusion zu einem Selbstverständnis machen
- Kooperationen ausbauen zwischen Bildungseinrichtungen von der KiTa bis zur Hochschule
- Kommunale Bildungslandschaften: gute Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen mit Vereinen, Einrichtungen und Institutionen etc. einrichten und ausbauen
- familiengerechte Ausstattung und Angebote von Bildungseinrichtungen

Die **sozialdemokratische AfB** Rendsburg-Eckernförde trifft sich an jedem 4. Mittwoch im Monat im Kreisgebiet. Eingeladen sind alle interessierten Leute, auch ohne Parteibuch. Für weitere Informationen steht Ulf Daude gerne unter 0431-63569 oder Ulf@Daude.info zur Verfügung.

**Keine Kommentare**

[SGK-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 25.06.2013, 11:33 Uhr - 3529 Clicks - Nr. 498

## **SPD umWeltforum appelliert an Kommunalpolitiker: Mehr Natur in den Gemeinden!**

Das umWeltforum der SPD Schleswig-Holstein hat an die neu gewählten SPD-Fraktionen in den kommunalen Vertretungen appelliert, Initiativen für den Beitritt zum Bündnis *Kommunen für biologische Vielfalt* zu starten, oder wenigstens für die Unterzeichnung der Deklaration des Bündnisses durch die eigene Kommune einzutreten. Außerdem sollten sie in den kommunalen Satzungen an der Einrichtung von Umweltausschüssen festhalten.

Wie **Eckart Kuhlwein**, Geschäftsführer des Forums, erklärte, gibt es seit dem Februar vorigen Jahres ein bundesweites Bündnis *Kommunen für biologische Vielfalt* mit inzwischen 89 Mitgliedern. Mehr als 230 Kommunen hätten eine entsprechende Deklaration unterzeichnet. Aus Schleswig-Holstein gehören bereits Eckernförde, Kiel, Lübeck, Preetz, Ratekau, Eutin und Rendsburg zu den Mitgliedern. Die Erklärung unterzeichnet haben außerdem Ammersbek, Bordesholm, Börnsen, Geesthacht, Heide, Malente, Timmendorfer Strand und Todenbüttel.

Mit der Deklaration sprechen sich die Unterzeichnerkommunen dafür aus, konkrete Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt zu ergreifen. Damit reagieren sie auf den voranschreitenden Verlust an biologischer Vielfalt. In Deutschland werden über 70 Prozent aller Lebensräume als bedroht eingestuft. Kuhlwein: „Dass sich so viele Kommunen für den Erhalt der biologischen Vielfalt einsetzen wollen, spiegelt die zunehmende Bedeutung des Themas für Städte und Gemeinden wider.“

**Keine Kommentare**

## 10 Punkte und Steinbrücks für den Wechsel

Dr. Gertrud Steinbrück - das war die Überraschungsgewinnerin des SPD-Parteikonvents in Berlin. Die Sozialdemokraten hatten sich im Tempodrom getroffen, um unter der Überschrift „Solidarisches Deutschland“ einen Leitanspruch mit 10 Punkten für einen Politikwechsel in Berlin zu beschließen, und, das stellte sich allerdings erst vor Ort heraus, ganz neue Seiten des Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück kennenzulernen.



Martin Habersaat, einer der Delegierten für Schleswig-Holstein: „Ein einstündiger Talk ist nicht gerade das, worauf Delegierte bei so einer Veranstaltung warten. Dass es so interessant, spannend und persönlich werden würde, war nicht zu erwarten. Neben jedem starken Mann steht eine starke Frau!“ Wer das Gespräch von Getrud und Peer Steinbrück mit Bettina Böttinger ansehen möchte, findet es hier:

<http://www.youtube.com/watch?v=pxkp9U-rV0c>

### Natürlich ging es auch um das inhaltliche Angebot der SPD. Unsere 10 Punkte für den Wechsel:

1. Wir entlasten die Familien durch die schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge für alle Kinderkrippen und Kindertagesstätten. Das bedeutet konkret für Eltern eine Entlastung von 160 Euro pro Monat oder rund 1900 Euro pro Jahr!
2. Wir investieren massiv in Kinderkrippen, Kitas und Ganztagschulen.
3. Wir führen ein Neues Kindergeld und stärken die, die es am Nötigsten haben: Erwerbstätige Alleinerziehende bis 2000 Euro monatlichem Brutto und Paarfamilien bis 3000 Euro erhalten bis zu 140 Euro pro Kind und Monat. Von dieser Reform wird ein Viertel aller Kinder profitieren – und zwar mit durchschnittlich 100 Euro mehr im Monat!
4. Wir sorgen für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch den Ausbau von Betreuungsangeboten und modernen Arbeitszeitmodellen.
5. Wir sorgen dafür, dass Frauen und Männer gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen. Allen voran müssen in der Pflege und in den Erziehungsberufen die Löhne steigen!
6. Wir sorgen für eine Neuordnung auf dem Arbeitsmarkt und machen Schluss mit dem Missbrauch bei Praktika oder Leih- und Zeitarbeit und mit der sachgrundlosen Befristung.
7. Wir setzen den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro durch und Stärken die Bindung an Tarifverträge mit fairen Löhnen.
8. Wir werden eine Mietpreisbremse anziehen.
9. Wir beenden die Zweiklassen-Medizin in Gesundheit und Pflege und bauen eine Bürgerversicherung auf.
10. Wir schaffen sichere Renten für alle: Mit der Solidarrente von 850 Euro, die faire Anerkennung aller Kindererziehungszeiten und durch ein stabiles Sicherungsniveau der Rentenversicherung. Nach 45 Jahren Versicherungszeit muss für alle ab 63 ein Renteneintritt ohne Abschläge möglich sein.

### Fotoalbum

<http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/bundestagswahl-2013/parteikonvent.html>

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 25.06.2013, 13:53 Uhr - 9517 Clicks - Nr. 500

## Rezension: Frank Stauss - Höllenritt Wahlkampf

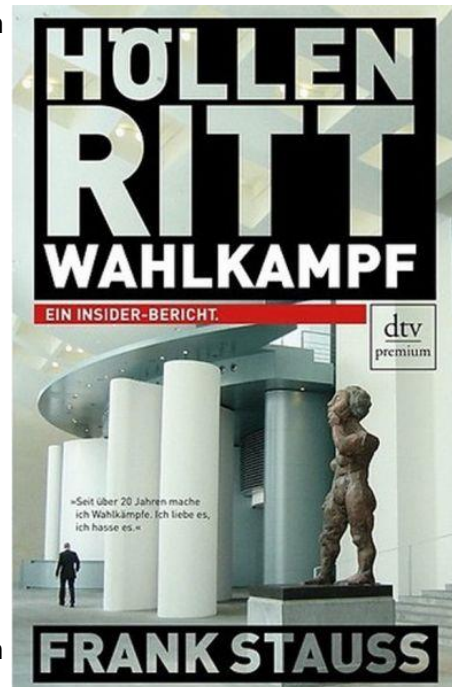
„Ein Insiderbericht“ lautet der Untertitel des Buches von Frank Stauss, der für die Agentur Butter arbeitet und in den letzten Jahren zahlreiche Wahlkämpfe für die SPD geplant hat, darunter die Kampagnen für Olaf Scholz („Vernunft. Klarheit. Verantwortung.“), für Hannelore Kraft („NRW im Herzen“) und für Klaus Wowereit („Berlin verstehen“). Den meisten Raum bekommt der Bundestagswahlkampf 2005 („Vertrauen in Deutschland“), den Stauss „aus dem Maschinenraum“ heraus so spannend erzählt.

dass der Leser mitfiebert, obwohl der Ausgang der Wahl ja nun keine Überraschung mehr ist.

Stauss schreibt dabei humorvoll und lehrreich. Der geneigte Leser lernt, warum Nivea kein Schmirgelpapier auf den Markt bringen würde und was Politiker daraus für ihren Wahlkampf lernen können, warum Timing wichtiger ist als Charisma und warum ohne Botschaft der größte Aufwand nutzlos bleibt. Auch der Nutzen von Marktforschung erschließt sich und warum es eigentlich notwendig wäre, Wahlumfragen seriös zu gestalten und nicht wie Forsa. Dazu gibt es schöne Weisheiten von Werbe-Profis („Die Welt ist nicht gerecht und ein Wahlkampf der falsche Anlass, das zu ändern.“) und Workaholics („Bewegungsmangel kombiniert mit spätem Essen und Rotwein hält fit und macht schlank.“).

Lesenswert ist auch Stauss' beherzte Nichtwähler-Beschimpfung als Schlusswort („Demokratie-Gaffer auf der Gegenspur“). Insgesamt zwei kurzweilige Abende mit 195 Seiten und einmal ein anderer Blick auf Politik.

Für den Wahlkampf 2013 in Stauss nicht verantwortlich, über Peer Steinbrück sagt er im [Interview mit Wirtschaftsforum](#): „Er ist ein Mann mit Erfolgen, dem die Menschen in der Wirtschaftskrise 2007/2008 vertraut haben. Aber er muss jetzt wieder diesen Kern freiarbeiten, warum er in die SPD eingetreten ist. Ich kenne seine Einstellung. Er will nicht, dass diese Gesellschaft auseinander fällt und spricht von diesen Fliehkräften, die wir alle spüren. Er ist der festen Überzeugung, dass ein Land, das keinen inneren Frieden hat, auch keinen wirtschaftlichen Erfolg haben kann – eine nachvollziehbare These, wie ich finde.“



Keine Kommentare

## AG 60plus in Dithmarschen informiert über Pflege

**Pflegebedürftig- was nun?** Eine Frage, die sich schneller stellen kann, als einem lieb ist und dann ist oft guter Rat teuer. „Leider macht Krankheit keine Ausnahme, und deshalb ist dieses Thema nicht nur der älteren Generation vorbehalten“, so Aletta Thies, die Kreisvorsitzende der AG 60plus in Dithmarschen, in ihrer Begrüßung.

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft hatte zu einem Informationsabend eingeladen. Die interessierten Zuhörer/innen bekamen an diesem Abend viel „Input“, sach- und fachkundig vermittelt von der Leiterin des Pflegestützpunktes im Kreis Dithmarschen, Kerstin Magnussen und der Vorsitzenden der Alzheimer Gesellschaft, Steffi Kemink.



Es ging um Fragen wie: Welche Schritte müssen bei anhaltender Pflegebedürftigkeit eingeleitet werden? Wo bekomme ich Hilfe, in der Pflege, im Haushalt und finanziell. Wie bekommt man eine Pflegestufe, und was leistet eigentlich die Pflegeversicherung?

Steffi Kemink, die auch einen privaten Pflegedienst betreibt, konnte ganz praktische Fragen aus ihrer alltäglichen Arbeit beantworten.

Fazit: Der erste Weg im akuten Fall sollte der Weg zum Pflegestützpunkt sein. Hier wird man kompetent unabhängig und kostenfrei beraten oder auch an andere zuständige Stellen weitervermittelt.

Telefonisch ist Der Pflegestützpunkt zu erreichen unter 0481-785 1112

**Keine Kommentare**

## SPD-MdB Thönnnes ruft zur Teilnahme am Inklusionspreis 2013 auf

**Gute Beispiele aus Unternehmen im Kreis Segeberg bekannt machen**

Dass die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, wollen die Organisatoren des Wettbewerbs „Unternehmen fördern Inklusion“ zeigen. Zum zweiten Mal lobt das UnternehmensForum bundesweit den Inklusionspreis aus, um gute Beispiele für die Integration von Menschen mit Behinderung in den betrieblichen Arbeitsalltag auszuzeichnen und damit andere zum Nachmachen anzuregen.



„Es entspricht dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, dass wir alle Menschen entsprechend ihren Fähigkeiten fördern und ihnen die Möglichkeiten der vollen gesellschaftlichen Teilhabe geben. Die UN-Behindertenrechtskonvention, die von Deutschland unterzeichnet wurde, sieht auch in der Wirtschaft die Inklusion vor. Leider fehlt Betrieben aber häufig die Erfahrung im Umgang mit Menschen mit Behinderungen und sie scheuen fälschlicherweise vor deren Beschäftigung zurück. Deshalb ist es so wichtig gute Beispiele an die Öffentlichkeit zu bringen“, erläutert der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies seine Unterstützung für den Preis.

Der Inklusionspreis wird von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sowie dem Beauftragten der Bundesregierung für Belange behinderter Menschen unterstützt und zeichnet Best-Practice Beispiele in den Bereichen Einstellung, Ausbildung, Weiterbeschäftigung sowie Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen und älter werdenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus. Die Preisverleihung findet im Oktober 2013 statt.

„Es würde mich freuen, wenn sich auch Betriebe aus unserer Region, die bereits konkrete Modelle der Inklusion verwirklicht haben, für den Preis bewerben und so deutlich machen, wie gut dies für ihr Unternehmen und das betriebliche Miteinander war“, so Thönnies.

Vorschläge können unter dem Stichwort „Inklusionspreis“ bis zum 1. August 2013 per E-Mail oder postalisch eingereicht werden bei: UnternehmensForum, z.Hd. Herrn Olaf Guttzeit, Binger Straße 173, 55216 Ingelheim, E-Mail: [preis2013@unternehmensforum.org](mailto:preis2013@unternehmensforum.org).

Weitere Informationen unter [www.unternehmensforum.org/inklusionspreis](http://www.unternehmensforum.org/inklusionspreis).

**Bildquelle: UnternehmensForum**

**Keine Kommentare**

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 26.06.2013, 16:13 Uhr - 161350 Clicks - Nr. 503

## "Anreiz zum ökologischen Ackern"

### EU-Institutionen einigen sich auf Agrarreform

Die neue Landwirtschaftspolitik der EU setzt ökologische Impulse für Bauern und Industrie. Vertreter des Europäischen Parlaments, des Ministerrates und der Kommission haben am Mittwoch die Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik für 2014 bis 2020 festgelegt.

Erstmalig hat das Europäische Parlament auf gleicher Augenhöhe mit den 27 Agrarministern über den größten Haushaltsposten der EU verhandelt und so die demokratische Legitimierung der Entscheidung untermauert.



Die SPD-Europaabgeordnete **Ulrike RODUST** bewertet die Ergebnisse kritisch: „Wir Sozialdemokraten waren angetreten, die Agrarpolitik gerechter und grüner zu machen. Dies ist in Teilen geglückt. Bisher konzentrierten sich die Reformen der europäischen Agrarpolitik immer auf eine stärkere Ausrichtung am Markt und mehr Wettbewerbsfähigkeit. Mit der neuen Agrarreform wagt die EU endlich einen Schritt in Richtung Ökologisierung der Landwirtschaft.“

In Zukunft werden 30 Prozent der Direktzahlungen, die ein Landwirt erhält, an die Einhaltung von Umweltauflagen gekoppelt. So muss beispielsweise jeder Landwirt, der Direktzahlungen pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche bekommt, 5 Prozent ökologische Vorrangflächen bereitstellen. "Das ist ein Anreiz zum ökologischen Ackern", sagt **Ulrike RODUST**.

Außerdem konnte sich das Europäische Parlament mit seiner Forderung durchsetzen, dass zukünftig nur noch aktive Landwirte Gelder aus dem Brüsseler Agrartopf erhalten. Die unsägliche Förderung von Flughäfen, Golfplätzen und ähnlichen agrarfremden Unternehmen wird damit endlich ausgeschlossen.

Laut Agrarexpertin **Ulrike RODUST** ist die Reform aber noch verbesserungsfähig: „Eines unserer Ziele haben wir definitiv nicht erreicht: die Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik.“ Die Fraktionen werden den vorliegenden Kompromiss nun prüfen und auswerten. Eine Schlussabstimmung im Plenum wird es voraussichtlich nicht vor Oktober geben. Diese hängt unter anderem von einer Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab. Hier gibt es noch Differenzen in entscheidenden Punkten zwischen Parlament und Rat.

**Keine Kommentare**

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 26.06.2013, 21:30 Uhr - 12262 Clicks - Nr. 504

## Konstituierende Gemeinderatssitzung in Langwedel

Die Gemeindevertretung hat ihre Arbeit heute aufgenommen. Für die SPD waren Susanne Schöttke und Stefan Wolgast dabei. Ralf Spilker fehlte urlaubsbedingt. Einstimmig wurden gewählt: Holger Spießhoefer (BfL) zum Bürgermeister, Ralf Spilker (SPD) zum 1.stellv. Bürgermeister und Dieter Huck (UWL) zum 2. Stellv. Bürgermeister. In der Gemeindevertretung haben sich drei Fraktionen gebildet: SPD (Fraktionsvorsitzende Susanne Schöttke), BfL (Fraktionsvorsitzender Ulf Nissen), UWL (Fraktionsvors)



Zur Begrüßung freute sich Holger Spießhoefer, alter und neuer Bürgermeister, auf die Zusammenarbeit mit einer neuen "schlagkräftigen Truppe". Nach der Wahl und Vereidigung des Bürgermeisters und des 2. Stellvertreters (Ralf Spilker wurde in Abwesenheit gewählt und wird in der nächsten Sitzung vereidigt), wurden alle Gemeinderatsmitglieder mit Handschlag verpflichtet.

Folgende weitere Wahlen wurden durchgeführt:

- Wahlprüfungsausschuss: Stefan Wolgast, Ralf Mohr und Dieter Huck
- Weiteres Mitglied im Amtsausschuss: Ralf Spilker (VertreterInnen: Susanne Schöttke, Stefan Wolgast); Stellvertreter für Holger Spießhoefer sind Sina Linneemann und Sven Ingwersen
- Weiteres Mitglied in der Verbandsversammlung des Schulverbandes: Dieter Huck (Stellvertreterin Barbara Kipping); Stellvertreter für Holger Spießhoefer ist Ralf Mohr
- Kindergartenbeirat: Ines Schwarz und Barbara Kipping

Die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Blocksdorf und Auftragsvergabe wurde beraten und einstimmig beschlossen. Es werden Aufträge in Höhe von insgesamt 24.098,61 Euro brutto erteilt. Im Haushalt sind 25.000 € veranschlagt.

Kommentar von [Ralf Spilker](#) vom 26.06.2013, 22:35 Uhr:

**RE: Konstituierende Gemeinderatssitzung in Langwedel**

Hey ihr lieben....viele Urlaubsgrüsse aus dem sonnigem warmen Spanien. Toll wie schnell ihr seid..klassssseeeee und lieben dank für eure Unterstützung. Wir sind ein tolles starkes Team! Freue mich auf die nächsten, dann gemeinsamen Sitzungen :-)

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 27.06.2013, 09:03 Uhr - 8989 Clicks - Nr. 505

## Kooperationsvereinbarung zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FWG Kreis Plö

Kooperationsvereinbarung zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FWG Kreis Plön im Plöner Kreistag Die Fraktionen SPD, Bündnis90 / Die Grünen und FWG Kreis Plön haben einen Kooperationsvertrag über die gemeinsamen Ziele im Plöner Kreistag in der Wahlperiode 2013-2018 geschlossen und sehen es als ihre gemeinsame Aufgabe an, für die Umsetzung des Vertrages Mehrheiten im Kreistag zu organisieren.

Anträge werden von der Kooperation immer einvernehmlich eingebracht, über Verwaltungsvorlagen und Anträge anderer Fraktionen wird immer einvernehmlich abgestimmt. Auch über den Kreishaushalt und den Stellenplan entscheiden die Kooperationspartner einvernehmlich. Darüber hinaus sind folgende inhaltliche Vereinbarungen getroffen worden, die unter Berücksichtigung der begrenzten finanziellen Möglichkeiten des Kreises Plön umgesetzt werden: [Kooperationsvereinbarung](#)

**Keine Kommentare**

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 28.06.2013, 13:02 Uhr - 13870 Clicks - Nr. 506

## Schwarz-Gelb verhindert Gesetz zur Bekämpfung von Abgeordnetenbestechung

### Auch Storjohann, Brackmann und Happach-Kasan stimmen mit Nein

„Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen letzten Anlauf in der 17. Legislaturperiode unternommen, um endlich das Gesetz zur Bekämpfung der Abgeordnetenbestechung auf den Weg zu bringen. Aber CDU/CSU und FDP haben dieses für unser Land so wichtige Anliegen leider scheitern lassen“, zeigt sich SPD-MdB Franz Thönnies enttäuscht über den Ausgang der am 27. Juni 2013 stattgefundenen Abstimmung.

Deutschland hatte 1999 und 2003 völkerrechtliche Übereinkommen über globale Standards bei der Korruptionsstrafbarkeit und der Abgeordnetenbestechung unterzeichnet, diese aber bis heute nicht umgesetzt. Das schadet dem Ansehen Deutschlands, denn die



Bundesrepublik befindet sich damit in illustrierter Gesellschaft mit Ländern wie Syrien und Sudan.

„Es ist einfach peinlich, dass sogar die deutsche Wirtschaft die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und FDP eindringlich gebeten hat, endlich die Anti-Korruptionskonvention umzusetzen und dazu einen Vorschlag zur Regelung der Abgeordnetenbestechung vorzulegen. Doch Schwarz-Gelb hat auch darauf nicht reagiert. Dass es geht, zeigen mehr als 150 Länder weltweit, die das Übereinkommen umgesetzt haben“, erläutert der SPD-Politiker.

Nachdem die Regierungskoalition die Abstimmung über den Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion hierzu durch Vertagung im Rechtsausschuss permanent verhindert hat, wurden sie mit Hilfe der Geschäftsordnung am 27. Juni 2013 zur Namentlichen Abstimmung im Plenum gezwungen.

„Es ist für mich absolut unverständlich, warum die Regierungsfaktionen und damit auch Herr Storjohann (Segeberg – Stormarn-Mitte), Herr Brackmann und Frau Dr. Happach-Kasan (Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd) gegen unseren Änderungsantrag gestimmt haben, mit dem Abgeordnetenbestechung endlich strafrechtlich verfolgbar gewesen wäre“, so Thönnnes.

Kommentar von [Franz Thönnnes](#) vom 26.07.2013, 11:43 Uhr:

**RE: Schwarz-Gelb verhindert Gesetz zur Bekämpfung von Abgeor**

*Sehr geehrter Herr Riemann, vielen Dank für Ihren erneuten Kommentar. Aus meiner Reaktion auf Ihren ersten Beitrag sowie aus dem als Erläuterung beigefügten Artikel von Abgeordnetenwatch.de, geht, so denke ich, deutlich hervor, dass wir keine wirksame Regelung gegen Abgeordnetenbestechung in Deutschland haben. Nur weil der Titel des § 108e im Strafgesetzbuch entsprechend so lautet, ist dies dennoch nicht der Fall. Aus diesem Grund setzt sich meine Fraktion dafür ein, die Vorgaben der genannten Konventionen zu erfüllen, damit wir endlich nicht mehr mit Ländern wie Syrien oder Nordkorea auf einer Stufe stehen, die dies ebenfalls bislang nicht gemacht haben. Ihre Einschätzung, dass wir ein funktionierendes politisches System mit unabhängigen Abgeordneten haben, wird auch von mir grundsätzlich geteilt. Dies gilt über alle Fraktionsgrenzen hinweg. Trotzdem sollten wir nicht darauf vertrauen, dass dies immer so bleibt. Und ich kann mir die berechtigte Aufregung vorstellen, wenn ein Fall von Abgeordnetenbestechung auftritt und es keine wirksamen Mechanismen zur Sanktionierung im Strafgesetzbuch gibt. Dies wäre unserer Demokratie sicherlich nicht förderlich und das will ich gerne verhindern. Mit freundlichen Grüßen Franz Thönnnes*

Kommentar von [Rainer Riemann](#) vom 22.07.2013, 09:31 Uhr:

**RE: Schwarz-Gelb verhindert Gesetz zur Bekämpfung von Abgeor**

*Guten Tag Herr Thönnnes, leider haben sie meinen Kommentar nicht ganz verstanden. Von einer Verschärfung der bestehenden Gesetze haben Sie in Ihrem Beitrag leider nicht gesprochen. Vielmehr wird eine Grafik mit der Überschrift "Sollen korrupte Abgeordnete bestraft werden?" dargestellt, die mit der Aufteilung in Ja Nein Stimmen suggeriert, dass über eine solche Frage im Bundestag abgestimmt wurde. Auch Ihr letzter Satz "endlich strafrechtlich verfolgt" erweckt den Eindruck, dass es bisher keine Gesetze dazu gibt. Eine sachliche Information über die Hintergründe wäre hier angebracht gewesen und hätte vielleicht potentielle Wähler überzeugt, auf Ihre Art setzen Sie die gewollte Verdummung des Volkes weiter fort. Übrigens, dass es zum Glück bisher so wenige Fälle gibt zu denen ein Urteil gefällt wurde, kann eventuell auch ganz einfach bedeuten, dass ein sehr großer Teil unserer Mandatsträger gar nicht bestechlich ist. Vielleicht versuchen Sie es mal mit diesem positiven Ansatz über Parteigrenzen hinweg. Ich bin überzeugt der Bürger hat die ewige Schwarz-Weiß Malerei satt und weiß nur zu genau, dass das Leben oft in Schattierungen verläuft. Gruß Rainer Riemann*

Kommentar von [Franz Thönnies](#) vom 18.07.2013, 13:20 Uhr:

**RE: Schwarz-Gelb verhindert Gesetz zur Bekämpfung von Abgeor**

*Sehr geehrter Herr Riemann, vielen Dank für Ihren Kommentar zu meiner Pressemitteilung „Schwarz-Gelb verhindert Gesetz zur Bekämpfung von Abgeordnetenbestechung“. Leider ist der § 108e des Strafgesetzbuches bei weitem nicht ausreichend und bleibt weit hinter den in der Medieninformation erwähnten Konventionen zurück. Ausführlich geht darauf ein Artikel auf der Seite Abgeordnetenwatch.de ein, den ich Ihnen in minimal gekürzter Form hier einstelle. Der entscheidende Satz hieraus lautet: Es stehe zwar "Abgeordnetenbestechung" im Titel, doch geregelt werde in Paragraph 108e des Deutschen Strafgesetzbuches nur ein kleiner Teilbereich der politischen Korruption, nämlich der Stimmenkauf bzw. -verkauf von Mandatsträgern in parlamentarischen Gremien. Das Original finden Sie unter folgendem Link: <http://beta.abgeordnetenwatch.de/2012/08/16/internes-bundestagsgutachten-empfeHLT-scharferes-gesetz-gegen-abgeordnetenbestechung> Mit freundlichen Grüßen Franz Thönnies*

*Quelle: Abgeordnetenwatch.de In Sachen Korruptionsbekämpfung befindet sich Deutschland in keiner allzu feinen Gesellschaft: Seit Jahren weigern sich Staaten wie Syrien und Saudi-Arabien, eine UN-Konvention gegen Korruption und Abgeordnetenbestechung umzusetzen - genau wie Deutschland. Vergangene Woche haben deswegen sogar führende deutsche Konzernchefs den Bundestag zum baldigen Handeln aufgerufen. Seit der Unterzeichnung der Konvention im Jahr 2003 wird die Ratifizierung im Parlament blockiert. Dabei liegt den deutschen Volksvertretern seit vier Jahren ein internes Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages vor, dessen Kernaussage ziemlich eindeutig ist: In Sachen Abgeordnetenbestechung bestehe dringender „Reformbedarf“, eine "Erweiterung und Verschärfung" der Rechtslage sei notwendig. Denn das bestehende Gesetz zur Bestrafung von Abgeordnetenbestechung ist nach Ansicht zahlreicher Juristen eine Mogelpackung. Es stehe zwar "Abgeordnetenbestechung" im Titel, doch geregelt werde in Paragraph 108e des Deutschen Strafgesetzbuches nur ein kleiner Teilbereich der politischen Korruption, nämlich der Stimmenkauf bzw. -verkauf von Mandatsträgern in parlamentarischen Gremien. Aber nicht einmal das ist grundsätzlich verboten: Nimmt ein Volksvertreter als Belohnung für sein Abstimmungsverhalten im Nachhinein eine "Dankeschön-Spende" an, geht er straffrei aus. Der Paragraph 108e sei alles in allem ein "Placebo-Gesetz" mit "Alibi-Charakter", so das vernichtende Urteil in der einschlägigen Fachliteratur, das in dem Rechtsgutachten des Bundestags angeführt wird. Im Gegensatz zu Beamten oder Richtern haben Abgeordnete im Fall von Bestechung, Vorteilsnahme oder -gewährung strafrechtlich also so gut wie nichts zu befürchten. Die Autoren des Gutachtens kommen allerdings zu dem Ergebnis, "dass eine Privilegierung der Abgeordneten keinesfalls zwingend oder aus den Eigenarten des politischen Geschehens zu rechtfertigen ist." Im Klartext: Das im Grundgesetz festgeschriebene "freie Mandat" kann nicht per se als Argument gegen schärfere Anti-Korruptionsgesetze ins Feld geführt werden. Ein Vergleich mit anderen Ländern zeige, dass "die Abgeordnetenbestechung im Ausland als strafwürdiges Unrecht behandelt wird". Aus verfassungsrechtlicher Sicht spreche hierzulande beispielsweise überhaupt nichts dagegen, "übermäßig dotierte Nebentätigkeiten unter den Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung" zu fassen. In Deutschland ist der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung bislang derart eng gefasst (Stimmenkauf), dass man von einer "praktisch bedeutungslosen 'symbolischen Gesetzgebung'" sprechen kann. So steht es in einem Urteil des Bundesgerichtshofs zum Wuppertaler Korruptionsskandal von 2006. In den ersten 14 Jahren seit Einführung des Paragraphen 108e in das deutsche Strafgesetzbuch habe es überhaupt erst eine einzige Verurteilung gegeben, heißt es in dem wissenschaftlichen Gutachten des Bundestags. Fazit der Parlamentsjuristen: Unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des BGH und der Kritik in der juristischen Literatur erscheint § 108e StGB im Ergebnis mithin nicht als ausreichende strafrechtliche Regelung der Abgeordnetenbestechung. Dieser gesetzliche Missstand führt zu der Peinlichkeit, dass Deutschland noch immer nicht die 2003 unterzeichnete UN-Konvention gegen Korruption umsetzen konnte. Denn selbst die darin festgesetzten "globalen Mindeststandards" (Gutachten) der Vereinten Nationen, die zur Ratifizierung erforderlich sind, werden von Deutschland bislang nicht erfüllt - wegen der unzureichenden Regelung in § 108e StGB. Damit liege die Bundesrepublik im internationalen Vergleich "unter den Schlusslichtern", heißt es in der Expertise, die*

*abgeordnetenwatch.de vorliegt. Müsste Deutschland die UN-Konvention gegen Korruption tatsächlich eines Tages umsetzen, weil die Mehrheit der Abgeordneten ihre Blockadehaltung aufgibt, hätte dies für die Volksvertreter weitreichende Auswirkungen. Denn unter die Vorgaben der UNO fallen "umfassende Offenlegungspflichten bezüglich der Nebentätigkeiten, Kapitalanlagen, Vermögenswerte und erhaltener Vergünstigungen oder Geschenke", heißt es in dem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes. Auch in Sachen Parteienfinanzierung fordere die Konvention "eine höchstmögliche Transparenz".*

Kommentar von [Rainer Riemann](#) vom 09.07.2013, 13:23 Uhr:

**RE: Schwarz-Gelb verhindert Gesetz zur Bekämpfung von Abgeor**

*Abgeordnetenbestechung ist gemäß § 108e StGB seit 1994 strafbar. So zu tun als ob alle Bundestagsabgeordneten die gegen den SPD Entwurf gestimmt haben für Bestechung sind drückt daher eher den zweifelhaften Umgang des Autors mit Sachzusammenhängen aus. Einer Partei die 150 Jahre existiert ist dieses Verhalten unwürdig.*

[SPD-Holtsee](#) - veröffentlicht am 30.06.2013, 18:48 Uhr - 9045 Clicks - Nr. 507

## **Jens-Peter Frank, erster gewählte Sozialdemokratische Bürgermeister in Holtsee**

Am 17.6.2013 wurde in der Gemeindevertretung Holtsee mit Jens-Peter Frank erstmals ein Sozialdemokrat zum Bürgermeister gewählt!

Es war spannend und wurde möglich dank der Unterstützung der zwei Stimmen der HWG (Holtseer Wählergemeinschaft). Auch die vielen BesucherInnen der Sitzung waren gespannt: Als das Ergebnis bekannt gegeben wurde, brach lauter Jubel aus.

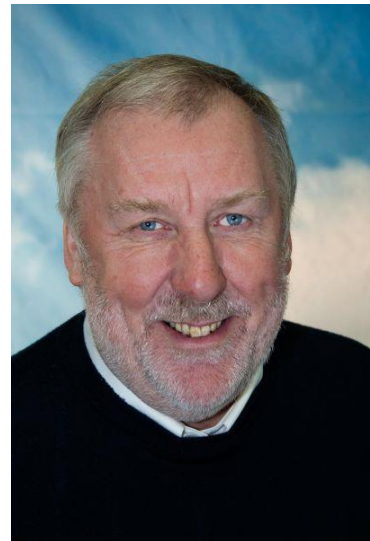
Die SPD Holtsee hatte ihren Bürgermeisterkandidaten in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt. Mit seiner Erfahrung und Solidität konnten alle KandidatInnen punkten.

Das Votum der Kommunalwahl war eindeutig: Jens-Peter Frank erhielt die meisten Stimmen aller Kandidatinnen. Das gelang vorher noch keinem SPD-Kandidaten. Alle SPD-KandidatInnen, die auch zur Wahl 2008 angetreten waren, haben Stimmen dazu gewonnen, zwischen 2,19% und 32,95% (Jens-Peter Frank). Alle CDU-KandidatInnen haben Stimmen verloren, zwischen 5,2% und 17,53%.

Die SPD hat 2013 15,64% mehr Stimmen als 2008 gewonnen, die CDU hat 20,57% ihrer Stimmen von 2008 verloren.

Die Wahlbeteiligung in Holtsee war entgegen dem Landestrend um 4,6 % auf 69,05 % angestiegen. Wenn es um etwas geht und die Menschen sicher sind, mitentscheiden zu können, gehen sie zur Wahl. Da der alte Bürgermeister nach 31 Jahren nicht mehr angetreten war, musste auf jeden Fall ein neuer Bürgermeister gewählt werden.

Die SPD Holtsee freut sich auf eine interessante Wahlperiode.



**Keine Kommentare**